

Deutsche Bank Aktiengesellschaft



Registrierungsformular

gemäß §§ 5, 12 Absatz 1 Satz 3 Wertpapierprospektgesetz

INHALTSVERZEICHNIS

EINBEZIEHUNG VON ANGABEN IN FORM EINES VERWEISES	1
VERANTWORTLICHE PERSONEN	1
BILLIGUNG, VERÖFFENTLICHUNG UND GÜLTIGKEIT DES REGISTRIERUNGSFORMULARS	1
RISIKOFAKTOREN	2
ALLGEMEINE ANGABEN	11
Zukunftsgerichtete Aussagen, Angaben von Seiten Dritter	11
Hinweise zu Währungs- und Finanzangaben	11
Abschlussprüfer	12
Einsehbare Dokumente	12
ANGABEN ÜBER DIE DEUTSCHE BANK	13
Firma, Sitz, Handelsregistereintragung und Dauer der Gesellschaft	13
Geschichte und Entwicklung	13
Geschäftsjahr	13
Gegenstand des Unternehmens	13
Konzernstruktur und wesentliche Beteiligungen	13
Bekanntmachungen	13
Langfristratings	14
DIVIDENDENPOLITIK UND ERGEBNIS JE AKTIE	15
Dividendenpolitik	15
Ergebnis je Aktie	15
GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	16
Überblick	16
Strategie	18
Wettbewerbsumfeld	20
Konzernbereiche	22
Grundbesitz, Sachanlagen	31
Gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen, Domains	31
Investitionen	32
Rechtsstreitigkeiten	33
Jüngste Entwicklung und Ausblick	39
AUSGEWÄHLTE UNTERNEHMENS- UND FINANZDATEN	44
Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	45
Daten der Konzernbilanz	46
Daten der Konzern-Kapitalflussrechnung	47
Eigenmittel und Kapitalquoten des Konzerns	47
Informationen zur Aktie der Gesellschaft	48
DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE	49
Ertragslage	49
Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen	99
Erstmals angewendete und neue Rechnungslegungsvorschriften	99
Zweckgesellschaften	99
Überblick zu vertraglichen Verpflichtungen	105
Vermögenslage	106
Kapitalflussrechnung	111
Weitere Informationen zum geprüften Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2009 nach HGB	114
RISIKOMANAGEMENT	115
Risiko- und Kapitalmanagement	115
Risiko- und Kapitalstrategie	116
Arten von Risiken	116
Risikosteuerungsinstrumente	118
Kreditrisiko	119
Marktrisiko	139
Operationelles Risiko	148
Liquiditätsrisiko	151
Kapitalmanagement	156
Bilanzmanagement	157
Gesamtrisikoposition	157
ORGANE DER GESELLSCHAFT UND MITARBEITER	160
Überblick	160
Vorstand	161
Aufsichtsrat	168

Weitere Informationen über Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	177
Corporate Governance Kodex	178
Hauptversammlung	179
Mitarbeiter	180
GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN. . .	182
WESENTLICHE VERTRÄGE	182
REGULIERUNG UND AUFSICHT	183
Überblick	183
Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland	183
Regulierung und Aufsicht im Europäischen Wirtschaftsraum	187
Regulierung und Aufsicht in den Vereinigten Staaten	187
HAUPTAKTIONÄRE	191
ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT	192
Grundkapital und Aktien	192
Börsenzulassung	192
Übertragbarkeit der Aktien	192
Entwicklung des Grundkapitals seit 2007	192
Genehmigtes Kapital	193
Bedingtes Kapital	194
Wandel- und Optionsanleihen	195
Eigene Aktien	195
Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien	195
Allgemeine Bestimmungen zu Kapitalmaßnahmen	197
Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten der Aktionäre	198
Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen	198
Ausschluss von Minderheitsaktionären	198
Anzeigepflichten für Anteilsbesitz	199
FINANZTEIL	F-1
GLOSSAR	G-1
AUSZUG AUS DEM KONZERNLAGEBERICHT 2009	R-1
UNTERSCHRIFTEN	U-1

EINBEZIEHUNG VON ANGABEN IN FORM EINES VERWEISES

In dieses Registrierungsformular (das „Registrierungsformular“) wurden die nachfolgend beschriebenen Angaben in Form eines Verweises auf das Registrierungsformular der Deutsche Bank Aktiengesellschaft vom 9. April 2009 aufgenommen, welches von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (die „BaFin“) gebilligt und bei ihr hinterlegt wurde und auf www.db.com/ir veröffentlicht ist. Dieses Registrierungsformular sollte im Zusammenhang mit den nachfolgend genannten Abschnitten des Registrierungsformulars vom 9. April 2009 gelesen werden, die als in diesem Registrierungsformular enthalten anzusehen sind und einen Bestandteil dieses Registrierungsformulars bilden:

Registrierungsformular vom 9. April 2009 (deutsche Fassung)

- *„Finanzteil – Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr (geprüft)“*, Seite F-161
Seiten F-3 bis F-172
- *„Finanzteil – Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr (geprüft)“*, Seite F-163
Seiten F-173 bis F-322

VERANTWORTLICHE PERSONEN

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, (nachfolgend auch „Deutsche Bank AG“, die „Bank“ oder die „Gesellschaft“ und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der „Deutsche Bank-Konzern“, die „Deutsche Bank“ oder der „Konzern“) übernimmt gemäß § 5 Absatz 4 des Wertpapierprospektgesetzes („WpPG“) die Verantwortung für den Inhalt dieses Registrierungsformulars und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Registrierungsformular richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind, sowie dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Registrierungsformular gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Registrierungsformulars wahrscheinlich verändern können.

BILLIGUNG, VERÖFFENTLICHUNG UND GÜLTIGKEIT DES REGISTRIERUNGSFORMULARS

Dieses Registrierungsformular ist von der BaFin gemäß § 13 Absatz 1 des Wertpapierprospektgesetzes gebilligt worden. Es wurde auf der Internetseite (www.db.com/ir) der Deutschen Bank am Tag der Billigung veröffentlicht.

Das Registrierungsformular ist für einen Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Tag der Veröffentlichung gültig und stellt ausschließlich den Stand zum Zeitpunkt seiner Billigung dar. Dieses Registrierungsformular entspricht sowohl den Anforderungen eines Registrierungsformulars für Aktien (Art. 4, Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 809/2004) als auch eines Registrierungsformulars für Banken (Art. 14, Anhang XI der Verordnung (EG) Nr. 809/2004). Es kann daher sowohl für Aktien und andere in Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 genannte Wertpapiere als auch für Schuldtitel, derivative Wertpapiere und sonstige nicht unter Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 fallende Wertpapiere verwendet werden.

Das Registrierungsformular stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes zur Zeichnung oder zum Kauf von Wertpapieren der Deutschen Bank dar. Es ist nicht als Empfehlung zu verstehen, dass Empfänger dieses Registrierungsformulars Wertpapiere der Deutschen Bank zeichnen oder kaufen sollen. Niemand ist von der Deutschen Bank autorisiert worden, über die in diesem Dokument enthaltenen Informationen oder Bestätigungen hinaus Informationen oder Bestätigungen abzugeben. Wenn solche Informationen und Bestätigungen dennoch abgegeben werden, darf auf diese nicht in einer Weise vertraut werden, als ob die Deutsche Bank diese autorisiert hätte.

RISIKOFAKTOREN

Eine Investition in Wertpapiere der Deutschen Bank bringt eine Reihe von Risiken mit sich. Anleger sollten sich sorgfältig mit den nachfolgenden Informationen über die Risiken, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist, sowie die anderen in diesem Dokument enthaltenen Informationen befassen, bevor sie ihre Entscheidung über den Erwerb von Wertpapieren der Deutschen Bank treffen. Wenn sich eines oder mehrere dieser Risiken verwirklichen, könnte dies wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die finanziellen Verhältnisse, Ertragslage und Zahlungsströme der Deutschen Bank oder auch auf den Preis der Wertpapiere der Deutschen Bank haben. Die Wertpapierbeschreibung für die jeweiligen Wertpapiere kann weitere, insbesondere auf diese Wertpapiere bezogene Risikofaktoren, enthalten. Weitere Risiken, die der Bank gegenwärtig nicht bekannt sind, könnten ebenfalls den Geschäftsbetrieb der Deutsche Bank AG bzw. des Deutsche Bank-Konzerns beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG bzw. des Deutsche Bank-Konzerns haben. Die gewählte Reihenfolge stellt keine Aussage über die Realisierungswahrscheinlichkeit sowie das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen oder der Bedeutung der nachfolgend genannten Risikofaktoren dar.

Die Deutsche Bank ist von der andauernden weltweiten Finanzkrise und der wirtschaftlichen Rezession betroffen und erwartet auch weiterhin davon betroffen zu sein.

Die Deutsche Bank ist eine weltweit tätige Investmentbank mit einem bedeutenden Privatkundengeschäft. Daher sind ihre Geschäftsbereiche erheblich von den Verhältnissen an den weltweiten Finanzmärkten und in der Weltwirtschaft im Allgemeinen abhängig. Seit dem zweiten Halbjahr 2007 und insbesondere seit September 2008 haben die Finanzbranche, einschließlich der Deutschen Bank, und die weltweiten Finanzmärkte erheblich unter dem deutlichen Wertverfall bei nahezu allen Arten von Finanzanlagen zu leiden. Die Finanzmärkte durchliefen ein nie da gewesenes Maß an Volatilität (d.h. rasante Änderungen in der Richtung der Preisentwicklung) sowie einen Zusammenbruch bisher verzeichneter Wechselbeziehungen (d.h. Ausmaß, in dem sich Preise in die gleiche Richtung bewegen) verschiedener Arten von Vermögenswerten, die mit extrem eingeschränkter Liquidität einhergingen. Dies hat sich in erheblichem Maße negativ auf die Verfügbarkeit und die Wertentwicklung von Instrumenten ausgewirkt, die verwendet wurden, um Positionen abzusichern und Risiken zu steuern. Zudem ist unter den Investoren sowohl in der Branche der Deutschen Bank als auch auf weiteren Märkten ein weit verbreiteter Vertrauensverlust festzustellen.

Die Marktverhältnisse haben auch zu Zusammenbrüchen und zu aus der Notlage entstandenen Fusionen einer Reihe prominenter Finanzinstitute geführt. Ferner haben der Wertverfall von Finanzanlagen, notleidende Hypotheken- und Verbraucherkredite, das mangelnde Vertrauen von Marktteilnehmern und Investoren sowie weitere Faktoren trotz erheblich niedrigerer Leitzinsen und anderer staatlicher Maßnahmen gemeinsam zu höheren Risikoaufschlägen (Credit Spreads), zu niedrigeren Ratings durch die Ratingagenturen und anderweitig zu höheren Kosten und einer geringeren Verfügbarkeit von Krediten geführt.

Seit Anfang 2009 schrumpften die Volkswirtschaften in Europa, den USA und anderen wirtschaftlich bedeutenden Ländern. Es waren ein deutlicher Rückgang wirtschaftlicher Aktivitäten über weite Bereiche verschiedener Branchen und Regionen und ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit festzustellen. Zwar verbesserten sich im Laufe des Jahres 2009 die Bedingungen auf den Finanzmärkten und das wirtschaftliche Umfeld, doch die Werte von Vermögensanlagen, die Credit Spreads und die Liquidität sind noch nicht wieder auf den Stand vor der Krise zurückgekehrt. Auch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben schwierig. Auch wenn die Volkswirtschaften vieler entwickelter Länder ab dem zweiten Halbjahr 2009 wieder ein positives Wachstum verzeichneten, so hat sich die Wirtschaft nach wie vor nur verhältnismäßig langsam erholt. Die wirtschaftlich widrigen Verhältnisse dauerten an und kamen in steigender Arbeitslosigkeit, die sich auf die Bonität der Haushalte auswirkte, und einem Anstieg säumiger Unternehmen zum Ausdruck. Das seit 2009 sichtbar gestiegene Vertrauen und die höhere Liquidität an den Finanzmärkten sowie die Verbesserungen der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse waren größtenteils auf Anreizmaßnahmen der öffentlichen Hand zurückzuführen, die nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen werden. Gegen Ende 2009 führten große Haushaltsdefizite und eine stark zunehmende Staatsverschuldung – in erster Linie Ausdruck der schweren Rezession und der Kosten der Unterstützungsmaßnahmen für den Finanzsektor – an den Finanzmärkten zu wachsenden Bedenken im Hinblick auf Länderrisiken. Diese und andere Faktoren könnten die eingetretenen Verbesserungen schwächen.

Diese ungünstigen Verhältnisse an den Finanzmärkten und im wirtschaftlichen Umfeld haben sich negativ auf viele Geschäftsfelder der Deutschen Bank ausgewirkt, insbesondere im Jahr 2008, wobei einige Auswirkungen auch 2009 fort dauerten. Sofern sich diese Verhältnisse nicht weiter verbessern oder sich wieder verschlechtern, kann das Geschäftsergebnis der Deutschen Bank dadurch wesentlich beeinträchtigt werden. Diese Verhältnisse führten insbesondere dazu, dass die Deutsche Bank Abschreibungen bei den Buchwertansätzen einiger ihrer Vermögenswerte vornehmen musste, insbesondere bei mit wenig Eigenkapital unterlegten Krediten (leveraged loans) und Kreditzusagen. Des Weiteren erlitt die Deutsche Bank 2008 erhebliche Verluste im Handel mit Aktienderivaten sowie im Eigenhandel mit Aktien und Krediten. Ungeachtet der Maßnahmen, die zur Reduzierung der Risikopositionen der Deutschen Bank aus den betroffenen Vermögenswerten bzw. Geschäften getroffen wurden, war es wegen illiquider Märkte für viele dieser

Vermögenswerte nicht immer möglich, diese Risiken abzubauen. Daher bestehen weiterhin erhebliche Risiken aus einem etwaigen weiteren Preisverfall bei den verbliebenen Positionen. Diese Abschreibungen und Verluste führten im Geschäftsjahr 2008 zu einem Verlust, der durch die in anderen Geschäftsbereichen erzielten Ergebnisse nicht kompensiert werden konnte. Hinzu kam, dass die Deutsche Bank im Jahr 2009 zwar rentabel wirtschaftete, im Jahr 2009 vorgenommene Abschreibungen und eingetretene Verluste, darunter große Verluste aus ihrem Leveraged-Finance-Portfolio und aus ihren Monoliner-Risikopositionen, die Ergebnisse der Deutschen Bank jedoch erheblich beeinträchtigten. Die mangelnde Fähigkeit der Deutschen Bank, etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Profitabilität durch Gewinne aus anderen Geschäftsbereichen auszugleichen, wird sich möglicherweise künftig fortsetzen.

Sich verschlechternde oder volatile Marktverhältnisse können Erträge und Gewinn der Deutschen Bank in erheblichem Maße beeinträchtigen.

Als weltweit tätige Investmentbank ist die Deutsche Bank in erheblichem Maße von den Finanzmärkten abhängig. Daher wirken sich nachteilige Entwicklungen an den Finanzmärkten auf die Deutsche Bank stärker aus als auf Institute, die vorwiegend im klassischen Bankgeschäft tätig sind. Negative Marktentwicklungen haben zu einem Rückgang der Erträge der Deutschen Bank geführt. Diese Entwicklung kann auch weiter anhalten. Sollte es der Deutschen Bank nicht gelingen, in gleichem Maße ihren Aufwand zu reduzieren, kann dies zu einem Rückgang der Profitabilität oder sogar dazu führen, dass ein erheblicher Verlust ausgewiesen werden muss, wie es im Jahr 2008 der Fall war. Auch volatile Marktverhältnisse können die Deutsche Bank beeinträchtigen, so infolge eines dadurch ausgelösten Wertverfalls der von der Deutschen Bank gehaltenen Finanzanlagen oder durch ein Ansteigen des Aufwands für Absicherungsgeschäfte.

Die Deutsche Bank hat infolge von Marktschwankungen erhebliche Verluste aus ihrem Handels- und Investmentgeschäft erlitten, die auch weiterhin auftreten können.

Insbesondere im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities geht die Deutsche Bank in den Renten-, Aktien- und Devisenmärkten große Handels- und Anlagepositionen ein. Von Zeit zu Zeit tätigt sie ferner bedeutende Investitionen in einzelne Unternehmen, vor allem durch ihre Konzernbereiche Corporate Investments und Corporate and Investment Bank. Sie hält auch kleinere Handels- und Anlagepositionen in anderen Vermögenswerten. Viele der Handelspositionen schließen derivative Finanzinstrumente ein.

Zur Geschäftstätigkeit jedes der Produkt- und Geschäftsbereiche, in denen die Deutsche Bank diese Art von Positionen eingeht, gehört die Einschätzung der Finanzmärkte und deren zukünftiger Entwicklung. Die Erträge und Gewinne, die die Deutsche Bank aus vielen ihrer Positionen und in diesem Zusammenhang durchgeführten Transaktionen erzielt, können durch Marktpreise beeinträchtigt werden, die während der Finanzkrise sowohl gesunken sind als auch volatil waren. Fallende Marktpreise der von der Deutschen Bank gehaltenen Vermögenswerte können zu Verlusten führen. Viele der von der Deutschen Bank durchgeführten komplexeren Transaktionen sind darauf angelegt, von Preisbewegungen und Unterschieden zwischen verschiedenen Preisen zu profitieren. Entwickeln sich Preise aber in einer nicht vorhergesehenen Weise, kann dies zu Verlusten führen. Volatile Märkte können außerdem dazu führen, dass die von der Deutschen Bank vorgenommenen Einschätzungen zu geringeren Erträgen oder Gewinnen, möglicherweise sogar zu Verlusten aus den damit verbundenen Transaktionen und Positionen führen. Ferner stellt die Deutsche Bank Kapital zur Verfügung und geht Marktrisiken ein, um die Durchführung bestimmter Kapitalmarkttransaktionen zu erleichtern. Dies kann sowohl zu Verlusten als auch zu schwankenden Erträgen führen.

Der andauernde Verfall von Marktpreisen hat zu einem Rückgang der an den Märkten vorhandenen Liquidität geführt und kann diese weiter verringern. Angesichts der weiterhin illiquiden Märkte ist es schwieriger, Vermögenswerte zu veräußern; Veräußerungen können zu erheblichen Verlusten führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Deutschen Bank können andauernde Marktbewegungen, insbesondere der Verfall von Marktpreisen, zu einer Verringerung des Umfangs der Marktaktivitäten und der im Markt vorhandenen Liquidität führen. Wie die Deutsche Bank während der aktuellen Finanzkrise erfahren musste, kann diese Entwicklung zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Deutschen Bank nicht gelingt, im Wert verfallende Positionen zeitnah aufzulösen. Dies kann insbesondere bei solchen Vermögenswerten der Fall sein, für die kein liquider Markt existiert. Vermögenswerte, die nicht an Börsen oder anderen organisierten Märkten gehandelt werden, wie zum Beispiel Verträge über Derivate zwischen Banken, können von der Deutschen Bank anhand von Modellrechnungen anstelle von Börsenpreisen bewertet werden. Den Preisverfall bei solchen Vermögenswerten zu erkennen bzw. zu überwachen ist schwierig und kann zu unvorhergesehenen Verlusten führen.

Infolge von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value) ihrer Finanzinstrumente hat die Deutsche Bank Verluste erlitten und kann weitere Verluste erleiden.

Ein wesentlicher Teil der in der Bilanz der Deutschen Bank erfassten Aktiva und Passiva besteht aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) verbucht sind. Veränderungen des beizulegenden

Zeitwertes schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Beizulegender Zeitwert bedeutet dabei den Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit zwischen sachverständigen, vertragswilligen Geschäftspartnern getauscht werden könnte, außer in einem erzwungenen oder Liquidationsverkauf. Wenn der Wert eines zum beizulegenden Zeitwert verbuchten Vermögenswertes sinkt (bzw. der Betrag einer zum beizulegenden Zeitwert verbuchten Verbindlichkeit steigt), schlägt sich die damit verbundene Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Solche Abschreibungen sind bereits in erheblichem Umfang erfolgt und können auch künftig erforderlich werden.

Beobachtbare Preise und Marktdaten stehen für bestimmte Arten von Finanzinstrumenten nicht zur Verfügung. Der beizulegende Zeitwert wird in diesen Fällen auf der Grundlage von Bewertungsmethoden bestimmt, die die Deutsche Bank für das betreffende Finanzinstrument für angemessen hält. Die Anwendung von Bewertungsmethoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts schließt Schätzungen und Ermessensbeurteilungen ein, deren Umfang von der Komplexität des Instruments und der im Markt vorhandenen Liquidität abhängt. So ist Ermessen bei der Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellbetrachtungen auszuüben. Wenn sich der Bewertung zugrunde gelegte Annahmen aufgrund negativer Marktverhältnisse oder aus anderen Gründen verändern, können künftige Bewertungen zu wesentlichen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts der Finanzinstrumente der Deutschen Bank führen, die die Verbuchung von Verlusten erforderlich machen können.

Die Belastungen und diesbezüglichen Abschreibungen werden abzüglich etwaiger Gewinne auf der Grundlage des beizulegenden Zeitwerts von Absicherungsgeschäften ausgewiesen, die die Basiswerte des Absicherungsgeschäfts betreffen. Möglicherweise können diese Gewinne jedoch nicht realisiert werden. Der beizulegende Zeitwert der Absicherungsgeschäfte kann sich in späteren Perioden aus einer Reihe von Gründen ändern, einschließlich einer Verschlechterung der Kreditwürdigkeit der Gegenpartei des Absicherungsgeschäfts. Solche Verschlechterungen können unabhängig von dem beizulegenden Zeitwert des Basiswerts des Absicherungsgeschäfts sein und zu künftigen Verlusten führen.

Nachteilige wirtschaftliche Verhältnisse haben bei der Deutschen Bank zu höheren Kreditausfällen geführt und können dies auch weiterhin tun.

Die nachteiligen wirtschaftlichen Verhältnisse während der gegenwärtigen Finanzkrise haben bei der Deutschen Bank zu höheren Kreditausfällen geführt und können dies auch weiterhin tun. Dabei stieg ihre Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 0,6 Mrd € im Jahr 2007 auf 1,1 Mrd € im Jahr 2008 und auf 2,6 Mrd € im Jahr 2009 an. Sowohl im Konzernbereich Corporate and Investment Bank als auch im Konzernbereich Private Clients and Asset Management stieg die Risikovorsorge an.

Im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal des Jahres 2009 hat die Deutsche Bank, wie nach den jüngst erfolgten Änderungen der IFRS zulässig, bestimmte zuvor als erfolgswirksam zum Fair Value oder als zur Veräußerung verfügbar (available for sale) verbuchte finanzielle Vermögenswerte in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert. Während diese umklassifizierten Vermögenswerte, die zum 31. Dezember 2009 einen Buchwert von 33,6 Mrd € aufwiesen, nicht mehr mit ihrem Marktwert bilanziert werden müssen, besteht weiterhin das Risiko, dass auf diese Vermögenswerte Abschreibungen vorzunehmen sind. Zudem können weitere Finanzierungs- und Kapitalkosten entstehen. Von den Rückstellungen für Kreditausfälle der Deutschen Bank in Höhe von 2,6 Mrd € im Jahr 2009 waren 1,3 Mrd € diesen umklassifizierten Vermögenswerten zuzuschreiben und bezogen sich hauptsächlich auf Risikopositionen im Bereich Leveraged Finance.

Auch wenn Verluste aus Geschäften für Rechnung von Kunden entstehen, werden diese der Deutschen Bank möglicherweise nicht erstattet, wodurch erhebliche Verluste entstehen können und die Reputation der Deutschen Bank beeinträchtigt werden kann.

Kunden, für deren Rechnung die Deutsche Bank Positionen eingegangen ist, müssen für dabei entstandene Verluste einstehen. Jedoch ergeben sich daraus zusätzliche Kreditrisiken in Bezug auf diese Erstattungsverpflichtung, wenn die Deutsche Bank keine angemessene Sicherheit hält oder diese nicht verwerten kann. Auch kann das Geschäft der Deutschen Bank beeinträchtigt werden, wenn ihre Kunden Verluste erleiden und das Vertrauen in die Produkte und Dienstleistungen der Deutschen Bank verlieren.

Die Einnahmen der Deutschen Bank aus dem Investmentbanking können infolge der ungünstigen Marktverhältnissen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter sinken.

Die Einnahmen aus dem Investmentbanking, die aus Beratungsgebühren und Übernahmeprovisionen bestehen, hängen unmittelbar von der Zahl und dem Volumen der Transaktionen ab, an denen die Deutsche Bank beteiligt ist. Sie sind anfällig für negative Folgen aus anhaltend negativen Marktentwicklungen wie sie gegenwärtig zu beobachten sind. Diese Provisionen und andere Einnahmen werden im Allgemeinen nach dem Wert der zugrunde liegenden Transaktionen bemessen und können im Zuge eines Wertverfalls bei Vermögenswerten, so wie in der aktuellen Finanzkrise geschehen, auch zurückgehen. Die Erträge und die Profitabilität der Deutschen Bank könnten weiterhin durch eine erhebliche Reduzierung von Zahl und Umfang der Aktien- und Anleiheemissionen sowie der Unternehmenstransaktionen negativ beeinflusst werden.

Die Deutsche Bank könnte geringere Einnahmen aus ihrem Brokerage-Geschäft und anderen kommissions- oder gebührenabhängigen Geschäftsbereichen erzielen.

Der Einbruch der Märkte hatte Rückgänge bei den Volumina der Transaktionen zur Folge, die die Deutsche Bank für ihre Kunden durchführt. Daher sind ihre zinsunabhängigen Einnahmen zurückgegangen. Diese Entwicklung kann anhalten. Zudem hängen die Gebühren, die die Deutsche Bank für die Verwaltung der Wertpapierbestände ihrer Kunden erhält, in vielen Fällen vom Wert und der Wertentwicklung dieser Bestände ab. Ein Markteinbruch verringert den Wert dieser Wertpapierbestände und erhöht den Umfang, in dem Vermögen abgezogen wird. Dies führt zu einem Rückgang der Einnahmen aus der Vermögensverwaltung und dem Privatkundengeschäft. Unabhängig von einem Markteinbruch kann eine Wertentwicklung der Investmentfonds der Deutschen Bank, die negativ oder schlechter als der Markt verläuft, zu erhöhten Abflüssen und geringeren Zuflüssen führen. Dies würde geringere Einnahmen aus der Vermögensverwaltung zur Folge haben.

Ungeachtet bestehender Grundsätze, Verfahren und Methoden zur Überwachung von Risiken ist die Deutsche Bank unerkannten und nicht vorhergesehenen Risiken ausgesetzt, die zu erheblichen Verlusten führen können.

Die Deutsche Bank hat mit erheblichem Aufwand Grundsätze, Verfahren und Bewertungsmethoden zur Überwachung von Risiken entwickelt und beabsichtigt, dies auch weiterhin zu tun. Dennoch haben die Techniken und Strategien zur Überwachung von Risiken nicht vollständig verhindern können, dass die Deutsche Bank in allen Marktsituationen Risiken verschiedenster Art ausgesetzt ist, darunter Risiken, die nicht erkannt oder vorhergesehen wurden. Dies wird auch künftig nicht auszuschließen sein. Einigen der quantitativen Messmethoden und -größen im Risikomanagement liegen Erfahrungswerte der Deutschen Bank über historische Marktentwicklungen zugrunde. So werden statistische und andere Methoden auf diese Erfahrungswerte angewandt, um die Risiken zu quantifizieren, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist. Im volatilen Marktumfeld der Finanzkrise konnten diese Messmethoden und -größen einige der eingetretenen Verluste nicht vorherbestimmen, insbesondere im Jahr 2008. Dies kann auch in Bezug auf wesentliche künftige Risiken der Fall sein. Zudem berücksichtigt das quantitative Risikomanagementmodell nicht alle Risiken und trifft zahlreiche Annahmen im Hinblick auf das Marktumfeld, die nicht auf konkrete Ereignisse gestützt sind. Daher haben sich Risiken aus Faktoren ergeben, die durch die angewandten statistischen Modelle nicht vorhergesehen oder nicht zutreffend bewertet wurden, und diese Risiken könnten sich auch weiterhin ergeben. Dies hat die Fähigkeit der Deutschen Bank zur Risikoüberwachung beeinträchtigt und könnte auch weiter zu Beeinträchtigungen führen. Die eingetretenen Verluste waren daher deutlich höher und können auch künftig deutlich höher sein, als dies historische Daten andeuten.

Daneben kann sich auch der eher qualitative Ansatz der Deutschen Bank zum Management solcher Risiken, die durch quantitative Methoden nicht berücksichtigt werden, als unzureichend erweisen. Daraus können sich erhebliche unvorhergesehene Verluste ergeben. Falls gegenwärtige oder künftige Kunden oder Geschäftspartner das Risikomanagement der Deutschen Bank für nicht angemessen halten sollten, besteht die Möglichkeit, dass Geschäft zu anderen Instituten abwandert oder Transaktionen eingeschränkt werden. Dies könnte sowohl die Reputation der Deutschen Bank als auch ihre Einnahmen und ihren Gewinn beeinträchtigen.

Im Zusammenhang mit der Steuerung von Marktrisiken ist die Deutsche Bank auch einem sogenannten „Tail Risk“ ausgesetzt. „Tail Risk“ beschreibt die Form von Marktrisiko, die dann entsteht, wenn die Wahrscheinlichkeit des Abweichens eines Portfolios von Vermögenswerten um mehr als drei Standardabweichungen vom Mittelwert größer ist, als es der Normalverteilung entspricht. Sollte die Deutsche Bank das Tail Risk in ihren Portfolios unterschätzen, wäre sie höheren Verlusten ausgesetzt, als dies in ihren Portfolio-Modellen vorhergesagt wird.

Die Deutsche Bank ist außerhalb ihres klassischen Kreditgeschäfts Kreditrisiken ausgesetzt, die erheblich über die Risiken aus dem klassischen Bankkreditgeschäft hinausgehen.

Die Deutsche Bank ist als Bank und Finanzdienstleister dem Risiko ausgesetzt, dass Dritte, die der Deutschen Bank Geld, Wertpapiere oder andere Vermögenswerte schulden, ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Zudem ist die Deutsche Bank in vielen Geschäftsfeldern außerhalb der klassischen Bankgeschäfte des Einlagen- und Kreditgeschäfts ebenfalls Kreditrisiken ausgesetzt.

Insbesondere umfassen viele der Geschäftsfelder, in denen die Deutsche Bank mit ihrem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities aktiv ist, Kreditgeschäfte, die oft ergänzend zu anderen Transaktionen eingegangen werden. Kreditrisiken außerhalb des klassischen Kreditgeschäfts können zum Beispiel aus dem Halten von Wertpapieren für Dritte oder dem Eingehen von Swap-Vereinbarungen oder anderen Derivategeschäften, bei denen Kontrahenten gegenüber der Deutschen Bank Zahlungsverpflichtungen haben, entstehen. Ein weiteres Beispiel ist die Ausführung von Wertpapier-, Termin-, Währungs- oder Rohstoffhandelsgeschäften, die aufgrund einer Nichtleistung des Kontrahenten oder aufgrund von Systemstörungen auf Seiten eines Clearing Agent, von Börsen, Clearing-Häusern oder anderen Finanzintermediären nicht zum vereinbarten Zeitpunkt abgewickelt werden, ferner das Ausreichen von Krediten im Rahmen von anderen Vereinbarungen.

Die Parteien dieser Vereinbarungen, wie Kontrahenten von Handelsgeschäften, können mit ihren Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bank aufgrund von Insolvenz, politischen und wirtschaftlichen Ereignissen, Mangel an Liquidität, operationellen Fehlern oder aus anderen Gründen ausfallen.

Viele Derivatetransaktionen der Deutschen Bank sind individuell verhandelt und nicht standardisiert. Dies kann die Auflösung, Übertragung oder Abwicklung der daraus resultierenden Positionen erschweren. Bestimmte Kreditderivate erfordern, dass die Deutsche Bank das zugrunde liegende Wertpapier, Darlehen oder eine andere Verpflichtung an den Kontrahenten liefert, um Zahlung zu erhalten. In einigen Fällen hält die Deutsche Bank diesen Basiswert nicht und kann ihn möglicherweise nicht beschaffen. Das kann dazu führen, dass die Deutsche Bank die ihr geschuldeten Zahlungen nicht erhält oder dass zumindest Verzögerungen in der Abwicklung der Transaktion eintreten. Dies kann sich negativ auf die Reputation der Deutschen Bank auswirken und ihre Fähigkeit beeinträchtigen, künftige Geschäfte zu tätigen. Zudem können daraus auch erhöhte Kosten für die Deutsche Bank resultieren.

Die außergewöhnlich schwierigen Marktbedingungen seit der zweiten Jahreshälfte 2007 haben bestimmte Bereiche, in denen die Deutsche Bank aktiv ist und die ungewöhnliche Kreditrisiken mit sich bringen, erheblich beeinträchtigt. Dazu gehören Leveraged Finance und die Märkte für strukturierte Kredite. Diese Entwicklung kann auch in der Zukunft anhalten.

Die Deutsche Bank benötigt ständig Liquidität, um ihre Geschäftsaktivitäten zu refinanzieren. In Zeiten marktweiter oder unternehmensspezifischer Liquiditätsengpässe kann sie daher Beeinträchtigungen erleiden. Sie ist dabei auch dem Risiko ausgesetzt, dass ihr keine Liquidität zur Verfügung gestellt wird, auch wenn ihr zugrunde liegendes Geschäft weiterhin stabil ist.

Die Deutsche Bank ist Liquiditätsrisiken ausgesetzt, also dem Risiko, dass nicht sämtliche Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit erfüllt werden können oder dies nur zu übermäßigen Kosten erfolgen kann. Die Liquidität der Deutschen Bank könnte dadurch beeinträchtigt werden, dass sich die Geschäftspartner der Deutschen Bank oder der Markt wegen bestehender oder angenommener Schwächen des Geschäfts der Deutschen Bank nur zurückhaltend bei der Finanzierung der Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank engagieren. Solche Beeinträchtigungen können sich auch aus Umständen ergeben, die nicht mit dem Geschäft der Deutschen Bank zusammenhängen und außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Dazu gehören beispielsweise Verwerfungen auf den Finanzmärkten, wie sie während des Jahres 2008 und Anfang 2009 eingetreten sind, negative Entwicklungen bei anderen Finanzinstituten, die als mit der Deutschen Bank vergleichbar angesehen werden, oder negative Einschätzungen über die Finanzbranche im Allgemeinen oder Verwerfungen in Märkten für bestimmte Arten von Vermögenswerten. Zudem können Verluste größeren Ausmaßes, Veränderungen des Ratings, ein allgemeiner Rückgang der Geschäftsaktivitäten der Finanzbranche, aufsichtsrechtliche Maßnahmen, schwerwiegendes Fehlverhalten von Mitarbeitern, rechtswidrige Handlungen oder eine Vielzahl anderer Gründe zu einer negativen Wahrnehmung des Geschäfts der Deutschen Bank und ihrer Zukunftsaussichten führen.

Seit Ausbruch der Finanzkrise haben die großen Ratingagenturen die Ratings der Deutschen Bank gesenkt oder auf Überprüfung oder Beobachtung gesetzt. Herabstufungen des Ratings können sich nachteilig auf die Kosten und die Verfügbarkeit der Refinanzierung der Deutschen Bank sowie auf die Erforderlichkeit der Leistung von Sicherheiten auswirken. Sie können ferner die Bereitschaft von Geschäftspartnern, mit der Deutschen Bank Geschäfte zu machen, beeinflussen.

Die Deutsche Bank benötigt Kapital als Grundlage für ihre Geschäftsaktivitäten und zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Verluste könnten das Kapital der Deutschen Bank reduzieren. Marktverhältnisse könnten die Deutsche Bank an der Beschaffung weiteren Kapitals hindern oder ihre Kapitalkosten erhöhen.

Infolge der Finanzkrise im Jahr 2008 und Anfang 2009 sank der Aktienkurs der Deutschen Bank. Die Spreads auf die Credit Default Swaps der Deutschen Bank haben sich erhöht. Sollten die im Jahr 2008 und Anfang 2009 beobachtete Marktverzerrung und Volatilität erneut auftreten, könnte der Zugang der Deutschen Bank zu den Kapitalmärkten und ihre Fähigkeit, die für ihre Geschäftsaktivitäten notwendige Refinanzierung zu akzeptablen Konditionen zu erhalten, beeinträchtigt werden. Unter anderem könnte die Unfähigkeit, Vermögenswerte in ihrer Bilanz zu refinanzieren oder eine angemessene Kapitalausstattung zu erhalten, um gegen den Wertverfall ihrer Vermögenswerte geschützt zu sein, die Deutsche Bank zwingen, von ihr gehaltene Vermögenswerte zu niedrigen Preisen oder ungünstigen Bedingungen zu liquidieren. Auch könnte sie gezwungen sein, ihr Geschäft einzuschränken, wie zum Beispiel das Ausreichen neuer Kredite. Dies könnte das Geschäft der Deutschen Bank sowie ihre Finanz- und Ertragslage beeinträchtigen.

Ferner wurden für die Finanzbranche aufsichtsrechtliche Reformen vorgeschlagen, durch welche die Deutsche Bank strikteren bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen unterliegen könnte. Um solche Anforderungen zu erfüllen, könnte es erforderlich werden, dass die Deutsche Bank Wertpapiere, die Bestandteil des bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitals sind, begibt, Vermögenswerte liquidiert oder ihr Geschäft einschränkt, was sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit und die Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank auswirken

kann, insbesondere, wenn ein solcher Vorschlag zu einem Zeitpunkt in Kraft tritt, zu dem auf den Finanzmärkten ungünstige Bedingungen vorherrschen, aber auch unter normalen Marktverhältnissen.

Die Deutsche Bank ist in einem in zunehmendem Maße regulierten und für Rechtsstreitigkeiten anfälligen Umfeld tätig, das sie Schadensersatzansprüchen und anderen Kosten aussetzt, deren Höhe schwierig abzuschätzen ist.

Die Finanzbranche gehört zu den am stärksten regulierten Branchen. Die weltweiten Geschäfte der Deutschen Bank werden in den Rechtsordnungen, in denen sie Geschäfte tätig, von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden reguliert und überwacht. In den vergangenen Jahren wurde die Regulierung und Überwachung in einer Vielzahl von Geschäftsbereichen verstärkt. Aufsichtsbehörden, Geschäftspartner und andere haben versucht, Finanzdienstleister erhöhter Verantwortung und Haftung zu unterwerfen. Infolge der Finanzkrise hat sich dieser Trend deutlich beschleunigt. Daher könnte die Deutsche Bank künftig häufiger Haftungsrisiken ausgesetzt sein, deren Umfang ebenfalls ansteigen kann. Sie kann auch in stärkerem Maße Sanktionen von Aufsichtsbehörden auferlegt bekommen. Dies kann größere Ausgaben erforderlich machen und zusätzliche Ressourcen binden, um auf mögliche Haftungsrisiken zu reagieren.

Die Natur des Geschäfts der Deutschen Bank bringt es mit sich, dass die Bank und ihre Tochtergesellschaften weltweit von Rechtsstreitigkeiten, Schiedsverfahren und Untersuchungen von Aufsichtsbehörden betroffen sind. Diese Verfahren unterliegen vielen Unsicherheiten. Der Ausgang der einzelnen Verfahren ist nicht mit Sicherheit vorhersehbar. Die Deutsche Bank wird möglicherweise Rechtsstreitigkeiten oder Untersuchungen durch Aufsichtsbehörden im Wege des Vergleichs beenden, bevor ihre Haftung rechts- oder bestandskräftig festgestellt ist. Dies kann erfolgen, um zu verhindern, dass Kosten entstehen, personelle Ressourcen gebunden werden, negative geschäftliche oder aufsichtsrechtliche Folgen eintreten oder um Rufschädigungen zu vermeiden, die mit einem fortgesetzten Bestreiten der Haftung einhergehen, auch wenn die Deutsche Bank glaubt, stichhaltige Einwendungen zu haben. Möglicherweise wird dies die Deutsche Bank auch dann tun, wenn die möglichen Folgen des Unterliegens nicht in einem angemessenen Verhältnis zu den Vergleichskosten stehen. Ferner wird sie aus ähnlichen Überlegungen Geschäftspartner für bei ihnen eingetretene Verluste entschädigen, auch wenn sie der Auffassung ist, hierzu rechtlich nicht verpflichtet zu sein. Die finanziellen Auswirkungen von Rechtsrisiken könnten erheblich sein, sind jedoch schwer oder unmöglich abzuschätzen und zu quantifizieren. Daher können die Beträge, die schließlich gezahlt werden, die Rückstellungen, die für die Abdeckung dieser Risiken gebildet wurden, übersteigen.

Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise wirken sich erheblich auf das Wettbewerbsumfeld aus und können die rechtliche und wirtschaftliche Position der Aktionäre der Deutschen Bank und anderer Investoren erheblich beeinflussen.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise haben Regierungen und Zentralbanken in erheblichem Umfang in die Finanzwirtschaft eingegriffen. Zu den dabei ergriffenen Maßnahmen zählen: die Übernahme unmittelbarer Beteiligungen an einzelnen Finanzinstituten, insbesondere in den USA, Großbritannien und der Schweiz, die Zuführung anderer Formen von Eigenkapital, ferner die Übernahme von Garantien für Verbindlichkeiten oder der Erwerb notleidender Aktiva von Finanzinstituten. Teilweise wurden einzelne Finanzinstitute verstaatlicht. Die Verfügbarkeit solcher Unterstützungsmaßnahmen ist bisweilen daran geknüpft, dass die teilnehmende Bank bestimmte Verpflichtungen eingeht. Diese können in der Kreditvergabe gegenüber bestimmten Arten von Kreditnehmern, in Veränderungen in der Geschäftspolitik, in der Unterlassung von Dividendenzahlungen und anderen Gewinnausschüttungen sowie in Beschränkungen bei der Vergütung von Organmitgliedern bestehen.

Solche Maßnahmen haben einen signifikanten finanziellen Umfang und erhebliche Folgen für die betreffenden Institute wie auch für jene Institute, denen die Maßnahmen nicht zuteil werden. Dies betrifft unter anderem die Refinanzierung der Institute und deren Zugang zu Kapital und wirkt sich auch auf ihre Fähigkeit aus, qualifiziertes Personal zu gewinnen und an sich zu binden. Institute, die keine derartige staatliche Unterstützung erhalten haben, können eine größere Eigenständigkeit bei Entscheidungen über ihre Geschäftsstrategie, Kreditpolitik und Vergütungssysteme haben. Sie können jedoch Wettbewerbsnachteile in Bezug auf ihre Kosten erleiden, insbesondere, was ihre Refinanzierungs- und Kapitalkosten angeht. Auch kann das Vertrauen ihrer Anleger und Investoren beeinträchtigt werden, so dass die Gefahr von Liquiditätsabflüssen besteht. Umgekehrt könnten Institute, die staatliche Unterstützung erhalten, wie oben beschrieben, gezwungen sein, bestimmte Verpflichtungen einzugehen und sich bestimmten Beschränkungen zu unterwerfen.

Die in Deutschland infolge der Finanzmarktkrise verabschiedete Gesetzgebung sieht u. a. eine vorübergehende Aufhebung bestimmter Regelungen des Aktien- und Übernahmerechts, insbesondere in Bezug auf die Rechte der Aktionäre, sowie erweiterte Befugnisse der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vor, die Zahlung von Dividenden oder andere Ausschüttungen auf Finanzinstrumente, die Bestandteil der Eigenmittel sind, auszusetzen.

Das Ergreifen solcher Maßnahmen in Bezug auf die Deutsche Bank könnte die rechtliche und wirtschaftliche Position der Aktionäre der Deutschen Bank oder ihrer anderen Investoren beeinträchtigen. Das Ergreifen

solcher Maßnahmen in Bezug auf andere Unternehmen könnte die Wahrnehmung der allgemeinen Zukunftsaussichten für die Finanzbranche oder eine bestimmte Art oder bestimmte Arten von Finanzinstrumenten beeinträchtigen. In einem solchen Fall könnte der Kurs der Aktien und anderer Finanzinstrumente der Deutschen Bank sinken und die Finanzierungs- und Kapitalkosten könnten steigen.

Aufsichtsrechtliche Reformvorschläge infolge der Finanzkrise können das Geschäftsmodell und das Wettbewerbsumfeld der Deutschen Bank wesentlich beeinflussen.

Infolge der Finanzmarktkrise haben Regierungen, Aufsichtsbehörden und andere Stellen eine Vielzahl von Reformvorschlägen für den aufsichtsrechtlichen Rahmen der Finanzbranche gemacht, um deren Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Krisen zu verbessern, und es werden weiterhin entsprechende Vorschläge vorgelegt. Die Bandbreite der aktuellen Vorschläge umfasst u.a. Vorschläge für strengere aufsichtsrechtliche Eigenkapital- und Liquiditätserfordernisse; Beschränkungen hinsichtlich der Vergütungspraxis; besondere Abgaben zur Finanzierung der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Krisen; Ausweitung der Befugnisse der Aufsichtsbehörden; Untersagung des Einlagengeschäfts für bestimmte Geschäftsbereiche; Zerschlagung von Finanzinstituten, die von den Aufsichtsbehörden als zu groß angesehen werden, um das Risiko ihres Zusammenbruchs einzugehen; und Reformen von Marktinfrastrukturen.

Für einige dieser Vorschläge wurde bereits mit offiziellen Beratungen und Studien zu ihren Auswirkungen begonnen, während andere Vorschläge noch auf politischer Ebene diskutiert werden. Derzeit ist unklar, welche dieser Vorschläge ggf. Rechtskraft erlangen werden und wenn sie dies tun, in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen. Aus diesem Grund kann die Deutsche Bank die Auswirkungen derzeit nicht beurteilen. Möglicherweise wird sich der aufsichtsrechtliche Rahmen der Finanzbranche in der Zukunft jedoch ändern, vielleicht auch erheblich, was für die Deutsche Bank und die Finanzbranche im Allgemeinen mit erheblicher Unsicherheit verbunden ist. Die Auswirkungen der aufsichtsrechtlichen Veränderungen auf die Deutsche Bank können sich von zusätzlichem Verwaltungsaufwand über die Umsetzung und Beachtung neuer Regeln und höhere Finanzierungs- und/oder Kapitalkosten bis zu Einschränkungen hinsichtlich des Wachstums der Deutschen Bank und der Geschäfte, welche die Deutsche Bank tätigen darf, erstrecken. Sollten Vorschläge angenommen werden, wonach die Deutsche Bank ihr Geschäftsmodell wesentlich ändern muss, könnten die sich daraus ergebenden Veränderungen das Geschäft der Deutschen Bank, ihre Finanz- und Ertragslage sowie ihre Zukunftsaussichten erheblich beeinträchtigen.

Operationelle Risiken können das Geschäft der Deutschen Bank beeinträchtigen.

Die Deutsche Bank ist operationellen Risiken ausgesetzt, die sich aus versehentlichen oder absichtlichen Fehlern bei der Ausführung, Bestätigung oder Abwicklung von Transaktionen ergeben oder aus Transaktionen, die nicht ordnungsgemäß aufgezeichnet, beurteilt oder verbucht wurden. Derivateverträge werden mit den Gegenparteien nicht immer zeitnah bestätigt. Solange ein Geschäft unbestätigt bleibt, unterliegt die Deutsche Bank gesteigerten Kreditrisiken und operationellen Risiken. Im Falle einer Leistungsstörung lassen sich vertragliche Ansprüche aus solchen Geschäften möglicherweise schwerer durchsetzen. Die gegenwärtige Finanzkrise, in der das Risiko des Ausfalls einer Gegenpartei gestiegen ist, hat die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sich dieses operationelle Risiko verwirklicht.

Die Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank sind in hohem Maße von ihrer Fähigkeit abhängig, täglich eine Vielzahl von Geschäften auf zahlreichen unterschiedlichen Märkten in vielen Währungen durchzuführen. Dabei sind einige von der Deutschen Bank durchgeführte Geschäfte zunehmend komplexer geworden. Daraus ergibt sich eine starke Abhängigkeit von Systemen zur Verarbeitung von Finanz-, Buchhaltungs- und sonstigen Daten. Sollte eines dieser Systeme nicht ordnungsgemäß arbeiten oder gar ausfallen, kann die Deutsche Bank einen finanziellen Verlust oder eine Unterbrechung ihres Geschäfts erleiden. Weitere mögliche Folgen sind Schadensersatzansprüche von Kunden, Maßnahmen der Aufsichtsbehörden oder Rufschädigung.

Trotz der vorhandenen Notfallpläne könnte eine Störung der Infrastruktur, auf die sich die Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank stützen bzw. die an ihren Standorten zur Verfügung steht, die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, ihr Geschäft zu betreiben. Dazu zählen Unterbrechungen aufgrund von Terroranschlägen oder Pandemien sowie Unterbrechungen der Stromversorgung, von Kommunikations-, Transport- oder anderen Dienstleistungen, die von der Deutschen Bank und ihren Geschäftspartnern genutzt werden.

Der Umfang des Abwicklungsgeschäfts der Deutschen Bank setzt sie erhöhten Gefahren erheblicher Verluste aus, sollten ihre Systeme nicht ordnungsgemäß funktionieren.

Die Deutsche Bank tätigt in großem Umfang Abwicklungs-Geschäfte (Clearing und Settlement). Hieraus ergibt sich das Risiko, dass Kunden oder Dritte erhebliche Beträge verlieren, wenn die Systeme der Deutschen Bank auch nur für kurze Zeiträume nicht ordnungsgemäß funktionieren. Diese Gefahr ist auch gegeben, wenn der Ursprung der Unterbrechung außerhalb des Geschäftsbetriebs der Deutschen Bank liegt. In einem solchen Fall könnte die Reputation der Deutschen Bank selbst dann beschädigt werden, wenn keine wesentlichen Verluste eintreten. Dies könnte Kunden veranlassen, ihre Geschäfte anderswo zu tätigen. Dadurch könnten die Erträge und Gewinne der Deutschen Bank erheblich beeinträchtigt werden.

Sollte es der Deutschen Bank nicht gelingen, ihre strategischen Initiativen umzusetzen, könnte dies Verluste oder eine geringe Ertragskraft zur Folge haben. Dies könnte sich auch erheblich negativ auf den Aktienkurs der Deutschen Bank auswirken.

Ende 2009 startete die Deutsche Bank Phase 4 ihrer Management-Agenda, die sich auf die nächsten beiden Jahre konzentriert und die folgenden Schlüsselemente enthält: Steigerung der Profitabilität im Konzernbereich Corporate and Investment Bank bei weiterhin hoher Risiko- und Bilanzdisziplin; Fokus auf die Kerngeschäftsfelder im Konzernbereich Private Clients and Asset Management und auf die Marktführerschaft im Heimatmarkt; Fokus auf Asien als eine Schlüsselregion für weiteres Ertragswachstum und Neu-Besinnung auf die Leistungskultur der Deutschen Bank. Sollte es der Deutschen Bank nicht gelingen, diese strategischen Initiativen umzusetzen, oder sollte die Umsetzung der Initiativen nicht den erwarteten Nutzen bewirken, könnte dies Verluste oder eine geringe Ertragskraft zur Folge haben. Dies könnte sich auch auf den Aktienkurs der Deutschen Bank negativ auswirken. Eine Reihe von internen und externen Faktoren könnten die Umsetzung dieser Initiativen oder die Realisierung ihres erwarteten Nutzens verhindern. Dazu gehören das erneute Auftreten der extremen Turbulenzen auf den Märkten, in denen die Deutsche Bank aktiv ist. Zu nennen sind ferner die weitere Schwächung der weltweiten, regionalen oder nationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aufsichtsrechtliche Veränderungen, durch die die Kosten der Deutschen Bank erhöht oder ihre Geschäftstätigkeit eingeschränkt werden, sowie gesteigerter Wettbewerb um Geschäft.

Die Deutsche Bank könnte Schwierigkeiten haben, Akquisitionsmöglichkeiten zu identifizieren und durchzuführen. Sowohl Akquisitionen als auch das Absehen von Zukäufen können die Ertragslage und den Aktienkurs der Deutschen Bank erheblich beeinträchtigen.

Die Deutsche Bank zieht immer wieder Unternehmensakquisitionen in Betracht. Unternehmen, die sie zu erwerben beabsichtigt, werden zuvor untersucht. Jedoch ist es nicht möglich, Unternehmen in jeder Hinsicht vollständig zu untersuchen. Folglich kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Deutsche Bank unerwartete Haftungsrisiken eingeht oder dass sich eine Akquisition als nicht so erfolgreich erweist wie erwartet. Sollte die Deutsche Bank eine wesentliche Unternehmenstransaktion ankündigen oder vollziehen, kann ihr Aktienkurs erheblich sinken, sofern Investoren die Transaktion als zu teuer betrachten oder sie nicht für geeignet halten, die Wettbewerbsposition der Deutschen Bank zu verbessern. Ferner könnten bei der Integration einer erworbenen Einheit in das Geschäft der Deutschen Bank Schwierigkeiten auftreten. Die Ertragskraft der Deutschen Bank könnte erheblich beeinträchtigt werden, sollte ein angekündigter Unternehmenserwerb nicht zustande kommen oder die erfolgreiche Integration erworbener Geschäftseinheiten nicht gelingen. Dies könnte auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Geschäftsaussichten und des Managements der Deutschen Bank durch Investoren haben und so einen Verfall ihres Aktienkurses bewirken. Zudem wäre dann ein Abgang wesentlicher Mitarbeiter zu befürchten. Wenn sich die Deutsche Bank gezwungen sähe, solchen Mitarbeitern finanzielle Anreize zum Bleiben anzubieten, würde dies zu einem Anstieg der Kosten und zu einem Rückgang der Profitabilität führen.

Im Februar 2009 hat die Deutsche Bank einen Anteil von 22,9 % an der Deutsche Postbank AG („Postbank“) erworben. Zudem hat sie Schuldverschreibungen der Muttergesellschaft der Postbank übernommen, die am Ende ihrer Laufzeit im Jahr 2012 zwingend in Aktien an der Postbank umgetauscht werden. Diese Aktien entsprechen weiteren 27,4 % am Grundkapital der Postbank. Zum 31. Dezember 2009 hielt die Deutsche Bank zusammen mit einem bei Durchführung der Transaktion bestehenden Anteil von etwa 2,1 % sowie weiteren Aktien, die nach der Transaktion erworben wurden, einen Anteil von 29,88 %. Wenn die Deutsche Bank die übernommenen Schuldverschreibungen bis zum Zeitpunkt des Umtauschs hält, würde sie danach die Mehrheit an der Postbank halten. Aufgrund der derzeitigen Beteiligung hat die Deutsche Bank jedoch keine Kontrolle über die Postbank. Wie bei vielen anderen Finanzinstituten hat sich die Finanzkrise auch auf das Geschäft der Postbank ausgewirkt. Im Rahmen der Umsetzung ihrer Strategie kann die Deutsche Bank entscheiden, ob sie die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt des zwingenden Umtauschs noch halten und damit die Kontrolle an der Postbank erwerben möchte. In jedem Fall ist sie jedoch der Gefahr etwaiger Verluste in Bezug auf ihre gegenwärtige Investition in der Postbank ausgesetzt. Diese Verluste können auch erheblich sein.

Der Deutschen Bank könnte es nur unter Schwierigkeiten gelingen, Vermögenswerte außerhalb ihres Kerngeschäfts zu günstigen Preisen oder überhaupt zu verkaufen.

Die Deutsche Bank könnte bestrebt sein, bestimmte Vermögenswerte außerhalb ihres Kerngeschäfts zu veräußern. Ungünstige Geschäfts- oder Marktbedingungen könnten es erschweren, bei dem Verkauf dieser Vermögenswerte günstige Preise zu erzielen. Sie könnten einen solchen Verkauf auch insgesamt verhindern.

Ereignisse in Unternehmen, in die die Deutsche Bank investiert hat, können den Verkauf dieser Beteiligungen erschweren und unabhängig von der Marktentwicklung zu erheblichen Verlusten führen.

Die Deutsche Bank hat signifikante Investitionen in einzelne Unternehmen getätigt. Verluste und Risiken bei diesen Unternehmen können die Fähigkeit einschränken, die Beteiligungen zu verkaufen. Sie können auch den

Wert der Beteiligungen erheblich reduzieren. Dies kann die Bilanz oder die Erträge der Deutschen Bank beeinträchtigen, sogar wenn die allgemeinen Marktverhältnisse günstig sind. Die größeren, weniger liquiden Beteiligungen der Deutschen Bank sind hierfür angesichts ihrer Größe besonders anfällig.

Intensiver Wettbewerb auf dem deutschen Heimatmarkt ebenso wie auf den internationalen Märkten könnte die Erträge und die Profitabilität der Deutschen Bank wesentlich beeinträchtigen.

Die Deutsche Bank ist in allen Hauptgeschäftsfeldern in Deutschland sowie auf den internationalen Märkten intensivem Wettbewerb ausgesetzt. Sollte es nicht gelingen, auf das Wettbewerbsumfeld in diesen Märkten mit attraktiven Produkten und Serviceangeboten, die für die Deutsche Bank profitabel sind, zu reagieren, könnte sie Marktanteile in wichtigen Bereichen ihres Geschäfts verlieren oder Verluste in einigen oder allen Geschäftsbereichen erleiden. Ferner könnte ein Abschwung in den Volkswirtschaften dieser Märkte den Wettbewerbsdruck erhöhen, so zum Beispiel durch erhöhten Preisdruck und ein geringeres Geschäftsvolumen.

In den vergangenen Jahren hat es eine wesentliche Konsolidierung und Konzentration unter den Finanzdienstleistern gegeben, die ihren Höhepunkt in nie da gewesenen Konsolidierungen während der Finanzkrise fanden. Dieser Trend hat die Kapitalbasis und die geografische Reichweite einiger Wettbewerber der Deutschen Bank erheblich verbessert und die Globalisierung der Wertpapier- und Finanzmärkte beschleunigt. Infolgedessen muss die Deutsche Bank mit Finanzinstituten konkurrieren, die mitunter größer und besser kapitalisiert sind als sie selbst und die in lokalen Märkten besser positioniert sind. Wie oben beschrieben, können staatliche Eingriffe als Reaktion auf die Finanzkrise zu einem Wettbewerbsnachteil für die Deutsche Bank führen.

Transaktionen mit Geschäftspartnern in Ländern, die vom State Department der USA als Staaten eingeordnet werden, die den Terrorismus unterstützen, können mögliche Kunden und Investoren davon abhalten, mit der Deutschen Bank Geschäfte zu machen oder in ihre Wertpapiere zu investieren.

Die Deutsche Bank hat in der Vergangenheit in geringem Umfang Geschäfte mit Partnern in bestimmten Ländern getätigt, die vom State Department der USA als den Terrorismus unterstützende Staaten eingeordnet werden, einschließlich des Irans. Zu diesen Geschäftspartnern gehören auch staatliche oder staatlich kontrollierte Stellen. Solche Geschäfte finden auch gegenwärtig statt. Die Deutsche Bank unterhielt zudem eine Repräsentanz in Teheran, Iran, die zum 31. Dezember 2007 ihren Betrieb eingestellt hat. Das US-Recht verbietet es US-Personen (*U.S. Persons*) generell, Geschäfte mit diesen Staaten zu tätigen. Die Deutsche Bank ist ein deutsches Kreditinstitut und hat bei ihren Geschäftsaktivitäten in Bezug auf solche Staaten keine US-Personen eingebunden, weder bei Managementaufgaben noch in operativer Funktion. Sie unterliegt Richtlinien und Vorgaben, um die Einhaltung der Embargos der UN, der EU und der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen. Im Jahr 2007 und früher entschied der Vorstand der Deutsche Bank AG, kein neues Geschäft mit Geschäftspartnern in Ländern wie Iran, Syrien, Sudan und Nordkorea einzugehen und bestehende Geschäfte im Rahmen des rechtlich Möglichen zu beenden.

Das vorhandene Geschäft mit iranischen Geschäftspartnern besteht vorwiegend aus Beteiligungen als Kreditgeber und/oder -vermittler in wenigen großen Handelsfinanzierungsfazilitäten. Diese wurden vor einigen Jahren vereinbart, um Exportverträge von Exporteuren aus Europa und Asien zu finanzieren. Die Dauer der meisten dieser Fazilitäten beträgt zehn Jahre oder mehr. Die Deutsche Bank ist rechtlich verpflichtet, ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Deutsche Bank schätzt ihr Geschäft mit iranischen Geschäftspartnern im Verhältnis zu ihren Geschäftsaktivitäten im Ganzen nicht als wesentlich ein. Die Ausleihungen an iranische Kreditnehmer belaufen sich auf erheblich weniger als 0,1 % der gesamten Aktiva der Bank per 31. Dezember 2009. Die Erträge aus allen diesen Geschäften machen erheblich weniger als 0,1 % der Gesamterträge der Bank in dem am 31. Dezember 2009 endenden Geschäftsjahr aus.

Der Deutschen Bank sind aufgrund von Presseberichten und anderen Informationen Initiativen seitens Regierungsstellen und Nichtregierungsstellen in den USA und in anderen Ländern bekannt, nach denen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien verabschiedet werden sollen, die Geschäfte mit Unternehmen, die mit dem Iran Geschäfte machen, sowie Investitionen in solche Unternehmen verbieten oder ihre Beendigung verlangen. Solche Initiativen können dazu führen, dass die Deutsche Bank künftig nicht mehr in der Lage sein wird, Unternehmen und Institutionen, die solchen Verboten unterliegen, als Kunden oder als Investoren in ihren Wertpapieren zu gewinnen oder zu halten. Darüber hinaus könnte die Reputation der Deutschen Bank aufgrund ihrer Verbindungen zum Iran Schaden nehmen. Dies könnte einen erheblichen nachteiligen Einfluss auf das Geschäft der Deutschen Bank oder den Kurs ihrer Wertpapiere haben.

ALLGEMEINE ANGABEN

Zukunftsgerichtete Aussagen, Angaben von Seiten Dritter

Dieses Registrierungsformular enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen. In die Zukunft gerichtete Aussagen sind alle Aussagen, die sich nicht auf historische Tatsachen oder Ereignisse beziehen und solche in die Zukunft gerichteten Formulierungen wie „glaubt“, „schätzt“, „geht davon aus“, „erwartet“, „nimmt an“, „prognostiziert“, „beabsichtigt“ oder „könnte“, oder Formulierungen ähnlicher Art enthalten. Dies gilt insbesondere für Angaben in diesem Registrierungsformular über Absichten, Überzeugungen oder gegenwärtige Erwartungen der Gesellschaft in Bezug auf ihre finanzielle Ertragsfähigkeit, Pläne, Liquidität, Aussichten, Wachstum, Strategie und Profitabilität sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Die in die Zukunft gerichteten Aussagen beruhen auf gegenwärtigen, nach bestem Wissen vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen der Gesellschaft. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen jedoch Risiken und Ungewissheiten, da sie sich auf Ereignisse beziehen und auf Annahmen basieren, die gegebenenfalls in der Zukunft nicht eintreten werden. Die Gesellschaft weist darauf hin, dass solche zukunftsgerichteten Aussagen keine Garantie für die Zukunft sind; die tatsächlichen Ergebnisse, einschließlich der Finanz- und Ertragslage, der Gesellschaft bzw. des Deutsche Bank-Konzerns sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können wesentlich von denjenigen abweichen (insbesondere negativer ausfallen), die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden. Selbst wenn die tatsächlichen Ergebnisse der Gesellschaft bzw. des Deutsche Bank-Konzerns, einschließlich der Finanz- und Ertragslage, sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit den zukunftsgerichteten Aussagen in diesem Registrierungsformular übereinstimmen sollten, kann nicht gewährleistet werden, dass dies auch weiterhin in der Zukunft der Fall sein wird.

Die Gesellschaft übernimmt keine Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen, soweit sie hierzu nicht gesetzlich verpflichtet ist. Die Verpflichtung nach § 12 Absatz 3 Satz 1 WpPG, in eine Wertpapierbeschreibung, die zusammen mit diesem Registrierungsformular und einer Zusammenfassung einen dreiteiligen Prospekt bildet, in Fällen von erheblichen Veränderungen oder neuen Entwicklungen, die sich auf die Beurteilung durch das Publikum auswirken könnten, aktualisierende Angaben aufzunehmen, bleibt unberührt.

Dieses Registrierungsformular enthält darüber hinaus branchen- und kundenbezogene Daten sowie Berechnungen, die aus von Dritten veröffentlichten Branchenberichten, Marktforschungsberichten, öffentlich erhältlichen Informationen und kommerziellen Veröffentlichungen entnommen oder abgeleitet wurden („externe Daten“). Kommerzielle Veröffentlichungen geben im Allgemeinen an, dass die Informationen, die sie enthalten, aus Quellen stammen, von denen man annimmt, dass sie verlässlich sind, dass jedoch die Genauigkeit und Vollständigkeit solcher Informationen nicht garantiert wird und die darin enthaltenen Berechnungen auf einer Reihe von Annahmen beruhen. Externe Daten wurden durch die Gesellschaft nicht auf ihre Richtigkeit überprüft. Die Gesellschaft kann daher keine Verantwortung für die Richtigkeit der öffentlichen Quellen entnommenen oder daraus abgeleiteten Daten übernehmen.

Zu beachten ist insbesondere, dass zur Bestimmung von Märkten und ihrer Größe auf externe Daten zurückgegriffen wurde. Dabei wurden bei der Bestimmung der Märkte und ihrer Größe auch die in den jeweiligen Quellen verwendeten Kategorien zugrunde gelegt. Diese Kategorien entsprechen in der Regel nicht den Kategorien, die von der Deutschen Bank bei der Bestimmung ihrer Finanz- und sonstigen Angaben verwendet werden. Die Vergleichbarkeit der externen Daten mit den Finanz- und sonstigen Angaben der Deutschen Bank ist deshalb eingeschränkt; insbesondere bei Aussagen zu Marktanteilen der Deutschen Bank ist diese eingeschränkte Vergleichbarkeit zu beachten. Viele Kunden der Deutschen Bank unterhalten Kundenbeziehungen zu mehreren Banken. Aus diesem Grund können Personen, welche die Deutsche Bank zu ihren Kunden zählt, auch von anderen Finanzinstituten zu deren Kunden gerechnet werden. Deshalb können Berechnungen von Marktanteilen oder Ähnlichem auf der Grundlage der Anzahl von Kunden dazu führen, dass ein einzelner Kunde von verschiedenen Instituten gezählt wird, somit mehrfach berücksichtigt wird.

Soweit Angaben von Seiten Dritter in diesem Registrierungsformular übernommen wurden, bestätigt die Bank, dass diese Angaben korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit der Bank dies bekannt ist und sie es aus den von diesen Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen unterschlagen wurden, welche die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Hinweise zu Währungs- und Finanzangaben

Die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Beträge in „€“ oder „Euro“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Bundesrepublik Deutschland seit dem 1. Januar 1999.

In diesem Registrierungsformular enthaltene Beträge in „\$“ oder „US-\$“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Finanzdaten entstammen, soweit nicht anders angegeben, dem nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung) erstellten und geprüften Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2009, den nach den International Financial Reporting Standards des International Accounting Standards Board (IASB), wie sie in der EU anzuwenden sind, (nachfolgend „IFRS“) erstellten und geprüften Konzernabschlüssen der Gesellschaft zum 31. Dezember 2009, 2008 und 2007 sowie dem nach IFRS erstellten und einer prüferischen Durchsicht unterzogenen verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft zum 31. März 2010. Der verkürzte IFRS-Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2010 ist samt der Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt. Der HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 und der IFRS-Konzernabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2009 sind samt den jeweiligen Bestätigungsvermerken ebenfalls im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt. Die Konzernabschlüsse der Gesellschaft zum 31. Dezember 2008 und 2007 sind samt den jeweiligen Bestätigungsvermerken durch Verweis auf das Registrierungsformular der Gesellschaft vom 9. April 2009 in dieses Registrierungsformular einbezogen; siehe „Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises“. Sofern in diesem Registrierungsformular Finanzdaten als „ungeprüft“ angegeben werden, bedeutet dies, dass sie keiner „Prüfung“ oder „prüferischen Durchsicht“ im Sinne von Ziffer 20.4.3 bzw. Ziffer 20.6.1 des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Europäischen Kommission unterzogen wurden. Sofern dies ausdrücklich angegeben ist, wurden bestimmte ungeprüfte Finanzangaben dem bei der U.S. Securities and Exchange Commission eingereichten Jahresbericht der Deutschen Bank für 2009 (Annual Report 2009 on Form 20-F) entnommen, der auf der Internetseite der Deutschen Bank (www.db.com/ir) einsehbar ist. Zum Zwecke der Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass die im Abschnitt „Risikomanagement — Bilanzmanagement“ in Bezug genommenen „pro forma“-Angaben keine „Pro forma-Finanzinformationen“ im Sinne von Ziffer 20.2 des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Europäischen Kommission darstellen.

Einzelne Zahlenangaben (darunter auch Prozentangaben) in diesem Registrierungsformular wurden kaufmännisch gerundet. In den Tabellen enthaltene Gesamt- oder Zwischensummen weichen aufgrund kaufmännischer Rundungen unter Umständen von den an anderer Stelle in diesem Registrierungsformular angegebenen ungerundeten Werten ab. Ferner addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht genau zu Zwischen- oder Gesamtsummen, die in Tabellen enthalten oder an anderer Stelle in diesem Registrierungsformular genannt sind.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer der Deutschen Bank ist die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, (vormals KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) („KPMG“), Marie-Curie-Straße 30, 60439 Frankfurt am Main, Deutschland. Die Jahresabschlüsse nach HGB sowie die Konzernabschlüsse nach IFRS für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 (jeweils mit Vorjahresvergleichszahlen) wurden von KPMG geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Zudem hat KPMG den verkürzten IFRS-Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 31. März 2010 einer prüferischen Durchsicht unterzogen und mit der im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformular wiedergegebenen Bescheinigung versehen. KPMG ist Mitglied der deutschen Wirtschaftsprüferkammer.

Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer dieses Registrierungsformulars können Kopien folgender Unterlagen in Papierform während der üblichen Geschäftszeiten bei der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main, eingesehen werden:

- die Satzung der Gesellschaft;
- der einer prüferischen Durchsicht unterzogene verkürzte IFRS-Konzernzwischenabschluss der Deutsche Bank AG für den am 31. März 2010 endenden Dreimonatszeitraum;
- der geprüfte HGB-Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr; und
- die geprüften IFRS-Konzernabschlüsse der Deutsche Bank AG für die jeweils am 31. Dezember endenden Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007.

Diese Dokumente sind darüber hinaus auf der Internetseite der Bank (www.db.com/ir) erhältlich.

ANGABEN ÜBER DIE DEUTSCHE BANK

Firma, Sitz, Handelsregistereintragung und Dauer der Gesellschaft

Die Firma der Bank lautet Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Die Bank ist im Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 30 000 eingetragen.

Die Deutsche Bank AG ist ein Kreditinstitut und eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Die Bank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland. Sie unterhält ihre Hauptniederlassung unter der Anschrift Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main, Deutschland (Telefon: +49-69-910-00).

Geschichte und Entwicklung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ist durch die Wiedervereinigung der Norddeutsche Bank Aktiengesellschaft, Hamburg, der Rheinisch-Westfälische Bank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, und der Süddeutsche Bank Aktiengesellschaft, München, entstanden. Diese Banken waren 1952 aufgrund des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten aus der 1870 gegründeten Deutschen Bank ausgegründet worden. Die Verschmelzung und die Firma der Gesellschaft wurden am 2. Mai 1957 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingetragen.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Bank ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft ist ein Kreditinstitut im Sinne von § 1 Absatz 1 des Kreditwesengesetzes. Satzungsmäßiger Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 der Satzung der Betrieb von Bankgeschäften jeder Art, das Erbringen von Finanz- und sonstigen Dienstleistungen sowie die Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Gesellschaft kann diesen Unternehmensgegenstand selbst oder durch Tochter- und Beteiligungsunternehmen verwirklichen. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gesellschaftszweck zu fördern, insbesondere zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, zur Errichtung von Zweigniederlassungen im In- und Ausland, zum Erwerb, zur Verwaltung und zur Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie zum Abschluss von Unternehmensverträgen.

Konzernstruktur und wesentliche Beteiligungen

Die Deutsche Bank AG ist die Muttergesellschaft eines Konzerns aus Banken, Kapitalmarktunternehmen, Fondsgesellschaften, einer Gesellschaft zur Immobilienfinanzierung, Teilzahlungsunternehmen, Research- und Beratungsunternehmen und anderen in- und ausländischen Unternehmen. Für Informationen über die derzeitigen wesentlichen Tochtergesellschaften der Deutsche Bank AG siehe Note 38 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Bekanntmachungen

Nach der Satzung sind Bekanntmachungen durch die Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Informationen an die Inhaber zugelassener Wertpapiere der Gesellschaft dürfen auch durch Datenfernübertragung übermittelt werden.

Langfristratings

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Langfristratings der Deutsche Bank AG zum Datum dieses Registrierungsformulars:

Moody's Investors Service, New York ⁽¹⁾	Aa3
Standard & Poor's, New York ⁽²⁾	A+
Fitch Ratings, New York ⁽³⁾	AA-

- 1 Moody's stuft „Aa“-Anleihen niedriger ein als die höchstbewerteten Anleihen (die ein „Aaa“ erhalten), da Sicherheitsmargen eventuell nicht so hoch wie bei „Aaa“-Papieren sind, die Schwankungsbreite schützender Faktoren größer ist oder es sonstige Kriterien gibt, die die langfristigen Risiken höher erscheinen lassen als bei „Aaa“-Papieren. Die Zahl 3 zeigt an, dass Moody's die Anleihe am unteren Ende der „Aa“-Kategorie einstuft.
- 2 Standard & Poor's beschreibt Anleihen der A-Ratingkategorie als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld, verglichen mit denen höherer Ratingkategorien. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut. Das Pluszeichen zeigt die Einstufung am oberen Ende der „A“-Kategorie an.
- 3 Ein „AA“-Rating von Fitch Ratings belegt eine sehr hohe Bonität. Das „AA“-Rating von Fitch Ratings kennzeichnet die sehr geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „AA“-Ratings auf eine sehr hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Die Beeinträchtigung dieser Fähigkeit durch vorhersehbare Ereignisse ist gering. Die „AA“-Kategorie ist die zweithöchste Ratingkategorie von Fitch Ratings, das Minuszeichen zeigt die Einstufung am unteren Ende der „AA“-Kategorie an.

Am 4. März 2010 stuft Moody's Investors Service das Langfristrating der Deutsche Bank AG von Aa1 auf Aa3 (Ausblick stabil) herab. Als Begründung nannte Moody's die erhebliche Abhängigkeit der Deutschen Bank vom Kapitalmarktgeschäft und die daraus folgenden Herausforderungen im Risikomanagement, die wahrgenommene Verzögerung beim Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG sowie die Volatilität des Geschäfts der Deutschen Bank außerhalb des Investmentbankings.

Jedes Rating verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem der Deutschen Bank das Rating mitgeteilt wurde. Die Ratingagenturen können ihre Ratings jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen.

DIVIDENDENPOLITIK UND ERGEBNIS JE AKTIE

Dividendenpolitik

Nach deutschem Recht basieren die Dividenden auf dem nicht konsolidierten Ergebnis der Deutsche Bank AG, das in Übereinstimmung mit deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelt wird. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahrs sowie um Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden. Der verbleibende Betrag wird anschließend auf die anderen Gewinnrücklagen (oder einbehaltenen Gewinne) und den Bilanzgewinn (oder ausschüttbaren Gewinn) verteilt. Maximal die Hälfte dieses verbleibenden Betrags kann den Gewinnrücklagen, zumindest die Hälfte muss dem Bilanzgewinn zugewiesen werden. Der vollständige Betrag des Bilanzgewinns der Deutsche Bank AG wird anschließend ausgeschüttet, sofern die Hauptversammlung dies beschließt. Diese kann statt oder zusätzlich zu einer Bardividende eine Sachdividende beschließen. Soweit die Bank Genussscheine ausgegeben hat und sich aus den jeweiligen Genussrechtsbedingungen für die Inhaber der Genussscheine ein Anspruch auf Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn ergibt, ist der Anspruch der Aktionäre auf diesen Teil des Bilanzgewinns ausgeschlossen. Würde die Deutsche Bank die im Kreditwesengesetz festgelegten Kapitaladäquanzvorschriften oder Liquiditätsanforderungen nicht erfüllen, kann die BaFin die Dividendenzahlungen aussetzen oder einschränken. Der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2009 ist im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars enthalten. Dieser Einzelabschluss wird im Gegensatz zu dem nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss nach HGB aufgestellt; die Rechnungslegungsregeln von HGB und IFRS weisen Unterschiede auf.

Die Dividende wird von der Hauptversammlung beschlossen und einmal im Jahr gezahlt. Sofern nicht anders beschlossen, ist die Dividende, die die Hauptversammlung beschlossen hat, am ersten Börsenhandelstag nach der Hauptversammlung zu zahlen. Gemäß deutschem Recht unterliegt der Dividendenanspruch der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren. In Übereinstimmung mit dem deutschen Aktiengesetz gilt als Stichtag für die Festlegung, welche Inhaber der Stammaktien gegebenenfalls Anspruch auf Dividendenzahlungen oder sonstige Ausschüttungen, wie Bargeld, Aktien oder Sachwerte haben, das Datum der Hauptversammlung, auf der solche Dividendenzahlungen oder sonstige Gewinnausschüttungen beschlossen werden. Emittiert die Bank eine neue Aktiengattung, darf dafür gemäß der Satzung ein anderer Dividendenanspruch festgesetzt werden.

Ergebnis je Aktie

Die nachfolgende Übersicht stellt das Ergebnis je Aktie auf Konzernbasis (IFRS) (geprüft) sowie die Dividenden je Aktie, die für das Geschäftsjahr 2009 vorgeschlagen bzw. für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 ausgeschüttet wurden, dar.

	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
Dividende je Aktie in €	0,75 ⁽¹⁾	0,50	4,50
Ergebnis je Aktie in € (basic) ⁽²⁾	7,92	-7,61	13,65
Ergebnis je Aktie in € (verwässert) ⁽³⁾	7,59	-7,61	13,05

1 Vorschlag des Vorstands und Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG für die ordentliche Hauptversammlung 2010, die über die Ausschüttung einer Dividende für das Geschäftsjahr 2009 entscheidet.

2 Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im jeweiligen Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugewiesener unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

3 Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Die in der Vergangenheit ausgeschütteten Dividenden sind kein geeigneter Maßstab, um auf künftige Dividendenzahlungen zu schließen.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Überblick

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist mit einer Bilanzsumme von 1.670 Mrd € (Stand: 31. März 2010) nach eigener Ansicht die größte Bank Deutschlands und gehört nach ihrer Einschätzung zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum 31. März 2010 beschäftigte die Deutsche Bank 80.849 Mitarbeiter (gerechnet auf der Basis von Vollzeitkräften) und unterhielt in 72 Ländern 1.999 Niederlassungen (49 % davon in Deutschland). Die Deutsche Bank bietet Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten und Dienstleistungen an.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert. Zwei von ihnen sind weiter in Unternehmensbereiche unterteilt. Die Bank hat folgende Konzernbereiche:

- Corporate and Investment Bank (CIB) mit den beiden Unternehmensbereichen
 - Corporate Banking & Securities (CB&S)
 - Global Transaction Banking (GTB)
- Private Clients and Asset Management (PCAM) mit den beiden Unternehmensbereichen
 - Asset and Wealth Management (AWM)
 - Private & Business Clients (PBC)
- Corporate Investments (CI)

Zur Organisation gehören auch Infrastrukturfunktionen und das Corporate Center. Darüber hinaus verfügt die Deutsche Bank über eine Regional Management-Funktion, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt.

Die Deutsche Bank betreibt ihre geschäftlichen Aktivitäten in Bezug auf bestehende und potenzielle Kunden in den meisten Ländern der Welt. Grundlage für diese Geschäftsaktivitäten sind:

- Tochtergesellschaften und Filialen in vielen Ländern;
- Repräsentanzen in vielen anderen Ländern;
- und ein oder mehrere Ansprechpartner zur Betreuung der Kunden in einer Vielzahl weiterer Länder.

Die folgende Tabelle zeigt die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischer Region auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank. Für CIB und PCAM erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu CI und Consolidation & Adjustments werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortlichkeit für diese Bereiche zentral wahrgenommen wird.

	<u>2009</u>	<u>2008</u>	<u>2007</u>
		(in Mio €)	
		(geprüft)	
Deutschland:			
CIB	2.353	2.997	3.012
PCAM	4.769	5.208	5.514
Deutschland insgesamt	7.122	8.205	8.525
Europa, Naher Osten und Afrika:			
CIB	8.483	-629	7.713
PCAM	2.482	2.391	2.816
Europa, Naher Osten und Afrika insgesamt⁽¹⁾	10.964	1.762	10.530
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CIB	5.295	-838	4.628
PCAM	724	971	1.331
Amerika insgesamt	6.020	133	5.959
Asien/Pazifik:			
CIB	2.672	1.671	3.823
PCAM	289	471	468
Asien/Pazifik insgesamt	2.961	2.142	4.291
CI	1.044	1.290	1.517
Consolidation & Adjustments	-159	82	7
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt⁽²⁾	27.952	13.613	30.829

1 In den Geschäftsjahren 2009 und 2007 trug Großbritannien rund 60 % zu diesen Erträgen bei. Im Geschäftsjahr 2008 wies Großbritannien negative Erträge aus.

2 Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten der Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem die Mitarbeiter, die Kunden der Deutschen Bank und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Corporate and Investment Bank

In CIB betreibt die Deutsche Bank das Kapitalmarktgeschäft einschließlich Emission, Verkauf und Handel von Kapitalmarktprodukten wie Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren, das Beratungs- und das Kreditgeschäft sowie das Geschäft mit Transaktionsdienstleistungen. Ihre institutionellen Kunden kommen sowohl aus dem öffentlichen Sektor – wie souveräne Staaten und supranationale Einrichtungen – als auch aus der Privatwirtschaft, von mittelständischen Unternehmen bis hin zu multinationalen Großkonzernen.

CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB).

CB&S besteht aus den beiden Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance, die im Deutsche Bank-Konzern weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen sowie das Corporate-Finance-Geschäft abdecken.

Zu GTB gehört das Produktangebot in den Geschäftszweigen Trade Finance, Cash Management und Trust & Securities Services für Finanzdienstleister und andere Unternehmen.

Private Clients and Asset Management

PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert.

AWM umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). In AM hat die Deutsche Bank für Privatkunden das weltweite Publikumsfondsgeschäft ihrer Tochtergesellschaft DWS Investments konzentriert. An institutionelle Kunden, einschließlich Pensionsfonds und Versicherungen, wendet sich die Deutsche Bank mit einer breiten Produktpalette, die von klassischen Anlagen über Hedgefonds bis zu speziellen Immobilienanlagen reicht. PWM betreut weltweit vermögende und sehr vermögende Privatkunden, deren Familien sowie ausgewählte Institutionen. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bietet die Deutsche Bank einen ganzheitlichen Service, zu dem die individuelle Vermögensverwaltung einschließlich der Beratung bei der Nachfolgeplanung und bei philanthropischen Überlegungen gehört.

PBC richtet sich an vermögensbildende Privatkunden und kleine bis mittlere Unternehmen, denen die Deutsche Bank ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlageberatung zur Verfügung stellt. Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen aktiv. Darüber hinaus investiert die Deutsche Bank gezielt in die Erschließung aufstrebender Märkte in Asien, beispielsweise in China und Indien.

Corporate Investments

Der Konzernbereich CI betreut die wesentlichen globalen Beteiligungen der Deutschen Bank.

Strategie

Identität und Leitbild. Die Deutsche Bank ist nach eigener Ansicht eine weltweit führende Investmentbank mit einem starken und wachsenden Privatkundengeschäft. Diese Geschäftsfelder verstärken sich gegenseitig und die Ausschöpfung des Synergiepotenzials zwischen den Geschäftsbereichen ist für die Deutsche Bank von hoher strategischer Bedeutung. Neben ihrer Führungsposition in Europa verfügt die Deutsche Bank über eine starke Präsenz in Nordamerika, Asien und anderen Wachstumsmärkten.

Es ist das Ziel der Deutschen Bank, der weltweit führende Anbieter von Finanzlösungen zu sein und damit nachhaltig Wert zu schaffen – für ihre Kunden, ihre Aktionäre, ihre Mitarbeiter und für die Gesellschaft als Ganzes.

Management-Agenda. Im Jahr 2002 hat die Deutsche Bank eine mehrphasige Management-Agenda für die kommenden Jahre beschlossen. Die erste Phase dieser Agenda konzentrierte sich vorrangig auf die Transformation der Bank. Die zweite Phase beinhaltete die Formulierung einer Strategie zur Erreichung nachhaltigen, profitablen Wachstums. Die dritte Phase konzentrierte sich auf die Ausschöpfung der Chancen der neu positionierten Bank, um beschleunigtes Wachstum zu erzielen.

Mit dem Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 hat sich die Bankenlandschaft verändert. Neue, langfristige Herausforderungen sind entstanden und die Deutsche Bank hat erkannt, dass sie ihre Strategie und ihr Geschäftsmodell anpassen muss, um die Möglichkeiten einer veränderten Welt auszuschöpfen. Sie hat daher ihre Management-Agenda zur Fortführung der 2002 begonnenen Transformation um ein neues, viertes Kapitel erweitert. Diese neue Phase besteht aus den folgenden Säulen:

- Steigerung der Profitabilität im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) bei weiterhin hoher Risiko- und Bilanzdisziplin
- Fokussierung auf die Kerngeschäftsfelder im Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) und auf die Marktführerschaft im Heimatmarkt
- Fokussierung auf Asien als eine Schlüsselregion für weiteres Ertragswachstum
- Neu-Besinnung auf die Leistungskultur der Deutschen Bank.

Strategie im Konzernbereich CIB

Im Unternehmensbereich **Corporate Banking & Securities**, der sich in die Geschäftsbereiche Global Markets und Corporate Finance gliedert, strebt die Deutsche Bank eine Steigerung ihrer Profitabilität und Ergebnisqualität an.

Im Geschäftsbereich Global Markets konzentriert sich die Deutsche Bank auf die anhaltende Verbesserung der Bilanzeffizienz, aufbauend auf ihre in den letzten Jahren erreichte Positionierung als eine der nach eigener Einschätzung weltweit führenden Investmentbanken. Als Reaktion auf die Finanzkrise hat die Deutsche Bank Maßnahmen eingeleitet, um die Plattform ihrer Geschäftsaktivitäten neu auszurichten und deren Risiken zu reduzieren, indem sie ihren Kapitaleinsatz, ihre Ressourcenintensität und ihre Risikoaktiva mit dem Ziel anpasst, verbesserte Profitabilität, Ergebnisqualität und eine wirklich diversifizierte Plattform, gemessen an den Erträgen nach Geschäftsbereichen, zu erreichen. Zukünftig will sich die Deutsche Bank auf die Verstärkung ihrer weltweiten Aktien-, Rohstoff-, und elektronischen Handelsplattformen konzentrieren. Die Deutsche Bank will in das Aktienkassa- und Prime-Brokerage-Geschäft in Nordamerika und Asien investieren und ihre Handelsplattform für börsennotierte Aktienderivate und Equity Flow Derivatives ausbauen. Im Rohstoffbereich will sich die Deutsche Bank auf einen Ausbau nach Produkten und Regionen einschließlich physischem

Ölhandel, Strom und Gas in Osteuropa und Metallen in Asien konzentrieren und dabei in ihre Risikomanagementressourcen investieren. Die Deutsche Bank beabsichtigt auch, ein führendes elektronisches Aktienkassa-Handelsprodukt für bestehende und neue Kunden zu entwickeln und will in das Geschäft mit Devisen und Zinsprodukten investieren, um ihre Position als Marktführer im elektronischen Handel zu behaupten und Marktanteile zu erhalten.

Im Geschäftsbereich Corporate Finance hat die Deutsche Bank in Europa einen kraftvollen Bereich aufgebaut. Hier ist es ihr vorrangiges strategisches Ziel, ihre Position, gemessen an Erträgen, zu einer Platzierung unter den Top 5 der Welt auszubauen. Zur Erreichung dieses Ziels will die Deutsche Bank auf ihrer führenden Position in Europa aufbauen, profitabel den Marktanteil in Nord- und Südamerika und im asiatisch-pazifischen Raum durch Ausnutzung der dortigen Dynamik steigern und dabei selektiv in bestimmten Branchen und Regionen investieren. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank nach der Finanzkrise ihre Aktivitäten im Geschäft mit gewerblichen Immobilien (Commercial Real Estate) durch die Definition klarer Grenzen für Konzentrationsrisiken und das Geschäft mit fremdfinanzierten Unternehmensübernahmen (Leveraged Finance) durch verschärfte Risikoparameter neu ausgerichtet.

Im Unternehmensbereich **Global Transaction Banking** liegt der Schwerpunkt der Deutschen Bank auf anhaltend profitabilem Wachstum. Ihren Kunden bietet die Deutsche Bank hier umfassende Dienstleistungen für die Abwicklung inländischen und grenzüberschreitenden Handels, u.a. bei der Strukturierung, Finanzierung und Risikosteuerung. Die Deutsche Bank will auch zukünftig flexible, innovative Lösungen in Bereichen wie zum Beispiel dem Kreditkartengeschäft und dem währungsübergreifenden Massenzahlungsverkehr entwickeln. GTB will durch die Ausnutzung jüngster Investitionen, Konzentration auf Produkte mit hohem Wachstum, Gebühren und Margen und die Nutzung geeigneter Akquisitionsgelegenheiten, wie zum Beispiel dem Erwerb von Teilen der Geschäftskundenaktivitäten der ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) in den Niederlanden, wachsen. Dieser Anfang April 2010 abgeschlossene Erwerb soll das Profil von GTB in Europa durch umfassendere Kundenbetreuung und sich ergänzende Produktangebote weiter stärken.

Strategie im Konzernbereich PCAM

Asset and Wealth Management umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management und Private Wealth Management.

Im Geschäftsbereich Asset Management will sich die Deutsche Bank auf ihr Kerngeschäft und ihre Investmentkompetenzen konzentrieren, marktführende Positionen durch strategische Partnerschaften erweitern und weiter Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen vorantreiben. Die erheblichen Initiativen zum Strukturwandel in den Jahren 2008 und 2009, wie die Globalisierung des Geschäfts der DWS, die Neupositionierung in der Asien/Pazifik-Region, die Restrukturierung des RREEF-Geschäfts sowie Komplexitätsreduktionen über Funktionen und Produkte hinweg, haben zur Wiederherstellung der operativen Leistungsfähigkeit geführt und Asset Management in die Lage versetzt, diese Strategie umzusetzen.

Im Geschäftsbereich Private Wealth Management will die Deutsche Bank ihre Position im Heimatmarkt insbesondere durch die Nutzung von Chancen wie den Erwerb der Sal. Oppenheim-Gruppe ausbauen. Darüber hinaus will die Deutsche Bank ihre lokale Positionierung im US-amerikanischen Markt durch organische Wachstumsmöglichkeiten stärken, zusätzliches Wachstum in aufstrebenden Märkten mit einem Fokus auf die Asien/Pazifik-Region beschleunigen, ihre integrierte Plattform für wohlhabende Kunden weiterentwickeln und Profitabilität durch Kostensenkungsprogramme vorantreiben.

Im Unternehmensbereich **Private & Business Clients (PBC)** will die Deutsche Bank ihre nach eigener Ansicht bestehende Führungsposition im Heimatmarkt, die sie bereits durch den Erwerb der Berliner Bank und norisbank in den Jahren 2007 und 2006 ausgebaut hat, stärken. Darüber hinaus will die Deutsche Bank ihr Beratungsgeschäft in reifen Märkten in Europa verstärken. In Asien hat die Deutsche Bank ihre Beteiligung an der Hua Xia Bank erhöht, um weitere Gewinne aus dem Asiengeschäft zu generieren, und wird sich auch weiter auf die Erweiterung ihres Filialnetzwerks in Indien konzentrieren.

Die kürzlich durchgeführten strategischen Investitionen in die Effizienz der Plattform sollen zu Kosteneinsparungen führen. Zusätzlich hat die Deutsche Bank eine Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Postbank und mit SAP zur Entwicklung und Implementierung einer neuen Kernbankplattform abgeschlossen. Diese neue Kernbankplattform soll ein hohes Maß der Standardisierung von Prozessen bewirken, das zu nachhaltigen Effizienzsteigerungen führt.

Die Deutsche Bank ist überzeugt, dass Asien zu einem wesentlichen Treiber des Ertragswachstums in der Branche geworden ist. Die Deutsche Bank ist in Asien bereits in erheblichem Maße präsent und will in den nächsten zwei Jahren in der Region investieren, um ihr Wachstumspotential auszubauen und ihre Wettbewerbsposition in CIB und GTB noch weiter zu verbessern. Gleichzeitig will die Deutsche Bank die Größe ihres Private-Wealth-Management-Geschäfts in der Region verdoppeln.

Insgesamt will die Deutsche Bank ihre Leistungskultur neu beleben und wird sich dabei auf erhöhte Effizienz in allen Geschäftsbereichen, insbesondere durch Optimierung von Kosten und Infrastruktur, fokussieren. Im Zuge

dessen, und um klare Verantwortlichkeit sicherzustellen, plant die Deutsche Bank, neue Leistungskennzahlen und ein System zum wertorientierten Management einzuführen, um die Rendite für ihre Aktionäre zu steigern. Darüber hinaus will die Deutsche Bank auch weiter in ihre Unternehmenskultur investieren. Vielfalt soll vom Recruiting bis zu der Ernennung von Führungskräften ein integraler Aspekt der Deutschen Bank sein. Der Ausbau des Talentmanagements soll von der Karriereplanung bis hin zu Vergütungssystemen weiterhin ein wichtiger Bestandteil ihrer Unternehmenskultur sein.

Kapitalmanagement-Strategie. Konzentriertes Kapitalmanagement war ein integraler Bestandteil aller Phasen der Management-Agenda der Deutschen Bank. Im Laufe des Jahres 2009 hat die Deutsche Bank ihr Kernkapital (Tier-1) von 31,1 Mrd € auf 34,4 Mrd € erhöht. Am Ende des Jahres 2009 betrug ihre Kernkapitalquote (Tier-1) nach Basel II 12,6 % im Vergleich zu 10,1 % zum Jahresende 2008.

Wettbewerbsumfeld

Die Finanzdienstleistungsindustrie und damit alle Geschäftsbereiche der Deutschen Bank unterliegen einem äußerst intensiven Wettbewerb, und die Deutsche Bank erwartet, dass dies so bleiben wird. Zu ihren Hauptwettbewerbern zählen andere Geschäftsbanken, Sparkassen, weitere öffentlich-rechtliche Banken, Broker/Dealer, Investmentbanken, Versicherungsunternehmen, Anlageberater, Investmentfonds und Hedge Funds. Mit manchen Wettbewerbern steht die Deutsche Bank weltweit im Wettbewerb, mit anderen bei bestimmten Regionen, Produkten oder Marktnischen. Die Deutsche Bank muss sich im Wettbewerb an zahlreichen Faktoren messen lassen, unter anderem der Qualität von Kundenbeziehungen, Transaktionsabwicklung, ihren Produkten und Dienstleistungen, Innovation, Reputation und Preis.

Eine neue Wettbewerbslandschaft

Im Jahr 2008 durchlief der Bankensektor umfangreiche Konsolidierungs- und Fusionsaktivitäten, teilweise vor dem Hintergrund erheblicher Verluste einiger Finanzinstitute aus Beständen notleidender Vermögenswerte. Zu beobachten war eine deutliche Verschiebung weg vom Geschäftsmodell des großen, unabhängigen Broker/Dealer, wovon einige von integrierten Großbanken erworben wurden, während andere zu Bankholdinggesellschaften umgewandelt wurden und eine weitere im September 2008 in Konkurs ging.

Nach einer Phase akuter Anspannung im Kapitalmarkt und in der Interbankenfinanzierung sahen sich die verbleibenden Banken einem erhöhten Druck durch sinkende Werte ihrer Aktiva sowie einem sich verschlechternden Kreditumfeld ausgesetzt, als die Finanzkrise auf die gesamte Wirtschaft übergriff. Zentralbanken und Regierungen reagierten durch Einschreiten in einem noch nie dagewesenen Ausmaß, unterstützten Schlüsselmärkte mit Liquidität und rekapitalisierten die am stärksten betroffenen Banken durch direkte Eigenkapitalinvestitionen. Etliche weitere Banken mussten über andere Quellen Kapital aufnehmen, um ihre strategische Flexibilität wiederherzustellen. Banken, die direkte Kapitalunterstützung von Regierungen oder Zentralbanken angenommen haben, mussten in einigen Fällen Verpflichtungen eingehen, wie beispielsweise die Erhöhung der Kreditvergabe an bestimmte Kategorien von Kreditnehmern, die Anpassung ihrer Strategie, die Aussetzung ihrer Dividendenzahlungen und anderer Gewinnverteilungen sowie die Beschränkung der Vergütung ihrer Führungskräfte.

Im Jahr 2009 hat das auf die Krise folgende Umfeld denjenigen Banken, die nicht Teil von Konsolidierungsaktivitäten waren, Möglichkeiten eröffnet, ihre Marktanteile auszubauen, und einige Banken sind gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Das Wettbewerbsumfeld hat sich deutlich gewandelt, da einige Großbanken nicht mehr in ihrer damaligen Form bestehen, während sich andere auf den Abbau von Risiken und den Rückzug aus Geschäftsfeldern beschränken müssen, um sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren, statt Wachstumsinitiativen zu verfolgen. Banken, die nicht wie oben beschrieben direkte Kapitalunterstützungen erhielten, waren vielfach in der Lage, größere Unabhängigkeit bei ihrer Strategie, Kreditvergabe und ihren Vergütungsmechanismen zu bewahren. Soweit diese Banken ebenfalls in der Lage waren, eine angemessene Kapitalausstattung beizubehalten, und die sich verschlechternde Kreditqualität auffangen konnten, haben sie unter Umständen Wettbewerbsvorteile zur Gewinnung von Marktanteilen in einem veränderten Umfeld erreicht.

In Deutschland bleibt der Privatkundenmarkt nach wie vor fragmentiert. Das Wettbewerbsumfeld der Deutschen Bank wird weiter durch das Drei-Säulen-System von Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken geprägt. Die jüngste Konsolidierung, insbesondere unter den Landesbanken und Privatbanken, hat jedoch die Wettbewerbsintensität erhöht. Die Fusion der zweit- und drittgrößten Privatbanken in Deutschland, zusammen mit einer Kapitalmaßnahme durch die Bundesregierung, wird das Wettbewerbsumfeld auf dem Heimatmarkt der Deutschen Bank sowie die Wettbewerbskonzentration noch zusätzlich beeinflussen.

Regulatorische Reformen

Als Reaktion auf die Finanzkrise haben Regierungen, Aufsichtsbehörden und andere zahlreiche Vorschläge unterbreitet, das regulatorische System der Finanzdienstleistungsbranche zu reformieren, um es für künftige

Krisen widerstandsfähiger zu machen. Zu der weiten Bandbreite der derzeitigen Vorschläge zählen unter anderem:

- Überarbeitung regulatorischer Kapitalanforderungen, um in bestimmten Fällen mehr Kapital vorzuschreiben, wie z.B. für Handelsbuchpositionen, insbesondere diejenigen, die aus Verbriefungen resultieren, oder für solche Institute, die für ein reibungsloses Funktionieren des Finanzsystems allgemein besonders wichtig sind;
- Verschärfungen und Änderungen der Definition von regulatorischem Kapital;
- Einführung einer maximal zulässigen Leverage Ratio (Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital);
- Erhöhung regulatorischer Liquiditätsanforderungen;
- Begrenzungen und Einschränkungen bei Vergütungssystemen;
- Erhebung von Sondersteuern und -abgaben zur Finanzierung von Regierungsmaßnahmen während der derzeitigen Krise oder für den Fall von künftigen Eingriffen;
- Erweiterung der Möglichkeiten für Aufsichtsbehörden, Finanzinstitute in Notlagen zu restrukturieren;
- Trennung bestimmter Geschäftsbereiche wie beispielsweise Eigenhandel und Einlagengeschäft, was in einigen Fällen die Aufspaltung von Finanzinstituten erfordern würde;
- Entflechtung von Finanzinstituten, die von Aufsichtsbehörden als zu groß angesehen werden, als dass das Risiko ihrer Insolvenz in Kauf genommen werden könnte;
- Forderung an Banken, sogenannte „Testamente“ zu formulieren, um systemische Auswirkungen einer Bankinsolvenz zu verhindern;
- Reform der Infrastruktur des Finanzmarkts.

Zwar sind das Ausmaß dieser Eingriffe sowie der Umfang internationaler Koordination und das Risiko wettbewerblicher Verzerrungen derzeit noch unklar, es besteht jedoch kein Zweifel, dass es weitreichende Folgen für die Bankenbranche geben wird. Dazu gehören höherer Druck in Bezug auf Bilanzgröße und Profitabilität, die Notwendigkeit, das Risikomanagement und den Ausweis von Risikopositionen zu verbessern, sowie Vergütungsstrukturen an die langfristige Geschäftsentwicklung zu binden. Kapitalausstattung, Risikomanagement und die effiziente Nutzung der Bilanz werden daher zu zunehmend wichtigen Unterscheidungsmerkmalen im Wettbewerb. Gut kapitalisierte Banken, die an das neue Umfeld angepasst sind, werden besser positioniert sein, um ihre Marktanteile zu vergrößern und nachhaltige Wachstumsmöglichkeiten eines sich verändernden Umfelds zu nutzen.

Die Deutsche Bank ist der Auffassung, dass sie sich nur dann weiterhin effektiv in ihren Geschäftsbereichen im Wettbewerb behaupten kann, wenn sie neue Mitarbeiter gewinnen und bestehende Mitarbeiter halten und motivieren kann. Die Deutsche Bank hat sich fest zu einer Ausrichtung der Vergütung an nachhaltiger, konzernweiter Profitabilität unter Berücksichtigung von Risiken verpflichtet und will dabei die besten Talente in einem wettbewerbsintensiven Arbeitsmarkt anziehen und halten. Die Deutsche Bank will darüber hinaus die kürzlich angekündigten Vergütungsrichtlinien für Banken und andere Finanzinstitutionen der G-20-Staaten vollständig einhalten, die zum Ziel haben, Risiken durch die Verknüpfung von Gehalt und langfristigem Erfolg einzuschränken. Die Deutsche Bank arbeitet weiterhin an der Entwicklung von Ansätzen zur Berücksichtigung von Risiken bei der Messung individueller Leistung, der Implementierung zeitversetzter Vergütungsmechanismen sowie der Schaffung solider Governance Standards für den gesamten Vergütungsprozess.

Klimawandel

Der Klimawandel ist in den vergangenen Jahren zu einem Thema intensiver öffentlicher Diskussion geworden. Diese Diskussion betrifft auch die Finanzbranche, insbesondere im Zusammenhang mit Projekten, die in der öffentlichen Wahrnehmung zum Klimawandel beitragen oder diesen mildern. Projekte und Produkte, die als Beschleuniger des Klimawandels oder anderer negativer Einflüsse auf Umwelt und Gesellschaft gelten, sowie Finanzierungen und andere Dienstleistungen für derartige Produkte werden kritischer von Investoren, Kunden, Umweltbehörden, Nichtregierungsorganisationen und anderen begutachtet. Dort, wo ihre eigene Analyse diese Einschätzungen teilt, kann die Deutsche Bank von der Teilnahme an derartigen Projekten absehen. Auf der anderen Seite benötigen Projekte und Produkte, die zum Ziel haben, den Klimawandel abzuschwächen, zunehmend Finanzierungen und andere Finanzdienstleistungen. Dies stellt Wachstumsmöglichkeiten für viele Geschäftsbereiche der Deutschen Bank dar. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank festgestellt, dass Kunden und andere zunehmend den generellen Umgang von Unternehmen mit dem Klimawandel in ihre Entscheidungen einbeziehen. Dazu zählen die direkten und indirekten Kohlendioxidemissionen ihrer Tätigkeiten selbst dann, wenn diese Emissionen minimal sind. Die Deutsche Bank hat eine Vielzahl von Maßnahmen durchgeführt, um ihre Kohlendioxidemissionen im Laufe der Zeit zu reduzieren. Hierzu zählt die umfassende derzeitige Renovierung ihrer Konzernzentrale in Deutschland, um die Energieeffizienz dieser Gebäude auf den höchstmöglichen Stand für vergleichbare Bürotürme zu bringen.

Wettbewerb in den Konzernbereichen der Deutschen Bank

Corporate and Investment Bank

Bei ihren Tätigkeiten im Investmentbanking steht die Deutsche Bank im Wettbewerb auf dem Heimatmarkt sowie auf internationalen Märkten in Europa, Nord- und Südamerika und der Asien/Pazifik-Region. Zu den Wettbewerbern zählen Bankholdinggesellschaften, Anlageberater, Broker/Dealer für Wertpapiere und Rohstoffe, Wertpapiermakler und einige Geschäftsbanken. In Deutschland und anderen europäischen Ländern gehören auch deutsche Universalbanken, öffentlich-rechtliche Banken und ausländische Banken zu den Wettbewerbern.

Private Clients and Asset Management

Im Privatkundengeschäft sieht sich die Deutsche Bank intensivem Wettbewerb mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken, weiteren Universalbanken, Versicherungsgesellschaften, Bausparkassen und anderen Finanzvermittlern ausgesetzt. In Deutschland stellen die Sparkassen und Genossenschaftsbanken die größte Gruppe von Wettbewerbern dar. Diese Banken agieren zumeist auf regionaler Ebene. In anderen europäischen Ländern zählen private Universalbanken und Sparkassen zu den hauptsächlichen Wettbewerbern der Deutschen Bank. Die großen asiatischen Märkte (Indien und China), wo die Deutsche Bank eine begrenzte Anzahl von Niederlassungen eröffnet hat, werden von den ortsansässigen öffentlichen und privaten Banken dominiert. Durch zunehmende Deregulierung werden jedoch auch internationale Finanzinstitute mit hoher Wahrscheinlichkeit ihre Investitionen in diese Märkte erhöhen und damit den Wettbewerb verstärken.

Das Geschäft der Deutschen Bank im Private Wealth Management sieht sich im Wettbewerb mit dem Privatkundengeschäft und den Vermögensverwaltungseinheiten anderer globaler und regionaler Finanzdienstleister sowie Investmentbanken.

Zu den primären Wettbewerbern der Deutschen Bank im Asset Management Geschäft zählen Asset Management Tochtergesellschaften großer Finanzdienstleister und große eigenständige Asset Manager im Geschäft mit Publikumsfonds und institutionellen Anlegern. Die meisten Wettbewerber haben ihren Hauptsitz in Europa oder den USA, wobei viele jedoch weltweit agieren.

Konzernbereiche

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Der Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) betreut in erster Linie große und mittelständische Unternehmen, Finanzinstitute, staatliche und multinationale Organisationen sowie Organisationen des öffentlichen Sektors. Auf diesen Konzernbereich entfielen 67% der im Jahr 2009 erwirtschafteten Erträge (2008: 24%; 2007: 62%; Zahlen auf Basis der Managementberichtssysteme).

Der Konzernbereich CIB ist mit seinen Geschäftsaktivitäten in den wichtigsten Finanzzentren der Welt vertreten, darunter London, New York, Frankfurt, Tokio, Singapur und Hongkong.

In den Geschäftsfeldern, die zum Konzernbereich CIB gehören, versucht die Deutsche Bank, sich weltweit als führender Anbieter von Dienstleistungen für Unternehmens- und institutionelle Kunden zu positionieren und gemessen an der Ertragslage, dem Marktanteil, der Reputation und dem Kundengeschäft dauerhaft zu behaupten. Dabei will sie ihr Kapital optimal einsetzen und gleichzeitig eine bestmögliche Kapitalrendite erzielen. Darüber hinaus nutzt CIB auch weiterhin bereichsübergreifende Synergien, die sich aus den Konzernbereichen PCAM und CI ergeben. Die Aktivitäten und die Strategie von CIB sind in erster Linie kundenbezogen. In jedem Geschäftsbereich sorgen Teams von Spezialisten dafür, dass die Kunden der Deutschen Bank nicht nur Zugriff auf die Produkte des eigenen Bereichs, sondern auch auf die anderer Bereiche haben.

Der Konzernbereich CIB umfasst zwei Unternehmensbereiche mit folgenden Geschäftsbereichen beziehungsweise -feldern:

- Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities
 - Global Markets
 - Corporate Finance
- Unternehmensbereich Global Transaction Banking
 - Trade Finance und Cash Management Corporates
 - Trust & Securities Services und Cash Management Financial Institutions

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) umfasst die Geschäftsfelder Sales & Trading Equity und Sales & Trading Debt. Diese sind Teil des Geschäftsbereichs Global Markets. Global Markets setzt sich aus acht Hauptgeschäftssparten und vier horizontal integrierten kundenbezogenen Gruppen (Debt Capital Markets/Corporate Coverage, Institutional Client Group, Research und Structuring Group) zusammen. Die Koordination erfolgt auf lokaler Ebene über das regionale Management. Der

Unternehmensbereich CB&S umfasst ferner den Geschäftsbereich Corporate Finance, der in erster Linie für die Bereitstellung von Beratungsleistungen sowie für die Finanzierung und Strukturierung von Fremd- und Eigenkapitalprodukten für Unternehmen und Finanzinstitute verantwortlich ist. CB&S beinhaltet auch das Commercial-Real-Estate-Geschäft. Die für die Kundenbetreuung zuständigen Funktionen innerhalb von CIB sind ebenfalls wesentlicher Bestandteil des Geschäftsbereichs Corporate Finance.

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) steht in enger Beziehung mit dem Geschäftsbereich Corporate Finance, wird jedoch separat von diesem geführt. Er bietet Trade-Finance-, Cash-Management- und Trust & Securities-Leistungen an.

Die Unternehmensbereiche CB&S und GTB werden von der Loan Exposure Management Group (LEMG) unterstützt, die für eine Reihe von Kreditportfolios verantwortlich ist und die Risiken dieser Portfolios aktiv durch die Umsetzung strukturierter Absicherungsstrategien steuert. Die LEMG steuert das Kreditrisiko für Kredite und Kreditzusagen im Zusammenhang mit dem Investment-Grade-Kreditportfolio und dem Portfolio an Krediten für mittelständische Unternehmen in Deutschland. Die LEMG hat die Aufgabe, die Aktivitäten im Bereich Leveraged Syndication zu bewerten und die entsprechenden Risiken zu steuern. Diese unterscheiden sich von den Aktivitäten im Emissions- und Syndizierungsgeschäft im Bereich Leveraged Debt Capital Markets. Ferner wurde die LEMG damit beauftragt, die Risiken im Zusammenhang mit neuen bis zur Fälligkeit gehaltenen Finanzinstrumenten im Bereich Leveraged Lending zu steuern, während bestehende Finanzinstrumente aus diesem Bereich weiter von Corporate Finance verwaltet werden.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten weltweit Finanzprodukte an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Entwicklung maßgeschneiderter, strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.

Am 1. April 2009 wurde die Managementverantwortlichkeit für die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ vom Unternehmensbereich CB&S auf den Konzernbereich Corporate Investments übertragen.

Im Juli 2007 kündigte die Deutsche Bank die Übernahme von Abbey Life Assurance Company Limited an, einer britischen Gesellschaft, die im Wesentlichen fondsgebundene Lebensversicherungen, Pensionsversicherungs- und Rentenpolicen hält. Die Übernahme wurde im Oktober 2007 abgeschlossen.

Produkte und Dienstleistungen

Der Geschäftsbereich Global Markets ist für die Emission, den Vertrieb, die Finanzierung, Strukturierung und den Handel einer breitgefächerten Palette an festverzinslichen und aktienbezogenen Produkten sowie Aktien, Wandelanleihen, Devisen und Rohstoffen verantwortlich. Ziel des Bereichs ist es, Kunden innovative Lösungen zu bieten, die ihren Anforderungen an Kapitalaufnahme, Investition, Absicherung oder anderen Finanzierungsbedürfnissen entsprechen.

Der Geschäftsbereich Corporate Finance bietet seinen Kunden neben den Beratungsleistungen bei M&A-Transaktionen und Unternehmensfinanzierungen auch Serviceleistungen für die Begebung von Leveraged Debt und Aktien. Eine Vielzahl von Kreditprodukten und Finanzdienstleistungen komplettiert das Angebot. Auch dem öffentlichen Sektor bietet die Deutsche Bank eine Reihe von Finanzdienstleistungen an. Corporate Finance umfasst auch die Betreuung von Firmen- und institutionellen Kunden sowie Finanzinstituten weltweit.

Neben der Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen für ihre Kunden tätigt die Deutsche Bank im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities Handelstransaktionen auf eigene Rechnung. Der Großteil dieser Handelstransaktionen wird im Rahmen des üblichen Kundengeschäfts getätigt. So halten Händler zur Durchführung von Transaktionen im umsatzstarken Kundengeschäft bei einer Reihe von Wertpapieren und derivativen Produkten Long-Positionen (Erwerb von Wertpapierbeständen) und Short-Positionen (Verkauf von Wertpapieren, die sie noch nicht halten), um in bestimmten Fällen das Risiko aus Absicherungsgeschäften reduzieren zu können. Aus diesen Aktivitäten ergeben sich zwar Markt- und andere Risiken, dennoch betrachtet die Deutsche Bank diese nicht als Eigenhandelsaktivitäten. Neben ihrem umsatzstarken Kundengeschäft verfolgt die Deutsche Bank auch Aktivitäten zu dem Zweck, Marktchancen nutzen zu können, wofür die Deutsche Bank den Begriff Eigenhandel verwendet.

Sämtliche Handelsaktivitäten der Deutschen Bank, einschließlich des Eigenhandels, werden von ihren Risikomanagementverfahren und -kontrollen erfasst, die im Einzelnen im Abschnitt „*Risikomanagement — Marktrisiko*“ beschrieben werden.

Vertriebskanäle und Marketing

Im Unternehmensbereich CB&S liegt der Fokus der für die Betreuung von Firmen- und institutionellen Kunden verantwortlichen Mitarbeiter auf den Beziehungen zu den Kunden der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank hat ihr Kundenbetreuungsmodell so strukturiert, dass sie ihren Kunden deren Bedürfnissen und deren Betreuungsumfang entsprechend verschiedene standardisierte oder spezielle Produkte zur Verfügung stellen kann.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking betreut Firmen und Finanzdienstleister. Seine Produkte und Leistungen aus dem kommerziellen Bankgeschäft umfassen unter anderem die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen, die professionelle Risikosteuerung und Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte sowie die Bereitstellung von Serviceleistungen im Treuhand-, Vermittlungs- und Wertpapierverwahrungs-/verwaltungs-geschäft und damit verbundene Dienstleistungen.

GTB umfasst die folgenden Geschäftsfelder:

- Trade Finance und Cash Management Corporates
- Trust & Securities Services und Cash Management Financial Institutions

Im Dezember 2009 unterzeichnete die Deutsche Bank eine abschließende Vereinbarung zur Übernahme von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO. Diese Übernahme wurde Anfang April 2010 abgeschlossen. Die Geschäftseinheiten, die den Gegenstand der Übernahme bildeten, blieben gegenüber der ursprünglichen Bekanntgabe vom Juli 2008 unverändert. Dazu gehörte ein Filialnetz von 15 ABN AMRO-Niederlassungen, darunter zwei Geschäftseinheiten für die Betreuung großer Firmenkunden sowie 13 Filialen für Mittelstandskunden in den Niederlanden. Darüber hinaus übernahm die Deutsche Bank im Rahmen der Transaktion die Hollandsche Bank Unie N.V. mit Sitz in Rotterdam und den niederländischen Factoring-Dienstleister IFN Finance B.V.

Im November 2009 schloss die Deutsche Bank die Akquisition des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank von der Commerzbank AG ab.

Im Oktober 2008 schloss die Deutsche Bank die Übernahme der Geschäftsplattform der Pago eTransaction GmbH in die Deutsche Card Services GmbH mit Sitz in Deutschland ab.

Im Januar 2008 erwarb die Deutsche Bank HedgeWorks LLC, einen Hedgefondsadministrator mit Sitz in den Vereinigten Staaten.

Im Juli 2007 hat die Deutsche Bank die Übernahme des grenzüberschreitenden Wertpapierverwahrungsgeschäfts für institutionelle Kunden der Türkiye Garanti Bankasi A.Ş. abgeschlossen.

Produkte und Dienstleistungen

Trade Finance bietet über das weltweite Netzwerk der Deutschen Bank lokale Expertise, eine Auswahl internationaler Handelsprodukte und -dienstleistungen, maßgeschneiderte Lösungen für strukturierte Handelsfinanzierungen sowie Zugang zu neuesten Technologien an und ermöglicht es seinen Kunden so, die Risiken und andere mit ihren grenzüberschreitenden und inländischen Geschäften verbundene Aufgaben besser zu steuern.

Cash Management erfüllt die Anforderungen einer Vielzahl von Unternehmen und Finanzinstituten. Mit einer umfassenden Palette innovativer und zuverlässiger Lösungen gewährleistet die Deutsche Bank die Durchführung komplexer Treasury-Funktionen auf globaler und regionaler Ebene. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Zugangsmöglichkeiten für Kunden, Zahlungs- und Inkassodienste, Liquiditätsmanagement, Informations- und Kontodienste sowie elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsdienste.

Trust & Securities Services ist ein Anbieter von Treuhand-, Zahlungs-, Depot- und zugehörigen Diensten bei bestimmten Wertpapier- und Finanztransaktionen und ist inländischer Wertpapierverwahrer in mehr als 30 Märkten.

Vertriebskanäle und Marketing

Der Unternehmensbereich GTB entwickelt und vertreibt seine eigenen Produkte und Leistungen in Europa, im Mittleren Osten, in Asien und Nord- und Südamerika. Beim Marketing arbeitet GTB mit seinen eigenen Betreuungsfunktionen und denen aus dem Unternehmensbereich CB&S zusammen.

Die Kunden lassen sich in zwei Hauptgruppen unterteilen: (i) Finanzinstitute wie Banken, Publikumsfonds und Pensionsfonds, Broker-Dealer, Fondsmanager und Versicherungsgesellschaften sowie (ii) multinationale Unternehmen, große lokale Firmen und mittelständische Unternehmen, vornehmlich in Deutschland.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

Der Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) betreut in erster Linie Privat- und kleine Firmenkunden sowie wohlhabende und vermögende Kunden und bietet Vermögensverwaltungsleistungen für private und institutionelle Anleger. Auf diesen Konzernbereich entfielen 30 % der im Jahr 2009 erwirtschafteten Erträge (2008: 67% und 2007: 33 %; Zahlen auf Basis der Managementberichtssysteme).

Der Konzernbereich PCAM umfasst die folgenden Unternehmensbereiche:

- Asset and Wealth Management (AWM)
- Private & Business Clients (PBC)

Der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). Die Geschäftsaktivitäten des Unternehmensbereichs AWM verteilen sich auf Europa, den Nahen Osten, Afrika, Nord- und Südamerika sowie Asien.

Gemessen am verwalteten Vermögen insgesamt zählt AWM nach Ansicht der Deutschen Bank zu den führenden Vermögensverwaltern weltweit. Der Bereich betreut eine Vielzahl von Retail-, Privat- und institutionellen Kunden.

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients betreut Privat- und vermögende Kunden sowie kleine Firmenkunden in den Kernmärkten der Deutschen Bank in Deutschland, Italien und Spanien ebenso wie in Belgien, Portugal und Polen. Die etablierte Stellung der Deutschen Bank in Indien und China rundet den Gesamtauftritt von PBC ab.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Geschäftsbereich Asset Management (AM) umfasst vier globale Geschäftssparten:

- Das Produktangebot der Sparte Retail erstreckt sich über verschiedene Anlageklassen und umfasst unter anderem Publikumsfonds und strukturierte Produkte.
- Die Sparte Alternative Anlagen verwaltet Immobilien- und Infrastrukturinvestitionen sowie Private-Equity-Dachfonds.
- Die Sparte Vermögensverwaltung für Versicherungsgesellschaften bietet spezifische Beratungsleistungen und Portfoliomanagementdienste für Versicherungen und Rückversicherungen weltweit.
- Die Sparte Vermögensverwaltung für institutionelle Kunden bietet Anlagelösungen bei klassischen und alternativen Strategien für alle anderen institutionellen Kunden (nicht Versicherungen), wie Rentenfonds, Stiftungen und Unternehmen.

Der Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM), der vermögende und sehr vermögende Privatpersonen, ihre Familien und ausgewählte Institutionen bei ihrer Vermögensverwaltung betreut, ist in regionale Teams unterteilt, die auf ihre jeweiligen Märkte spezialisiert sind.

In der zweiten Jahreshälfte 2009 gab RREEF seine Entscheidung bekannt, aus der Immobilienverwaltung aussteigen und die entsprechenden Dienstleistungen an ausgewählte spezialisierte Immobilienverwaltungsgesellschaften vergeben zu wollen. RREEF wird weiter als Vermögensverwalter für die jeweiligen Immobilien fungieren und in dieser Funktion eng mit den Managern der Gesellschaften zusammenarbeiten. Dabei wird RREEF sich vor allem auf die Umsetzung von Geschäftsplänen für die Vermögenswerte und Investmentstrategien sowie das Risikomanagement für die Kundenportfolios der Deutschen Bank konzentrieren.

Im Oktober 2009 gab die Deutsche Bank die Unterzeichnung eines Rahmenvertrags mit den Eigentümern der Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. bekannt, demzufolge die Deutsche Bank 100 % an der Sal. Oppenheim Gruppe und 94,4 % an der BHF Asset Servicing GmbH („BAS“) erwerben konnte. Gleichzeitig haben die bisherigen Gesellschafter die Option, sich langfristig mit bis zu 20 % an der in Köln ansässigen deutschen Privatbanktochter Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA zu beteiligen. Der Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe wurde Mitte März 2010 abgeschlossen. Der Kaufpreis belief sich exklusive der weiterveräußerten BAS auf 1,0 Mrd €. Der Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe soll die Position der Deutschen Bank bei vermögenden Privatkunden, insbesondere in Deutschland, stärken, und Möglichkeiten im Retail- und Private-Equity-Geschäft für Asset Management bieten.

Im Juni 2009 hat PWM DB (Suisse) S.A. seine hundertprozentige Tochter Rüd, Blass & Cie AG Bankgeschäft in der Schweiz integriert.

Im Mai 2009 verkaufte RREEF Private Equity seinen Minderheitenanteil an Aldus Equity, einer Alternative-Asset-Management- und Beratungsgesellschaft, die auf die Strukturierung von Private Equity Investments für institutionelle und wohlhabende Kunden spezialisiert ist, der im Juli 2007 erworben wurde.

Im Verlauf des ersten Quartals 2009 wurde die Managementverantwortlichkeit für bestimmte Vermögenswerte vom Unternehmensbereich AWM auf den Konzernbereich Corporate Investments übertragen. Diese Vermögenswerte beinhalteten Maher Terminals, ein konsolidiertes Infrastrukturinvestment, und RREEF Global Opportunity Fund III, einen konsolidierten Immobilienfonds.

In der Schweiz hat PWM im Januar 2009 seine Präsenz durch die Eröffnung einer Repräsentanz in St. Moritz gestärkt, welche die Niederlassungen in Zürich, Genf und Lugano ergänzt.

Im Dezember 2008 erwarb die Sparte RREEF Alternative Investments einen signifikanten Minderheitsanteil an Rosen Real Estate Securities LLC (RRES), einem auf Long-/Short-Strategien spezialisierten Immobilienanleger.

Im November 2008 hat die Deutsche Bank einen Anteil von 40 % an UFG Invest, der russischen Vermögensverwaltungsgesellschaft der UFG Asset Management, erworben. Gleichzeitig erhielt die Deutsche Bank die Option, die Beteiligung auf 100 % zu erhöhen. Das Geschäft wird in Deutsche UFG Capital Management umfirmiert.

Im Juni 2008 verkaufte AM die italienische Lebensversicherungsgesellschaft DWS Vita SpA. an die Zurich Financial Services Group. Die Transaktion umfasst eine siebenjährige Vereinbarung für den Vertrieb von Lebensversicherungsprodukten über das Netz von Finanzberatern der Deutschen Bank in Italien, Finanza & Futuro Banca SpA.

Im Juni 2008 erfolgte auch der Verkauf der DWS Investments Schweiz AG, die das Schweizer Fondsverwaltungsgeschäft umfasste, an die State Street Bank.

Zum 30. Juni 2008 konsolidierte AM die Maher Terminal LLC und die Maher Terminals of Canada Corp., (im Folgenden zusammen als „Maher Terminals“ bezeichnet). Maher Terminals ist ein privater Betreiber von Containerterminals in Nordamerika und wurde im Juli 2007 übernommen. RREEF Infrastructure erwarb alle Anteile konzernexterner Investoren am North Americas Infrastructure Fund, dessen einzige Beteiligung Maher Terminals war.

PWM hat mit der Eröffnung einer Repräsentanz in St. Petersburg, Russland, im April 2008 und Kolkata, Indien, im Februar 2008 seine Präsenz in zwei großen Emerging-Markets-Ländern ausgebaut.

Mit Wirkung vom März 2008 hat AM den Erwerb eines Mehrheitsanteils von 60 % an dem taiwanesischen Vermögensverwalter Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited abgeschlossen.

Im Januar 2008 hat AM seinen Anteil an Harvest Fund Management um 10,5 % auf 30 % erhöht. Mit einem Marktanteil von 6,0 % ist Harvest einer der größten Publikumsfondsmanager in China.

Im Juli 2007 schloss AM den Verkauf seines lokalen Publikumsfondsgeschäfts in Italien ab und ging eine langfristige Vertriebspartnerschaft mit dem strategischen Partner der Deutschen Bank Anima S.G.R.p.A. ein.

Im Juni 2007 schloss AM den Verkauf eines Teils seines Australiengeschäfts an Aberdeen Asset Management ab. Aufgrund der Neuausrichtung wurde aus dem australischen AM-Operations-Geschäft, das in erster Linie im Inland operierte, eine Vertriebsplattform mit spezialisierten Anlagemanagementkapazitäten.

Produkte und Dienstleistungen

Das Produktangebot von Asset and Wealth Management (AWM) im Bereich Portfolio/Fund Management umfasst aktives Fondsmanagement, passives/quantitatives Fondsmanagement, alternative Anlagen sowie Vermögensverwaltungs- und -beratungsleistungen.

AM konzentriert sich im Wesentlichen auf aktive Investmentstrategien. Die Produkte und Leistungen des Bereichs umfassen eine breite Palette an Investmentstrategien und Anlageklassen und berücksichtigen viele Branchen und geografische Regionen. Das Produktangebot von AM umfasst Publikumsfonds, strukturierte Produkte, Mischfonds (so genannte *Commingled Funds*) sowie getrennt geführte Konten (*separately managed accounts*).

Die globale Marke für das Privatkundengeschäft von AM ist DWS. Die Produktpalette von DWS deckt alle Regionen und Sektoren sowie viele Investmentformen und -stile ab. DWS Investments ist nach Ansicht der Deutschen Bank einer der führenden Vermögensverwalter für Privatkunden in Europa. Die DWS ist auch in den USA und wichtigen Märkten im asiatisch-pazifischen Raum tätig.

In der Geschäftssparte Alternative Investments werden Immobilien- und Infrastrukturanlagen sowie Private-Equity-Dachfonds unter der Marke RREEF angeboten. RREEF ist nach Einschätzung der Deutschen Bank einer der weltweit größten Anbieter von Immobilienanlagen.

Die Versicherungsplattform bietet Kunden maßgeschneiderte Investmentprogramme, die auf die spezifischen Bedürfnisse von Versicherern abgestimmt sind. Sie bietet Investmentlösungen in vielen Anlageklassen, einschließlich klassischer festverzinslicher Wertpapiere und Aktien, Asset-Allocation-Diensten und alternativer Anlagen wie Hedgefonds und Immobilien.

Produkte und Leistungen für institutionelle Investoren werden unter der Marke DB Advisors vertrieben. Das institutionelle Geschäft bietet den Kunden Zugang zu einem umfassenden Produkt- und Leistungsangebot, einschließlich klassischer und alternativer Anlagen. Auch das Single-Manager/Multi-Manager-Hedgefondsgeschäft wird von DB Advisors betrieben.

PWM bietet seinen Kunden ein ganzheitliches Angebot an Leistungen auf der Basis einer strategischen Asset Allocation, einschließlich eines individuellen Risikomanagements, das dem Risiko-Rendite-Profil des Kunden entspricht.

PWM bietet Vermögensverwaltungsleistungen an, bei denen die Portfoliomanager der Deutschen Bank die Verfügungsfreiheit haben, die Anlagen der Kunden gemäß den allgemeinen Kundenvorgaben zu verwalten. Die Portfoliomanager investieren Kundengelder in verschiedene Anlageprodukte, wie Aktien, Anleihen, Publikumsfonds und andere alternative Anlagen, gegebenenfalls einschließlich derivativer Produkte. Darüber hinaus unterstützt die Deutsche Bank Kunden, die selbst am Markt aktiv sind, bei ihrer Vermögensberatung, indem sie ihnen maßgeschneiderte Anlageberatungsleistungen mit einer Kombination aus Risikomanagement und Portfoliooptimierung bietet.

Das Angebot von PWM umfasst auch Brokerageleistungen, bei denen die Relationship Manager und Kundenbetreuer den Kunden Anlageberatungsleistungen zur Verfügung stellen, aber keine eigenständige Vermögensverwaltung erbringen. Im Mittelpunkt des Beratungsservice steht ein integrierter Vermögensverwaltungsansatz. Die Anlageberatungsleistungen beziehen sich auf Aktien, Anleihen, Publikumsfonds, Hedgefonds und andere alternative Anlagen, einschließlich gegebenenfalls derivativer Produkte. Die Relationship Manager beraten ihre Kunden auch bei Produkten sämtlicher Anlageklassen, die von Drittanbietern vertrieben werden. Ferner umfasst das Leistungsangebot Strategien zur Vermögenswahrung und Nachfolgeplanung, philanthropische Beratungsleistungen, Kunstberatung, Family-Office-Leistungen sowie Dienstleistungen für Finanzintermediäre.

Im Jahr 2009 hat PWM sein Spektrum an alternativen Anlagen weiter ausgebaut, insbesondere im Hinblick auf innovative Lösungen in den Anlageklassen Private Equity und Hedgefonds. In Zukunft soll auch das Angebot an Immobilienanlagen erweitert werden. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Global Markets entwickelt PWM Devisenprodukte sowie strukturierte Anlageprodukte.

Zu den Produkten im Kredit- und Einlagengeschäft von PWM gehören klassische und spezielle Einlagenprodukte (einschließlich Giro-, Festgeld- und Sparkonten) sowie standardisierte und spezielle besicherte und unbesicherte Kreditprodukte. Darüber hinaus bietet PWM Zahlungsverkehrs-, Kontoführungs- und übrige Finanzdienstleistungen sowie die Abwicklung von Bargeld- und bargeldlosen Zahlungen in lokaler Währung, internationalen Zahlungen, Akkreditiven, Garantien und sonstigen Bargeldtransaktionen an.

AWM generiert Erträge aus sonstigen Produkten. Dazu zählen direkte Beteiligungen im Immobilienbereich, die in dem Alternative-Investments-Geschäft der Deutschen Bank enthalten sind, Mieterträge sowie Gewinne und Verluste bei Immobilientransaktionen und Erträge, die nicht Teil des Kerngeschäfts sind, insbesondere Gewinne aus der Veräußerung von Geschäftsaktivitäten.

Vertriebskanäle und Marketing

Der Geschäftsbereich AM vertreibt seine Retailprodukte in Deutschland und anderen Ländern Kontinentaleuropas in der Regel über die etablierten Vertriebskanäle in PWM und PBC. Die Deutsche Bank vertreibt ihre Fonds auch über andere Banken, Versicherungsgesellschaften und unabhängige Finanzberater. Außerhalb Europas vermarktet die Deutsche Bank ihre Retailprodukte über die eigenen Asset and Wealth Management-Vertriebskanäle und über Drittanbieter. DWS Investments vertreibt seine Retailprodukte für US-Investoren in erster Linie über Finanzvertreter bei großen nationalen und regionalen so genannten Wirehouses, unabhängige und bankbasierte Broker-Dealer sowie unabhängige Finanzberater und registrierte Anlageberatungsfirmen.

Produkte für institutionelle Kunden werden über das umfassende Vertriebs- und Marketingnetz von AM und die Vertriebskanäle von Drittanbietern vermarktet. Ferner werden sie über die Geschäftssparten der Deutschen Bank, insbesondere im Konzernbereich CIB, vertrieben.

Der Vertrieb alternativer Anlageprodukte insbesondere für wohlhabende Kunden, institutionelle und private Kunden weltweit erfolgt über das Vertriebs- und Marketingnetz im Unternehmensbereich AWM sowie über die Vertriebskanäle von Drittanbietern.

Für den Vertrieb von Vermögensverwaltungslösungen für Versicherungsgesellschaften ist eine hierauf spezialisierte Abteilung von AM zuständig, die Beratungs- und Portfoliomanagementleistungen für Versicherer und Rückversicherer weltweit bietet.

PWM verfolgt ein integriertes Geschäftsmodell, um den komplexen Bedürfnissen vermögender und sehr vermögender Privatpersonen, ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden gerecht zu werden. Die Relationship Manager arbeiten in zielkundenspezifischen Teams und helfen den Kunden dabei, ihre

individuellen Investmentstrategien zu entwickeln. Ferner bauen sie dauerhafte Beziehungen zu den Kunden auf.

Im Onshore-Geschäft der Deutschen Bank werden wohlhabende Kunden über das Netz an Relationship Managern in den jeweiligen Ländern betreut. Sofern PBC in einem Land vertreten ist, haben die Kunden der Deutschen Bank auch zu dem Filialnetz für Privatkunden und anderen allgemeinen Bankprodukten Zugang. Das Offshore-Geschäft wendet sich an alle Kunden, die Konten außerhalb ihres Wohnsitzlandes eröffnen. Diese Kunden können das Offshore-Angebot der Deutschen Bank nutzen, um auf Finanzprodukte zuzugreifen, die nicht in ihrem Wohnsitzland zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus sind die Kundenbetreuer im Privatkundengeschäft in den USA auf klassische Brokerageprodukte und Anlageklassen spezialisiert, zu denen auch eine breite Palette an Drittprodukten zählt.

Ein großer Wettbewerbsvorteil für PWM besteht darin, dass der Bereich eine Privatbank innerhalb der Deutschen Bank darstellt und von deren Führungsposition in den Bereichen Investmentbanking, Corporate Banking und Asset Management profitiert. Um die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit optimal auszuschöpfen, hat PWM 2007 Key Client Teams eingeführt, um Kunden mit sehr komplexen Vermögenswerten und anspruchsvollen Bedürfnissen optimal betreuen zu können. PWM bietet diesen Kunden die Möglichkeit, zusätzliche Direktkäufe zu tätigen, in Private-Equity-Geschäfte zu investieren oder direkten Zugang zu seinen Handelsabteilungen zu erhalten. Viele familiengeführte Unternehmen erwarten zunehmend Vermögensverwaltungs- und Investmentbankingleistungen aus einer Hand. Die Zusammenarbeit mit der Corporate Banking-Abteilung trägt auch dazu bei, potenzielle PWM-Kunden bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt zu identifizieren.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) wendet ein einheitliches Geschäftsmodell in ganz Europa und ausgewählten asiatischen Märkten an. Die Aktivitäten sind in eine zielgerichtete, vertriebsorientierte Managementstruktur eingebettet und erfolgen überwiegend unter der Marke Deutsche Bank. PBC betreut Privat- und vermögende Kunden sowie kleinere und mittelständische Unternehmen.

2009 hat die Deutsche Bank ihr ausgewogenes Wachstum in ausgewählten europäischen und asiatischen Märkten fortgesetzt. Dabei baute die Deutsche Bank auf ein umfassendes Effizienzprogramm, um die Effektivität in ihren Middle und Back Offices zu optimieren und die Effizienz des Vertriebs zu verbessern.

In ihrem deutschen Kernmarkt konnte die Deutsche Bank ihre starke Stellung weiter ausbauen, indem sie in einem herausfordernden Marktumfeld Neukunden und Geschäftsvolumina hinzugewann. Darüber hinaus hat sie im Rahmen des Erwerbs einer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG einen umfangreichen Vertrag über eine Kooperation mit der Postbank unterzeichnet. Die Kooperation umfasst die Geschäftsfelder Finanzierungs- und Investmentprodukte, Firmenkundengeschäft und gewerbliche Kredite sowie kundennahe Serviceleistungen. Ferner deckt der Vertrag Bereiche wie Sourcing und IT-Infrastruktur ab. Beide Unternehmen untersuchen fortlaufend weitere mögliche Kooperationsfelder.

In ihren europäischen Kernmärkten hat die Deutsche Bank ihre Kundenbasis weiter ausgebaut und kontinuierlich Neugeschäft akquiriert. Um die Auswirkungen der Finanzkrise zu bewältigen, hat sie ihre Geschäftsstrategie neu ausgerichtet und dabei den Schwerpunkt auf Produkte mit niedrigem Risiko und die Beratung vermögender Kunden gelegt.

Auch in Asien hat PBC die Entwicklungsdynamik aufrecht erhalten. Der Bereich hat weiter in seine strategische Partnerschaft mit der Hua Xia Bank in China investiert. Ferner soll durch Ausübung einer Call-Option gegenüber Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA, die einer Investition von 82 Mio € entspricht, seine direkte Beteiligung von 13,7 % auf 17,1 % erhöht werden. Die Transaktion wurde im November 2009 unterzeichnet. Mit einem Abschluss wird vorbehaltlich der Zustimmung durch das Board der Hua Xia Bank und die chinesischen Aufsichtsbehörden im dritten Quartal 2010 gerechnet. Aufgrund des im ersten Quartal 2010 abgeschlossenen Erwerbs der Sal. Oppenheim Gruppe (zu der auch Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA gehört) und ihrer Einbeziehung in den Konsolidierungskreis der Deutschen Bank hat sich die der Deutschen Bank mittelbar zurechenbare Beteiligung an der Hua Xia Bank bereits auf 17,1 % erhöht. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank am 6. Mai 2010 bekannt gegeben, dass sie eine verbindliche Vereinbarung unterzeichnet hat, in der sie sich zur Zeichnung neu emittierter Aktien der Hua Xia Bank im Rahmen einer Kapitalerhöhung verpflichtet hat. Hierdurch wird sich die Beteiligung, vorbehaltlich aufsichtsrechtlicher Genehmigungen, auf 19,99 % erhöhen. Im Rahmen der strategischen Partnerschaft entwickeln und vertreiben Deutsche Bank und Hua Xia Bank ferner seit Juni 2007 gemeinsam Kreditkarten in China. PBC verfügt derzeit über drei Filialen in China und dreizehn Filialen in Indien. Ziel ist eine weitere kontinuierliche Expansion. Auch der Erwerb einer 10%-Beteiligung an der Habubank in Vietnam, die auch eine Kooperationsvereinbarung umfasst, unterstreicht das Vertrauen der Deutschen Bank in das Wachstumspotenzial Asiens.

Produkte und Dienstleistungen

PBC bietet ein vergleichbares Angebot von Bankprodukten und -dienstleistungen in Europa und Asien, wobei es Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern geben kann, die auf lokale Markt-, aufsichtsrechtliche und Kundenanforderungen zurückzuführen sind.

In ihrem Portfolio/Fund Management und Brokeragegeschäft bietet die Deutsche Bank ihren Kunden Anlagerungs-, Brokerage-, Vermögensverwaltungs- und Wertpapierverwaltungsleistungen.

Die Deutsche Bank stellt Leistungen im Kredit- und Einlagengeschäft, insbesondere Immobilienfinanzierungen (einschließlich Hypothekenkredite), Konsumenten- und gewerbliche Kredite sowie klassische Giro-, Spar- und Festgeldkonten zur Verfügung. Die Bereitstellung von Immobilienfinanzierungen, zu denen Hypothekenkredite und Baufinanzierungen gehören, ist der bedeutendste Bestandteil des Kreditgeschäfts. Diese werden in erster Linie an Privatpersonen vergeben, beispielsweise für die Finanzierung ihrer Wohnimmobilien. Die meisten der Hypothekenkredite haben eine anfängliche Zinsbindung von fünf bis zehn Jahren. Zu den Kredit- und Einlagenprodukten gehört auch das Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft in Deutschland, das bei der Tochtergesellschaft Deutsche Bank Bauspar AG angesiedelt ist.

Die Dienstleistungen der Deutschen Bank in den Bereichen Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen umfassen das Führen von Girokonten in lokaler und Fremdwährung sowie die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen auf diesen Konten. Ferner schließen sie den An- und Verkauf von Zahlungsmitteln sowie den Vertrieb von Versicherungsprodukten, Baufinanzierungs- und Bausparverträgen und Kreditkarten ein. 2009 hat sich die Deutsche Bank verstärkt auf die Gewinnung zusätzlicher Einlagen konzentriert und konnte ihr verwaltetes Vermögen deutlich steigern.

Zu den sonstigen Produkten gehört vor allem die Aktiv- und Passivsteuerung.

Vertriebskanäle und Marketing

Um ihre Marke international zu etablieren, achtet die Deutsche Bank auf eine einheitliche Vermarktung ihrer Dienstleistungen in den europäischen und asiatischen Ländern, in denen sie Geschäfte tätigt. Die Deutsche Bank strebt eine optimale Verfügbarkeit ihrer Bankprodukte und -dienstleistungen an, um sie für Kunden attraktiver zu machen. Zu diesem Zweck setzt die Deutsche Bank auf Selbstbedienungsfunktionalitäten und den technologischen Fortschritt, um ihr Filialnetz um eine Fülle von Zugangskanälen zu den Produkten und Dienstleistungen von PBC zu ergänzen. Dazu zählen die folgenden persönlichen und automatisierten Vertriebswege:

- Investment & FinanzCenter. In ihren Investment & FinanzCentern bietet die Deutsche Bank ihre gesamte Palette von Produkten und Beratungsleistungen an. 2009 wurden einige ihrer Investment & FinanzCenter gemäß einem innovativen Konzept modernisiert, das die Vorstellung der Deutschen Bank vom Filialbankgeschäft der Zukunft verdeutlicht und das bereits in ihrer Flaggschiff-Filiale „Q 110 – Die Deutsche Bank der Zukunft“ in Berlin eingeführt und getestet worden war.
- Finanzberater. In den meisten Ländern vermarktet die Deutsche Bank ihre Produkte und Dienstleistungen im Privatkundengeschäft über unabhängige Finanzberater.
- Call Center. Bei Call-Centern können Kunden per Telefon Transaktionen über elektronische Systeme durchführen. Dazu gehören das Abrufen von Kontoinformationen sowie die Durchführung von Wertpapier- und anderen grundlegenden Bankgeschäften.
- Internet. Auf ihrer Webseite bietet die Deutsche Bank Kunden Brokerageleistungen sowie die Möglichkeit, Konto- und Produktinformationen über Investmentprodukte der Bank und Dritter abzurufen. Ferner stellt die Deutsche Bank den Kunden Informationen sowie Analyseinstrumente und Analysen zur Verfügung, um sie dabei zu unterstützen, unabhängige Anlageentscheidungen zu treffen.
- Selbstbedienungsterminals. Diese Geräte werden zur Unterstützung der Filialmitarbeiter eingesetzt und ermöglichen Kunden, Geld abzuheben und zu überweisen, Kontoauszüge zu drucken oder Termine mit einem Finanzberater zu vereinbaren.

Die Produkte der Deutschen Bank werden nicht nur über die Filialen und Finanzberater, sondern auch über länderspezifische Vertriebspartnerschaften vertrieben. So hat die Deutsche Bank in Deutschland eine Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Vermögensberatung AG („DVAG“) abgeschlossen, die den Vertrieb ihrer Publikumsfonds und anderer Bankprodukte über das unabhängige Netzwerk der DVAG regelt. Außerdem hat die Deutsche Bank mit dem ADAC, dem mit über 15 Millionen Mitgliedern größten Automobilclub Europas, eine exklusive Vertriebskooperation geschlossen. 2009 hat die Deutsche Bank eine Kooperation mit Vodafone gestartet, die es beiden Parteien ermöglicht, das Potenzial der Kundenbasis der anderen Partei zu nutzen. Um ihre Produktpalette zu ergänzen, hat die Deutsche Bank ferner Vertriebsvereinbarungen unterzeichnet, in deren Rahmen PBC die Produkte angesehener Anbieter vertreibt. Dazu gehören eine Vereinbarung mit Zurich Financial Services im Bereich Versicherungsprodukte und die strategische Zusammenarbeit mit neun Fondsgesellschaften beim Vertrieb ihrer Investmentprodukte.

Konzernbereich Corporate Investments

Der Konzernbereich Corporate Investments (CI) steuert die wesentlichen konzerneigenen Beteiligungsaktivitäten. Diese beinhalten die Industriebeteiligungen des Deutsche Bank-Konzerns, bestimmte Private-Equity- und Venture-Capital-Beteiligungen, Private-Equity-Fonds-beteiligungen, bestimmte Beteiligungen im Corporate-Real-Estate-Bereich, den Minderheitsanteil an der Deutsche Postbank AG, bestimmte Kreditengagements und weitere, nicht strategische Beteiligungen. Aufgabe von CI ist die Bereitstellung von finanziellen, strategischen, operationellen und unternehmerischen Ressourcen, um den Wert der Portfoliogesellschaften, in die der Bereich investiert hat, zu vergrößern.

Die Deutsche Bank ist der Auffassung, dass der Konzernbereich zu einer Verbesserung des Portfolio- und Risikomanagements der Bank beiträgt.

Corporate Investments hielt Beteiligungen an einer Reihe von Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe und Finanzdienstleistungssektor (die „Industriebeteiligungen“), die in den letzten Jahren zum großen Teil verkauft wurden. Zum 31. Dezember 2009 waren die größten verbleibenden Industriebeteiligungen, bezogen auf den Marktwert, die Beteiligung an der Germany1 Acquisition Limited (5,75 %), einer Special Purpose Acquisition Company (Gesellschaft mit dem Zweck des Unternehmenserwerbs), und der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V. (0,75 %), die über die 10-prozentige Beteiligung an der Dedalus GmbH & Co. KGaA gehalten wird.

2009 hat die Deutsche Bank ihre Beteiligung an der Daimler AG von 2,7 % auf 0,04 % reduziert und den verbliebenen Anteil an der Linde AG verkauft.

2008 hat die Deutsche Bank ihre Beteiligung an der Daimler AG von 4,4% auf 2,7% und ihre Beteiligung an der Linde AG von 5,2% auf 2,4% reduziert. Der verbliebene Anteil an der Allianz SE und der Arcor AG & Co. KG wurden vollständig verkauft.

Im Juli 2008 erwarb die Deutsche Bank einen Anteil von 7,6 % an der Germany1 Acquisition Ltd., einem Investmentvehikel, dessen Geschäftszweck der Erwerb von Anteilen an Unternehmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz ist.

Im Februar 2007 unterzeichnete die Deutsche Bank einen Vertrag über den Erwerb eines 10 %-Anteils an der Dedalus GmbH & Co. KGaA. Wirtschaftlich entspricht dies einer Beteiligung von 0,75 % an der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V.

2007 hat die Deutsche Bank ihre Beteiligungen an der Linde AG von 7,8 % auf 5,2 % und an der Allianz SE von 2,2 % auf 1,7 % reduziert.

Am 25. Februar 2009 schloss die Deutsche Bank den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Deutsche Postbank AG, einer der größten deutschen Finanzdienstleister, ab. Zum gleichen Zeitpunkt erwarb sie eine Pflichtumtauschleihe sowie eine Kaufoption, um ihren Anteil in Zukunft erhöhen zu können. Für weitere Informationen betreffend die Deutsche Postbank AG siehe Note 16 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Im Februar 2009 beteiligte sich Corporate Investments an einer Liquiditätsfazilität für die Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH („SdB“) in Höhe von 2,3 Mrd € in Form von EZB-fähigen Anleihen, die vollständig durch die SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) garantiert sind.

Im Dezember 2009 wurde die Liquiditätsfazilität an die Deutsche Pfandbriefbank AG (ehemals Hypo Real Estate Bank AG), an der die Deutsche Bank sich im November 2008 in Höhe von 12,0 Mrd € beteiligt hat, zurückgeführt. Zu diesem Zeitpunkt beteiligte die Deutsche Bank sich an einer neuen Liquiditätsfazilität für die Deutsche Pfandbriefbank AG, indem EZB-fähigen Anleihen, die vollständig durch die SoFFin garantiert sind, in Höhe von 9,2 Mrd € gezeichnet wurden.

Zusätzlich hält CI für Kunden und auf eigene Rechnung erworbene Beteiligungen vom Typ Private-Equity direkt und über Private-Equity-Fonds, darunter Venture-Capital- und Leveraged-buy-out-Fonds.

2009 hat CI den Altbestand an Private-Equity-Risikopositionen in der Bilanz weiter reduziert und die Bestände durch verschiedene Transaktionen um 55 Mio € abgebaut.

Am 1. April 2009 wurde die Managementverantwortung für The Cosmopolitan Resort and Casino von CB&S auf Corporate Investments übertragen.

Im ersten Quartal 2009 wurde die Managementverantwortung für bestimmte Assets von AWM auf Corporate Investments übertragen. Diese Assets beinhalten die konsolidierte Infrastrukturbeteiligung an Maher Terminals und die konsolidierte Immobilienfondsbeteiligung an dem RREEF Global Opportunity Fund III.

2008 hat Corporate Investments die Private-Equity-Risikopositionen in der Bilanz weiter reduziert und die Bestände durch verschiedene Transaktionen um 200 Mio € abgebaut.

2007 hat die Deutsche Bank ein Portfolio von direkten Private-Equity-Beteiligungen in Lateinamerika sowie ihre Beteiligung an Odontoprev veräußert.

Das Corporate Investments-Portfolio umfasst auch bestimmte Bestände an Immobilien, von denen die Deutsche Bank viele für eigene geschäftliche Zwecke nutzt.

2007 hat die Deutsche Bank eine Sale-und-Leaseback-Transaktion für ihr Gebäude 60 Wall Street in New York durchgeführt und ihre Beteiligung an dem Gebäude 31 West 52nd Street in New York veräußert.

2007 hat die Deutsche Bank durch einen Teilverkauf ihrer Anteile an HCL Technologies Limited von 2,4 % auf 1,2 % reduziert.

Infrastrukturfunktionen und Regional Management

Die Infrastrukturfunktionen der Deutschen Bank umfassen ihre zentralen Supportabteilungen für die Geschäftsbereiche und das Corporate Center. Diese Supportabteilungen nehmen vorwiegend Kontroll- und Serviceaufgaben zur Unterstützung von CIB, PCAM und CI wahr. Das Corporate Center vereint die Funktionen, die den Vorstand direkt bei seiner Tätigkeit unterstützen.

Die Organisation der Infrastrukturfunktionen bildet die Zuständigkeitsbereiche der Vorstandsmitglieder ab, die nicht für einen spezifischen Geschäftsbereich verantwortlich sind. Die Infrastrukturfunktionen sind organisiert in COO-Funktionen (wie Information Technology, Transactional and Other Business Services, Global Sourcing, Corporate Real Estate Services und Human Resources), CFO-Funktionen (wie Finance, Tax, Audit, Corporate Insurance und Group Strategy & Planning), CRO-Funktionen (wie Risikomanagement, Treasury, Legal Services and Compliance) und CEO-Funktionen (wie Communications, Corporate Social Responsibility und Economics).

Die Regional Management-Funktion deckt weltweit regionale Zuständigkeiten ab. Sie fokussiert in erster Linie auf Governance, die Weiterentwicklung des Geschäfts der Deutschen Bank und die Verbesserung des Ergebnisses. In den Regionen werden Regional und Country Heads und Management Committees eingesetzt, um die kundenorientierte Produktkoordination zwischen den Geschäftsbereichen zu verbessern und die Einhaltung von aufsichtsrechtlichen und Kontrollanforderungen auf lokaler und Konzernebene sicherzustellen. Zusätzlich vertritt Regional Management weltweit regionale Interessen auf Konzernebene und verbessert die regionenübergreifende Koordination.

Alle Aufwendungen und Erträge der Infrastrukturfunktion und des Regional Management werden in vollem Umfang den Konzernbereichen CIB, PCAM und CI zugeordnet.

Grundbesitz, Sachanlagen

Die Deutsche Bank war per 31. März 2010 in 72 Ländern tätig und unterhielt weltweit 1.999 Niederlassungen, 49 % davon in Deutschland. Der Großteil der Büroräume und Niederlassungen der Deutschen Bank wird auf der Grundlage langfristiger Verträge angemietet.

Zu den wesentlichen eigengenutzten Immobilien gehört die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, Taunusanlage 12, die derzeit umfassend modernisiert wird. Nachstehend sind die zum Zeitpunkt des Registrierungsformulars wichtigsten von der Deutschen Bank genutzten Immobilien aufgeführt:

Grundstück	Adresse	Größe (qm)	Art der Nutzung	Besitzstand
Taunusanlage 12	Taunusanlage 12, Frankfurt	70.305	Bürogebäude	Eigentum
Unter den Linden	Unter den Linden 15, Berlin	11.813	Bürogebäude/Filiale	Eigentum
60 Wall Street	60 Wall Street, New York	151.012	Bürogebäude/Handelsraum	Miete
International Commerce Center	1 Austin Road, Hong Kong	39.366	Bürogebäude	Miete
One Raffles Quay	One Raffles Quay, Singapore	25.989	Bürogebäude	Miete
Winchester House	1 Great Winchester Street, London	29.082	Bürogebäude/Handelsraum	Miete

Zum 31. März 2010 hatte die Deutsche Bank Sachanlagen mit einem Bilanzwert von insgesamt 3,2 Mrd €. Dazu zählen eigengenutzte Immobilien mit einem Bilanzwert von 1,2 Mrd €. Weitere Informationen zu den Sachanlagen des Deutsche Bank-Konzerns und den diesbezüglichen Leasingverhältnissen sind in Note 21 und Note 22 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen, Domains

Die Gesellschaft hat sich eine Vielzahl von Bezeichnungen markenrechtlich in Deutschland sowie teilweise im Ausland schützen lassen oder entsprechenden Schutz beantragt. Hierzu gehören zum Beispiel die Marken „Deutsche Bank“, die Bildmarke der Diagonalen im quadratischen Rahmen, das so genannte „Logo“, sowie die wesentlichen Dienstleistungsmarken. Die Gesellschaft hat neben der Internet-Domain „deutsche-bank.de“

eine Vielzahl weiterer Internet-Domains für sich registriert. Sie ist der Ansicht, hierdurch eine ausreichende Grundlage für das Online-Banking und ihre weiteren Internet-Aktivitäten geschaffen zu haben. Sofern wirtschaftlich sinnvoll, ist die Gesellschaft bestrebt, ihre Produkte und Dienstleistungen insbesondere markenrechtlich in ihren Zielmärkten abzusichern. Patente, Gebrauchs- und Geschmacksmuster der Deutschen Bank haben nach Ansicht der Gesellschaft eine untergeordnete Bedeutung für ihre Geschäftstätigkeit.

Investitionen

Die folgende Tabelle zeigt die Investitionen der Deutschen Bank in Sachanlagen, nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen sowie Unternehmensakquisitionen für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007, ermittelt unter Verwendung von Angaben aus der Konzern-Kapitalflussrechnung und dem Konzernanhang der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2009 und 2008:

in Mio €	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2009	2008	2007
	<i>(geprüft, soweit nicht anders angegeben)</i>		
Sachanlagen	592	939	675
Nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen	3.730	881	1.265
Unternehmensakquisitionen ⁽¹⁾	20	135	2.410

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Konzernangaben.

Die Investitionen in Sachanlagen betrafen im Jahr 2007 vorwiegend die Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (353 Mio €) sowie Einbauten in gemieteten Räumen (209 Mio €), im Jahr 2008 insbesondere Bauvorhaben (Anlagen in Bau) (484 Mio €) sowie die Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (253 Mio €). Im Jahr 2009 betrafen die Investitionen in Sachanlagen vorwiegend Bauvorhaben (Anlagen in Bau) (277 Mio €) und die Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung (242 Mio €).

Investitionen in nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen betreffen grundsätzlich den Erwerb einer Vielzahl von Unternehmensanteilen und werden vor allem im Rahmen der Geschäftstätigkeit von Global Markets und Asset Management getätigt. Im Jahr 2009 wurde eine Minderheitsbeteiligung von insgesamt 29,88 % an der Deutschen Postbank AG erworben. Hierin enthalten war ein Anteil von 22,9 % an der Deutschen Postbank AG, der als Gegenleistung für eine Sachkapitalerhöhung über 50 Millionen Deutsche Bank-Aktien zuzüglich bestimmter Wertsicherungsleistungen (gemischte Sacheinlage) erworben wurde. Dieser Erwerb wurde mit der Eintragung der Durchführung der Sachkapitalerhöhung im Handelsregister am 6. März 2009 wirksam. Zusätzlich zum Erwerb der Aktien wurde eine Pflichtumtauschleihe über 3,0 Mrd € erworben, die im Jahr 2012 in einen weiteren Anteil von 27,4 % an der Deutschen Postbank AG gewandelt werden muss. Des weiteren umfasst die Transaktion Kauf- und Verkaufsoptionen über einen weiteren Anteil von 12,1 % an der Deutschen Postbank AG. Weitere Informationen zu nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen sind in Note 16 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Zu den Unternehmensakquisitionen zählten im Jahr 2007 insbesondere der Erwerb von jeweils 100 % an der Berliner Bank AG & Co. KG für einen Barkaufpreis von 645 Mio €, der MortgageIT Holdings, Inc., einem Real Estate Investment Trust in den Vereinigten Staaten, für einen Barkaufpreis von 326 Mio €, sowie der britischen Versicherungsgesellschaft Abbey Life Assurance Company Limited für einen Barkaufpreis von 1,412 Mrd €. Im Jahr 2008 lagen die betreffenden Investitionen für Unternehmensakquisitionen dagegen deutlich unter denjenigen der Vorjahre. So erwarb die Deutsche Bank im Jahr 2008 unter anderem eine Beteiligung von 100% an der HedgeWorks, LLC, einem US-amerikanischen Hedgefondsadministrator, zu einem Barkaufpreis von 19 Mio € (sowie einem abhängig vom Erreichen bestimmter Performance-Ziele zahlbaren weiteren Betrag von 15 Mio €). Im November 2009 erwarb die Deutsche Bank das globale Agency Securities Lending-Geschäft der Dresdner Bank für einen Barkaufpreis von 20 Mio €. Des weiteren investierte die Deutsche Bank im Jahr 2008 im Zuge einer Kapitalerhöhung 423 Mio € in die Hua Xia Bank und erhöhte dadurch ihren Anteil von 9,9 % auf 13,7 %.

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2010 entfiel ein wesentlicher Teil der Investitionen auf den im ersten Quartal 2010 abgeschlossenen Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe (exklusive der weiterveräußerten BHF Asset Servicing) für einen bar entrichteten Kaufpreis von 1,0 Mrd € sowie den Anfang des zweiten Quartals 2010 abgeschlossenen Erwerb von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO für einen Barkaufpreis von 700 Mio €. Die wichtigsten laufenden Investitionen der Deutschen Bank betreffen die Investitionen in die derzeitige Modernisierung der Konzernzentrale der Deutschen Bank in Frankfurt am Main sowie die Aufstockung der direkten Beteiligung an der Hua Xia Bank in China für 82 Mio €. Durch Ausübung einer Call-Option gegenüber Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA zu einem Preis von 82 Mio € soll die Beteiligung an der Hua Xia Bank von 13,7 % auf 17,1 % erhöht werden. Die Transaktion wurde im November 2009 unterzeichnet. Mit Vollzug wird vorbehaltlich der Zustimmung durch das Board der Hua Xia Bank und die

chinesischen Aufsichtsbehörden im dritten Quartal 2010 gerechnet. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank am 6. Mai 2010 bekannt gegeben, dass sie eine verbindliche Vereinbarung unterzeichnet hat, in der sie sich zur Zeichnung neu emittierter Aktien der Hua Xia Bank im Rahmen einer Kapitalerhöhung zu einem Bezugspreis von insgesamt bis zu rund 636 Mio € verpflichtet hat. Hierdurch wird sich die Beteiligung, vorbehaltlich aufsichtsrechtlicher Genehmigungen, auf 19,99 % erhöhen. Die wichtigsten laufenden Investitionen betreffen damit sowohl das Ausland als auch das Inland. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgt aus dem frei verfügbaren Mittelzufluss der Deutschen Bank.

Es bestehen derzeit keine wesentlichen künftigen Investitionsvorhaben der Bank, die von den Organen der Bank bereits verbindlich beschlossen sind.

Rechtsstreitigkeiten

Außer den hier dargestellten Verfahren sind keine Gerichts-, Schieds-, Verwaltungs- oder sonstige Verfahren anhängig, an denen die Deutsche Bank (als Beklagte oder auf andere Weise) beteiligt ist und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Deutsche Bank AG oder des Deutsche Bank-Konzerns auswirken könnten bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben, noch sind nach Kenntnis der Deutschen Bank solche Verfahren eingeleitet oder angedroht. Überdies bestanden keine weiteren Gerichts- oder Schieds-, Verwaltungs- oder sonstige Verfahren in den letzten zwölf Monaten bzw. es wurden in diesem Zeitraum keine solchen Verfahren abgeschlossen, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Bank oder des Deutsche Bank-Konzerns auswirken könnten bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

Allgemeines

Infolge der Charakteristik ihrer Geschäftsaktivitäten sind die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den USA, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen, einschließlich diejenigen, die unten im Einzelnen näher beschrieben sind. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten, einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren, Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern Einschätzungen in großem Umfang, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes der nachstehend dargestellten Verfahren, von denen einige mehrere Streitgegenstände umfassen, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

Steuerbezogene Finanzprodukte

Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und/oder frühere Mitarbeiter sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten in diesen Verfahren, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irreführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um als Sammelklagen bezeichnete Verfahren. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (*Litigation Class*) zugelassen worden. Etwa 91 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa neun weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (*Pre-trial Stages*) einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (*Discovery*). Gegenüber der Deutschen Bank werden aussergerichtlich eine Anzahl weiterer Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden bereits beigelegt. Von diesen außergerichtlich geltend gemachten Ansprüchen sind noch etwa fünf unregelt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und Anfang 2002 durchgeführt wurden.

In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen einschließlich der Deutschen Bank bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (*Deferred Prosecution Agreement*), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Bereitstellung und Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. In einem Strafverfahren gegen vier Personen, die das DOJ im Jahr 2005 angeklagt hatte, wurden im Dezember 2008 drei Personen verurteilt. Im Mai 2009 wurden vier weitere Personen strafrechtlich verurteilt, die das DOJ wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, angeklagt hatte. Im Juni 2009 hat das DOJ fünf weitere Personen wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, und zwei ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Deutschen Bank angeklagt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch

Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof (BGH) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch die Grundlage seiner Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung der Deutschen Bank AG ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen sind weder die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens noch die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH ausreichend dargelegt worden.

Asset Backed Securities

Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften haben Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und dem Handel mit Asset-backed Securities

(verzinslichen strukturierten Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) nach sowohl Bundesrecht als auch dem Recht einzelner Bundesstaaten der USA sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze (*Common Law*) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation („Countrywide“) oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere bezieht, sowie ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Central District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch der DBSI, als Platzeure verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden und von dem DBSI am 31. März 2010 – noch nicht rechtskräftig – ausgenommen wurde; und (6) eine von der Federal Home Loan Bank of San Francisco („FHLB SF“) beim San Francisco Superior Court eingereichte Klage bezüglich der Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, als Emittenten und Platzeure verschiedener von der FHLB SF erworbener Mortgage Pass-through Certificates. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank einschließlich der DBSI Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Am 5. April 2010 hat das Gericht dem Abweisungsantrag der Deutschen Bank teilweise stattgegeben und teilweise abgelehnt. Ansonsten befinden sich diese zivilrechtlichen Verfahren zum Datum dieses Registrierungsformulars in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities

Die Deutsche Bank AG und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle natürlichen und juristischen Personen geltend gemacht werden, die von der Deutschen Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Am 24. März 2010 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren abgewiesen, jedoch den Klägern die Möglichkeit eingeräumt, eine erweiterte Klage einzureichen. Am 23. April 2010 haben die Kläger eine erweiterte Klage eingereicht. Die Deutsche Bank AG, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 17 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. 13 der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich vier der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupteten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wurde behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden jedoch am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden der USA, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association ab, die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, in denen sich die

Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die wohltätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben hatten, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS von der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften erworben hatten, zu erarbeiten, eine Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt und bestimmte zusätzliche Absprachen enthält, nach denen die SEC berechtigt ist, eine zusätzliche Geldbuße von der DBSI zu verlangen, wenn die DBSI nach Auffassung der SEC ihre Verpflichtungen aus dem Vergleich nicht einhält. Seitdem hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

ÖBB

Im September 2005 schloss die Deutsche Bank AG einen Portfolio Credit Default Swap („PCDS“) mit der ÖBB Infrastruktur Bau AG („ÖBB“), einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft. Unter dem PCDS übernahm die ÖBB das Ausfallrisiko einer mit AAA gerateten Tranche über 612 Mio € aus einem diversifizierten Portfolio von Unternehmensanleihen und Asset-backed Securities („ABS“). Aufgrund der Entwicklung des ABS-Markts seit Mitte 2007 entwickelte sich der Marktwert des PCDS negativ.

Im Juni 2008 erhob die ÖBB beim Handelsgericht in Wien Klage gegen die Deutsche Bank AG und beantragte, den PCDS für rechtsunwirksam erklären zu lassen. Die ÖBB war der Auffassung, dass das Geschäft gegen österreichische Rechtsvorschriften verstoße, und behauptete, über bestimmte Merkmale des PCDS nicht zutreffend informiert worden zu sein. Die Klage der ÖBB wurde im Januar 2009 vom Handelsgericht abgewiesen. Am 25. Juni 2009 hat das Oberlandesgericht Wien die durch die ÖBB eingelegte Berufung gegen die Entscheidung des Handelsgerichts zurückgewiesen. ÖBB hat am 21. September 2009 außerordentliche Revision zum Obersten Gerichtshof eingelegt. Am 15. Januar 2010 haben sich ÖBB und die Deutsche Bank AG geeinigt, den Streit zu vergleichen. Der Vergleich hat keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Deutsche Bank AG.

Trust Preferred Securities

Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Das Verfahren befindet sich zum Datum dieses Registrierungsformulars in einem frühen Stadium.

IPO-Zuteilung

DBSI und ihre Vorgängerunternehmen wurden zusammen mit zahlreichen anderen Wertpapierunternehmen in über 80 als Sammelklagen (*class actions*) bezeichneten Verfahren vor dem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den Südlichen Bezirk von New York (United States District Court for the Southern District of New York) als Beklagte benannt. Diese Klagen behaupten, dass im Zusammenhang mit der Zuteilung von Aktien bei einer großen Anzahl von erstmaligen öffentlichen Angeboten (*Initial Public Offerings* – „IPOs“) Vorstände und leitende Angestellte der Emittenten sowie Konsortialbanken dieser Wertpapiere die Wertpapier- und Kartellgesetze verletzt hätten. DBSI ist in diesen Klagen als Konsortialbank benannt. Die Wertpapiersammelklagen behaupten wesentliche Falschdarstellungen und Auslassungen in Zulassungsunterlagen (*registration statements*) und Prospekten für IPOs sowie die Marktmanipulation in Bezug auf den Sekundärmarkthandel mit IPO-Wertpapieren. Das in diesem Zusammenhang als Sammelklage bezeichnete Kartellrechtsverfahren wurde im Jahr 2007 abgewiesen. Einige der Behauptungen in den Wertpapiersammelklagen gehen dahin, dass die Konsortialbanken die Zuteilung von IPO-Wertpapieren an erforderliche Sekundärmarktkäufe durch Kunden und die Zahlung von nicht offengelegten Kompensationen für die Konsortialbanken in Form von Provisionen für den Wertpapierhandel gekoppelt hätten und dass die Konsortialbanken die Veröffentlichung irreführender Analysten-Berichte veranlasst hätten. In den Wertpapiersammelverfahren wurden die Klageabweisungsanträge der DBSI und anderer am 13. Februar 2003 abgelehnt. Dem Antrag der Kläger auf Zulassung von sechs „Testklagen“ als Sammelklagen (*class actions*) in den Wertpapierverfahren wurde am 13. Oktober 2004

stattgegeben. Am 5. Dezember 2006 hat das Berufungsgericht der Vereinigten Staaten für den Zweiten Gerichtsbezirk (United States Court of Appeals for the Second Circuit) entschieden, dass diese sechs „Testklagen“ nicht als Sammelklagen zugelassen werden. Am 26. März 2008 hat das Prozessgericht den Klageabweisungsanträgen hinsichtlich des abgeänderten Vortrags der Kläger teilweise stattgegeben und teilweise zurückgewiesen. Soweit das Gericht den Klageabweisungsanträgen stattgegeben hat, betrifft dies keine Fälle, in denen DBSI Beklagte ist. Im Anschluss an ein Schlichtungsverfahren wurde eine Grundsatzeinigung erreicht, der das Gericht am 6. Oktober 2009 zugestimmt hat. Am 23. Oktober 2009 hat ein Kläger der Sammelklage einen Antrag beim Berufungsgericht der Vereinigten Staaten für den Zweiten Gerichtsbezirk eingereicht, um gegen die Zulassung des Gruppenvergleichs (*settlement class*) im Zusammenhang mit allen 310 Fällen, einschließlich der Klagen, in der DBSI als Beklagte benannt worden war, vorzugehen. Die Kläger legten Widerspruch ein und alle beklagten Konsortialbanken erwiderten dem Antrag am 2. November 2009. Der Antrag wurde danach zurückgenommen und durch eine Berufung ersetzt. Zum Datum dieses Registrierungsformulars ist das Verfahren weiterhin vor dem Berufungsgericht anhängig.

Parmalat

Im Zuge der Insolvenz des italienischen Konzerns Parmalat hat der Insolvenzverwalter von Parmalat, Herr Enrico Bondi, Schadenersatzansprüche gegen die Deutsche Bank in Höhe von insgesamt 2,2 Mrd € und Rückforderungsansprüche gegen die Deutsche Bank S.p.A. in Höhe von insgesamt 177 Mio € geltend gemacht. Im Februar 2009 haben sich die Deutsche Bank, die Deutsche Bank S.p.A., Parmalat und Herr Bondi (für die jeweiligen Gruppen) auf einen Vergleich über diese Klagen geeinigt.

Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft in Mailand im Zusammenhang mit der Insolvenz von Parmalat ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet und Anklage gegen verschiedene Banken wegen angeblicher Marktmanipulation erhoben, unter anderem auch gegen die Deutsche Bank und die Deutsche Bank S.p.A. sowie einige ihrer jeweiligen Mitarbeiter. Die Hauptverhandlung vor dem Mailänder Gericht (2. Strafkammer) hat im Januar 2008 begonnen und dauert an. Die Staatsanwaltschaft in Parma hat ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene Bankmitarbeiter, darunter auch Mitarbeiter der Deutschen Bank, wegen betrügerischen Bankrotts eingeleitet. Die Hauptverhandlung hat im September 2009 begonnen und dauert an. Ein früherer Mitarbeiter der Deutsche Bank hat im Hinblick auf die gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Vorwürfe in Mailand und Parma einen strafrechtlichen Vergleich abgeschlossen (wobei der überwiegende Teil der Vorwürfe den Zeitraum vor seiner Anstellung bei der Deutschen Bank betraf); daraufhin wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt.

Einige Privatpersonen, die Anleihen und Aktien halten, machen im Zusammenhang mit den oben genannten strafrechtlichen Verfahren Schadenersatzansprüche gegen die Deutsche Bank geltend. Die Deutsche Bank hat denjenigen Privatanlegern Vergleichsangebote unterbreitet, die ihre Ansprüche glaubhaft dargelegt haben. Ein Teil der Privatanleger hat dieses Vergleichsangebot angenommen.

Huntsman

Am 23. Juni 2009 haben die DBSI und die Credit Suisse Securities (USA) LLC („CSUSA“) einen Rechtsstreit, bei dem sie von der Huntsman Corporation („Huntsman“) Ende 2008 vor einem Gericht des US-Bundesstaats Texas verklagt wurden, durch Vergleich beigelegt. Der Rechtsstreit war auf den gescheiterten Zusammenschluss von Hexion Speciality Chemicals, Inc. („Hexion“) und Huntsman zurückzuführen, der von verbundenen Unternehmen der DBSI und der CSUSA auf der Grundlage eines Commitment Letters vom Juli 2007 finanziert werden sollte. In der Klage wurde, unter anderem, behauptet, dass DBSI und CSUSA Huntsman in betrügerischer Absicht dazu veranlasst hätten, eine bestehende Vereinbarung über einen Zusammenschluss mit Basell zugunsten des Zusammenschlusses mit Hexion aufzukündigen, und sich unerlaubt in die Vereinbarungen über einen Zusammenschluss von Huntsman mit beiden, Basell und Hexion, eingemischt zu haben. In der Klage wurde auch behauptet, dass DBSI und CSUSA sich mit der unbeteiligten Partei Apollo Management LLP zusammengetan hätten, um die vertraglichen Rechte von Huntsman zu beeinträchtigen. Nachdem die Gerichtsverhandlung am 15. Juni 2009 begonnen hatte, haben die Parteien einen Vergleich abgeschlossen. Nach dem Vergleich hat sowohl DBSI als auch CSUSA einen Betrag von 316 Mio US-\$ an Huntsman gezahlt und eine Finanzierung in Höhe von 550 Mio US-\$ zur Verfügung gestellt, die nach sieben Jahren zurückzuzahlen ist.

Sebastian Holdings

Die Deutsche Bank AG befindet sich in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten in Rechtsstreitigkeiten mit Sebastian Holdings Inc., einer Gesellschaft auf den Turks- und Caicosinseln („SHI“). Der Streit entstand im Oktober 2008, als SHI Handelsverluste erlitt und anschließend den Aufforderungen der Deutsche Bank AG zur Leistung von Margeneinschüssen (*margin calls*) nicht nachgekommen ist. Die Deutsche Bank AG hat in Großbritannien Klage gegen SHI erhoben, um die von SHI geschuldeten ca. 230 Mio US-\$ einzufordern, nachdem die Deutsche Bank AG zwei bestehende Rahmenverträge mit der SHI gekündigt hatte. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank AG in Großbritannien einen in diesem Zusammenhang stehenden Rückerstattungsanspruch gegen Alexander M. Vik, einen norwegischen Geschäftsmann und einzigen

Geschäftsführer der SHI, sowie VIK Millahue, eine chilenische Gesellschaft, geltend gemacht, um die Rückzahlung von Geldern zu erlangen, welche von dem Konto der SHI bei der Deutsche Bank AG überwiesen wurden. Bei der Klage in den Vereinigten Staaten handelt es sich um eine Schadensersatzklage in Höhe von mindestens 750 Mio US-\$, welche die SHI bei einem Gericht in New York gegen die Deutsche Bank AG eingereicht hat. Diese wurde aufgrund desselben Sachverhaltes, wie die von der Deutsche Bank AG gegen die SHI anhängige Klage in Großbritannien erhoben. Im Verfahren in Großbritannien hat das Prozessgericht entschieden, dass es für die von der Deutsche Bank AG erhobene Klage zuständig ist und hat den Einwand von SHI gegen die internationale Zuständigkeit des Gerichts zurückgewiesen. SHI hat Rechtsmittel gegen diese Entscheidung eingelegt. In dem Verfahren in Großbritannien gegen Vik und die chilenische Gesellschaft hat das Gericht seine Zuständigkeit verneint. In dem US-Verfahren gegen die Deutsche Bank AG hat das Prozessgericht den Antrag zur Untersagung der Klage der Deutsche Bank AG in Großbritannien von SHI abgelehnt. Das Prozessgericht hat auch den Antrag der Deutsche Bank AG, das Verfahren in den Vereinigten Staaten zugunsten des Verfahrens in London einzustellen oder auszusetzen, abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag der Deutsche Bank AG, die vertraglichen und quasivertraglichen Ansprüche von SHI abzuweisen. Dagegen hat es dem Antrag der Deutsche Bank AG stattgegeben, die von SHI geltend gemachten Ansprüche aus unerlaubter Handlung abzuweisen. Das Prozessgericht hat einen Antrag von SHI auf eine neue Verhandlung abgelehnt. Zudem haben beide Parteien Rechtsmittel beim Berufungsgericht in New York (New York Appellate Division) eingelegt.

Ocala

Die Deutsche Bank AG ist bevorrechtigter Gläubiger der Ocala Funding LLC, einer von Taylor Bean & Whitaker Mortgage Corp. aufgesetzten und verwalteten Zweckgesellschaft zur Ausgabe von Commercial Paper. Im August 2009 stellte die Taylor Bean & Whitaker Mortgage Corp. das Hypothekenkreditgeschäft ein und beantragte Gläubigerschutz. Die Bank of America ist Treuhänder, Sicherheitenverwalter, Depotstelle und Wertpapierverwahrstelle von Ocala. Die Deutsche Bank AG hat gegen die Bank of America eine zivilrechtliche Klage vor dem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den Südlichen Bezirk von New York (United States District Court for the Southern District of New York) wegen Vertragsverletzung, Treuepflichtverletzung und vertraglichen Schadensersatzansprüchen erhoben. Diese Ansprüche basieren auf dem Versäumnis der Bank of America, die Barmittel und Hypothekendarlehen, welche das von der Deutsche Bank AG gezeichnete Wertpapier absichern sollten, zu sichern. Zum Datum dieses Registrierungsformulars befindet sich das Verfahren in einem frühen Stadium.

Adelphia Communications Corporation

Einige der mit der Deutsche Bank AG verbundene Unternehmen gehören zu den zahlreichen Finanzinstituten und sonstigen Unternehmen, die in zwei von einem Gläubiger- und einem Gesellschafterausschuss der Adelphia Communications Corporation im Jahr 2003 begonnenen Streitverfahren als Beklagte benannt wurden. Im Oktober 2007 reichte der Adelphia Recovery Trust eine Klageerweiterung ein, mit der die zwei Streitverfahren verbunden wurden und die im Februar 2008 nochmals erweitert wurde. Mit der verbundenen Klage sollen bestimmte Darlehenszahlungen angefochten und zurückgefordert werden, darunter etwa 50 Mio US-\$, die angeblich im Zusammenhang mit Effektenkrediten an DBSI gezahlt worden waren. Außerdem sollte gegenüber den Beklagten gemeinsam Schadensersatz auf der Grundlage gesetzlicher und deliktischer Ansprüche geltend gemacht werden. Die beklagten Banken reichten mehrere Anträge auf Klageabweisung ein, denen teilweise stattgegeben wurde und die teilweise abgewiesen wurden. Einige der zugrunde liegenden Entscheidungen sind Gegenstand anhängiger Berufungsverfahren und verschiedener weiterer Anträge. Zu den noch beim District Court anhängigen Verfahren zählen eine Klage unter dem *U.S. Bank Holding Company Act*, mehrere auf Ansprüche aus unerlaubter Handlung gestützte Klagen und eine Anfechtungsklage in Bezug auf die Effektenkredite. Anträge auf ein Urteil im beschleunigten Verfahren sind eingereicht worden und ein Verhandlungstermin wurde für September 2010 festgesetzt.

Zivilrechtsstreit und Strafverfahren im Zusammenhang mit der Stadt Mailand

Im Januar 2009 erhob die Stadt Mailand (im Folgenden die „Stadt“) zivilrechtliche Klage gegen die Deutsche Bank AG und drei weitere Banken (zusammen die „Banken“) vor dem Landgericht Mailand (im Folgenden das „Gericht“) in Bezug auf eine Anleiheemission der Stadt im Jahre 2005 (die „Anleihe“) sowie einer damit in Zusammenhang stehenden Swap-Transaktion, die in der Folgezeit zwischen 2005 und 2007 mehrmals restrukturiert wurde (im Folgenden der „Swap“ und die Anleihe und der Swap zusammen im Folgenden die „Transaktion“). Die Stadt macht Schadensersatz bzw. andere Rechtsbehelfe auf der Grundlage angeblicher arglistiger und betrügerischer Handlungen sowie einer angeblichen Verletzung von Beratungspflichten wie folgt geltend: In Bezug auf das Zinselement des Swap schlägt die Stadt eine dauerhafte Restrukturierung des Swap vor und verlangt (i) 23,6 Mio € als die Differenz zwischen den bislang gemäß dem bestehenden Swap bereits gezahlten Beträgen und dem Betrag, den die Stadt gemäß einer von ihr vorgeschlagenen Struktur gezahlt hätte, und (ii) die Differenz zwischen den gemäß dem bestehenden Swap bis zur Fälligkeit noch zu zahlenden Beträgen und dem Betrag, den die Stadt gemäß der von ihr vorgeschlagenen Struktur noch zahlen müsste. In Bezug auf das Kreditausfallelement des Swap verlangt die Stadt die künftige Erstattung jeglicher

Beträge, die sie gemäß dem Swap bei Eintritt eines Kreditereignisses oder im Falle einer vorzeitigen Ablösung des Kreditausfallelements zahlen müsste. In dem Fall, dass das Gericht den vorstehenden Schadensersatz nicht bewilligt, verlangt die Stadt einen Betrag von 88,8 Mio € in Bezug auf angeblich im Swap eingebettete „versteckte“ Provisionen sowie einen Betrag von nicht weniger als 150 Mio € als allgemeine Entschädigung für Schäden aus dem Swap. Die Banken werden jeweils als Gesamtschuldner in Anspruch genommen. Ein Termin für dieses Zivilverfahren wurde bislang nicht bestimmt.

Am 17. März 2010 hat das Mailänder Gericht für Strafsachen auf Antrag der Mailänder Staatsanwaltschaft der Eröffnung eines Strafverfahrens gegen jede der Banken sowie bestimmte Angestellte der Banken (einschließlich zweier derzeitiger Angestellter der Deutschen Bank) zugestimmt. Die Anklagen beziehen sich auf angebliche Straftaten im Zusammenhang mit der Transaktion, insbesondere Betrug zum Nachteil einer öffentlichen Behörde. Die Mailänder Staatsanwaltschaft hat vor einiger Zeit bestimmte Vermögensgegenstände der Banken in Erwartung des Strafverfahrens beschlagnahmt, einschließlich eines Geldbetrages der Deutschen Bank in Höhe von 25,1 Mio €. Die Mailänder Staatsanwaltschaft glaubt, dass dieser Betrag dem Erlös der Deutschen Bank aus dem angeblichen Betrug entspricht. Dieser Betrag würde der Einziehung unterliegen (und könnte auch erhöht oder reduziert werden), sollte das Gericht im Anschluss an das Verfahren dies beschließen. Der Verfahrensbeginn ist für Mai 2010 angesetzt.

Jüngste Entwicklung und Ausblick

Jüngste Entwicklung

Die Deutsche Bank ist profitabel in das Geschäftsjahr 2010 gestartet. Zum Datum dieses Registrierungsformulars hat sich die Finanz- und Liquiditätslage der Deutschen Bank im Vergleich zum 31. März 2010 nicht wesentlich geändert.

Mitte März 2010 wurde der Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe abgeschlossen. Da bis zum 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen für den Erwerb erteilt wurden, hat die Deutsche Bank die Erstkonsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe auf dieses Datum festgelegt. Entsprechend wurde die Sal. Oppenheim Gruppe im ersten Quartal 2010 in den Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank einbezogen. Weitere Informationen zum Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe und zu den zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten sind in den Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 31. März 2010, der im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, unter „Sonstige Finanzinformationen – Wesentliche Transaktionen, – Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ enthalten.

Nachdem im Dezember 2009 mit der ABN AMRO Bank N.V. eine abschließende Vereinbarung über den vollständigen Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO unterzeichnet worden war, gab die Deutsche Bank AG am 1. April 2010 den Abschluss der Übernahme zu einem Kaufpreis von 700 Mio € in bar bekannt. Der Abschluss erfolgte nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission und andere Aufsichtsbehörden. Mit Wirkung zum Abschlussdatum erlangte die Deutsche Bank AG Kontrolle über die erworbenen Geschäftseinheiten und wird diese demzufolge in ihren Konzernabschluss einbeziehen.

Die Übernahme umfasst die nachstehenden Geschäftseinheiten:

- zwei Firmenkundeneinheiten in Amsterdam und Eindhoven, die Großkunden betreuen,
- 13 Filialen, die kleine und mittelständische Unternehmen betreuen,
- die Hollandsche Bank Unie N.V. (HBU) mit Sitz in Rotterdam,
- die IFN Finance B.V., der niederländische Teil des zu ABN AMRO gehörenden Factoringdienstleisters IFN Group.

Die Firmenkundeneinheiten, die 13 Filialen und die HBU firmierten unmittelbar nach der Übernahme in Deutsche Bank Nederland N.V. um. Sowohl die Deutsche Bank Nederland N.V. als auch die IFN Finance B.V. sind derzeit direkte Tochtergesellschaften der Deutschen Bank. Die übernommenen Geschäftseinheiten, die mehr als 34.000 Kunden betreuen und 1.300 Mitarbeiter beschäftigen, werden den Markennamen Deutsche Bank verwenden und im Konzern in den Unternehmensbereich GTB integriert.

Im Rahmen der Akquisition wird ABN AMRO eine anfängliche Absicherung für Kreditrisiken aus dem übernommenen Portfolio (exklusive IFN Finance B.V.) bereitstellen. Diese Absicherung ist auch regulatorisch anrechenbar und wird voraussichtlich in geringeren regulatorischen Eigenkapitalanforderungen für den übernommenen Pool resultieren. Da die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen ist, konnten die zum Erwerbszeitpunkt zu bestimmenden Fair Values der identifizierbaren erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten noch nicht offengelegt werden.

Am 6. Mai 2010 hat die Deutsche Bank bekannt gegeben, dass sie eine verbindliche Vereinbarung unterzeichnet hat, in der sie sich zur Zeichnung neu emittierter Aktien der Hua Xia Bank im Rahmen einer

Kapitalerhöhung zu einem Bezugspreis von insgesamt bis zu rund 636 Mio € verpflichtet hat. Hierdurch wird sich die Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank, vorbehaltlich aufsichtsrechtlicher Genehmigungen, von 17,1 % auf 19,99 % erhöhen.

Ausblick

Weltwirtschaft und Bankenbranche

Die Erholung der Weltwirtschaft dauert an, auch wenn in einigen Regionen der harte Winter die wirtschaftliche Aktivität im ersten Quartal 2010 dämpfte. Der Welthandel hat sich weiter erholt und dürfte im laufenden Jahr nach Einschätzung der Deutschen Bank voraussichtlich um gut 12 % expandieren, nach einem Rückgang um 11,5 % in 2009. Insgesamt dürfte nach der Erwartung der Deutschen Bank die globale Wirtschaftsleistung – getragen insbesondere vom Wachstum in den asiatischen Schwellenländern und den USA – im Jahresdurchschnitt 2010 um gut 4 % expandieren. Das Wachstum der Eurozone wird mit gut 1 % voraussichtlich schwach bleiben. Während Deutschland um 2 % wachsen sollte, dürfte die Entwicklung in Ländern wie Spanien, Irland oder Griechenland durch strukturelle Anpassungen, insbesondere im Bausektor, sowie fiskalische Konsolidierungsanstrengungen gedämpft werden. In diesen Ländern dürfte das reale Sozialprodukt auch in 2010 noch schrumpfen, in Griechenland sogar um bis zu 4 %. Trotz des kürzlich von EU und IWF angekündigten Hilfspakets gehen von den griechischen Staatsfinanzen weiterhin hohe Risiken für das Wachstum sowie die Zins- und Wechselkursentwicklung der Eurozone aus. Risiken für die Weltwirtschaft bestehen zudem im notwendigen Ausstieg aus der stark expansiven Geld- und Fiskalpolitik.

Der Ausblick für den Bankensektor wird nach Ansicht der Deutschen Bank von zwei gegenläufigen Entwicklungen der letzten Monate bestimmt. Während die Erholung der Weltwirtschaft positiv zum operativen Geschäftsverlauf beitrug, verstärkte sich die Unsicherheit über die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen und die zukünftige Fiskalpolitik in einer Reihe kleinerer und größerer Industrieländer weiter.

Für das Investment Banking zeichnet sich nach Einschätzung der Deutschen Bank 2010 ein weiteres gutes Jahr ab, auch wenn das Ertragsniveau in den meisten Geschäftssegmenten niedriger als im Vorjahr sein dürfte. Das Privatkundengeschäft sollte sich dank des Aufschwungs an den Finanzmärkten sowie der einsetzenden Besserung beziehungsweise anhaltend robusten Lage auf dem Arbeitsmarkt in vielen entwickelten Volkswirtschaften stabilisieren. Bei den Kreditvolumina rechnet die Bank überwiegend mit einem moderaten Wachstum, während Kreditausfälle leicht zurückgehen dürften. Im Gegensatz dazu geht die Bank im Firmenkundengeschäft von einem anhaltend schwierigen Umfeld aus. Eine hohe Zahl von Unternehmensinsolvenzen und eine weiterhin geringe Investitionsbereitschaft dürften nach Einschätzung der Deutschen Bank dazu führen, dass das Kreditvolumen trotz beendeter Straffung der Kreditkonditionen durch die Banken weitgehend stagnieren wird. Für die Vermögensverwaltung wiederum wird nach Ansicht der Bank die Entwicklung der Kapitalmärkte entscheidend sein, die zum einen von der Stärke der gesamtwirtschaftlichen Erholung und zum anderen von einem glaubhaften Szenario für die langfristige Stabilisierung der Staatshaushalte vieler Länder abhängt.

Die Deutsche Bank geht davon aus, dass die Bankenbranche auch weiterhin im Mittelpunkt aufsichtsrechtlicher Diskussionen stehen wird, da Regierungen und Aufsichtsbehörden eine Wiederholung der Finanzkrise zu verhindern suchen. Entsprechende Diskussionen laufen und in einigen Fällen wurden bereits konkrete Vorschläge unterbreitet. Der Fokus dieser Überlegungen dürfte dabei auf den folgenden Themen liegen: Angemessenheit und Qualität der Kapitalausstattung, insgesamt und in Bezug auf spezifische Aktivitäten im Handelsbuch; Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme; Liquidität und Refinanzierung, einschließlich der Quantität und Qualität der Refinanzierungsbasis von Banken; Aktivitäten in spezifischen Geschäftsfeldern, darunter Eigenhandel und internes Private-Equity-Geschäft sowie Hedgefondsaktivitäten; Handel mit und Abwicklung von derivativen Finanzinstrumenten; spezifische Steuern oder Abgaben auf Gewinne oder Vermögenswerte sowie erhöhte Governanceanforderungen an die Managementvergütung bei Banken. Ein Großteil der Maßnahmen wird derzeit noch diskutiert. Eine endgültige Version der meisten unterbreiteten Vorschläge ist zum Zeitpunkt des Datums dieses Registrierungsdokuments noch nicht bekannt und darüber hinaus auch schwer vorhersehbar. Obwohl viele der Änderungen voraussichtlich in nächster Zeit noch nicht offiziell umgesetzt werden, dürften Banken frühzeitig Maßnahmen einleiten, um mögliche neue Vorschriften einzuhalten.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im Jahresverlauf 2009 hat die Deutsche Bank die Eckpunkte der vierten Phase ihrer 2002 eingeleiteten Management Agenda definiert. Die Phase 4 ihrer Management Agenda enthält die folgenden vier strategischen Elemente:

- Steigerung der Profitabilität im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) bei anhaltender Risiko- und Bilanzdisziplin
- Fokussierung auf die Kerngeschäftsfelder in Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Ausbau der führenden Stellung im Heimatmarkt

- Fokussierung auf Asien als wichtigen Treiber für Ertragswachstum
- Neubelebung der Leistungsorientierung der Deutschen Bank

Vor dem Hintergrund eines verbesserten, doch nach wie vor unsicheren Umfelds hat der Vorstand der Deutsche Bank AG eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um eine gute Aufstellung der Deutschen Bank sicherzustellen, wenn die Wirtschaft die Rezession hinter sich gelassen hat und sich daraus Geschäftsmöglichkeiten ergeben. Insbesondere in den Geschäftsbereichen von CIB hat die Deutsche Bank nicht nur ihre Bilanzsumme reduziert, sondern auch Risiken in wichtigen Geschäftsfeldern abgebaut und gleichzeitig die Profitabilität und Ergebnisqualität gesteigert. Im Konzernbereich PCAM hat die Deutsche Bank ihre Marktposition gefestigt, um sich als unangefochtener Marktführer in ihrem Heimatmarkt positionieren zu können, und ihre Plattform dem veränderten Umfeld angepasst. Der Konzern hat sein Engagement in Asien erhöht, wo er in all seinen Kerngeschäftsfeldern bereits gut positioniert war. Ebenso will die Deutsche Bank ihre Kultur der Leistungsorientierung und Verantwortung neu beleben, die die Bedeutung von Kostendisziplin, effizienter Infrastruktur und klarer Verantwortung widerspiegelt.

Im Rahmen der angestrebten Erneuerung ihrer Leistungskultur hat die Deutsche Bank ein spezielles „Komplexitätsreduktionsprogramm“ auf den Weg gebracht. Damit will die Deutsche Bank Kosten senken, indem sie unnötige Komplexität in allen Bereichen der Bank identifiziert und abbaut. Mittelfristig soll die Effizienz der Deutschen Bank insgesamt um 1 Mrd € gesteigert werden und damit zur Erreichung eines Ergebnisses vor Steuern von 10 Mrd € in ihren Kerngeschäftsfeldern (ohne Berücksichtigung von Corporate Investments und Consolidation & Adjustments) beitragen, das sie als Ergebnispotenzial der Phase 4 ihrer Managementagenda beschrieben hatte.

Mit dem Erwerb des traditionsreichen privaten Vermögensverwalters Sal. Oppenheim baut die Deutsche Bank ihre nach eigener Einschätzung führende Stellung bei der Betreuung vermögender Privatkunden im deutschen Heimatmarkt weiter aus. Während die Integrations- und Ausstiegskosten die Profitabilität des Konzerns kurzfristig deutlich belasten könnten, erwartet die Deutsche Bank ab 2012 einen positiven Beitrag zum Konzern und langfristig erhebliches Potenzial.

Die wirtschaftlichen Aussichten sind nach Ansicht der Deutschen Bank weiterhin durch ein hohes Maß an Unsicherheit geprägt. Trotz der in Gang gekommenen Erholung der Weltwirtschaft bleibt die ökonomische Lage besonders in den Industrieländern anfällig. Dafür sprechen die hohe Arbeitslosigkeit und die nach wie vor angeschlagenen Immobilienmärkte. Außerdem rückt der Ausstieg aus der aktuell sehr expansiven Geld- und Zinspolitik sowie aus den zahlreichen öffentlichen Unterstützungsprogrammen immer näher. Gleichzeitig nimmt der Konsolidierungsbedarf in vielen öffentlichen Haushalten zur Rückführung der hohen Defizite zu. Nicht zuletzt sorgen die beträchtlichen weltweiten Leistungsbilanzungleichgewichte für Ungewissheit.

Das sich verändernde Wettbewerbsumfeld und neue aufsichtsrechtliche Entwicklungen werden die Deutsche Bank weiterhin beeinflussen. Die nach der Krise zu beobachtende „Flucht in Qualität“ bietet der Deutschen Bank nach ihrer Auffassung die Möglichkeit, Marktanteile zu gewinnen. Gleichzeitig ist sie sich des unsicheren aufsichtsrechtlichen Umfelds bewusst. Wie oben erwähnt, dürften insbesondere die Kapitalanforderungen steigen und die aufsichtsrechtlichen Kontrollen von Risiko- und Liquiditätsmanagementfähigkeiten verschärft werden. Das Kapital- und Risikomanagement sowie die Bilanzeffizienz dürften eine zunehmend wichtigere Rolle als Differenzierungsfaktor im Wettbewerb für die Deutsche Bank spielen. Die Deutsche Bank hat darüber hinaus ihr Vergütungsmodell überarbeitet und dabei die Richtlinien sowohl der Regierungen der G-20-Staaten wie auch von Regulierungsbehörden, einschließlich der Federal Reserve, der FSA und der BaFin, berücksichtigt.

Die erfolgreiche Umsetzung der Ziele dieser Phase ihrer Management Agenda hängt von bestimmten Faktoren hinsichtlich des Wettbewerbsumfelds ab. Darunter sind ein Ausbleiben weiterer größerer Marktverwerfungen, eine Normalisierung der Bewertung von Vermögenswerten, ein hohes einstelliges Wachstum des globalen Provisionsaufkommens, eine Stabilisierung der Margen auf höherem Niveau als vor der Krise und ein leichtes, aber positives Wachstum des globalen BIP von mindestens 2 % innerhalb der kommenden zwei Jahre zu nennen.

Nachfolgend werden die von der Deutschen Bank erwarteten Auswirkungen auf ihre Geschäftsbereiche im Einzelnen erläutert.

Corporate Banking & Securities

Die Deutsche Bank geht davon aus, dass sich das Umfeld für das Investment-Banking-Geschäft in 2010 uneinheitlich präsentieren wird. Sie erwartet, dass die Kapitalmärkte weiterhin eine höhere Liquidität und geringere Volatilität aufweisen werden als während der Krise. Trotz Unsicherheit über das Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung rechnet sie für 2010 mit einer weiteren Steigerung des Provisionsaufkommens in Corporate Finance. Die Handelsvolumina werden voraussichtlich stabil bleiben. Die Margen dürften sich auf einem höheren Niveau als vor der Finanzkrise konsolidieren, die zu Jahresbeginn 2009 beobachteten Höchstwerte allerdings nicht mehr erreichen. Die kundenbezogenen Geschäftsfelder sollten bei fortgesetzter wirtschaftlicher Erholung und zurückkehrendem Vertrauen der Anleger wachsen können. Der vorher beschriebene

Ausblick auf mögliche aufsichtsrechtliche Veränderungen, insbesondere in Bezug auf die Handelsaktivitäten, könnte sich negativ auf Risikoneigung und Erträge auswirken.

Im Bereich Sales & Trading sollten sich die Erträge im kundenbezogenen Geschäft, unter anderem mit Devisen-, Geldmarkt- und Zinsprodukten, auf einem niedrigeren Niveau einpendeln als auf dem Höhepunkt der Krise. Ursächlich hierfür sind geringere Geld-Brief-Spannen, eine verringerte Volatilität und gesunkene Volumina. Dieser Effekt dürfte allerdings durch den Wegfall von negativen Marktwertanpassungen und Verlusten auf Altbestände in 2009 sowie durch Geschäftswachstum kompensiert werden. Die Deutsche Bank erwartet hohe Erträge dank ihrer nach eigener Ansicht führenden Marktposition im kundenbezogenen Geschäft bei diesen Produkten, einer erfolgreichen Neuorientierung ihrer Handelsaktivitäten mit Kreditprodukten und Aktienderivaten hin zu liquiderem kundenbezogenem Geschäft sowie dank ihrer früheren Investitionen in das Anleihegeschäft in Schwellenländern, den Rohstoffhandel und das Aktienkassageschäft. Als Folge der Finanzkrise hat die Deutsche Bank den designierten Eigenhandel mit Kreditprodukten eingestellt und den mit Aktien erheblich reduziert. Daher erwartet die Deutsche Bank, auch wenn die Auswirkungen aufsichtsrechtlicher Anforderungen an den Eigenhandel noch nicht bekannt sind, dass eventuelle Beschränkungen des Eigenhandels keine wesentlichen Auswirkungen auf ihre Erträge im Bereich Sales & Trading in 2010 haben werden.

Mit zunehmender wirtschaftlicher Erholung dürfte sich auch das Umfeld für Unternehmensfinanzierungen stabilisieren. Der Anstieg des Provisionsaufkommens wird von höheren Volumina bei den Aktienemissionen angeführt, da Unternehmen weiter ihre Bilanzen umbauen und über Börsengänge neues Kapital aufnehmen beziehungsweise, im Fall von Finanzinstituten, auf aufsichtsrechtliche Veränderungen reagieren. Generell dürfte die Nachfrage nach Rekapitalisierungshilfen und Restrukturierungsberatung hoch bleiben. Auf den Anleihemärkten sollten die Volumina sowohl bei Investment-Grade- als auch bei High-Yield-Anleihen voraussichtlich zumindest in der ersten Jahreshälfte 2010 stabil bleiben, da die Emittenten ein weiterhin niedriges Zinsniveau und verbesserte Margen nutzen. M&A-Aktivitäten befinden sich angesichts der Neuausrichtung von Unternehmen nach der Krise noch im frühen Stadium einer zyklischen Erholung; die Volumina werden sich voraussichtlich aber gegenüber 2009 erhöhen. Die Aktivitäten im Geschäft mit gewerblichen Immobilien dürften hinter dem übrigen Markt zurückbleiben, sollten mit einer zunehmenden Stabilisierung und Verbesserung der Bewertungen jedoch wieder anziehen.

Global Transaction Banking

Der Ausblick für das Transaction Banking wird 2010 voraussichtlich durch negative wie positive Faktoren beeinflusst. Das extrem niedrige Zinsniveau, das die Märkte in 2009 geprägt hatte, dürfte die Zinserträge auch mittelfristig weiter belasten, während eine vergleichsweise langsame wirtschaftliche Erholung im Euroraum und auf anderen wichtigen Märkten die Wachstumschancen im Bereich Trade Finance möglicherweise einschränken könnte. Eine Abschwächung des Euro könnte dem Transaction Banking zugutekommen, da Exporte aus der Eurozone angekurbelt würden. Die Wachstumsdynamik in Asien, die Stabilisierung der US-amerikanischen Wirtschaft und eine mögliche Erhöhung der Zinsen in den USA würden den Ausblick für die Erträge positiv beeinflussen.

Das beschriebene schwierige Marktumfeld dürfte sich ebenfalls auf den Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) auswirken. Dank des anhaltenden profitablen Wachstums und der Ausweitung der Kundenbasis in den vergangenen Jahren sowie der führenden Position des Bereichs in wichtigen Märkten ist GTB nach Ansicht der Deutschen Bank gut aufgestellt, um auch unter schwierigen Marktbedingungen neue Kunden zu gewinnen. Darüber hinaus ist der Bereich gut positioniert, um von einer Expansion in neue Märkte und einer stärkeren Durchdringung des Kundenstamms in bestehenden Kernmärkten zu profitieren. Die Deutsche Bank erwartet, dass die Anfang April 2010 abgeschlossene Übernahme von Teilen des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in den Niederlanden die Position von GTB in Europa weiter stärken wird, da der Bereich seine Kundenbetreuung intensivieren und komplementäre Produkte anbieten kann. Zusätzlich kann GTB zu kleineren mittelständischen Unternehmen vordringen und auf bestehende Technologien zurückgreifen, um seine Angebotspalette auszuweiten. Auch die Entwicklungen im Produktangebot von GTB wie beispielsweise Supply Chain Finance und „FX4Cash“ (eine Plattform für den währungsübergreifenden Massen-zahlungsverkehr) wirken sich positiv auf den Ausblick aus.

Asset and Wealth Management

Der Ausblick für das Vermögensverwaltungsgeschäft wird 2010 voraussichtlich durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die einsetzende Erholung der Aktienmärkte im Jahresverlauf 2009 und das 2010 wiederkehrende weltweite Wirtschaftswachstum dürften zu einer Zunahme der Erträge aus erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen beitragen. Das Bestreben der Marktteilnehmer, die Verluste der vergangenen Jahre wieder wettzumachen, dürfte das Anlegerinteresse an Multi-Asset-Produkten, alternativen Anlagen und Aktienprodukten stimulieren. Ferner sollten die ersten Anzeichen einer umfassenden Erholung des Immobilienmarkts die Aussichten für alternative Anlagen verbessern. Langfristige Trends, einschließlich der Verschiebung von der Abhängigkeit von staatlichen Rentenversicherungssystemen hin zu privat finanzierter Altersvorsorge, der demografische Wandel in den entwickelten Volkswirtschaften und der steigende Wohlstand in

Schwellenländern werden sich ebenfalls positiv auf die Erträge auswirken und neue Möglichkeiten für Vermögensanlagen schaffen. Allerdings könnten die Erträge kurzfristig unter Druck geraten, falls die Märkte wieder volatil werden oder die Flucht der Kunden in liquide Mittel oder einfachere Produkte mit niedrigen Provisionserträgen anhält.

Die Deutsche Bank ist der Auffassung, dass ihr Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) auch weiterhin ein führender und gut diversifizierter Dienstleister mit globaler Präsenz ist, der dank seiner starken Position von den genannten Marktindikatoren profitieren sollte. Der Geschäftsbereich Asset Management (AM) hat mit seiner 2008 begonnenen und 2009 fortgesetzten Restrukturierung der Geschäftsplattform sowie seinen Bemühungen um Kosteneffizienz und Umsatzrentabilität seine Fähigkeit gestärkt, die verbesserte Kapitalmarktlage und das Wirtschaftswachstum zu nutzen und das Risiko von Schwankungen an den Märkten beziehungsweise eines verstärkten Anlegerinteresses an Rentenfonds und anderen Produkten mit niedrigen Provisionserträgen aufzufangen. Darüber hinaus ist der Geschäftsbereich AM gut aufgestellt, um von den vorgenannten langfristigen Branchentrends profitieren zu können.

Im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) könnten die Invested Assets mit einer Markterholung, einer Zunahme der Nettomittelzuflüsse in Asien und einem weiteren Anstieg des Marktanteils in den USA wachsen. Auch im Fall einer Schwankungen unterworfenen Markterholung und bei zeitweise rückläufigen Entwicklungen könnten die Erträge von einer kurzfristigen Zunahme der Kundentransaktionen profitieren.

Der jüngste Trend im Kundenverhalten hin zu einfacheren Produkten mit niedrigeren Provisionserträgen und zu Produkten mit Kapitalgarantien wird sich im Zeitverlauf voraussichtlich umkehren. Gleichzeitig dürfte die Einführung des dynamischen Vermögensallokationsmodells von PWM zu einer Verlagerung hin zu Vermögensverwaltungsmandaten führen. Anlagethemen wie Rohstoffe und die wachsende Nachfrage der Anleger nach alternativen Investments dürften die Bewertung globaler Vermögenswerte stützen. Obwohl diese Entwicklungen PWM gute Chancen bieten, seine Bruttomargen im Verlauf des Jahres 2010 und darüber hinaus zu verbessern, dürfte auf den Onshore-Märkten und in den etablierten Marktregionen der Druck auf die Bruttomargen weiter anhalten. Die 2009 eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung und Produktivitätssteigerung sollten zu einer Verbesserung der Aufwand-Ertrag-Relation führen. Der Abschluss des Erwerbs von Sal. Oppenheim im ersten Quartal 2010 und die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Integration dieses Geschäfts könnten die Deutsche Bank kurzfristig beeinflussen.

PWM sollte eine Diversifizierung seiner Ertragsquellen durch anhaltende Fokussierung auf das Segment der sehr vermögenden Kunden sowie die Bereitstellung erstklassiger Dienstleistungen über integrierte Produktplattformen und -angebote mit dem Unternehmensbereich CIB für bestehende und neue Kundenbeziehungen erreichen. Änderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds für Banken und die Unsicherheiten in Bezug auf Offshore-Banking-Modelle könnten in Anbetracht der jüngsten politischen Diskussionen die Geschäftsaussichten von PWM beeinträchtigen.

Private & Business Clients

Das Produkt- und Leistungsangebot der Deutschen Bank im Privat- und Firmenkundengeschäft basiert auf einem soliden Geschäftsmodell mit einer führenden Stellung auf dem Heimatmarkt Deutschland, einer guten Positionierung auf anderen wichtigen europäischen Märkten und Wachstumsoptionen in den asiatischen Kernmärkten. Die Deutsche Bank beabsichtigt, dank der hervorragenden Angebotspalette im Beratungsgeschäft durch Kundenakquisition, eine Stärkung ihres Vertriebs durch Einstellung hoch qualifizierter Mitarbeiter und eine gezielte Erweiterung ihres Geschäftsstellennetzes in Deutschland Marktanteile zu gewinnen. Ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Postbank eröffnet ihr weitere Möglichkeiten, sich als führender Anbieter in Deutschland zu positionieren und zu führenden europäischen Geschäftsbanken aufzuschließen.

Das profitable europäische Geschäft von PBC will die Deutsche Bank mittels ihrer Stärke im Beratungsgeschäft auf vermögende Kunden in wohlhabenden Regionen ausrichten. Die Erweiterung ihres Filialnetzes in Indien und die Erhöhung ihrer Beteiligung an der Hua Xia Bank in China wird die Chancen auf starkes Wachstum in Asien noch verbessern.

PBC wird weiterhin mit Unsicherheiten in seinem Geschäftsumfeld rechnen müssen, insbesondere in Bezug auf die Entwicklung bei Anlageprodukten. So blieben die Kundenaktivitäten in 2009 trotz steigender Aktienindizes niedrig. Unter makroökonomischen Gesichtspunkten könnten sich eine Zunahme der Insolvenzen und steigende Arbeitslosenquoten trotz der 2009 eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau von Risiken auf die Risikovorsorge im Kreditgeschäft negativ auswirken. Anhaltend niedrige Zinsen könnten die Erträge in PBC ebenfalls weiterhin beeinträchtigen.

Die Kostenbasis von PBC dürfte von den Effizienzmaßnahmen im Rahmen des von PBC bekannt gegebenen Wachstums- und Effizienzprogramms, das 2010 abgeschlossen wird, sowie von den Abfindungszahlungen, die merklich geringer als in 2009 ausfallen dürften, profitieren. Darüber hinaus erwartet die Deutsche Bank positive Auswirkungen aus ihrer Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Postbank, die unter anderem eine Zusammenarbeit im IT-Bereich sowie beim Einkauf und der Vermarktung von komplementären Produkten vorsieht.

AUSGEWÄHLTE UNTERNEHMENS- UND FINANZDATEN

Die nachfolgenden Tabellen fassen ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten des Deutsche Bank-Konzerns für die zum 31. März 2010 bzw. 31. März 2009 endenden Dreimonatszeiträume sowie die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 zusammen. Die Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlustrechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für den zum 31. März 2010 endenden Dreimonatszeitraum (und die Vergleichszahlen für die Vorjahresperiode) sowie die Daten der Konzernbilanz zum 31. März 2010 wurden dem nach IFRS erstellten verkürzten Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank für das zum 31. März 2010 endende Quartal (mit Vergleichszahlen für das zum 31. März 2009 endende Quartal) entnommen. Die Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 sowie die Daten der Konzernbilanz für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 wurden den nach IFRS erstellten Konzernabschlüssen der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 (mit Vergleichszahlen für die Vorjahre) entnommen. Die Daten der Konzernbilanz für das Geschäftsjahr 2007 wurden dem nach IFRS erstellten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 (mit Vorjahresvergleichszahlen) entnommen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss für den Dreimonatszeitraum zum 31. März 2010 wurde von KPMG einer prüferischen Durchsicht unterzogen und mit einer Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht versehen. Die Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 wurden von KPMG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Angaben zu den Eigenmitteln und den Kapitalquoten beruhen für das zum 31. März 2010 endende erste Quartal auf den Anhangangaben zum vorgenannten Konzernzwischenabschluss sowie für die Jahre 2009, 2008 und 2007 auf den Erläuterungen (Notes) zu den vorgenannten geprüften Konzernabschlüssen, sofern nicht anders angegeben.

Die nachfolgenden Tabellen sollten in Verbindung mit dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft zum 31. März 2010 sowie den Konzernabschlüssen für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 gelesen werden. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 31. März 2010 und der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009 sind im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt. Die Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 sind in Form eines Verweises in dieses Registrierungsformular einbezogen, siehe „Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises“.

Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio € (außer Angaben je Aktie)	1. Quartal zum 31. März		Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2010	2009	2009	2008	2007
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(geprüft)</i>		
Zinsen und ähnliche Erträge	6.541	8.799	26.953	54.549	64.675
Zinsaufwendungen	2.870	4.956	14.494	42.096	55.826
Zinsüberschuss	3.671	3.843	12.459	12.453	8.849
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	262	526	2.630	1.076	612
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.409	3.317	9.829	11.377	8.237
Provisionsüberschuss	2.461	2.179	8.911	9.741	12.282
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	2.579	2.264	7.109	-9.992	7.175
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	27	-504	-403	666	793
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen	172	-187	59	46	353
Sonstige Erträge	89	-357	-183	699	1.377
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	5.328	3.395	15.493	1.160	21.980
Personalaufwand	3.575	2.976	11.310	9.606	13.122
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	2.200	1.983	8.402	8.339	8.038
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	140	-62	542	-252	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	-	-134	585	128
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-13
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.944	4.897	20.120	18.278	21.468
Ergebnis vor Steuern	2.793	1.815	5.202	-5.741	8.749
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	1.016	633	244	-1.845	2.239
Periodenüberschuss/-fehlbetrag (-)	1.777	1.182	4.958	-3.896	6.510
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis ⁽¹⁾	15	-3	-15	-61	36
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.762	1.185	4.973	-3.835	6.474
Ergebnis je Aktie (basic) (in €) ⁽²⁾	2,77	1,97	7,92	-7,61	13,65
Ergebnis je Aktie (verwässert) (in €) ⁽²⁾	2,66	1,92	7,59	-7,61	13,05

- 1 Diese Position wurde bis 31. Dezember 2009 als „Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis“ ausgewiesen.
- 2 Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtszeitraum ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen. Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Daten der Konzernbilanz

in Mio €	31. März	31. Dezember		
	2010	2009	2008	2007
	(prüferisch durchgesehen)		(geprüft)	
Aktiva:				
Barreserve	10.010	9.346	9.826	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	59.985	47.233	64.739	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.757	6.820	9.267	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen	48.760	43.509	35.022	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.034.166	965.320	1.623.811	1.378.011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	26.726	18.819	24.835	42.294
Nach der Equity Methode bilanzierte Beteiligungen . . .	8.011	7.788	2.242	3.366
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	266.835	258.105	269.281	198.892
Sachanlagen	3.226	2.777	3.712	2.409
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	11.627	10.169	9.877	9.383
Sonstige Aktiva	181.585	121.538	137.829	183.638
Ertragsteuerforderungen	9.754	9.240	11.982	7.205
Summe der Aktiva	1.670.442	1.500.664	2.202.423	1.925.003
Passiva:				
Einlagen	366.040	344.220	395.553	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	47.714	45.495	87.117	178.741
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	8.350	5.564	3.216	9.565
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen . .	799.946	722.274	1.333.765	870.085
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	43.993	42.897	39.115	53.410
Sonstige Passiva	203.418	154.281	160.598	171.444
Rückstellungen	1.724	1.307	1.418	1.295
Ertragsteuerverbindlichkeiten	4.595	4.298	6.138	6.601
Langfristige Verbindlichkeiten	143.687	131.782	133.856	126.703
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	10.737	10.577	9.729	6.345
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	54	–	4	3.553
Summe der Verbindlichkeiten	1.630.258	1.462.695	2.170.509	1.885.688
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert € 2,56	1.589	1.589	1.461	1.358
Kapitalrücklage	14.744	14.830	14.961	15.808
Gewinnrücklagen	25.749	24.056	20.074	26.051
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	–107	–48	–939	–2.819
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–54	–	–3	–3.552
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern	–2.803	–3.780	–4.851	1.047
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	39.118	36.647	30.703	37.893
Minderheitsanteile	1.066	1.322	1.211	1.422
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	40.184	37.969	31.914	39.315
Summe der Passiva	1.670.442	1.500.664	2.202.423	1.925.003

Daten der Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	1. Quartal zum 31. März		Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2010	2009	2009	2008	2007
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(geprüft)</i>		
Gewinn/Verlust (–)	1.777	1.182	4.958	–3.896	6.510
Gewinn/Verlust (–), bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	2.829	2.634	8.229	–3.083	5.657
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	9.308	–23.535	–13.786	37.117	16.790
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	981	–2.380	401	–769	–4.388
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	–1.122	–353	–1.020	3.220	–3.369
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	769	1.766	690	–402	–289
Insgesamt	61.485	40.762	51.549	65.264	26.098

Eigenmittel und Kapitalquoten des Konzerns

	31. März 2010	31. Dezember		
	<i>(prüferisch durchgesehen, sofern nicht anders angegeben)</i>	2009	2008	2007
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>			
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) ⁽¹⁾	18,6%	14,6%	–11,1%	17,9%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) ⁽¹⁾	29,3%	15,3%	–16,5%	24,1%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽¹⁾⁽²⁾	29,5%	15,1%	–17,7%	29,0%
Aufwand-Ertrag-Relation ⁽¹⁾⁽³⁾	66,0%	72,0%	134,3%	69,6%
Bilanzsumme (in Mrd €)	1.670	1.501	2.202	1.925
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (in Mrd €)	39,1	36,6	30,7	37,9
Tier-1 Kapitalquote ⁽⁴⁾	11,2%	12,6%	10,1%	8,6%

- 1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010 bzw. Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.
- 2 Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnet die Deutsche Bank eine bereinigte Kennziffer für ihre Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnet die Deutsche Bank als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die die Deutsche Bank das durchschnittliche Eigenkapital (1. Quartal 2010: 37.914 Mio €; 2009: 34.016 Mio €; 2008: 34.442 Mio €; 2007: 36.134 Mio €) bereinigt, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und die durchschnittliche Fair-Value-Anpassung von Cash Flow Hedges, beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (1. Quartal 2010: 210 Mio €; 2009: minus 884 Mio €; 2008: 619 Mio €; 2007: 3.841 Mio €) sowie die durchschnittliche jährliche Dividende, die unterjährig abgegrenzt und im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung gezahlt wird (1. Quartal 2010: 524 Mio €; 2009: 287 Mio €; 2008: 1.743 Mio €; 2007: 2.200 Mio €).
- 3 Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.
- 4 Die für 2010, 2009 und 2008 gezeigte Tier-1 Kapitalquote basiert auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss in 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz (KWG) und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Quote für 2007 basiert auf dem Basel I-Standard. Die Basel II Tier-1 Kapitalquoten enthalten keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Informationen zur Aktie der Gesellschaft

in € je Aktie	1. Quartal	Geschäftsjahr zum		
	zum	31. Dezember		
	31. März 2010	2009	2008	2007
Börsenkurs (XETRA):				
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	57,03	49,42	27,83	89,40
Aktienkurs höchst	59,11	58,29	89,80	118,51
Aktienkurs tiefst	42,31	15,38	18,59	81,33

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010, Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die folgende Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Deutsche Bank-Konzerns enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf Annahmen bezüglich der zukünftigen Geschäftsentwicklung beruhen. Die Ergebnisse des Deutsche Bank-Konzerns könnten von den in den zukunftsgerichteten Aussagen enthaltenen Erwartungen erheblich abweichen, siehe „Allgemeine Angaben — Zukunftsgerichtete Aussagen, Angaben von Seiten Dritter“. Die Darstellung ist im Zusammenhang mit dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank für das zum 31. März 2010 endende erste Quartal und den Konzernabschlüssen der Deutschen Bank für die Jahre 2009 und 2008 und den jeweils dazugehörigen Erläuterungen zu lesen.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss für das zum 31. März 2010 endende erste Quartal wurde in Übereinstimmung mit IFRS erstellt, von KPMG einer prüferischen Durchsicht unterzogen und mit einer Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht versehen. Die Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 wurden jeweils in Übereinstimmung mit IFRS erstellt, von KPMG geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss für das erste Quartal zum 31. März 2010 und der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009 sind im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt. Die Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 sind durch Verweis in dieses Registrierungsformular einbezogen, siehe „Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises“.

Ertragslage

Vergleich der jeweils zum 31. März endenden ersten Quartale 2010 und 2009

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 31. März 2010 zu sehen, der im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars enthalten ist.

Überblick

Ein Vergleich zwischen dem ersten Quartal zum 31. März 2010 und dem Vorjahresquartal zum 31. März 2009 ist wegen mehrerer Faktoren nur eingeschränkt möglich. Das erste Quartal 2009 enthielt materielle negative Marktwertanpassungen und Abschreibungen, die sich nicht wiederholten, und das erste Quartal 2010 enthielt drei spezifische Komponenten, die es im Vorjahresquartal nicht gab. Erstens wurde im ersten Quartal 2010 die Sal. Oppenheim Gruppe („Sal. Oppenheim“) erstmals konsolidiert. In Asset and Wealth Management, hauptsächlich in Private Wealth Management, führte die Einbeziehung von Sal. Oppenheim zu zusätzlichen Erträgen von 79 Mio €, zusätzlichen zinsunabhängigen Aufwendungen von 134 Mio € und somit zu einem negativen Gesamteffekt von 58 Mio € im Bereichsergebnis. Zudem enthält das Ergebnis von Corporate Investments Erträge der im Zusammenhang mit dem Kauf von Sal. Oppenheim erworbenen BHF-Bank AG in Höhe von 68 Mio €. Zweitens enthielt das erste Quartal 2010 rund 350 Mio € höhere Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungen. Dieser Betrag enthielt 298 Mio € aus der vorzeitigen Erfassung von Aufwendungen für Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung im Februar 2010 aufgrund der für sie geltenden Planbedingungen unverfallbar waren. Die Zusagen, die im ersten Quartal 2009 begeben wurden, beinhalteten keine vergleichbare Regelung. Von den 298 Mio € entfielen 230 Mio € auf Corporate Banking & Securities, 41 Mio € auf Asset and Wealth Management, 20 Mio € auf Global Transaction Banking und 8 Mio € auf Private & Business Clients. Drittens fiel aufgrund der Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungen im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities eine dem ersten Quartal 2010 zuzurechnende Bonussteuer für Banken in Großbritannien in Höhe von 120 Mio € an.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Deutsche Bank-Konzerns für die Dreimonatszeiträume zum 31. März 2010 und 2009 auf Basis des Konzernzwischenabschlusses der Deutschen Bank für das erste Quartal 2010.

In Mio. €	1. Quartal		Veränderungen	
	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Zinsüberschuss	3.671	3.843	-172	-4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	262	526	-264	-50
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.409	3.317	92	3
Provisionsüberschuss	2.461	2.179	282	13
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen	2.579	2.264	315	14
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	27	-504	531	N/A
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	172	-187	359	N/A
Sonstige Erträge	89	-357	446	N/A
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	5.328	3.395	1.933	57
Summe Erträge insgesamt	8.999	7.238	1.761	24
Personalaufwand	3.575	2.976	599	20
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	2.200	1.983	217	11
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	140	-62	202	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	-	29	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.944	4.897	1.047	21
Ergebnis vor Steuern	2.793	1.815	978	54
Ertragssteueraufwand	1.016	633	383	61
Gewinn nach Steuern	1.777	1.182	595	50
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis ⁽¹⁾	15	-3	18	N/A
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.762	1.185	577	49

N/A – nicht aussagefähig

1 Diese Position wurde bis 31. Dezember 2009 als „Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis“ ausgewiesen.

Ertragslage des Konzerns

Die Erträge der Deutschen Bank beliefen sich im ersten Quartal 2010 auf 9,0 Mrd € und stiegen damit um 24 % gegenüber 7,2 Mrd € im Vergleichsquarter 2009. Dieses Ergebnis reflektiert starke Erträge im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities und im Vergleich zum Vorjahresquarter deutlich gesunkene negative Marktwertanpassungen und Abschreibungen. Im ersten Quartal 2010 beinhalteten die Erträge negative Marktwertanpassungen, netto, von 241 Mio €, die vornehmlich im Zusammenhang mit Monolineversicherern entstanden waren. Im Vorjahresquarter waren negative Marktwertanpassungen von 1,0 Mrd € (ebenfalls hauptsächlich für Rückstellungen gegenüber Monolineversicherern) sowie eine Abschreibung von 500 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ enthalten.

Der Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) verzeichnete Erträge von 6,6 Mrd € gegenüber 4,9 Mrd € im ersten Quartal 2009.

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) erzielte im ersten Quartal 2010 Erträge von 6,0 Mrd € nach 4,3 Mrd € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Die Erträge im Bereich Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) blieben mit 3,8 Mrd € nahezu unverändert gegenüber dem Vergleichsquarter 2009. Neben dem positiven Effekt aus gesunkenen negativen Marktwertanpassungen trug ein starkes Ergebnis im Handel mit Kreditprodukten zu höheren Erträgen im ersten Quartal 2010 bei. Diese wurden durch einen Rückgang der Erträge im Devisen-, Geldmarkt- und Zinsgeschäft infolge einer erwarteten Normalisierung des Marktumfelds weitgehend kompensiert. Sales & Trading (Equity) erzielte im ersten Quartal 2010 Erträge von 944 Mio € nach Erträgen von 215 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Die Verbesserung resultierte hauptsächlich aus dem Ausbleiben von im ersten Quartal 2009 verzeichneten Verlusten im Aktienderivategeschäft sowie aus dem verbesserten Ergebnis im klassischen Aktienhandelsgeschäft. Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich im ersten Quartal 2010 auf 563 Mio €, verglichen mit 349 Mio € im ersten Quartal des Vorjahres. Im Emissionsgeschäft (Debt) stiegen die Erträge dank höherer Volumina und des Ausbleibens negativer Marktwertanpassungen im Leveraged-Finance-Bereich um insgesamt 186 Mio €. Die Erträge aus

dem Emissionsgeschäft (Equity) stiegen um 29 %, was auf eine gegenüber dem ersten Quartal 2009 deutlich gestiegene Marktaktivität zurückzuführen war. Im Kreditgeschäft beliefen sich die Erträge im ersten Quartal 2010 auf 513 Mio € nach Erträgen von 645 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Ursache für diesen Rückgang waren in erster Linie Verluste aus der Reduzierung von Altbeständen. Bei den Sonstigen Produkten beliefen sich die Erträge im ersten Quartal 2010 auf 170 Mio € nach negativen Erträgen von 765 Mio € im ersten Quartal 2009. Die Verbesserung um 935 Mio € war hauptsächlich auf eine Abschreibung von 500 Mio € im ersten Quartal 2009 zurückzuführen, die für die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ vorgenommen werden musste. Darüber hinaus trugen positive Marktwertentwicklungen bei Investments zur Deckung von Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life, denen korrespondierende zinsunabhängige Aufwendungen gegenüberstanden, sowie Wertminderungen von bestimmten Private-Equity-Beteiligungen im ersten Quartal 2009 zu dem Anstieg bei.

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) erzielte Erträge von 636 Mio €, verglichen mit 666 Mio € im ersten Quartal 2009. Höhere Erträge im Trade-Finance-Geschäft wurden durch rückläufige Erträge im Corporate Cash Management und im Trust and Securities Services-Geschäft ausgeglichen. Der Rückgang war auf das im Vergleich zum Vorjahresquarter niedrigere Zinsniveau und auf gesunkene Transaktionsvolumina im inländischen Wertpapierverwahrungsgeschäft der Deutschen Bank zurückzuführen.

Der Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) verzeichnete im ersten Quartal 2010 Erträge von 2,2 Mrd € gegenüber 1,9 Mrd € im ersten Quartal 2009.

Im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) lagen die Erträge bei 831 Mio € und damit über dem Wert des Vorjahresquartals von 514 Mio €. In den Erträgen im ersten Quartal 2009 waren Abschreibungen in Höhe von 120 Mio € im RREEF-Geschäft enthalten. Im ersten Quartal 2010 enthielten die Erträge in AWM einen Effekt von 79 Mio € aus der erstmaligen Konsolidierung von Sal. Oppenheim zum 29. Januar 2010, da zu diesem Zeitpunkt alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen erteilt wurden. Darüber hinaus stiegen im ersten Quartal 2010 die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management sowie aus Kreditprodukten und aus dem Beratungs-/Brokeragegeschäft.

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) konnte seine Erträge im ersten Quartal 2010 um 2 % gegenüber dem ersten Quartal 2009 auf 1,4 Mrd € steigern. Ursächlich für diesen Anstieg waren höhere Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management und dem Einlagengeschäft, die jedoch durch gesunkene Erträge aus Sonstigen Produkten teilweise ausgeglichen wurden.

Der Konzernbereich Corporate Investments (CI) verzeichnete im ersten Quartal 2010 Erträge von 220 Mio € gegenüber 153 Mio € im ersten Quartal 2009. Die Erträge im ersten Quartal 2010 beinhalteten 148 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG sowie 68 Mio € in Verbindung mit der BHF-Bank AG, die im Rahmen der Sal. Oppenheim-Transaktion erworben wurde.

Im Bereich Consolidation & Adjustments (C&A) wurden im ersten Quartal 2010 negative Erträge in Höhe von 93 Mio € gegenüber positiven Erträgen von 267 Mio € im ersten Quartal 2009 erzielt. Im Vorjahr waren hier materielle Effekte aus unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und der Anwendung von IFRS für ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen entstanden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Quartal 2010 auf 262 Mio € gegenüber 526 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. CIB wies im ersten Quartal 2010 eine Nettozuführung von 90 Mio € gegenüber einer Nettozuführung von 357 Mio € im Vorjahresquarter aus. Die Gründe für diesen Rückgang waren eine niedrigere Risikovorsorge für Aktiva, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden, sowie verbesserte Bedingungen im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in PCAM belief sich im ersten Quartal 2010 auf 173 Mio € gegenüber 169 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf geringere Kreditausfälle in Spanien zurückzuführen. Darüber hinaus enthielt das erste Quartal 2009 einen positiven Effekt von 60 Mio € aufgrund einer einmaligen Auflösung von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit überarbeiteten Modellannahmen. Diese führten außerdem im ersten Quartal 2010 zu einer um 28 Mio € niedrigeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen im ersten Quartal 2010 5,9 Mrd € nach 4,9 Mrd € im Vorjahresquarter. Der Personalaufwand belief sich auf 3,6 Mrd €, verglichen mit 3,0 Mrd € im Vorjahresquarter. Darin enthalten sind um rund 350 Mio € höhere Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungen. Diese beinhalten insbesondere den Effekt aus der beschleunigten Erfassung von Aufwendungen im ersten Quartal 2010. Zudem fielen im ersten Quartal 2010 Aufwendungen von 120 Mio € im Zusammenhang mit der Bonussteuer für Banken in Großbritannien an. Beide Komponenten beziehen sich auf Zusagen für aufgeschobene Vergütungen, die während des ersten Quartals 2010 begeben wurden. Die vorgenannte Einbeziehung von Sal. Oppenheim erhöhte den Personalaufwand um 90 Mio €. Die Personalaufwandsquote lag bei 40 % nach 41 % im Vergleichsquarter des Vorjahres. Der Sach- und sonstige Aufwand belief sich auf 2,2 Mrd € gegenüber 2,0 Mrd € im ersten Quartal 2009. Im ersten Quartal 2010 enthielt der Sach- und sonstige Aufwand höhere Aufwendungen für IT und für Beratungsleistungen sowie 95 Mio € im Zusammenhang mit Sal. Oppenheim. In den sonstigen Sachaufwendungen sind im ersten Quartal 2010 140 Mio € für Leistungen im Versicherungsgeschäft und eine Abschreibung von 29 Mio € auf immaterielle Vermögenswerte enthalten.

Der Gewinn vor Steuern betrug im ersten Quartal 2010 2,8 Mrd € im Vergleich zu 1,8 Mrd € im Vorjahresquartal. Die Aufwand-Ertrag-Relation lag im ersten Quartal 2010 bei 66 % nach 68 % im ersten Quartal 2009.

Die Deutsche Bank erzielte im ersten Quartal 2010 einen Gewinn nach Steuern in Höhe von 1,8 Mrd €, verglichen mit einem Gewinn nach Steuern in Höhe von 1,2 Mrd € im ersten Quartal 2009. Die effektive Steuerquote betrug im ersten Quartal 2010 36,4 % (Vorjahresquartal: 34,9 %). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die geografische Verteilung des Konzernergebnisses sowie auf den steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwand für die Bonussteuer in Großbritannien zurückzuführen. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) stieg von 1,92 € im ersten Quartal 2009 auf 2,66 € im ersten Quartal 2010.

Segmentüberblick

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Konzernbereiche der Deutschen Bank dargestellt. Die Segmentberichterstattung der Deutschen Bank folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Weitere Informationen zur Segmentberichterstattung und zur Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten sind in den Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 31. März 2010 unter „Segmentberichterstattung“ enthalten, die im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt sind.

Es gab in den ersten drei Monaten 2010 keine wesentlichen organisatorischen Änderungen mit Wirkung auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden auch für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, falls diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Im ersten Quartal 2010 wurden die Ertragskomponenten überprüft. Daraufhin wurde in CIB die Zuordnung von bestimmten Ertragskomponenten zu den Produktkategorien angepasst. In PCAM kam es zu einer Anpassung der Produktklassifizierung. Diese Anpassungen werden in den im Abschnitt „Finanzteil“ abgedruckten Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 31. März 2010 unter „Segmentberichterstattung“ näher erläutert.

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernzwischenabschluss nach IFRS für das erste Quartal 2010 und 2009.

1. Quartal 2010

(prüferisch durchgesehen)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	5.992	636	6.628	831	1.412	2.244	220	-93	8.999
Risikovorlage im Kreditgeschäft	93	-4	90	3	170	173	0	-0	262
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.295	520	3.816	832	1.053	1.885	156	87	5.944
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	140	-	140	0	-	0	-	-	140
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	29	-	-	-	-	-	29
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	14	-	14	1	0	1	-1	-15	-
Ergebnis vor Steuern	2.589	119	2.708	-5	189	184	65	-165	2.793
Aufwand-Ertrag-Relation	55%	82%	58%	100%	75%	84%	71%	N/A	66%
Aktiva ¹	1.442.197	57.377	1.483.087	57.028	129.831	186.830	43.802	10.624	1.670.442
Durchschnittliches Active Equity ²	14.914	1.277	16.191	5.754	3.400	9.154	5.264	6.992	37.601
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ³	69%	37%	67%	-0%	22%	8%	5%	N/A	30%

N/A — nicht aussagefähig

- Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im Abschnitt „Finanzteil“ dieses

Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 29 %.

1. Quartal 2009

(prüferisch durchgesehen)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	4.255	666	4.922	514	1.381	1.896	153	267	7.238¹
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	356	1	357	5	165	169	-0	-0	526
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.581	438	3.019	687	1.010	1.697	89	91	4.897
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-64	-	-64	0	-	0	-	2	-62
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	-	1	-4	-0	-4	0	3	-
Ergebnis vor Steuern	1.318	227	1.545	-173	206	33	65	173	1.815
Aufwand-Ertrag-Relation	61%	66%	61%	134%	73%	90%	58%	N/A	68%
Aktiva (zum 31.12.2009) ²	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ³	20.328	1.163	21.491	4.715	3.681	8.395	2.913	347	33.146
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durch- schnittlichen Active Equity) ⁴	26%	78%	29%	-15%	22%	2%	9%	N/A	22%

N/A — nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen, welche für die Berechnung der Zielgrößendefinitionen unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 23 %.

Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB)

in Mio €	1. Quartal		Veränderung	
	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Erträge insgesamt	6.628	4.922	1.706	35
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	90	357	-267	-75
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.816	3.019	797	26
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	14	1	13	N/A
Ergebnis vor Steuern	2.708	1.545	1.164	75

N/A – nicht aussagefähig

in Mio €	1. Quartal		Veränderung	
	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Erträge insgesamt	5.992	4.255	1.736	41
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93	356	-262	-74
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.295	2.581	714	28
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	14	1	13	N/A
Ergebnis vor Steuern	2.589	1.318	1.271	96

N/A – nicht aussagefähig

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) waren mit 3,8 Mrd € im ersten Quartal 2010 im Vergleich zum ersten Quartal 2009 nahezu unverändert. Im ersten Quartal 2010 beliefen sich die negativen Marktwertanpassungen auf 255 Mio € gegenüber 980 Mio € im Vorjahreszeitraum (beide Werte waren hauptsächlich auf Vorsorgen für Monolineversicherer zurückzuführen). Im Handel mit Kreditprodukten wurden im ersten Quartal 2010 Rekordergebnisse erzielt, die die Stärke des kundenbezogenen Geschäfts über alle Regionen hinweg sowie das Ausbleiben von Verlusten aus Altbeständen widerspiegeln. Diesen Faktoren standen erwartungsgemäß geringere Erträge im Devisen-, Geldmarkt- und Zinsgeschäft infolge einer niedrigeren Volatilität und engerer Geld-Brief-Spannen gegenüber. Im Geschäft in Schwellenländern und mit Rohstoffen wurden solide Erträge erzielt.

Sales & Trading (Equity) erwirtschaftete im ersten Quartal 2010 Erträge von 944 Mio €, was einem Anstieg von 729 Mio € gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres entsprach. Der Aktienhandel profitierte trotz rückläufiger Volumina am Primärmarkt von einem soliden Niveau bei Provisionen. Prime Finance erwirtschaftete gute Ergebnisse in einem zunehmend wettbewerbsintensiven Umfeld. Der vorgenannte Anstieg der Erträge spiegelt teilweise das Ausbleiben von Verlusten im Aktienderivategeschäft wider, die im ersten Quartal 2009 verzeichnet wurden. Die Erträge im Aktieneigenhandel waren positiv, wobei das Geschäft mit reduzierten Risiken geführt wird.

Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich im ersten Quartal 2010 auf 563 Mio €, was einer Steigerung um 214 Mio € gegenüber dem ersten Quartal 2009 entspricht. Die Erträge in Debt Origination stiegen im ersten Quartal 2010 signifikant um 186 Mio € auf 316 Mio €. Im Bereich Investment-Grade-Anleihen verbesserte die Deutsche Bank ihre Ranglistenposition auf Platz fünf weltweit. Bei All Bonds, in Euro begeben, erzielte die Deutsche Bank, gemessen am Geschäftsvolumen, Platz eins und in den Ranglisten für All International Bonds behauptete sie ihren dritten Platz. Die Erträge aus dem Emissionsgeschäft (Equity) stiegen um 26 Mio € (29 %), was auf die gegenüber dem Vorjahresquartal deutlich gestiegenen Marktaktivitäten zurückzuführen war. Die Erträge im Beratungsgeschäft blieben aufgrund ähnlich niedriger Marktaktivitäten wie im Vergleichsquartal des Vorjahres unverändert. In diesem Marktumfeld steigerte die Deutsche Bank ihren Marktanteil im M&A-Geschäft und verbesserte ihre Ranglistenposition weltweit um drei Ränge auf Platz fünf. In Nord- und Südamerika erhöhte sie ihren Marktanteil erheblich, und sie verbesserte ihr Ranking um acht Positionen auf Platz vier (Quelle für alle Positionen und Marktanteile: Thomson Reuters, Dealogic).

Die Erträge der Deutschen Bank aus dem Kreditgeschäft betragen im ersten Quartal 2010 513 Mio € und waren damit um 131 Mio € (20 %) niedriger als im Vorjahreszeitraum. Der Rückgang war hauptsächlich auf Verluste im Zusammenhang mit dem Abbau von Altbeständen zurückzuführen. Zusätzlich wurden im ersten Quartal 2010 Marktwertverluste bei zum Fair Value bewerteten Investment-Grade-Krediten und im Hedgeportfolio verzeichnet, im Vergleich zu Marktwertgewinnen im Vorjahresquartal.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten von 170 Mio € im ersten Quartal 2010 lagen um 935 Mio € über dem negativen Ergebnis von 765 Mio € im Vorjahresquartal. Diese Verbesserung war auf das Ausbleiben einer Abschreibung in Höhe von 500 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ und von Verlusten aus Private-Equity-Beteiligungen im ersten Quartal 2009 zurückzuführen. Zudem trugen höhere Marktwertgewinne bei Investments, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken, zu dem Anstieg bei. Dieser Effekt wurde durch gegenläufige Beträge in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen.

In der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde im Unternehmensbereich CB&S im ersten Quartal 2010 eine Nettozuführung von 93 Mio € gegenüber 356 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres ausgewiesen. Dieser Rückgang war teilweise auf eine um 115 Mio € niedrigere Risikovorsorge für Aktiva, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und bei denen es sich hauptsächlich um Kredite im Leveraged-Finance-Geschäft handelte, zurückzuführen. Der verbleibende Rückgang von 148 Mio € resultierte hauptsächlich aus verbesserten Bedingungen im Kreditgeschäft im ersten Quartal 2010.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Quartal 2010 mit 3,3 Mrd € um 714 Mio € (28 %) über dem Wert des Vorjahresquartals. Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus dem vorgenannten Effekt der beschleunigten Erfassung von Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungskomponenten sowie dem Aufwand für die Bonussteuer in Großbritannien und aus den bereits erwähnten Effekten im Zusammenhang mit Abbey Life.

Der Gewinn vor Steuern belief sich im ersten Quartal 2010 auf 2,6 Mrd € im Vergleich zu 1,3 Mrd € im Vorjahresquartal.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgegliedert. Für weitere Informationen siehe „—Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2009 und 2008 — Segmentergebnisse — Konzernbereich Corporate and Investment Bank — Änderungen zu IAS 39 und IFRS, „Reclassification of Financial Assets““.

Die nachfolgenden Tabellen stellen den von der Deutschen Bank ermittelten Nettoeffekt der Reklassifizierungen für den Unternehmensbereich CB&S dar. Im ersten Quartal 2010 führten die Umgliederungen zu einem entgangenen Gewinn von 406 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und zu einem entgangenen positiven Effekt von 125 Mio € in der Eigenkapitalposition „Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste“. Im ersten Quartal 2009 führten die Umgliederungen zu einem Gewinn von 1,2 Mrd € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und zu einem Gewinn von 405 Mio € in der Eigenkapitalposition „Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste“. Die hieraus resultierenden Auswirkungen auf Marktrisikopositionen sind im nachfolgenden Abschnitt „— Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ dargestellt.

	31.3.2010		1. Quartal 2010	
	Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste
	in Mrd €	in Mrd €	in Mio €	in Mio €
	<i>(ungeprüft)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18,0	16,0	-338	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9,2	8,2	4	-125
Emissions- und Beratungsgeschäft				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	5,8	5,5	-72	-
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-	-	-	-
Insgesamt	33,0	29,7	-406¹	-125
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2008	30,2	27,0	-357	-125
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2009	2,8	2,7	-49	-

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010

¹ Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S verringerte sich das Ergebnis vor Steuern um 1 Mio € in PBC.

	31.3.2009		1. Quartal 2009	
	Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste
	in Mrd € (ungeprüft)	in Mrd € (ungeprüft)	in Mio € (ungeprüft)	in Mio € (ungeprüft)
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	19,4	16,5	892	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11,2	8,7	46	519
Emissions- und Beratungsgeschäft				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	7,3	6,1	121	–
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	0,2	0,1	106 ¹	–114 ¹
Insgesamt	38,1	31,4	1.165²	405
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2008.	35,1	28,6	1.002	405
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2009.	3,0	2,8	163	–

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010

- Der negative Betrag in der Position Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste resultiert aus der Abschreibung eines finanziellen Vermögenswerts im ersten Quartal 2009. Wäre der Vermögenswert nicht umklassifiziert worden, hätte die Wertminderung zu einer Umgliederung der Veränderung des Fair Value aus der Position Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste in die Gewinn- und-Verlust-Rechnung geführt. Die Veränderung in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung resultiert aus der Anwendung unterschiedlicher Abschreibungsmodelle für Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und Forderungen aus dem Kreditgeschäft.
- Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S verringerte sich das Ergebnis vor Steuern um 1 Mio € in PBC.

Im ersten Quartal 2010 wurden umgegliederte Vermögenswerte mit einem Buchwert von 604 Mio € durch den Konzern verkauft und abgewickelt. Die Verkäufe führten zu einem Verlust von 2 Mio € und wurden aufgrund von Ereignissen durchgeführt, die zum Zeitpunkt der Umgliederung nicht vorhersehbar waren.

Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung bestimmter Risikopositionen an den Kreditmärkten in jenen CB&S-Geschäftsbereichen (einschließlich erworbener Monolineabsicherungen), für die die Deutsche Bank bereits in Vorperioden zusätzliche Risikoangaben bereitgestellt hat.

Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft, im US-amerikanischen und europäischen Hypothekenmarkt^{1,2}

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
	(ungeprüft)	
Subprime- und Alt-A-Risikopositionen im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft:		
CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand) ³	286	317
CDO-Subprime-Risikopositionen (zur Veräußerung verfügbar bilanziert)	32	34
CDO-Alt-A-Risikopositionen (Handelsbestand)	24	22
Hypothekenmarkt (Handelspositionen):		
Sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt ^{4,5}	832	1.301
Risikopositionen im europäischen Hypothekenmarkt ⁶	172	179

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010

- Die Darstellung bezieht sich auf wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten, die erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden.
- In den Risikopositionen sind Hedges und sonstige Absicherungsgeschäfte berücksichtigt. Die Risikopositionen stellen den möglichen Verlust für den Fall dar, in dem die Wertpapiere und die entsprechenden Hedges komplett ausfallen, und unter der Annahme, dass keine Verwertungsgewinne erzielt werden können. Handelsaktiva oder zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte, die aufgrund der Änderungen von IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, sind nicht

enthalten. Der Buchwert dieser Risikopositionen belief sich zum 31. März 2010 auf 1,9 Mrd € (davon entfielen 1,1 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 374 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 449 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)). Der Vergleichswert zum 31. Dezember 2009 betrug 1,9 Mrd € (davon entfielen 1,1 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 370 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 432 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)).

- 3 Als Subprime klassifiziert, wenn 50 % oder mehr der jeweils zugrunde liegenden Sicherheit Wohnungsbaukredite darstellen.
- 4 Die Auswertung enthält weder verbrieft Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten noch Kredite, die grundsätzlich zum Ankauf durch solche Institutionen qualifizieren, da die Deutsche Bank diese als nicht kreditrisikosensitive Engagements erachtet. Auch tilgungsfreie und inverse tilgungsfreie Positionen, die negativ mit der Verschlechterung der Marktsituation korrelieren, sind aufgrund des Effekts eines reduzierten Anteils vorzeitiger Tilgungen auf die Position nicht enthalten. Durch eine niedrigere Rückzahlungsrate verlängert sich die durchschnittliche Laufzeit dieser tilgungsfreien Positionen, was wiederum zu einem höheren Wert infolge des längeren Zinszahlungszeitraums führt.
- 5 Davon zum 31. März 2010 bezogen auf Alt-A 341 Mio €, Subprime minus 46 Mio €, Sonstige 229 Mio € und Handelspositionen (netto) 308 Mio €. Zum 31. Dezember 2009 entfielen auf Alt-A 389 Mio €, Subprime 71 Mio €, Sonstige 244 Mio € und Handelspositionen (netto) 597 Mio €.
- 6 Davon Großbritannien 138 Mio €, Italien 26 Mio € und Deutschland 8 Mio € zum 31. März 2010 beziehungsweise Großbritannien 145 Mio €, Italien 26 Mio € und Deutschland 8 Mio € zum 31. Dezember 2009.

Commercial-Real-Estate-Kredite¹

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
	(ungeprüft)	
Zum Fair Value bewertete Kredite, nach Risikoabbaumaßnahmen ²	1.581	1.806
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ³	5.184	6.453
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ⁴	2.205	2.083

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010

- 1 Nicht enthalten sind das Handelsportfolio der Deutschen Bank aus Sekundärmarktpositionen in CMBS-Papieren, die aktiv gehandelt und bewertet werden, sowie Kredite, die seit Begebung unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen wurden.
- 2 Risikoabbaumaßnahmen umfassen Derivate und sonstige Transaktionen, die zum Zweck der Risikoreduzierung bei gewerblichen Krediten eingegangen wurden. Der darauf bezogene Fair Value belief sich zum 31. März 2010 auf 1,0 Mrd € (31. Dezember 2009: 1,0 Mrd €).
- 3 Buchwert zum jeweiligen Stichtag.
- 4 Buchwert der Finanzierungen zum jeweiligen Stichtag, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen. Weitere Informationen sind im Abschnitt „- Zweckgesellschaften“ enthalten.

Leveraged Finance¹

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
	(ungeprüft)	
Zum Fair Value bewertete Kredite	909	505
davon: seit 1. Januar 2008 begebene Kredite	876	385
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ²	5.808	6.152
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ³	6.072	5.804

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010

- 1 Beinhaltet Kreditzusagen; nicht enthalten sind Kredite, die vor dem 1. Januar 2007 begeben und vor den Marktverwerfungen vereinbart wurden, sowie Kredite, die seit Entstehung unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen wurden.
- 2 Buchwert zum jeweiligen Stichtag.
- 3 Buchwert der Finanzierungen zum jeweiligen Stichtag, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen. Weitere Informationen sind in dem Abschnitt „- Zweckgesellschaften“ enthalten.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite^{1,2}

in Mio €	31.3.2010			31.12.2009				
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen ³	Bewertungsanpassungen ³	Fair Value nach Bewertungsanpassungen ³	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen ³	Bewertungsanpassungen ³	Fair Value nach Bewertungsanpassungen ³
	(ungeprüft)			(ungeprüft)				
AA Monolines ⁴ :								
Sonstige Subprime	143	61	-6	55	142	70	-6	64
Alt-A	4.433	1.840	-368	1.472	4.337	1.873	-172	1.701
AA Monolines insgesamt	4.576	1.901	-374	1.527	4.479	1.943	-178	1.765

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010

- 1 Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 93 Mio € zum 31. März 2010 (31. Dezember 2009: 100 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Monolineversicherer dar.

- 2 Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.
- 3 Die Bewertungsanpassungen werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt, einschließlich potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.
- 4 Die Zuordnung zu den Ratingklassen wurde auf Basis des jeweils niedrigeren verfügbaren Ratings von Standard & Poor's, Moody's und der internen Ratings der Deutschen Bank zum 31. März 2010 beziehungsweise zum 31. Dezember 2009 vorgenommen.

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern ^{1,2}	31.3.2010				31.12.2009			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen ³	Bewertungsanpassungen ³	Fair Value nach Bewertungsanpassungen ³	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen ³	Bewertungsanpassungen ³	Fair Value nach Bewertungsanpassungen ³
in Mio €		<i>(ungeprüft)</i>				<i>(ungeprüft)</i>		
AA Monolines ⁴ :								
TPS-CLO	2.724	838	-77	761	2.717	925	-85	840
CMBS	1.064	57	-5	52	1.004	68	-6	62
Corporate Single Name/Corporate CDO	1.944	1	-	1	2.033	-3	-	-3
Studentenkredite	290	33	-3	30	232	39	-4	35
Sonstige	942	261	-24	237	902	249	-23	226
AA Monolines insgesamt	6.963	1.189	-109	1.080	6.888	1.277	-117	1.160
Nicht Investment Grade Monolines ⁴ :								
TPS-CLO	919	251	-91	160	876	274	-100	174
CMBS	5.522	790	-346	444	5.932	813	-355	458
Corporate Single Name/ Corporate CDO	2.306	21	-10	11	4.366	26	-12	14
Studentenkredite	1.294	649	-370	279	1.221	560	-319	241
Sonstige	1.800	271	-96	175	1.645	278	-102	176
Nicht Investment Grade Monolines insgesamt	11.841	1.982	-913	1.069	14.040	1.950	-887	1.063
Insgesamt	18.803	3.171	-1.022	2.149	20.928	3.227	-1.004	2.223

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010

- 1 Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 54 Mio € zum 31. März 2010 (31. Dezember 2009: 54 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Monolineversicherer dar.
- 2 Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.
- 3 Die Bewertungsanpassungen werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt, einschließlich potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.
- 4 Die Zuordnung zu den Ratingklassen wurde auf Basis des jeweils niedrigeren verfügbaren Ratings von Standard & Poor's, Moody's und der internen Ratings der Deutschen Bank zum 31. März 2010 beziehungsweise zum 31. Dezember 2009 vorgenommen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Veränderung der Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern vom 31. Dezember 2009 bis zum 31. März 2010.

Bewertungsanpassungen

in Mio €	1. Quartal 2010 <i>(ungeprüft)</i>
Bestand am Periodenanfang	1.182
Erhöhung	214
Bestand am Periodenende	1.396

Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB)

in Mio €	1. Quartal		Veränderung	
	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Erträge insgesamt	636	666	-30	-5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-4	1	-5	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	520	438	82	19
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-	-	-	N/A
Ergebnis vor Steuern	119	227	-107	-47

N/A – nicht aussagefähig

Die in GTB im ersten Quartal 2010 generierten Erträge in Höhe von 636 Mio € lagen um 30 Mio € (5 %) unter dem Wert des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Ursächlich für diesen Rückgang waren vor allem das anhaltend niedrige Zinsniveau im US-Dollar- und Eurobereich sowie niedrigere Transaktionsvolumina im inländischen Wertpapierverwahrungsgeschäft der Deutschen Bank. Im Gegensatz dazu stiegen die Erträge im Bereich Trade Finance aufgrund der höheren Nachfrage nach komplexeren Finanzierungsprodukten in Deutschland sowie Nord- und Südamerika. Das erste Quartal 2010 enthielt einen positiven Effekt von 29 Mio € aus einer Anpassung der internen Zinsrechnungssysteme der Deutschen Bank im zweiten Quartal 2009.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 520 Mio € im ersten Quartal 2010 lagen um 82 Mio € (19 %) über dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Diese Zunahme beinhaltete eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte von 29 Mio € im Zusammenhang mit dem Kundenportfolio eines erworbenen inländischen Wertpapierverwahrungsgeschäfts. Außerdem trugen höhere Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungskomponenten und höhere regulatorische Kosten, hauptsächlich für die Einlagensicherung, zu diesem Anstieg bei.

Der Gewinn vor Steuern betrug im ersten Quartal 2010 119 Mio € und lag damit um 107 Mio € (47 %) unter dem Wert des Vergleichs quartals des Vorjahres.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM)

in Mio €	1. Quartal		Veränderung	
	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Erträge insgesamt	2.244	1.896	348	18
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	173	169	3	2
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.885	1.697	188	11
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	-4	5	N/A
Ergebnis vor Steuern	184	33	151	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM)

in Mio €	1. Quartal		Veränderung	
	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Erträge insgesamt	831	514	317	62
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3	5	-2	-41
Zinsunabhängige Aufwendungen	832	687	146	21
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	-4	5	N/A
Ergebnis vor Steuern	-5	-173	168	-97

N/A – nicht aussagefähig

Im ersten Quartal 2010 beliefen sich die Erträge im Unternehmensbereich AWM auf 831 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg von 317 Mio € (62 %) gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Erträge im Kreditgeschäft erhöhten sich im ersten Quartal 2010 um 20 Mio € (35 %) gegenüber dem Vorjahresquartal auf 77 Mio €, was hauptsächlich auf gestiegene Volumina und Margen zurückzuführen war. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr sanken die Erträge infolge des Margendruckes um 3 Mio € (8 %) auf 33 Mio €. Die Erträge im Beratungs-

Brokeragegeschäft verbesserten sich um 27 Mio € (16 %) auf 197 Mio €, wovon 19 Mio € auf Sal. Oppenheim entfielen. Die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management stiegen im Geschäftsbereich Asset Management (AM) um 50 Mio € (15 %) und im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) um 32 Mio € (52 %). Diese Entwicklung resultierte aus verbesserten volumenabhängigen Provisions-einnahmen, die von einem günstigeren Marktumfeld und gestiegenen Marktwerten profitierten. Die erstmalige Konsolidierung von Sal. Oppenheim trug zusätzlich 20 Mio € zu dem Anstieg in PWM bei. Die Erträge aus Sonstigen Produkten verbesserten sich gegenüber dem ersten Quartal 2009 um 191 Mio €. Das Vorjahresquartal enthielt Abschreibungen von 120 Mio € auf RREEF-Investments in AM. Das erste Quartal 2010 beinhaltet zudem Erträge von 36 Mio € von Sal. Oppenheim in PWM.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im ersten Quartal 2010 auf 832 Mio €. Der Anstieg von 146 Mio € (21 %) gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres war in erster Linie auf die erstmalige Konsolidierung von Sal. Oppenheim in PWM sowie auf die vorgenannten Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungskomponenten in AM und PWM zurückzuführen.

AWM verzeichnete im ersten Quartal 2010 einen Verlust vor Steuern in Höhe von 5 Mio € nach einem Verlust vor Steuern in Höhe von 173 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres.

Die Invested Assets in AWM beliefen sich zum 31. März 2010 auf 808 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 122 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2009, von denen 17 Mrd € aus positiven Marktwertentwicklungen resultierten. AM verzeichnete im ersten Quartal 2010 einen Anstieg der Invested Assets um 41 Mrd € (8 %), der das günstigere Marktumfeld und Nettomittelzuflüsse von 4 Mrd € widerspiegelt. Darüber hinaus entfielen 14 Mrd € auf die Konsolidierung bestimmter AM-Aktivitäten von Sal. Oppenheim. In PWM erhöhten sich die Invested Assets um 81 Mrd €. Davon entfielen 68 Mrd € auf die erstmalige Konsolidierung von Sal. Oppenheim. Ohne Berücksichtigung der Konsolidierung von Sal. Oppenheim beliefen sich die Nettomittelzuflüsse im ersten Quartal 2010 auf 5 Mrd €.

Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC)

in Mio €	1. Quartal		Veränderung	
	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Erträge insgesamt	1.412	1.381	31	2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	170	165	5	3
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.053	1.010	42	4
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	–0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	189	206	–17	–8

N/A – nicht aussagefähig

Die Erträge in PBC lagen mit 1,4 Mrd € im ersten Quartal 2010 um 31 Mio € (2 %) über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Im Kreditgeschäft stiegen die Erträge um 9 Mio € (2 %) gegenüber dem ersten Quartal 2009. Dieser Anstieg resultierte aus höheren Kreditvolumina und wurde durch geringere Erträge aus dem Vertrieb kreditbezogener Versicherungsprodukte teilweise kompensiert. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr wuchsen die Erträge infolge höherer Einlagenmargen um 40 Mio € (10 %) gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Erträge im Beratungs-/Brokeragegeschäft verringerten sich in erster Linie aufgrund geringerer Erlöse aus dem Verkauf geschlossener Fonds um 11 Mio € (5 %). Dieser Rückgang wurde durch höhere Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management mehr als ausgeglichen, die infolge stabilerer Ertragsströme aus Vermögensverwaltungsprodukten um 51 Mio € (126 %) anstiegen. Die Erträge aus Sonstigen Produkten gingen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 59 Mio € (44 %) zurück. Diese Entwicklung war vor allem auf die Aktiv- und Passivsteuerung in PBC zurückzuführen. Das erste Quartal 2009 enthielt zudem einen Verkaufsgewinn aus einem zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg gegenüber dem ersten Quartal 2009 um 5 Mio € (3 %) auf 170 Mio € im ersten Quartal 2010. Im Vergleichsquarter des Vorjahres war ein positiver Sondereffekt von 60 Mio € aus einer einmaligen Auflösung von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit überarbeiteten Parametern und Modellannahmen enthalten. Diese führten außerdem im ersten Quartal 2010 zu einer um 28 Mio € niedrigeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Neben diesen Änderungen kam es insbesondere in Spanien zu geringeren Kreditausfällen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Quartal 2010 mit 1,1 Mrd € um 42 Mio € (4 %) über dem Wert des Vorjahresquartals. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus den vorgenannten Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungskomponenten sowie aus Aufwendungen für strategische Projekte. Dem standen Einsparungen im Zusammenhang mit den in 2009 umgesetzten Maßnahmen zur Effizienzverbesserung der Plattform der Deutschen Bank gegenüber.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im ersten Quartal 2010 auf 189 Mio € und lag damit um 17 Mio € (8 %) unter dem Ergebnis des Vorjahresquartals.

Die Invested Assets beliefen sich zum 31. März 2010 auf 197 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 3 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2009, der insbesondere auf positive Marktwertentwicklungen zurückzuführen war. Mittelzuflüssen von 2 Mrd € bei Wertpapieren standen Mittelabflüsse gegenüber, die vor allem mit Fälligkeiten von Termineinlagen im Zusammenhang standen.

Die Kundenzahl von PBC belief sich auf insgesamt 14,5 Millionen. Im Verlauf des ersten Quartals 2010 ging die Kundenzahl von PBC um rund 82.000 zurück, was insbesondere mit den vorgenannten Fälligkeiten von Termineinlagen im Zusammenhang stand.

Konzernbereich Corporate Investments (CI)

in Mio €	1. Quartal		Veränderung	
	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Erträge insgesamt	220	153	67	44
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	–0	1	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	156	89	67	75
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	–1	0	–1	N/A
Ergebnis vor Steuern	65	65	0	1

N/A – nicht aussagefähig

Die Erträge in CI beliefen sich im ersten Quartal 2010 auf 220 Mio €, was einem Anstieg von 67 Mio € gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres entspricht. Die Erträge im ersten Quartal 2010 beinhalteten 148 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG sowie 68 Mio € aus der BHF-Bank AG, die im Rahmen der Sal. Oppenheim-Transaktion erworben wurde. Im ersten Quartal 2009 beliefen sich die Erträge auf 153 Mio €. Darin enthalten waren Marktwertgewinne von 321 Mio € aus Derivaten im Zusammenhang mit dem Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG, ein Gewinn von 60 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen sowie ein Marktwertgewinn aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. Diesen Gewinnen im Vorjahresquartal standen Abschreibungen von 302 Mio € auf die Industriebeteiligungen der Deutschen Bank entgegen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Quartal 2010 mit 156 Mio € um 67 Mio € über dem Wert des Vorjahresquartals. Dieser Anstieg war vorwiegend auf die erstmalige Konsolidierung der BHF-Bank AG zurückzuführen.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im ersten Quartal 2010 auf 65 Mio € und war damit vergleichbar mit dem Ergebnis des ersten Quartals 2009.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio €	1. Quartal		Veränderung	
	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Erträge insgesamt	–93	267	–360	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–0	–0	–0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	87	91	–4	–4
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	–15	3	–18	N/A
Ergebnis vor Steuern	–165	173	–337	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Im ersten Quartal 2010 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 165 Mio € gegenüber einem Gewinn vor Steuern von 173 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf unterschiedliche Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und IFRS zurückzuführen. Im Vergleichsquarter des Vorjahres waren Eurozinssätze deutlich zurückgegangen, was zu einem Gewinn bei ökonomisch abgesicherten kurzfristigen Positionen führte, der teilweise durch die Umkehrung von Gewinnen aus solchen Positionen aus Vorperioden ausgeglichen wurde. Im ersten Quartal 2010 ergab sich ein geringer Verlust aus der Umkehrung solcher Gewinne aus Vorperioden.

Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2009 und 2008

Überblick

Das Jahr 2009 war von einem Rückgang des weltweiten Wirtschaftswachstums geprägt. Der Absturz des Welthandels traf insbesondere Deutschland. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen im In- und Ausland verhinderten einen noch stärkeren Einbruch. Die Bankenbranche erlitt im traditionellen Kreditgeschäft in Europa und den USA 2009 Rekordverluste, während die Erträge aus dem Investment-Banking-Geschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert werden konnten.

In diesem Umfeld verzeichnete die Deutsche Bank im Geschäftsjahr 2009 einen Gewinn nach Steuern von 5,0 Mrd €. Da die Kapitalkraft der Bank höchste Priorität hat, hat die Deutsche Bank die Tier-1-Kapitalquote auf 12,6 % gesteigert. Zusätzlich reduzierte die Deutsche Bank die risikogewichteten Aktiva auf 273 Mrd € und verbesserte die sogenannte Leverage Ratio. Außerdem hat die Deutsche Bank ihre Plattformen in einigen Kerngeschäftsfeldern neu ausgerichtet und ihren designierten kreditbezogenen Eigenhandel eingestellt.

Im Geschäftsjahr 2009 erwirtschaftete die Deutsche Bank einen Gewinn vor Steuern von 5,2 Mrd €, nach einem Verlust vor Steuern von 5,7 Mrd € in 2008. Die Erträge lagen 2009 mit 28,0 Mrd € deutlich über dem Vorjahreswert von 13,6 Mrd €. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) der Deutschen Bank betrug in 2009 15 %, gegenüber minus 18 % in 2008. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) belief sich in 2009 auf 15 %, nach minus 16 % in 2008. Für 2009 ergab sich ein Gewinn nach Steuern von 5,0 Mrd € im Vergleich zu einem Verlust nach Steuern von 3,9 Mrd € im Vorjahr. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) stieg von minus 7,61 € im Vorjahr auf plus 7,59 € in 2009.

Die Erträge in CIB stiegen von 3,2 Mrd € in 2008 auf 18,8 Mrd € in 2009. Sales & Trading verzeichnete im Gesamtjahr 2009 Erträge von 12,5 Mrd € nach negativen Erträgen von 514 Mio € im Vorjahr. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf deutlich niedrigere negative Marktwertanpassungen bei kreditbezogenen Risikopositionen im Jahr 2009 sowie auf Vorjahresverluste im Handel mit Kreditprodukten (einschließlich des kreditbezogenen Eigenhandelsgeschäfts), im Aktienderivategeschäft und im Aktieneigenhandel zurückzuführen. Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich in 2009 auf 2,2 Mrd €, was einem Anstieg um 2,0 Mrd € gegenüber 2008 entspricht. In 2008 wurden Marktwertverluste von 1,7 Mrd € bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft ausgewiesen. Die Erträge in PCAM blieben mit 8,3 Mrd € um 777 Mio € unter dem Vorjahreswert. Dieser Rückgang war auf geringere volumenabhängige Provisionen infolge niedrigerer Marktwerte von Vermögenswerten in den ersten neun Monaten 2009 zurückzuführen. Außerdem waren höhere Abschreibungen im Immobilien-Asset-Management zu verkraften und im Brokeragegeschäft in PBC wurden aufgrund der anhaltenden Zurückhaltung von Privatanlegern niedrigere Erträge verzeichnet. Die Erträge in CI reflektierten Gewinne von 1,0 Mrd € im Zusammenhang mit der Minderheitsbeteiligung der Deutschen Bank an der Deutsche Postbank AG. Das Ergebnis in Consolidation & Adjustments (C&A) enthielt Gewinne von rund 460 Mio € aus Derivaten, die die Auswirkungen auf das Konzerneigenkapital infolge der Erfüllung von Lieferverpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen absichern.

Im Gesamtjahr 2009 beliefen sich die Zinsunabhängigen Aufwendungen auf 20,1 Mrd €, verglichen mit 18,3 Mrd € im Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus einer Zunahme der variablen Vergütung infolge des verbesserten operativen Ergebnisses und wurde zudem durch die Bonussteuer für Banken in Großbritannien beeinflusst. Diese Entwicklung wurde durch einen gegenläufigen Effekt aus der Anpassung der Vergütungssysteme der Bank teilweise kompensiert, der im Wesentlichen aus einer Erhöhung des Anteils der über mehrere Jahre verteilten Vergütungskomponenten im Vergleich zur bisherigen Praxis resultierte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf 2,6 Mrd €, gegenüber 1,1 Mrd € im Vorjahr. Dieser Anstieg spiegelt ein sich verschlechterndes Kreditumfeld wider, einschließlich des entsprechenden Effekts auf Vermögenswerte, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für 2009:

in Mio €	2009	2008	2007	Veränderungen 2009		Veränderungen 2008	
				gegenüber 2008		gegenüber 2007	
				in € m.	in %	in € m.	in %
		(geprüft)		(ungeprüft)		(ungeprüft)	
Zinsüberschuss	12.459	12.453	8.849	6	0	3.604	41
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.630	1.076	612	1.554	144	464	76
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	9.829	11.377	8.237	-1.548	-14	3.140	38
Provisionsüberschuss	8.911	9.741	12.282	-830	-9	-2.541	-21
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen							
Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	-9.992	7.175	17.101	N/A	-17.167	N/A
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-403	666	793	-1.069	N/A	-127	-16
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	59	46	353	13	28	-307	-87
Sonstige Erträge	-183	699	1.377	-882	N/A	-678	-49
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	15.493	1.160	21.980	14.333	N/A	-20.820	-95
Summe Erträge insgesamt	25.322	12.537	30.217	12.785	102	-17.680	-59
Personalaufwand	11.310	9.606	13.122	1.704	18	-3.516	-27
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.402	8.339	8.038	63	1	301	4
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	542	-252	193	794	N/A	-445	N/A
Wertminderung auf immaterielle							
Vermögenswerte	-134	585	128	-719	N/A	457	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-	-13	-	N/A	13	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20.120	18.278	21.468	1.842	10	-3.190	-15
Ergebnis vor Steuern	5.202	-5.741	8.749	10.943	N/A	-14.490	N/A
Ertragssteueraufwand/-ertrag (-)	244	-1.845	2.239	2.089	N/A	-4.084	N/A
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	4.958	-3.896	6.510	8.854	N/A	-10.406	N/A
Den Minderheitsanteilen zurechenbares							
Konzernergebnis	-15	-61	36	46	75	-97	N/A
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares							
Konzernergebnis	4.973	-3.835	6.474	8.808	N/A	-10.309	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 zu sehen, der im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars enthalten ist.

Konzernergebnisse

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zum Zinsüberschuss der Deutschen Bank.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	26.953	54.549	-27.596	-51
Summe der Zinsaufwendungen	14.494	42.096	-27.602	-66
Zinsüberschuss	12.459	12.453	6	0
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ⁽¹⁾⁽²⁾	879.601	1.216.666	-337.065	-28
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ⁽¹⁾⁽²⁾	853.383	1.179.631	-326.248	-28
Zinsertragssatz ⁽¹⁾⁽³⁾	3,06 %	4,48 %	-1,42 Ppkt.	-32
Zinsaufwandssatz ⁽¹⁾⁽⁴⁾	1,70 %	3,57 %	-1,87 Ppkt.	-52
Zinsspanne ⁽¹⁾⁽⁵⁾	1,37 %	0,91 %	0,46 Ppkt.	51
Zinsmarge ⁽¹⁾⁽⁶⁾	1,42 %	1,02 %	0,40 Ppkt.	39

Ppkt. – Prozentpunkte

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

3 Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

4 Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

5 Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

6 Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu den verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss war mit 12,5 Mrd € im Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Zinserträge und -aufwendungen gingen deutlich um jeweils 27,6 Mrd € zurück. Ursache hierfür war zum einen das historisch niedrige Zinsniveau nach weiteren Zinssenkungen der Zentralbanken in 2009 als Reaktion auf die Kreditkrise. Zum anderen wurden Aktiva gezielt abgebaut. Eine stärkere Verringerung des durchschnittlichen Volumens der verzinslichen Aktiva (vorwiegend Handelsaktiva) im Vergleich zur Verringerung des durchschnittlichen Volumens der verzinslichen Passiva, wirkte sich negativ auf den Zinsüberschuss aus. Dieser negative Effekt wurde durch deutlich niedrigere Refinanzierungszinssätze als im Jahr 2008 ausgeglichen. Insgesamt führten diese Entwicklungen zu einer Ausweitung der Zinsspanne der Deutschen Bank um 46 Basispunkte und einem Anstieg der Nettozinsmarge um 40 Basispunkte.

Darüber hinaus wird die Entwicklung des Zinsüberschusses der Deutschen Bank von der Bilanzierung einiger ihrer zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Derivategeschäfte beeinflusst. Derivategeschäfte, die keinen Handelszwecken dienen, werden vorwiegend zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken der Nichthandelsaktiva der Deutschen Bank beziehungsweise -passiva abgeschlossen. Einige dieser Derivategeschäfte erfüllen die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft. In diesem Fall werden erhaltene oder gezahlte Zinsen aus den Derivaten in den Zinserträgen beziehungsweise -aufwendungen ausgewiesen, wo sie die Zinsströme aus den abgesicherten Finanzinstrumenten ausgleichen („Hedge Accounting“). Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsströme aus diesen Derivaten dem Handelsergebnis zugerechnet.

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle enthält Informationen zum Ergebnis der Deutschen Bank aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
	<i>(ungeprüft)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
CIB – Sales & Trading (Equity)	1.125	-1.513	2.638	N/A
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	4.375	-6.647	11.022	N/A
Sonstige	1.609	-1.832	3.441	N/A
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	-9.992	17.101	N/A

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

N/A – nicht aussagefähig

Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) verzeichnete im Jahr 2009 einen Gewinn aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von 4,4 Mrd €, nach einem Verlust von 6,6 Mrd € im Jahr 2008. Im Vorjahr waren hier erhebliche Verluste im Handel mit Kreditprodukten sowie aus negativen Marktwertanpassungen im Zusammenhang mit Rückstellungen für Monolineversicherer, verbrieften Wohnungsbaukrediten und gewerblichen Immobilienkrediten enthalten. Die Ergebnisverbesserung in 2009 beinhaltet zudem ein gutes Ergebnis im kundenbezogenen Geschäft. Sales & Trading (Equity) verzeichnete 2009 einen Gewinn aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von 1,1 Mrd €, nach einem Verlust von 1,5 Mrd € im Vorjahr, in dem Verluste aus dem Aktienderivategeschäft und aus dem Aktieneigenhandel angefallen waren. Der Sonstige Gewinn aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich auf 1,6 Mrd € in 2009. Darin waren insbesondere Gewinne in CI im Zusammenhang mit der Minderheitsbeteiligung der Deutschen Bank an der Deutschen Postbank AG und Gewinne aus Derivatekontrakten in Consolidation & Adjustments (C&A), mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden, enthalten. Der Sonstige Verlust von 1,8 Mrd € in 2008 beinhaltet Marktverluste von 1,7 Mrd € bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten der Deutschen Bank umfassen wesentliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum Fair Value klassifizierten Finanzinstrumenten (zum Beispiel Coupon- und Dividendenerträge) sowie die Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus den Handelsaktivitäten der Deutschen Bank entweder unter Zinsen und ähnlichen Erträgen oder im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Um diese Entwicklung bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns besser analysieren zu können, werden im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen, beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten, untergliedert.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Zinsüberschuss	12.459	12.453	6	0
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	-9.992	17.101	N/A
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt . .	19.568	2.461	17.107	N/A
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt⁽¹⁾:				
Sales & Trading (Equity)	2.047	-1.895	3.942	N/A
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.735	317	9.418	N/A
Sales & Trading insgesamt	11.782	-1.578	13.360	N/A
Kreditgeschäft ⁽²⁾	767	1.014	-247	-24
Transaction Services	1.177	1.358	-180	-13
Übrige Produkte ⁽³⁾	239	-1.821	2.060	N/A
Corporate and Investment Bank insgesamt	13.966	-1.027	14.993	N/A
Private Clients and Asset Management	4.160	3.871	290	7
Corporate Investments	793	-172	965	N/A
Consolidation & Adjustments	649	-211	859	N/A
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt . .	19.568	2.461	17.107	N/A

N/A – nicht aussagefähig

1 Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt im Abschnitt „— Segmentergebnisse“.

2 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

3 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate and Investment Bank (CIB). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading belief sich 2009 auf 11,8 Mrd € nach einem Verlust von 1,6 Mrd € im Vorjahr. Diese Verbesserung war vor allem auf die Vorjahresverluste im Aktienderivategeschäft, im Aktieneigenhandel und im Handel mit Kreditprodukten sowie Marktwertanpassungen auf kreditbezogene Risikopositionen im Vorjahr zurückzuführen. Die Ergebnisverbesserung in 2009 beinhaltete zudem ein gutes Ergebnis im kundenbezogenen Geschäft. Ursächlich für den Rückgang im Kreditgeschäft waren ein niedrigerer Zinsüberschuss und ein geringeres Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus gewerblichen Immobilienkrediten, teilweise ausgeglichen durch Marktwertgewinne im Jahr 2009 gegenüber Verlusten im Vorjahr, bei zum Fair Value bewerteten Investment-Grade-Krediten und im Hedgeportfolio. Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Transaction Services ging um 180 Mio € zurück, vor allem infolge des niedrigen Zinsniveaus und des gesunkenen Einlagenneugeschäfts. Die Verbesserung um 2,1 Mrd € bei den Übrigen Produkten resultierte vor allem aus deutlich niedrigeren Marktwertverlusten bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft im Vergleich zum Vorjahr.

Darüber hinaus wurden in 2009 Marktwertgewinne bei Investments erzielt, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken, und denen entsprechende Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in den Zinsunabhängigen Aufwendungen gegenüberstehen. Hier wurden in 2008 Marktwertverluste verzeichnet.

Private Clients and Asset Management (PCAM). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg gegenüber 2008 um 290 Mio € (7 %) auf 4,2 Mrd €. Diese Zunahme beinhaltete einen höheren Zinsüberschuss im Kreditgeschäft, insbesondere in PBC aufgrund verbesserter Kreditmargen. Die Verbesserung bei den Übrigen Produkten war hauptsächlich auf die Aktiv- und Passivsteuerung in PBC zurückzuführen.

Corporate Investments (CI). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug in 2009 793 Mio €, nach negativen Erträgen von 172 Mio € im Vorjahr. Diese Entwicklung spiegelt vor allem die Gewinne im Zusammenhang mit der Minderheitsbeteiligung der Deutschen Bank an der Deutschen Postbank AG im Geschäftsjahr 2009 wider.

Consolidation & Adjustments (C&A). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf 649 Mio €, nach negativen 211 Mio € im Jahr 2008. Zum Ergebnis in 2009 trugen die Gewinne aus Derivaten, mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden, sowie ein gegenüber 2008 höherer Zinsüberschuss für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, einschließlich Steuerpositionen, bei.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Jahr 2009 auf 2,6 Mrd €, verglichen mit 1,1 Mrd € im Vorjahr. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in CIB betrug 1,8 Mrd €, verglichen mit 408 Mio € im Jahr 2008. Darin spiegelt sich insbesondere ein deutlicher Anstieg der Risikovorsorge für Vermögenswerte wider, die gemäß den Änderungen von IAS 39 umklassifiziert wurden. Dabei handelt es sich vor allem um Risikopositionen im Leveraged-Finance-Geschäft. Darüber hinaus spiegelt der Anstieg die Neubildung von Vorsorgen gegenüber einer Vielzahl von Kontrahenten in Nord- und Südamerika und Europa infolge eines sich verschlechternden Kreditumfelds wider. Die Risikovorsorge in PCAM lag bei 806 Mio €, gegenüber 668 Mio € im Vorjahr und reflektiert vornehmlich das sich verschlechternde Kreditumfeld in Spanien und Polen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war im Gesamtjahr 2009 durch eine Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen positiv beeinflusst, was zu einer Reduzierung der Risikovorsorge um 87 Mio € in CIB und um 146 Mio € in PCAM führte.

Weitere Informationen über die Risikovorsorge im Kreditgeschäft enthält der Abschnitt „*Risikomanagement — Kreditrisiko — Veränderungen im Wertberichtigungsbestand*“.

Übrige zinsunabhängige Erträge

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den übrigen zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009 (geprüft)	2008 (geprüft)	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio € (ungeprüft)	in % (ungeprüft)
Provisionsüberschuss ⁽¹⁾	8.911	9.741	-830	-9
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-403	666	-1.069	N/A
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	59	46	13	28
Sonstige Erträge	-183	699	-882	N/A
Übrige zinsunabhängige Erträge	8.384	11.152	-2.768	-25

N/A – nicht aussagefähig

1 Einschließlich:

	2009 (geprüft, sofern nicht anders angegeben)	2008 (geprüft, sofern nicht anders angegeben)	in Mio € (ungeprüft)	in % (ungeprüft)
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften				
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten ⁽¹⁾	392	384	8	2
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung ⁽¹⁾	2.319	2.815	-496	-18
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften ⁽¹⁾	214	215	-1	-0
Insgesamt	2.925	3.414	-489	-14
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts				
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft ⁽¹⁾	1.767	1.341	426	32
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften ⁽¹⁾	1.682	2.449	-767	-31
Insgesamt	3.449	3.790	-341	-9
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.537	2.537	0	0
Provisionsüberschuss insgesamt	8.911	9.741	-830	-9

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss lag im Geschäftsjahr 2009 mit 8,9 Mrd € um 830 Mio € (9 %) unter dem Vorjahreswert. Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften ging gegenüber dem Vorjahr um 489 Mio € zurück. Hauptursache war ein Rückgang der verwalteten Vermögenswerte in AM aufgrund des schwachen Marktumfelds vor allem in den ersten neun Monaten 2009. Der Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft verbesserte sich um 426 Mio € (32 %). Im Emissionsgeschäft stiegen die Erträge im Zuge wachsender Marktaktivität in allen Regionen, während die anhaltend geringe Marktaktivität im Beratungsgeschäft zu einem Ertragsrückgang führte. Der Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften sank in 2009 um 767 Mio € (31 %), vor allem infolge niedrigerer Kundennachfrage aufgrund der Marktturbulenzen im Vorjahr. Der Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Die Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten beliefen sich in 2009 auf 403 Mio €, nach Gewinnen von 666 Mio € im Vorjahr. Die Verluste in 2009 waren vor allem auf Wertberichtigungen auf Positionen in CB&S und im Immobilieninvestmentgeschäft von AM zurückzuführen. Ursächlich für das Ergebnis in 2008 war ein Gewinn in Höhe von 1,3 Mrd € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in CI. Dieser wurde teilweise durch Wertminderungen in den Sales & Trading-Bereichen von CIB, einschließlich einer Abschreibung in Höhe von 490 Mio € auf zur Veräußerung verfügbaren Positionen, ausgeglichen.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Der Gewinn aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen betrug 59 Mio € in 2009 gegenüber 46 Mio € im Jahr 2008. Das Ergebnis aus der Beteiligung der Deutschen Bank an der Deutschen Postbank AG in CI wurde teilweise durch Abschreibungen auf nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen im gewerblichen Immobiliengeschäft von CB&S ausgeglichen. In 2008 fielen keine signifikanten Einzeleffekte an.

Sonstige Erträge. Die Sonstigen Erträge beliefen sich in 2009 auf negative 183 Mio €. Der Rückgang um 882 Mio € gegenüber 2008 reflektierte in erster Linie eine Abschreibung in Höhe von 575 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ im Jahr 2009 sowie im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Erträge aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten.

Zinsunabhängige Aufwendungen

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den Zinsunabhängigen Aufwendungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008	Veränderung 2009 gegenüber 2008	
			in Mio €	in %
	(geprüft)		(ungeprüft)	
Personalaufwand	11.310	9.606	1.704	18
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ⁽¹⁾	8.402	8.339	63	1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	542	-252	794	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-134	585	-719	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20.120	18.278	1.842	10

N/A – nicht aussagefähig

1 Einschließlich:

	2009	2008	in Mio €	in %
	(geprüft)		(ungeprüft)	
EDV-Aufwendungen	1.759	1.818	-59	-3
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.457	1.434	23	2
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.088	1.164	-76	-7
Kommunikation und Datenadministration	672	698	-26	-4
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	408	504	-96	-19
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	406	415	-9	-2
Marketingaufwendungen	278	373	-95	-25
Sonstige Aufwendungen	2.334	1.933	401	21
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	8.402	8.339	63	1

Personalaufwand. Die Zunahme in 2009 um 1,7 Mrd € (18 %) gegenüber 2008 war hauptsächlich auf einen Anstieg der variablen Vergütung infolge der verbesserten operativen Ergebnisse zurückzuführen und beinhaltete zudem einen Aufwand von 225 Mio € für die von der britischen Regierung angekündigte Bonussteuer für Banken. Diese Entwicklung wurde jedoch teilweise durch den positiven Effekt aus der Anpassung der Vergütungssysteme der Bank kompensiert, die im Einklang mit den Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und den Empfehlungen des G-20-Gipfels im September 2009 in Pittsburgh, USA, steht. Bei der Anpassung der Vergütungssysteme wurde der Anteil der über mehrere Jahre verteilten Vergütungskomponenten im Vergleich zu früheren Perioden erhöht.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Der Sachaufwand und sonstige Aufwand stiegen in 2009 um 63 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Die Entwicklung dieser Aufwandposition wurde in beiden Jahren von bestimmten materiellen Einzelposten beeinflusst. Der diesbezüglich unter Sonstige Aufwendungen verbuchte Betrag lag 2009 über dem Wert von 2008. Im Geschäftsjahr 2009 zählten zu diesen Einzelposten Aufwendungen von 316 Mio € aus dem Abschluss eines Vergleichs mit Huntsman Corp. sowie Aufwendungen von 200 Mio € für ein Angebot zum Rückkauf bestimmter Produkte von Privatanlegern. Im Vorjahr war eine Rückstellungsbildung von 98 Mio € im Zusammenhang mit einer bei einem Vergleich in den USA 2008 eingegangenen Verpflichtung gegenüber Privatkunden, Auction Rate Preferred („ARP“) Securities/Auction Rate Securities („ARS“) zum Nennwert zurückzukaufen, enthalten. Ohne Berücksichtigung dieser bestimmten materiellen Einzelposten gingen Sachaufwand und sonstiger Aufwand in 2009 gegenüber 2008 zurück. Dies war hauptsächlich auf einen Rückgang der Aufwendungen für Marketingmaßnahmen, Geschäftsreisen, Beratungsdienstleistungen und EDV im Geschäftsjahr 2009 zurückzuführen.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Das Geschäftsjahr 2009 beinhaltete Aufwendungen von 542 Mio € gegenüber Erträgen von 252 Mio € in 2008, die im Wesentlichen aus den bereits genannten Geschäften von Abbey Life resultierten. Diese versicherungsbezogenen Aufwendungen werden durch die zuvor genannten gegenläufigen Erträge im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgeglichen.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. Im Geschäftsjahr 2009 erfolgte eine Wertaufholung von 291 Mio € auf eine Abschreibung, die im vierten Quartal des Vorjahres auf immaterielle Vermögenswerte bei DWS Investments in den USA (vormals DWS Scudder) in AM vorgenommen worden war. Darüber hinaus wurden in 2009 und 2008 Goodwillabschreibungen von 151 Mio € und 270 Mio € auf ein konsolidiertes RREEF-Infrastrukturinvestment vorgenommen.

Ertragsteueraufwand

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Steueraufwand von 244 Mio € ausgewiesen gegenüber einem Steuerertrag von 1,8 Mrd € für den Vorjahreszeitraum. Der Steueraufwand im Jahr 2009 wurde insbesondere durch folgende

Faktoren begünstigt: eine Wertaufholung aktiver latenter Steuern bei US-amerikanischen Tochtergesellschaften aufgrund einer überplanmäßig guten Ertragslage in 2009 und verbesserter Ertragsaussichten, spezifische Steuereffekte einschließlich des Abschlusses von Steuerprüfungen für Vorjahre und steuerfreie Erträge. Der Steuerertrag des Vorjahres wurde im Wesentlichen durch die geografische Verteilung des Konzernergebnisses und die Bewertung steuerlicher Verluste bestimmt. Die effektive Ertragsteuerquote betrug 4,7 % in 2009 gegenüber 32,1 % in 2008.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Konzernbereiche der Deutschen Bank dargestellt. Zu folgenden Sachverhalten sind weitere Informationen in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist:

- Änderungen in der Organisationsstruktur der Deutschen Bank,
- Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Bereichsergebnisse,
- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
- Rahmenwerk der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank,
- Überleitungsposition zum Konzernabschluss nach IFRS,
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse der Segmente der Deutschen Bank verwendeten bereinigten Finanzzahlen und
- Erläuterung der einzelnen Positionen, um welche die Ergebnisse bereinigt werden.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2009 gültige Konzernstruktur der Deutschen Bank. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank ermittelt.

2009 (geprüft) in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt	18.804	8.264	1.044	28.112	-159	27.952
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.816	806	8	2.630	-0	2.630
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.678	6.804	581	20.063	57	20.120
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft . . .	541	-	-	541	2	542
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-291	151	-134	-	-134
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	-2	-7	-1	-10	10	-
Ergebnis vor Steuern	4.312	660	456	5.428	-226	5.202⁽¹⁾
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	82 %	56 %	71 %	N/A	72 %
Aktiva ⁽²⁾	1.343.824	174.738	28.456	1.491.108	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	19.041	8.408	4.323	31.772	2.840	34.613
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	23 %	8 %	11 %	17 %	N/A	15 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 236 Mio €, eine Wertaufholung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 291 Mio € (die zugehörige Abschreibung war im Jahr 2008 verbucht worden), eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 15 %.

2008 (geprüft) in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt	3.201	9.041	1.290	13.532	82	13.613
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	408	668	-1	1.075	1	1.076
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.213	7.972	95	18.279	-0	18.278
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-273	18	-	-256	4	-252
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	580	-	585	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	-48	-20	2	-66	66	-
Ergebnis vor Steuern	-7.371	420	1.194	-5.756	15	-5.741⁽¹⁾
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	88 %	7 %	135 %	N/A	134 %
Aktiva ⁽²⁾	2.047.181	188.785	18.297	2.189.313	13.110	2.202.423
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	20.262	8.315	403	28.979	3.100	32.079
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	-36 %	5 %	N/A	-20 %	N/A	-18 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio €, einen Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio €, sowie eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 572 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) minus 17 %.

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank (CIB) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2009	2008
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	2.734	-631
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.795	116
Emissionsgeschäft (Equity)	663	334
Emissionsgeschäft (Debt)	1.132	-713
Beratung	402	589
Kreditgeschäft	1.623	1.393
Transaction Services	2.606	2.774
Sonstige Produkte	-151	-661
Summe Erträge insgesamt	18.804	3.201
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	13.966	-1.027
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.816	408
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.678	10.213
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	-273
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	5
Restrukturierungsaufwand	-	-
Minderheitsanteile	-2	-48
Ergebnis vor Steuern	4.312	-7.371
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	N/A
Aktiva	1.343.824	2.047.181
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	19.041	20.262
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) . .	23 %	-36 %

N/A – nicht aussagefähig

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Nachfolgend wird der Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs CIB dargestellt.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities (CB&S) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank dar.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2009	2008
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity) ⁽¹⁾	2.734	-631
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ⁽¹⁾	9.795	116
Emissionsgeschäft (Equity) ⁽¹⁾	663	334
Emissionsgeschäft (Debt) ⁽¹⁾	1.132	-713
Beratung ⁽¹⁾	402	589
Kreditgeschäft ⁽¹⁾	1.623	1.393
Sonstige Produkte ⁽¹⁾	-151	-661
Summe Erträge insgesamt	16.197	428
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.789	402
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.874	8.550
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	-273
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	5
Restrukturierungsaufwand	-	-
Minderheitsanteile	-2	-48
Ergebnis vor Steuern	3.537	-8.476
Aufwand-Ertrag-Relation	67%	N/A
Aktiva	1.308.220	2.011.983
Durchschnittliches Active Equity ⁽²⁾	17.881	19.181
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	20%	-44%

N/A – nicht aussagefähig

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Im Gesamtjahr 2009 beliefen sich die Erträge auf 16,2 Mrd €, nach negativen Marktwertanpassungen von insgesamt 925 Mio €. Im Vorjahr waren in den Erträgen von 428 Mio € negative Marktwertanpassungen von 7,5 Mrd € enthalten. Der Anstieg der Erträge war hauptsächlich auf die Stärke des kundenbezogenen Handelsgeschäfts zurückzuführen. Zudem war das Vorjahr durch Handelsverluste im vierten Quartal belastet. Die Ergebnisverbesserung spiegelt die erfolgreiche Neuausrichtung der Sales & Trading-Plattform auf das Kundengeschäft und auf liquide, kundenbezogene Produkte wider. Zusätzlich wurden die Erträge im Geschäftsjahr 2009 durch die insbesondere in der ersten Jahreshälfte guten Marktbedingungen, unter anderem im Hinblick auf Margen und Volumina, sowie durch Rekorderträge im Rohstoff- und im Anleihegeschäft in Schwellenländern begünstigt.

In 2009 beliefen sich die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) auf 9,8 Mrd €, im Vergleich zu 116 Mio € im Vorjahr. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf die im Jahr 2009 wesentlich niedrigeren negativen Marktwertanpassungen von 1,0 Mrd € zurückzuführen (2008: 5,8 Mrd €). Außerdem beinhaltete das Vorjahr Verluste in Höhe von 3,2 Mrd € im Handel mit Kreditprodukten, die in erster Linie im vierten Quartal angefallen waren. Alle kundenbezogenen Geschäfte profitierten in 2009 von größeren Margen und gestiegenen Volumina. Im Devisen- und Geldmarktgeschäft wurden hohe Erträge erreicht, die jedoch unter den Rekordwerten von 2008 lagen. Im Handel mit Zinsprodukten und im Geschäft in Schwellenländern wurden infolge der günstigen Marktbedingungen Rekorderträge erzielt. Des Weiteren wurden 2009 im Rohstoffgeschäft Höchstwerte erreicht. Der Handel mit Kreditprodukten erzielte nach der erfolgreichen Neuausrichtung der Geschäftsaktivitäten auf das liquidiere kundenbezogene Geschäft und der damit einhergehenden Einstellung des designierten kreditbezogenen Eigenhandels ein starkes Ergebnis.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete für das Geschäftsjahr 2009 positive Erträge in Höhe von 2,7 Mrd € gegenüber negativen Erträgen von 631 Mio € im Jahr 2008. Das Vorjahr enthielt Verluste von 1,4 Mrd € im Aktienderivategeschäft und von 742 Mio € im Aktieneigenhandel, die hauptsächlich im vierten Quartal 2008 angefallen waren. Des Weiteren wurden in 2009 in allen Produktbereichen, insbesondere im Aktienhandel, starke Ergebnisse verzeichnet. Im Aktienderivategeschäft verbesserte sich das Ergebnis nach dem ersten Quartal 2009 durch die Neuausrichtung der Geschäftsaktivitäten deutlich. Der Aktieneigenhandel verzeichnete in 2009 ein gutes Ergebnis bei gegenüber 2008 deutlich reduzierten Risiken.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich im Geschäftsjahr 2009 auf 2,2 Mrd €, was einem Anstieg um 2,0 Mrd € gegenüber dem Jahr 2008 entspricht. Im Vorjahr wurden Marktwertverluste im Emissionsgeschäft (Debt) in Höhe von 1,7 Mrd € bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft ausgewiesen, gegenüber positiven Marktwertanpassungen von 103 Mio € im Jahr 2009. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Equity) konnten infolge der wachsenden Marktaktivitäten in allen Regionen um 328 Mio € auf 663 Mio € gesteigert werden. Die Erträge im Beratungsgeschäft gingen um 187 Mio € (32 %) zurück, da die globalen Volumina auf den niedrigsten Stand seit 2004 sanken.

Im Kreditgeschäft wurden Erträge in Höhe von 1,6 Mrd € erzielt, was einem Anstieg um 230 Mio € (17 %) gegenüber 2008 entspricht. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus Marktwertgewinnen bei zum Fair Value bewerteten Investment-Grade-Krediten und im Hedgeportfolio im Jahr 2009 nach unrealisierten Marktwertverlusten im Vorjahr.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten beliefen sich im Gesamtjahr auf negative 151 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg von 511 Mio € gegenüber 2008. Diese Verbesserung war auf Marktwertgewinne bei Investments zurückzuführen, die Ansprüche von Versicherungsnehmern im Zusammenhang mit dem Geschäft von Abbey Life decken. Dem standen eine Abschreibung von 500 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ und Verluste aus Private Equity-Beteiligungen im ersten Quartal 2009 gegenüber.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf 1,8 Mrd €, verglichen mit 402 Mio € im Vorjahr. Diese Zunahme reflektiert in erster Linie eine höhere Risikovorsorge für Kredite im Leveraged-Finance-Geschäft, die im Rahmen der Änderungen von IAS 39 umklassifiziert wurden. Darüber hinaus spiegelt der Anstieg zusätzliche Rückstellungen infolge eines sich verschlechternden Kreditumfelds wider, vor allem in Europa sowie in Nord- und Südamerika.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mrd € (27 %) auf 10,9 Mrd €. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus höheren Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen infolge verbesserter Ergebnisse sowie aus Effekten im Zusammenhang mit Abbey Life. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten 200 Mio € aus dem Angebot der Bank im dritten Quartal 2009, bestimmte Produkte von Privatanlegern zurückzunehmen, sowie 316 Mio € aus dem Abschluss eines Vergleichs mit Huntsman Corp. im zweiten Quartal 2009. Diese Aufwendungen wurden teilweise durch Einsparungen kompensiert, die sich aus Maßnahmen zur Kostensenkung und einer niedrigeren Mitarbeiterzahl ergaben.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

In Übereinstimmung mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, die im Oktober 2008 veröffentlicht worden waren, wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. In diesen Fällen entsprach nach Einschätzung der Bank der Fair Value der umgewidmeten Vermögenswerte zum Umwidmungsstichtag aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten nicht der erwarteten Rückzahlung der Vermögenswerte. Ferner war die Bank zum Umwidmungszeitpunkt der Auffassung, dass der innere Wert dieser umgegliederten Vermögenswerte bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann. Da zum Umwidmungsstichtag eine eindeutig geänderte Zweckbestimmung der Vermögenswerte vorlag sowie weder eine Beschränkung der Haltefähigkeit noch der Refinanzierung für diese Vermögenswerte bestand, spiegelt nach Auffassung der Deutschen Bank die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck dieser Vermögenswerte besser wider. Im dritten Quartal 2008 erfolgte die Umklassifizierung der Vermögenswerte mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten Fair Value. Darüber hinaus wurden Umwidmungen mit Wirkung zum 1. Oktober vorgenommen, wenn die Entscheidung für die Umklassifizierung bis zum 1. November 2008 getroffen wurde und zu diesem Zeitpunkt die Anforderungen des IAS 39 sowie die konzerninternen Vorgaben für die Umwidmung erfüllt waren. Wurde die Entscheidung für eine Umklassifizierung nach dem 1. November 2008 getroffen, erfolgte die Umbuchung zum Fair Value des Zeitpunkts der Genehmigung.

Die nachfolgenden Tabellen stellen den ermittelten Nettoeffekt der Umklassifizierung für den Unternehmensbereich CB&S dar. Im Geschäftsjahr 2009 führte die Umwidmung zu einem Verlust von 273 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und zu einem entgangenen positiven Effekt von 1,2 Mrd € in der Eigenkapitalposition „Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste“. Für das Geschäftsjahr 2008 führte die Umklassifizierung zu einem zusätzlichen Gewinn von 3,3 Mrd € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung sowie zu einem positiven Effekt von 1,8 Mrd € in der Eigenkapitalposition „Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste“. Die hieraus resultierenden Auswirkungen auf

Marktrisikopositionen sind im nachfolgenden Abschnitt „— Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ dargestellt.

**Auswirkungen in 2009
aus der Umklassifizierung**

	31.12.2009		2009	
	Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste in Mio €
	in Mrd € <i>(ungeprüft)</i>	in Mrd € <i>(ungeprüft)</i>	in Mio € <i>(ungeprüft)</i>	in Mio € <i>(ungeprüft)</i>
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18,2	15,9	407	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9,3	8,2	–16	–1.102
Emissions- und Beratungsgeschäft				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	6,1	5,7	–664	–
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	–	–	–	–114 ⁽¹⁾
Insgesamt	33,6	29,8	–273⁽²⁾	–1.216
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2008	30,7	27,1	–472	–1.216
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2009	2,9	2,7	199	–

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

- 1 Der negative Betrag in der Position Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste resultiert aus der Abschreibung eines finanziellen Vermögenswerts im Geschäftsjahr. Wäre der Vermögenswert nicht umklassifiziert worden, hätte die Wertminderung zu einer Umgliederung der Veränderung des Fair Value aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlust-Rechnung geführt.
- 2 Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S erhöhte sich der Gewinn vor Steuern um 18 Mio € in PBC.

**Auswirkungen in 2008
aus der Umklassifizierung**

	31.12.2008		2008	
	Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste in Mio €
	in Mrd € <i>(ungeprüft)</i>	in Mrd € <i>(ungeprüft)</i>	in Mio € <i>(ungeprüft)</i>	in Mio € <i>(ungeprüft)</i>
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	16,2	14,3	2.073	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10,5	8,5	121	1.712
Emissions- und Beratungsgeschäft				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	7,4	6,4	1.101	–
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	0,3	0,1	–	114
Insgesamt	34,4	29,3	3.295⁽¹⁾	1.826

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

- 1 Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S erhöhte sich der Gewinn vor Steuern um 32 Mio € in PBC.

Bei den in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifizierten Vermögenswerten handelt es sich zum einen um Kredite im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen mit einem Fair Value von 7,5 Mrd € am Umklassifizierungstag, welche im Rahmen einer Originate-to-Distribute-Strategie begeben wurden. Zum anderen wurden Vermögenswerte in konsolidierten Asset-backed Commercial Paper Conduits in Höhe von 9,4 Mrd € und gewerbliche Immobilienkredite in Höhe von 9,1 Mrd € umgewidmet. Diese Forderungen sollten ursprünglich zum Zeitpunkt der Begebung oder des Erwerbs verbrieft werden. Die verbleibenden umklassifizierten Vermögenswerte, zu denen sonstige zum Zweck der Verbriefung erworbene oder begebene Vermögenswerte gehörten, hatten am Umklassifizierungstag einen Fair Value von 11,9 Mrd €.

Weitere Informationen zu den umklassifizierten finanziellen Vermögenswerten sind in Note 12 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung bestimmter Risikopositionen an den Kreditmärkten (einschließlich erworbener Monolineabsicherungen) in bestimmten CB&S-Geschäftsbereichen, für die die Deutsche Bank bereits in Vorperioden zusätzliche Risikoangaben gemacht hat.

Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten: Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten in einigen der Geschäftsbereiche der Deutschen Bank, einschließlich ihres CDO-Handels- und Emissionsgeschäfts sowie des US-amerikanischen und europäischen Hypothekenmarkts, stellen sich unter Berücksichtigung von Hedges und sonstigen Absicherungsgeschäften wie folgt dar:

Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft, im US-amerikanischen und europäischen Hypothekenmarkt

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(ungeprüft)</i>	
Subprime- und Alt-A-Risikopositionen im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft:		
CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand) ⁽¹⁾	317	485
CDO-Subprime-Risikopositionen (zur Veräußerung verfügbar bilanziert)	34	86
CDO-Alt-A-Risikopositionen (Handelsbestand)	22	54
Hypothekenmarkt (Handelspositionen):		
Sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt ⁽²⁾	1.301	1.259
Risikopositionen im europäischen Hypothekenmarkt ⁽³⁾	179	257

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

- 1 Als Subprime klassifiziert, wenn 50 % oder mehr der jeweils zugrunde liegenden Sicherheiten Wohnungsbaukredite sind.
- 2 Davon entfielen am 31. Dezember 2009 389 Mio € auf Alt-A, 71 Mio € auf Subprime, 244 Mio € auf Sonstige und 597 Mio € auf Handelspositionen (netto). Zum 31. Dezember 2008 entfielen 1,0 Mrd € auf Alt-A, minus 134 Mio € auf Subprime, minus 57 Mio € auf Sonstige und 403 Mio € auf Handelspositionen (netto).
- 3 Davon entfielen am 31. Dezember 2009 145 Mio € auf Großbritannien, 26 Mio € auf Italien und 8 Mio € auf Deutschland. Zum 31. Dezember 2008 entfielen 188 Mio € auf Großbritannien, 56 Mio € auf Italien und 13 Mio € auf Deutschland.

In der obigen Tabelle gibt die Risikoposition den theoretisch möglichen Verlust für den Fall an, dass die Wertpapiere und entsprechenden Hedges komplett ausfallen und keine Verwertungsgewinne erzielt werden können. Sie liefern keinen Anhaltspunkt für die um das „Net Delta“ adjustierte Risikoposition im Handel. Diese „Net-Delta“-adjustierte Risikoposition im Handel ist eine Kennzahl, die die Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Risikopositionen herstellt. Sie gibt für jede Position die Position in den entsprechenden Wertpapieren an, welche die gleiche Sensitivität gegenüber Marktveränderungen hat.

Die oben angeführte Tabelle bezieht sich auf wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten, die erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden. Handelsaktiva oder zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte, die aufgrund der Änderungen von IAS 39 in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, sind nicht enthalten. Der Buchwert dieser Risikopositionen belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,9 Mrd € (davon entfielen 1,1 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 370 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 432 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)). Der Vergleichswert zum 31. Dezember 2008 betrug 1,9 Mrd € (davon entfielen 1,1 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 336 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 373 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)).

Die Tabelle enthält weder verbrieft Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten noch Kredite, die grundsätzlich zum Ankauf durch solche Institutionen qualifizieren, da die Deutsche Bank diese als nicht kreditrisikosensitive Engagements erachtet. Auch tilgungsfreie und inverse tilgungsfreie Positionen, die negativ mit der Verschlechterung der Marktsituation korrelieren, sind aufgrund des Effekts eines reduzierten Anteils

vorzeitiger Tilgungen auf die Position nicht enthalten. Durch eine niedrigere Rückzahlungsrate verlängert sich die durchschnittliche Tilgungsdauer dieser tilgungsfreien Positionen, was wiederum zu einem höheren Wert infolge des längeren Zinszahlungszeitraums führt.

Die einzelnen Bruttobestandteile der oben genannten Nettorisikopositionen beinhalten Positionen aus verschiedenen Jahren der Kreditvergabe, Lokationen und Bonitätsklassen der Schuldner sowie weitere marktabhängige Faktoren. Während die vorgenannten Werte das maximale Risiko im Fall extremer Marktentwicklungen beschreiben, hängen die effektiven zukünftigen Gewinne und Verluste aus diesen Positionen von den tatsächlichen Marktbewegungen ab, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten der Risikopositionen der Deutschen Bank und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern: Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und an mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monolineversicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf den CDOs oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monolineversicherern werden nur dann fällig, wenn der Deutschen Bank Verluste dadurch entstehen, dass abgesicherte Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht weiterhin eine gewisse Verunsicherung darüber, ob Monolineversicherer ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, kann die Deutsche Bank Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva vorzeitig geltend machen.

Die folgenden Tabellen fassen das Nettoausfallrisiko der Deutschen Bank gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten und anderen Aktivitäten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolineversicherern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die sonstigen Risikopositionen, die in der zweiten Tabelle beschrieben sind, resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriefte Hypothekenkredite, Trust Preferred Securities, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen Sektors. Die Tabellen zeigen die zugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die die Deutsche Bank für diese Positionen vorgenommen hat. Die Bewertungsanpassungen werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt einschließlich potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Zuordnung zu den unten genannten Ratingklassen basiert jeweils auf dem niedrigeren verfügbaren Rating von Standard & Poor's, Moody's oder dem internen Rating der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise 31. Dezember 2008.

**Risikoposition gegenüber
Monolineversicherern, bezogen auf
US-amerikanische Wohnungs-
baukredite**

in Mio €	31.12.2009				31.12.2008			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen (ungeprüft)	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen (ungeprüft)	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen
AA Monolines:								
Super Senior ABS CDO	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Subprime	142	70	-6	64	76	40	-	39
Alt-A	4.337	1.873	-172	1.701	5.063	1.573	-37	1.536
AA Monolines insgesamt	4.479	1.943	-178	1.765	5.139	1.613	-37	1.576
Nicht Investment Grade Monolines:								
Super Senior ABS CDO	-	-	-	-	1.110	1.031	-918	113
Sonstige Subprime	-	-	-	-	258	80	-24	56
Alt-A	-	-	-	-	1.293	336	-346	-10
Nicht Investment Grade Monolines insgesamt	-	-	-	-	2.660	1.447	-1.288	159
Insgesamt	4.479	1.943	-178	1.765	7.799	3.060	-1.325	1.735

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

**Sonstige Risikoposition
gegenüber Monolineversicherern**

in Mio €	31.12.2009				31.12.2008			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen <i>(ungeprüft)</i>	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen <i>(ungeprüft)</i>	Bewertungsanpassungen	Fair Value nach Bewertungsanpassungen
AA Monolines:								
TPS-CLO	2.717	925	-85	840	3.019	1.241	-29	1.213
CMBS	1.004	68	-6	62	1.018	117	-3	115
Corporate Single Name/Corporate CDO	2.033	-3	-	-3	6.273	222	-2	219
Studentenkredite	232	39	-4	35	277	105	-2	103
Sonstige	902	249	-23	226	587	288	-5	283
AA Monolines insgesamt	6.888	1.277	-117	1.160	11.174	1.974	-41	1.933
Nicht AA Investment Grade Monolines:								
TPS-CLO	-	-	-	-	416	215	-59	156
CMBS	-	-	-	-	5.537	882	-111	771
Corporate Single Name/Corporate CDO	-	-	-	-	5.525	272	-38	234
Studentenkredite	-	-	-	-	53	20	-3	17
Sonstige	-	-	-	-	498	94	-16	78
Nicht AA Investment Grade Monolines insgesamt	-	-	-	-	12.029	1.484	-228	1.256
Nicht Investment Grade Monolines:								
TPS-CLO	876	274	-100	174	831	244	-74	169
CMBS	5.932	813	-355	458	672	125	-56	69
Corporate Single Name/Corporate CDO	4.366	26	-12	14	787	9	-2	6
Studentenkredite	1.221	560	-319	241	1.185	906	-227	680
Sonstige	1.645	278	-102	176	1.244	504	-229	275
Nicht Investment Grade Monolines insgesamt	14.040	1.950	-887	1.063	4.719	1.787	-588	1.199
Insgesamt	20.928	3.227	-1.004	2.223	27.922	5.245	-857	4.388

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

Die Tabellen berücksichtigen nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“. Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Jahres 2009 auf 100 Mio € (31. Dezember 2008: 58 Mio €). Die Risikopositionen von „Wrapped Bonds“, die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, betragen 54 Mio € (31. Dezember 2008: 136 Mio €). In beiden Fällen stellen die Werte eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Veränderung der Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern vom 31. Dezember 2008 bis zum 31. Dezember 2009.

Bewertungsanpassungen

in Mio €	2009 <i>(ungeprüft)</i>
Bestand am Jahresanfang	2.182
Abwicklungen	-1.686
Neubildung	686
Bestand am Jahresende	1.182

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

Risikopositionen im Bereich Commercial Real Estate: Im Commercial-Real-Estate-Geschäft entstehen Risiken aus gewerblichen Immobilienkrediten, die entweder zum Zweck des Verkaufs, der Syndizierung, Verbriefung oder sonstiger Strategien begeben beziehungsweise gehalten oder als Forderungen aus dem Kreditgeschäft bilanziert werden. Die folgende Tabelle beinhaltet eine Zusammenfassung der Risikoposition der Deutschen Bank für gewerbliche Immobilienkredite zum 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008. Das

Handelsportfolio der Deutschen Bank aus Sekundärmarktpositionen in CMBS-Papieren, die aktiv gehandelt und bewertet werden, ist nicht enthalten.

Commercial-Real-Estate-Kredite

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(ungeprüft)</i>	
Zum Fair Value bewertete Kredite, nach Risikoabbaumaßnahmen ⁽¹⁾	1.806	2.605
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ⁽²⁾	6.453	6.669
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ⁽³⁾	2.083	2.103

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

- 1 Risikoabbaumaßnahmen umfassen Derivate und sonstige Transaktionen, die zum Zweck der Risikoreduzierung bei gewerblichen Krediten eingegangen wurden. Der darauf bezogene Fair Value belief sich auf 1,0 Mrd € zum 31. Dezember 2009 (31. Dezember 2008: 1,4 Mrd €).
- 2 Buchwert zum jeweiligen Stichtag.
- 3 Buchwert der Finanzierungen, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen, zum jeweiligen Stichtag.

Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich: Die folgende Tabelle ist eine Zusammenfassung der Risikopositionen der Deutschen Bank im Leveraged-Finance-Bereich zum 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008, die sich aus Krediten und Kreditzusagen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen (inklusive Private-Equity-Transaktionen und sonstiger Buy-out-Vereinbarungen) ergeben. In der nachfolgenden Tabelle sind Kredite, die vor dem 1. Januar 2007 begeben und vor den Marktverwerfungen vereinbart wurden, sowie Kredite, die seit Entstehung unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen wurden, nicht enthalten.

Leveraged Finance

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(ungeprüft)</i>	
Zum Fair Value bewertete Kredite	505	994
davon: seit 1. Januar 2008 begebene Kredite	385	469
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ⁽¹⁾	6.152	7.652
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ⁽²⁾	5.804	5.673

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F

- 1 Buchwert zum jeweiligen Stichtag.
- 2 Buchwert der Finanzierungen, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen, zum jeweiligen Stichtag.

Seit 1. Januar 2008 hat die Deutsche Bank verschiedene Transaktionen mit Zweckgesellschaften abgeschlossen. Ziel dieser Transaktionen war es, bestimmte, vorwiegend US-amerikanische, Leveraged-Finance-Kredite und gewerbliche Immobilienkredite, die zum Fair Value bilanziert wurden und in den beiden zuvor dargestellten Tabellen unter „Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen“ ausgewiesen werden, auszubuchen. Für weitere Informationen siehe „— Zweckgesellschaften — Vertragsbeziehungen mit anderen nicht konsolidierten SPEs — Vom Konzern gesponserte Verbriefungen“.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Global Transaction Banking (GTB) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2009	2008
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Transaction Services ⁽¹⁾	2.606	2.774
Sonstige Produkte ⁽¹⁾	–	–
Summe Erträge insgesamt	2.606	2.774
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	27	5
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.804	1.663
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–
Minderheitsanteile	–	–
Ergebnis vor Steuern	776	1.106
Aufwand-Ertrag-Relation	69%	60%
Aktiva	47.416	49.487
Durchschnittliches Active Equity ⁽²⁾	1.160	1.081
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	67%	102%

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Im Gesamtjahr 2009 erreichten die Erträge in GTB 2,6 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 167 Mio € (6 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung resultierte aus dem niedrigen Zinsniveau, niedrigeren Bewertungen von Vermögenswerten während der ersten neun Monate 2009, einem gesunkenen Einlagenneugeschäft und einer geringeren Aktivität in der Dividendenabwicklung. Diese Faktoren konnten durch das anhaltende Wachstum im Geschäft mit Trade-Finance-Produkten und einen positiven Effekt von 160 Mio € im Zusammenhang mit einer Anpassung der internen Zinsrechnungssysteme der Deutschen Bank teilweise kompensiert werden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf 27 Mio €, verglichen mit 5 Mio € im Vorjahr.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2009 mit 1,8 Mrd € um 141 Mio € (8 %) über dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung resultierte aus zusätzlichen Aufwendungen für die Einlagen- und Pensionssicherung, gestiegenen transaktionsbezogenen Aufwendungen und höheren leistungsabhängigen Vergütungen infolge des verbesserten Konzernergebnisses. Darüber hinaus trug die Investition in die Deutsche Card Services GmbH im vierten Quartal 2008 zu den im Jahr 2009 höheren zinsunabhängigen Aufwendungen bei.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management (PCAM) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2009	2008
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	2.033	2.457
Brokeragegeschäft	1.456	1.891
Kredit-/Einlagengeschäft	3.531	3.251
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.005	1.066
Sonstige Produkte	239	376
Summe Erträge insgesamt	8.264	9.041
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	4.160	3.871
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	806	668
Zinsunabhängige Aufwendungen	6.804	7.972
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	18
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–291	580
Restrukturierungsaufwand	–	–
Minderheitsanteile	–7	–20
Ergebnis vor Steuern	660	420
Aufwand-Ertrag-Relation	82%	88%
Aktiva	174.738	188.785
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	8.408	8.315
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	8%	5%
Invested Assets ⁽²⁾ (in Mrd €)	880	816

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

2 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F. Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das die Deutsche Bank im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreut, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessewährend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Nachfolgend wird der Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs PCAM erläutert.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2009	2008
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management (AM) ⁽¹⁾	1.466	1.840
Portfolio/Fund Management (PWM) ⁽¹⁾	309	361
Portfolio/Fund Management insgesamt⁽¹⁾	1.775	2.201
Brokeragegeschäft ⁽¹⁾	758	908
Kredit-/Einlagengeschäft ⁽¹⁾	314	266
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen ⁽¹⁾	23	26
Sonstige Produkte ⁽¹⁾	-183	-137
Summe Erträge insgesamt	2.688	3.264
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	17	15
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.476	3.794
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	18
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-291	580
Restrukturierungsaufwand	-	-
Minderheitsanteile	-7	-20
Ergebnis vor Steuern	202	-525
Aufwand-Ertrag-Relation	92%	116%
Aktiva	43.761	50.473
Durchschnittliches Active Equity ⁽²⁾	4.791	4.870
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	4%	-11%
Invested Assets ⁽¹⁾⁽³⁾ (in Mrd €)	686	628

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das die Deutsche Bank im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreut, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessebewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Im Geschäftsjahr 2009 beliefen sich die Erträge im Unternehmensbereich AWM auf 2,7 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 576 Mio € (18 %) gegenüber dem Geschäftsjahr 2008. Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management gingen im Geschäftsbereich Asset Management (AM) um 374 Mio € (20 %) und im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) um 52 Mio € (14 %) zurück. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus rückläufigen Verwaltungsprovisionen infolge niedrigerer Marktwerte in den ersten neun Monaten 2009, während im vierten Quartal 2009 positive Ertragseffekte aus einer Stabilisierung der Kapitalmärkte nach den Marktturbulenzen im Vorjahresquartal zu verzeichnen waren. Die Erträge im Brokeragegeschäft sanken gegenüber dem Vorjahr um 150 Mio € (16 %) infolge der anhaltend geringen Kundenaktivität aufgrund der Unsicherheiten an den Wertpapiermärkten sowie durch die Verlagerung der Nachfrage hin zu Produkten mit niedrigeren Margen. Die Erträge aus dem Kredit-/Einlagengeschäft stiegen um 48 Mio € (18 %) aufgrund höherer Kreditmargen und eines positiven Effekts aus der Anpassung der internen Zinsrechnungssysteme im zweiten Quartal 2009. Bei den Sonstigen Produkten wurden in 2009 negative Erträge von 183 Mio € gegenüber negativen Erträgen von 137 Mio € im Vorjahr berichtet. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus höheren Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Immobilieninvestmentgeschäft von AM und wurde durch niedrigere freiwillige Einschüsse in bestimmte Geldmarktfonds und niedrigere Abschreibungen bei Seed Capital sowie anderen Investments teilweise ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2009 mit 2,5 Mrd € um 1,3 Mrd € (35 %) unter dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung beinhaltete eine Wertaufholung für eine Abschreibung von 291 Mio €, die im Geschäftsjahr 2008 in AM auf immaterielle Vermögenswerte bei DWS Investments in den USA (vormals: DWS Scudder) vorgenommen worden war. Außerdem waren in 2008 die Zinsunabhängigen Aufwendungen durch eine

Goodwillabschreibung von 270 Mio € auf ein konsolidiertes RREEF-Infrastrukturinvestment belastet (das in 2009 auf den Konzernbereich Corporate Investments übertragen wurde). Die Abfindungszahlungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr, was die anhaltenden Anstrengungen zur Neuausrichtung der Plattform der Deutschen Bank widerspiegelt. Dem stand eine Rückstellungsbildung von 98 Mio € im Zusammenhang mit einer bei einem Vergleich in 2008 in den USA eingegangenen Verpflichtung gegenüber Privatkunden, Auction Rate Preferred („ARP“) Securities/Auction Rate Securities („ARS“) zum Nennwert zurückzukaufen, gegenüber.

Die Invested Assets in AWM beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 686 Mrd € und lagen damit um 58 Mrd € über dem Wert zum 31. Dezember 2008. AM verzeichnete einen Anstieg der Invested Assets um 33 Mrd €, der im Wesentlichen auf positive Marktwertentwicklungen und Nettomittelzuflüsse von 9 Mrd € zurückzuführen war. In PWM nahmen die Invested Assets um 25 Mrd € zu, ebenfalls vorwiegend aufgrund positiver Marktwertentwicklungen und durch Nettomittelzuflüsse von 7 Mrd €.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank dar.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2009	2008
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management ⁽¹⁾	257	256
Brokeragegeschäft ⁽¹⁾	698	983
Kredit-/Einlagengeschäft ⁽¹⁾	3.216	2.985
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen ⁽¹⁾	982	1.040
Sonstige Produkte ⁽¹⁾	422	513
Summe Erträge insgesamt	5.576	5.777
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	790	653
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.328	4.178
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–
Minderheitsanteile	0	0
Ergebnis vor Steuern	458	945
Aufwand-Ertrag-Relation	78%	72%
Aktiva	131.013	138.350
Durchschnittliches Active Equity ⁽²⁾	3.617	3.445
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	13%	27%
Invested Assets ⁽¹⁾⁽³⁾ (in Mrd €)	194	189
Kreditvolumen ⁽¹⁾ (in Mrd €)	96	91
Einlagenvolumen ⁽¹⁾ (in Mrd €)	109	118

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das die Deutsche Bank im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreut, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

In PBC gingen die Erträge im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 201 Mio € (3 %) auf 5,6 Mrd € zurück. Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management blieben gegenüber 2008 nahezu unverändert. Die Erträge im Brokeragegeschäft gingen um 285 Mio € (29 %) zurück. Dieser Rückgang spiegelt vor allem die Zurückhaltung privater Investoren nach den im vierten Quartal 2008 eingetretenen Marktturbulenzen wider. Die Erträge aus dem Kredit/Einlagengeschäft stiegen um 232 Mio € (8 %). Diese Entwicklung resultierte insbesondere aus höheren Kreditvolumina und -margen, und wurde durch niedrigere Margen im Einlagengeschäft teilweise ausgeglichen. Die Erträge aus Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrigen Finanzdienstleistungen gingen um 58 Mio € (6 %) zurück, vor allem infolge rückläufiger Erträge aus der Vermittlung von Versicherungsprodukten.

Die Erträge aus den Sonstigen Produkten von 422 Mio € lagen um 91 Mio € (18 %) unter dem Vorjahreswert, was hauptsächlich auf zwei Sondereffekte im Geschäftsjahr 2008 zurückzuführen war: die Dividendenzahlungen eines Kooperationspartners nach seinem IPO und die Gewinne im Anschluss an einen Geschäftsverkauf.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Jahr 2009 auf 790 Mio €, was einem Anstieg von 136 Mio € (21 %) gegenüber 2008 entspricht. Diese Entwicklung reflektiert die anhaltende Verschlechterung der Kreditbedingungen in Spanien und Polen sowie allgemein höhere Kreditkosten in anderen Regionen. Dem standen im Geschäftsjahr 2009 Nettoauflösungen und niedrigere Nettozuführungen zur Risikovorsorge in Höhe von 146 Mio € im Zusammenhang mit der Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen gegenüber.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 4,3 Mrd € in 2009 waren um 150 Mio € (4 %) höher als im Jahr 2008. Dieser Anstieg war vorwiegend auf höhere Abfindungszahlungen von 192 Mio € (2008: 84 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Effizienzverbesserung zurückzuführen.

Die Invested Assets beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 194 Mrd € und lagen damit um 5 Mrd € über dem Wert zum 31. Dezember 2008. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus positiven Marktwertentwicklungen von 10 Mrd €. Diesen standen Nettomittelabflüsse infolge der Fälligkeit von Termineinlagen gegenüber, die im vierten Quartal 2008 akquiriert wurden.

Zum Jahresende 2009 betreute PBC 14,6 Millionen Kunden. Die Anzahl war damit gegenüber dem Vorjahresende unverändert.

Konzernbereich Corporate Investments

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank aufgeführt.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2009	2008
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt	1.044	1.290
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	793	-172
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	8	-1
Zinsunabhängige Aufwendungen	581	95
davon/darin:		
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	151	-
Restrukturierungsaufwand	-	-
Minderheitsanteile	-1	2
Ergebnis vor Steuern	456	1.194
Aufwand-Ertrag-Relation	56%	7%
Aktiva	28.456	18.297
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	4.323	403
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	11%	N/A

N/A – nicht aussagefähig

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Die Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2009 auf 1,0 Mrd € und lagen damit um 245 Mio € unter dem Vorjahreswert. Hierbei trugen insbesondere drei wesentliche Ergebniskomponenten in Verbindung mit der Beteiligung der Deutschen Bank an der Deutschen Postbank AG zu den Erträgen im Gesamtjahr 2009 bei: Marktwertgewinne von 476 Mio € aus Derivaten im Zusammenhang mit dem Erwerb von Aktien, Marktwertgewinne von 352 Mio € aus den Put-/Call-Optionen zur Erhöhung der Beteiligung sowie anteilige Gewinne von 200 Mio € aus der Beteiligung. Zusätzlich enthielten die Erträge Marktwertgewinne aus der Option der Deutschen Bank zur Erhöhung ihrer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. von 83 Mio € und Gewinne von 302 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (hauptsächlich an der Daimler AG und der Linde AG). Abschreibungen in Höhe von 302 Mio € auf Industriebeteiligungen der Deutschen Bank sowie in Höhe von 75 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ glichen diese positiven Ergebnisse teilweise aus.

Die Erträge des Jahres 2008 enthielten Gewinne von 1,3 Mrd € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (vornehmlich Daimler AG, Allianz SE und Linde AG), einen Gewinn von 96 Mio € aus der Veräußerung der Beteiligung der Deutschen Bank an der Arcor AG & Co. KG, Dividendenerträge von 114 Mio € sowie negative

Marktwertanpassungen, einschließlich der Effekte aus der Option der Deutschen Bank zur Erhöhung ihrer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 581 Mio € lagen um 487 Mio € über dem Vorjahreswert. Dieser Anstieg stand hauptsächlich im Zusammenhang mit der Beteiligung der Deutschen Bank an Maher Terminals, einschließlich einer Goodwillabschreibung in Höhe von 151 Mio € (die Managementverantwortlichkeit für Maher Terminals wurde im ersten Quartal 2009 von AWM auf CI übertragen).

Am Ende des Geschäftsjahres 2009 belief sich der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios von CI auf 2,1 Mrd €, gegenüber 434 Mio € zum Jahresende 2008. Dieser Anstieg war vor allem auf die Übertragung der Managementverantwortlichkeit für bestimmte Vermögenswerte von AWM und CB&S auf CI zurückzuführen.

Consolidation & Adjustments

Erläuterungen zu „Consolidation & Adjustments“ im Rahmen der Segmentberichterstattung der Deutschen Bank sind in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2008 und 2007

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 und den darin enthaltenen Finanzangaben für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 zu sehen. Der Konzernabschluss 2009 ist im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars enthalten.

Konzernergebnisse

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu dem Zinsüberschuss.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008 <i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	2007 <i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio € <i>(ungeprüft)</i>	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	54.549	64.675	-10.126	-16
Summe der Zinsaufwendungen	42.096	55.826	-13.730	-25
Zinsüberschuss	12.453	8.849	3.604	41
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ⁽¹⁾⁽²⁾	1.216.666	1.226.191	-9.525	-1
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ⁽¹⁾⁽²⁾	1.179.631	1.150.051	29.580	3
Zinsertragssatz ⁽¹⁾⁽³⁾	4,48%	5,27%	-0,79 Ppkt.	-15
Zinsaufwandssatz ⁽¹⁾⁽⁴⁾	3,57%	4,85%	-1,28 Ppkt.	-26
Zinsspanne ⁽¹⁾⁽⁵⁾	0,91%	0,42%	0,49 Ppkt.	117
Zinsmarge ⁽¹⁾⁽⁶⁾	1,02%	0,72%	0,30 Ppkt.	42

Ppkt. – Prozentpunkte

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

3 Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

4 Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

5 Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf die verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

6 Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu den verzinslichen Aktiva der Deutschen Bank im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss belief sich im Geschäftsjahr 2008 auf 12,5 Mrd € und verbesserte sich damit um 3,6 Mrd € (41 %) gegenüber dem Vorjahr. In 2008 waren sowohl die Zinsen und ähnliche Erträge als auch die Zinsaufwendungen deutlich niedriger als in 2007. Darin spiegelt sich vor allem der Rückgang des Zinsniveaus wider, nachdem in 2008 Zentralbanken weltweit mit Leitzinssenkungen auf die Kreditkrise reagierten. Die Reduzierung der Zinsaufwendungen fiel dabei deutlicher aus als die Abnahme der Zinserträge. Obwohl sich das durchschnittliche Volumen der verzinslichen Passiva um 29,6 Mrd € (3 %) erhöhte, konnte die Deutsche Bank sich zu deutlich niedrigeren Zinssätzen als 2007 refinanzieren. Dadurch weitete sich die Zinsspanne um 49 Basispunkte aus und die Nettozinsmarge stieg um 30 Basispunkte.

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
	(ungeprüft)		(ungeprüft)	
CIB – Sales & Trading (Equity)	–1.513	3.335	–4.848	N/A
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	–6.647	3.858	–10.505	N/A
Sonstige	–1.832	–18	–1.814	N/A
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	–9.992	7.175	–17.167	N/A

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

N/A – nicht aussagefähig

CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) verzeichnete in 2008 einen Verlust aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von 6,6 Mrd € nach einem Gewinn von 3,9 Mrd € in 2007. Diese Entwicklung war vor allem das Ergebnis negativer Marktwertanpassungen im Zusammenhang mit Monoline-Versicherern, verbrieften Wohnungsbaukrediten und gewerblichen Immobilienkrediten sowie erheblicher Verluste in dem Handel mit Kreditprodukten, inklusive des kreditbezogenen Eigenhandels, im dritten und vierten Quartal 2008. Das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading (Equity) belief sich in 2008 auf einen Verlust von 1,5 Mrd € (2007: Gewinn von 3,3 Mrd €). Der Verlust in 2008 war insbesondere auf das Aktienderivategeschäft und den Aktieneigenhandel zurückzuführen. Zum Verlust aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Höhe von 1,8 Mrd € in der Position Sonstige haben in erster Linie Marktwertverluste aus Krediten und Kreditzusagen von 1,7 Mrd € im Leveraged-Finance-Geschäft in 2008 beigetragen.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
	(geprüft)		(ungeprüft)	
Zinsüberschuss	12.453	8.849	3.604	41
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	–9.992	7.175	–17.167	N/A
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten insgesamt	2.461	16.024	–13.563	–85
Aufgliederung nach Konzernbereich/ CIB-Produkt ⁽¹⁾ :				
Sales & Trading (Equity)	–1.895	3.117	–5.012	N/A
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	317	7.483	–7.166	–96
Sales & Trading insgesamt	–1.578	10.600	–12.178	N/A
Kreditgeschäft ⁽²⁾	1.014	499	515	103
Transaction Services	1.358	1.297	61	5
Sonstige Produkte ⁽³⁾	–1.821	–118	–1.703	N/A
Corporate and Investment Bank insgesamt	–1.027	12.278	–13.305	N/A
Private Clients and Asset Management	3.871	3.529	342	10
Corporate Investments	–172	157	–329	N/A
Consolidation & Adjustments	–211	61	–272	N/A
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten insgesamt	2.461	16.024	–13.563	–85

N/A – nicht aussagefähig

1 Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt im Abschnitt „—Segmentergebnisse“.

2 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

3 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate and Investment Bank (CIB). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading belief sich 2008 auf einen

Verlust von 1,6 Mrd € nach einem Gewinn von 10,6 Mrd € im Vorjahr. Die Hauptursache für den Rückgang waren die vorgenannten negativen Marktwertanpassungen auf kreditbezogene Risikopositionen und Verluste sowohl im Aktienderivategeschäft als auch im Eigenhandelsgeschäft. Die Zunahme im Kreditgeschäft war auf einen höheren Zinsüberschuss durch den Transfer von Aktiva aus dem Emissionsgeschäft (Debt) zum Kreditgeschäft infolge der Umklassifizierungen aufgrund der Änderungen von IAS 39 und auf Marktwertgewinne bei Absicherungsgeschäften zurückzuführen. Der Rückgang bei den Sonstigen Produkten um 1,7 Mrd € resultierte vor allem aus Marktwertverlusten bei Krediten und Kreditzusagen im Leveraged-Finance-Geschäft.

Private Clients and Asset Management (PCAM). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nahm in 2008 gegenüber 2007 um 342 Mio € (10 %) auf 3,9 Mrd € zu. Diesem Anstieg lag ein höherer Zinsüberschuss vor allem durch die Konsolidierung verschiedener Geldmarktfonds im ersten Halbjahr 2008 zugrunde. Darüber hinaus trugen höhere Kredit- und Einlagenvolumina infolge des Wachstums in PBC zu dieser Entwicklung bei.

Corporate Investments (CI). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen betrug in 2008 minus 172 Mio €, verglichen mit positiven 157 Mio € in 2007. Diese Entwicklung war insbesondere auf Marktwertverluste aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank Co. Ltd. zurückzuführen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich 2008 auf 1,1 Mrd € gegenüber 612 Mio € im Vorjahr. Diese Zunahme um 76 % reflektierte Nettozuführungen in Höhe von 408 Mio € in CIB, gegenüber 109 Mio € in 2007, sowie eine Zunahme der Risikovorsorge im Konzernbereich PCAM um 33 % auf 668 Mio €, vor allem in PBC. Der Anstieg in CIB beinhaltet Nettoneubildungen von 257 Mio € im Zusammenhang mit Positionen die nach den Änderungen des IAS 39 umklassifiziert wurden. Zusätzliche Zuführungen fielen wegen des sich verschlechternden Kreditumfelds, vornehmlich in Europa, an.

Übrige Zinsunabhängige Erträge

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu übrigen zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008	2007	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio €	in %
	<i>(geprüft)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Provisionsüberschuss ⁽¹⁾	9.741	12.282	-2.541	-21
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	666	793	-127	-16
Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen . . .	46	353	-307	-87
Sonstige Erträge	699	1.377	-678	-49
Übrige zinsunabhängige Erträge	11.152	14.805	-3.653	-25

1 Einschließlich:

	2008	2007	in Mio €	in %
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften				
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten ⁽¹⁾	384	427	-43	-10
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung ⁽¹⁾	2.815	3.376	-561	-17
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften ⁽¹⁾	215	162	53	33
Insgesamt	3.414	3.965	-551	-14
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts				
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft ⁽¹⁾	1.341	2.515	-1.174	-47
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften ⁽¹⁾	2.449	2.975	-526	-18
Insgesamt	3.790	5.490	-1.700	-31
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2.537	2.827	-289	-10
Provisionsüberschuss insgesamt	9.741	12.282	-2.541	-21

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss lag 2008 mit 9,7 Mrd € um 2,5 Mrd € (21 %) unter dem Wert in 2007. Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften ging gegenüber dem Vorjahr um 551 Mio € zurück, vor allem infolge niedrigerer erfolgs- und volumenabhängiger Provisionen in PCAM. Der Provisionsüberschuss sank im Emissions- und Beratungsgeschäft um 1,2 Mrd € (47 %) und im Maklergeschäft um 526 Mio € (18 %). Diese Rückgänge wurden vor allem in CB&S verzeichnet, in denen die Geschäftsvolumina infolge der

Marktentwicklungen rückläufig waren. Der Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen ging ebenfalls zurück und lag 289 Mio € unter dem Wert in 2007.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten lag 2008 mit 666 Mio € um 127 Mio € (16 %) unter dem Vorjahreswert. In 2008 war das Ergebnis im Wesentlichen bestimmt durch Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in CI in Höhe von 1,3 Mrd € (vor allem aus der Reduzierung der Anteile an der Daimler AG und der Linde AG sowie aus der Veräußerung der Beteiligung an der Allianz SE), die teilweise durch Abschreibungen in den Sales & Trading-Bereichen von CIB, inklusive Wertminderungen in Höhe von 490 Mio €, kompensiert wurden. Das Ergebnis in 2007 spiegelte insbesondere Gewinne von 626 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen im Bereich CI wider. Die größten Verkaufsgewinne resultierten aus der Reduzierung der Anteile an der Allianz SE und der Linde AG sowie aus der Veräußerung der Beteiligung an der Fiat S.p.A. In den Sales & Trading-Bereichen von CIB wurden Gewinne durch Abschreibungen kompensiert.

Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen. Der Gewinn aus nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligungen erreichte im Jahr 2008 46 Mio €, gegenüber 353 Mio € in 2007. In 2008 waren keine signifikanten Einzeleffekte enthalten. Zu dem Ergebnis in 2007 haben im Wesentlichen CI sowie das RREEF-Alternative-Investments-Geschäft in AM beigetragen. Das Ergebnis von CI enthielt 2007 einen Gewinn von 178 Mio € aus der Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (der auch zu einer Goodwillabschreibung in Höhe von 54 Mio € in CI führte).

Sonstige Erträge. Die Sonstigen Erträge beliefen sich 2008 auf insgesamt 699 Mio €, was einem Rückgang von 678 Mio € gegenüber 2007 entspricht. Dies ist vor allem auf signifikante Effekte im Vorjahr, einschließlich der Sale-und-Leaseback-Transaktion für die Immobilie 60 Wall Street, und auf niedrigere Gewinne aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften, zurückzuführen. Darüber hinaus trugen Belastungen im Zusammenhang mit der Konsolidierung von bestimmten Geldmarktfonds in 2008, die in anderen Ertragskategorien ausgeglichen wurden, zu dieser Entwicklung bei. Dies wurde durch höhere Beiträge im Versicherungsgeschäft infolge der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im vierten Quartal 2007 teilweise kompensiert.

Zinsunabhängige Aufwendungen

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den zinsunabhängigen Aufwendungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2008 (geprüft)	2007 (geprüft)	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			in Mio € (ungeprüft)	in % (ungeprüft)
Personalaufwand	9.606	13.122	-3.516	-27
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ⁽¹⁾	8.339	8.038	301	4
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-252	193	-445	N/A
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	585	128	457	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-13	13	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	18.278	21.468	-3.190	-15

N/A – nicht aussagefähig

1 Einschließlich:

	2008 (geprüft)	2007 (geprüft)	in Mio € (ungeprüft)	in % (ungeprüft)
EDV-Aufwendungen	1.818	1.863	-45	-2
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.434	1.347	87	6
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.164	1.257	-93	-7
Kommunikation und Datenadministration	698	678	20	3
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	504	554	-50	-9
Zahlungsverkehr-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	415	436	-21	-5
Marketingaufwendungen	373	411	-38	-9
Sonstige Aufwendungen	1.933	1.492	441	30
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	8.339	8.038	301	4

Personalaufwand. Der Rückgang um 3,5 Mrd € (27 %) gegenüber 2007 resultierte aus den deutlich niedrigeren leistungsabhängigen Vergütungen in 2008, im Einklang mit niedrigeren operativen Ergebnissen. Dies wurde teilweise durch höhere Abfindungszahlungen in CB&S und PBC ausgeglichen, die in Zusammenhang mit Neupositionierungs- und Effizienzprogrammen standen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Die Zunahme um 301 Mio € (4 %) gegenüber 2007 war im Wesentlichen auf zusätzliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in 2008 zurückzuführen, nachdem hier im Vorjahr Erträge aus Auflösungen verzeichnet wurden. Darüber hinaus fielen höhere Aufwendungen im

Zusammenhang mit konsolidierten Investments in AM an, die in der Position Sonstige Aufwendungen ausgewiesen sind. Die Zunahme von 441 Mio € in Sonstige Aufwendungen enthält eine Rückstellungsbildung von 98 Mio € im Rahmen einer Verpflichtung nach einem Vergleich in den USA zum Rückkauf von Auction Rate Preferred („ARP“) Securities/Auction Rate Securities („ARS“) von Kunden zum Nennwert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Der Ertrag von – 252 Mio € im Jahr 2008 nach Aufwendungen von 193 Mio € in 2007 resultierte im Wesentlichen aus der bereits genannten Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited. Diese versicherungsbezogenen, positiven Beträge wurden hauptsächlich durch korrespondierende Verluste aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen kompensiert.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. In 2008 wurden im Bereich AM Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte bei DWS Scudder in Höhe von 310 Mio € sowie eine Goodwillabschreibung von 270 Mio € in einem konsolidierten Investment vorgenommen. Im Vorjahr wurden eine Abschreibung von 74 Mio € auf bestimmte immaterielle Vermögenswerte in AM sowie eine Goodwillabschreibung von 54 Mio € in CI vorgenommen worden.

Restrukturierungsaufwand. In 2008 fiel kein Restrukturierungsaufwand an. In 2007 wurde das Business Realignment Program abgeschlossen und es wurden verbliebene Rückstellungen von 13 Mio € aufgelöst.

Ertragsteueraufwand

In 2008 wurde ein Steuerertrag von 1,8 Mrd € ausgewiesen gegenüber einem Ertragsteueraufwand von 2,2 Mrd € für 2007. Der Ertrag in 2008 wurde durch eine vorteilhafte geografische Verteilung des Konzernergebnisses, die Beilegung ausstehender Steuerverfahren und einen Steuerertrag von 79 Mio € im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life („Policyholder Tax“) begünstigt. Diesen positiven Effekten standen steuerliche Verluste in bestimmten US-Gesellschaften gegenüber, für die seit dem dritten Quartal keine latenten Steuerforderungen bilanziert wurden, sowie ein höherer Steueraufwand im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen auf Grund des gesunkenen Aktienkurses der Deutsche Bank AG. Die effektive Ertragsteuerquote betrug 32,1 % in 2008 und 25,6 % in 2007.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen stellen die Geschäftsergebnisse der Konzernbereiche für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank dar.

2008

(geprüft)

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt	3.201	9.041	1.290	13.532	82	13.613
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	408	668	-1	1.075	1	1.076
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.213	7.972	95	18.279	-0	18.278
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-273	18	-	-256	4	-252
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	580	-	585	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	-48	-20	2	-66	66	-
Ergebnis vor Steuern	-7.371	420	1.194	-5.756	15	-5.741⁽¹⁾
Aufwand-Ertrag-Relation in %	N/A	88 %	7 %	135 %	N/A	134 %
Aktiva ⁽²⁾	2.047.181	188.785	18.297	2.189.313	13.110	2.202.423
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	20.262	8.315	403	28.979	3.100	32.079
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	-36 %	5 %	N/A	-20 %	N/A	-18 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE and Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio €, einen Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio € und eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 572 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) minus 17 %.

2007*(geprüft)*

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt	19.176	10.129	1.517	30.822	7	30.829
Risikovorsorge im Kreditgeschäft.	109	501	3	613	-1	612
Zinsunabhängige Aufwendungen	13.886	7.560	220	21.667	-199	21.468
davon/darin:						
Aufwendungen im						
Versicherungsgeschäft	116	73	-	188	5	193
Wertminderung auf immaterielle						
Vermögenswerte	-	74	54	128	-	128
Restrukturierungsaufwand	-4	-9	-	-13	-	-13
Minderheitsanteile	34	8	-5	37	-37	-
Ergebnis vor Steuern	5.147	2.059	1.299	8.505	243	8.749⁽¹⁾
Aufwand-Ertrag-Relation in %	72 %	75 %	15 %	70 %	N/A	70 %
Aktiva ⁽²⁾	1.800.027	156.767	13.005	1.916.304	8.699	1.925.003
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	20.714	8.539	473	29.725	368	30.093
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend						
auf dem durchschnittlichen Active						
Equity) ⁽⁴⁾	25 %	24 %	N/A	29 %	N/A	29 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S. p. A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 514 Mio €, einen Gewinn aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio €, nach Abzug von 54 Mio € Goodwillabschreibung, einen Gewinn aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für das Bürogebäude 60 Wall Street in New York) in Höhe von 317 Mio € sowie eine Wertminderung auf immaterielle Vermögensanlagen (Asset Management) in Höhe von 74 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.
- 2 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008. Siehe zu den vorgenommenen Anpassungen Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008. Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Angaben auf Basis des Konzernabschlusses der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008, angepasst an den Ausweis zum 31.12.2008. Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 24 %.

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	-631	4.612
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	116	8.401
Emissionsgeschäft (Equity)	334	860
Emissionsgeschäft (Debt)	-713	714
Beratung	589	1.089
Kreditgeschäft	1.393	1.067
Transaction Services	2.774	2.585
Sonstige Produkte	-661	-151
Summe Erträge insgesamt	3.201	19.176
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	-1.027	12.278
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	408	109
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.213	13.886
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-273	116
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-
Restrukturierungsaufwand	-	-4
Minderheitsanteile	-48	34
Ergebnis vor Steuern	-7.371	5.147
Aufwand-Ertrag-Relation in %	N/A	72%
Aktiva	2.047.181	1.800.027
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	20.262	20.714
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-36%	25%

N/A – nicht aussagefähig

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme dar.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity) ⁽¹⁾	-631	4.612
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ⁽¹⁾	116	8.401
Emissionsgeschäft (Equity) ⁽¹⁾	334	860
Emissionsgeschäft (Debt) ⁽¹⁾	-713	714
Beratung ⁽¹⁾	589	1.089
Kreditgeschäft ⁽¹⁾	1.393	1.067
Sonstige Produkte ⁽¹⁾	-661	-151
Summe Erträge insgesamt	428	16.591
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	402	102
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.550	12.253
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-273	116
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-
Restrukturierungsaufwand	-	-4
Minderheitsanteile	-48	34
Ergebnis vor Steuern	-8.476	4.202
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	74%
Aktiva	2.011.983	1.785.876
Durchschnittliches Active Equity ⁽²⁾	19.181	19.619
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-44%	21%

N/A – nicht aussagefähig

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Die *Erträge* beliefen sich im Jahr 2008 auf 428 Mio € nach 16,6 Mrd € im Vorjahr. Dieser Rückgang spiegelt negative Marktwertanpassungen in Höhe von 7,5 Mrd € (2007: 2,3 Mrd €), deutliche Verluste in zentralen Sales & Trading-Bereichen, insbesondere im vierten Quartal 2008, sowie einen Einbruch der Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft wider.

Der Verlust in 2008 verdeutlicht die Auswirkungen extremer Marktvolatilitäten und Korrelationen zwischen einzelnen Kategorien finanzieller Vermögenswerte in 2008, und insbesondere nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September, auf das Geschäftsmodell der Deutschen Bank. Daraufhin wurden in CB&S die Risikopositionen im Aktienhandelsgeschäft und im kreditbezogenen Eigenhandel reduziert. Die vorgenannten Verluste haben das im Vergleich zum Vorjahr deutliche Ertragswachstum in dem kundenbezogenen Geldmarkt- und Devisengeschäft der Deutschen Bank mehr als kompensiert.

In 2008 beliefen sich die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) auf 116 Mio € im Vergleich zu 8,4 Mrd € in 2007. Hauptursachen für den Rückgang waren negative Marktwertanpassungen von 5,8 Mrd € im Zusammenhang mit zusätzlichen Rückstellungen für Monoline-Versicherer (2,2 Mrd €), weiteren negativen Marktwertanpassungen auf verbrieftes Wohnungsbaukredite (2,1 Mrd €), gewerbliche Immobilienkredite (1,1 Mrd €) und Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Positionen (490 Mio €). Im Jahr 2007 beliefen sich diese negativen Marktwertanpassungen auf 1,6 Mrd €. Ohne Umklassifizierungen auf Basis der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, hätte das Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) Ergebnis für das Jahr 2008 zusätzliche negative Marktwertanpassungen von 2,3 Mrd € enthalten.

Im Handel mit Kreditprodukten verzeichnete die Deutsche Bank Verluste von 3,2 Mrd €, in erster Linie im vierten Quartal 2008, von denen 1,7 Mrd € auf das kreditbezogene Eigenhandelsgeschäft entfielen. Diese Verluste sind hauptsächlich auf Long-Positionen im US-amerikanischen Automobilsektor, sinkende Kurse von Unternehmens- und Wandelanleihen sowie einen Anstieg des Basisrisikos bei anderen signifikanten kreditbezogenen Handelspositionen gegenüber den zu ihrer Absicherung eingegangenen Credit Default Swaps

(CDS) zurückzuführen. Die darüber hinausgehenden Verluste im Handel mit Kreditprodukten betrafen verschiedenste Sektoren. In einem Umfeld, in dem viele Marktteilnehmer ihre Risikopositionen abbauen wollten und das von geringer Liquidität geprägt war, kam es zu massiven Verkäufen von Anleihen und einer deutlichen Ausweitung der Basisspreads. Diese Verluste wurden durch Rekordergebnisse im weiterhin von einer starken Kundennachfrage geprägten Devisen-, Geldmarkt- und Rohstoffgeschäft teilweise ausgeglichen.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete für das Geschäftsjahr 2008 negative Erträge in Höhe von 631 Mio € im Vergleich zu positiven Erträgen von 4,6 Mrd € im Vorjahr. Dieser Rückgang war in erster Linie auf Verluste im Aktienderivategeschäft und Aktieneigenhandel zurückzuführen. Das Geschäft mit Aktienderivaten war durch anhaltend schwierige Marktbedingungen an den Aktienmärkten infolge einer beispiellosen Volatilität und eines äußerst niedrigen Liquiditätsniveaus gekennzeichnet. In diesem Umfeld verzeichnete der Bereich Verluste von 1,4 Mrd €, die insbesondere im vierten Quartal entstanden. Hier führte ein extremer Anstieg der Volatilität an den Aktienmärkten sowie der Korrelationen zwischen einzelnen Aktienwerten und auch zwischen Indizes, zusammen mit einer deutlichen Reduzierung der Dividendenerwartungen zu Wertminderungen bei strukturierten Positionen, die die Deutsche Bank im Zusammenhang mit umfangreichen kundenbezogenen Handelsaktivitäten im europäischen und sonstigen Aktienderivatemarkt eingegangen war. Die im Eigenhandelsgeschäft verzeichneten Verluste von 742 Mio € ergaben sich hauptsächlich dadurch, dass viele Marktteilnehmer ihre Risikopositionen abbauen wollten und es infolgedessen zu einer Reduzierung der Marktwerte von Wandelanleihen sowie zu einer Erhöhung des Basisrisikos kam. Dagegen konnte im Prime-Brokerage-Geschäft weiter Neugeschäft verzeichnet werden, so dass die Erträge nur geringfügig unter dem Vorjahreswert lagen.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft lagen in 2008 mit 210 Mio € um 2,5 Mrd € unter dem Vorjahreswert. Hauptursache für den Rückgang der Erträge waren hohe negative Marktwertanpassungen (per Saldo) auf Leveraged-Finance-Kredite und Finanzierungszusagen von 1,7 Mrd €. In 2007 hatten vergleichbare negative Marktwertanpassungen 759 Mio € betragen. Darüber hinaus wurden die Erträge durch die turbulente Situation auf den Finanzmärkten beeinträchtigt, die gegenüber 2007 zu einer geringeren Emissionstätigkeit und einem geringeren Neugeschäft führte. Ohne Umklassifizierungen auf Basis der Änderungen von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, hätte das Ergebnis für das Emissions- und Beratungsgeschäft im Gesamtjahr zusätzliche negative Marktwertanpassungen von 1,1 Mrd € enthalten.

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft betragen in 2008 1,4 Mrd € und lagen damit um 326 Mio € (31 %) über 2007. Dieser Anstieg war zu einem großen Teil auf Marktwertgewinne bei Absicherungsgeschäften und einen höheren Zinsüberschuss durch den Transfer von Aktiva aus dem Emissionsgeschäft (Debt) zum Kreditgeschäft infolge der Umklassifizierungen aufgrund der Änderungen von IAS 39 zurückzuführen.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten beliefen sich in 2008 auf minus 661 Mio €. Dies entspricht einem Rückgang von 510 Mio € gegenüber 2007. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf Marktwertverluste bei Investments zurückzuführen, die Leistungen im Zusammenhang mit dem geschlossenen Versicherungsgeschäft der Abbey Life Assurance Company Limited decken, das die Deutsche Bank im vierten Quartal 2007 erworben hat. Dieser Effekt wurde durch gegenläufige positive Beträge unter der Position Aufwendungen im Versicherungsgeschäft in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen und wirkte sich deshalb nicht auf das Ergebnis aus.

Die *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* umfasste im Gesamtjahr eine Nettozuführung von 402 Mio € nach einer Nettozuführung von 102 Mio € im Vorjahr. In dem Anstieg sind Nettoneubildungen von 257 Mio € im Zusammenhang mit Krediten enthalten, die im Rahmen der Änderungen von IAS 39 umklassifiziert wurden. Zusätzlich fielen Neubildungen für Kredite an vorwiegend europäische Kunden an, die die Verschlechterung des Kreditumfelds widerspiegeln.

Die *zinsunabhängigen Aufwendungen* gingen gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Mrd € (30 %) auf 8,6 Mrd € zurück. Hauptursachen für diese Entwicklung waren niedrigere leistungsabhängige Vergütungen infolge des Geschäftsergebnisses sowie die vorgenannten Effekte im Zusammenhang mit Abbey Life, die zu Kostensenkungen von 389 Mio € führten. Die Einsparungen die sich aus Maßnahmen zur Kostensenkung und aufgrund einer niedrigeren Mitarbeiterzahl ergaben, wurden durch höhere Abfindungszahlungen ausgeglichen.

Im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities belief sich das Ergebnis vor Steuern in 2008 auf negative 8,5 Mrd €, nach positiven 4,2 Mrd € in 2007.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Global Transaction Banking (GTB) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Transaction Services ⁽¹⁾	2.774	2.585
Sonstige Produkte ⁽¹⁾	–	–
Summe Erträge insgesamt	2.774	2.585
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	7
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.663	1.633
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–1
Minderheitsanteile	–	–
Ergebnis vor Steuern	1.106	945
Aufwand-Ertrag-Relation	60%	63%
Aktiva	49.487	32.117
Durchschnittliches Active Equity ⁽²⁾	1.081	1.095
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	102%	86%

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Die *Erträge* erhöhten sich in 2008 um 189 Mio € (7 %) auf 2,8 Mrd €. Dieser Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultierte in erster Linie aus den gestiegenen Volumina im Geschäft mit Dokumentenakkreditiven und Exportfinanzierungen für grenzüberschreitende Kundentransaktionen im Trade-Finance-Geschäft. Cash Management trug durch einen deutlichen Anstieg der Transaktionsvolumina sowohl im Euro- als auch im US-Dollar-Clearinggeschäft ebenfalls zum Ertragswachstum bei. Trotz der schwierigen Marktbedingungen in 2008 konnte bei den Einlagenvolumina ein stabiles Wachstum von 8 % im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden.

Die *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* ergab 2008 eine Nettozuführung von 5 Mio € nach einer Nettozuführung von 7 Mio € im Vorjahr.

Die *zinsunabhängigen Aufwendungen* in Höhe von 1,7 Mrd € in 2008 blieben gegenüber 2007 stabil. Aufwendungen im Zusammenhang mit Investitionen, darunter dem Erwerb von HedgeWorks LLC in den USA und der Geschäftsplattform der Pago eTransaction Services GmbH, wurden zum überwiegenden Teil durch Maßnahmen zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung sowie durch niedrigere leistungsabhängige Vergütungen ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr stieg um 160 Mio € (17%) auf 1,1 Mrd €.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

In der nachstehenden Tabelle sind die Geschäftsergebnisse des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management	2.457	3.017
Brokeragegeschäft	1.891	2.172
Kredit-/Einlagengeschäft	3.251	3.154
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.066	1.030
Sonstige Produkte	376	756
Summe Erträge insgesamt	9.041	10.129
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.871	3.529
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	668	501
Zinsunabhängige Aufwendungen	7.972	7.560
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	18	73
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	580	74
Restrukturierungsaufwand	–	–9
Minderheitsanteile	–20	8
Ergebnis vor Steuern	420	2.059
Aufwand-Ertrag-Relation	88%	75%
Aktiva	188.785	156.767
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	8.315	8.539
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	5%	24%
Invested Assets ⁽²⁾ (in Mrd €)	816	952

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

2 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F. Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das sie im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreut, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management (AM) ⁽¹⁾	1.840	2.351
Portfolio/Fund Management (PWM) ⁽¹⁾	361	414
Portfolio/Fund Management insgesamt⁽¹⁾	2.201	2.765
Brokeragegeschäft ⁽¹⁾	908	964
Kredit-/Einlagengeschäft ⁽¹⁾	266	223
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen ⁽¹⁾	26	22
Sonstige Produkte ⁽¹⁾	-137	401
Summe Erträge insgesamt	3.264	4.374
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15	1
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.794	3.453
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	18	73
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	580	74
Restrukturierungsaufwand	-	-8
Minderheitsanteile	-20	7
Ergebnis vor Steuern	-525	913
Aufwand-Ertrag-Relation	116%	79%
Aktiva	50.473	39.180
Durchschnittliches Active Equity ⁽²⁾	4.870	5.109
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-11%	18%
Invested Assets ⁽¹⁾⁽³⁾ (in Mrd €)	628	749

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das sie im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreut, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessebewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Im Geschäftsjahr 2008 beliefen sich die *Erträge* im Unternehmensbereich AWM auf 3,3 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 1,1 Mrd € (25 %) gegenüber dem Geschäftsjahr 2007. Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management im Geschäftsbereich Asset Management (AM) gingen um 510 Mio € (22 %) zurück. Im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) waren sie um 53 Mio € (13 %) rückläufig. Beide Geschäftsbereiche waren von den negativen Marktentwicklungen in 2008 stark betroffen, insbesondere im vierten Quartal. Auch der starke Euro wirkte sich ungünstig aus. Diese Marktentwicklungen führten zu einem signifikanten Rückgang der verwalteten Vermögen, insbesondere bei Aktienprodukten, was eine Reduzierung der erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen zur Folge hatte. Die Erträge aus dem Brokerage-Geschäft lagen um 56 Mio € (6 %) unter dem Wert des Vorjahres. Dies resultierte vor allem aus geringerer Kundenaktivität in einem schwierigen Marktumfeld und dem Einfluss des starken Euro. Die Erträge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft stiegen durch ein deutliches Wachstum der Kredit- und Einlagenvolumina um 43 Mio € (20 %). Bei den sonstigen Produkten wurden in 2008 negative Erträge von 137 Mio € gegenüber positiven Erträgen von 401 Mio € in 2007 berichtet. Die negativen Erträge in 2008 waren von zahlreichen wesentlichen Sonderfaktoren geprägt, die im Zusammenhang mit den Marktverwerfungen standen. Diese umfassten negative Marktwertanpassungen von rund 230 Mio € bei Seed Capital und anderen Investments sowie Zuschüsse von 150 Mio € zu bestimmten konsolidierten Geldmarktfonds.

Die *zinsunabhängigen Aufwendungen* lagen 2008 mit 3,8 Mrd € um 341 Mio € (10 %) über dem Wert aus 2007. Der Anstieg war insbesondere auf eine Abschreibung von 310 Mio € auf immaterielle Vermögenswerte in DWS Scudder (im Vergleich zu 74 Mio € im Vorjahr) und eine Goodwillabschreibung von 270 Mio € in einem konsolidierten Investment zurückzuführen (beide in AM). In PWM wurde eine Rückstellung über 98 Mio € gebildet. Diese stand im Zusammenhang mit einer bei einem Vergleich in den USA eingegangenen

Verpflichtung gegenüber Privatkunden, Auction Rate Preferred Securities („ARP“)/Auction Rate Securities („ARS“) zum Nennwert zurückzukaufen.

AWM beendete das Geschäftsjahr 2008 mit einem Verlust vor Steuern von 525 Mio € nach einem Gewinn vor Steuern von 913 Mio € im Vorjahr.

Die *Invested Assets* in AWM betragen am Jahresende 628 Mrd €, was einem Rückgang von 121 Mrd € gegenüber dem Jahresende 2007 entspricht. Von diesem Rückgang entfielen 109 Mrd € auf Marktwertverluste. Im Gesamtjahr beliefen sich die Nettomittelabflüsse in AM auf 22 Mrd €, während PWM Nettomittelzuflüsse von 10 Mrd € erzielen konnte.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse des Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme dar.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Erträge insgesamt:		
Portfolio/Fund Management ⁽¹⁾	256	252
Brokeragegeschäft ⁽¹⁾	983	1.207
Kredit-/Einlagengeschäft ⁽¹⁾	2.985	2.932
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen ⁽¹⁾	1.040	1.008
Sonstige Produkte ⁽¹⁾	513	355
Summe Erträge insgesamt	5.777	5.755
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	653	501
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.178	4.108
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–1
Minderheitsanteile	0	0
Ergebnis vor Steuern	945	1.146
Aufwand-Ertrag-Relation	72%	71%
Aktiva	138.350	117.809
Durchschnittliches Active Equity ⁽²⁾	3.445	3.430
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	27%	33%
Invested Assets ⁽¹⁾⁽³⁾ (in Mrd €)	189	203
Kreditvolumen ⁽¹⁾ (in Mrd €)	91	87
Einlagenvolumen ⁽¹⁾ (in Mrd €)	118	96

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

2 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

3 Die Deutsche Bank definiert Invested Assets als (a) Vermögen, das sie im Namen ihrer Kunden zu Anlagezwecken betreut, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von ihr verwaltet werden. Die Deutsche Bank verwaltet Invested Assets interessebewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Die *Erträge* von 5,8 Mrd € blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Die Erträge aus dem Portfolio/Fund Management stiegen leicht um 4 Mio € (1 %), was auf eine erfolgreiche Markteinführung eines Portfoliomanagementprodukts im dritten Quartal 2008 zurückzuführen war. Die Erträge aus dem Brokeragegeschäft sanken um 224 Mio € (19 %), was im Wesentlichen auf eine geringe Kundenaktivität in einem schwierigen Marktumfeld zurückzuführen war. Die Erträge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft stiegen um 53 Mio € (2 %). Der Einfluss gestiegener Volumina im Kredit- und Einlagengeschäft wurde durch niedrigere Margen, insbesondere im Einlagengeschäft, teilweise ausgeglichen. Die Erträge aus Zahlungsverkehr, Kontoführung und sonstigen Finanzdienstleistungen nahmen um 32 Mio € (3 %) zu. Dies war in erster Linie auf gestiegene Erträge im Kreditkartengeschäft zurückzuführen. Die Erträge aus sonstigen Produkten stiegen 2008 um 158 Mio € (44 %) auf 513 Mio €, was vorwiegend auf die Aktiv- und Passivsteuerung in PBC, Dividendenzahlungen eines Kooperationspartners nach einem IPO und auf Gewinne, die im Zusammenhang mit einem früheren Geschäftsverkauf standen, zurückzuführen war.

Die *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* stieg von 501 Mio € in 2007 um 152 Mio € (30 %) auf 653 Mio € in 2008. Ursache waren insbesondere die sich verschlechternden Kreditbedingungen in Spanien und eine höhere Kreditausfallquote in Deutschland und Italien. Organisches Wachstum in Polen trug ebenfalls zum Anstieg bei.

Die *zinsunabhängigen Aufwendungen* von 4,2 Mrd € in 2008 waren um 70 Mio € (2 %) höher als im Jahr 2007. Höhere Abfindungszahlungen und Kosten in Zusammenhang mit der Einstellung neuer Mitarbeiter wurden durch niedrigere leistungsabhängige Vergütungen und striktes Kostenmanagement ausgeglichen.

Das *Ergebnis vor Steuern* belief sich in 2008 auf 945 Mio €, nach 1,1 Mrd € in 2007.

Die *Invested Assets* beliefen sich zum Jahresende 2008 auf 189 Mrd €, was einem Rückgang um 15 Mrd € entspricht. Negativen Marktwertentwicklungen von 30 Mrd € standen Nettomittelzuflüsse von 15 Mrd € gegenüber.

PBC betreute zum Jahresende 14,6 Millionen Kunden. Dies entspricht einer Zunahme um rund 800.000 Kunden, insbesondere in Deutschland, Italien und Polen.

Konzernbereich Corporate Investments

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 auf Basis der Managementberichtssysteme der Deutschen Bank aufgeführt.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	2008	2007
	<i>(geprüft)</i>	
Erträge insgesamt	1.290	1.517
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	-172	157
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1	3
Zinsunabhängige Aufwendungen	95	220
davon/darin:		
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	54
Restrukturierungsaufwand	-	-0
Minderheitsanteile	2	-5
Ergebnis vor Steuern	1.194	1.299
Aufwand-Ertrag-Relation	7%	15%
Aktiva	18.297	13.005
Durchschnittliches Active Equity ⁽¹⁾	403	473
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	N/A	N/A

N/A – nicht aussagefähig

1 Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Unternehmensbereiche ist in Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Die *Erträge* beliefen sich 2008 auf 1,3 Mrd € und lagen um 227 Mio € unter dem Wert von 2007. Die in 2008 generierten Erträge enthielten Gewinne von 1,3 Mrd € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (vornehmlich Daimler AG, Allianz SE und Linde AG), einen Gewinn von 96 Mio € aus der Veräußerung der Beteiligung an der Arcor AG & Co. KG, Dividendenerträge von 114 Mio € sowie negative Marktwertanpassungen, einschließlich der Effekte aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd.

Die Erträge in 2007 beinhalteten Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in Höhe von 626 Mio € (vor allem Allianz SE, Linde AG und Fiat S. p. A.) sowie einen Gewinn von 178 Mio € aus der nach der Equity Methode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG (was zu einer Goodwillabschreibung von 54 Mio € in CI führte). Des Weiteren wurden Dividendenerträge von 141 Mio € sowie weitere Marktwertgewinne aus der Option zur Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. erzielt. Darüber hinaus beinhalteten die Erträge einen Gewinn von 313 Mio € aus der Sale-und-Leaseback-Transaktion für die Immobilie 60 Wall Street.

Die *zinsunabhängigen Aufwendungen* von 95 Mio € in 2008 lagen um 126 Mio € unter dem Wert in 2007. Ursache für diesen Rückgang waren vor allem niedrigere Kosten aus konsolidierten Investments im Geschäftsjahr 2008 und die zuvor genannte Goodwillabschreibung in 2007.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich auf 1,2 Mrd € in 2008, nach 1,3 Mrd € in 2007.

Am Ende des Geschäftsjahres 2008 belief sich der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios von CI auf 434 Mio € (31 % unter dem Buchwert zum Jahresende 2007). Davon entfielen 72 % auf Beteiligungen im

Immobilienbereich, 23 % auf direkte Private-Equity-Beteiligungen und 5 % auf indirekte Private-Equity- und andere Beteiligungen. Zum Jahresende 2007 betrug der Buchwert des Alternative-Assets-Portfolios 631 Mio €.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen

Die wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze der Bank sind für das Verständnis des Geschäftsergebnisses und der Finanzlage der Deutschen Bank von maßgeblicher Bedeutung. Die Anwendung einiger dieser Rechnungslegungsgrundsätze setzt wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen, und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Die tatsächlichen Ergebnisse können von diesen Einschätzungen abweichen, wenn sich die jeweiligen Umstände und zugrunde liegenden Bedingungen ändern. Eine Erörterung der wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze und Rechnungslegungseinschätzungen der Deutschen Bank ist den Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank für den zum 31. März 2010 endenden Dreimonatszeitraum unter „*Grundlage der Erstellung*“ sowie Note 1 und 2 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 zu entnehmen, die jeweils im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt sind.

Der Deutsche Bank-Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert:

- Bestimmung des Fair Value
- Wertminderung (Impairment) finanzieller Vermögenswerte
- Wertminderung (Impairment) nicht finanzieller Vermögenswerte
- Latente Steuerforderungen
- Ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie Steuerrisiken

Erstmals angewendete und neue Rechnungslegungsvorschriften

Informationen zu erstmals angewendeten und neuen Rechnungslegungsvorschriften der Deutschen Bank sind in den Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank für den zum 31. März 2010 endenden Dreimonatszeitraum unter „*Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden*“ sowie Note 3 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, die jeweils im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt sind, enthalten.

Zweckgesellschaften

Zur Durchführung ihrer Geschäftsaktivitäten nutzt die Deutsche Bank unter anderem sogenannte Zweckgesellschaften („SPEs“), die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. SPEs ermöglichen in erster Linie den Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten und Risiken und stellen ihnen durch die Verbriefung von Vermögenswerten Marktliquidität bereit. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden.

SPEs, die die Deutsche Bank gegründet oder gesponsert hat beziehungsweise mit denen sie eine Vertragsbeziehung unterhält, sind unter bestimmten Umständen zu konsolidieren. Die Deutsche Bank konsolidiert eine SPE, wenn sie ihre Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn sie direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte verfügt. Wenn die Geschäftsaktivitäten sehr eng umrissen sind oder es nicht eindeutig ist, wer die Finanz- und Geschäftspolitik der betreffenden SPE bestimmt, berücksichtigt die Deutsche Bank eine Reihe weiterer Faktoren, um festzulegen, ob ihr die Mehrheit der verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Die Deutsche Bank überprüft ihre Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich die Vereinbarungen mit der SPE ändern oder sich die Geschäftsbeziehung zwischen der Deutschen Bank und einer SPE substantiell verändert. Für weitere Informationen zu ihren Rechnungslegungsgrundsätzen bezüglich der Konsolidierung von SPEs sowie der Überprüfung getroffener Konsolidierungsentscheidungen siehe Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

In einigen wenigen Fällen konsolidiert die Deutsche Bank bestimmte SPEs für Zwecke sowohl des Handelsrechts als auch des deutschen Aufsichtsrechts. In allen anderen Fällen unterliegt die Bank sämtlichen SPE-bezogenen Transaktionen wie Derivategeschäften, Kreditzusagen oder Garantien und den mit ihnen verbundenen Risiken mit regulatorischem Eigenkapital. Bislang hatten die Risikopositionen gegenüber nicht konsolidierten Zweckgesellschaften keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bedingungen der Finanzierungsvereinbarungen, Kapitalkennziffern, Bonitätsbeurteilungen oder Dividenden der Deutschen Bank.

Die folgenden Abschnitte zeigen Details zu den Vermögenswerten (nach Konsolidierungsbuchungen) der von der Deutschen Bank konsolidierten SPEs sowie die maximal verbleibenden zu finanzierenden Risikopositionen gegenüber bestimmten nicht konsolidierten SPEs. Diese sollten zusammen mit den Abschnitten „—Ertragslage — Vergleich der jeweils zum 31. März endenden ersten Quartale 2010 und 2009 — Segmentüberblick — Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) — Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ und „— Ertragslage — Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2009 und 2008 — Segmentergebnisse — Konzernbereich Corporate and Investment Bank — Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ gelesen werden.

Vermögenswerte von konsolidierten SPEs

31.3.2010 (ungeprüft)

in Mio €	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽¹⁾	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	11	317	14.639	–	31	14.998
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	3.537	–	1.180	4	58	4.779
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	200	–	504	4	76	784
Repackaging und Investmentprodukte	6.205	2.071	36	877	615	9.804
Investmentfonds	6.520	195	–	732	61	7.508
Strukturierte Transaktionen	2.588	104	5.213	56	497	8.458
Operative Einheiten	1.650	3.429	2.000	515	2.861	10.455
Sonstige	327	308	619	58	599	1.911
Insgesamt	21.038	6.424	24.191	2.246	4.798	58.697

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010

1 Der Fair Value der Derivatepositionen war 257 Mio €.

31.12.2009 (ungeprüft)

in Mio €	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽¹⁾	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁽²⁾	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits ⁽²⁾	30	279	15.222	–	33	15.564
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen ⁽²⁾	3.409	–	1.175	4	57	4.645
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	200	–	516	3	73	792
Repackaging und Investmentprodukte	5.789	1.973	36	661	557	9.016
Investmentfonds	5.163	–	–	1.313	35	6.511
Strukturierte Transaktionen	2.531	108	5.207	26	423	8.295
Operative Einheiten ⁽²⁾	1.603	3.319	1.898	501	2.416	9.737
Sonstige	610	240	786	59	453	2.148
Insgesamt	19.335	5.919	24.840	2.567	4.047	56.708

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

1 Der Fair Value der Derivatepositionen beträgt 250 Mio €.

2 Bestimmte Positionen wurden in Übereinstimmung mit IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, der am 1. Juli 2008 in Kraft trat, aus den Handelsaktiva und den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert. Die Auswirkungen der Umklassifizierung werden in Note 12 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, sowie im Abschnitt „— Ertragslage — Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2009 und 2008 — Segmentergebnisse — Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities — Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets““, erläutert.

31.12.2008 (ungeprüft)

	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽¹⁾	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁽²⁾	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits ⁽²⁾	–	30	24.523	6	132	24.691
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen ⁽²⁾	8.447	–	1.324	41	307	10.119
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	546	–	533	1	148	1.228
Repackaging und Investmentprodukte	9.012	1.847	101	935	2.224	14.119
Investmentfonds	7.005	–	–	3.328	45	10.378
Strukturierte Transaktionen	3.327	202	5.066	22	416	9.033
Operative Einheiten ⁽²⁾	1.810	3.497	1.986	600	1.472	9.365
Sonstige	415	307	926	485	839	2.972
Insgesamt	30.562	5.883	34.459	5.418	5.583	81.905

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

1 Der Fair Value der Derivatepositionen beträgt 391 Mio €.

2 Bestimmte Positionen wurden in Übereinstimmung mit IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, der am 1. Juli 2008 in Kraft trat, aus den Handelsaktiva und den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert. Die Auswirkungen der Umklassifizierung werden in Note 12 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, erläutert.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Die Deutsche Bank arrangiert, sponsert und verwaltet ihre eigenen Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“). Diese Programme gewähren ihren Kunden Zugang zu Liquidität am Commercial-Paper-Markt und schaffen neue Investmentprodukte für ihre Kunden. Als Verwalter von Commercial-Paper-Programmen unterstützt die Deutsche Bank den Kauf von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein Commercial Paper Conduit („Conduit“), das anschließend zur Finanzierung dieses Kaufs kurzfristige Commercial Paper hoher Bonität am Markt verkauft. Diese sind durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert. Um ein hohes Rating („Investment Grade Rating“) für die Commercial Paper aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsfazilitäten. Die Deutsche Bank stellt diesen Conduits Liquidität bereit und ist deshalb Schwankungen des Buchwerts der Vermögenswerte der Conduits ausgesetzt. Die Deutsche Bank konsolidiert die Mehrzahl der von ihr gesponserten Conduitprogramme, da sie über einen beherrschenden Einfluss verfügt.

Die Liquiditätszusagen der Deutschen Bank gegenüber den Conduits entsprechen dem Gesamtvolumen der in 2009 begebenen Commercial Paper von 16,2 Mrd €, von denen sie zum 31. Dezember 2009 8,2 Mrd € hielt. Das Gesamtvolumen der in 2008 begebenen Commercial Paper betrug 25,2 Mrd €, von dem sie zum 31. Dezember 2008 5,1 Mrd € hielt.

Zu den als Sicherheiten dienenden in den Conduits enthaltenen Vermögenswerten gehören verbrieftete Kredite und Wertpapiere, darunter Flugzeugleasing, Studentenkredite, Trust Preferred Securities sowie verbrieftete private und gewerbliche Immobilienkredite. Die Sicherheiten der Conduits gingen zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2009 um 9,1 Mrd € zurück. Diese Veränderung wurde überwiegend durch die Fälligkeit von Liquiditätsfazilitäten verursacht.

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Die Deutsche Bank sponsert SPEs, für die sie Vermögenswerte generiert oder kauft. Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich überwiegend um private und gewerbliche Immobilienkredite sowie deren Verbriefungen. Die SPEs finanzieren solche Käufe durch die Begebung verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaft geknüpft ist. In den Fällen, in denen die Deutsche Bank einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten behält, wird anhand der relevanten Faktoren geprüft, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Ist das der Fall, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von der Deutschen Bank bei diesen Verbriefungen zurückgehaltenen Risikopositionen belief sich am 31. Dezember 2009 auf 3,0 Mrd € (2008: 4,4 Mrd €). Während des Geschäftsjahres 2009 veräußerte die Deutsche Bank aktiv die von ihr an diesen SPEs gehaltenen nachrangigen

Vermögenswerte. Das führte zu einer Entkonsolidierung der SPEs und damit zu einem Rückgang ihrer konsolidierten Vermögenswerte.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

In Verbindung mit ihren Handelsaktivitäten und Emissionsgeschäften erwirbt die Deutsche Bank von konzernfremden Verbriefungsgesellschaften begebene Wertpapiere. Diese Gesellschaften investieren die Mittel in diversifizierte Pools von gewerblichen und privaten Immobilienkrediten sowie deren Verbriefungen. Die Gesellschaften finanzieren solche Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der von ihnen gehaltenen Vermögenswerte gebunden ist. In den Fällen, in denen die Deutsche Bank einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten hat, ist zu prüfen, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Liegt dieser vor, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von der Deutschen Bank zurückbehaltenen Risikopositionen bei diesen Verbriefungen belief sich am 31. Dezember 2009 auf 0,7 Mrd € (2008: 0,8 Mrd €).

Repackaging und Investmentprodukte

Das Repackaging ist konzeptionell mit der Verbriefung vergleichbar. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die zugrunde liegenden Produkte keine unverbrieften finanziellen Vermögenswerte, sondern Wertpapiere und Derivate sind, die in anderer Form neu zusammengesetzt werden, um bestimmte Anlegerbedürfnisse zu erfüllen. Die Deutsche Bank konsolidiert diese SPEs, wenn ihr die Mehrheit der mit ihnen verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Investmentprodukte ermöglichen Kunden den Zugang zu bestimmten Portfolios von Vermögenswerten und Risiken durch den Kauf der strukturierten Anleihen. Die Deutsche Bank sichert ihr Engagement durch den Kauf von Anteilen an den SPEs ab, deren Rendite der für die Anleihen festgelegten Rendite entspricht. Die Deutsche Bank konsolidiert die SPEs, wenn sie einen beherrschenden Einfluss besitzt oder die Mehrheit der Risiken und Chancen hält. In 2009 gingen die konsolidierten Vermögenswerte infolge der Entkonsolidierung bestimmter SPEs um 4,0 Mrd € zurück. Die Umgliederung von Maher Terminal LLC und Maher Terminal of Canada Corp. in Operative Einheiten führte zu einem weiteren Rückgang der konsolidierten Vermögenswerte in Höhe von 1,1 Mrd €.

Investmentfonds

Die Deutsche Bank bietet Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Die Deutsche Bank gibt Garantien für ausgewählte Fonds, in deren Rahmen sie den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten ein bestimmtes Nettofondsvermögen garantiert. Das Risiko der Deutschen Bank als Garantiegeber besteht darin, dass sie die Anleger entschädigen muss, falls die Marktwerte dieser Produkte an den Garantiestichtagen unter dem garantierten Niveau liegen. Für die Vermögensverwaltung dieser Produkte erhält die Deutsche Bank Management- und teilweise erfolgsabhängige Gebühren. Obgleich die Deutsche Bank zur Unterstützung solcher Fonds nicht vertraglich verpflichtet ist, hat die Deutsche Bank sich in bestimmten Fällen entschlossen, die Erreichung der für diese Fonds angestrebten Zielrenditen durch eine Zuführung von Barmitteln in Höhe von 16 Mio € in 2009 und 207 Mio € in 2008 zu unterstützen.

Während des Geschäftsjahres 2009 gingen die Vermögenswerte in den konsolidierten Investmentfonds um 3,9 Mrd € zurück. Der Rückgang war auf den Abfluss von Barmitteln sowie auf die Entkonsolidierung von zwei Fonds, hervorgerufen durch das Auslaufen von Garantien, zurückzuführen.

Strukturierte Transaktionen

Die Deutsche Bank beteiligt sich an ausgewählten Transaktionen, die Kunden Finanzierungsmöglichkeiten zu günstigen Konditionen bieten. Die Finanzierung erfolgt vorwiegend auf besicherter Basis. Die strukturierten Transaktionen sind speziell auf die Bedürfnisse der Kunden der Deutschen Bank zugeschnitten. Die Deutsche Bank konsolidiert die SPEs, wenn sie einen beherrschenden Einfluss besitzt oder über Residualansprüche und/oder eine Liquiditätsfazilität die Mehrheit der Risiken und Chancen trägt. Die Bilanzstruktur der von der Deutschen Bank konsolidierten SPEs wird zum einen durch das Eingehen neuer Transaktionen beeinflusst. Zum anderen wirken sich Endfälligkeiten, Restrukturierungen und die vorzeitige Abwicklung infolge der Ausübung von Optionen auf die bestehenden Transaktionen aus.

Operative Einheiten

In einigen für die Deutsche Bank vorteilhaften Fällen gründet die Bank SPEs, um über sie einen Teil ihres operativen Geschäfts durchzuführen. Zu den damit verbundenen Aktivitäten, bei denen sich ihr Engagement auf ihre Investition in die SPE beschränkt, gehören das Halten von Beteiligungen und die Begebung von Credit Default Swaps. Die Deutsche Bank konsolidiert diese Einheiten, wenn sie einen beherrschenden Einfluss besitzt oder die Mehrheit der Risiken und Chancen an der SPE hält. Die in der Tabelle ausgewiesenen Vermögenswerte umfassen auch einen Immobilienrettungserwerb in den USA mit einem Buchwert von

1,1 Mrd € sowie 1,1 Mrd € aus der Umgliederung von Maher Terminal LLC und Maher Terminal of Canada Corp. aus Repackaging und Investmentprodukten.

Risikopositionen mit nicht konsolidierten SPEs

Maximal verbleibende zu finanzierende Risikoposition

in Mrd €	31.3.2010	31.12.2009 <i>(ungeprüft)</i>	31.12.2008
Kategorie:			
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	2,9	2,7	3,3
ABCP-Conduits Dritter.	2,5	2,5	2,1
Von Dritten gesponserte Verbriefungen			
US-amerikanische	3,5	3,9	5,3
Nicht US-amerikanische	1,0 ⁽¹⁾	2,5	4,0
Garantierte Investmentfonds	11,6	12,4	10,9
Immobilienleasingfonds	0,8	0,8	0,8

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010, Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

1 Der Rückgang zum 31. März 2010 ist auf die Abwicklung einer Kreditzusage zurückzuführen.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Die Deutsche Bank sponsert und verwaltet fünf in Australien gegründete ABCP-Conduits, die nicht konsolidiert werden, da die Deutsche Bank nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen hält. Solche Conduits ermöglichen den Kunden der Deutschen Bank den Zugang zu Liquidität im Commercial-Paper-Markt in Australien. Die Aktiva der Conduits, die sich zum 31. Dezember 2009 auf insgesamt 2,3 Mrd € (2008: 2,8 Mrd €) beliefen, bestehen aus Wertpapieren, die durch Hypotheken auf Wohnimmobilien außerhalb der USA unterlegt sind und die von Warehouse SPEs begeben werden, welche die Kunden gegründet haben, um den Erwerb dieser Vermögenswerte durch die Conduits zu unterstützen. Diese Wertpapiere verfügen über ein Rating von mindestens AA-. Das zur Erreichung des Ratings erforderliche Credit Enhancement wird in der Regel über eine Hypothekensversicherung erreicht, die ein Drittversicherer gegenüber den SPEs übernimmt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte beträgt fünf Jahre. Die durchschnittliche Laufzeit der Commercial Paper, die durch außerbilanziell erfasste Conduits emittiert werden, beträgt einen Monat bis drei Monate.

Das Engagement der Deutschen Bank bei diesen Gesellschaften ist auf die zugesagten Liquiditätsfazilitäten beschränkt, die sich zum 31. Dezember 2009 auf insgesamt 2,7 Mrd € (2008: 3,3 Mrd €) beliefen. Im Geschäftsjahr 2009 hat die Deutsche Bank die den Gesellschaften gewährten Kreditlinien reduziert, was zu einem Rückgang der durch die Conduits begebenen Commercial Paper und der von ihnen gehaltenen Vermögenswerte führte. Keine dieser Liquiditätsfazilitäten ist bisher in Anspruch genommen worden. Da die Inanspruchnahme von Liquiditätsfazilitäten durch die in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte besichert ist, ist eine in Anspruch genommene Fazilität den Wertschwankungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte ausgesetzt. Sollten die Vermögenswerte deutlich im Wert zurückgehen, könnten nicht mehr genügend Mittel zur Rückzahlung der ausgezahlten Gelder zur Verfügung stehen. Zum 31. Dezember 2009 hatte die Deutsche Bank keine materiellen Bestände an Commercial Paper oder an Wertpapieren, die durch solche Conduits begeben wurden.

ABCP-Conduits Dritter

Neben dem Sponsoring ihrer eigenen Commercial-Paper-Programme unterstützt die Deutsche Bank Dritte bei der Auflegung und dem fortlaufenden Risikomanagement derer Commercial-Paper-Programme. Die Deutsche Bank konsolidiert keine ABCP-Conduits Dritter, da sie bei diesen nicht über einen beherrschenden Einfluss verfügt.

Die Leistungen der Deutschen Bank für Conduits Dritter dienen vorwiegend Finanzierungszwecken und bestehen in der Zusage von Liquiditätsfazilitäten und Wertpapierpensionsgeschäften, die für den Fall von Störungen am Commercial-Paper-Markt bereitgestellt werden. Die Liquiditätsfazilitäten und zugesagten Wertpapierpensionsgeschäfte werden außerbilanziell erfasst. Dies gilt nicht, wenn eine eventuelle Zahlung wahrscheinlich sowie deren Höhe abschätzbar ist, sodass eine Verbindlichkeit bilanziert werden muss. Zum 31. Dezember 2009 belief sich der Nominalwert der von der Deutschen Bank zugesagten und gegenwärtig nicht in Anspruch genommenen Fazilitäten auf 2,5 Mrd € (2008: 2,1 Mrd €). Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert. Die Veränderung des Fair Value der entsprechenden Vermögenswerte beeinflusst die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags.

Einige kanadische ABCP-Conduits, die in 2008 Liquiditätsprobleme hatten, wurden im Rahmen eines Kompromisses entsprechend dem Companies' Creditors Arrangement Act (Canada) restrukturiert. Die Verhandlung wurde am 21. Januar 2009 abgeschlossen. Gemäß den Restrukturierungsbestimmungen hat die Deutsche Bank Marginalitäten in Höhe von 1,6 Mrd € zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2009 wurden keine Fazilitäten in Anspruch genommen.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

Bei von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, für die die Deutsche Bank und in einigen Fällen auch Dritte Finanzierungsmittel bereitstellen, handelt es sich um von Dritten verwaltete Investmentgesellschaften, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten kaufen, darunter festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset-backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite und Forderungen aus Kreditkartengeschäften) sowie Forderungen aus Filmrechten. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der Vermögenswerte der Zweckgesellschaften geknüpft ist.

Der Nominalbetrag der von der Deutschen Bank bereitgestellten Liquiditätsfazilitäten einschließlich des nicht in Anspruch genommenen Anteils belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 11,1 Mrd € (2008: 20,1 Mrd €). Davon wurden 4,7 Mrd € (2008: 10,8 Mrd €) in Anspruch genommen. Damit standen 6,4 Mrd € (2008: 9,3 Mrd €), wie in der Tabelle aufgeführt, noch zur Verfügung. Der Rückgang des Nominalwerts war hauptsächlich auf endfällige Fazilitäten zurückzuführen. Alle Fazilitäten stehen für eine Inanspruchnahme zur Verfügung, sobald bestimmte Kriterien hinsichtlich der Vermögenswerte erfüllt und die Performanceziele nicht erreicht sind. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert, sodass die Veränderung des Fair Value dieser Vermögenswerte die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags beeinflusst.

Investmentfonds

Die Deutsche Bank übernimmt Fondsgarantien, in deren Rahmen sie den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten einen bestimmten Wert des Nettofondsvermögens garantieren. Solche Garantien führen nicht zu einer Konsolidierung der Fonds. Die Garantien werden bilanzwirksam als Derivate zum Fair Value erfasst, und Fair-Value-Änderungen erfolgswirksam ausgewiesen. Der Fair Value der Garantien betrug zum 31. Dezember 2009 2,5 Mio € (2008: 13,2 Mio €). Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich die von diesen nicht konsolidierten Fonds verwalteten Vermögenswerte auf 13,7 Mrd € (2008: 11,8 Mrd €) und die von ihnen begebenen Garantien auf 12,4 Mrd € (2008: 10,9 Mrd €).

Immobilienleasingfonds

Die Deutsche Bank begibt Garantien für SPEs, die in Immobilienvermögen (Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Infrastrukturinvestitionen in Deutschland) investieren, das von Dritten finanziert und an Kunden der Deutschen Bank vermietet wird. Derartige Garantien werden nur in Anspruch genommen, falls das Immobilienvermögen zerstört wurde und das Versicherungsunternehmen nicht für den daraus resultierenden Verlust aufkommt. Wird die Garantie in Anspruch genommen, hat die Bank eine Forderung gegenüber dem Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus schreibt sie Verkaufsoptionen für von ihr aufgelegte geschlossene Immobilienfonds, die Gewerbeimmobilien oder Infrastrukturinvestitionen in Deutschland erwerben, die dann von Dritten geleast werden. Die Verkaufsoption gibt dem Anteilseigner das Recht, die Immobilie am Ende der Leasingfrist zu einem festen Preis an die Deutsche Bank zu verkaufen. Der Nominalbetrag der von der Bank begebenen Garantien betrug zum 31. Dezember 2009 525 Mio € (2008: 535 Mio €) und der Nominalwert der geschriebenen Verkaufsoptionen belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 246 Mio € (2008: 222 Mio €). Der Fair Value der begebenen Garantien und der geschriebenen Verkaufsoptionen ist nicht materiell. Die Deutsche Bank konsolidiert diese SPEs nicht, da sie bei ihnen nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen trägt.

Vertragsbeziehungen mit anderen nicht konsolidierten SPEs

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Im Geschäftsjahr 2008 schloss die Deutsche Bank Geschäfte mit SPEs ab, die die Ausbuchung von Krediten in Höhe von 10,4 Mrd € ermöglichten. Dabei handelte es sich um Kredite im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen, vor allem in den USA, sowie um gewerbliche Immobilienkredite, die zum Fair Value bewertet werden. Bei zwei SPEs wurden im vierten Quartal 2008 Ausfallereignisse ausgelöst, nachdem der Wert der Vermögenswerte der SPEs unter den festgelegten Grenzbetrag gefallen war. Dies führte dazu, dass die externen Anteilseigner einwilligten, einen zusätzlichen Kapitalbetrag von 0,7 Mrd € zwecks Ausgleich einzuschließen. Zum 31. Dezember 2008 wurde einer der SPEs zusätzliches Eigenkapital in Höhe von 0,5 Mrd € bereitgestellt. Der von anderen Anteilseignern ausstehende Betrag von 0,2 Mrd € wurde im ersten Quartal 2009 überwiesen. In 2009 kam es zu keinen weiteren Ausfallereignissen.

Überblick zu vertraglichen Verpflichtungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die am 31. Dezember 2009 bestehenden, aber noch nicht fälligen Barleistungsverpflichtungen aus vertraglichen Verpflichtungen.

Vertragliche Verpflichtungen (ungeprüft) in Mio €	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Ins- gesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten	131.782	18.895	37.599	29.299	45.989
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) . .	10.577	746	2.905	1.087	5.839
Langfristige zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen ⁽¹⁾	16.666	4.348	3.851	2.774	5.693
Finanzleasingverpflichtungen	275	25	46	60	144
Operating-Lease-Verpflichtungen	5.126	728	1.160	886	2.352
Kaufverpflichtungen	2.364	560	1.300	341	163
Langfristige Einlagen	33.415	–	14.902	6.573	11.940
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	7.256	481	327	993	5.455
Insgesamt	207.461	25.783	62.090	42.013	77.575

Quelle: Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

¹ Beinhaltet im Wesentlichen zum Fair Value klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den oben genannten Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 255 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung. Einige der unter Kaufverpflichtungen ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Notes) des im Abschnitt „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009: Note 11 zu finanziellen Verpflichtungen, die zum Fair Value bewertet sind, Note 22 zu Leasingverpflichtungen, Note 26 zu Einlagen und Note 29 zu langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten.

Vermögenslage

Vergleich zum 31. März 2010 und 31. Dezember 2009

Die folgende Tabelle zeigt Informationen zur Vermögenslage der Deutschen Bank zum 31. März 2010 und 31. Dezember 2009 auf Basis des Konzernzwischenabschlusses der Deutschen Bank zum 31. März 2010 (mit Vergleichsangaben zum 31. Dezember 2009).

in Mio €	31. März 2010	31. Dezember 2009
	<i>(prüferisch durchgesehen, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Barreserve	10.010	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	59.985	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	58.517	50.329
Handelsaktiva	262.886	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	619.633	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	151.647	134.000
Forderungen aus dem Kreditgeschäft.	266.835	258.105
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	144.658	93.452
Übrige Aktiva ⁽¹⁾	96.271	76.879
Summe der Aktiva	1.670.442	1.500.664
Einlagen.	366.040	344.220
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	56.064	51.059
Handelspassiva.	78.742	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	607.736	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	105.808	73.522
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	43.993	42.897
Langfristige Verbindlichkeiten	143.687	131.782
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	153.736	110.797
Übrige Passiva ⁽¹⁾	74.452	66.944
Summe der Verbindlichkeiten	1.630.258	1.462.695
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	40.184	37.969

1 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010.

Aktiva und Verbindlichkeiten

Die Summe der Aktiva des Deutsche Bank-Konzerns zum 31. März 2010 betrug 1.670 Mrd €. Der Anstieg um 170 Mrd € (11 %) gegenüber dem 31. Dezember 2009 war im Wesentlichen zurückzuführen auf Effekte aus Währungskursveränderungen, Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung und die Konsolidierung von Sal. Oppenheim. Die Summe der Verbindlichkeiten stieg im gleichen Zeitraum um 168 Mrd € auf 1.630 Mrd €.

Die Veränderung der Wechselkurse, insbesondere zwischen dem US-Dollar und dem Euro, trug mehr als 25 % zu dem beobachteten Anstieg der Bilanzsumme der Deutschen Bank in den ersten drei Monaten in 2010 bei.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung erhöhten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 51 Mrd € beziehungsweise 43 Mrd €. Beide Erhöhungen beinhalteten höhere Volumina aus Wertpapierkassageschäften, die auf erhöhte Marktaktivitäten zurückzuführen waren.

Die Handelsaktiva und -passiva erhöhten sich um 28 Mrd € sowie 14 Mrd €. Positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stiegen überwiegend aufgrund von Effekten aus Wechselkursveränderungen um 23 Mrd € und 31 Mrd €. Die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte erhöhten sich um 18 Mrd €, während die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verbindlichkeiten um 32 Mrd € anstiegen. Beide Entwicklungen waren insbesondere auf Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) zurückzuführen.

Die verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten stiegen gegenüber dem 31. Dezember 2009 um 13 Mrd €. Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft erhöhten sich um 9 Mrd € auf 267 Mrd € teilweise aufgrund von Effekten aus Währungskursveränderungen sowie aufgrund der Konsolidierung von Sal. Oppenheim. Die Einlagen

stiegen um 22 Mrd € sowohl infolge der Konsolidierung von Sal. Oppenheim als auch durch eine Erhöhung der Einlagen von Banken in CB&S. Die Langfristigen Verbindlichkeiten beliefen sich zum 31. März 2010 auf 144 Mrd € und erhöhten sich damit um 12 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2009.

Fair-Value-Hierarchie – Bewertungsverfahren mittels nicht beobachtbarer Parameter

Die Buchwerte der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente sind gemäß der IFRS-Fair-Value-Hierarchie wie folgt aufgeteilt: notierte Preise in einem aktiven Markt („Level 1“), Bewertungsverfahren mittels beobachtbarer Parameter („Level 2“) oder Bewertungsverfahren mittels eines oder mehrerer signifikanter nicht beobachtbarer Parameter („Level 3“). Die Level-3-Vermögenswerte umfassen komplexe OTC-Derivate, illiquide Kredite und bestimmte strukturierte Anleihen.

Der Bilanzwert der Level-3-Vermögenswerte belief sich zum 31. März 2010 auf 56 Mrd €, was 5 % der Gesamtsumme der zum Fair Value ausgewiesenen Vermögenswerte entsprach (31. Dezember 2009: 58 Mrd € beziehungsweise 6 %). Der Rückgang der Level-3-Vermögenswerte um 2 Mrd € im ersten Quartal 2010 resultierte hauptsächlich aus Umklassifizierungen in Level 2 aufgrund erhöhter Liquidität und verbesserter Transparenz von Bewertungsparametern.

Der Bilanzwert der Level-3-Verpflichtungen betrug zum 31. März 2010 19 Mrd €, was 2 % der Gesamtsumme der zum Fair Value ausgewiesenen Verpflichtungen entsprach (31. Dezember 2009: 18 Mrd € beziehungsweise 3 %).

Eigenkapital

Das Eigenkapital stieg zum 31. März 2010 auf 40,2 Mrd € und lag damit um 2,2 Mrd € (6 %) über dem Wert zum 31. Dezember 2009 von 38,0 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis von 1,8 Mrd € und aus nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfassten Gewinnen von 977 Mio €. Diese positive Entwicklung wurde durch eine Nettoabnahme der im Eigenkapital erfassten Beträge für aktienbasierte Vergütungen um 337 Mio € teilweise ausgeglichen. Die vorgenannten, nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfassten Gewinne waren vorwiegend auf positive Effekte aus Wechselkursveränderungen in Höhe von 680 Mio € (vor allem US-Dollar) sowie auf unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 288 Mio € zurückzuführen.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Tier-1-Kapitalquote belief sich zum Ende des ersten Quartals 2010 auf 11,2 % und lag damit unter dem Wert von 12,6 % zum Ende des vierten Quartals 2009, aber deutlich über der veröffentlichten Zielgröße der Deutschen Bank von 10 %. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Akquisition von Sal. Oppenheim, die mit einem Anstieg der Risikoaktiva um 17 Mrd € im Quartalsvergleich und einer Reduzierung des Tier-1-Kapitals des Deutsche Bank-Konzerns um 1,3 Mrd € zu einer Verringerung der Tier-1-Kapitalquote um 117 Basispunkte führte. Darüber hinaus führte eine Änderung in der aufsichtsrechtlichen Meldung für bestimmte Verbriefungspositionen im Handelsbuch zu einem zusätzlichen Abzug vom Tier-1-Kapital in Höhe von 1,4 Mrd € (und einem entsprechenden Abzug im Tier-2-Kapital). Dies führte zu einem Rückgang der Tier-1-Kapitalquote um 49 Basispunkte. Die Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung hybrider Bestandteile betrug zum Ende des Berichtsquartals 7,5 % und war damit niedriger als die Quote von 8,7 % zum Jahresende 2009. Das Tier-1-Kapital betrug 32,8 Mrd € zum Ende des ersten Quartals 2010. Es lag damit um 1,6 Mrd € unter dem Wert zum Jahresende 2009 und reflektierte die oben dargelegten Reduzierungen des Tier-1-Kapitals sowie eine Kapitalzuführung durch den Gewinn nach Steuern in Höhe von 1,8 Mrd €. Die Risikoaktiva betragen zum Ende des ersten Quartals 2010 292 Mrd €, rund 19 Mrd € mehr als zum Ende des vierten Quartals 2009. Diese Erhöhung reflektierte im Wesentlichen die Konsolidierung von Sal. Oppenheim.

Vergleich zum 31. Dezember 2009 und 2008

Die folgende Tabelle zeigt Informationen zur Vermögenslage der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2009 und 2008 gemäß dem Konzernabschluss der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2009.

in Mio €	31. Dezember	
	2009	2008
	<i>(geprüft)</i>	
Barreserve	9.346	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	47.233	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	50.329	44.289
Handelsaktiva	234.910	247.462
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	596.410	1.224.493
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	134.000	151.856
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	258.105	269.281
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	93.453	104.058
Übrige Aktiva	76.878	86.419
Summe der Aktiva	1.500.664	2.202.423
Einlagen	344.220	395.553
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	51.059	90.333
Handelspassiva	64.501	68.168
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	576.973	1.181.617
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	73.522	78.003
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.897	39.115
Langfristige Verbindlichkeiten	131.782	133.856
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	110.797	111.467
Übrige Passiva	67.366	72.397
Summe der Verbindlichkeiten	1.462.695	2.170.509
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteilen	37.969	31.914

Aktiva und Verbindlichkeiten

Zum 31. Dezember 2009 betrug die Summe der Aktiva des Deutsche Bank-Konzerns 1.501 Mrd €. Dies entsprach einem Rückgang von 702 Mrd € (32 %) gegenüber dem Wert zum 31. Dezember 2008 (2.202 Mrd €). Die Summe der Verbindlichkeiten von 1.463 Mrd € zum 31. Dezember 2009 lag um 708 Mrd € (33 %) unter dem Wert zum Jahresende 2008 (2.171 Mrd €).

Sowohl die Entwicklung der Aktiva als auch die der Passiva wurde 2009 durch Veränderungen der Wechselkurse zwischen dem US-Dollar und dem Euro nur leicht beeinflusst. Im ersten Quartal 2009 führte die Schwäche des Euro zu höheren Gegenwerten in Euro für die auf dem US-Dollar basierenden Aktiva und Passiva der Deutschen Bank. Diese Entwicklung wurde durch die Aufwertung des Euro im zweiten und dritten Quartal 2009 mehr als kompensiert. Die Schwäche des Euro im vierten Quartal 2009 führte zu einer deutlichen Reduzierung des Gesamteffekts aus den Veränderungen des Wechselkurses zwischen dem US-Dollar und dem Euro.

Die Reduzierung der Aktiva und Passiva im Vergleich zum 31. Dezember 2008 war im Wesentlichen auf einen Rückgang der positiven und negativen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente zurückzuführen. Diese gingen zum 31. Dezember 2009 um 628 Mrd € beziehungsweise 605 Mrd € gegenüber den Vergleichswerten zum 31. Dezember 2008 zurück. Diese Reduktion war hauptsächlich im Geschäft der Deutschen Bank mit Zins-, Kredithandels- und Fremdwährungsprodukten zu verzeichnen und dabei hauptsächlich auf steigende Zinsstrukturkurven, Aktivitäten zur Risikoreduzierung sowie auf sinkende Credit Spreads im Jahr 2009 zurückzuführen. Der Rückgang im Einlagengeschäft um 51 Mrd €, welcher annähernd zu gleichen Teilen auf das Geschäft mit Banken und Nichtbanken entfiel, trug ebenfalls zur Reduktion der Verbindlichkeiten der Deutschen Bank bei.

Diese Entwicklung ist auch bei den meisten anderen Bilanzkategorien zu verzeichnen und reflektiert vor allem die Aktivitäten der Deutschen Bank zur Reduzierung ihres Bilanzvolumens.

Eigenkapital

Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 38,0 Mrd € und lag damit um 6,1 Mrd € (19 %) über dem Wert zum 31. Dezember 2008 von 31,9 Mrd €. Dieser Anstieg folgte in erster Linie aus dem den Deutsche

Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis von 5,0 Mrd €, einem Rückgang der nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfassten Verluste um 1,1 Mrd €, einer Kapitalerhöhung von 958 Mio € aus der Emission von 50 Millionen neuen Aktien im März 2009 in Verbindung mit der Akquisition der Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG und einem Rückgang des Bestands an eigenen Aktien um 892 Mio €, der vom Eigenkapital abgezogen wird. Diese positiven Faktoren wurden durch eine Nettoabnahme der aktienbasierten Vergütung in Höhe von 688 Mio €, versicherungsmathematische Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen von 679 Mio € nach Steuern und gezahlte Bardividenden von 309 Mio € teilweise ausgeglichen.

Der vorgenannte materielle Rückgang der nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfassten Verluste war hauptsächlich auf eine Abnahme der unrealisierten Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten um 761 Mio € zurückzuführen. Im negativen Bilanzwert von 121 Mio € zum 31. Dezember 2009 war ein Verlust nach Steuern von 831 Mio € aus Schuldtiteln in Conduits aus vom Konzern gesponserten Asset-backed-Commercial-Paper-Programmen („ABCP“) enthalten, die nach der Änderung von IAS 39 zum 1. Juli 2008 von den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Kategorie der Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden. Diese unrealisierten Verluste aus der Zeit vor der Umklassifizierung werden bis zur Fälligkeit der Aktiva auf Basis der Effektivzinsmethode in der Gewinn- und Verlust-Rechnung vereinnahmt. Sollte ein umklassifizierter Vermögenswert zukünftig einer Wertminderung unterliegen, wird der diesem Vermögenswert zuzurechnende und im Eigenkapital ausgewiesene Betrag zum Zeitpunkt der Wertminderung aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Das gemäß Basel II ausgewiesene aufsichtsrechtliche Kapital insgesamt (Tier-1- und Tier-2-Kapital) betrug 37,9 Mrd € zum Jahresende 2009 gegenüber 37,4 Mrd € zum Jahresende 2008. Während das Kernkapital (Tier-1) um 3,3 Mrd € stieg, ging das Ergänzungskapital (Tier-2) um 2,8 Mrd € zurück. Sowohl das Tier-1- als auch das Tier-2-Kapital ging um 2,6 Mrd € infolge der gestiegenen Basel II-relevanten Abzugsposten zurück. Diese reflektierten unter anderem den Abzug der Minderheitsanteile an der Deutschen Postbank AG. Das Tier-1-Kapital erhöhte sich im Gegenzug um 5,0 Mrd € durch das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis. Der verbleibende Rückgang des Tier-2-Kapitals resultierte hauptsächlich aus der Tilgung von langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 873 Mio €.

Vergleich zum 31. Dezember 2008 und 2007

Die nachfolgende Tabelle zeigt Informationen zur Vermögenslage der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2008 und 2007 gemäß dem Konzernabschluss der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2008.

in Mio €	31. Dezember	
	2008	2007
	(geprüft)	
Barreserve	9.826	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	64.739	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	44.289	69.558
Handelsaktiva	247.462	553.920
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.224.493	506.967
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	151.856	317.124
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	269.281	198.892
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	104.058	151.159
Übrige Aktiva	86.419	97.136
Summe der Aktiva	2.202.423	1.925.003
Einlagen	395.553	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	90.333	188.306
Handelspassiva	68.168	107.055
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.181.617	512.436
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	78.003	240.798
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.115	53.410
Langfristige Verbindlichkeiten	133.856	126.703
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	111.467	128.408
Übrige Passiva	72.397	70.626
Summe der Verbindlichkeiten	2.170.509	1.885.688
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile	31.914	39.315

Aktiva und Verbindlichkeiten

Die Summe der Aktiva betrug zum 31. Dezember 2008 2.202 Mrd €. Dies entsprach einem Anstieg von 277 Mrd € (14 %) gegenüber dem 31. Dezember 2007 (1.925 Mrd €). Die Summe der Verbindlichkeiten von 2.171 Mrd € lag zum 31. Dezember 2008 um 285 Mrd € (15 %) über dem Wert zum Jahresende 2007 (1.886 Mrd €). Die Summe der Aktiva und die Summe der Passiva zum 31. Dezember 2007 wurden an den gegenwärtigen Ausweis angepasst.

Die Entwicklung sowohl der Aktiva als auch der Passiva wurde 2008 durch Veränderungen der Wechselkurse zwischen dem US-Dollar und dem Euro signifikant beeinflusst. In der ersten Jahreshälfte 2008 führte die Stärke des Euro zu geringeren Gegenwerten in Euro für die auf dem US-Dollar basierenden Aktiva und Passiva. Die Abwertung des Euro seit Beginn des dritten Quartals 2008 hatte die Umkehr eines Großteils dieser Entwicklung zur Folge, so dass die Bilanzentwicklung im Gesamtjahr 2008 insgesamt nur geringfügig durch Wechselkursänderungen beeinflusst wurde.

Die Erhöhung der Aktiva und Passiva im Vergleich zum 31. Dezember 2007 war im Wesentlichen auf positive und negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente zurückzuführen. Diese lagen zum 31. Dezember 2008 um 718 Mrd € beziehungsweise 669 Mrd € über den Vergleichswerten zum 31. Dezember 2007. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf das Geschäft mit Kredit-, FX- und Zinsprodukten zurückzuführen und resultierte aus extremer Marktvolatilität und Zinsschwankungen. Ferner stieg das Kreditgeschäft um 70 Mrd € auf 269 Mrd € zum 31. Dezember 2008, vornehmlich im Bereich CIB. Dieser Zuwachs war größtenteils auf Umklassifizierungen nach Maßgabe der Änderungen zu IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“ zurückzuführen.

Diese Entwicklungen wurden zum Teil durch Rückgänge in den meisten anderen Bilanzkategorien ausgeglichen. Dies reflektierte vor allem die im 2. Quartal 2008 eingeleiteten Aktivitäten zur Reduzierung des Bilanzvolumens und wirkte sich insbesondere auf die nicht derivativen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen aus.

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2008 belief sich das Eigenkapital auf 31,9 Mrd € und lag damit um 7,4 Mrd € (19 %) unter dem Wert des Vorjahres (39,3 Mrd €). Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus einem Rückgang der

unrealisierten Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten um 4,5 Mrd € (davon entfielen 0,7 Mrd € auf realisierte Gewinne/Verluste aus nicht festverzinslichen und festverzinslichen Wertpapieren, die keine Auswirkung auf das Eigenkapital hatten), aus einem den Aktionären der Deutschen Bank zurechenbare Konzernverlust in Höhe von 3,8 Mrd €, der im Mai 2008 erfolgten Dividendenzahlung von 2,3 Mrd € für das Geschäftsjahr 2007, Verlusten aus dem Verkauf Eigener Aktien in Höhe von 1,2 Mrd €, sowie negativen Effekten aus Wechselkursänderungen von 1,1 Mrd € (insbesondere des US-Dollars und des Britischen Pfunds). Diese Faktoren wurden durch die im September 2008 erfolgte Kapitalerhöhung von 2,2 Mrd €, einen positiven Effekt in Höhe von 1,9 Mrd € aus der Reduzierung Eigener Aktien im Bestand sowie den per saldo positiven Effekt von 0,9 Mrd € aus der Modifizierung der Abwicklungsmethode für bestehende Terminkaufkontrakte auf Deutsche Bank-Aktien teilweise ausgeglichen.

Der Rückgang der unrealisierten Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten um 4,5 Mrd € war überwiegend auf nicht festverzinsliche Wertpapiere zurückzuführen (insgesamt 3,9 Mrd €, die sowohl aus realisierten Gewinnen aus der Verminderung von Industriebeteiligungen, als auch aus unrealisierten Verlusten aus negativen Marktwertveränderungen bestanden). Der verbleibende Rückgang um 0,6 Mrd € resultierte aus realisierten und unrealisierten Verlusten aus festverzinslichen Wertpapieren. Der wesentliche Teil dieses Betrags war auf den Rückgang der Fair Values von festverzinslichen Wertpapieren zurückzuführen, die Teil der von der Deutschen Bank aufgelegten Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“) sind. Nach der Änderung von IAS 39, „Reclassification of Financial Assets“, wurde der größte Teil dieser Aktiva zum 1. Juli 2008 von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Kategorie der Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Die den Aktiva zugehörigen unrealisierten Verluste aus der Zeit vor der Umgliederung werden bis zu deren Fälligkeit auf Basis der Effektivzinsmethode in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung vereinnahmt. Diese unrealisierten Verluste determinieren den negativen Saldo von 882 Mio €, der im Eigenkapital zum 31. Dezember 2008 in der Position „Unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ ausgewiesen ist.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Das gemäß Basel II ausgewiesene aufsichtsrechtliche Kapital insgesamt (Tier-1- und Tier-2-Kapital) betrug zum Jahresende 2008 37,4 Mrd € gegenüber 38,0 Mrd € zum Jahresende 2007 (ausgewiesen gemäß Basel I). Während das Kernkapital (Tier-1) um 2,8 Mrd € stieg, ging das Ergänzungskapital (Tier-2) um 3,4 Mrd € zurück. Sowohl das Tier-1- als auch Tier-2-Kapital gingen um 1,5 Mrd € infolge der Einbeziehung neuer Basel-II-relevanter Abzugsposten zurück. Im September 2008 stieg das Tier-1-Kapital aufgrund der Ausgabe von 40 Millionen neuer Aktien um 2,2 Mrd €. Andererseits wurde das Tier-1-Kapital durch den den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Verlust von 3,8 Mrd € belastet. Dieser Effekt konnte durch mehrere Maßnahmen, wie die Umwandlung von Contingent Capital, einen Effekt aus der Änderung der Rechnungslegung für Pensionszahlungen und den Verkauf Eigener Aktien im Bestand, ausgeglichen werden. Der verbleibende Rückgang des Tier-2-Kapitals resultierte hauptsächlich aus dem Rückgang unrealisierter Gewinne in börsennotierten Wertpapieren um 1,5 Mrd € und der Umwandlung von 0,5 Mrd € Tier-2-Kapital in hybrides Tier-1-Kapital.

Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie um die Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu steuern. So gehören beispielsweise die Gewährung von Krediten sowie die Begebung und Betreuung langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nicht-Finanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Cashflow aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und aus hybriden Kapitalinstrumenten („Trust Preferred Securities“) unterscheidet sich von dem Cashflow aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Erstes Quartal zum 31. März 2010 und 2009

Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Angaben aus der Konzern-Kapitalflussrechnung der Deutschen Bank für die Dreimonatszeiträume zum 31. März 2010 und 2009 gemäß dem Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 31. März 2010.

in Mio €	1. Quartal zum 31. März	
	2010	2009
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>	
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	9.308	-23.535
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	981	-2.380
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.122	-353
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	769	1.766
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.549	65.264
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	61.485	40.762

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente erhöhten sich im ersten Quartal 2010 von 51,5 Mrd € Ende 2009 auf 61,5 Mrd € zum 31. März 2010. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung der Sichteinlagen bei Banken zurückzuführen.

Bei einem Gewinn nach Steuern von 1,8 Mrd € im ersten Quartal 2010 ergab sich aus operativer Geschäftstätigkeit ein positiver Nettocashflow von 9,3 Mrd € gegenüber einem negativen Nettocashflow von 23,5 Mrd € im ersten Quartal des Vorjahres. Im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit im ersten Quartal 2010 erhöhten sich die Verbindlichkeiten stärker als die Aktiva. Dies führte zu einem positiven Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit. Gleichzeitig wurden die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in vergleichbarer Höhe aufgebaut.

Der Nettocashflow aus Investitionstätigkeit des ersten Quartals 2010 von positiv 1,0 Mrd € (erstes Quartal 2009: negativ 2,4 Mrd €) wurde vor allem durch die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte und durch Unternehmensakquisitionen bestimmt. Der positive Nettocashflow im ersten Quartal 2010 ergab sich zu großen Teilen aus der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe. Die im Rahmen der Akquisition zugeflossenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente überstiegen den in bar entrichteten Kaufpreis und führten zu einem positiven Nettocashflow. In Verbindung mit dem positiven Nettocashflow aus Verkauf und Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten überstieg der positive Nettocashflow den negativen Nettocashflow aus dem Erwerb von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

Der Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit setzte sich aus der Emission und der Rückzahlung sowie dem Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten und hybrider Kapitalinstrumente („Trust Preferred Securities“) zusammen. Weitere Komponenten waren der Kauf und Verkauf eigener Aktien und die Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Der Nettocashflow von negativ 1,1 Mrd € für das erste Quartal 2010 gegenüber negativ 0,4 Mrd € von Januar bis März 2009 wurde zum großen Teil durch die Differenz zwischen dem Cashflow aus Käufen und dem Cashflow aus Verkäufen eigener Aktien in Höhe von 0,8 Mrd € bestimmt. Der negative Cashflow aus Käufen überstieg den positiven Cashflow aus Verkäufen im Wesentlichen aufgrund der im Rahmen aktienbasierter Vergütungspläne erworbenen und Mitarbeitern gelieferten Aktien.

Geschäftsjahre 2009 und 2008

Die nachfolgende Tabelle stellt ausgewählte Angaben aus der geprüften Konzern-Kapitalflussrechnung der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 dar.

in Mio €	2009	2008
	<i>(geprüft)</i>	
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-13.786	37.117
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	401	-769
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.020	3.220
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	690	-402
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	65.264	26.098
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.549	65.264

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente verringerten sich von 65,3 Mrd € Ende 2008 auf 51,5 Mrd € zum 31. Dezember 2009. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf eine Verminderung der Sichteinlagen bei Banken zurückzuführen.

Bei einem Jahresüberschuss von 5,0 Mrd € ergab sich aus operativer Geschäftstätigkeit im Jahr 2009 ein negativer Nettocashflow von 13,8 Mrd € gegenüber einem positiven Nettocashflow von 37,1 Mrd € im Vorjahr.

Die Veränderung beinhaltete Effekte der von der Deutschen Bank fortgeführten Aktivitäten zur Reduktion des Bilanzvolumens.

Der Nettocashflow aus Investitionstätigkeit, der im Jahr 2009 401 Mio € und im Jahr 2008 negativ 769 Mio € betrug, wurde vor allem durch die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte und durch die nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen bestimmt. Der positive Nettocashflow im Jahr 2009 ergab sich im Wesentlichen aus dem Verkauf und der Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, der den Erwerb von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und den Erwerb von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen überstieg. Der wesentliche Teil des negativen Cashflows aus dem Erwerb der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen wurde durch eine Pflichtumtauschleihe über 3,0 Mrd € über einen Anteil von 27,4 % an der Deutsche Postbank AG bestimmt, die aufgrund ihrer spezifischen Konditionen ein Eigenkapitalrisiko birgt und als Teil der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung verbucht wurde. Der durch eine Sachkapitalerhöhung gegen 50 Millionen Deutsche Bank-Aktien zuzüglich bestimmter Wertsicherungsleistungen akquirierte Anteil an der Deutsche Postbank AG von 22,9 % wird als nicht zahlungswirksam weder im Nettocashflow aus Investitionstätigkeit noch im Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt.

Der Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit setzte sich aus der Emission und der Rückzahlung sowie dem Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten und hybrider Kapitalinstrumente („Trust Preferred Securities“) zusammen. Weitere Komponenten waren der Kauf und Verkauf eigener Aktien und die gezahlte Bardividende. Der Nettocashflow von negativ 1,0 Mrd € am 31. Dezember 2009 gegenüber positiv 3,2 Mrd € Ende 2008 wurde zum großen Teil durch die Differenz zwischen dem Cashflow aus Käufen und dem Cashflow aus Verkäufen eigener Aktien in Höhe von 1,1 Mrd € bestimmt. Der negative Cashflow aus Käufen überstieg den positiven Cashflow aus Verkäufen im Wesentlichen aufgrund der im Rahmen der laufenden aktienbasierter Vergütungspläne erworbenen und den Mitarbeitern gewährten Aktien.

Geschäftsjahre 2008 und 2007

Die nachfolgende Tabelle stellt ausgewählte Angaben aus der geprüften Konzern-Kapitalflussrechnung der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 dar.

in Mio €	2008	2007
	<i>(geprüft)</i>	
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	37.117	16.790
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit.	-769	-4.388
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	3.220	-3.369
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-402	-289
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente.	26.098	17.354
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	65.264	26.098

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente erhöhten sich von 26,1 Mrd € im Jahr 2007 auf 65,3 Mrd € im Jahr 2008. Diese Entwicklung war vor allem auf gestiegene Sichteinlagen bei Banken zurückzuführen.

Trotz eines Verlustes stieg der Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit im Jahr 2008 auf 37,1 Mrd € nach 16,8 Mrd € im Vorjahr. Die starke Erhöhung des Cash Flows aus operativer Geschäftstätigkeit in 2008 resultiert vor allem aus den im zweiten Quartal eingeleiteten Aktivitäten zur Reduktion des Bilanzvolumens.

Der Nettocashflow aus Investitionstätigkeit wird im Wesentlichen durch die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte bestimmt. Dieser betrug negativ 769 Mio € im Jahr 2008, im Vergleich zu negativ 4,4 Mrd € im Jahr 2007. Diese Entwicklung war auf einen nahezu ausgeglichenen Nettocashflow aus dem Verkauf, der Endfälligkeit und dem Erwerb von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in 2008 zurückzuführen, während in 2007 der Cashflow aus dem Erwerb denjenigen aus dem Verkauf und der Endfälligkeit überstieg.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten („Trust Preferred Securities“) unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Der positive Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit im Jahr 2008 war hauptsächlich durch die Emission hybrider Finanzinstrumente in Höhe von 3,4 Mrd € und die im September 2008 durchgeführte Kapitalerhöhung in Höhe von 2,2 Mrd € bestimmt.

Weitere Informationen zum geprüften Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2009 nach HGB

Im Geschäftsjahr 2009 ergab sich für die Deutsche Bank AG nach HGB auf nicht-konsolidierter Basis ein Jahresüberschuss von 1.173 Mio €. Im Geschäftsjahr 2008 hatte sich demgegenüber ein Jahresfehlbetrag von – 2.185 Mio € ergeben. Der nach HGB auf nicht-konsolidierter Basis ermittelte Bilanzgewinn betrug im Geschäftsjahr 2009 793 Mio € gegenüber 310 Mio € im Geschäftsjahr 2008.

Die Deutsche Bank AG hat nach Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 eine Dividende für das Geschäftsjahr 2008 von insgesamt 310 Mio € ausgeschüttet. Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank hat in seiner Sitzung vom 12. März 2010 den Jahresabschluss 2009 gebilligt und damit festgestellt. Für das Geschäftsjahr 2009 schlagen Aufsichtsrat und Vorstand den Aktionären vor, auf der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 für das Geschäftsjahr 2009 eine Dividende von 0,75 € je Stückaktie zu beschließen. Nach dem deutschen Aktienrecht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur aufgrund eines in dem Einzelabschluss der Bank ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen.

Für weitere Informationen zu Dividendenzahlungen und Dividendenpolitik, siehe den Abschnitt *„Dividendenpolitik und Ergebnis je Aktie — Dividendenpolitik“*.

Der nach HGB aufgestellte Einzelabschluss der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009 ist im Abschnitt *„Finanzteil“* dieses Registrierungsformulars abgedruckt.

RISIKOMANAGEMENT

Risiko- und Kapitalmanagement

Vor dem Hintergrund der breit gefächerten Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, messen, aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Die Deutsche Bank steuert ihre Risiken und ihr Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind. Die Bedeutung einer starken Fokussierung auf das Risikomanagement und den kontinuierlichen Bedarf zur Weiterentwicklung der Risikomanagementpraxis wurde insbesondere während der Finanzmarktkrise deutlich. Obwohl das Risiko- und Kapitalmanagement kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert wird, kann es keine Garantie dafür geben, dass alle Marktentwicklungen, insbesondere der extremeren Art, jederzeit und in vollem Umfang vorhergesehen werden können.

Grundsätze für das Risiko- und Kapitalmanagement

Der Risiko- und Kapitalmanagementansatz baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- Der Vorstand der Bank trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Der Aufsichtsrat der Bank überprüft regelmäßig das Risiko- und Kapitalprofil der Deutschen Bank.
- Die Deutsche Bank managt ihre Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie ihr Kapital in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Deutschen Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die die Deutsche Bank üblicherweise innerhalb des Rahmenwerks für Handelsengagements steuert.
- Die Struktur der integrierten Legal, Risk & Capital-Funktion der Deutschen Bank ist eng auf die Struktur der Konzernbereiche ausgerichtet.
- Die Legal, Risk & Capital-Funktion ist unabhängig von den Konzernbereichen.

Organisation des Risiko- und Kapitalmanagements

Der Chief Risk Officer, ein Mitglied des Vorstands, trägt die Verantwortung für das konzernweite Risikomanagement in Bezug auf die Kredit-, Markt-, operationellen, Liquiditäts-, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten. Ferner leitet er die integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion.

Zwei funktionale Komitees, deren Vorsitz bei dem Chief Risk Officer liegt, sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital-Funktion.

- Das Risk Executive Committee ist für die Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken im Konzern zuständig. Bei der Umsetzung dieser Aufgabe wird das Risk Executive Committee von Unterkomitees unterstützt, die für bestimmte Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind. Dazu gehören unter anderem Komitees für Grundsätze und das Group Reputational Risk Committee.
- Die Verantwortlichkeiten des Capital and Risk Committee beinhalten die Risikoprofil- und Kapitalplanung, die Überwachung der Kapitaltragfähigkeit und die Optimierung der Refinanzierung.

Es sind spezifische Legal, Risk & Capital-Einheiten mit den folgenden Aufgaben etabliert:

- Steuerung der Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche im Einklang mit der vom Capital and Risk Committee festgelegten Risikoneigung, die sich im Rahmen der Vorstandsvorgaben befindet;
- Formulierung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche;
- Genehmigung von Kreditrisiko-, Marktrisiko- und Liquiditätsrisikolimiten;
- regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen, sowie
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementsysteme für die jeweiligen Konzernbereiche.

Die Leiter der Legal, Risk & Capital-Einheiten, die auch dem Risk Executive Committee angehören, sind für die Performance dieser Einheiten verantwortlich und berichten unmittelbar an den Chief Risk Officer.

Unterstützung erhält die Legal, Risk & Capital-Funktion von Finance und der Revision. Diese Einheiten sind unabhängig von den Konzernbereichen und der Legal, Risk & Capital-Funktion. Finance hilft bei der

Quantifizierung und Verifizierung der von der Deutschen Bank eingegangenen Risiken und ist für die Sicherstellung der Qualität und Korrektheit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision überprüft risikoorientiert den Aufbau und die operative Effektivität der internen Kontrollen.

Risiko- und Kapitalstrategie

Die Legal, Risk & Capital-Funktion entwickelt jedes Jahr in einem integrierten Prozess zusammen mit den Konzernbereichen und Finance eine Risiko- und Kapitalstrategie. Dadurch wird eine konzernweite Koordination der Risiko- und Performanceziele gewährleistet. Die Strategie wird in letzter Instanz dem Vorstand vorgelegt und von ihm genehmigt. Anschließend wird der Plan ebenfalls dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats vorgestellt und mit ihm diskutiert.

Ziele und Prognosen werden für verschiedene Parameter und unterschiedliche Ebenen des Konzerns erstellt. Die Zielerreichung wird regelmäßig überprüft und dem Chief Risk Officer und/oder dem Vorstand wird ein Bericht über ausgewählte Ziele von vorrangiger Bedeutung direkt zur Kenntnis gebracht. Im Falle einer signifikanten Abweichung von den Zielen obliegt es den divisionalen Legal, Risk & Capital-Einheiten, diese ihren Vorgesetzten und in letzter Instanz dem Chief Risk Officer zu melden, wenn auf untergeordneter Ebene keine Risikominderung erreicht beziehungsweise keine Strategie zur Risikominderung gefunden werden kann.

Änderungen der Risiko- und Kapitalstrategie sind je nach Bedeutung vom Chief Risk Officer beziehungsweise dem gesamten Vorstand zu genehmigen.

Arten von Risiken

Die bedeutendsten Risiken, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist, sind bankbetriebliche Risiken, Reputationsrisiken sowie Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

Bankbetriebliche Risiken

Die Risikomanagementprozesse der Deutschen Bank unterscheiden vier Arten von bankbetrieblichen Risiken: Kredit-, Markt-, operationelles und Liquiditätsrisiko.

- Das **Kreditrisiko** entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Die Deutsche Bank unterscheidet zwischen drei Arten von Kreditrisiken:
 - **Ausfallrisiko** ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
 - **Länderrisiko** ist das Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
 - **Abwicklungsrisiko** ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- Das **Marktrisiko** resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten.
- Das **operationelle Risiko** bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäfts- und das Reputationsrisiko.
- Das **Liquiditätsrisiko** ist das Risiko, dass die Deutsche Bank möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Reputationsrisiko

Für ihre Risikomanagementprozesse definiert die Deutsche Bank Reputationsrisiko als die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in ihr Unternehmen negativ beeinflusst wird.

Eine Reihe von Konzernrichtlinien und Vorschriften bildet das Rahmenwerk für das Reputationsrisikomanagement der Deutschen Bank. Die Hauptverantwortung für die Identifizierung, Eskalation und Klärung von Fragen, die das Reputationsrisiko betreffen, liegt bei den Geschäftsbereichen. Die Risikomanagementeinheiten unterstützen und beraten die Geschäftsbereiche bei der Identifizierung, Eskalation und Lösung von Problemen, die das Reputationsrisiko betreffen.

Das höchste Gremium für Fragen zu Reputationsrisiken ist das Group Reputational Risk Committee (GRRC). Es ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Das GRRC prüft und entscheidet alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko der Deutschen Bank, das aufgrund von Veränderungen der generellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn die Deutsche Bank sich nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen einstellt, können diese die Geschäftsergebnisse der Deutschen Bank beeinträchtigen.

Versicherungsrisiko

Das Versicherungsrisiko erhöhte sich in 2007 durch die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited und die in 2006 eingegangene Beteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen. Die Deutsche Bank ist insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken** – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche aus Todesfällen höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden. Ferner auch das Risiko, dass die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen übersteigt oder unterschreitet. Die Deutsche Bank ist bestrebt, diese Risiken durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren zu reduzieren. Sie überprüft die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten jährlich.
- **Langlebigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt. Die Deutsche Bank beobachtet dieses Risiko unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchenkenntzahlen und aufkommender Trends.
- **Kostenrisiko** – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten als erwartet verursacht. Diese Kosten überwacht die Deutsche Bank durch einen Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget. Sie untersucht die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen und ergreift Abhilfemaßnahmen. Sie reduziert das Kostenrisiko auch durch eine bis 2010 getroffene und mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcingvereinbarung, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.
- **Bestandsrisiko** – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist. Die Deutsche Bank bewertet die Bestandsraten jährlich unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren.

Für die zukünftige Bemessung der Verbindlichkeiten vergleicht die Deutsche Bank die tatsächlichen Ansprüche sowie den Versicherungsbestand mit den zugrunde gelegten Annahmen und modifiziert diese Annahmen. Tatsächliche Erfahrungswerte können von Schätzungen abweichen. Dies gilt umso mehr, je weiter in die Zukunft prognostiziert wird. Der Wert der Verbindlichkeiten wird mindestens jährlich überprüft.

Sofern die tatsächlichen Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zu Änderungen in der Höhe des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Die Rentabilität des nicht fondsgebundenen langfristigen Versicherungsgeschäfts hängt in hohem Maße vom Wert der künftig zu erfüllenden Ansprüche im Verhältnis zu den bis zum Anspruchsdatum akkumulierten Vermögenswerten ab. In den ersten Laufzeitjahren eines Vertrags übersteigen die Versicherungsbeiträge und Anlageerträge in der Regel die Anspruchskosten und müssen zurückgestellt werden, um künftige Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Höhe dieser künftigen Verpflichtungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen in Bezug auf die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken ermittelt.

Bei fondsgebundenen Investmentverträgen beruht die Rentabilität darauf, dass die eingenommenen Gebühren ausreichend sind, um die Aufwendungen und Gewinne abzudecken. Die Höhe der Prämien und Gebühren bemisst sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, denen Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken zugrunde liegen.

Wie oben erwähnt, werden Rückversicherungsverträge als Maßnahme zur Reduzierung des Risikos verwendet. Die Strategie der Deutschen Bank besteht darin, Rückversicherungen auch weiterhin in angemessener Weise einzusetzen.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwendet die Deutsche Bank ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Es gehört zu den Grundsätzen der Deutschen Bank, dass sie die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente mit Blick auf das sich ändernde Risikoumfeld ständig überprüft. Manche dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente aufgeführt, die die Deutsche Bank derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwendet:

- **Ökonomisches Kapital.** Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung der Höhe des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus dem Portfolio der Deutschen Bank aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Die Deutsche Bank berechnet das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos, für das Marktrisiko einschließlich des gehandelten Ausfallrisikos sowie für das operationelle und das allgemeine Geschäftsrisiko. Die Deutsche Bank überprüft und erweitert ihr Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals kontinuierlich wie es angemessen ist. Im Jahresverlauf 2009 hat die Deutsche Bank die Stresstests für das Ökonomische Kapital angepasst, um die extremen Marktbewegungen gegen Ende des Jahres 2008 zu erfassen. Diese Maßnahmen umfassten die Ausweitung der angenommenen Haltedauer bei Kreditpositionen und die deutlich stärkeren Schocks, die auf Aktienindizes und Credit Spreads, insbesondere auf verbrieftete Produkte, angewendet wurden. Zusätzlich zur Neukalibrierung wurden auch Verbesserungen am Modell zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals vorgenommen. Dazu zählte die Aufnahme von Stresstests für Leveraged Exchange Traded Funds und für Gap-Risiken bei der Non-Recourse-Finanzierung in den Emerging Markets. Innerhalb des Rahmenwerks für das Ökonomische Kapital erfasst die Deutsche Bank die Auswirkungen von Rating-Migrationen sowie Gewinne und Verluste aus der Anwendung der Fair-Value-Bewertung. Die Deutsche Bank verwendet das Ökonomische Kapital zur zusammenfassenden Darstellung der Risikopositionen der Deutschen Bank von einzelnen Geschäftssparten bis zur Konzernebene. Ferner nutzt sie das Ökonomische Kapital (sowie Goodwill und sonstige nicht amortisierende immaterielle Vermögenswerte) für die Zuweisung des Buchkapitals an die Geschäftssparten. Dadurch kann die Deutsche Bank die risikobereinigte Profitabilität der einzelnen Geschäftseinheiten beurteilen, die eine zentrale Rolle im Rahmen der Steuerung ihrer Finanzressourcen darstellt. Zudem setzt die Deutsche Bank das Ökonomische Kapital – insbesondere für Kreditrisiken – zur Messung der risikobereinigten Profitabilität ihrer Kundenbeziehungen ein. Eine quantitative Darstellung des Ökonomischen Kapitalbedarfs findet sich im Abschnitt „—Gesamtrisikoposition“.
- **Erwarteter Verlust.** Die Deutsche Bank nutzt den Erwarteten Verlust zur Messung ihres Kredit- und operationellen Risikos. Der Erwartete Verlust misst auf der Grundlage historischer Verlustdaten den Verlust, der innerhalb eines Jahres zum jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Für die Berechnung des Erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoratings, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften ihrer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf bis zu siebenjährigen statistischen Durchschnittswerten der von der Deutschen Bank historisch erlittenen Ausfälle und Verluste sowie auf externen Orientierungsgrößen. Die Deutsche Bank setzt den Erwarteten Verlust als Instrument in den Risikomanagementprozessen ein und er ist auch Bestandteil des Management-Reporting-Systems. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des Erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in dem Jahresabschluss der Deutschen Bank enthalten sind. Für das operationelle Risiko bestimmt die Deutsche Bank den Erwarteten Verlust aus statistischen Durchschnitten ihrer internen Verlusthistorie, jüngeren Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen.
- **Value-at-Risk.** Die Deutsche Bank verwendet ein Value-at-Risk-Verfahren, um ein quantitatives Maß für ihre Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind die Basis sowohl für die interne als auch für die externe (aufsichtsrechtliche) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen mit einem vorher definierten Konfidenzniveau in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst das diversifizierte Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) in diesem Portfolio.
- **Stresstests.** Die Analyse der Kredit-, Markt-, operationellen und Liquiditätsrisiken ergänzt die Deutsche Bank um Stresstests. Für das Kreditrisikomanagement führt sie Stresstests durch, um den Einfluss von Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder spezifischer Parameter auf ihr Kreditengagement beziehungsweise auf Teile davon einzuschätzen. Auch der Einfluss auf die Bonitätsbeurteilung ihres

Portfolios wird berücksichtigt. Für das Marktrisikomanagement führt die Deutsche Bank Stresstests durch, da die Value-at-Risk-Berechnung auf Daten der jüngeren Vergangenheit basiert, ausschließlich Risiken bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermittelt und von einer guten Verwertbarkeit der Aktiva ausgeht. Sie spiegelt daher nur das Verlustpotenzial unter relativ normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen der Deutschen Bank, die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen auf die Werte ihrer marktrisikosensitiven Aktiva einzuschätzen. Das betrifft sowohl ihre hochliquiden als auch ihre weniger liquiden Handelspositionen sowie ihre Investments. Die Schätzung der Korrelationen zwischen den in ihren aktuellen Stresstests genutzten Marktrisikofaktoren ist von volatilen Marktverhältnissen abgeleitet. Hierzu wird ein Algorithmus genutzt und die angenommenen Korrelationen entsprechen im Wesentlichen denen, die während der jüngsten Stresssituationen an den Märkten beobachtet wurden. Mithilfe von Stresstests ermittelt die Deutsche Bank die Höhe des Ökonomischen Kapitals, das zur Unterlegung der Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen, die sie für ihre Simulationen auswählt, erforderlich ist. Für das operationelle Risikomanagement führt die Deutsche Bank Stresstests in Bezug auf ihr Ökonomisches Kapitalmodell durch, um dessen Sensitivitäten bei Änderungen wesentlicher Modellkomponenten, einschließlich externer Verluste, einzuschätzen. Für das Liquiditätsrisikomanagement verwendet die Deutsche Bank Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf ihre Liquiditätsposition. Im Jahr 2009 hat die Deutsche Bank ihre Anstrengungen verstärkt, ihr Rahmenwerk für Stresstests über die verschiedenen Risikoarten hinweg anzugleichen.

- **Aufsichtsrechtliche Risikobeurteilung.** Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Deutschen Bank durch die deutschen Aufsichtsbehörden erfolgt über unterschiedliche Kenngrößen, die in Note 36 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der in dem „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, näher erläutert werden.

Kreditrisiko

Die Deutsche Bank misst und steuert ihr Kreditrisiko anhand der nachstehenden Grundsätze:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung einzelner Kreditengagements müssen den Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien der Deutschen Bank entsprechen.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Die Deutsche Bank misst ihre gesamten Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe und fasst sie auf konzernweit konsolidierter Basis zusammen. Als „Kreditnehmergruppe“ betrachtet die Deutsche Bank Kreditnehmer, die durch mindestens ein von ihr festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrecht, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile ihrer gewährten Kredite haften.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Grundelement des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigt die Deutsche Bank sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Die Deutsche Bank verfügt über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität ihrer Geschäftspartner. Die 26-stufige Ratingskala der Deutschen Bank ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf statistischen Analysen historischer Ausfälle ihres Portfolios basiert. Diese Skala ermöglicht der Deutschen Bank eine Vergleichbarkeit sowohl ihrer internen Ratings mit der Marktpraxis als auch eine verbesserte Vergleichbarkeit ihrer verschiedenen Teilportfolios untereinander. Mehrere Ausfallratingstufen ermöglichen der Deutschen Bank auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszurücken. Die Deutsche Bank bewertet ihre Kreditengagements generell einzeln. Eine Ausnahme stellen bestimmte Portfolios verbriefter Forderungen dar, die auf Pool-Ebene bewertet werden. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen vergleicht sie ihre Einschätzungen nach

Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für ihre Geschäftspartner vergebenen externen Risikoratings.

Kreditlimite

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die die Deutsche Bank bereit ist, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren. Kreditlimite werden von der Kreditrisikomanagement-Funktion in Ausübung von erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen eingerichtet. Eine Kreditgenehmigungskompetenz stellt die Vollmacht dar, neue Kreditlimite zu genehmigen sowie existierende Kreditlimite auszuweiten oder zu prolongieren. Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist um ein notwendiges Kreditlimit einzurichten, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz weitergeleitet oder, falls notwendig, an ein angemessenes Kreditkomitee wie das CRM Underwriting Committee. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreicht, um angemessene Limite einzurichten, wird der Fall dem Vorstand zur Genehmigung vorgelegt.

Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung auf Angemessenheit. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden dem Group Credit Policy Committee präsentiert und dem Risk Executive Committee berichtet.

Einteilung von Kreditengagements

Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern resultieren aus dem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft, wozu Kredite und Eventualverbindlichkeiten zählen. Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern sind auch das Ergebnis der direkten Handelsaktivitäten der Deutschen Bank mit Kunden in bestimmten Instrumenten wie OTC-Derivaten, FX Forwards und Forward Rate Agreements.

Ausfallrisiken entstehen auch im Zusammenhang mit den Positionen der Deutschen Bank in gehandelten Kreditprodukten wie beispielsweise Anleihen. Dieses Risiko wird sowohl anhand von Kredit- als auch Markt-risikoparametern gesteuert.

Überwachung des Ausfallrisikos

Eine anhaltende aktive Überwachung und Verwaltung der Kreditrisikopositionen sind integrale Bestandteile des Kreditrisikomanagements. Die Überwachung erfolgt vorwiegend durch die divisionalen Risikomanagementeinheiten in enger Kooperation mit der Portfolio Management-Funktion. Die Kreditengagements der Deutschen Bank werden mithilfe der oben beschriebenen Risikosteuerungsinstrumente ständig überwacht.

Die Geschäftspartner im Kreditgeschäft werden den Mitarbeitern des Kreditrisikomanagements innerhalb bestimmter divisionaler Risikoeinheiten zugewiesen, die den entsprechenden Geschäftsbereichen wie beispielsweise Global Banking, Global Markets oder Global Transaction Banking zugeordnet sind. Die einzelnen Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements in den divisionalen Risikoeinheiten verfügen über die höchste Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung von Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Geschäftspartnern und ihren kreditbezogenen Transaktionen. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. Gemäß branchenüblicher Best Practice erfolgt die Überwachung der Kreditrisiken aus den Handelsaktivitäten der Deutschen Bank mit Kunden unter Zugrundelegung von verschiedenen spezifischen Messgrößen, die erwartete aktuelle und zukünftige Engagementhöhen quantifizieren, was Engagementhöhen unter nachteiligen Marktentwicklungen beinhaltet. Im Kreditprozess für Handelsinstrumente sind Limite für Engagements in Handelsinstrumenten festzulegen, deren Einhaltung von den jeweiligen Mitarbeitern des Kreditrisikomanagements im Rahmen der ständigen Kontrahentenüberwachung kontrolliert wird.

Darüber hinaus stehen der Deutschen Bank Verfahren zur Verfügung, mit denen sie versucht, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind. Wenn die Deutsche Bank Kreditnehmer identifiziert, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements generell auf eine Watchlist gesetzt. Die Deutsche Bank ist bestrebt, Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung ihrer Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, frühzeitig zu identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip ihrer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

Überwachung des gehandelten Ausfallrisikos

Gehandelte Kreditprodukte wie beispielsweise Anleihen in dem Developed Markets-Handelsbuch der Deutschen Bank werden von einer speziellen Risikomanagementeinheit überwacht, die Expertenwissen zu Kredit-

und Marktrisiken bündelt. Für das Risikomanagement dieser Positionen verwendet die Deutsche Bank angemessene Portfoliolimite und Schwellenwerte auf Einzelkreditnehmerbasis in Abhängigkeit von der Kreditrisikoeinstufung, die mit ihren Instrumenten für das Marktrisikomanagement kombiniert werden. Für das Risikomanagement gehandelter Kreditprodukte der Emerging Markets greift sie auf die Fachkompetenz der für die Emerging Markets zuständigen Kreditrisikoeinheiten sowie des Marktrisikomanagements zurück.

Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko

Die Deutsche Bank berechnet das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit dem Rahmenwerk des Konzerns für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme aggregierte, unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken.

Das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken richtet sich nach der Verlustverteilung des Konzernportfolios, die mithilfe einer Monte Carlo-Simulation von korrelierten Ratingmigrationen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default“ (Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given-Default“ (Verlustschwere) bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Ratingmigrationen und Laufzeiteffekte berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Loan Exposure Management Group

Im Rahmen des gesamten Risikomanagements der Deutschen Bank ist die Loan Exposure Management Group („LEMG“) vor allem zuständig für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des internationalen Investment-Grade-Kreditportfolios sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstands innerhalb ihres Konzernbereichs Corporate and Investment Bank.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt die LEMG den jeweiligen Geschäftsfeldern des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für neue Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich die LEMG auf zwei wesentliche Initiativen, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mittels Collateralized Loan Obligations, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Der Nominalbetrag der Aktivitäten der LEMG zur Risikoreduzierung ist um 7 % von 56,7 Mrd € am 31. Dezember 2008 auf 52,9 Mrd € am 31. Dezember 2009 gefallen.

Zum Jahresende 2009 hatte die LEMG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalwert von 32,7 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2008 betrug diese Position 36,5 Mrd €.

Die im Rahmen der Portfoliomanagementaktivitäten der Deutschen Bank verwendeten Kreditderivate werden mit dem Fair Value bewertet.

Zudem hat die LEMG zum 31. Dezember 2009 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 20,2 Mrd € vorwiegend durch mit Finanzgarantien und in geringerem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegte synthetische besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, bei denen das „First Loss Piece“ verkauft wurde. Zum 31. Dezember 2008 betrug diese Position 20,1 Mrd €.

Die LEMG hat sich entschlossen, die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value zu nutzen, sofern die Kriterien dieses Standards erfüllt werden. Das Nominalvolumen der zum Fair Value ausgewiesenen Kredite und Kreditzusagen der LEMG ermäßigte sich im Jahresverlauf auf 48,9 Mrd € am 31. Dezember 2009 (31. Dezember 2008: 50,5 Mrd €). Durch die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value hat die LEMG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus der Inkonsistenz bei Bewertung oder Ansatz (Accounting Mismatch) erheblich reduziert. Diese war entstanden, als derivative Hedges bereits zum Fair Value, Kredite und Kreditzusagen jedoch noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

Kreditrisikoengagement

Das Kreditrisikoengagement umfasst nach der Definition der Deutschen Bank alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen.

Maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle zeigt das maximale Kreditrisiko der Deutschen Bank ohne Berücksichtigung etwaiger gehaltener Sicherheiten oder sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements), die nicht für eine Verrechnung in der Bilanz des Konzerns infrage kommen.

in Mio € ⁽¹⁾	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(geprüft)</i>	
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	9.346	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	47.233	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.820	9.267
Forderungen aus Wertpapierleihen	43.509	35.022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽²⁾	900.800	1.569.203
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ⁽²⁾	14.852	19.194
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ⁽³⁾	261.448	271.219
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	52.457	78.957
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁽⁴⁾	52.183	48.815
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁽⁴⁾	104.125	104.077
Maximales Kreditrisiko	1.492.773	2.210.319

1 Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

2 Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe. Vorjahreszahlen wurden für die Herausrechnung der Rohstoffe angepasst.

3 Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen(-)/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

4 Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum Fair Value bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

Die folgenden Tabellen zeigen Details zu mehreren wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien der Deutschen Bank, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in ihrer Bilanz ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen.
- „OTC-Derivate“ bezeichnen das Kreditengagement der Deutschen Bank aus Over-the-Counter (OTC)-Derivatetransaktionen nach Netting und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in der Bilanz entweder als Handelsaktiva oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Netting und erhaltenen Barsicherheiten.

Die nachstehende Tabelle zeigt mehrere wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien der Deutschen Bank nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditrisikoengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit anderweitigem Firmensitz. Die Rückgänge in den nachstehenden Kreditrisikoengagements waren primär in OTC-Derivaten (vor allem in Westeuropa und Nordamerika) und Krediten. Der Kreditrückgang resultierte aus einer Verringerung der Kredite im Nordamerika-Portfolio um 10,4 Mrd €. Der Rückgang bei

Derivaten in nahezu allen Regionen hingegen war weitgehend auf steigende Zinskurven und Aktivitäten zur Reduzierung sowie auf sinkende Credit Spreads im Jahr 2009 zurückzuführen.

Kreditrisikoprofil nach Regionen (ungeprüft) in Mio €	Kredite ⁽¹⁾		Unwiderrufliche Kreditzusagen ⁽²⁾		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ⁽³⁾		Insgesamt	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
	Osteuropa	6.986	7.672	1.306	1.654	1.428	2.086	690	2.033	10.410
Westeuropa	187.251	185.577	41.118	38.698	25.254	25.289	24.536	48.677	278.159	298.241
Afrika	947	1.076	233	333	620	566	458	297	2.258	2.272
Asien/Pazifik	16.921	16.887	5.793	6.156	7.086	6.223	7.060	13.225	36.860	42.491
Nordamerika	45.717	56.129	55.337	56.812	17.018	13.943	30.805	57.177	148.877	184.061
Mittel- und Südamerika	3.325	3.530	214	196	777	660	831	1.552	5.147	5.938
Sonstige ⁽⁴⁾	301	348	124	228	–	48	160	629	585	1.253
Insgesamt	261.448	271.219	104.125	104.077	52.183	48.815	64.540	123.590	482.296	547.701

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

- 1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 7,2 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2008.
- 2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 im Zusammenhang mit dem Konsumentkreditengagement.
- 3 Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.
- 4 Beinhaltet supranationale Organisationen und andere Engagements, die die Deutsche Bank keiner bestimmten Region zugeordnet hat.

Die folgende Tabelle zeigt mehrere wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien der Deutschen Bank nach Branchenzugehörigkeit der Geschäftspartner.

Kreditrisikoprofil nach Branchen (ungeprüft) in Mio €	Kredite ⁽¹⁾		Unwiderrufliche Kreditzusagen ⁽²⁾		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ⁽³⁾		Insgesamt	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
	Banken und Versicherungen	22.002	26.998	25.289	24.970	11.315	11.568	27.948	68.641	86.554
Verarbeitendes Gewerbe	17.314	19.043	24.814	24.889	16.809	13.669	2.169	4.550	61.106	62.151
Private Haushalte	85.675	83.376	4.278	3.862	1.820	1.768	801	791	92.574	89.797
Öffentliche Haushalte	9.572	9.972	520	819	19	628	5.527	7.125	15.638	18.544
Handel	10.938	11.761	6.027	6.377	3.443	3.423	604	1.264	21.012	22.825
Gewerbliche Immobilien	28.959	27.083	1.876	2.239	2.194	2.403	1.286	3.213	34.315	34.938
Fund Management	26.462	31.158	11.135	12.998	540	678	12.922	23.114	51.059	67.948
Sonstige ⁽⁴⁾	60.526	61.828	30.186	27.923	16.043	14.678	13.283	14.892	120.038	119.321
Insgesamt	261.448	271.219	104.125	104.077	52.183	48.815	64.540	123.590	482.296	547.701

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

- 1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 7,2 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2008.
- 2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 im Zusammenhang mit dem Konsumentkreditengagement.
- 3 Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.
- 4 Kredite in der Kategorie „Sonstige“ beinhalten Leasingfinanzierungen.

Die auf Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate bezogenen Kreditengagements der Deutschen Bank gegenüber ihren zehn größten Kreditnehmern umfassten 7 % ihres gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien am 31. Dezember 2009. Diese Engagements gegenüber den zehn größten Kreditnehmern bestehen mehrheitlich gegenüber gut gerateten Kreditnehmern oder beziehen sich auf strukturierte Transaktionen, die einen hohen Grad an Besicherung aufweisen, mit Ausnahme eines Kreditengagements in Leveraged Finance.

Kredite mit höherem Risiko

Einige Kreditarten tragen ein höheres Rückzahlungsrisiko als andere. In ihrem Portfolio aus Krediten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ordnet die Deutsche Bank ihre Corporate Finance Kredite in den Bereichen Leveraged Finance und gewerbliche Immobilienkredite sowie bestimmte andere Kredite, die den niedrigen und mittleren Risikokategorien angehören, dieser Kategorie zu.

Am 31. Dezember 2009 betrug das Portfolio der Deutschen Bank aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Krediten mit höherem Rückzahlungsrisiko 31,2 Mrd € beziehungsweise 12 % des gesamten Kreditportfolios. Die folgende Übersicht zeigt die Kredite mit höherem Rückzahlungsrisiko nach Risikoart sowie die jeweiligen wertgeminderten Kredite und entsprechenden Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Kredite mit höherem Risiko nach Kategorien in Mio €	31.12.2009 (ungeprüft)		
	Kredite zu fortgeführten Anschaffungs- kosten	darunter: wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle
Leveraged Finance	11.768	2.122	815
Gewerbliche Immobilien ⁽¹⁾	12.990	460	274
Sonstige	6.442	934	377
Insgesamt	31.200	3.516	1.466

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

1 Berücksichtigt gewerbliche Immobilienfinanzierungen der Corporate Finance Division im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities.

Die Deutsche Bank schließt in der Regel keine Subprime- oder nachrangigen Hypothekenkredite beziehungsweise Kredite mit tilgungsfreien Anlaufjahren ab. Sie ist jedoch im margenstärkeren Konsumentenkreditgeschäft innerhalb des Bereichs Private and Business Clients aktiv tätig und stuft diese Engagements in der mittleren Risikokategorie ein. Das Konsumentengeschäft der Deutschen Bank besteht überwiegend gegenüber Kunden in Deutschland und Italien.

Weiter gehende Informationen zum gesamten Kreditportfolio der Deutschen Bank sind den folgenden Abschnitten zum Firmen- und Konsumentenkreditengagement zu entnehmen.

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Die Deutsche Bank teilt ihr Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

Das Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumenten-kreditengagements definiert werden.

Das Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus dem Privatkunden- und Retailgeschäft.

Firmenkreditengagement

Die folgende Tabelle zeigt mehrere wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements der Deutschen Bank, gegliedert nach den Bonitätsklassen ihrer Geschäftspartner.

Diese Übersicht zeigt einen leichten Rückgang des Firmenkreditbuchs der Deutschen Bank in Verbindung mit einem größeren Rückgang ihres Engagements im OTC-Derivategeschäft. Der Anteil der Kredite mit Investment Grade Rating an dem Firmenkreditbuch ging von 66 % am 31. Dezember 2008 auf 61 % am 31. Dezember 2009 zurück. Dies spiegelt die anhaltende Verschlechterung der Kreditqualität im Jahresverlauf 2009 angesichts der Kreditkrise wider. Das in der Tabelle dargestellte Kreditvolumen berücksichtigt jedoch weder Kreditsicherheiten, Kreditverbesserungen noch andere Maßnahmen zur Reduzierung des Kreditrisikos. Die Deutsche Bank ist der Meinung, dass sie nach Berücksichtigung solcher risikoreduzierender Maßnahmen keine unangemessene Risikokonzentration hat und ihr Kreditportfolio gut diversifiziert ist. Der Rückgang des Engagements in OTC-Derivaten, insbesondere in der Kategorie AAA–AA, war weitgehend auf steigende Zinskurven und Aktivitäten zur Risikoreduzierung sowie auf sinkende Credit Spreads im Jahr 2009 zurückzuführen. Das in der Tabelle dargestellte Volumen aus OTC-Derivaten berücksichtigt weder Risikoreduzierungsmaßnahmen (außer Master-Netting-Vereinbarungen) noch Kreditsicherheiten (außer erhaltenen Barsicherheiten). Nach Berücksichtigung solcher Risikoreduzierungen verringert sich das verbleibende Kreditrisiko signifikant und ist nach Beurteilung der Deutschen Bank gut diversifiziert und besteht überwiegend gegenüber Geschäftspartnern im Investment-Grade-Rating-Bereich.

**Firmenkreditengagement
Kreditrisikoprofil
nach Bonitätsklasse
(geprüft)
in Mio €**

	Kredite ⁽¹⁾		Unwiderrufliche Kreditzusagen ⁽²⁾		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ⁽³⁾		Insgesamt	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
AAA-AA	28.134	40.749	22.211	20.373	6.573	5.926	23.966	65.598	80.884	132.646
A	29.634	29.752	22.758	30.338	13.231	11.976	13.793	22.231	79.416	94.297
BBB	46.889	53.360	28.814	26.510	15.753	15.375	7.600	15.762	99.056	111.007
BB	43.401	44.132	23.031	19.657	9.860	10.239	12.785	13.009	89.077	87.037
B	9.090	10.458	5.935	5.276	4.290	4.412	1.952	3.898	21.267	24.044
CCC und schlechter	14.633	8.268	1.376	1.923	2.476	887	4.444	3.092	22.929	14.170
Insgesamt	171.781	186.719	104.125	104.077	52.183	48.815	64.540	123.590	392.629	463.201

- 1 Beinhaltet vor allem in der Kategorie „CCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 4,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2008.
- 2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
- 3 Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Konsumentenkreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt das Konsumentenkreditengagement insgesamt, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befindlichen Konsumentenkredite, sowie die Nettokreditkosten des Konzerns. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt.

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements	
	31.12.2009 (geprüft)	31.12.2008 (geprüft)	31.12.2009 (geprüft)	31.12.2008 (geprüft)	31.12.2009 (geprüft)	31.12.2008 (geprüft)
Konsumentenkreditengage- ment Deutschland	59.804	57.139	1,73 %	1,54 %	0,55 %	0,65 %
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierun- gen	13.556	15.047	2,72 %	1,98 %	1,69 %	1,98 %
Immobilienfinanzierungen	46.248	42.092	1,44 %	1,39 %	0,22 %	0,18 %
Konsumentenkreditengage- ment außerhalb Deutschlands	29.864	27.361	3,37 %	1,92 %	1,27 %	0,94 %
Konsumentenkreditengage- ment insgesamt⁽¹⁾	89.668	84.500	2,28 %	1,67 %	0,79 %	0,74 %

- 1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 1,4 Mrd € zum 31. Dezember 2008.

Das Volumen des Konsumentenkreditengagements der Deutschen Bank erhöhte sich im Jahr 2009 um 5,2 Mrd € (6 %) gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte sowohl aus einer Ausweitung des Portfolios in Deutschland (2,7 Mrd €) und außerhalb Deutschlands (2,5 Mrd €) mit starken Zuwächsen in Italien (1,1 Mrd €), Polen (1,0 Mrd €) und Spanien (0,2 Mrd €).

Die Entwicklung der gesamten Nettokreditkosten in Prozent des Gesamtengagements wurden durch Anpassungen bestimmter Parameter und Modellannahmen, die zu einer Reduzierung der Risikokosten um 146 Mio € in 2009 führten, positiv beeinflusst. Der Anstieg der gesamten Nettokreditkosten in 2009 gegenüber 2008 war auf die Strategie der Ausweitung des margenstärkeren Konsumentenkreditgeschäfts der Deutschen Bank sowie die sich verschlechternden Kreditbedingungen in Spanien zurückzuführen. Der Anstieg der Nettokreditkosten erfolgte vornehmlich bei den Portfolios der Deutschen Bank außerhalb Deutschlands und wurde im Wesentlichen verursacht von der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in Spanien, die die dortigen Immobilien- und Kleinbetriebs-Kreditportfolios der Deutschen Bank negativ beeinflusste, sowie von ihrem Geschäft mit Konsumentenfinanzierungen in Polen und Indien. Der gestiegene Anteil von überfälligen Krediten außerhalb Deutschlands resultierte vor allem aus ihren Immobilienfinanzierungen in Spanien.

Gehaltene Sicherheiten

Die Deutsche Bank vereinbart in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig das Stellen von Sicherheiten. In Verträgen mit Kreditnehmern wird regelmäßig das Stellen von Sicherheiten vereinbart.

Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöhen. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Standards im Kreditgeschäft.

Die Deutsche Bank unterteilt erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

- Finanzielle und andere Sicherheiten, die es der Deutschen Bank ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.
- Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers abdecken, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. In diese Kategorie fallen in der Regel Akkreditive, Versicherungsverträge, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Darüber hinaus steuert die Deutsche Bank aktiv ihre Risiken aus Krediten und ausleihebezogenen Zusagen durch ihre spezialisierte Einheit LEMG. Um eine bessere Steuerung ihrer derivatbezogenen Kreditrisiken zu erreichen, geht die Deutsche Bank die weiter unten beschriebenen Sicherheitenvereinbarungen ein.

Konzentration des Kreditrisikos

Erhebliche Konzentrationen des Kreditrisikos liegen vor, wenn die Deutsche Bank wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhält, wobei diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern. Eine Konzentration des Kreditrisikos kann auch gegenüber einem einzelnen Geschäftspartner bestehen.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditrisikos verwendet die Deutsche Bank ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Mit auf Geschäftspartnern, Ländern, Produkten sowie auf sonstige Faktoren bezogene Kreditlimite legt die Deutsche Bank die Obergrenzen für Kreditengagements fest.

Die größten Konzentrationen des Kreditrisikos im Zusammenhang mit Krediten bestehen gegenüber Westeuropa und Nordamerika, wobei ein bedeutender Anteil auf private Haushalte entfällt. Die Konzentration in Westeuropa liegt in erster Linie im Heimatmarkt Deutschland, der auch den Großteil des Immobilienfinanzierungsgeschäfts umfasst. Bei OTC-Derivaten bestehen die größten Konzentrationen ebenfalls in Westeuropa und Nordamerika mit einem signifikanten Anteil bei Banken und Versicherungen, überwiegend im Investment-Grade-Rating-Bereich.

In ihren Krediten mit höherem Risiko hat die Deutsche Bank eine Konzentration in den gewerblichen Immobilienkrediten und Leveraged Finance, wobei in den Letzteren die Konzentration einer Kreditnehmergruppe mit ungefähr 40 % zum Kreditrisiko in dieser Kategorie beiträgt.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten (beispielsweise Futures und Optionen) werden regelmäßig über einen zentralen Kontrahenten (zum Beispiel LCH Clearnet Ltd. oder Eurex Clearing AG) abgewickelt, dessen Richtlinien und Vorschriften einen täglichen Sicherheitennachschuss für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Die Deutsche Bank nimmt bei Transaktionen mit OTC-Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen eines zentralen Kontrahenten („OTC Clearing“) in Anspruch. Dabei profitiert sie von der durch das Abwicklungssystem des zentralen Kontrahenten erzielten Kreditrisikominderung.

Um das Kreditrisiko aus Transaktionen mit OTC-Derivaten zu reduzieren, wenn kein OTC Clearing erfolgen kann, ist die Deutsche Bank grundsätzlich bemüht, Rahmenverträge mit ihren Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatetransaktionen zu netten, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt („Close-out Netting“). Für bestimmte Teile ihres Derivategeschäfts (wie etwa Devisengeschäfte) schließt die Deutsche Bank auch Rahmenverträge ab, im Rahmen derer sie am gleichen Tag in derselben Währung fällige Beträge für Transaktionen verrechnen, die unter solchen Verträgen geschlossen wurden („Payment Netting“), was zur Verringerung ihres Abwicklungsrisikos führt.

Im Rahmen ihrer Risikomess- und Risikobeurteilungsprozesse wendet sie das Netting nur in dem Maße an, in dem sie sich von der rechtlichen Validität und Durchsetzbarkeit des Rahmenvertrags in allen betreffenden Ländern überzeugt hat.

Darüber hinaus vereinbart die Deutsche Bank Collateral Support Annexes („CSA“) zu Rahmenverträgen, um das derivative-bezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Anhänge mit den entsprechenden Sicherheitenvereinbarungen bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die CSA verbieten darüber hinaus das Recht auf Kündigung der zugrunde liegenden Derivatetransaktionen, falls der Kontrahent einer Aufforderung zum Sicherheitennachschuss nicht nachkommt. Wenn die Deutsche Bank davon ausgeht, dass die CSA durchsetzbar sind, spiegelt sich dies, wie auch beim Netting, in ihrer Beurteilung der besicherten Position wider.

Da die Wiederbeschaffungswerte von Derivateportfolios aufgrund von Marktpreisbewegungen und Änderungen der Transaktionen im Portfolio schwanken, berechnet die Deutsche Bank auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Ihr potenzielles künftiges Engagement misst sie anhand von separaten Limiten. Die Analyse des potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen die unmittelbare Auswirkung extremer Marktereignisse auf ihr Gesamtengagement geschätzt werden kann (wie beispielsweise Eventrisiken im Emerging-Markets-Portfolio).

Als Messgröße für potenzielle zukünftige Beträge wendet die Deutsche Bank in der Regel ein Zeitprofil simulierter positiver Marktwerte des Derivateportfolios jedes Kontrahenten an, bei dem das Netting und die Besicherung berücksichtigt werden. Für die Überwachung von Limiten wendet die Deutsche Bank ein Konfidenzniveau von 95 % dieser simulierten Verteilung von Marktwerten an, intern bezeichnet als Potential Future Exposure („PFE“). Die im Rahmen desselben Verfahrens generierten durchschnittlichen Engagementprofile werden zur Ermittlung des sogenannten Average Expected Exposure („AEE“) verwendet. Dieses nutzt die Deutsche Bank, um potenzielle zukünftige Wiederbeschaffungskosten in ihrem Ökonomischen Kapital für das Kreditrisiko abzubilden. Das Expected Positive Exposure („EPE“) als wesentlicher Treiber ihrer aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wird ebenfalls auf Basis dieses Verfahrens ermittelt. Während AEE und EPE grundsätzlich auf einem Einjahreszeithorizont berechnet werden, wird das PFE über die Gesamtlaufzeit einer Transaktion oder Nettingkonstruktion gemessen. Die zuvor erwähnten Berechnungsmethoden nutzt die Deutsche Bank auch, um damit gestresste Risikopositionen für ihre Kreditportfolio-Stresstests abzuleiten.

Bestimmte Collateral Support Annexes zu Rahmenverträgen legen ratingabhängige Grenzen fest, die die Stellung von zusätzlicher Besicherung auslösen, wenn ein Partner herabgestuft wird. Die Deutsche Bank schließt auch Rahmenverträge ab, die als weiteren Kündigungsgrund die Herabstufung eines Partners festlegen. Sie analysiert und überwacht in ihrem Stresstestansatz für Liquiditätsrisiken laufend mögliche Eventual-Zahlungsverpflichtungen, die aus einer Herabstufung resultieren.

Bewertungsanpassung beim Ausfallrisiko

Für OTC-Derivatetransaktionen nimmt die Deutsche Bank eine Bewertungsanpassung beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird an jedem Bilanzstichtag bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber allen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Nettingeffekte, des erwarteten Verlustes bei Ausfall und des Kreditrisikos jedes Geschäftspartners (basierend auf den historischen Ausfällen).

Die Bewertungsanpassungen beim Ausfallrisiko sind für einige Monolineversicherer signifikant. Diese Bewertungsanpassungen werden auf Basis eines internen Modellansatzes ermittelt, der verschiedene Inputfaktoren für jeden Kontrahenten berücksichtigt. Diese umfassen die Wahrscheinlichkeit eines Ereigniseintritts (entweder Restrukturierung oder Insolvenz), die Beurteilung einer möglichen Glattstellung im Fall einer Restrukturierung und auch mögliche Rückflüsse im Fall der Restrukturierung oder Insolvenz. In 2009 hat die Deutsche Bank Bewertungsanpassungen in Höhe von 1,2 Mrd € auf ihr Engagement gegenüber Monolineversicherern vorgenommen, verglichen mit 2,2 Mrd € in 2008.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in ihrem Standardkreditgeschäft hat die Deutsche Bank in der Regel mehrere Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei ihren OTC-Derivaten zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Derivatetransaktionen und das Verhalten ihrer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen ist die Deutsche Bank bei den üblichen Verträgen häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen.

Die mit den Kunden der Deutschen Bank geschlossenen Rahmenvereinbarungen sehen in der Regel eine breite Palette an Standard- oder spezifischen Kündigungsrechten vor, sodass die Deutsche Bank bei Ausfällen eines Geschäftspartners oder in anderen Fällen, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hinweisen, schnell

reagieren kann. Führt ihre Entscheidung, Derivatetransaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen, dazu, dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturiert die Deutsche Bank die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen ihres regulären Work-out-Prozesses abgewickelt. Infolgedessen weist die Deutsche Bank in der Regel in der Bilanz keine leistungsgestörten Derivate aus.

Die folgende Tabelle zeigt die Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von OTC- und börsengehandelten Derivatekontrakten für Handels- und Nichthandelszwecke zum 31. Dezember 2009.

31.12.2009 (ungeprüft) in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
FRAs	4.004.491	615.931	2.303	4.622.725	4.397	-4.527	-130
Zinsswaps (gleiche Währung)	10.572.347	11.700.210	9.269.299	31.541.856	299.453	-279.432	20.021
Zinsoptionenkäufe	450.445	581.527	280.712	1.312.684	48.463	-	48.463
Zinsoptionenverkäufe	442.358	614.986	311.080	1.368.424	-	-51.171	-51.171
Börsengehandelte Produkte:							
Zinsfutures	205.162	303.061	531	508.754	-	-	-
Zinsoptionenkäufe	336.826	13.209	-	350.035	188	-	188
Zinsoptionenverkäufe	331.852	17.997	-	349.849	-	-182	-182
Zwischensumme	16.343.481	13.846.921	9.863.925	40.054.327	352.501	-335.312	17.189
Währungsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Devisentermingeschäfte	549.758	44.789	5.362	599.909	9.894	-9.486	408
Cross Currency Swaps	1.851.617	882.409	561.200	3.295.226	65.502	-71.424	-5.922
Devisenoptionenkäufe	242.068	83.743	27.320	353.131	11.947	-	11.947
Devisenoptionenverkäufe	236.324	100.351	27.239	363.914	-	-11.699	-11.699
Börsengehandelte Produkte:							
Devisenfutures	10.169	522	-	10.691	-	-8	-8
Devisenoptionenkäufe	2.695	85	-	2.780	45	-	45
Devisenoptionenverkäufe	1.716	4	-	1.720	-	-58	-58
Zwischensumme	2.894.347	1.111.903	621.121	4.627.371	87.388	-92.675	-5.287
Aktien-/indexbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte:							
Aktientermingeschäfte	1.546	7	489	2.042	183	-151	32
Aktien-/Indexswaps	68.333	27.602	18.970	114.905	6.525	-7.802	-1.277
Aktien-/Indexoptionenkäufe	79.512	89.839	29.879	199.230	28.469	-	28.469
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	104.732	117.965	37.347	260.044	-	-34.248	-34.248
Börsengehandelte Produkte:							
Aktien-/Indexfutures	17.201	258	63	17.522	-	-	-
Aktien-/Indexoptionenkäufe	126.918	56.747	6.887	190.552	2.985	-	2.985
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	119.173	56.478	7.172	182.823	-	-2.327	-2.327
Zwischensumme	517.415	348.896	100.807	967.118	38.162	-44.528	-6.366
Kreditderivate	398.530	2.236.492	794.414	3.429.436	104.384	-88.337	16.047
Sonstige Geschäfte							
OTC-Produkte:							
Edelmetallgeschäfte	55.705	40.469	5.202	101.376	4.446	-3.959	487
Sonstige Geschäfte	59.483	115.358	4.631	179.472	13.238	-13.111	127
Börsengehandelte Produkte:							
Futures	20.073	15.092	1.067	36.232	20	-27	-7
Optionenkäufe	17.235	12.390	262	29.887	3.093	-	3.093
Optionenverkäufe	17.511	10.226	723	28.460	-	-2.827	-2.827
Zwischensumme	170.007	193.535	11.885	375.427	20.797	-19.924	873
OTC-Geschäft insgesamt	19.117.249	17.251.678	11.375.447	47.744.374	596.901	-575.347	21.554
Börsengehandeltes Geschäft insgesamt	1.206.531	486.069	16.705	1.709.305	6.331	-5.429	902
Insgesamt	20.323.780	17.737.747	11.392.152	49.453.679	603.232	-580.776	22.456
Positive Marktwerte nach Nettingvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten					69.368	-	-

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Weiterverkaufsrisiko

Die Deutsche Bank geht häufig hohe Zusagen mit der Absicht ein, einen Großteil der zugrunde liegenden Risiken an Dritte weiterzuverkaufen oder zu streuen. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und die Bereitstellung von Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen.

Zu Risikomanagementzwecken behandelt die Deutsche Bank den Gesamtbetrag dieser Zusagen als Kreditengagement, das einer formellen Kreditgenehmigung bedarf. Diese Genehmigung umfasst auch den geplanten Haltebestand. Beträge, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden als Handelsaktiva klassifiziert und zum Fair Value bewertet. Die Kursschwankungen werden mithilfe des Prozesses zur Steuerung von Marktrisiken überwacht. Um sich gegen eine Wertminderung solcher Beträge zu schützen, kann die Deutsche Bank zu marktüblichen Konditionen Geschäfte zur Absicherung von Marktrisiken abschließen (in der Regel auf Basis der entsprechenden Indizes), die ebenfalls in ihrem Prozess zur Steuerung von Marktrisiken erfasst werden.

Länderrisiko

Zur Steuerung des Länderrisikos stützt sich die Deutsche Bank auf eine Reihe von Risikomessinstrumenten und -limiten. Dazu gehören insbesondere:

- **Gesamtengagement gegenüber Geschäftspartnern.** Hierzu zählt die Deutsche Bank alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten an Geschäftspartner, die in einem beliebigen Land ansässig sind und die sie für gefährdet hält, falls wirtschaftliche oder politische Ereignisse eintreten („Country Risk Event“). Es schließt Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften ein, die nicht durch Patronatserklärung abgedeckt sind, sowie ausländische Niederlassungen von lokalen Geschäftspartnern.
- **Transferrisikoengagement.** Das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte an Nichtgebietsansässige übertragen kann („Transfer Risk Event“). Dazu zählen alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten, die von einer Stelle der Deutschen Bank in einem Land an einen Geschäftspartner in einem anderen Land ausgereicht werden.
- **Event-Risk-Szenarien mit hohem Stressfaktor.** Die Deutsche Bank verwendet Stresstests zur Messung von potenziellen Risiken ihrer Handelspositionen und betrachtet diese als Marktrisiken.

Länderrisikoratings

Länderrisikoratings der Deutschen Bank sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Länderrisiko-Research-Team im Kreditrisikomanagement ermittelt und beinhalten:

- **Sovereign Rating.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung beziehungsweise seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **Transferrisikorating.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein „Transfer Risk Event“ eintritt.
- **Event Risk Rating.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren eines Landes kommt.

Sämtliche Sovereign- und Transferrisikoratings werden mindestens einmal im Jahr vom Group Credit Policy Committee, einem Unterkomitee des Risk Executive Committee, überprüft. Zudem überprüft das Länderrisiko-Research-Team der Deutschen Bank mindestens vierteljährlich die Ratings der Deutschen Bank für die wichtigsten Emerging-Markets-Länder. Ratings für Länder, die die Deutsche Bank für besonders volatil hält, sowie sämtliche Event Risk Ratings werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

Ferner vergleicht die Deutsche Bank ihre internen Risikoeinstufungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten internationalen Ratingagenturen.

Länderrisikolimit

Die Deutsche Bank steuert ihr Länderrisikoengagement mithilfe eines Rahmenwerks von Limiten. Sie begrenzt und überwacht ihr Engagement in Emerging Markets besonders intensiv. Sie definiert Emerging Markets als Lateinamerika (einschließlich der Karibik), Asien (ohne Japan), Osteuropa, den Nahen Osten und Afrika. Die Limite überprüft die Deutsche Bank mindestens einmal im Jahr zusammen mit den Länderrisikoratings. Länderrisikolimiten werden entweder vom Vorstand oder im Rahmen delegierter Kompetenz vom Group Credit Policy Committee festgelegt.

Überwachung des Länderrisikos

Die Konzernbereiche der Deutschen Bank sind für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite verantwortlich. Die regionalen Einheiten im Kreditrisikomanagement überwachen das Länderrisiko der Deutschen Bank auf der Grundlage von Daten, die Finance zur Verfügung stellt. Das Group Credit Policy Committee überprüft ebenfalls Informationen zum Transferrisiko.

Länderrisikoengagement

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des gesamten Nettoengagements gegenüber Geschäftspartnern in Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten) sowie die nach Regionen gegliederten Inanspruchnahmen des Nettotransferrisikoengagements gegenüber Emerging-Markets-Ländern (abzüglich Sicherheiten).

Emerging Markets Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern	31.12.2009	31.12.2008
in Mio €	<i>(ungeprüft)</i>	
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern	28.075	26.214
Gesamtes Nettoengagement gegenüber Geschäftspartnern (ohne OTC-Derivate) . . .	22.591	17.697

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Emerging Markets Inanspruchnahme des Nettotransferrisikoengagements	31.12.2009	31.12.2008
in Mio €	<i>(ungeprüft)</i>	
Afrika	1.101	914
Asien (ohne Japan)	5.321	5.472
Osteuropa	2.129	3.364
Lateinamerika	2.234	1.647
Mittlerer Osten	4.041	3.402
Nettotransferrisikoengagement gegenüber Emerging Markets, insgesamt	14.826	14.799

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern.

Zum 31. Dezember 2009 betrug das Nettotransferrisikoengagement der Deutschen Bank gegenüber Emerging-Markets-Ländern (ohne unwiderrufliche Kreditzusagen und Engagements gegenüber Filialen von Banken aus Nicht-Emerging-Markets-Ländern) 14,8 Mrd € und blieb damit nahezu unverändert gegenüber dem 31. Dezember 2008. Diese Entwicklung war in erster Linie auf höhere kreditbezogene Ausreichungen gegenüber dem Mittleren Osten, Lateinamerika und Asien (ohne Japan) zurückzuführen, die jedoch durch Reduzierungen gegenüber Osteuropa sowie durch Rückgänge in den Forderungen aus OTC-Derivaten gegenüber nahezu allen Regionen kompensiert wurden.

Problemkredite

Die Problemkredite der Deutschen Bank bestehen in erster Linie aus wertgeminderten Krediten. Das Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Der Wertminderungsverlust wird in der Regel auf der Basis der erwarteten künftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Bei notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung (zur Definition siehe weiter unten) wird der ursprüngliche Effektivzinssatz vor einer Anpassung der Konditionen angewendet.

Während die Deutsche Bank die Wertminderungen für ihre Firmenkreditengagements individuell bewertet, nimmt sie in ihrem Konsumentenkreditengagement eine kollektive Beurteilung der Wertminderung der Kredite vor.

Die zweite Komponente der Problemkredite der Deutschen Bank umfasst nicht wertgeminderte Problemkredite, für die kein Wertminderungsverlust festgestellt wurde, bei denen jedoch entweder das Management

aufgrund bekannter Informationen über mögliche Kreditprobleme der Kreditnehmer erheblich daran zweifelt, dass diese ihre vertraglichen Rückzahlungsvereinbarungen erfüllen können, oder Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen aber noch Zinsen abgegrenzt werden.

Im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim hat die Deutsche Bank verschiedene Kredite erworben, für die zuvor eine einzeln ermittelte Wertberichtigung von Sal. Oppenheim gebildet worden war. Diese Kredite hat die Deutsche Bank zum Fair Value in ihre Bilanz übernommen, der die Kreditqualität dieser Kredite reflektierte. Da sich die Erwartungen der Deutschen Bank an diese Kredite seit ihrer Akquisition nicht verändert haben, betrachtet die Bank sie nicht als Problemkredite.

Im Einklang mit dem Industry Guidance der Securities and Exchange Commission setzt die Deutsche Bank darüber hinaus die Überwachung und die Berichterstattung der nachstehenden Kategorien in ihren Problemkrediten fort.

- **Kredite ohne Zinsabgrenzung:** Die Zinsabgrenzung für Kredite wird eingestellt, wenn die vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind und der Kredit weder hinreichend abgesichert ist, noch sich im Inkassoprozess befindet oder es nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der vertraglichen Cashflows ratsam ist, die Zinsabgrenzung einzustellen. Im Fall von Krediten ohne Zinsabgrenzung wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dabei wird jedoch der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst. Auf Kredite ohne Zinsabgrenzung eingehende Zinsen bucht die Deutsche Bank als Ermäßigung der Kapitalforderung.
- **Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung:** Hier handelt es sich um Kredite, bei denen die vertraglich vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen die Deutsche Bank aber noch Zinsen abgrenzt, da sie nicht wertgemindert sind.
- **Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung:** Hierbei handelt es sich um Kredite, die die Deutsche Bank aufgrund einer Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers restrukturiert hat. Dabei wurden Konditionen vereinbart, die die Deutsche Bank sonst nicht in Betracht gezogen hätte. Wenn ein Kreditnehmer einen restrukturierten Kredit ein Jahr lang zufriedenstellend bedient, behandelt die Deutsche Bank den Kredit nicht länger als notleidenden Kredit im Prozess der Restrukturierung – es sei denn, der zum Zeitpunkt der Restrukturierung vereinbarte neue Zinssatz war niedriger als der Marktzins für ähnliche Kreditrisiken.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Problemkredite der Deutschen Bank zum angegebenen Stichtag.

in Mio €	31.3.2010			31.12.2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>			<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		
Kredite ohne Zinsabgrenzung	5.883	2.276	8.159	5.937	2.186	8.123
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	143	265	408	55	266	321
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	364	144	508	252	217	469
Problemkredite insgesamt	6.390	2.685	9.075	6.244	2.669	8.913
davon: IFRS-wertgeminderte Kredite . . .	4.975	2.393	7.368	4.903	2.298	7.201

Der Anstieg der Problemkredite um 162 Mio € im ersten Quartal 2010 war in Höhe von 146 Mio € auf die einzeln ermittelten Problemkredite zurückzuführen. Die kollektiv ermittelten Problemkredite der Deutschen Bank erhöhten sich um 16 Mio €. Gemäß IAS 39 umgegliederte Vermögenswerte, die als Problemkredite betrachtet werden, erhöhten sich um 92 Mio €.

31.12.2009
(ungeprüft)

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Nicht-wertgeminderte Kredite			Problemkredite
	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Insgesamt
Einzeln ermittelt	758	4.145	4.903	304	1.037	1.341	6.244
Kredite ohne Zinsabgrenzung	707	4.027	4.734	200	1.003	1.203	5.937
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	50	5	55	55
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung ⁽¹⁾	51	118	169	54	29	83	252
Kollektiv ermittelt	907	1.391	2.298	274	97	371	2.669
Kredite ohne Zinsabgrenzung	905	1.281	2.186	–	–	–	2.186
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	260	6	266	266
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung ⁽¹⁾	2	110	112	14	91	105	217
Problemkredite insgesamt	1.665	5.536	7.201	578	1.134	1.712	8.913
davon: gemäß IAS 39 reklassifizierte Problemkredite	28	2.750	2.778	–	159	159	2.937

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

1 In der obigen Tabelle sind notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung aus Konsumentenkreditengagements in der Position „Kollektiv ermittelte Problemkredite“ ausgewiesen, da im letzten Quartal des Jahres 2009 Richtlinien und Verfahren im Kreditgeschäft modifiziert wurden, die eine adäquate kollektive Beurteilung dieser Kredite sicherstellen.

31.12.2008
(ungeprüft)

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Nicht-wertgeminderte Kredite			Problemkredite
	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Insgesamt
Einzeln ermittelt	750	1.532	2.282	294	391	685	2.967
Kredite ohne Zinsabgrenzung	699	1.519	2.218	215	377	592	2.810
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	8	5	13	13
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	51	13	64	71	9	80	144
Kollektiv ermittelt	824	576	1.400	175	13	188	1.588
Kredite ohne Zinsabgrenzung	824	576	1.400	–	–	–	1.400
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	175	13	188	188
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	–	–	–	–	–	–	–
Problemkredite insgesamt	1.574	2.108	3.682	469	404	873	4.555
davon: gemäß IAS 39 reklassifizierte Problemkredite	9	745	754	–	86	86	840

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Der Anstieg der Problemkredite in 2009 um insgesamt 4,4 Mrd € (96 %) war auf einen Bruttoanstieg von Problemkrediten in Höhe von 5,6 Mrd € zurückzuführen, der teilweise durch Abschreibungen von 1,2 Mrd € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 60 Mio € ausgeglichen werden konnte. Dieser Anstieg in den Problemkrediten der Deutschen Bank ist vorwiegend auf ihre einzeln ermittelten Kredite zurückzuführen, bei denen ein Bruttoanstieg von 4,0 Mrd € verzeichnet wurde, der teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 670 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 57 Mio € kompensiert wurde. Bei kollektiv ermittelten Problemkrediten wurde ein Bruttoanstieg von 1,6 Mrd € durch Abschreibungen von 552 Mio € teilweise kompensiert. In den kollektiv ermittelten Problemkrediten in Höhe von 2,7 Mrd € waren zum 31. Dezember 2009 Kredite von 2,1 Mrd € enthalten, die 90 Tage oder mehr überfällig waren, sowie Kredite von 564 Mio €, die weniger als 90 Tage überfällig waren.

Die Problemkredite der Deutschen Bank beinhalteten 2,9 Mrd € an Problemkrediten unter den gemäß IAS 39 in das Anlagebuch umklassifizierten Krediten. Für diese Kredite verzeichnete die Deutsche Bank einen Bruttoanstieg von 2,5 Mrd €, der teilweise durch Abschreibungen von 414 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 34 Mio € ausgeglichen wurde.

Die Zusagen der Deutschen Bank, neue Gelder an Kreditnehmer mit Problemkrediten zu geben, beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 191 Mio €, was einer Zunahme von 120 Mio € (169 %) gegenüber dem 31. Dezember 2008 entspricht. Von diesen Zusagen entfielen 51 Mio € auf Kreditnehmer mit notleidenden

Kredit im Prozess der Restrukturierung. Dies entspricht einer Zunahme von 45 Mio € gegenüber dem 31. Dezember 2008.

Zusätzlich beliefen sich zum 31. Dezember 2009 die leistungsgestörten Leasingfinanzierungen der Deutschen Bank auf 7 Mio €. Das entspricht einem Anstieg um 3 Mio € (71 %) gegenüber dem 31. Dezember 2008. Diese Beträge sind nicht in den Problemerkrediten der Deutschen Bank enthalten.

Die folgende Tabelle liefert einen Überblick über die nicht wertgeminderten notleidenden Kredite der Deutschen Bank im Prozess der Restrukturierung, deren Bedingungen neu verhandelt wurden und die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(geprüft)</i>	
Nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	188	80

Die folgende Tabelle unterteilt die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten nicht wertgeminderten Kredite nach Anzahl der überfälligen Tage.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(geprüft)</i>	
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	6.192	8.345
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	941	1.308
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	558	939
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	925	407
Überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	8.616	10.999

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze beim besicherten Kreditvolumen –, die die Deutsche Bank zur Absicherung ihrer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite hält.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(geprüft)</i>	
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.965	3.222
Erhaltene Garantien	330	987
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	4.295	4.209

Wertgeminderte Kredite

Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich die wertgeminderten Kredite der Deutschen Bank auf insgesamt 7,2 Mrd €, was einem Anstieg um 96 % gegenüber dem 31. Dezember 2008 entspricht. Der gesamte Bruttoanstieg von wertgeminderten Krediten in Höhe von 4,8 Mrd € wurde nur teilweise durch Abschreibungen von 1,2 Mrd € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 31 Mio € ausgeglichen. Die Zunahme der wertgeminderten Problemerkredite ist vorwiegend auf die einzeln ermittelten wertgeminderten Kredite der Deutschen Bank zurückzuführen, bei denen es einen Bruttoanstieg von 3,3 Mrd € gab, der teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 670 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 27 Mio € kompensiert wurde. Die kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite erhöhten sich um 897 Mio €, wobei ein Bruttoanstieg von 1,5 Mrd € durch Abschreibungen von 552 Mio € kompensiert wurde.

Die wertgeminderten Kredite beinhalteten 2,8 Mrd € an Krediten, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden. Bei diesen verzeichnete die Deutsche Bank einen Bruttoanstieg von 2,5 Mrd €, der teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 414 Mio € und einen Wechselkursbedingten Rückgang von 28 Mio € kompensiert wurde.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wertgeminderten Kredite der Deutschen Bank zum jeweiligen Berichtszeitpunkt, aufgeteilt nach den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt (geprüft)	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt (geprüft)	Insgesamt
Osteuropa	30	121	151	16	38	54
Westeuropa	3.215	2.152	5.367	1.439	1.338	2.777
Afrika	27	–	27	–	–	–
Asien/Pazifik	136	21	157	50	22	72
Nordamerika	1.392	3	1.395	543	1	544
Mittel- und Südamerika	84	1	85	233	1	234
Sonstige	19	–	19	1	–	1
Insgesamt	4.903	2.298	7.201	2.282	1.400	3.682

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wertgeminderten Kredite der Deutschen Bank nach Branchen zum jeweiligen Berichtszeitpunkt.

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt (geprüft)	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt (geprüft)	Insgesamt
Banken und Versicherungen	101	–	101	146	10	156
Verarbeitendes Gewerbe	582	116	698	347	80	427
Private Haushalte	103	1.556	1.659	228	981	1.209
Öffentliche Haushalte	45	–	45	118	–	118
Handel	255	91	346	145	55	200
Gewerbliche Immobilien	710	250	960	137	35	172
Fund Management	848	–	848	644	1	645
Sonstige ⁽¹⁾	2.259	285	2.544	517	238	755
Insgesamt	4.903	2.298	7.201	2.282	1.400	3.682

1 Zum 31. Dezember 2009 beinhaltete die Kategorie „Sonstige“ in erster Linie eine wertgeminderte nachrangige Forderung im Leveraged-Finance-Geschäft, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden war.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der von der Deutschen Bank zur Absicherung ihrer wertgeminderten Kredite gehaltenen Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze beim besicherten Kreditvolumen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(geprüft)</i>	
Finanzielle und andere Sicherheiten	1.757	1.175
Erhaltene Garantien	57	18
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für wertgeminderte Kredite insgesamt	1.814	1.193

Übernommene Sicherheiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten, die die Deutsche Bank während der Berichtsperioden in die Bilanz aufgenommen hat, indem sie zur Risikominderung dienende Sicherheiten übernommen oder andere Kreditverbesserungen in Anspruch genommen hat.

in Mio €	2009	2008
	<i>(geprüft)</i>	
Gewerbliche Immobilien	78	799
Private Immobilien	10	170
Sonstige	–	1.837
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	88	2.806

Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzt die Deutsche Bank übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

In 2009 hat die Deutsche Bank in Bezug auf zwei Kreditengagements in ihrem Portfolio in den USA Gewerbeimmobilien übernommen, während die Übernahme von privaten Immobilien sich auf Engagements in Spanien erstreckte, wo die Deutsche Bank die Sicherheit in Ausübung der Zwangsvollstreckung übernommen hat.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen privaten Immobilien beinhalten keine der infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß SIC-12 sowie IAS 27 übernommenen Sicherheiten. Die Jahresendwerte, bezogen auf diese Trusts, beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 33 Mio € nach 127 Mio € zum 31. Dezember 2008.

Wertberichtigung für Kreditausfälle

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten der Wertberichtigung für Kreditausfälle, mit Bezug auf inländische Kreditnehmer ebenfalls nach der Branche des Kreditnehmers, sowie die prozentualen Anteile des gesamten Kreditportfolios, die zu den angegebenen Zeitpunkten auf die verschiedenen Branchen entfielen. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	31.12.2009		31.12.2008	
				<i>(ungeprüft)</i>
Inländische Kunden:				
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand:				
Banken und Versicherungen	2	4 %	1	5 %
Verarbeitendes Gewerbe	199	3 %	165	3 %
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	18	5 %	21	5 %
Private Haushalte – Hypothekenkredite	3	15 %	5	13 %
Öffentliche Haushalte	–	2 %	–	2 %
Handel	95	1 %	81	1 %
Gewerbliche Immobilien	55	5 %	60	5 %
Fund Management	3	1 %	2	1 %
Sonstige	123	4 %	144	5 %
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand inländische Kunden insgesamt				
	498		479	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand				
	454		464	
Inländische Kunden insgesamt	952	40 %	943	39 %
Ausländische Kunden:				
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand				
	1.532		499	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand				
	859		496	
Ausländische Kunden insgesamt	2.391	60 %	995	61 %
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	3.343	100 %	1.938	100 %
Einzel ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt				
	2.029		977	
Kollektiv ermittelter Wertberichtigungsbestand insgesamt				
	1.314		961	
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	3.343		1.938	

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

Eine Erhöhung des Wertberichtigungsbestands der Deutschen Bank für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Veränderungen im Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle in den angegebenen Zeiträumen.

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	1. Quartal 2010			1. Quartal 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>			<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		
Bestand am Jahresanfang	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	89	178	267	359	179	539
Nettoabschreibungen	-71	-98	-169	-80	-112	-192
Abschreibungen	-79	-124	-203	-92	-142	-234
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	8	26	34	11	31	42
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/ Sonstige	5	9	14	7	-6	1
Bestand am Periodenende	2.052	1.403	3.455	1.263	1.022	2.285

in Mio €	2009			2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt
	<i>(geprüft)</i>			<i>(geprüft)</i>		
Bestand am Jahresanfang	977	961	1.938	930	775	1.705
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.789	808	2.597	382	702	1.084
Nettoabschreibungen	-637	-419	-1.056	-301	-477	-778
Abschreibungen	-670	-552	-1.222	-364	-626	-990
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	33	133	166	63	149	212
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-101	-36	-137	-34	-39	-74
Bestand am Jahresende	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle, mit Bezug auf inländische Kreditnehmer nach Branchen, in den angegebenen Zeiträumen. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
	<i>(ungeprüft)</i>	
Bestand am Jahresanfang	1.938	1.705
Abschreibungen:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	-2	-2
Verarbeitendes Gewerbe	-43	-53
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	-340	-330
Private Haushalte – Hypothekenkredite	-23	-32
Öffentliche Haushalte	-	-
Handel	-23	-41
Gewerbliche Immobilien	-6	-19
Fund Management	-	-
Sonstige	-72	-127
Inländische Kunden insgesamt	-509	-604
Ausländische Kunden insgesamt	-713	-386
Abschreibungen insgesamt	-1.222	-990
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	1	1
Verarbeitendes Gewerbe	11	14
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	83	81
Private Haushalte – Hypothekenkredite	1	3
Öffentliche Haushalte	-	-

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2009	2008
	<i>(ungeprüft)</i>	
Handel	7	8
Gewerbliche Immobilien	7	9
Fund Management	–	–
Sonstige	25	41
Inländische Kunden insgesamt	135	157
Ausländische Kunden insgesamt	31	55
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten insgesamt	166	212
Nettoabschreibungen	–1.056	–778
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	2.597	1.084
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursveränderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	–137	–74
Bestand am Jahresende	3.343	1.938
Anteil der Nettoabschreibungen insgesamt an den Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Jahresdurchschnitt	0,39 %	0,33 %

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Der Wertberichtigungsbestand der Deutschen Bank für Kreditausfälle betrug am 31. Dezember 2009 3,3 Mrd € und lag somit um 72 % über dem zum Ende 2008 ausgewiesenen Bestand von 1,9 Mrd €. Dieser Anstieg resultiert in erster Linie aus Wertberichtigungen, die die Abschreibungen deutlich übertrafen.

Die Bruttoabschreibungen der Deutschen Bank im Jahr 2009 betragen 1,2 Mrd €. Davon entfielen 637 Mio € auf das Firmenkreditgeschäft der Deutschen Bank, von denen 414 Mio € gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in Portfolios der Deutschen Bank in den USA und Großbritannien betrafen, sowie 419 Mio € auf das Konsumentenkreditengagement, hier vor allem resultierend aus den deutschen Portfolios.

Die Wertberichtigungen der Deutschen Bank für Kreditausfälle betragen in 2009 2,6 Mrd €. Davon entfielen 1,8 Mrd € auf Firmenkreditengagements, bei denen Wertberichtigungen in Höhe von 1,3 Mrd € für Vermögenswerte gebildet wurden, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden waren. Dabei handelte es sich in erster Linie um Risikopositionen im Bereich Leveraged Finance. Der übrige Anstieg entstand durch die Neubildung von Vorsorgen gegenüber einer Vielzahl von Engagements in Nord- und Südamerika und Europa infolge eines sich verschlechternden Kreditumfelds. Die Wertberichtigungen in PCAM beliefen sich auf 805 Mio € und spiegelten im Wesentlichen das schwierigere Kreditumfeld in Spanien und Polen wider. Die Risikovorsorge war im Gesamtjahr 2009 durch eine Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen positiv beeinflusst, was zu einer Reduzierung der Risikovorsorge um 87 Mio € im Bereich CIB und 146 Mio € im Bereich PCAM führte.

Am 31. Dezember 2009 betrug der Bestand der Deutschen Bank an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 2,0 Mrd €. Der Anstieg um 1,1 Mrd € in 2009 ergab sich aus Nettozuführungen von 1,8 Mrd € (einschließlich der vorgenannten Auswirkungen der Umklassifizierungen gemäß IAS 39), Nettoabschreibungen von 637 Mio € und einem Rückgang von 101 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

Der Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen lag am 31. Dezember 2009 bei 1,3 Mrd € und damit um 353 Mio € über dem Stand zum Ende des Vorjahres (961 Mio €). Diese Veränderung reflektiert Zuführungen zu Wertberichtigungen in Höhe von 808 Mio €, einschließlich eines positiven Effekts durch Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen, die zu einer Reduzierung der Risikovorsorge von 87 Mio € führte. Den Wertberichtigungen standen Nettoabschreibungen von 419 Mio € und ein Rückgang von 36 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten gegenüber.

Der Wertberichtigungsbestand der Deutschen Bank belief sich am 31. Dezember 2008 auf 1,9 Mrd € und lag damit um 14 % über dem zum Ende 2007 ausgewiesenen Bestand von 1,7 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus Wertberichtigungen, die die Abschreibungen übertrafen.

Im Jahr 2008 betragen die Bruttoabschreibungen der Deutschen Bank 990 Mio €. Davon entfielen 626 Mio € auf das Konsumentenkreditengagement und 364 Mio € auf das Firmenkreditengagement, hauptsächlich resultierend aus den deutschen und US-amerikanischen Portfolios.

Im Jahr 2008 betragen die Wertberichtigungen der Deutschen Bank für Kreditausfälle 1,1 Mrd €, was einem Anstieg von 433 Mio € (67 %) gegenüber dem Vorjahr entspricht. Ursache hierfür war in erster Linie das Konsumentenkreditengagement als Folge des sich verschlechternden Kreditumfelds in Spanien, höherer Kreditausfallquoten in Deutschland und Italien sowie des organischen Wachstums in Polen. Für die Firmenkreditengagements wurden in der zweiten Jahreshälfte 2008 Wertberichtigungen von 257 Mio € für Vermögenswerte gebildet, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden waren. Innerhalb dieses Portfolios waren

zusätzliche Wertberichtigungen vorwiegend für Kredite in Europa notwendig, was durch eine Verschlechterung des Kreditumfelds bedingt war.

Am 31. Dezember 2008 betrug der Bestand der Deutschen Bank an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 977 Mio €. Der Anstieg um 47 Mio € im Jahr 2008 umfasste Nettozuführungen von 382 Mio € (einschließlich der vorgenannten Auswirkungen der Umklassifizierungen gemäß IAS 39), Nettoabschreibungen von 301 Mio € und einen Rückgang um 34 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

Am 31. Dezember 2008 lag der Bestand der Deutschen Bank an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen bei 961 Mio € und damit um 186 Mio € über dem Stand zum Ende des Jahres 2007 (775 Mio €). Die Veränderung reflektierte Zuführungen zu Wertberichtigungen von 702 Mio €, denen Nettoabschreibungen von 477 Mio € gegenüberstanden, sowie einen Nettorückgang von 39 Mio € aufgrund von Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten. Mit dieser Erhöhung lag der Bestand der Deutschen Bank an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle nahezu auf dem gleichen Niveau wie der Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen.

Ausländische Komponente des Wertberichtigungsbestands

Die nachstehende Tabelle enthält eine Analyse der Veränderungen in der ausländischen Komponente der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Zum 31. Dezember 2009 entfielen 72 % des gesamten Wertberichtigungsbestands auf ausländische Kunden.

in Mio €	2009	2008
	<i>(ungeprüft)</i>	
Bestand am Jahresanfang	995	615
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	2.182	752
Nettoabschreibungen	-682	-330
Abschreibungen	-713	-385
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	31	55
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	-104	-42
Bestand am Jahresende	2.391	995

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, in denen Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen enthalten sind für die angegebenen Zeiträume.

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	1. Quartal 2010			1. Quartal 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>			<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		
Bestand am Jahresanfang	83	124	207	98	112	210
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-6	1	-5	-	-13	-13
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-	-	-
Veränderung des Konsolidierungskreises . . .	9	-	9	-	-	-
Wechselkursveränderungen	1	5	5	3	4	7
Bestand am Periodenende	87	130	217	101	103	204

in Mio €	2009			2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insge- samt
	<i>(geprüft)</i>			<i>(geprüft)</i>		
Bestand am Jahresanfang	98	112	210	101	118	219
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	21	12	33	-2	-6	-8
Zweckbestimmter Verbrauch	-45	-	-45	-	-	-
Veränderung des Konsolidierungskreises . . .	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen	10	-	10	-1	-	-1
Bestand am Jahresende	83	124	207	98	112	210

Abwicklungsrisiko

Bei ihren Handelsaktivitäten kann die Deutsche Bank zum Zeitpunkt der Abwicklung dieser Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko (Settlement Risk) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringert die Deutsche Bank das Abwicklungsrisiko, indem sie das Geschäft über eine Clearingstelle abschließt, die als Vermittler im Sinne beider Parteien handelt und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, stellt die simultane Initialisierung der Zahlung und Lieferung im Rahmen der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar (Free Settlement). In solchen Fällen versucht die Deutsche Bank das Abwicklungsrisiko dadurch zu senken, dass sie bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingeht. Außerdem beteiligt sich die Deutsche Bank aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für Geschäfte im „Free-Settlement“-Verfahren bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, und zwar entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Für Kreditgenehmigungszwecke aggregiert die Deutsche Bank Abwicklungsrisikolimits nicht mit anderen Kreditengagements, berücksichtigt jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Marktrisiko

Ein Großteil der Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank unterliegt Marktrisiken, das heißt dem Risiko, dass sich der Marktwert der Handels- und Anlagepositionen der Deutschen Bank verändert. Risiken können aus nachteiligen Änderungen bei Zinssätzen, Credit Spreads, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Parametern wie der Marktvolatilität entstehen.

Oberstes Ziel von Market Risk Management ist es sicherzustellen, dass die Geschäftseinheiten der Deutschen Bank das Chance-Risiko-Verhältnis optimieren und die Deutsche Bank nicht unannehmbaren Verlusten ausgesetzt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet Market Risk Management eng mit den Risikonehmern (den Geschäftseinheiten) sowie den Kontroll- und Supportfunktionen zusammen.

Die Deutsche Bank unterscheidet zwei grundsätzlich verschiedene Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelspositionen entsteht in erster Linie durch Marketmaking im Konzernbereich Corporate and Investment Bank. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten in Form des Aktienkursänderungsrisikos entsteht vorwiegend durch nicht konsolidierte strategische Beteiligungen im Portfolio des Konzernbereichs Corporate Investments, Alternative Asset Investments und Aktienvergütungen. Das Zinsrisiko der Nichthandelsaktivitäten entsteht aus Aktiva und Passiva der Deutschen Bank. Andere Elemente des nicht-handelsbezogenen Marktrisikos entstehen in Verbindung mit den Asset Management und Fondsaktivitäten der Deutschen Bank sowie durch Modellrisiken in PBC, GTB und PWM, die sich aus Szenarioannahmen zum Kundenverhalten in Verbindung mit Zinsschwankungen ableiten.

Grundkonzept der Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos

Das wichtigste Instrument der Deutschen Bank zur Steuerung ihres Marktrisikos aus Handelspositionen besteht in der Festlegung von Limiten. Der Vorstand legt, unterstützt von Market Risk Management (MRM) als Teil der unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, ein konzernweites Value-at-Risk-Limit sowie ein Risikolimit für das Ökonomische Kapital für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche (zum Beispiel Global Markets und Corporate Finance) und einzelne Geschäftssparten (zum Beispiel Global Rates, Global Markets Equity, etc.) auf. Grundlage hierfür sind voraussichtliche Geschäftspläne und Risikoneigung. Innerhalb der einzelnen Geschäftssparten können die Geschäftsleiter oder Chief Operating Officers geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festlegen, indem sie das von MRM festgelegte Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen.

Value-at-Risk-Limite und das Risikolimit für das Ökonomische Kapital reichen nicht aus, um alle Arten von Marktrisiken zu steuern. Deshalb wendet Market Risk Management zusätzlich Sensitivitäts- und Konzentrations-/Liquiditätslimite an. Unterschieden wird zwischen den von Market Risk Management festgelegten Limiten und den Business Limits für Sensitivitäten und Konzentration/Liquidität. In der Praxis handelt es sich dabei um eine relativ kleine Zahl wesentlicher Limite, die für die Erfassung bestimmter Risikofaktoren erforderlich sind und eher global als nur für eine bestimmte geografische Region gelten.

Zur Steuerung ihrer Risikopositionen innerhalb der vorgegebenen Limite wenden die Risikonehmer unterschiedliche Maßnahmen zur Risikominderung an. Dazu zählen insbesondere:

- **Diversifikationseffekte.** Diversifikation ist eine Portfoliostrategie, die durch das Kombinieren verschiedener Positionen auf die Reduzierung des Risikos abzielt. Da einige Positionen an Wert zunehmen, während andere an Wert abnehmen, kann Diversifikation dazu beitragen, das Gesamtrisiko für ein bestimmtes Portfolio zu reduzieren.
- **Absicherungsgeschäfte („Hedging“).** Hedging bedeutet das Eingehen von Positionen in verwandten Wertpapieren, einschließlich derivativer Produkte wie Terminkontrakten, Swaps und Optionen. Hedgingaktivitäten sind nicht immer ein effektiver Schutz vor Verlusten, da es zwischen dem Sicherungsinstrument und der abzusichernden Position Unterschiede bei den Konditionen, spezifischen Merkmalen oder anderen Basisrisiken geben kann.

Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos: Überarbeitetes Rahmenwerk und De-Risking-Disziplin in 2009

In 2009 hat Market Risk Management neue Prozesse zur verbesserten Überwachung und Berichterstattung wesentlicher Risiken eingeführt. Diese Prozesse umfassten die Erstellung einer Liste mit Risikopositionen, bei denen eine konsequente Risikominderung angestrebt wird. Die Identifizierung solcher Positionen erfolgt nach einem vierstufigen Plan zum Abbau von Risiken (De-Risking).

Reduzierung von Risikokonzentrationen:

- Anpassung der Positionsgröße an das Liquiditätsumfeld
- Investitionen, um die illiquidesten Risikopositionen aufzulösen

Fortsetzung des aktiven Hedging:

- Umsetzung eines aktiven Makro-Hedging-Programms
- Verbesserung der Hedgingeffizienz einzelner Strategien

Reduzierung des bilanziellen Verschuldungsgrades:

- Reduzierung von Brutto- und Nettorisikopositionen
- Anpassung der Marktrisikoneigung an die neuen Bilanz- und Leverageziele

Reduzierung der Unsicherheitsfaktoren:

- Vermeidung von Engagements in Produkten, die schwierig zu bewerten sind
- Verringerung der Abhängigkeit von komplexen, stark strukturierten Produkten

Dank der anhaltenden Fokussierung konnte die Mehrheit dieser wesentlichen Risikopositionen auf ein angemessenes Niveau reduziert werden. Für eine Minderheit an Risikopositionen war der Risikoabbau durch das Marktumfeld erschwert, weshalb ein restliches Verlustpotenzial verbleibt. Ergänzende Maßnahmen zur Verminderung dieses Verlustpotenzials wurden eingeleitet. So hat die Deutsche Bank diese Positionen vom normalen Handelsbestand abgetrennt und steuert sie in separaten Altbestandsbüchern (Legacy Books). Mithilfe von Sicherungsinstrumenten wird das Risiko nach unten begrenzt. Die Deutsche Bank sucht und nutzt weiterhin Marktchancen, um diese Risiken zu reduzieren.

Dieses Vorgehen war Teil einer breiteren Neuausrichtung dieses Geschäftsmodells. Ziel ist es, den Anteil der Erträge aus den Märkten mit höchster Liquidität zu steigern und die Abhängigkeit von exotischen und strukturierten Produkten, die weniger Liquidität aufweisen, zu verringern.

Quantitative Risikosteuerungsinstrumente

Value-at-Risk

Value-at-Risk ist ein quantitatives Maß für den potenziellen Wertverlust einer Handelsposition aufgrund von Marktschwankungen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

Das Value-at-Risk für die Handelsgeschäfte der Deutschen Bank erfolgt auf Basis ihres eigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, das Value-at-Risk-Modell der Deutschen Bank zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig überarbeitet und die Genehmigung aufrechterhalten.

Die Deutsche Bank berechnet den Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Das bedeutet, sie geht von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Mark-to-Market-Verlust aus ihren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete Value-at-Risk-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Die Deutsche Bank verwendet historische Marktdaten, um den Value-at-Risk zu bestimmen. Als Basis dient eine historische Beobachtung über 261 gleich gewichtete Handelstage. Bei der Berechnung wird ein Monte Carlo-Simulationsverfahren angewandt, wobei die Deutsche Bank davon ausgeht, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung. Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzt die Deutsche Bank über denselben 261-Tages-Zeitraum beobachtete Korrelationen zwischen den Risikofaktoren.

Das Value-at-Risk-Modell ist auf die Erfassung der folgenden Risikofaktoren ausgerichtet: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten und das allgemeine Basisrisiko. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios.

Mithilfe des Value-at-Risk-Ansatzes kann die Deutsche Bank ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anwenden. Der Value-at-Risk ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und die Verrechnung (Netting) von Positionen in einem Portfolio, um Korrelationen und Ausgleichswirkungen zwischen verschiedenen Vermögensklassen zu berücksichtigen. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich des Marktrisikos der Deutschen Bank sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch gegenüber ihren täglichen Handelsergebnissen.

Bei der Verwendung von Value-at-Risk-Schätzungen ist eine Reihe von Faktoren in Betracht zu ziehen. Das Modell weist allgemein bekannte Einschränkungen auf, wovon sich viele im Jahr 2008 zeigten und zu einer großen Zahl von Ausreißern geführt haben. Zu diesen Einschränkungen zählen unter anderem:

- Die Verwendung historischer Daten ist unter Umständen kein guter Indikator für zukünftige Ereignisse, vor allem, wenn diese extrem sind. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im Value-at-Risk zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie 2008). Sie kann aber auch zu einer Überbewertung führen. In 2009 hat die Deutsche Bank weniger Ausreißer beobachtet, als vom Modell erwartet wurden. Rein statistisch gesehen war der Value-at-Risk 2009 zu konservativ und hatte das Risiko in den Handelsbüchern zu hoch eingeschätzt. Wie bereits erläutert basieren in dem Value-at-Risk-Modell der

Deutschen Bank die Schätzungen der künftigen Volatilität auf Marktdatenbeobachtungen des vorangegangenen Jahres. Die Schätzungen für 2009 beinhalteten also weitgehend die extreme Marktvolatilität, die im vierten Quartal 2008 nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers zu beobachten war. Da sich die Märkte 2009 wieder normalisierten lag die geschätzte Volatilität über der tatsächlichen Volatilität und es gab weniger Ausreißer als erwartet.

- Annahmen in Bezug auf die Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren können sich als falsch erweisen, insbesondere bei extremen Marktereignissen. Die Deutsche Bank ist der Meinung, dass ihre Annahmen angemessen sind, allerdings gibt es für den Value-at-Risk keine Standardmethode. Die Zugrundelegung anderer Annahmen würde zu anderen Ergebnissen führen.
- Die Haltedauer von einem Tag führt in Zeiten erhöhter Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der Value-at-Risk gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Intradayrisiko wird nicht erfasst.
- Obwohl die Deutsche Bank der Meinung ist, dass die wesentlichen Risiken in ihrem Value-at-Risk-Modell berücksichtigt sind, und sie das Modell fortlaufend weiterentwickelt, kann es dennoch Risiken in den Handelsbüchern geben, die ihr Value-at-Risk Modell noch nicht einbezieht.

Die Deutsche Bank analysiert fortlaufend potenzielle Schwächen ihres Value-at-Risk-Modells unter Anwendung statistischer Verfahren wie Backtesting, berücksichtigt aber auch Erfahrungen aus dem Risikomanagement und Einschätzungen von Risikoexperten. Beim Backtesting wird die Prognosegüte ihrer Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis der tatsächlichen Erfahrungen überprüft. Die Deutsche Bank vergleicht die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-Hold-Annahme (entsprechend den deutschen aufsichtsrechtlichen Vorgaben) mit den durch ihr Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten.

Ein Komitee, das von Market Risk Management geleitet wird und in dem Market Risk Operations, Risk Analytics and Instruments, Finance und andere Bereiche vertreten sind, erörtert vierteljährlich die Backtestingergebnisse für den Konzern und die verschiedenen Geschäftsbereiche. Das Komitee analysiert die aufgetretenen Ertragsschwankungen und überprüft die Prognosegüte des Value-at-Risk-Modells. Dies wiederum erlaubt es der Deutschen Bank, den Prozess der Risikoeinschätzung zu verbessern.

Die Deutsche Bank entwickelt ihre eigenen Risikomodelle ständig weiter und stellt umfangreiche Ressourcen zur Überprüfung und Verbesserung dieser Modelle bereit. Ein besonderer Fokus wird auf die Verbesserung jener Bestandteile des Value-at-Risk-Modells gelegt, die sich auf Bereiche beziehen, in denen in der jüngeren Vergangenheit Verluste aufgetreten sind. In den Jahren 2008 und 2009 wurden die Methoden zur Berechnung des Value-at-Risk deutlich verbessert, unter anderem folgende:

- Einführung einer Option-adjusted-Spread-Sensitivität für Mortgage-backed Securities. Mit dieser Credit-Spread-Berechnung kann das Risiko vorzeitiger Rückzahlungen, das heißt, die Option zur Rückzahlung einer Hypothek im Fall sinkender Zinsen, genauer erfasst werden.
- Einführung einer Volatilitätssensitivität auf Basis von Credit Spreads
- Berücksichtigung des Basisrisikos zwischen verschiedenen Geldmarktinstrumenten und den auf ihnen basierenden Swaps
- Berücksichtigung des Basisrisikos zwischen Credit Default Swaps und Anleihespreads

Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Das Ökonomische Kapital für Marktrisiko misst, wie für andere Risikokategorien, die Höhe des benötigten Kapitals, um extreme unerwartete Verluste aus den Risikopositionen der Deutschen Bank aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt.

Einige Unternehmen berechnen das Ökonomische Kapital für Marktrisiken auf Basis ihres Value-at-Risk-Modells unter Anwendung eines höheren Konfidenzniveaus und einer längeren Haltedauer. Dieser Ansatz enthält eine wesentliche Einschränkung, die darin besteht, dass das Value-at-Risk-Modell auf relativ jungen historischen Daten basiert und deshalb in der Regel nur Verluste widerspiegelt, die unter normalen Marktbedingungen entstanden sind. Daher berechnet die Deutsche Bank das Ökonomische Kapital mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen. Die Stresstests werden aus in der Vergangenheit beobachteten gravierenden Marktereignissen abgeleitet. Die aus diesen Stressszenarien resultierenden Verluste werden unter Berücksichtigung von Korrelationen aggregiert, die in Krisenzeiten beobachtet wurden, um den Anstieg der Korrelationen widerzuspiegeln, die bei einem gravierenden Abschwung auftreten.

Diese Stresstests werden mit subjektiven Einschätzungen angereichert, wenn nur begrenzte historische Daten zur Verfügung stehen oder wenn die Beurteilung der Marktentwicklungen zu der Erkenntnis führt, dass historische Daten ein mangelhafter Indikator für potenzielle künftige Marktszenarien sind.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken aus den Handelsbereichen wird wöchentlich durchgeführt. Das Modell berücksichtigt die folgenden Risikofaktoren: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohstoffpreise. Volatilität, Kreditkorrelation und allgemeine Basisrisiken sind ebenfalls einbezogen.

Im Jahresverlauf 2009 wurden die Stresstests für das Ökonomische Kapital angepasst, um die extremen Marktbewegungen gegen Ende des Jahres 2008 zu erfassen. Diese Maßnahmen umfassten die Ausweitung der angenommenen Haltedauer bei Kreditpositionen und die deutlich stärkeren Schocks, die auf Aktienindizes und Credit Spreads, insbesondere auf verbrieftete Produkte, angewendet wurden.

Zusätzlich zur Neukalibrierung wurden auch Verbesserungen am Modell zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals vorgenommen. Dazu zählte die Aufnahme von Stresstests für Leveraged Exchange Traded Funds und für Gaprisiken bei der Non-Recourse-Finanzierung in den Emerging Markets.

Die Ergebnisse der Stresstests und Berechnungen des Ökonomischen Kapitals sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Zahl der durchgeführten Stresstests und die Tatsache begrenzt, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl Worst-Case-Szenarien von den Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, ist es dennoch möglich, dass der Wertverlust aus den Marktrisikopositionen selbst die Schätzungen für das Ökonomische Kapital übersteigt. Darüber hinaus arbeitet die Deutsche Bank fortlaufend an der Überprüfung und Verfeinerung ihrer Stresstests, um sicherzustellen, dass wesentliche Risiken erfasst und eventuelle extreme Marktveränderungen abgebildet werden.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank. Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist unwesentlich. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem beliebigen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk einfach die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen addieren, so müsste davon ausgegangen werden, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-Risk der Handelsbereiche in Mio €

	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(geprüft)</i>	
Zinsrisiko	111,0	129,9
Aktienkursrisiko	37,0	34,5
Währungsrisiko	23,9	38,0
Rohwarenpreisrisiko	14,8	13,5
Diversifikationseffekt	-65,7	-84,5
Insgesamt	121,0	131,4

Die folgenden Tabellen zeigen den maximalen, minimalen und durchschnittlichen Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank nach Risikokategorie für die angegebenen Zeiträume.

Value-at-Risk der Handelsbereiche^{1,2} (ungeprüft)

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zinsrisiko		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko		Rohwaren- preisrisiko	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Durchschnitt ³	115,8	126,8	-40,4	-61,6	99,1	117,6	22,0	26,9	23,2	28,7	11,9	15,1
Maximum ³	126,4	180,1	-63,5	-112,3	113,0	169,2	33,6	47,3	41,5	64,4	16,6	34,7
Minimum ³	102,0	91,9	-26,4	-35,9	85,7	83,2	16,3	14,5	13,9	11,9	8,3	8,5
Periodenende ⁴	107,9	121,0	-42,9	-65,7	91,7	111,0	22,6	37,0	23,6	23,9	12,9	14,8

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 31. März 2010

1 Alle Angaben für 1 Tag Haltedauer und 99 % Konfidenzniveau.

2 Value-at-Risk ist nicht additiv aufgrund von Korrelationseffekten.

3 Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte im ersten Quartal 2010 beziehungsweise im gesamten Geschäftsjahr 2009 bewegten.

4 Angaben für 2009 zum 31. Dezember 2009 und Angaben für 2010 zum 31. März 2010.

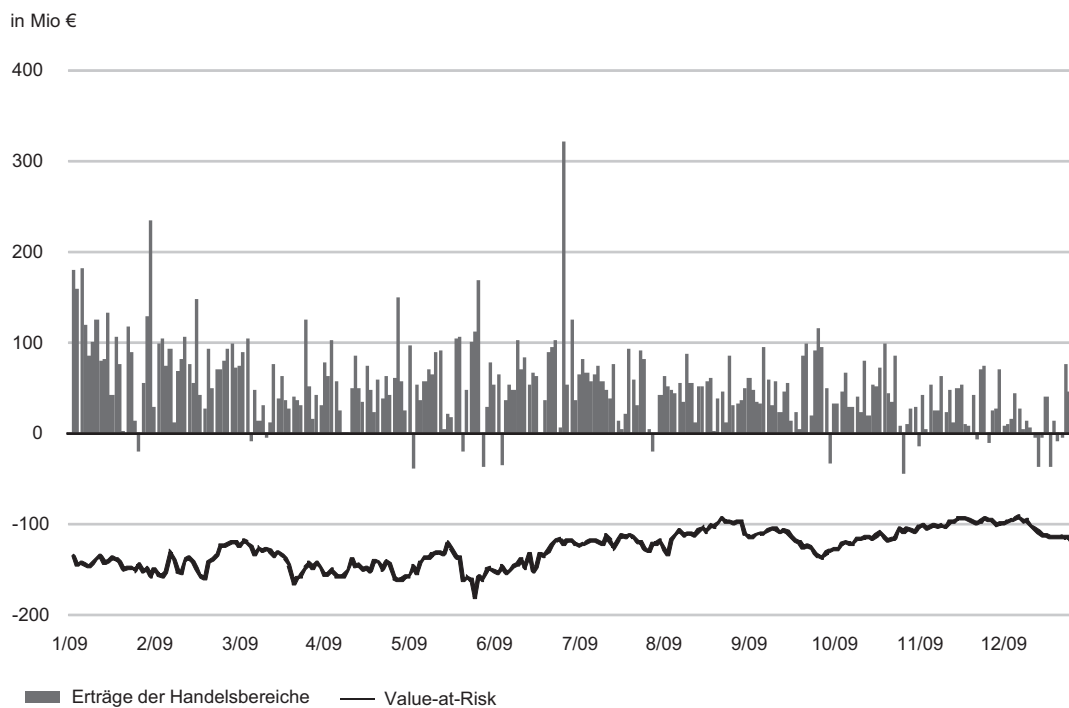
Value-at-Risk der Handelsbereiche
(ungeprüft)
in Mio €

	Insgesamt		Diversifikations-effekt		Zinsrisiko		Aktienkurs-risiko		Währungs-risiko		Rohwaren-preisrisiko	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Durchschnitt	126,8	122,0	-61,6	-74,7	117,6	105,4	26,9	60,7	28,7	18,4	15,1	12,2
Maximum	180,1	172,9	-112,3	-104,1	169,2	143,3	47,3	93,8	64,4	42,4	34,7	21,1
Minimum	91,9	97,5	-35,9	-48,4	83,2	83,1	14,5	31,0	11,9	8,5	8,5	7,6

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Das folgende Schaubild zeigt den täglichen aggregierten Value-at-Risk der Handelsbereiche im Jahr 2009 unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten sowie die tatsächlichen Erträge der Handelsbereiche im Jahresverlauf.

Erträge der Handelsbereiche und Value-at-Risk in 2009



Der Value-at-Risk für die Handelsbereiche bewegte sich in einer Bandbreite von 91,9 Mio € bis 180,1 Mio €. Der durchschnittliche Value-at-Risk im Jahr 2009 lag mit 126,8 Mio € um 4 % über dem Vorjahresdurchschnitt von 122 Mio €.

Der 2009 verzeichnete Anstieg des durchschnittlichen Value-at-Risk war in erster Linie auf die erhöhte Marktvolatilität im Jahr 2008 und in geringerem Maße auf die Weiterentwicklung des Value-at-Risk-Modells zurückzuführen. Fast im gesamten Jahresverlauf 2009 hoben diese Faktoren den deutlichen Abbau von Risikopositionen im Handelsbuch auf.

Im zweiten Quartal 2009 erreichte der Value-at-Risk seinen Höchststand mit 180,1 Mio € und ging dann wieder zurück, nachdem die im zweiten Quartal 2008 beobachtete hohe Volatilität nicht länger in den Daten berücksichtigt wurde. Auch im vierten Quartal 2009 wurde fast durchgängig ein Rückgang des Value-at-Risk verzeichnet, da die extremen Beobachtungen aus dem vierten Quartal 2008 (infolge des Konkurses von Lehman Brothers) aus der Berechnung herausfielen. Anfang Dezember 2009 erreichte der Value-at-Risk seinen Tiefpunkt von 91,9 Mio € was die erhebliche Risikoreduzierung im Vergleich zum Jahresdurchschnitt von 122 Mio € in 2008 belegt. Eine Kombination aus neu eingegangenen Positionen im Zins- und Aktienkursrisiko sowie eine Rekalibrierung von Parametern im Credit Correlation-Geschäft der Deutschen Bank erhöhten den Value-at-Risk zum Jahresende 2009 erneut auf 121 Mio €.

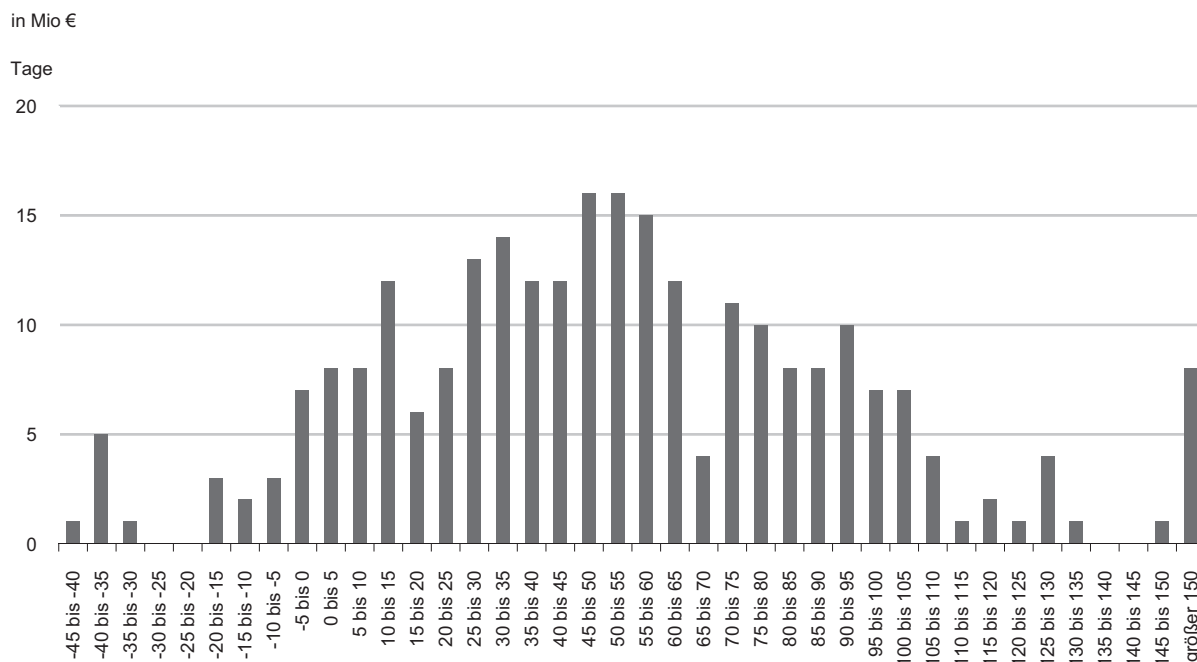
Im Jahr 2009 erzielten die Handelsbereiche an über 91 % der Handelstage (über 57 % in 2008) einen positiven Ertrag.

Ein Ausreißer ist ein hypothetischer Buy-and-Hold-Verlust, der die Deutsche Bank Value-at-Risk-Schätzungen übersteigt. Im Rahmen ihres aufsichtsrechtlichen Backtesting 2009 wurde nur ein Ausreißer gegenüber 35 Ausreißern in 2008 beobachtet. Bei einem Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % sind pro Jahr

zwei bis drei Ausreißer zu erwarten. Diese deutliche Verbesserung der Modellgüte spiegelt die 2008 und 2009 durchgeführten Weiterentwicklungen sowie die Rückkehr der Märkte zu normaleren Volatilitäts- und Korrelationsniveaus wider.

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge der Handelsbereiche in 2009. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelsertrag erzielt wurde.

Erträge der Handelsbereiche in 2009



Der aus den Handelsbereichen resultierende Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko betrug 4,6 Mrd € zum 31. Dezember 2009 gegenüber 5,5 Mrd € zum 31. Dezember 2008. Der Rückgang spiegelt das im Handelsbuch durchgeführte De-Risking wider, das teilweise durch Erhöhungen infolge der Neukalibrierung von Schockszenarien und Entwicklungen des Ökonomischen Kapitalmodells kompensiert wurde.

Steuerung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Die Nontrading Market Risk Management-Teams sind verantwortlich für eine Anzahl von Marktrisiken, die aus verschiedenen Geschäftsaktivitäten und Initiativen hervorgehen.

Das wesentlichste Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten ist das Aktienkursrisiko, welches aus den nicht konsolidierten strategischen Beteiligungen im Portfolio des Konzernbereichs Corporate Investments der Deutschen Bank hervorgeht, insbesondere aus ihrem Anteil an der Deutschen Postbank AG. Das Alternative-Asset-Portfolio der Deutschen Bank trägt ebenfalls zu ihrem nicht handelsbezogenen Aktienkursrisiko bei, da es hauptsächlich aus geschäftsbezogenen Principal Investments sowie Private Equity und Alternative Asset Investments besteht.

Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und wird in den handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen wiedergegeben. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur moderate Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristenkongruenzen zwischen Verbindlichkeiten und Investments ergeben.

Ein signifikanter Anteil der Währungsrisiken im Marktrisiko der Deutschen Bank aus Nichthandelsaktivitäten ergibt sich aus nicht abgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften, vorwiegend in den USA und Großbritannien. Dies wird als strukturelles Währungsrisiko bezeichnet.

Abgesehen von diesen gängigen Risikoarten hat die Nontrading Market Risk Management-Funktion auch die Aufgabe, andere Risikopositionen zu überwachen und zu steuern, die sich aus der Aktienvergütung und den Asset Management und Fondsaktivitäten ergeben, vor allem aus Garantiefonds. Zudem unterliegen die

Geschäfte in PBC, GTB und PWM hinsichtlich der Kundeneinlagen einem Modellrisiko. Dieses Risiko tritt zutage, wenn Annahmen über das Kundenverhalten in Verbindung mit Zinsschwankungen einem Schocktest unterzogen werden.

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt die nicht handelsbezogenen Marktrisikopositionen der Deutschen Bank. Das Group Investment Committee beurteilt strategische Beteiligungsvorschläge. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Akquisitionen, muss dieses vom Group Investment Committee, vom Vorstand oder sogar vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung der strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen beiden Gremien gewährleistet wird.

Aufgrund der Komplexität und Vielfalt der Risiken, die im Bereich Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten abzudecken sind, teilen sich drei Teams die Verantwortung für das Management dieser Risiken:

- Das Nontrading Market Risk Management-Team innerhalb der Market Risk Management-Funktion deckt Marktrisiken in PBC, GTB, PWM, Corporate Investments sowie Risiken aus strukturellen Währungspositionen, Aktienvergütungen und Pensionsverpflichtungen ab.
- Das Principal Investments-Team innerhalb der Kreditrisikomanagement-Funktion ist auf die Risikoaspekte der Nichthandelsaktivitäten im Bereich Alternative Assets spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der diesbezüglichen Portfolios.
- Die Asset Management Risk-Einheit innerhalb der Kreditrisikomanagement-Funktion konzentriert sich auf die Risikoaspekte des Asset Management- und Fondsgeschäfts. Beachtenswerte Risiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus Erfolgs- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Bewertung des Marktrisikos in den Nichthandelsportfolios der Deutschen Bank

Aufgrund der besonderen Eigenschaften dieser Positionen und des teilweise statischen Preisniveaus, benutzt die Deutsche Bank den Value-at-Risk nicht als Risikomaß für ihre Nichthandelsportfolios. Stattdessen verwendet sie zur Bewertung des Risikos Stresstestverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen. Ferner wendet die Deutsche Bank ihr makroökonomisches Kreditportfoliomodell an, um den Ökonomischen Kapitalbedarf für ihre strategischen Beteiligungen zu bewerten. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen sie das Marktrisiko in ihren Nichthandelsportfolios aktiv überwacht und steuert. Zum Jahresende 2009 wurden mehrere Verbesserungen bezüglich der Abdeckung ihres nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios durch das Ökonomische Kapitalmodell eingeführt. Die bedeutendsten Erweiterungen ihres Ökonomischen Kapitalmodells erfolgten bezüglich der Aktienvergütung, des strukturellen Währungsrisikos und der Modellrisiken in Bezug auf die Kundeneinlagen in ihren Geschäftsbereichen PBC, GTB und PWM. Obwohl diese Positionen für sich betrachtet eine große Auswirkung auf das Ökonomische Kapital haben, ist ihre Auswirkung auf einer diversifizierten Basis gesehen gering.

Ökonomischer Kapitalbedarf für die nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios der Deutschen Bank nach Geschäftsbereich

Die folgende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios der Deutschen Bank nach Geschäftsbereichen.

Ökonomischer Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisikoportfolios

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(ungeprüft)</i>	
CIB	890	941
PCAM	2.246	1.730
Corporate Investments	5.043	577
Anderes nicht handelsbezogenes Marktrisiko	-277	14
Konzern insgesamt	7.902	3.262

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Die deutlichsten Änderungen ergaben sich 2009 aus dem Erwerb von Anteilen an der Deutschen Postbank AG, der auch in erster Linie für den Anstieg des Ökonomischen Kapitals im Bereich Corporate Investments verantwortlich war. Der in PCAM verzeichnete Anstieg resultiert hauptsächlich aus weiteren Verbesserungen des Kapitalmodells in den Bereichen im Bereich Private & Business Clients und Asset & Wealth Management.

Der Ökonomische Kapitalbedarf in Bezug auf Kundeneinlagen in Höhe von 15 Mio € wurde vom Ökonomischen Kapital für das Geschäftsrisiko in das Ökonomische Kapital für das Nichthandelsportfolio für den 31. Dezember 2008 neu allokiert.

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für die nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios der Deutschen Bank

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und den Ökonomischen Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios der Deutschen Bank.

Nicht handelsbezogene Marktrisikoportfolios in Mrd €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2009 (geprüft)	31.12.2008 (geprüft)	31.12.2009 (geprüft)	31.12.2008 (geprüft)
Strategische Beteiligungen	7,6	1,2	4,9	0,8
Wichtigste Unternehmensbeteiligungen ⁽¹⁾	0,2	1,1	–	0,4
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	0,9	0,9	0,2	0,2
Alternative Assets.	3,8	3,2	1,3	1,3
Principal Investments.	2,0	1,6	0,7	0,7
Immobilien	1,7	1,3	0,6	0,6
Hedgefonds ⁽²⁾	0,1	0,2	–	–
Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken ⁽³⁾	N/A	N/A	1,5	0,6
Insgesamt	12,5	6,3	7,9	3,3

1 Es bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 28 Mio € am 31. Dezember 2009.

2 Es bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 17 Mio € am 31. Dezember 2009 und von 42 Mio € am 31. Dezember 2008.

3 N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für diese nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios belief sich zum Jahresende 2009 auf insgesamt 7,9 Mrd € und fiel somit um 4,7 Mrd € (142 %) höher aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2008.

- **Strategische Beteiligungen.** Der Ökonomische Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 4,9 Mrd € resultierte hauptsächlich aus Beteiligungen der Deutschen Bank an der Deutsche Postbank AG und der Hua Xia Bank Company Ltd.
- **Wichtigste Industriebeteiligungen.** Der Ökonomische Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 betrug 28 Mio €. Die meisten dieser wichtigsten Industriebeteiligungen wurden in 2009 veräußert, insbesondere ein Großteil der Beteiligung der Deutschen Bank an der Daimler AG. Die verbleibenden Positionen sind für die Deutsche Bank nicht länger materiell.
- **Sonstige Unternehmensbeteiligungen.** Der Ökonomische Kapitalbedarf für die sonstigen Unternehmensbeteiligungen der Deutschen Bank zum Jahresende 2009 belief sich auf 203 Mio €.
- **Alternative Assets.** Die Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out-Fonds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out-Fonds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Das Alternative-Asset-Portfolio weist zwar eine gewisse Konzentration bei Infrastruktur- und Immobilienanlagen auf, die jüngsten Marktentwicklungen haben jedoch die Möglichkeiten zur Reduzierung dieses Portfolios limitiert. Dies bleibt dennoch die Absicht – vorausgesetzt, günstige Marktkonditionen ermöglichen es.
- **Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:**
 - **Deposit Bucketing.** Das Ökonomische Kapital wird einem Stresstest bezüglich Modellannahmen für die effektive Laufzeit von Tagesgeldeinlagen unterzogen. Der Ökonomische Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 betrug 247 Mio € und resultierte hauptsächlich aus einem Beitrag von 228 Mio € des Unternehmensbereichs PBC.
 - **Aktienvergütungsrisiken.** Risiko aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Der Ökonomische Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 betrug minus 597 Mio € auf diversifizierter Basis. Der negative Beitrag zu dem diversifizierten Ökonomischen Kapital leitet sich daraus ab, dass eine Reduzierung des Aktienkurses der Deutschen Bank in einem Downsideszenario, wie es durch das Ökonomische Kapital dargestellt wird, zu einem verringerten negativen Einfluss der Verpflichtungen zur Aktienvergütung auf das Kapital der Deutschen Bank führen würde.

- **Strukturelle Währungsrisiken.** Das Währungsrisiko der Deutschen Bank aus nicht währungskursgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Der Ökonomische Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 307 Mio € zum 31. Dezember 2009.
- **Asset Management.** Garantierte Fonds: Der Ökonomische Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,3 Mrd € und lag somit um 139 % höher als der Vergleichswert zum Jahresende 2008. Dieser Anstieg resultierte aus einer Neukalibrierung von Parametern zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals (Schocks, Korrelationen) im Juli 2009 und spiegelt veränderte Marktbedingungen wider.

In den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital ist gegenwärtig kein Diversifikationseffekt zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt, mit Ausnahme von Aktienvergütungsprogrammen und strukturellen Währungsrisiken.

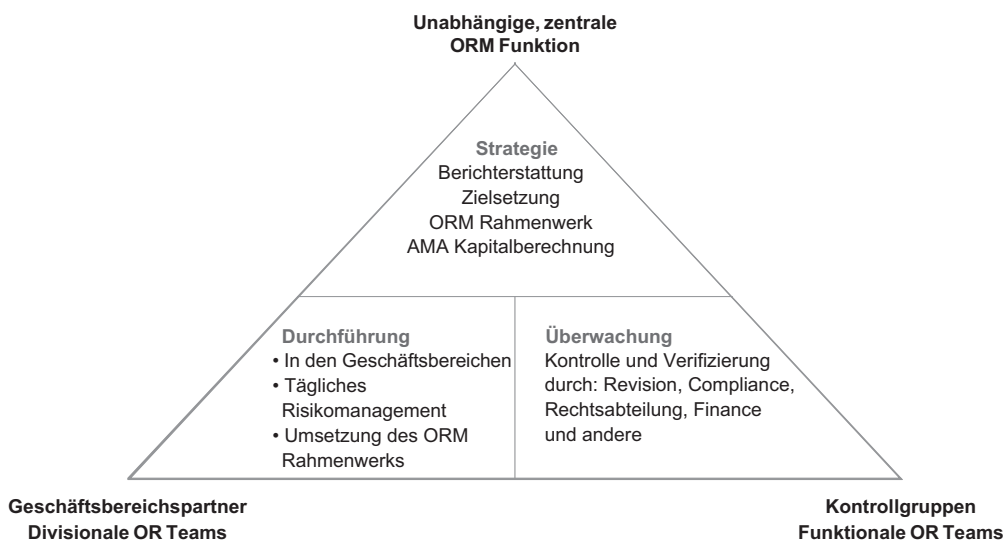
Operationelles Risiko

Organisationsstruktur

Der Global Head of Operational Risk Management ist ein Mitglied des Risk Executive Committee und berichtet an den Chief Risk Officer. Er führt den Vorsitz im Operational Risk Management Committee, das ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee ist und sich aus den Operational Risk Officers der Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen zusammensetzt. Es ist das Hauptentscheidungsgremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements.

Während die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen für das tagtägliche Management operationeller Risiken verantwortlich sind, ist die Operational Risk Management-Funktion für die Steuerung bereichs- und regionenübergreifender operationeller Risiken sowie die einheitliche Anwendung der Strategie für das operationelle Risikomanagement in allen Bereichen der Deutschen Bank zuständig. Auf der Grundlage des nachfolgend dargestellten Business-Partnership-Modells können eine enge Überwachung und ein verstärktes Bewusstsein für operationelle Risiken gewährleistet werden.

Business-Partnership-Modell des Operationellen Risikomanagements



Steuerung des operationellen Risikos der Deutschen Bank

Die Deutsche Bank steuert das operationelle Risiko auf Basis eines konzernweiten konsistenten Rahmenwerks, mit dem sie ihr operationelles Risikoprofil im Vergleich zu ihrer Risikoneigung bestimmt und operationelle Risiken systematisch identifiziert, um Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikominderung definieren zu können.

Die Deutsche Bank wendet verschiedene Techniken zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos an. Einige Beispiele:

- Die Deutsche Bank führt systematische Risikoanalysen, Ursachenanalysen und Lessons-Learned-Aktivitäten bei Ereignissen von über 2 Mio € durch, um risikobehaftete Bereiche festzustellen und angemessene lösungsorientierte Maßnahmen zu definieren, deren Umsetzung anschließend überwacht wird. Voraussetzung für diese eingehenden Analysen und die zeitnahe Weitergabe von Informationen über die Entwicklung operationeller Risikoereignisse und über größere Einzelereignisse an den Konzernvorstand ist die

kontinuierliche Erfassung sämtlicher Verluste über 10.000 €, die aus operationellen Risikoereignissen entstanden sind, im Deutsche Bank „db-Incident Reporting System“.

- Die Deutsche Bank nutzt systematisch Informationen über externe Ereignisse in der Bankenbranche, um sicherzustellen, dass vergleichbare Vorfälle nicht bei ihr vorkommen.
- Key Risk Indicators („KRI“) werden genutzt, um die Organisation zeitnah auf mögliche Probleme aufmerksam zu machen. Sie ermöglichen der Deutschen Bank die Überwachung der Kontrollkultur und des operationellen Risikoprofils und initiieren risikomindernde Maßnahmen. Im KRI-System erfasst die Deutsche Bank Daten auf Detailebene. Dies ermöglicht die Überwachung des geschäftlichen Umfelds und die vorausschauende Steuerung operationeller Risiken auf Basis von Frühwarnsignalen, die durch die KRIs angezeigt werden. Die Deutsche Bank erfasst und überwacht wichtige operationelle Risikoindikatoren mit ihrem System „db-Score“.
- Im Risk and Control Self Assessment- („RCSA“-)Prozess, den die Deutsche Bank mindestens jährlich und nach einem Bottom-up-Ansatz durchführte, werden Bereiche mit hohem Risikopotenzial identifiziert und Maßnahmen zur Risikominderung festgelegt. In der Regel werden RCSAs im „db-SAT“ der Deutschen Bank durchgeführt. Die Deutsche Bank führt regelmäßig Country Risk Workshops durch, um Risiken zu bewerten, die für Länder, in denen der Konzern operiert, und für lokale rechtliche Einheiten spezifisch sind, sowie um entsprechende Maßnahmen zur Risikominderung einzuleiten.
- Die für die Geschäftsbereiche, die Länder, in denen der Konzern operiert, und ausgewählte Infrastrukturgruppen regelmäßig erstellten Berichte über das operationelle Risikoprofil der Deutschen Bank werden mit dem Senior Management der Abteilung besprochen und diskutiert. Die regelmäßige Überprüfung des Risikoprofils ermöglicht es der Deutschen Bank, Änderungen des Risikoprofils der Geschäftseinheiten frühzeitig zu erkennen und entsprechende Korrekturmaßnahmen einzuleiten.
- Mit ihrem Instrument „db-Track“ überwacht die Deutsche Bank die Abarbeitung der identifizierten Maßnahmen zur Risikominderung, die über dieses System identifiziert wurden.
- Aufgrund des heterogenen Charakters von operationellen Risiken können diese in bestimmten Fällen nicht vollständig reduziert werden. In diesen Fällen werden operationelle Risiken dem „so niedrig wie wirtschaftlich sinnvoll“-Prinzip folgend reduziert und die Restrisiken formell akzeptiert.
- Die Deutsche Bank führt sogenannte „Top Risk“ Analysen durch, in denen die Ergebnisse der vorgenannten Aktivitäten berücksichtigt werden. Die „Top Risk“ Analysen tragen vor allem zum jährlichen Strategie- und Planungsprozess für das operationelle Risikomanagement bei. Neben der strategischen und taktischen Planung des operationellen Risikomanagements legt die Deutsche Bank Zielgrößen für das Kapital der Deutschen Bank und ihren erwarteten Verlust fest, die im Rahmen ihres vierteljährlichen Prognoseprozesses regelmäßig überwacht werden.

Messung des operationellen Risikos der Deutschen Bank

Ökonomischer Kapitalbedarf (für operationelle Risiken)

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
		<i>(ungeprüft)</i>
CIB	2.822	3.324
PCAM	654	803
CI	17	20
Insgesamt	3.493	4.147

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

Das Ökonomische Kapital des Konzerns für operationelle Risiken reduzierte sich im Vergleich zum Jahresende 2008 von 4,1 Mrd € um 16 % und belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 3,5 Mrd €. Der Rückgang ist hauptsächlich zurückzuführen auf

- 200 Mio € für den Abschluss zusätzlicher Berufshaftpflichtversicherungen zur Deckung von in Extremszenarien auftretenden Risiken im Investmentbanking.
- die Einführung neuer Überwachungs- und Kontrollmechanismen, die der Deutschen Bank eine frühere Erkennung von Fällen ermöglichen, in denen Mitarbeiter sich nicht an die direkten und indirekten Maßnahmen zur Betrugsprävention halten, und
- eine positive Entwicklung der für die qualitative Anpassung eingesetzten Key Risk Indicators, kombiniert mit einer erhöhten Sensitivität des Advanced-Measurement-Approach- („AMA“)-Kapitalmodells für jüngste Entwicklungen im geschäftlichen Umfeld.

Die Deutsche Bank berechnet und misst das Ökonomische und aufsichtsrechtliche Kapital mittels des AMA-Modells. Das Ökonomische Kapital für operationelle Risiken wird dabei aus dem 99,98 %-Quantil abgeleitet,

den Geschäftsbereichen zugeordnet und zur Performancemessung sowie Ressourcenallokation genutzt. Das operationelle Risiko des aufsichtsrechtlichen Kapitals errechnet sich weltweit in allen Geschäftsbereichen aus dem 99,9 %-Quantil.

Die interne Berechnung der Deutschen Bank des AMA-Kapitals basiert auf dem Verlustverteilungsansatz. Nettoverluste (Bruttoverluste bereinigt um direkte Rückerstattungen) aus historischen internen und externen Verlustdaten (Daten von der Operational Riskdata eXchange Association „ORX“ und einer öffentlichen Datenbank) sowie Szenariodaten werden für die Bewertung des Risikoprofils (das heißt Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) genutzt. Anschließend wird die Verteilung von Verlusthäufigkeit und Verlusthöhe in einer Monte-Carlo-Simulation zusammengeführt, um über einen Zeitraum von einem Jahr Verluste zu prognostizieren. Schließlich werden die risikomindernden Versicherungseffekte auf jeden in der Monte-Carlo-Simulation generierten Verlust angewandt. Die positiven Effekte aus der Korrelation und Diversifikation werden gemäß aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf den Nettoverlust angewandt, um eine Verteilung von Nettoverlusten auf Konzernebene zu ermitteln, die erwartete und unerwartete Verluste abdeckt. Das Kapital wird anschließend den Geschäftsbereichen zugeordnet, und es wird sowohl die qualitative Anpassung (QA) als auch der Abzug erwarteter Verluste vorgenommen.

Die QA spiegelt die Effektivität und den Erfolg der tagtäglichen Steuerung operationeller Risiken durch KRIs und RCSAs wider, die auf das Geschäftsumfeld und interne Kontrollfaktoren fokussieren. Die QA wird als prozentuale Anpassung an den finalen Kapitalwert angewandt. Dieser Ansatz macht die QA für das Management der Geschäftsbereiche erkennbar und gibt Feedback zu deren Risikoprofil und Erfolg bei der Steuerung operationeller Risiken. Er schafft damit einen Anreiz für die Geschäftsbereiche, das Management der operationellen Risiken in ihren Bereichen kontinuierlich zu verbessern.

Der erwartete Verlust aus dem operationellen Risiko basiert auf der historischen Verlusterfahrung und Expertenmeinung, wobei geschäftliche Veränderungen berücksichtigt werden, welche die erwarteten Kosten von operationellen Verlusten für Geschäfte kennzeichnen. Soweit der erwartete Verlust in den Geschäftsberichtsplänen berücksichtigt wurde, wird dieser vom AMA-Kapitalwert abgezogen.

Die unerwarteten Verluste für die Geschäftsbereiche (nach QA und erwartetem Verlust) werden zusammengefasst, um den AMA-Kapitalwert des Konzerns zu ermitteln.

Seit dem Geschäftsjahr 2008 hat die Deutsche Bank die Genehmigung der BaFin für den Advanced Measurement Approach („AMA“) aufrechterhalten.

Stresstestkonzept der Deutschen Bank für das Operationelle Risikomanagement

Im Rahmen ihres Stresstestkonzepts sorgt die Deutsche Bank dafür, dass operationelle Risiken hinreichenden und angemessenen Tests unterzogen werden. Die AMA-Methodik der Deutschen Bank beinhaltet bereits Stresstestelemente wie externe Daten, die extreme Datenpunkte sowie historische Verlusterfahrung aus mindestens 25 Jahren enthalten. Beide Faktoren werden herangezogen, um die Verteilung der Verlusthöhe darzustellen. Ergänzend führt die Deutsche Bank Sensitivitätsanalysen und konzernweite Stresstests durch. Die Deutsche Bank nimmt außerdem an Stresstests teil, die von Bankaufsichtsbehörden initiiert werden.

Aufgabe von Corporate Insurance/Deukona

Für die Definition der Versicherungsstrategie des Konzerns und die Erstellung der dazugehörigen Konzernrichtlinien und Vorschriften zeichnet das Expertenteam der Deutschen Bank von Corporate Insurance/Deukona („CI/D“) verantwortlich. CI/D ist für die Erstellung der Konzernrichtlinie Corporate Insurance verantwortlich, die vom Konzernvorstand genehmigt wird.

CI/D ist für den Erwerb von Versicherungsschutz und die Verhandlung von Vertragsbedingungen sowie Versicherungsprämien verantwortlich. Zu den Aufgaben von CI/D gehört darüber hinaus die Zuordnung von Versicherungsprämien auf die Geschäftsbereiche. Die Experten von CI/D unterstützen bei der Entwicklung der Methode zur Darstellung des Versicherungsschutzes in den Kapitalberechnungen und bei der Ermittlung von Parametern, welche die aufsichtsrechtlichen Anforderungen widerspiegeln. CI/D beteiligt sich aktiv an den Initiativen der Branche, den Versicherungseffekt in den Ergebnissen der Kapitalberechnungen zu reflektieren.

Die Deutsche Bank erwirbt Versicherungsschutz, um sich gegen unerwartete und erhebliche unvorhersehbare Verluste abzusichern. Die eingesetzten Verfahren zur Feststellung sowie Definition und Schätzung des Versicherungsumfangs basieren auf den anerkannten sinnvollsten, aktuellsten und/oder Vergleichsmaßstäben setzenden Versicherungsbedingungen. Die maximale Leistung für ein versichertes Risiko berücksichtigt die Verlässlichkeit des Versicherers und das Kosten-Nutzen-Verhältnis, insbesondere in Fällen, in denen der Versicherungsmarkt versucht, den Versicherungsschutz mithilfe von einschränkenden/eingrenzenden Formulierungen in Versicherungsverträgen und spezifischen Ausschlussklauseln einzuschränken.

Die Deutsche Bank betreibt eine Reihe von eigenen Versicherungsunternehmen, die sowohl Erst- als auch Rückversicherer sind. Die Versicherungsverträge werden jedoch erst dann zur Modellierung/Berechnung der versicherungsbezogenen Verringerung von Kapitalanforderungen für das operationelle Risiko herangezogen,

wenn das Risiko am externen Versicherungsmarkt rückversichert ist. Sonstige Versicherungsverträge konzerneigener Unternehmen werden erst dann berücksichtigt, falls und sofern sie durch die BaFin gemäß den relevanten Anforderungen der Solvabilitätsverordnung ausdrücklich genehmigt wurden.

CI/D wählt die Versicherungspartner unter strenger Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gemäß der Solvabilitätsverordnung und der „Empfehlung des Fachgremiums Operationelle Risiken zur Berücksichtigung von Versicherungen im fortgeschrittenen Messansatz“. Das Versicherungsportfolio sowie CI/D-Aktivitäten werden von Group Audit regelmäßig geprüft.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Deutsche Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Im Jahr 2009 hat das Liquiditätsrisikomanagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität und zum Management einer soliden Finanzierungsstruktur geleistet.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Die Treasury-Funktion ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Die zugrunde liegende Richtlinie, einschließlich der Risikotoleranz der Deutschen Bank, wird vom Vorstand regelmäßig geprüft und genehmigt. In der Richtlinie werden die auf den Konzern anzuwendenden Liquiditätsrisikolimits festgelegt.

Das Liquiditätsrisikomanagement beginnt regelmäßig mit der Steuerung der täglichen Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und der Sicherstellung des Zugangs zu Zentralbanken (operative Liquidität). Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu besicherten und unbesicherten Marktfinanzierungsquellen beschäftigt. Schließlich findet im Rahmen der strategischen Komponente das Aufstellen eines Fälligkeitenprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in der Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung der Emissionsstrategie statt.

Das cashflowbezogene Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen für das globale und regionale Management.

Stresstests und Szenarioanalysen spielen in dem Konzept des Liquiditätsrisikomanagements eine zentrale Rolle. Hierzu gehört auch eine Bewertung der Liquidität der Aktiva, das heißt der Liquiditätseigenschaften des Bestands an Vermögenswerten der Deutschen Bank, unter verschiedenen Stressszenarien.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesalemarkt

Das Reportingsystem verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Damit kann die Deutsche Bank ihre kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt und Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows der bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Die Deutsche Bank modelliert das Cashflowprofil von Produkten ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden, um ihr tatsächliches Verhalten widerzuspiegeln. Liquiditätsabflusslimits (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettomittelabflüsse werden täglich überwacht und stellen den Zugang zur Liquiditätsversorgung sicher.

Per Jahresende 2009 hat die Deutsche Bank ein neues Reportingsystem implementiert, welches über eine Zeitspanne von zwölf Monaten täglich vertragliche Cashflows aus der Refinanzierung über den Wholesalemarkt ermittelt. Das System erfasst sämtliche Cashflows sowohl aus unbesicherten als auch aus besicherten Finanzierungstransaktionen. Die Limits für eine Refinanzierung über den Wholesalemarkt, die von den Ergebnissen der Stresstests abgeleitet und vom Vorstand genehmigt werden, stellen die Maximaltoleranz für Liquiditätsrisiken der Deutschen Bank dar. Diese Limits werden auf die globalen Nettoabflüsse angewandt und täglich überwacht.

Unbesicherte Finanzierungsmittel

Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig von Instrument, Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Der Vorstand genehmigt Limits für die einzelnen Geschäftsbereiche, um den Zugang der Deutschen Bank zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern.

Diversifikation der Finanzierungsmittel

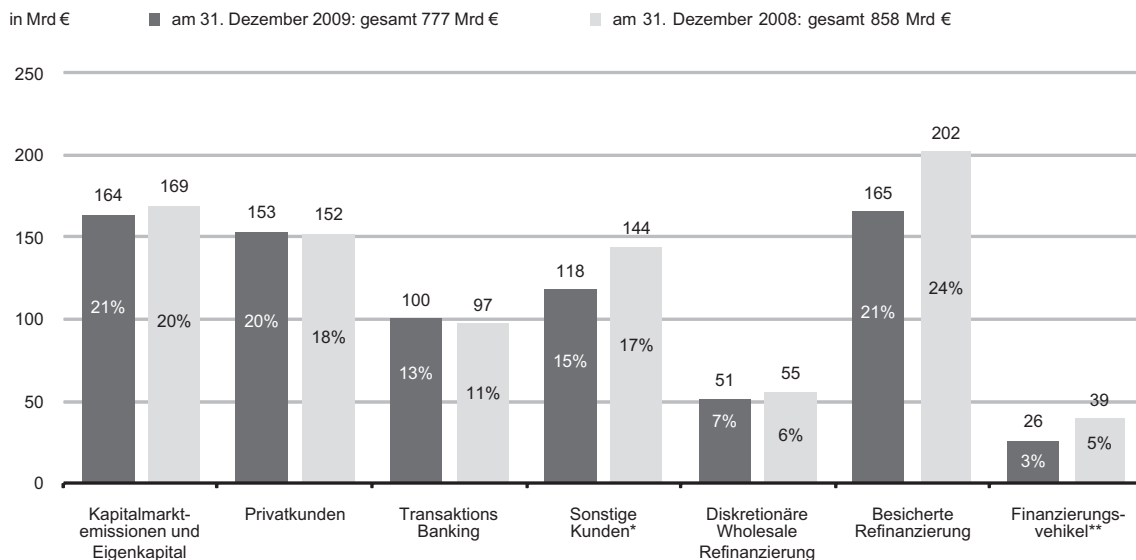
Die Diversifikation des Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil des Liquiditätsrisikomanagements. Die Kernfinanzierungsmittel stammen von

Privatkunden, langfristigen Kapitalmarktinvestoren und den Kunden von Transaction Banking. Andere Kundeneinlagen sowie Geldaufnahmen von anderen Banken sind weitere Finanzierungsquellen. Letztere werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt.

Im Geschäftsjahr 2009 hat die Deutsche Bank ihren Schwerpunkt weiterhin auf den Ausbau der Kernfinanzierungsquellen und eine Reduzierung der kurzfristigen diskretionären Wholesalerefinanzierung gesetzt.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der externen Finanzierungsquellen der Deutschen Bank, die zur Liquiditätsrisikoposition zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 beitragen. Sie sind jeweils in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt dargestellt. Im Vergleich zu 2008 wurden der unten stehenden Grafik Finanzierungsquellen wie besicherte Refinanzierung und Finanzierungsvehikel hinzugefügt, um die Transparenz des Finanzierungsprofils der Deutschen Bank weiter zu erhöhen.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen



* Sonstige Kunden enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime Brokerage-Geschäft (netto).

** Enthält ABCP-Conduits.

Liquiditätsablaufbilanz

In die Liquiditätsablaufbilanz (Funding Matrix) stellt die Deutsche Bank alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind, als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, hat die Deutsche Bank individuelle Liquiditätsprofile erstellt, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking, die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden (Immobilienfinanzierungen und Retaileinlagen), ordnet die Deutsche Bank entsprechend der erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesaleprodukte stellt die Deutsche Bank entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für den jährlichen Emissionsplan, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee ihre Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt. Per Jahresende 2009 hat die Deutsche Bank in allen jährlichen Laufzeitbändern der Liquiditätsablaufbilanz (Jahr 2-10) Überschüsse ausgewiesen.

Insgesamt hat Treasury im Jahr 2009 Kapitalmarktinstrumente in Höhe von etwa 19,9 Mrd € begeben, 3,9 Mrd € mehr als im ursprünglichen Emissionsplan vorgesehen.

Informationen bezüglich des Laufzeitprofils der langfristigen Verbindlichkeiten sind in Note 29 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, enthalten.

Stresstests und Szenarioanalysen

Die Deutsche Bank verwendet Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf ihre Liquiditätsposition. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätskrisen oder auf hypothetischen Modellen. Diese Szenarien berücksichtigen auch neue Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich aus der letzten Finanzmarktkrise ergeben haben: länger anhaltende Disfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, eingeschränkte Fungibilität von Währungen, nicht absetzbare Syndizierungen, systemische Nebenwirkungseffekte und sonstige Treiber des Liquiditätsrisikos, zum Beispiel das Intraday Liquiditätsrisiko. Darüber hinaus hat die Deutsche Bank per Jahresende 2009 ein Szenario eingeführt, das ein systemisches Marktschockszenario mit einer mehrstufigen Bonitätsherabsetzung kombiniert.

Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, wobei die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Bei Gegenmaßnahmen würde auf den Bestand an langfristigen liquiden Mitteln sowie unbesicherte Vermögenswerte und die strategische Liquiditätsreserve zurückgegriffen.

Die Analyse der Liquidität der Aktiva ist daher ein integraler Bestandteil von Stresstests, mithilfe derer die Deutsche Bank die Volumina und Verbuchungsorte ihres konsolidierten Bestands an ohne Sicherheiten refinanzierten liquiden Aktiva bestimmt, die die Deutsche Bank zur Generierung von Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen einsetzen kann. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette unterschiedlicher Wertpapierklassen zusammen. Zunächst trennt die Deutsche Bank in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet. Die Liquidität dieser Aktiva ist ein entscheidender Schutz vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen.

Zusätzlich unterhält die Deutsche Bank eine spezielle strategische Liquiditätsreserve in Form hochliquider und zentralbankfähiger Wertpapiere in den führenden Weltwährungen zur Unterstützung ihres Liquiditätsprofils für den Fall potenziell sich verschlechternder Marktbedingungen. Diese strategische Liquiditätsreserve belief sich am 31. Dezember 2009 auf 54,9 Mrd €. Dieser Betrag wird zusätzlich zu den liquiden Mitteln und den Sicherheiten gehalten, die die Deutsche Bank als erforderliche Reserven für ihre Clearingaktivitäten in Euro, US-Dollar und anderen Währungen in separaten Portfolios weltweit unterhält.

Stresstests sind vollständig im Liquiditätsrisikomanagement-Konzept integriert. Die Deutsche Bank verfolgt ihre vertraglich vereinbarten Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen sie als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzt) und wendet den jeweiligen Stressfall auf alle potenziellen Treiber der Risiken aus bilanziellen und außerbilanziellen Produkten an. Über den achtwöchigen Zeitraum hinaus bis zu zwölf Monaten analysiert die Deutsche Bank quartalsweise die Auswirkungen einer Veränderung des Geschäftsmodells. Die Stresstests des Liquiditätsrisikos liefern die Basis für die vom Vorstand genehmigten Notfallpläne.

Die Stresstestanalysen geben Aufschluss darüber, ob die Deutsche Bank unter kritischen Umständen genügend Liquidität aufbringen könnte, und liefert wichtige Informationen für die Festlegung ihrer angestrebten Liquiditätsrisikoposition. Die Deutsche Bank führt die Analyse monatlich durch. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht diese angewandten Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2009. Für jedes Szenario zeigt sie die kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses sowie die Liquidität, die die Deutsche Bank zur Schließung der Lücke hätte aufbringen können.

Szenario	Finanzierungs- lücke ⁽¹⁾ in Mrd € <i>(ungeprüft)</i>	Positions- schließung ⁽²⁾ in Mrd €	Auswirkung auf Liquidität ⁽³⁾
Systemisches Marktrisiko	45	112	Verbesserung im Zeitverlauf
Emerging Markets	14	116	Verbesserung im Zeitverlauf
Ereignisschock	17	95	Temporäre Störung
Operationelles Risiko (DB-spezifisch)	15	120	Temporäre Störung
Ratingherabstufung um eine Stufe (DB-spezifisch)	34	119	Dauerhaft
Ratingherabstufung auf A-2/P-2 (DB-spezifisch)	106	118	Dauerhaft
Kombiniert ⁽⁴⁾	108	116	Dauerhaft

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

- 1 Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.
- 2 Liquiditätsgenerierung durch Gegensteuerung und Liquidität der Aktiva.
- 3 Die Deutsche Bank untersucht, ob ihr Liquiditätsrisiko vorübergehend oder längerfristig ist.
- 4 Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und Herabstufung auf A-2/P-2.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor betrachtet die Deutsche Bank es als wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität, liquiditätsrisikobezogene Themen mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern zu diskutieren. Die Deutsche Bank ist in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligt sich an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern.

Fälligkeitsanalyse finanzieller Verpflichtungen

Die folgenden Tabellen zeigen eine Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise 31. Dezember 2008.

31.12.2009

(geprüft)

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	51.731	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	117.960	126.598	14.649	21.362	11.987
Handelspassiva ⁽¹⁾	64.501	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ⁽¹⁾	576.973	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	64.920	33.785	4.806	5.797	4.826
Investmentverträge ⁽²⁾	–	514	806	1.247	4.710
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ⁽³⁾	946	–	10	392	2.455
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	3.824	1.884	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	1.349	38.292	104	37	5
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.028	54	16	–	466
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.830	17.370	632	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	1.856	2.044	20.373	67.837	41.011
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	746	3.991	5.840
Sonstige Finanzpassiva	120.731	6.705	375	233	60
Unwiderrufliche Kreditzusagen	63.662	–	–	–	–
Finanzgarantien	21.719	–	–	–	–
Insgesamt⁽⁴⁾	1.120.030	227.246	42.517	100.896	71.360

- Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.
- Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note 39 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, für nähere Informationen zu diesen Verträgen.
- Für das Hedge Accounting designierte Derivate sind mit ihrem Fair Value verzeichnet und werden in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung in der Erwartung der Deutschen Bank auslaufen wird.
- Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzahlen sind. Die Deutsche Bank hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

31.12.2008 (geprüft) in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	34.211	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	143.417	143.309	39.367	20.917	14.332
Handelspassiva ⁽¹⁾	68.168	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.181.617	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	52.323	33.751	8.494	7.909	9.180
Investmentverträge ⁽²⁾	–	438	668	985	3.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ⁽¹⁾	4.362	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	9.669	17.440	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	871	36.899	19.602	–	2.636
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.155	1.047	3	7	3
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.732	13.372	815	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	9.799	4.455	15.096	68.337	35.685
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	983	4.088	4.658
Sonstige Finanzpassiva	124.534	6.751	234	108	49
Unwiderrufliche Kreditzusagen	69.516	–	–	–	–
Finanzgarantien	22.505	–	–	–	–
Insgesamt⁽³⁾⁽⁴⁾	1.747.879	257.462	85.262	102.351	70.429

1 Handelspassiva und Derivatebestände werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note 39 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist, für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

3 Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Die Deutsche Bank hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

4 Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Die Änderungen zu IFRS 7 im Jahr 2009 wurden nicht auf die Vergleichsinformation angewendet. Der Fair Value für eingebettete Derivate und Derivate, die für das Hedge Accounting designed sind, werden unter täglich fällig gezeigt.

Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Siehe für weitere Informationen Note 36 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist. Die Deutsche Bank hält alle anwendbaren Liquiditätsbestimmungen ein.

Kapitalmanagement

Die Treasury-Funktion managt das Kapital konzernweit sowie lokal in jeder Region. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und Shareholder Value aufweisen. Aus diesem Grund ordnet die Treasury-Funktion den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie, die durch das Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist das Ziel der

Deutschen Bank, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalnachfrage und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Kapitalbedarf unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Seit Oktober 2008 liegt die Zielgröße des Konzerns für die Tier-1-Kapitalquote weiterhin bei oder über 10 %.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans und ähnliche Fragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten der Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Die ordentliche Hauptversammlung 2008 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis Ende Oktober 2009 bis zu 53,1 Millionen Aktien zurückzukaufen. Es erfolgten keine Aktienrückkäufe im Rahmen dieser Ermächtigung vor der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009, auf der eine neue Ermächtigung erteilt wurde.

Die ordentliche Hauptversammlung 2009 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2010 zurückzukaufen. Während des Zeitraums ab der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009 bis zum Jahresende wurden 11,7 Millionen Aktien (1,9 % der emittierten Aktien) zu Aktienvergütungszwecken zurückgekauft. Diese Käufe erfolgten im Juli und August 2009.

Im März 2009 hat die Gesellschaft 50 Millionen neue Namensaktien an die Deutsche Post AG ausgegeben. Als Gegenleistung hat die Deutsche Post AG der Deutsche Bank AG im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung eine Minderheitsbeteiligung an der Deutsche Postbank AG gewährt.

Die Deutsche Bank hat für das Geschäftsjahr 2009 hybrides Tier-1-Kapital in Höhe von 1,3 Mrd € begeben. Das insgesamt ausstehende hybride Tier-1-Kapital (ausschließlich nicht kumulative Vorzugsanteile („Non-Cumulative Trust Preferred Securities“)) belief sich am 31. Dezember 2009 auf 10,6 Mrd €, verglichen mit 9,6 Mrd € zum 31. Dezember 2008.

Bilanzmanagement

Die Deutsche Bank steuert ihre Bilanz auf konsolidierter und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen auf lokaler Basis. Bei der Allokation von Finanzressourcen steht die Unterstützung profitabler Geschäftsbereiche, die den größtmöglichen positiven Effekt auf ihre Rentabilität und ihren Shareholder Value aufweisen, im Vordergrund. Im Geschäftsjahr 2009 hat die Deutsche Bank mit der Einführung einer neuen Funktion im Bereich Finance das Bilanzmanagement verstärkt. Aufgaben dieser Funktion sind die Überwachung und Analyse von Bilanzentwicklungen sowie das Verfolgen bestimmter vom Markt wahrgenommener Bilanzkennzahlen. Auf dieser Basis initiierte die Deutsche Bank Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Die Deutsche Bank beobachtet die Entwicklungen der Bilanz nach IFRS, fokussiert ihr Bilanzmanagement jedoch in erster Linie auf pro-forma nach US GAAP ermittelte Werte, auf deren Basis auch die Relation ihrer Bilanzsumme zum Eigenkapital (Leverage Ratio) gemäß Zielgrößendefinition bestimmt wird. In 2009 hat die Deutsche Bank ihre Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition von 28 zum 31. Dezember 2008 auf 23 zum 31. Dezember 2009 deutlich unter die Zielgröße von 25 zurückgeführt. Zum 31. März 2010 betrug sie ebenfalls 23. Diese Verbesserung der Leverage Ratio der Deutschen Bank gemäß Zielgrößendefinition reflektiert vor allem niedrigere pro-forma nach US GAAP bilanzierte Aktiva sowie ein höheres bereinigtes Eigenkapital. Die Leverage Ratio gemäß der Zielgrößendefinition berechnet die Deutsche Bank auf Basis von adjustierten gesamten Aktiva und ihrem Eigenkapital. Die Leverage Ratio berechnet auf Basis der gesamten IFRS Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS Eigenkapital betrug 42 zum 31. März 2010 und 40 zum 31. Dezember 2009 gegenüber 69 zum 31. Dezember 2008.

Gesamtrisikoposition

Zur Ermittlung ihrer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition zieht die Deutsche Bank in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches sie durch einfache Addition hinzuzählt.

Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtrisikoposition zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008, gemessen am Ökonomischen Kapital, das für Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationelle Risiken berechnet wird. Das Liquiditätsrisiko ist in dieser Gesamtposition nicht enthalten.

Ökonomischer Kapitalbedarf

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
	<i>(ungeprüft)</i>	
Kreditrisiko	7.453	8.986
Marktrisiko ⁽¹⁾	12.515	8.809
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.613	5.547
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen ⁽¹⁾	7.902	3.262
Operationelles Risiko	3.493	4.147
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	-3.166	-3.134
Zwischensumme Kredit-, Markt- und operationelle Risiken ⁽¹⁾	20.295	18.808
Geschäftsrisiko ⁽¹⁾	501	498
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	20.796	19.306

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

1 Seit Dezember 2009 weist die Deutsche Bank das Risiko beim Deposit Bucketing unter dem Marktrisiko aus Nichthandelspositionen aus. Zuvor wurde es unter Geschäftsrisiko ausgewiesen. Zu Vergleichszwecken wurden die Zahlen für Dezember 2008 entsprechend angepasst.

Zum 31. Dezember 2009 betrug der gesamte Ökonomische Kapitalbedarf 20,8 Mrd €, was einem Anstieg um 1,5 Mrd € (8 %) gegenüber den 19,3 Mrd € an Ökonomischem Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2008 entspricht. Diese Erhöhung des Ökonomischen Kapitals reflektiert insbesondere den Erwerb eines Minderheitsanteils an der Deutsche Postbank AG, der teilweise durch die De-Risking Aktivitäten der Deutschen Bank während des Jahres kompensiert wurde.

Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Kreditrisiko um 1,5 Mrd € (minus 17 %) ist vor allem durch ein reduziertes Engagement in Derivaten begründet, das mit 1,3 Mrd € zum Rückgang beitrug und im Wesentlichen auf Marktbewegungen, aber auch auf Reduzierungsbemühungen zurückzuführen war. Die übrigen Änderungen waren überwiegend auf höhere Diversifikationseffekte im Kreditportfolio der Deutschen Bank, durch den Einfluss der regelmäßigen Neukalibrierung der Kreditrisikoparameter sowie weitere Verfeinerungen des Kreditrisikomodells zurückzuführen.

Der Ökonomische Kapitalbedarf der Deutschen Bank für das gesamte Marktrisiko stieg um 3,7 Mrd € (42 %) auf 12,5 Mrd € zum 31. Dezember 2009. Dieser Anstieg reflektierte vor allem das Marktrisiko der Deutschen Bank aus Nichthandelspositionen, das sich um 4,6 Mrd € (142 %) erhöhte, und spiegelte im Wesentlichen den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG wider, die mit 4,3 Mrd € zum Anstieg beitrug. Weitere Erhöhungen des Ökonomischen Kapitals reflektierten Anpassungen in den Marktrisikoschockparametern und weitere Methodenänderungen, die teilweise durch Reduzierung von Risiken kompensiert wurden. Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Handelspositionen um 934 Mio € (minus 17 %) reflektierte niedrigere Positionen aufgrund von De-Risking Aktivitäten, die teilweise durch verfeinerte Stresstests und -schocks, mit denen die ungünstigen Marktentwicklungen in 2008 und 2009 reflektiert wurden, wie auch von weiteren methodischen Verfeinerungen kompensiert wurden.

Das Ökonomische Kapital der Deutschen Bank für das operationelle Risiko sank zum 31. Dezember 2009 um 654 Mio € (minus 16 %) auf 3,5 Mrd €. Die verringerte Inanspruchnahme des Ökonomischen Kapitals war in erster Linie zurückzuführen auf eine verbesserte Versicherungsabdeckung, neue Überwachungs- und Kontrollmechanismen sowie eine erhöhte Sensitivität des AMA-Modells der Deutschen Bank, um die jüngsten Entwicklungen des Kontrollrahmenwerks besser abbilden zu können.

Der Ökonomische Kapitalbedarf der Deutschen Bank für das allgemeine Geschäftsrisiko, bestehend aus dem strategischen Risiko und einer Steuerrisikokomponente, betrug 501 Mio € zum 31. Dezember 2009 und war nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahresendstand.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs über das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko hinweg stieg zum 31. Dezember 2009 um 32 Mio € (1 %).

Zum 31. Dezember 2009 betrug das Active Book Equity 118 % des Ökonomischen Kapitalbedarfs zuzüglich Goodwill und immaterielle Vermögenswerte.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf der Geschäftssegmente zum 31. Dezember 2009.

31.12.2009 <i>(ungeprüft)</i>	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Konzern insgesamt ⁽¹⁾
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio €								
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt . .	11.242	732	11.974	1.878	2.556	4.434	4.641	20.796

Quelle: Deutsche Bank Risikobericht 2009

1 Enthält minus 253 Mio € aus Consolidation & Adjustments.

Die zukünftige Allokation des Ökonomischen Kapitals kann sich im Zeitablauf durch eine Verfeinerung der Methoden der Deutschen Bank zur Risikomessung verändern.

ORGANE DER GESELLSCHAFT UND MITARBEITER

Überblick

Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz, in der Satzung und den Geschäftsordnungen von Vorstand und Aufsichtsrat geregelt.

Der Vorstand leitet die Gesellschaft unter eigener Verantwortung im Einklang mit den geltenden Gesetzen, den Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand sowie unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Hauptversammlung. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Er hat zu gewährleisten, dass innerhalb der Gesellschaft ein angemessenes Risikomanagement und ein internes Überwachungssystem eingerichtet und betrieben werden, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden können. Der Vorstand ist gegenüber dem Aufsichtsrat berichtspflichtig. Insbesondere ist der Vorstand verpflichtet, den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance zu informieren. Der Vorstand hat dabei auch Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen darzustellen. Außerdem ist dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats aus sonstigen wichtigen Anlässen zu berichten. Der Aufsichtsrat kann zudem jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen. Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Dabei ist gemäß den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes 1976 grundsätzlich eine Mehrheit, die mindestens zwei Drittel der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder umfasst, erforderlich.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Geschäftsführung zu überwachen. Ein Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft kann grundsätzlich nicht zugleich auch Vorstandsmitglied der Gesellschaft sein. Für einen im Voraus begrenzten Zeitraum, höchstens für insgesamt ein Jahr, kann der Aufsichtsrat einzelne seiner Mitglieder zu Stellvertretern von fehlenden oder verhinderten Vorstandsmitgliedern bestellen. Während ihrer Amtszeit als Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern können die Aufsichtsratsmitglieder keine Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied in der Gesellschaft ausüben. Maßnahmen der Geschäftsführung können dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden. Die Satzung der Gesellschaft sieht bei bestimmten Arten von Geschäften und sonstigen Maßnahmen einen Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrats vor. In diesen Fällen ist der Vorstand verpflichtet, die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrats einzuholen (siehe „— Aufsichtsrat — Allgemeines“).

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats haben der Gesellschaft gegenüber Treue- und Sorgfaltspflichten. Bei der Erfüllung dieser Pflichten ist ein breites Spektrum von Interessen, insbesondere der Bank, ihrer Aktionäre, ihrer Mitarbeiter, ihrer Gläubiger und der Allgemeinheit, zu beachten. Der Vorstand muss insbesondere auch die Rechte der Aktionäre auf Gleichbehandlung und gleiche Information beachten.

Nach deutschem Aktienrecht ist es einzelnen Aktionären, wie jeder anderen Person, untersagt, ihren Einfluss auf die Gesellschaft dazu zu benutzen, ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats zu einer für die Gesellschaft schädlichen Handlung zu bestimmen. Wer unter Verwendung seines Einflusses ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats, einen Prokuristen oder einen Handlungsbevollmächtigten dazu veranlasst, zum Schaden der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre zu handeln, ist der Gesellschaft zum Ersatz des ihr daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Daneben haften die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gegenüber der Gesellschaft jeweils gesamtschuldnerisch, wenn sie unter Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben und infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden ist.

Ein Aktionär hat grundsätzlich keine Möglichkeit, gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats vor Gericht zu klagen, wenn er der Auffassung ist, dass diese ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft verletzt haben und infolgedessen der Bank ein Schaden entstanden ist. Schadensersatzansprüche gegen die Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats können in der Regel nur von der Gesellschaft selbst durchgesetzt werden, wobei diese bei Ansprüchen gegen Aufsichtsratsmitglieder vom Vorstand und bei Ansprüchen gegen Vorstandsmitglieder vom Aufsichtsrat vertreten wird. Der Aufsichtsrat ist verpflichtet, voraussichtlich durchsetzbare Schadensersatzansprüche gegen den Vorstand geltend zu machen, es sei denn, gewichtige Gründe des Gesellschaftswohls sprechen gegen eine Geltendmachung und diese Gründe überwiegen oder sind zumindest gleichwertig mit den Gründen, die für eine Geltendmachung sprechen. Entscheidet sich das jeweilige vertretungsberechtigte Organ gegen eine Anspruchsverfolgung, müssen Ersatzansprüche der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats geltend gemacht werden, wenn die Hauptversammlung dies mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt, wobei die Hauptversammlung zur Geltendmachung der Ansprüche einen besonderen Vertreter bestellen kann. Aktionäre, deren Anteil zusammen 10 % des Grundkapitals oder einen anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1 Mio € erreichen, können auch die gerichtliche Bestellung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung des Ersatzanspruches beantragen, der im Fall seiner Bestellung anstelle der Organe der Bank hierfür zuständig wird. Liegen Tatsachen vor, die den Verdacht rechtfertigen, dass der Gesellschaft durch Unredlichkeit oder grobe Pflichtverletzungen Schaden zugefügt wurde, besteht darüber hinaus für Aktionäre, deren Aktienbesitz zusammen 1 % des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von 100.000 € des Grundkapitals erreicht, die Möglichkeit, unter

bestimmten Voraussetzungen vom zuständigen Gericht zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Bank gegen Organmitglieder im eigenen Namen für die Gesellschaft zugelassen zu werden.

Die Gesellschaft kann erst drei Jahre nach der Entstehung eines Anspruchs und nur dann auf Ersatzansprüche gegen Organmitglieder verzichten oder sich über sie vergleichen, wenn die Aktionäre dies in der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen und nicht eine Minderheit von Aktionären, deren Anteile zusammen 10 % des Grundkapitals erreichen, zur Niederschrift des Notars Widerspruch erheben. Aktionäre und Aktionärsvereinigungen können im Aktionärsforum des elektronischen Bundesanzeigers, das auch über die Internetseite des Unternehmensregisters (<http://www.unternehmensregister.de>) zugänglich ist, andere Aktionäre auffordern, gemeinsam oder in Vertretung einen Antrag auf Sonderprüfung oder ein Einberufungsverlangen für die Hauptversammlung zu stellen oder in einer Hauptversammlung das Stimmrecht auszuüben.

Vorstand

Allgemeines

Der Vorstand der Gesellschaft besteht nach der Satzung aus mindestens drei Mitgliedern. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Gegenwärtig hat der Vorstand acht Mitglieder. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und beruft diese ab. Er kann einen Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Die Vorstandsmitglieder werden für höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit für jeweils weitere fünf Jahre ist zulässig. Aus wichtigem Grund kann der Aufsichtsrat die Bestellung eines Vorstandsmitglieds vor Ablauf von dessen Amtszeit widerrufen, etwa bei grober Pflichtverletzung oder wenn die Hauptversammlung dem Vorstandsmitglied das Vertrauen entzieht. Von dem durch die Bestellung eines Vorstandsmitglieds begründeten organschaftlichen Rechtsverhältnis ist das Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds mit der Gesellschaft zu unterscheiden. Auch für dieses gilt eine Höchstdauer von fünf Jahren, wobei es zulässig ist, eine automatische Verlängerung des Anstellungsvertrags für den Fall vorzusehen, dass die Bestellung erneuert wird. Ansonsten gelten für das Anstellungsverhältnis und dessen Beendigung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu Dienstverhältnissen.

Der Vorstand entscheidet in allen Angelegenheiten, in denen nach Gesetz, der Satzung oder der Geschäftsordnung des Vorstands eine Beschlussfassung durch den Vorstand vorgesehen ist. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder an der Beschlussfassung teilnimmt. Vorbehaltlich zwingender abweichender Regelungen in Gesetz, Satzung oder der Geschäftsordnung für den Vorstand der Deutsche Bank AG entscheidet der Vorstand mit der Mehrheit der Stimmen der an der Beschlussfassung beteiligten Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden des Vorstands. Entscheidungen, die die Finanzdaten der Bank betreffen, insbesondere Beschlüsse über Quartals- und Jahresabschluss, Bewertungsfragen und Kreditausfallrückstellungen, bedürfen in jedem Fall der Zustimmung des Vorsitzenden des Vorstands und des Finanzvorstands. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Die Gesellschaft wird dabei durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.

Derzeitige personelle Besetzung des Vorstands

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich ihres Geburtsjahres, dem Jahr ihrer ersten Bestellung und dem Jahr, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihrem Verantwortungsbereich sowie ihrer sonstigen Mitgliedschaften in Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganen in Unternehmen und Gesellschaften oder als Partner außerhalb der Deutschen Bank während der letzten fünf Jahre, wobei sich die Vorstandsmitglieder verpflichtet haben, keinen Aufsichtsratsvorsitz außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns anzunehmen.

Dr. Josef Ackermann

Geboren: 1948

Erste Bestellung: 1996

Bestellt bis: 2013

Dr. Josef Ackermann wurde mit seinem Eintritt in die Deutsche Bank im Jahr 1996 Mitglied des Vorstands, wo er für den Bereich Investment Banking zuständig war. Am 22. Mai 2002 übernahm er die Funktion des Vorstandssprechers. Am 1. Februar 2006 wurde Dr. Ackermann vom Aufsichtsrat zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften an der Universität St. Gallen war er dort am Volkswirtschaftlichen Institut als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und promovierte zum Dr. oec. Dr. Ackermann begann seine berufliche Laufbahn 1977 mit Eintritt in die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), für die er in London, New York und in der Schweiz in verschiedenen Bereichen des Corporate Banking, Foreign Exchange/Money Markets und Treasury, Investment Banking sowie Multinational Services tätig war. Von 1993 bis 1996 war er Präsident der Generaldirektion der SKA, der er seit 1990 angehörte.

Dr. Ackermann ist Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens AG (2. stellvertretender Vorsitzender), Vizepräsident des Verwaltungsrats der Belenos Clean Power Holding Ltd., Non-executive Mitglied des Board of Directors der Royal Dutch Shell Plc und Vizepräsident des Verwaltungsrats der Zurich Financial Services Ltd. Bis April 2007 war Dr. Ackermann Mitglied des Aufsichtsrats der Bayer AG. Bis Juni 2006 war Dr. Ackermann Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Lufthansa AG und Mitglied des Aufsichtsrats der Linde AG.

Dr. Hugo Bänziger

Geboren: 1956
Erste Bestellung: 2006
Bestellt bis: 2014

Dr. Hugo Bänziger wurde am 4. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Er ist Chief Risk Officer der Deutschen Bank. Er trat als Leiter Global Markets Credit im Jahr 1996 in die Deutsche Bank in London ein. Im Jahr 2000 wurde er zum Chief Credit Officer und in 2004 zum Chief Risk Officer for Credit and Operational Risk ernannt.

Dr. Bänziger begann seinen beruflichen Werdegang 1983 bei der Eidgenössischen Bankenkommission in Bern. Von 1985 bis 1996 arbeitete er bei der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) in Zürich und London, zunächst im Bereich Retail Banking und anschließend als Relationship Manager im Bereich Corporate Finance. 1990 wurde er zum Global Head of Credit für CS Financial Products ernannt.

Er studierte moderne Geschichte, Recht und Volkswirtschaft an der Universität Bern und promovierte dort anschließend in Wirtschaftsgeschichte.

Dr. Bänziger ist Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Clearing AG, Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Frankfurt AG und Mitglied des Verwaltungsrats der EUREX Zürich AG. Bis März 2006 war Dr. Bänziger Mitglied des Aufsichtsrats der Eurohypo AG.

Michael Cohrs

Geboren: 1956
Erste Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2012

Michael Cohrs wurde am 1. April 2009 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Herr Cohrs kam 1995 zur Deutschen Bank und ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Im Vorstand der Bank verantwortet er den Bereich Global Banking.

Herr Cohrs begann seine berufliche Laufbahn 1981 bei Goldman Sachs & Co., New York. Von 1989 bis 1991 arbeitete er als Head of European Equity Capital Markets bei Goldman Sachs International in London und von 1991 bis 1995 als Head of Global Equity Markets für SG. Warburg Securities in London.

Herr Cohrs absolvierte ein Studium der Wirtschaftswissenschaften am Harvard College, das er 1979 mit einem Bachelor-Titel abschloss. Ferner studierte er an der Harvard Business School und erwarb 1981 einen Master of Business Administration.

Jürgen Fitschen

Geboren: 1948
Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2012

Jürgen Fitschen wurde am 1. April 2009 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war bereits von 2001 bis Anfang 2002 Mitglied des Vorstands und ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee und seit 2005 Leiter Regional Management. Im Vorstand ist er für den Bereich Regional Management verantwortlich.

Herr Fitschen studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg und schloss das Studium 1975 als Diplom-Kaufmann ab. Von 1975 bis 1987 hatte er verschiedene Positionen bei der Citibank in Hamburg und Frankfurt am Main inne. 1983 wurde er in die Geschäftsleitung Deutschland der Citibank berufen.

Herr Fitschen ist Mitglied des Verwaltungsrats der Kühne + Nagel International AG, Mitglied des Aufsichtsrats der METRO AG, Mitglied des Aufsichtsrats der Schott AG. Bis Januar 2006 war Herr Fitschen Director der Nissay Deutsche Asset Management Europe Ltd.

Anshuman Jain

Geboren: 1963
Erste Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2012

Anshuman Jain wurde am 1. April 2009 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2001 Leiter von Global Markets sowie 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Im Vorstand ist er für den Bereich Global Markets zuständig.

Herr Jain studierte Wirtschaftswissenschaften am Shri Ram College der Universität Delhi und machte 1983 einen BA-Abschluss. Danach folgte ein Studium der Finanzwissenschaften an der Universität von Massachusetts, das er 1985 mit einem MBA in Finanzen abschloss. Nach Abschluss seines Studiums arbeitete Herr Jain bis 1988 für Kidder Peabody, New York, im Bereich Derivatives Research. Von 1988 bis 1995 war er für den Aufbau und die Leitung des globalen Hedgefonds-Betreuungsteams bei Merrill Lynch, New York, zuständig.

Herr Jain nimmt die Funktion eines Non-executive Directors der Sasol Ltd. wahr.

Stefan Krause

Geboren: 1962

Erste Bestellung: 2008

Bestellt bis: 2013

Stefan Krause wurde am 1. April 2008 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Er ist Chief Financial Officer (CFO) der Deutschen Bank.

Zuvor war Herr Krause über 20 Jahre in der Automobilindustrie tätig und hatte verschiedene Senior-Management-Positionen mit einem starken Fokus auf die Bereiche Finance und Financial Services inne. Er begann seine Karriere 1987 im Controlling von BMW in München und ging 1993 in die USA, wo er den Financial-Services-Bereich des Unternehmens in Nord- und Südamerika aufbaute und schließlich leitete. 2001 kehrte er nach München zurück und übernahm den Posten des Head of Sales Western Europe (ohne Deutschland). Im Mai 2002 wurde er zum Mitglied des Vorstands der BMW Group ernannt. Dort war er bis September 2007 für das Ressort Finanzen und danach für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig.

Herr Krause studierte Betriebswirtschaftslehre in Würzburg und schloss das Studium 1986 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Krause war bis April 2008 Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz Deutschland AG.

Hermann-Josef Lamberti

Geboren: 1956

Erste Bestellung: 1999

Bestellt bis: 2014

Hermann-Josef Lamberti wurde 1999 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Er ist Chief Operating Officer der Deutschen Bank. Er trat 1998 als Executive Vice President in die Deutsche Bank in Frankfurt ein.

Herr Lamberti begann seine berufliche Laufbahn 1982 bei Touche Ross in Toronto und wechselte anschließend zur Chemical Bank in Frankfurt. 1985 bis 1998 war er bei IBM tätig, zunächst in Deutschland in den Bereichen Controlling, Interne Anwendungsentwicklung und Sales Banken/Versicherungen. 1993 wurde er zum General Manager der Abteilung Personal Software für Europa, den Nahen Osten und Afrika bei IBM Europe in Paris bestellt. Als Vice President für Marketing und Brand Management war Herr Lamberti ab 1995 für IBM in den USA tätig. 1997 übernahm er den Vorsitz der Geschäftsführung von IBM Deutschland in Stuttgart.

Herr Lamberti studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten in Köln und Dublin und schloss das Studium 1982 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Lamberti ist Mitglied des Aufsichtsrats oder vergleichbarer Gremien des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., des BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, der Deutsche Börse AG, der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V. und der Carl Zeiss AG. Herr Lamberti war bis Mai 2005 Vorsitzender des Aufsichtsrats der e-Millennium 1 GmbH & Co. KG, bis September 2005 Mitglied des Board of Directors der Euroclear Plc und der Euroclear S.A./N.V., bis März 2006 Mitglied des Aufsichtsrats der Schering AG und bis Juli 2007 Mitglied des Board of Directors der FIAT S.p.A.

Rainer Neske

Geboren: 1964

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Rainer Neske wurde am 1. April 2009 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG.

Herr Neske begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank in 1990 und wurde 2000 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG bestellt. Seit 2003 ist er Mitglied des Group Executive Committee und Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Im Vorstand der Deutsche Bank AG verantwortet er den Bereich Privat- und Geschäftskunden.

Herr Neske studierte Informatik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Karlsruhe und erlangte 1990 den Abschluss des Diplom-Informatikers.

Bis April 2009 war Herr Neske Mitglied des Aufsichtsrats der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland) und bis April 2005 Mitglied des Aufsichtsrats der Deutscher Herold Lebensversicherung Aktiengesellschaft.

Vergütung, Aktienbesitz, Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Grundzüge des Vergütungssystems

Das Aufsichtsratsplenium beschließt für die Mitglieder des Vorstands auf Vorschlag des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats das Vergütungssystem einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft es regelmäßig. Es legt auch die Gesamtvergütung und ihre Zusammensetzung für die Mitglieder des Vorstands auf Vorschlag des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats fest.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten für das Geschäftsjahr 2009 für ihre Vorstandstätigkeit eine Vergütung von insgesamt 38.978.972 €. Diese Gesamtvergütung setzte sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

in €	2009
Erfolgsunabhängige Komponenten:	
Grundgehalt	5.950.000
Sonstige Leistungen	849.346
Erfolgsabhängige (variable) Komponenten:	
ohne langfristige Anreizwirkung (nicht aufgeschoben) ⁽¹⁾	9.587.269
mit langfristiger Anreizwirkung (aufgeschoben)	22.592.357
Gesamtvergütung	38.978.972

1 Unmittelbar ausgezahlt.

Die Angaben beziehen sich auf sämtliche Vorstandsmitglieder, die im Geschäftsjahr 2009 tätig waren.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Dienstverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

Erfolgsunabhängige Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen aus dem Grundgehalt sowie sonstigen Leistungen. Die Mitglieder des Vorstands erhalten ein Grundgehalt, das in regelmäßigen Abständen überprüft wird. Es wird in monatlichen Raten ausgezahlt. Die sonstigen Leistungen umfassen steuerpflichtige Aufwandserstattungen und den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrgestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern.

Erfolgsabhängige Komponenten. Die erfolgsabhängigen Komponenten bestanden für das Jahr 2009 aus einer Bonuszahlung, einem Mid-Term Incentive („MTI“) und für Vorstandsmitglieder, die für den Konzernbereich CIB verantwortlich sind, einer unternehmensbereichsbezogenen Vergütungskomponente („Division Incentive“). Maßgeblich für die jährliche Bonuszahlung, die auf einer Zielgröße basiert, war das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite. Der MTI (ebenfalls auf einer Zielgröße basierend) wurde aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum abgeleitet. Der Division Incentive berücksichtigt den Erfolg des Konzernbereichs CIB (zum Beispiel Ergebnis vor Steuern), auch im Verhältnis zu Wettbewerbern und den gesetzten Zielen, sowie Risikoaspekte und die individuelle Leistung.

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung. Die variablen Vergütungselemente, die die Mitglieder des Vorstands für das Jahr 2009 erhielten (Bonus, MTI und gegebenenfalls Division Incentive) wurden in wesentlich größerem Ausmaß als in früheren Jahren aufgeschoben gewährt (für jedes einzelne Vorstandsmitglied mehr als 60 % seiner variablen Vergütung). Die Gewährung der aufgeschobenen Vergütung erfolgte als Restricted Incentive Awards und als Restricted Equity Awards. Beide aufgeschobenen Vergütungskomponenten erzielen eine langfristige Anreizwirkung und können verfallen. Der Verfall der Zusagen tritt unter bestimmten Umständen ein, zum Beispiel bei Nichterreichen definierter Parameter, beim Verstoß gegen Regularien oder bei Verschlechterung der Finanzlage.

Die Restricted Incentive Awards wurden im Rahmen des DB Restricted Incentive Plan zugeteilt. Deren endgültiger Wert wird unter anderem von der Entwicklung der Eigenkapitalrendite innerhalb der nächsten drei Jahre (2010 – 2012) abhängen. Die Awards werden in drei gleichen Tranchen jeweils Anfang 2011, 2012 und 2013 unverfallbar.

Die Restricted Equity Awards wurden im Rahmen des DB Equity Plan zugeteilt. Deren endgültiger Wert wird unter anderem vom Wert der Deutsche Bank-Aktie bei Zuteilung bestimmt. Unter Einhaltung obengenannter Bedingungen wird ein Teil dieser Aktienanwartschaften in neun gleichen Tranchen zugeteilt, wobei die letzte Tranche im November 2013 ausgeliefert wird. Der überwiegende Teil der Aktienanwartschaften wird

grundsätzlich als Einmaltranche im November 2013 ausgeliefert, das heißt erst nach fast vier Jahren. Im Februar 2010 wurden den Vorstandsmitgliedern für ihre Leistung im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 405.349 Aktien in Form von Restricted Equity Awards nach dem DB Equity Plan gewährt.

Weitere Informationen zu dem DB Restricted Incentive Plan und dem DB Equity Plan, sind in Note 31 und Note 32 des im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten.

Die bis Ende des Jahres 2009 neu implementierten verschiedenen gesetzlichen und regulatorischen Regelungen hat der Aufsichtsrat zum Anlass genommen, sich erneut mit der Vergütungsstruktur zu befassen und diese – ohne die Gesamt-Zielvergütung zu ändern – unter Berücksichtigung und Einbeziehung der nachfolgenden Aspekte für die Zukunft wie folgt zu gestalten:

- Im Vordergrund des fortentwickelten Systems steht, die Vergütung des Vorstands an einer nachhaltigen und auf Langfristigkeit ausgerichteten Unternehmensführung und -entwicklung zu orientieren, eine angemessene Zusammensetzung von festen und variablen Vergütungsbestandteilen darzustellen, noch umfangreicher mehrjährige Bemessungsgrundlagen für die variable Vergütung zu etablieren, große Teile der variablen Vergütung aufgeschoben zu gewähren, in Aussicht gestellte variable Vergütungselemente beim Eintreten definierter Ereignisse auch wieder entfallen lassen zu können sowie weiterhin die Interessen der Mitglieder des Vorstands durch dauerhafte Beteiligung am Unternehmen mit denen des Unternehmens zu verbinden.
- Um die geforderte Angemessenheit der Zusammensetzung von festen und variablen Vergütungsbestandteilen zu unterstreichen, wird das Grundgehalt bei einem einfachen Mitglied des Vorstands auf 1.150.000 € pro Jahr und bei Herrn Dr. Ackermann auf 1.650.000 € pro Jahr erhöht. Die Zielgröße des Bonus wird entsprechend reduziert.
- Um eine mehrjährige Bemessungsgrundlage zu erreichen, wird der Bonus zukünftig anhand der zwei wie folgt ausgestalteten, gleichgewichtigen Faktoren berechnet. Der erste Faktor wird von dem zweijährigen Durchschnitt der erreichten Eigenkapitalrendite im Vergleich zu der geplanten Eigenkapitalrendite bestimmt. Der zweite Faktor errechnet sich nach dem zweijährigen Durchschnitt der erreichten Eigenkapitalrendite (mit Ausnahme für das Geschäftsjahr 2010, für das nur die Eigenkapitalrendite für das Jahr 2010 berücksichtigt wird). Zusätzlich kann der danach ermittelte Betrag durch den Aufsichtsrat entsprechend der persönlichen Leistung und anderer Aspekte nach Ermessen um bis zu 50 % erhöht oder gekürzt werden. Der auf den jeweiligen Faktor bezogene Teil des Bonus entfällt, wenn vorab definierte Parameter unterschritten werden. Generell wird jeder Bonus in Teilen aufgeschoben vergütet.
- Als weiterer Bestandteil der variablen Vergütung wird der MTI durch den Long-Term Performance Award („LTPA“), einer Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung, ersetzt. Der LTPA wird (auf der Basis einer Zielgröße) – bezogen auf einen rollierenden Dreijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet. Unterschreitet der so für die Deutsche Bank errechnete Durchschnitt im Verhältnis zur Vergleichsgruppe einen bestimmten Schwellenwert, entfällt die Zahlung eines LTPA. Alle Zahlungen, die sich aus dem LTPA ergeben, werden grundsätzlich überwiegend aufgeschoben vergütet.
- Weiterhin ist für Vorstandsmitglieder, die für den Konzernbereich CIB verantwortlich sind, unverändert eine unternehmensbereichsbezogene Vergütungskomponente („Division Incentive“) vorgesehen. Diese berücksichtigt den Erfolg des Konzernbereichs CIB (zum Beispiel Ergebnis vor Steuern), auch im Verhältnis zu Wettbewerbern und zu den gesetzten Zielen, sowie Risikoaspekte und die individuelle Leistung.
- Generell werden mehr als 60 % der Summe aller variablen Vergütungskomponenten (Bonus, LTPA und gegebenenfalls Division Incentive) aufgeschoben vergütet. Die aufgeschobenen Komponenten können als Barvergütung und/oder in Aktien beziehungsweise in aktien-basierten Vergütungselementen gewährt werden. Als weitere generelle Regel werden mehr als 50 % der aufgeschobenen Vergütung in Aktien beziehungsweise in aktienbasierten Vergütungsinstrumenten gewährt. Der aufgeschobene Teil des Bonus wird grundsätzlich als Restricted Incentive Award gewährt, wogegen die aufgeschobenen Teile des LTPA und des Division Incentive in der Regel in der Form von Restricted Equity Awards oder aktienbasierter Vergütung gewährt werden. Restricted Incentive Awards werden in drei gleichen Tranchen beginnend nach einem Jahr und insgesamt über einen Zeitraum von drei Jahren gestreckt unverfallbar. Restricted Equity Awards werden in mehreren Tranchen unverfallbar. Die erste Tranche wird nach einem Jahr unverfallbar, die letzte Tranche erst nach fast vier Jahren. Der Wert dieser Aktienanwartschaften oder aktienbasierten Vergütungsinstrumente unterliegt der Aktienkursentwicklung.
- Alle aufgeschobenen Vergütungsbestandteile unterliegen Verfallbestimmungen, die auf dem Erfolg des Konzerns und dem individuellen Verhalten beziehungsweise dem individuellen Erfolgsbeitrag beruhen, um die Risikoorientierung der Vergütung abzubilden und sicherzustellen. Den Mitgliedern des Vorstands wird es nicht gestattet sein, diese Risikoorientierung mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben. Auch für den Fall außergewöhnlicher Entwicklungen kann die Gesamtvergütung einschließlich aller variablen Komponenten auf einen Maximalbetrag begrenzt werden.

- Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt nicht, wenn die BaFin die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.
- Die Vorstandsmitglieder erhalten auch in Zukunft die eingangs beschriebenen sonstigen Leistungen sowie – bis auf die Mitglieder des Vorstands, die einen Division Incentive erhalten – die nachfolgend beschriebenen Beiträge zur Altersversorgung.
- Es besteht – auch zukünftig – eine Vorgabe für Vorstandsmitglieder bezüglich des Besitzes von Aktien. Sie sind verpflichtet, während ihrer Mitgliedschaft im Vorstand 45 % der Deutsche Bank-Aktien, die ihnen seit dem Jahr 2008 während ihrer Zugehörigkeit zum Vorstand ausgeliefert wurden oder werden, zu behalten. Wenn in einem Jahr der Anteil der aktienbasierten Vergütung mehr als 50 % der variablen Vergütung ausmacht, wird diese Verpflichtung für den Teil, der 50 % übersteigt, entfallen.
- Um die Vergütungsstruktur weiterzuentwickeln wurde – ebenso wie für die Festlegung der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 – durch den Aufsichtsrat ein externer unabhängiger Vergütungsberater eingebunden.

Vergütung für das Geschäftsjahr 2009

Die im Geschäftsjahr 2009 tätigen Vorstandsmitglieder erhielten für das Jahr 2009 die nachstehenden Vergütungskomponenten:

in €

Mitglieder des Vorstands	Erfolgsunabhängige Komponenten		Erfolgsabhängige Komponenten			Gesamtvergütung
	Grund-gehalt	Sonstige Leistungen	Mit lang-fristiger Anreizwirkung (aufgeschoben) ⁽²⁾			
			ohne lang-fristige Anreiz-wirkung (nicht auf-geschoben) ⁽¹⁾	Restricted Incentive Awards	Restricted Equity Awards	
Dr. Josef Ackermann	1.150.000	154.030	1.575.000	1.925.000	4.747.500	9.551.530
Dr. Hugo Bänziger	800.000	51.388	1.231.425	268.575	1.657.500	4.008.888
Michael Cohrs ⁽³⁾	600.000	39.661	905.428	130.210	1.546.575	3.221.874
Jürgen Fitschen ⁽³⁾	600.000	131.111	923.569	201.431	1.243.125	3.099.236
Anshuman Jain ⁽³⁾	600.000	52.697	1.565.428	691.210	4.884.525	7.793.860
Stefan Krause	800.000	58.267	1.231.425	268.575	1.657.500	4.015.767
Hermann-Josef Lamberti	800.000	102.123	1.231.425	268.575	1.657.500	4.059.623
Rainer Neske ⁽³⁾	600.000	260.069	923.569	201.431	1.243.125	3.228.194

1 Unmittelbar ausgezahlt.

2 Erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung beinhalten Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards, die für das entsprechende Jahr gewährt wurden. Die Anzahl der im Jahr 2010 für das Geschäftsjahr 2009 den Mitgliedern des Vorstands in Form von Restricted Equity Awards gewährten Aktien wurde mittels Division der jeweiligen EURO-Beträge durch den Betrag von 45,978 €, dem durchschnittlichen Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie an den letzten zehn Handelstagen vor dem 1. Februar 2010 im Xetra-Handel, ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter Aktienrechte: Herr Dr. Ackermann 103.255, Herr Dr. Bänziger 36.049, Herr Cohrs 33.637, Herr Fitschen 27.037, Herr Jain 106.236, Herr Krause 36.049, Herr Lamberti 36.049 und Herr Neske 27.037.

3 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2009.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhielten die im Geschäftsjahr 2009 tätigen Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Die Mitglieder des Vorstands (mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder, die einen Division Incentive erhalten) haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage, die in ihrer Struktur einem allgemeinen Pensionsplan für Mitarbeiter der Bank entspricht. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde für jedes Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % pro Jahr bis zum Alter von 60. Ab einem Alter von 61 wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann nach Ausscheiden aus dem Vorstand aber vor Eintritt eines der Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Im Jahr 2009 ergab sich für die erläuterten Versorgungszusagen ein Dienstzeitaufwand für Herrn Dr. Ackermann von 318.006 €, für Herrn Dr. Bänziger von 405.530 €, für Herrn Fitschen von 62.984 €, für Herrn Krause von 407.171 €, für Herrn Lamberti von 260.217 € und für Herrn Neske von 114.385 €.

Zum 31. Dezember 2009 wiesen die Versorgungskonten der im Geschäftsjahr 2009 tätigen Vorstandsmitglieder folgende Guthaben aus: 4.459.769 € für Herrn Dr. Ackermann, 1.583.668 € für Herrn Dr. Bänziger, 60.000 € für Herrn Fitschen, 492.000 € für Herrn Krause, 4.302.174 € für Herrn Lamberti und 225.000 € für Herrn Neske. Andere Mitglieder des Vorstands erhielten keine Pensionszusage nach ihrer Bestellung in den Vorstand. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen. Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht daneben grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand ein monatliches Ruhegeld von 29.400 € aus einer abgelösten Pensionszusage zu.

Scheidet ein Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2008 bestand, aus dem Amt aus, so steht ihm für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2009 oder 31. Dezember 2008 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Sofern ein Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand (Herr Dr. Ackermann und Herr Lamberti), nach Vollendung des 60. Lebensjahres ausscheidet, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Bonus (letzte Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.

Nach Maßgabe der mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern geschlossenen Anstellungsverträgen haben diese bei vorzeitiger Beendigung der Bestellung auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird vom Aufsichtsrat nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Sofern das Vorstandsmitglied im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheidet, hat es Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird vom Aufsichtsrat nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Für weitere Informationen zu Zahlungen an frühere Vorstandsmitglieder der Gesellschaft oder deren Hinterbliebene sowie Rückstellungen im Hinblick auf Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen siehe Note 41 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Darüber hinaus bestehen keine Dienstleistungsverträge zwischen der Gesellschaft oder ihren Tochtergesellschaften einerseits und einem oder mehreren im Geschäftsjahr 2009 tätigen Vorstandsmitgliedern andererseits, die Vergünstigungen im Fall der Beendigung des Dienstleistungsvertrages vorsehen. Vereinbarungen mit Hauptaktionären, Kunden oder sonstigen Personen, aufgrund derer ein im Geschäftsjahr 2009 tätiges Vorstandsmitglied in den Vorstand berufen wurde, bestehen ebenfalls nicht.

Aktienbesitz

Am 19. Februar 2010 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien und Aktienanwartschaften:

Vorstandsmitglied	Anzahl Aktien	Anzahl Aktienanwartschaften⁽¹⁾
Dr. Josef Ackermann	355.474	197.260
Dr. Hugo Bänziger	36.116	89.402
Michael Cohrs	144.537	268.708
Jürgen Fitschen	98.339	86.747
Anshuman Jain	338.717	433.046
Stefan Krause	–	36.049
Hermann-Josef Lamberti	97.740	78.190
Rainer Neske	42.547	75.395
Insgesamt	1.113.470	1.264.797⁽²⁾

1 Einschließlich der Aktienanwartschaften von Herrn Dr. Bänziger, Herrn Cohrs, Herrn Fitschen, Herrn Jain und Herrn Neske, die diese jeweils im Zusammenhang mit dem vor der Bestellung zum Vorstandsmitglied bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten haben. Die in der Tabelle erfassten Aktienanwartschaften haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. Die letzten Aktienanwartschaften werden im November 2013 fällig und zugeteilt.

2 Davon 138.405 unverfallbar.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 19. Februar 2010 insgesamt 1.113.470 Aktien, was rund 0,18% der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien der Gesellschaft entsprach.

Für weitere Informationen zu den zugrundeliegenden Plänen der in der obigen Tabelle aufgeführten Aktienanwartschaften siehe Note 31 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Für die Mitglieder des Vorstands hat die Gesellschaft eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Unternehmensleiter (D&O Versicherung) mit Selbstbehalt abgeschlossen.

Am 31. Dezember 2009 beliefen sich die an Vorstandsmitglieder gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die für diese eingegangenen Haftungsverhältnisse auf insgesamt 8.128.645 €.

Neben ihrer Funktion als Organmitglieder stehen die derzeitigen Vorstandsmitglieder in keinen sonstigen wesentlichen Rechtsbeziehungen zur Deutsche Bank AG und haben keine potenziellen Interessenkonflikte in Bezug auf ihre Verpflichtungen gegenüber der Deutsche Bank AG einerseits und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits.

Aufsichtsrat

Allgemeines

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat setzt auf Vorschlag des Präsidialausschusses die Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertrags Elemente und überprüft sie regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutsche Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er vom Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in der Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen. Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht satzungsgemäß aus zwanzig Mitgliedern. Zehn Mitglieder der Anteilseigner werden in der Hauptversammlung nach Maßgabe der Vorschriften des Aktiengesetzes gewählt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 gewählt. Von diesen zehn Aufsichtsratsmitgliedern müssen sieben Arbeitnehmer der Gesellschaft sein, darunter ein leitender Angestellter. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder müssen Vertreter von im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden für die Zeit bis zur Beendigung derjenigen Hauptversammlung bestellt, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das vierte

Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird dabei nicht mitgerechnet. Die Hauptversammlung kann bei der Wahl der Anteilseignervertreter bestimmen, dass die Amtszeit von bis zu fünf Mitgliedern zu abweichenden Zeitpunkten beginnt bzw. endet. Aufsichtsratsmitglieder, die von der Hauptversammlung ohne Bindung an einen Wahlvorschlag gewählt worden sind, können von ihr vor Ablauf der Amtszeit abberufen werden. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen umfasst. Arbeitnehmervertreter können mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen der Arbeitnehmergruppe, die den jeweiligen Vertreter gewählt hat, abgewählt werden. Gemäß den Vorschriften der Satzung kann jedes Mitglied des Aufsichtsrats sein Amt unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist auch ohne wichtigen Grund durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand niederlegen.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mitglieder unter der zuletzt bekannt gegebenen Anschrift schriftlich oder fernschriftlich eingeladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, persönlich oder durch schriftliche Stimmabgabe an der Beschlussfassung teilnimmt. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter. Die Art der Abstimmung bestimmt der Vorsitzende der Sitzung. Beschlüsse können auch ohne Einberufung einer Sitzung im Wege schriftlicher, telegrafischer, fernmündlicher oder elektronischer Abstimmung gefasst werden, wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter dies anordnet. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgesehen ist. Im Fall der Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Nach der geltenden Satzung ist ein Zustimmungserfordernis des Aufsichtsrats unter anderem bei folgenden Geschäften und Maßnahmen der Gesellschaft erforderlich:

- zur Erteilung von Generalvollmachten;
- zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, soweit der Gegenstand 1 % des haftenden Eigenkapitals der Gesellschaft nach dem Gesetz über das Kreditwesen übersteigt;
- zu Kreditgewährungen einschließlich der Übernahme von Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen der Zustimmung des Aufsichtsorgans eines Kreditinstituts bedürfen;
- zum Erwerb und zur Veräußerung von sonstigen Beteiligungen, soweit der Gegenstand 2 % des haftenden Eigenkapitals der Gesellschaft nach dem Gesetz über das Kreditwesen übersteigt. Über Erwerb und Veräußerung solcher Beteiligungen ab 1 % des haftenden Eigenkapitals ist der Aufsichtsrat unverzüglich zu unterrichten.

Die Zustimmung des Aufsichtsrats zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken oder von sonstigen Beteiligungen ist auch dann erforderlich, wenn das betreffende Geschäft in einem abhängigen Unternehmen vorgenommen wird. Der Aufsichtsrat kann noch andere Geschäfte bestimmen, die seiner Zustimmung bedürfen. Verweigert der Aufsichtsrat seine Zustimmung, kann der Vorstand verlangen, dass die Hauptversammlung über die Zustimmung beschließt. Der Beschluss, durch den die Hauptversammlung zustimmt, bedarf einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel der abgegebenen Stimmen umfasst.

Derzeitige personelle Besetzung des Aufsichtsrats

Die als Vertreter der Aktionäre fungierenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden auf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 gewählt mit Ausnahme von Herrn Dr. Siegert, der bereits von der Hauptversammlung 2007 bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2012 gewählt worden war. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2008. Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind Angaben zu ihrem Alter (Stand: 31. Dezember 2009), dem Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, dem Jahr, in dem ihr Mandat endet, sowie ihrer Haupttätigkeit und ihren Mitgliedschaften in Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorganen oder als Partner außerhalb der Deutschen Bank während der letzten fünf Jahre. Sofern nicht jeweils gegenteilig angegeben, bestehen die jeweils genannten Mitgliedschaften weiter fort.

Aufsichtsratsmitglied/ Ausbildung, Erfahrung	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Wolfgang Böhr* Alter: 46 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013 Bankkaufmann, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Düsseldorf der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats	

**Aufsichtsratsmitglied/
Ausbildung, Erfahrung****Dr. Clemens Börsig**

Alter: 61
Gerichtlich bestellt: 2006
Gewählt bis: 2013

Studium der Betriebswirtschaftslehre und Mathematik, Diplom-Kaufmann, Dr. rer. pol., langjährige Erfahrung als Mitglied in Aufsichtsräten, Finanzexperte gem. § 100 Abs. 5 AktG

Dr. Karl-Gerhard Eick

Alter: 55
Gerichtlich bestellt: 2004
Gewählt bis: 2013

Studium der Betriebswirtschaftslehre, Dipl.-Oec., Dr. rer. pol., langjährige Erfahrung als Mitglied in Aufsichtsräten, Finanzexperte gem. § 100 Abs. 5 AktG

Heidrun Förster*

Alter: 62
Erstmals gewählt: 1993
Gewählt bis: 2013

Gewerblich-technische, kaufmännische Angestellte, Privatkunden-Beraterin, langjährige Betriebszugehörigkeit sowie langjährige Erfahrung im Aufsichtsrat bei der Deutschen Bank

Alfred Herling*

Alter: 57
Erstmals gewählt: 2008
Gewählt bis: 2013

Kaufmann im Groß- und Außenhandel, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank

Haupttätigkeiten

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG, Frankfurt

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Telekom AG, Bonn (bis 28. Februar 2009); Vorsitzender des Vorstands der Arcandor AG, Essen (vom 1. März 2009 bis 1. September 2009)

Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Berlin der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats

Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender; Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats

Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate

Linde AG (seit Juni 2006); Bayer AG (seit April 2007); Daimler AG (seit April 2007); Emerson Electric Company (seit Februar 2009); Deutsche Lufthansa AG (bis April 2008); Eurohypo AG (bis Mai 2005); Foreign & Colonial Eurotrust Plc (bis Dezember 2007); Frankfurter Versicherungs-AG (bis Januar 2006); Heidelberger Druckmaschinen AG (bis März 2007)

DeTe Immobilien Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH (bis September 2008); T-Mobile International AG (bis Februar 2009); T-Systems Enterprise Services GmbH (bis Februar 2009); T-Systems Business Services GmbH (bis Februar 2009); FC Bayern München AG (bis Dezember 2009); CORPUS SIREO Holding GmbH & Co KG (Vorsitzender); STRABAG Property and Facility Services GmbH (bis Dezember 2009); Hellenic Telecommunications Organization S.A. (OTE S.A.) (bis März 2009); Thomas Cook Group Plc (bis September 2009); T-Online International AG (bis Juni 2006); Sireo Real Estate Asset Management GmbH (bis Dezember 2007); GMG Generalmietgesellschaft mbH (bis März 2006); T-Systems International GmbH (bis Dezember 2005)

Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (seit Mai 2008); Betriebskrankenkasse Deutsche Bank AG

**Aufsichtsratsmitglied/
Ausbildung, Erfahrung**

Gerd Herzberg*

Alter: 59
Gerichtlich bestellt: 2006
Gewählt bis: 2013

Jurist, langjährige Erfahrung als
Mitglied in Aufsichtsräten

Sir Peter Job

Alter: 68
Gerichtlich bestellt: 2001
Gewählt bis 2011

Exeter College, Oxford; Bachelor
of Arts, ehemaliger CEO, Reuters
Group, langjährige Erfahrung als
Mitglied in Aufsichtsräten im In-
und Ausland

Prof. Dr. Henning Kagermann

Alter: 62
Erstmals gewählt: 2000
Gewählt bis: 2013

Studium der Experimentalphysik;
Dr. rer. nat. habil., langjährige
Erfahrung als Mitglied in
Aufsichtsräten

Martina Klee*

Alter: 47
Erstmals gewählt: 2008
Gewählt bis: 2013

Studium
Politikwissenschaft/Romanistik;
Ausbildung
Industriekauffrau/Anwendungs-
programmiererin, langjährige
Betriebszugehörigkeit bei der
Deutschen Bank

Suzanne Labarge

Alter: 63
Erstmals gewählt: 2008
Gewählt bis: 2013

Bachelor of Arts, Economics,
MBA Harvard Business School,
ehemalige Vice Chairman und
Chief Risk Officer, Royal Bank of
Canada, ehemalige stellv.
Leiterin, Office of the
Superintendent of Financial
Institutions Canada, langjährige
Erfahrung als Mitglied in
Aufsichtsräten im In- und Ausland

Haupttätigkeiten

Stellvertretender Vorsitzender der
ver.di Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft,
Berlin

Sprecher des Vorstands der SAP
AG, Walldorf, bis 31. Mai 2009

Vorsitzende des Betriebsrats GTO
Frankfurt/Eschborn der
Deutschen Bank; Mitglied des
Gesamtbetriebsrats der
Deutschen Bank AG

**Aufsichtsratsmandate und
sonstige Mandate**

Franz Haniel & Cie GmbH (stellv.
Vorsitzender); DBV Winterthur
Lebensversicherung AG (bis April
2009); BGAG –
Beteiligungsgesellschaft der
Gewerkschaften AG; DAWAG –
Deutsche Angestellten
Wohnungsbau AG (Vorsitzender)
(bis April 2009); Vattenfall
Europe AG (stellv. Vorsitzender)
Schroders Plc; Tibco Software
Inc.; Royal Dutch Shell Plc;
Mathon Systems (Advisory
Board); Bertelsmann AG (bis Mai
2005); Instinet Inc. (bis Dezember
2005); Shell Transport and Trading
Plc (bis Juli 2005)

Münchener Rückversicherungs-
Gesellschaft Aktiengesellschaft;
Nokia Corporation; Deutsche
Post AG; Wipro Technologies
(seit Oktober 2009);
DaimlerChrysler Services AG (bis
Juli 2006)

Sterbekasse für die Angestellten
der Deutschen Bank VV a.G.

Bank of China (bis 2007); Coca-
Cola Enterprises Inc. (seit
Dezember 2007); Novelis Inc. (bis
Mai 2007)

**Aufsichtsratsmitglied/
Ausbildung, Erfahrung****Maurice Lévy**

Alter: 67

Erstmals gewählt: 2006

Gewählt bis: 2012

Studium der Informatik, Master Information Technology, langjährige Erfahrung als Mitglied in Aufsichtsräten im In- und Ausland

Henriette Mark*

Alter: 52

Erstmals gewählt: 2003

Gewählt bis: 2013

Kaufmännische Ausbildung als Buchhändlerin, Studium Konfliktmanagement und Mediation, Master of Advanced Studies (Mediation), langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank

Gabriele Platscher*

Alter: 52

Erstmals gewählt: 2003

Gewählt bis: 2013

Bankkauffrau, Bankfachwirtin, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank

Karin Ruck*

Alter: 44

Erstmals gewählt: 2003

Gewählt bis: 2013

Bankkauffrau, Bankfachwirtin, Lerntrainerin, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank

Dr. Theo Siebert

Alter: 62

Gerichtlich bestellt: 2006

Gewählt bis: 2012

Studium der Betriebswirtschaftslehre, Diplom-Kaufmann, Dr. rer. pol., ehemaliger Vorsitzender des Vorstands, Franz Haniel & Cie. GmbH, langjährige Erfahrung als Mitglied in Aufsichtsräten

Haupttätigkeiten

Chairman of the Management Board und Chief Executive Officer Publicis Groupe S.A., Paris

Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats; Mitglied des Europäischen Betriebsrats

Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank; Mitglied des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats

Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG; Stellvertretende Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Filiale Frankfurt der Deutschen Bank

Geschäftsführender Gesellschafter de Haen-Carstanjen & Söhne, Düsseldorf

Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate

Publicis Conseil S.A. (Vorsitzender); Medias et Régies Europe S.A.; MMS USA Holdings, Inc.; Fallon Group, Inc. (bis Juni 2008); Zenith Optimedia Group Ltd. (UK); Honeyshed LLC (bis Januar 2010); Publicis Groupe U.S. Investments LLC; MMS USA Investments, Inc.; MMS USA LLC Investments, Inc.; Publicis USA Holdings, Inc. (bis Dezember 2007)

Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (bis Mai 2008); BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)

Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG

E.ON AG; ERGO AG; Henkel AG & Co. KGaA (seit April 2009); Merck KGaA; E. Merck OHG (Mitglied des Gesellschafterrats); DKSH Holding Ltd. (Mitglied des Verwaltungsrats), Celesio AG (bis April 2006); Metro AG (bis Februar 2006); Takkt AG (bis Mai 2006)

**Aufsichtsratsmitglied/
Ausbildung, Erfahrung****Dr. Johannes Teysen**

Alter: 50
Erstmals gewählt: 2008
Gewählt bis: 2013

Studium der
Volkswirtschaftslehre und
Rechtswissenschaften, Dr. jur.,
langjährige Erfahrung als Mitglied
in Aufsichtsräten

Marlehn Thieme*

Alter: 52
Erstmals gewählt: 2008
Gewählt bis: 2013

Studium der
Rechtswissenschaften,
langjährige Betriebszugehörigkeit
bei der Deutschen Bank

Tilman Todenhöfer

Alter: 66
Gerichtlich bestellt: 2001
Gewählt bis: 2013

Studium der
Rechtswissenschaften,
langjährige Erfahrung als Mitglied
in Aufsichtsräten

Werner Wenning

Alter: 63
Erstmals gewählt: 2008
Gewählt bis: 2013

Industriekaufmann, langjährige
Erfahrung als Mitglied in
Aufsichtsräten

Leo Wunderlich*

Alter: 60
Erstmals gewählt: 2003
Gewählt bis: 2013

Bankkaufmann, langjährige
Betriebszugehörigkeit bei der
Deutschen Bank

Haupttätigkeiten

Chief Operating Officer und ab
1. Mai 2010 Vorsitzender des
Vorstands der E.ON AG,
Düsseldorf

Director Infrastructure/Regional
Management Communications
Corporate Citizenship Deutsche
Bank AG, Frankfurt

Persönlich haftender
Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG, Stuttgart

Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG, Leverkusen

Vorsitzender des Konzern- und
des Gesamtbetriebsrats der
Deutschen Bank AG, Mannheim

**Aufsichtsratsmandate und
sonstige Mandate**

E.ON Energie AG; E.ON Ruhrgas
AG; E.ON Energy Trading SE
(Vorsitzender); Salzgitter AG (seit
November 2005); E.ON Nordic
AB; E.ON Sverige AB; E.ON Italia
Holding s.r.l.

Robert Bosch GmbH; Robert
Bosch Int. Beteiligungen AG
(Präsident des Verwaltungsrats);
HOCHTIEF AG (seit September
2008); Carl Zeiss AG
(Vorsitzender, bis September
2008); Schott AG (Vorsitzender,
bis Juli 2008)

E.ON AG; Henkel AG & Co.
KGaA (Mitglied des Aufsichtsrats
bis 14. April 2008; Mitglied des
Gesellschafterausschusses seit
14. April 2008); Evonik
Industries AG (bis September
2008); Bayer Schering Pharma
AG (Vorsitzender) (bis August
2009); Gerling Konzern
Versicherungs-Beteiligungs AG
(bis April 2006); HDI V.a.G.;
Talanx AG

* Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

Dr. Clemens Börsig war bis zum 3. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Dr. Börsig hat erklärt, in seiner Funktion als Mitglied des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse bei allen Fragen, die seine frühere Mitgliedschaft im Vorstand betreffen und einen Interessenkonflikt begründen könnten, an den diesbezüglichen Erörterungen und Abstimmungen nicht teilzunehmen.

Ausschüsse

Der Aufsichtsrat kann – neben dem gemäß den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 einzu-richtenden Vermittlungsausschuss – Ausschüsse bilden. Sie erfüllen im Namen und in Vertretung des Ge-samtaufichtsrats die ihnen durch die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und besondere Beschlüsse des Aufsichtsrats zugewiesenen Aufgaben. Derzeit hat der Aufsichtsrat insgesamt fünf ständige Ausschüsse gebildet: den Präsidialausschuss, den Nominierungsausschuss, den Prüfungsausschuss (Audit Committee), den Risikoausschuss sowie den Vermittlungsausschuss. Der Aufsichtsrat kann weitere Ausschüsse bilden.

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung vor. Außerdem unterbreitet er dem Aufsichtsrat einen Vorschlag zur Vergütung für die einzelnen Vorstandsmitglieder einschließlich der wesentlichen Vertragselemente. Er ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge des Vorstands und für die Erteilung der Zustimmung des Aufsichtsrats zu Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2009 fanden sieben Sitzungen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Heidrun Förster, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Nominierungsausschuss: Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Im Geschäftsjahr 2009 fand keine Sitzung des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Tilman Todenhöfer und Werner Wenning.

Prüfungsausschuss: Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Überwachung der Rechnungslegung inklusive des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, Fragen des Risikomanagements und insbesondere der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, der Wirksamkeit des internen Revisionssystems, der Compliance sowie der Abschlussprüfung. Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer.

Zudem erteilt der Prüfungsausschuss den Prüfungsauftrag an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer. Er beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers und überwacht dessen Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz. Der Leiter der internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über etwaige Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahen Dienstleistungen an den Abschlussprüfer. Im Geschäftsjahr 2009 fanden neun Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Dr. Karl-Gerhard Eick (Vorsitzender), Dr. Clemens Börsig, Sir Peter Job, Henriette Mark, Karin Ruck und Marlehn Thieme.

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder Satzung der Deutsche Bank AG eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 2 % bis zu 3 % des haftenden Eigenkapitals der Deutschen Bank, wenn es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind. Im Geschäftsjahr 2009 fanden sechs Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Prof. Henning Kagermann und Sir Peter Job. Suzanne Labarge und Dr. Theo Siegert sind Ersatzmitglieder des Risikoausschusses und werden zu allen Sitzungen eingeladen und nehmen regelmäßig an ihnen teil.

Vermittlungsausschuss: Der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss unterbreitet Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2009 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Wolfgang Böhr, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Vergütung, Aktienbesitz, Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Grundzüge des Vergütungssystems

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung der Gesellschaft geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann.

Derzeit gelten die folgenden Regelungen: Die Vergütung je Aufsichtsratsmitglied besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung. Diese Vergütung beträgt 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss (Vermittlungsausschuss). Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats werden darüber hinaus sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19 %), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen, erstattet. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 konstituiert hat, haben wie schon in den Vorjahren auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss für 2009 und die Folgejahre einschließlich des Sitzungsgelds verzichtet.

Vergütung für das Geschäftsjahr 2009

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2010 wurden jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2009 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2010 für seine Tätigkeit im Jahr 2009 die an den langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2010 der vorgeschlagenen Dividende von 0,75 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat eine Gesamtvergütung von 2.561.316 €.

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer):

Aufsichtsratsmitglied	in €			
	Fest	Variabel⁽¹⁾	Sitzungsgeld	Insgesamt
Dr. Clemens Börsig	240.000	13.733	28.000	281.733
Wolfgang Böhr	60.000	3.433	7.000	70.433
Dr. Karl-Gerhard Eick	180.000	10.300	16.000	206.300
Heidrun Förster	120.000	6.867	14.000	140.867
Alfred Herling	60.000	3.433	7.000	70.433
Gerd Herzberg	60.000	3.433	7.000	70.433
Sir Peter Job	180.000	10.300	22.000	212.300
Prof. Dr. Henning Kagermann	120.000	6.867	12.000	138.867
Martina Klee	60.000	3.433	7.000	70.433
Suzanne Labarge	120.000	6.867	12.000	138.867
Maurice Lévy	60.000	3.433	6.000	69.433
Henriette Mark	120.000	6.867	16.000	142.867
Gabriele Platscher	60.000	3.433	7.000	70.433
Karin Ruck	210.000	12.017	23.000	245.017
Dr. Theo Siegert	120.000	6.867	12.000	138.867
Dr. Johannes Teysen	60.000	3.433	7.000	70.433
Marlehn Thieme	120.000	6.867	15.000	141.867
Tilman Todenhöfer	120.000	6.867	14.000	140.867
Werner Wenning	60.000	3.433	7.000	70.433
Leo Wunderlich	60.000	3.433	7.000	60.000
Insgesamt	2.190.000	125.316	246.000	2.561.316

1 Die variable Vergütung für ein einfaches Mitglied von 3.433 € setzt sich aus einem dividendenabhängigen Betrag von 0 € und einem am langfristigen Unternehmenserfolg geknüpften Betrag von 3.433 € zusammen.

Es bestehen keine Dienstleistungsverträge zwischen der Gesellschaft oder ihren Tochtergesellschaften einerseits und einem oder mehreren Aufsichtsratsmitgliedern andererseits, die Vergünstigungen im Fall der Beendigung des Dienstleistungsvertrages vorsehen. Vereinbarungen mit Hauptaktionären, Kunden oder sonstigen Personen, aufgrund derer ein Aufsichtsratsmitglied in den Aufsichtsrat berufen wurde, bestehen ebenfalls nicht.

Aktienbesitz

Am 19. Februar 2010 setzte sich der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienanwartschaften gemäß Aktienvergütungsprogrammen) der Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsmitglied	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien⁽¹⁾
Wolfgang Böhr	20	–
Dr. Clemens Börsig ⁽²⁾	129.367	5.322
Dr. Karl-Gerhard Eick	–	–
Heidrun Förster	905	–
Alfred Herling	777	–
Gerd Herzberg	–	–
Sir Peter Job	4.000	–
Prof. Dr. Henning Kagermann	–	–
Martina Klee	378	–
Suzanne Labarge	–	–
Maurice Lévy	–	–
Henriette Mark	388	–
Gabriele Platscher	739	–
Karin Ruck	110	–
Dr. Theo Siegert	–	–
Dr. Johannes Teyssen	–	–
Marlehn Thieme	109	–
Tilman Todenhöfer	300	–
Werner Wenning	–	–
Leo Wunderlich	722	–
Insgesamt	137.815	5.322

1 Die Spalte umfasst 5.322 DB Equity Units, die Dr. Börsig im Rahmen des Global Partnership Plan als Teil seiner Vergütung als früheres Vorstandsmitglied erhalten hat und die ihm im August 2010 zugeteilt werden.

2 Darin nicht enthalten sind 150 Deutsche Bank-Aktien, die einer in Familienbesitz befindlichen Gesellschaft bürgerlichen Rechts zuzurechnen sind, an der Dr. Börsig mit 25 % beteiligt ist, und 14.612 Deutsche Bank Aktien, die einer gemeinnützigen und rechtsfähigen Stiftung, der Gerhild- und Clemens Börsig Jugend- und Sozialstiftung, zuzurechnen sind.

Am 19. Februar 2010 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 137.815 Aktien, was weniger als 0,02 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entspricht.

Kredite, sonstige Rechtsbeziehungen und Interessenkonflikte

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats hat die Gesellschaft eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Unternehmensleiter (D&O Versicherung) mit Selbstbehalt abgeschlossen.

Am 31. Dezember 2009 beliefen sich die an Aufsichtsratsmitglieder gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die für diese eingegangenen Haftungsverhältnisse auf insgesamt 1.166.445 €. Neben ihrer Funktion als Organmitglieder stehen die Mitglieder des Aufsichtsrats in keinen sonstigen wesentlichen Rechtsbeziehungen zur Deutschen Bank. Potenzielle Interessenkonflikte können sich daraus ergeben, dass der Gegenstand der Beratung des Aufsichtsrats ein Mitglied mittelbar oder unmittelbar betrifft, etwa wenn Aufsichtsratsmitglieder zugleich Organmitglieder anderer Gesellschaften sind. Dies ist etwa der Fall, wenn der Risikoausschuss über die Kreditvergabe zu beschließen hat und ein Aufsichtsratsmitglied der Bank zugleich Mitglied der Organe des Kreditnehmers ist. Im Falle eines solchen potenziellen Interessenkonflikts nimmt das betreffende Aufsichtsratsmitglied an der Erörterung und Abstimmung im Aufsichtsrat beziehungsweise im zuständigen Ausschuss nicht teil.

Abgesehen davon haben die Mitglieder des Aufsichtsrats keine potenziellen Interessenkonflikte in Bezug auf ihre Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bank einerseits und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen andererseits.

Weitere Informationen über Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

In den letzten fünf Jahren ist kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats der Gesellschaft einer betrügerischen Straftat schuldig gesprochen worden. Im Februar 2003 erhob die Staatsanwaltschaft Düsseldorf beim Landgericht Düsseldorf Anklage gegen Dr. Ackermann und andere frühere Mitglieder des

Aufsichtsrats und des Vorstands sowie einen Manager der Mannesmann AG. Die Anklage stützte sich auf den Verdacht der Untreue im Zusammenhang mit Zahlungen an ehemalige Mitglieder des Vorstands und sonstige Mitglieder der Geschäftsleitung von Mannesmann nach der Übernahme durch Vodafone im Frühjahr 2000. Am 22. Juli 2004 sprach das Landgericht Düsseldorf alle Angeklagten frei. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Düsseldorf Revision beim Bundesgerichtshof ein, woraufhin der Bundesgerichtshof das Verfahren am 21. Dezember 2005 an das Landgericht Düsseldorf zurückverwies. Mit Beschluss vom 29. November 2006 stellte das Landgericht Düsseldorf das Verfahren ein und ordnete die Auflage einer Geldzahlung durch die Angeklagten an. Mit der Einstellung ist keine Schuldfeststellung verbunden.

Im Übrigen kam es in den letzten fünf Jahren zu keinen öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen in Bezug auf Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbänden). In den letzten fünf Jahren war auch, abgesehen von Dr. Karl-Gerhard Eick, dem früheren Vorstandsvorsitzenden der Arcandor AG, die im Juni 2009 Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragte, kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats im Rahmen der Tätigkeit als Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Management- oder Aufsichtsorgans oder als Gründer eines Emittenten von Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen betroffen. Kein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats ist von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Management- oder Aufsichtsorgan einer Gesellschaft oder für die Tätigkeit im Management oder der Führung der Geschäfte eines Emittenten während der letzten fünf Jahre als untauglich angesehen worden. Zwischen den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats bestehen weder untereinander noch im Verhältnis zu den Mitgliedern des jeweils anderen Organs verwandtschaftliche Beziehungen.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind unter der Geschäftsadresse der Deutschen Bank, Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main (Telefon: +49-69-910-00), erreichbar.

Corporate Governance Kodex

Die von der Bundesministerin für Justiz im September 2001 eingesetzte „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ hat am 26. Februar 2002 den Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) verabschiedet und zuletzt am 18. Juni 2009 verschiedene Änderungen des Kodex beschlossen. Der Kodex beinhaltet Empfehlungen und Anregungen zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften. Er orientiert sich dabei an international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Der Kodex soll das deutsche Corporate Governance-System transparent und nachvollziehbar machen. Der Kodex enthält Empfehlungen (so genannte „Soll-Vorschriften“) und Anregungen (so genannte „Kann-Vorschriften“) zur Corporate Governance in Bezug auf Aktionäre und Hauptversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat, Transparenz, Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Es besteht keine Pflicht, den Empfehlungen oder Anregungen des Kodex zu entsprechen. Das Aktienrecht verpflichtet Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft lediglich, jährlich entweder zu erklären, dass den Empfehlungen des Kodex entsprochen wurde und wird, oder zu erklären, welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden. Die Erklärung ist den Aktionären dauerhaft zugänglich zu machen. Von den im Kodex enthaltenen Anregungen kann ohne Offenlegung abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 28. Oktober 2009 eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG abgegeben, die am 5. Januar 2010 angepasst wurde:

1. *Seit der letzten Entsprechenserklärung vom 29. Oktober 2008 hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 6. Juni 2008, veröffentlicht im elektronischen Bundesanzeiger am 8. August 2008, bis zum Inkrafttreten der neuen Kodexfassung am 5. August 2009 mit der folgenden Ausnahme entsprochen:*
 - *Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats bestand eine D&O Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziff. 3.8).*
2. *Den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 18. Juni 2009 hat die Deutsche Bank AG seit deren Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger am 5. August 2009 bis zum 1. Januar 2010 mit folgender Ausnahme entsprochen:*
 - *Für die Mitglieder des Aufsichtsrats bestand eine D&O Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziff. 3.8).*

Bei der D&O Versicherung handelt es sich um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Personen im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich. Während für die Vorstandsmitglieder aufgrund der gesetzlichen Vorgaben schon im Oktober 2009 die Einführung des Selbstbehalts beschlossen wurde, blieb diese Entscheidung für die Aufsichtsratsmitglieder offen.

3. *Den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutsche Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 18. Juni 2009 entspricht die Deutsche Bank seit 1. Januar 2010 ohne Ausnahmen.*

Die Deutsche Bank AG entspricht darüber hinaus freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, sodass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung der Gesellschaft findet nach der Satzung in Frankfurt am Main, Düsseldorf oder in einer anderen deutschen Großstadt mit mehr als 500.000 Einwohnern statt. Sie wird durch den Vorstand oder durch den Aufsichtsrat einberufen. Jede Stückaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

Die Hauptversammlung beschließt insbesondere über:

- Bestellung der Anteilseignervertreter für den Aufsichtsrat
- Verwendung des Bilanzgewinns
- Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats
- Bestellung des Abschlussprüfers
- Maßnahmen der Kapitalbeschaffung und der Kapitalherabsetzung
- Sonstige Satzungsänderungen

Die Beschlüsse der Hauptversammlung der Gesellschaft werden mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt. Nach deutschem Aktienrecht erfordern bestimmte Beschlüsse von grundlegender Bedeutung neben der Mehrheit der abgegebenen Stimmen auch eine Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Zu diesen Beschlüssen gehören insbesondere:

- Änderungen des Unternehmensgegenstandes
- Kapitalerhöhungen unter Ausschluss des Bezugsrechts
- Kapitalherabsetzungen
- Schaffung von genehmigtem oder bedingtem Kapital
- Auflösung der Gesellschaft
- Umwandlungsrechtliche Maßnahmen wie Verschmelzung, Spaltung und Rechtsformwechsel
- Übertragung des gesamten Vermögens der Gesellschaft
- Eingliederung einer Gesellschaft
- Abschluss bzw. Änderung von Unternehmensverträgen (insbesondere Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge)

Die Hauptversammlung wird im Regelfall einmal jährlich einberufen (ordentliche Jahreshauptversammlung). Die ordentliche Hauptversammlung wird innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten. Darüber hinaus kann der Vorstand oder der Aufsichtsrat eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, wenn es das Wohl der Gesellschaft erfordert. Aktionäre, die zusammen mindestens 5 % des Grundkapitals halten, können ebenfalls die Einberufung einer Hauptversammlung vom Vorstand verlangen. Das Verlangen hat schriftlich zu erfolgen und muss den Zweck und die Gründe der Einberufung enthalten.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die im Aktienregister der Gesellschaft eingetragen und rechtzeitig angemeldet sind. Die Anmeldung muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse schriftlich oder auf elektronischem Wege mindestens fünf Tage vor der Versammlung zugehen. Der Tag des Zugangs ist nicht mitzurechnen.

Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt, soweit gesetzlich keine kürzere Frist zulässig ist, mindestens 30 Tage vor dem Tag, bis zu dessen Ablauf sich die Aktionäre anmelden müssen. Der Tag der Einberufung und der letzte Tag der Anmeldefrist sind hierbei nicht mitzurechnen.

Mitarbeiter

Zum 31. März 2010 beschäftigte der Deutsche Bank-Konzern insgesamt 80.849 Mitarbeiter, verglichen mit 77.053 Mitarbeitern zum 31. Dezember 2009, 80.456 Mitarbeitern zum 31. Dezember 2008 und 78.291 Mitarbeitern zum 31. Dezember 2007. Die Bank und ihre Tochtergesellschaften berechnen die Anzahl der Mitarbeiter auf der Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Vollzeitkräfte des Deutsche Bank-Konzerns entsprechend ihrer geographischen Verteilung zum 31. März 2010 sowie zum 31. Dezember 2009, 2008 und 2007.

Mitarbeiter ⁽¹⁾	31. März 2010	31. Dezember		
		2009 ⁽²⁾	2008 ⁽²⁾	2007 ⁽²⁾
Deutschland	30.839	27.321	27.942	27.779
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	22.054	22.031	23.073	21.996
Asien/Pazifik	16.779	16.518	17.120	15.073
Nordamerika ⁽³⁾	10.800	10.815	11.947	13.088
Südamerika	377	368	374	355
Mitarbeiter insgesamt	80.849	77.053	80.456	78.291

1 Vollzeitkräfte.

2 In 2010 wurde Kasachstan, das vormals unter Asien/Pazifik ausgewiesen wurde, der Region Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika zugeordnet. Die Angaben für 2009, 2008 und 2007 wurden entsprechend angepasst.

3 Vorwiegend USA.

Bis zum Datum dieses Registrierungsformulars haben sich keine wesentlichen Änderungen bei dem Personalbestand des Deutsche Bank-Konzerns ergeben.

In den ersten drei Monaten des Jahres 2010 stieg die Anzahl der Mitarbeiter um 3.796 oder 4,9 % auf 80.849. Ausschlaggebend hierfür war die Integration der Sal. Oppenheim Gruppe mit 3.675 Mitarbeitern. Dies war auch der wesentliche Grund für den Anstieg der Zahl der Mitarbeiter in Deutschland.

Im Jahr 2009 sank die Zahl der Mitarbeiter um 3.403 oder 4,2 % auf 77.053. Diese Entwicklung beruht auf folgenden Faktoren: Die Anzahl der Mitarbeiter im Bereich Corporate and Investment Bank wurde um 641 Mitarbeiter aufgrund der Marktentwicklung im ersten Halbjahr 2009 vor allem in den globalen Finanzzentren in Großbritannien, den USA und in Hongkong verringert. Im zweiten Halbjahr 2009 wurde im Bereich Private Clients and Asset Management vor dem Hintergrund der sich abschwächenden Weltwirtschaft die Anzahl der Mitarbeiter um 1.997 reduziert. Betroffen waren insbesondere der Bereich Asset & Wealth Management in den USA sowie der Bereich Private & Business Clients in verschiedenen Ländern. Im Bereich Infrastruktur trugen die Service Center, die die Deutsche Bank in Indien, auf den Philippinen und zwischenzeitlich auch in Birmingham (UK) und in Jacksonville (US) aufgebaut hat, zu einem Anstieg von rund 1.000 Mitarbeitern bei. Dieser Zuwachs wurde durch eine Reduktion von rund 1.800 Mitarbeitern an anderen Standorten überkompensiert.

Im Jahr 2008 stieg die Zahl der Mitarbeiter um 2.165 oder 2,8 % auf 80.456 Mitarbeiter. Diese Entwicklung beruht darauf, dass im Bereich Private Clients and Asset Management die Anzahl der Mitarbeiter um 1.114, vor allem in Polen und Indien, erhöht wurde, während die Anzahl der Mitarbeiter im Bereich Corporate and Investment Bank um 1.476 Mitarbeiter verringert wurde. Hiervon betroffen waren in erster Linie Geschäftsfelder in Großbritannien und den USA, bei denen eine schnelle Erholung nicht absehbar ist. Im Bereich Infrastruktur führte insbesondere der Ausbau größerer Bearbeitungszentren zu einem Anstieg von 2.535 Mitarbeitern, vor allem in Asien.

Im Jahr 2007 stieg die Zahl der Mitarbeiter um 9.442 oder 13,7 % auf 78.291 Mitarbeiter. Dieser Anstieg war vor allem auf die Umsetzung der Wachstumsstrategien in den Geschäftsbereichen einschließlich Akquisitionen und der damit verbundenen Expansion in den Wachstumsmärkten der Welt zurückzuführen. Ohne Investments und Divestments erhöhte sich die Anzahl der Mitarbeiter um 6.726. Darüber hinaus wurden Stellen an kostengünstigeren Standorten, insbesondere im Infrastrukturbereich, geschaffen. Der größte Teil dieser Expansion, über 40 %, erfolgte in den Wachstumsmärkten im asiatisch-pazifischen Raum.

Die Deutsche Bank bietet eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Weitere Informationen dazu sind in Note 32 des im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten.

Informationen zu den aktienbasierten Vergütungsplänen der Deutschen Bank sind in Note 31 des im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 zu finden.

GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHESTEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Dritte Parteien gelten nach IFRS als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann.

Zu den nahestehenden Dritten des Deutsche Bank-Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die Deutsche Bank unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten.

Weitere quantitative Angaben zu den Geschäften und Rechtsbeziehungen des Deutsche Bank-Konzerns mit nahestehenden Unternehmen und Personen per 31. März 2010 sind in den Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 31. März 2010 enthalten, die im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt sind. Darüber hinaus bestehen zum Datum dieses Registrierungsformulars keine sonstigen wesentlichen Geschäfts- und Rechtsbeziehungen der Deutschen Bank zu nahestehenden Dritten. Weitere Informationen zu den Geschäfts- und Rechtsbeziehungen der Deutschen Bank zu nahestehenden Dritten im Geschäftsjahr 2009 sind in Note 37 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 enthalten, der ebenfalls im „*Finanzteil*“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist. Entsprechende Informationen für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 sind in Note 38 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 enthalten, der in Form eines Verweises in dieses Registrierungsformular einbezogen ist (siehe „*Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises*“).

WESENTLICHE VERTRÄGE

Im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes gehen Unternehmen des Deutsche Bank-Konzerns eine Vielzahl von Verträgen mit anderen Gesellschaften ein. Außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes hat der Deutsche Bank-Konzern in den letzten beiden Jahren vor dem Datum dieses Registrierungsformulars keine für den Konzern wesentlichen Verträge abgeschlossen.

REGULIERUNG UND AUFSICHT

Überblick

Im Rahmen ihrer weltweiten Geschäftstätigkeit unterliegt die Deutsche Bank in allen Ländern, in denen sie tätig ist, der Regulierung und Aufsicht durch die zuständigen Behörden. Dies schließt Genehmigungserfordernisse, Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen, eine Begrenzung von Risikokonzentrationen sowie geschäftsbezogene Verhaltensanforderungen, Vorgaben für die Unternehmensorganisation und Berichtspflichten ein. Diese Vorgaben und Anforderungen beeinflussen Art und Umfang der Geschäftstätigkeit in einem Land sowie die Strukturierung konkreter Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise werden in den Ländern, in denen die Deutsche Bank tätig ist, weiterhin erhebliche Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen erwogen. Umfang und Art dieser Änderungen lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht verlässlich beurteilen. Sie können jedoch eine Ausweitung der Regulierung und Aufsicht sowie verschärfte Anforderungen an die Kapitalausstattung, Liquidität, Vergütungssysteme, eine Begrenzung geschäftlicher Aktivitäten und Auswirkungen auf andere Aspekte der Geschäftstätigkeit nach sich ziehen, die sich nicht unerheblich auf die Geschäftstätigkeit, Dienstleistungen und Produkte des Deutsche Bank-Konzerns auswirken könnten.

Die folgenden Abschnitte enthalten eine zusammenfassende Beschreibung der Aufsicht über die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank durch die Behörden im Heimatmarkt Deutschland, im Europäischen Wirtschaftsraum und in den Vereinigten Staaten, welche die Deutsche Bank als ihre wichtigsten Märkte ansieht. Die Regulierung in Ländern außerhalb der vorgenannten Regionen hat allgemein nur einen begrenzten Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank außerhalb dieser Länder.

Regulierung und Aufsicht über Banken in Deutschland

Grundsätze

Die Deutsche Bank AG ist im Besitz einer Erlaubnis nach dem Kreditwesengesetz, Bankgeschäfte zu betreiben und Finanzdienstleistungen zu erbringen.

Die Deutsche Bank AG unterliegt der umfassenden Regulierung und Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) und die Deutsche Bundesbank („Bundesbank“).

Die BaFin ist eine Bundesaufsichtsbehörde und untersteht der Aufsicht durch das Bundesministerium der Finanzen. Sie überwacht die Geschäftstätigkeit deutscher Banken, um die Einhaltung der Vorgaben des Kreditwesengesetzes sowie anderer Gesetze und Vorschriften nach deutschem Recht sicherzustellen. Die Bundesbank unterstützt die BaFin und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Kooperation umfasst nicht nur die laufende Prüfung und Auswertung der Berichte und Prüfungsberichte, sondern auch die Prüfung der angemessenen Eigenkapitalausstattung und der Risikosteuerungsverfahren der Deutschen Bank. Damit BaFin und Bundesbank die Einhaltung der anwendbaren aufsichtsrechtlichen Vorgaben überwachen können und Informationen über die finanzielle Verfassung der Banken erhalten, müssen deutsche Banken umfassende Informationen an diese Behörden übermitteln.

BaFin und Bundesbank beaufsichtigen Institute grundsätzlich sowohl auf unkonsolidierter als auch auf konsolidierter Basis. Mutterunternehmen einer Institutsgruppe können auf unkonsolidierter Basis von einer Anwendung der Eigenkapitalerfordernisse, der Großkreditgrenzen und bestimmter organisatorischer Erfordernisse absehen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Die Deutsche Bank AG erfüllt diese Bedingungen und sieht seit dem 1. Januar 2007 von einer Anwendung dieser Regelungen auf unkonsolidierter Ebene ab.

Die Deutsche Bank erfüllt alle wesentlichen rechtlichen Anforderungen für ihre Geschäftstätigkeit nach den einschlägigen deutschen Gesetzen.

Kreditwesengesetz

Die Geschäftstätigkeit deutscher Banken wird in erster Linie durch das Kreditwesengesetz geregelt, das unter anderem das Erfordernis einer Bankerlaubnis vorsieht. Das Kreditwesengesetz schreibt dabei vor, dass ein Unternehmen, das in Deutschland eines oder mehrere der im Kreditwesengesetz als „Bankgeschäfte“ oder „Finanzdienstleistungen“ definierten Geschäfte betreibt, als „Kreditinstitut“ bzw. „Finanzdienstleistungsinstitut“ zugelassen sein muss. Die Deutsche Bank AG ist als Kreditinstitut zugelassen.

Das Kreditwesengesetz und die auf seiner Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen setzen bestimmte bankbezogene EU-Richtlinien um. Diese Richtlinien berücksichtigen Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht und beziehen sich unter anderem auf anwendbare Rechnungslegungsstandards, das regulatorische Kapital, risikobasierte Eigenmittelanforderungen, die Aufsicht auf konsolidierter Ebene sowie die Überwachung und Kontrolle von Großkrediten. Die gegenwärtig anwendbaren Regelungen für das regulatorische Kapital beruhen auf dem Basel II-Regelwerk des Jahres 2004. Aufgrund der höheren Risikosensitivität dieser Regelungen sind die Kapitalanforderungen stärkeren zyklischen Schwankungen unterworfen als in

der Vergangenheit. Auch können sich in Zeiten eines Abschwungs höhere Kapitalanforderungen ergeben als vor Anwendung des Basel II-Regelwerks.

Wertpapierhandelsgesetz

Die BaFin reguliert und überwacht den Handel mit Finanzinstrumenten in der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG). Unter anderem verbietet das WpHG Insidergeschäfte in Bezug auf Finanzinstrumente, die an einer inländischen Börse zum Handel zugelassen oder in den regulierten Markt oder den Freiverkehr einbezogen sind oder die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Handel an einem organisierten Markt zugelassen sind.

Das WpHG enthält darüber hinaus geschäftliche Verhaltensregeln. Diese Regeln sind auf alle Unternehmen anwendbar, die Wertpapierdienstleistungen erbringen. Wertpapierdienstleistungen umfassen unter anderem den Kauf und Verkauf von Wertpapieren oder Derivaten für andere, die Vermittlung von Transaktionen in Wertpapieren oder Derivaten sowie bestimmte Formen der Anlageberatung. Die BaFin hat weitgehende Ermittlungsbefugnisse gegenüber Unternehmen, die Wertpapierdienstleistungen erbringen, um die Einhaltung ihrer Meldepflichten und Verhaltensregeln zu überwachen. Darüber hinaus schreibt das WpHG vor, dass die Einhaltung der Verpflichtungen des Wertpapierdienstleistungsunternehmens nach dem WpHG jährlich durch einen unabhängigen Prüfer zu prüfen ist.

Anforderungen an eine angemessene Eigenmittelausstattung

Das Kreditwesengesetz und die hierunter vom Bundesministerium der Finanzen erlassene Solvabilitätsverordnung spiegeln die Kapitaladäquanzvorschriften nach Basel II wider und schreiben vor, dass deutsche Banken im Verhältnis zu ihren Risikopositionen über ein angemessenes regulatorisches Kapital verfügen müssen. Risikopositionen (verbreitet auch als „risikogewichtete Aktiva“ oder „RWA“ bezeichnet), umfassen Kreditrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken (unter anderem Risiken in Bezug auf externe Faktoren sowie technische Fehler und Fehler von Mitarbeitern). Kreditrisiken und operationelle Risiken sind mit Kernkapital und Ergänzungskapital (zusammen „haftendes Eigenkapital“) zu unterlegen. Marktrisiken sind mit haftendem Eigenkapital (soweit nicht zur Unterlegung des Kredit- und operationellen Risikos erforderlich) und Drittrangmitteln (zusammen mit dem haftenden Eigenkapital „Eigenmittel“) zu unterlegen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann die BaFin Banken im Einzelfall auch strengere als die gesetzlichen Kapitalanforderungen auferlegen. Einzelheiten zum haftenden Eigenkapital der Deutschen Bank werden in Note 36 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 beschrieben, welcher im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckt ist.

Großkreditgrenzen

Das Kreditwesengesetz und die Großkredit- und Millionenkreditverordnung begrenzen die Konzentration von Kreditrisiken einer Bank durch Beschränkungen für Großkredite. Zu diesem Zweck werden alle Kredite eines einzelnen Kunden (und der Kunden, die mit ihm eine Kreditnehmereinheit bilden) zusammengerechnet.

Ein Kredit, der dem Anlagebuch zuzurechnen ist und 10 % des haftenden Eigenkapitals der Bank erreicht oder überschreitet, ist ein Anlagebuch-Großkredit. Ein Gesamtbuch-Großkredit liegt vor, wenn die Anlagebuch- und Handelsbuch-Kredite an einen Kreditnehmer zusammen 10 % der Eigenmittel der Bank erreichen oder überschreiten. Ein Großkredit darf 25 % des haftenden Eigenkapitals bzw. der Eigenmittel der Bank nicht überschreiten. Bei Krediten an verbundene Unternehmen der Bank, die für bankaufsichtsrechtliche Zwecke nicht konsolidiert werden, liegt die Grenze bei 20 %.

Darüber hinaus dürfen alle Anlagebuch-Großkredite zusammen das Achtfache des haftenden Eigenkapitals nicht überschreiten, und alle Gesamtbuch-Großkredite dürfen zusammen das Achtfache der Eigenmittel der Bank nicht überschreiten.

Eine Überschreitung der vorgenannten Obergrenzen erfordert die Zustimmung der BaFin und führt zu erhöhten Kapitalanforderungen für den Betrag des Großkredits, der die Obergrenze übersteigt.

Außerdem dürfen die gesamten Handelsbuch-Kredite an einen einzelnen Kunden (und die Kunden, die mit ihm eine Kreditnehmereinheit bilden) nicht das Fünffache jener Eigenmittel der Bank übersteigen, die nicht für die Eigenkapitalunterlegung des Anlagebuchs benötigt werden. Eine Gesamtposition von Handelsbuch-Krediten an einen einzelnen Kunden (und die Kunden, die mit ihm eine Kreditnehmereinheit bilden), die über die vorgenannte Grenze hinausgeht, ist nicht zulässig.

Regulierung und Aufsicht auf konsolidierter Basis

Die Bestimmungen des Kreditwesengesetzes über die Aufsicht auf konsolidierter Basis verlangen, dass jede Institutsgruppe die vorstehend beschriebenen Anforderungen bezüglich der angemessenen Eigenmittelausstattung und der Großkreditgrenzen erfüllt. Eine Institutsgruppe besteht grundsätzlich aus einer Bank oder

einem Finanzdienstleistungsinstitut mit Sitz im Inland als Mutterunternehmen und allen anderen Banken, Finanzdienstleistungsinstituten, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen, Anbietern von Nebendienstleistungen und Zahlungsinstituten, an denen das Mutterunternehmen über 50 % des Kapitals bzw. der Stimmrechte hält oder auf welche das Mutterunternehmen anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Sonderregeln gelten für Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine Bank, ein Finanzdienstleistungsinstitut, eine Kapitalanlagegesellschaft, ein Finanzunternehmen, ein Anbieter von Bankdienstleistungen oder ein Zahlungsinstitut unter der gemeinsamen Leitung einer anderen Bank und dritter Personen steht.

Finanzgruppen, die Dienstleistungen und Produkte in unterschiedlichen Finanzbranchen (Banken- und Wertpapiergeschäft, Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäft) anbieten, unterliegen als Finanzkonglomerat einer zusätzlichen Aufsicht, wenn bestimmte Schwellenwerte überschritten sind. Die Aufsicht auf Konglomeratsebene wird durch die BaFin ausgeübt und umfasst Eigenmittelanforderungen, eine Begrenzung von Risikokonzentrationen sowie Anforderungen an das Risikomanagement, konglomeratsinterne Transaktionen und die Unternehmensorganisation. Aufgrund des Erwerbs der Abbey Life Assurance Company Limited stuft die BaFin die Deutsche Bank seit November 2007 als Finanzkonglomerat ein. Die Hauptauswirkung dieser Einstufung besteht darin, dass die Deutsche Bank der BaFin und der Bundesbank seit 2008 Eigenmittelanforderungen und Risikokonzentrationen auch auf Konglomeratsebene anzeigt. Außerdem ist die Deutsche Bank dazu verpflichtet, bedeutende konglomeratsinterne Transaktionen und wesentliche Risikokonzentrationen anzuzeigen.

Liquiditätsanforderungen

Das Kreditwesengesetz schreibt vor, dass deutsche Banken und bestimmte Finanzdienstleistungsinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass eine ausreichende Liquidität jederzeit gewährleistet ist. Die Liquiditätsverordnung stellt dabei auf einen Vergleich der Restlaufzeiten bestimmter Aktiv- und Passivpositionen ab. Sie verlangt ein Verhältnis (Liquiditätskennzahl) der innerhalb eines Monats nach Ermittlung der Kennzahl verfügbaren Zahlungsmittel zu den während dieses Zeitraums abrufbaren Zahlungsverpflichtungen von mindestens eins. Banken und Finanzdienstleistungsinstitute, die der Liquiditätsverordnung unterliegen, können instituts-eigene Methoden und Verfahren zur Ermittlung und Steuerung des Liquiditätsrisikos anwenden, sofern die BaFin diese Methoden und Verfahren genehmigt hat. Die Liquiditätskennzahl und Beobachtungskennzahlen für die nächsten elf Monate müssen der BaFin monatlich gemeldet werden. Auf konsolidierter Basis finden die Liquiditätsanforderungen keine Anwendung. Die BaFin kann Banken im Einzelfall strengere als die allgemeinen gesetzlichen Liquiditätsanforderungen auferlegen, wenn anderenfalls die nachhaltige Liquidität der betreffenden Bank nicht gesichert ist.

Jahres- und Konzernabschlüsse; Abschlussprüfungen

Im Einklang mit den Anforderungen des Handelsgesetzbuchs erstellt die Deutsche Bank AG unkonsolidierte Jahresabschlüsse nach den in Deutschland geltenden Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Konzernabschlüsse werden nach International Financial Reporting Standards („IFRS“) aufgestellt. Die Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen und Großkreditgrenzen durch die Deutsche Bank wird ausschließlich auf Basis dieser Konzernabschlüsse festgestellt.

Nach deutschem Recht unterliegen die Deutsche Bank AG und der Deutsche Bank-Konzern der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Prüfung durch einen von der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG bestimmten Wirtschaftsprüfer. Der Wirtschaftsprüfer wird vom Aufsichtsrat beauftragt, der die Prüfung beaufsichtigt. Die BaFin ist von der Bestellung des Wirtschaftsprüfers zu informieren und kann diesen ablehnen.

Das Kreditwesengesetz sieht vor, dass der Abschlussprüfer der Bank die BaFin über alle dem Wirtschaftsprüfer bekannt gewordenen Tatsachen in Kenntnis setzt, die ihn dazu veranlassen, den Jahresabschluss der Bank nicht bzw. nur eingeschränkt zu bestätigen oder die sich nachteilig auf die Finanzlage der Bank auswirken würden. Außerdem ist der Abschlussprüfer verpflichtet, die BaFin von wesentlichen Verstößen der Geschäftsleitung gegen die Satzung der Bank oder anwendbares Recht zu unterrichten.

Der Abschlussprüfer ist zur Erstellung eines detaillierten und ausführlichen Prüfungsberichts verpflichtet, der dem Aufsichtsrat der Bank, der BaFin und der Bundesbank vorzulegen ist.

Durchsetzung bankrechtlicher Vorschriften; Ermittlungsbefugnisse

Untersuchungen und Prüfungen

Die BaFin führt sowohl stichprobenartig als auch bei Vorliegen besonderer Gründe Prüfungen bei Banken durch. Außerdem ist die BaFin für die Überprüfung interner Risikomodelle, die von den Banken zu aufsichtsrechtlichen Zwecken eingesetzt werden, zuständig. Die BaFin kann die Erlaubnis zur Nutzung solcher Modelle für aufsichtsrechtliche Zwecke widerrufen oder von der Einhaltung bestimmter Bedingungen abhängig machen.

Die BaFin kann von einer Bank Informationen und Unterlagen anfordern, um die Einhaltung des Kreditwesengesetzes und der anwendbaren Verordnungen sicherzustellen. Sie kann Untersuchungen durchführen, ohne

hierfür Gründe angeben zu müssen. Solche Untersuchungen können auch bei ausländischen Unternehmen, die für aufsichtsrechtliche Zwecke mit einer Bank konsolidiert werden, durchgeführt werden. Ermittlungen bei ausländischen Unternehmen sind durch das Recht des Staates, in dem das betreffende Unternehmen seinen Sitz hat, beschränkt.

Die BaFin ist berechtigt, an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Hauptversammlung einer Bank teilzunehmen. Sie ist auch befugt, die Einberufung solcher Sitzungen oder der Hauptversammlung zu verlangen.

Zwangsmaßnahmen

Stellt die BaFin Unregelmäßigkeiten fest, verfügt sie über ein breites Spektrum von Befugnissen. Sie kann die Abberufung von Geschäftsleitern einer Bank verlangen, ihre Befugnisse vollständig oder teilweise auf einen Sonderbeauftragten übertragen oder ihnen die weitere Ausübung ihrer Leitungsfunktion untersagen. Die BaFin ist außerdem berechtigt, die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern zu verlangen, wenn diese nicht zuverlässig sind, nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder ihre Pflichten verletzen.

Wenn eine Bank nicht über ausreichende Eigenmittel verfügt, die Liquiditätsanforderungen nicht erfüllt oder wenn Anhaltspunkte die Annahme der BaFin rechtfertigen, dass eine Bank ihre aufsichtsrechtlichen Kapital- oder Liquiditätsanforderungen nicht dauerhaft erfüllen kann, kann die BaFin die Ausschüttung von Gewinnen oder die Gewährung von Krediten durch die Bank untersagen oder beschränken. Unter den gleichen Voraussetzungen kann die BaFin grundsätzlich auch einer Bank untersagen, Zahlungen auf Eigenmittelinstrumente zu leisten, wenn diese nicht durch den Jahresüberschuss der Bank gedeckt sind. Diese Regeln gelten auch für das Mutterunternehmen einer Institutsgruppe, wenn die konsolidierten Eigenmittel der Gruppe nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Ferner kann die BaFin eine Bank anweisen, Maßnahmen zur Reduzierung von Risiken, die sich aus bestimmten Arten von Transaktionen oder von der Bank genutzten Systemen ergeben, zu ergreifen.

Besteht die Gefahr, dass eine Bank ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern nicht mehr nachkommen kann, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen ergreifen. Hierzu können gehören:

- Anweisungen für die Geschäftsführung der Bank;
- das Verbot der Annahme von Einlagen oder der Gewährung von Krediten;
- die Anweisung von Maßnahmen zur Reduzierung von Risiken;
- die Untersagung oder Beschränkung der Tätigkeit der Geschäftsleitung einer Bank; und
- die Bestellung von Aufsichtspersonen.

Falls diese Maßnahmen nicht ausreichen, kann die BaFin der Bank die Erlaubnis entziehen und, falls erforderlich, die Schließung der Bank anordnen.

Um die Insolvenz einer Bank zu verhindern, kann die BaFin ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen, den Kundenverkehr aussetzen und die Entgegennahme von Zahlungen, die nicht zur Tilgung von Schulden gegenüber der Bank bestimmt sind, verbieten. Nur die BaFin kann einen Antrag auf Einleitung eines Insolvenzverfahrens gegen eine Bank stellen.

Verstöße gegen das Kreditwesengesetz können mit Strafen oder Geldbußen geahndet werden.

Einlagensicherung in Deutschland

Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz

Das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz sieht ein verpflichtendes System zur Sicherung von Einlagen in Deutschland vor. Nach diesem Gesetz muss jede deutsche Bank einer staatlich anerkannten Entschädigungseinrichtung angehören. Die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH ist die zuständige gesetzliche Entschädigungseinrichtung für Privatbanken wie die Deutsche Bank AG. Sie zieht Beiträge ihrer Mitgliedsbanken ein, verwaltet diese und erfüllt Entschädigungsansprüche der Anleger nach dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz.

Entschädigungseinrichtungen haften nur für die Zahlung von Verbindlichkeiten aus Einlagen und Wertpapiergeschäften, die auf Euro oder auf ein gesetzliches Zahlungsmittel eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum lauten. Sie haften nicht für Ansprüche aus Inhaber- und Orderschuldverschreibungen. Bestimmten Gläubigern wie Banken, Finanzinstituten, Versicherungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, der Bundesrepublik Deutschland, den Bundesländern, Gemeinden sowie den großen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften steht jedoch kein derartiger Anspruch zu.

Die Haftung der Entschädigungseinrichtung gegenüber einem Gläubiger einer zahlungsunfähigen Bank ist für Einlagen auf höchstens € 50.000 je Gläubiger beschränkt. Ab dem 31. Dezember 2010 wird diese Grenze auf

€ 100.000 angehoben. Ansprüche aus Wertpapiergeschäften werden bis zu 90 % des Gesamtwertes je Gläubiger und einem Betrag von € 20.000 geschützt.

Die Banken sind verpflichtet, jährliche Beiträge an ihre Entschädigungseinrichtung zu leisten. Eine Entschädigungseinrichtung hat von den ihr angehörenden Banken Sonderbeiträge zu erheben oder Kredite aufzunehmen, wenn dies zur Befriedigung eines Entschädigungsanspruchs nach dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz erforderlich ist. Eine Obergrenze für derartige Sonderbeiträge ist nicht vorgesehen. Die Entschädigungseinrichtung kann eine Bank von Sonderbeiträgen vollständig oder teilweise befreien, wenn die Zahlung dieser Beiträge dazu führen könnte, dass die Bank ihre Einlagen nicht mehr zurückzahlen oder ihren Verpflichtungen aus Wertpapiergeschäften nicht mehr nachkommen kann. Der entsprechende Betrag wird in diesem Fall anteilig auf die Sonderbeiträge der anderen Banken umgelegt, die dieser Entschädigungseinrichtung angehören. Infolge einer Anhebung der Entschädigungsobergrenze für Kundenforderungen im Jahr 2009 haben sich die von der Deutschen Bank zu leistenden Beiträge zuletzt erhöht. Aufgrund der zusätzlichen Anhebung der Entschädigungsobergrenze ab dem 31. Dezember 2010, die auch die Entschädigungseinrichtung der Deutschen Bank betrifft, können sie sich noch weiter erhöhen.

Freiwillige Einlagensicherung

Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern, die nicht durch das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz abgedeckt sind, können durch einen Sicherungsfonds abgesichert werden, den Banken auf freiwilliger Basis eingerichtet haben. Die Deutsche Bank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. an. Der Einlagensicherungsfonds deckt Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bis zu einem Betrag von 30 % des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals der Bank ab, wobei das Ergänzungskapital nur bis zu einer Höhe von maximal 25 % des Kernkapitals angerechnet wird. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken und bestimmten anderen Instituten und Verbindlichkeiten der Banken, die in Inhaberpapieren und Namenspfandbriefen verbrieft sind, werden vom Einlagensicherungsfonds nicht geschützt. Soweit der Einlagensicherungsfonds Zahlungen an Kunden einer Bank leistet, tritt er in deren Anspruch gegenüber der Bank ein.

Banken, die Mitglied eines Einlagensicherungsfonds sind, leisten eine Regelumlage an den Einlagensicherungsfonds, die auf der Grundlage ihrer Verbindlichkeiten gegenüber Kunden berechnet wird. Außerdem kann von ihnen eine Sonderumlage bis zur Höhe der Regelumlage erhoben werden, soweit der Einlagensicherungsfonds dies zur Durchführung seiner Aufgaben verlangt. Sollte eine deutsche Bank in finanzielle Schwierigkeiten geraten, ist es aus diesem Grund möglich, dass die Deutsche Bank sich an ihrer Sanierung beteiligt, auch wenn die Deutsche Bank keine Geschäftsbeziehung zu ihr unterhält und kein strategisches Interesse an ihr hat, damit die Deutsche Bank im Fall der Insolvenz dieser Bank die Zahlung einer Sonderumlage an den Einlagensicherungsfonds vermeiden kann. Es ist aber auch möglich, dass die Deutsche Bank zur Leistung einer derartigen Sonderumlage aufgefordert wird. Nachdem verschiedene deutsche Banken in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, haben sich die Beiträge der Deutschen Bank zum Einlagensicherungsfonds ab 2009 verdoppelt.

Regulierung und Aufsicht im Europäischen Wirtschaftsraum

Die Europäische Union hat seit 1989 eine Reihe von Richtlinien erlassen, um einen einheitlichen und weitgehend barrierefreien europäischen Markt für Bank- und Finanzdienstleistungen zu schaffen. Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum erweitert diesen einheitlichen Markt auf Island, Liechtenstein und Norwegen. Innerhalb dieses Marktes sind die Niederlassungen der Deutsche Bank AG grundsätzlich auf der Basis des so genannten „Europäischen Passes“ tätig. Durch den Europäischen Pass unterliegen die Niederlassungen der Deutsche Bank AG in erster Linie der Regulierung und Aufsicht durch die BaFin. Die Aufsichtsbehörden der Niederlassungsländer sind für die Regulierung und Aufsicht im Hinblick auf die Liquiditätsanforderungen und die Finanzmärkte des Niederlassungslandes zuständig. Sie behalten außerdem die Zuständigkeit hinsichtlich der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen innerhalb des Staatsgebiets des Niederlassungslandes.

Regulierung und Aufsicht in den Vereinigten Staaten

Die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank unterliegt in den Vereinigten Staaten einer umfassenden banken- und wertpapieraufsichtsrechtlichen Regulierung und Aufsicht durch Bund und Einzelstaaten. Die Deutsche Bank AG ist über ihre New Yorker Zweigniederlassung unmittelbar im US-amerikanischen Bankgeschäft tätig. Ferner kontrolliert die Gesellschaft US-amerikanische Bank-Tochtergesellschaften, darunter die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“), US-amerikanische Broker-Dealer wie die Deutsche Bank Securities Inc., US-amerikanische Treuhandgesellschaften, die kein Einlagengeschäft betreiben, sowie Tochtergesellschaften außerhalb des Bankensektors.

Aufsichtsbehörden

Die Deutsche Bank AG und ihre 100 %ige Tochtergesellschaft Taunus Corporation gelten, unter anderem weil sie Gesellschafter der DBTCA sind, als Bankholdinggesellschaften im Sinne des *U.S. Bank Holding Company*

Act of 1956 in der jeweils gültigen Fassung (der „*Bank Holding Company Act*“). Infolgedessen unterliegen die Deutsche Bank und ihr US-amerikanisches Geschäft der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch das *Federal Reserve Board* als US-amerikanische „Dachaufsicht“.

DBTCA ist eine nach dem Recht des Bundesstaats New York zugelassene Bank, deren Einlagen durch die *Federal Deposit Insurance Corporation* (die *FDIC*) gesichert sind. Die DBTCA unterliegt der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch das *Federal Reserve Board* und dem *New York State Banking Department* sowie den maßgeblichen Bestimmungen der *FDIC*. Die Deutsche Bank Trust Company Delaware ist eine nach dem Recht des Bundesstaats Delaware zugelassene Bank, die der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch die *FDIC* und das *Office of the State Bank Commissioner of Delaware* unterliegt. Die New Yorker Zweigniederlassung der Deutsche Bank AG unterliegt der Aufsicht durch das *Federal Reserve Board* und das *New York State Banking Department*. Die auf Bundesebene zugelassenen Treuhandgesellschaften, die kein Einlagengeschäft betreiben, unterliegen der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch das *Office of the Comptroller of the Currency*. Einige Tochtergesellschaften der Bank unterliegen ebenfalls der Regulierung, Aufsicht und Prüfung durch Bankaufsichtsbehörden bestimmter Bundesstaaten, in denen die Deutsche Bank Bankgeschäfte betreibt, darunter New Jersey und New Hampshire.

Beschränkungen von Tätigkeiten

Wie nachstehend beschrieben beschränken die bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften des Bundes und der Einzelstaaten die Möglichkeit der Deutschen Bank, direkt oder indirekt über Tochtergesellschaften Geschäfte in den Vereinigten Staaten zu betreiben.

Die Deutsche Bank hat die vorherige Genehmigung des *Federal Reserve Board* einzuholen, bevor sie unmittelbar oder mittelbar das Eigentum oder die Kontrolle über mehr als 5 % irgendeiner Form von stimmberechtigten Anteilen einer US-Bank, bestimmter anderer Institute, die das Einlagengeschäft betreiben, oder Holdinggesellschaften solcher Banken oder Institute erwirbt. Gemäß dem anwendbaren US-amerikanischen Bundesrecht für Banken ist es der Deutschen Bank im Rahmen ihrer US-amerikanischen Bankgeschäfte verboten, den Vertrieb bestimmter Produkte und Dienstleistungen davon abhängig zu machen, dass der Kunde weitere Produkte oder Dienstleistungen aus dem Konzern abnimmt.

Die beiden US-amerikanischen, *FDIC*-gesicherten Bank-Tochtergesellschaften der Deutsche Bank AG unterliegen Bestimmungen und Einschränkungen nach dem jeweiligen Recht auf Bundes- bzw. Bundesstaats-ebene. Dazu zählen Anforderungen, Einlagen mit Rücklagen zu unterlegen, Beschränkungen hinsichtlich der Art und Höhe von Darlehen sowie der darauf erhobenen Zinsen, und Beschränkungen hinsichtlich zulässiger Anlagearten und angebotener Dienstleistungen.

Nach US-amerikanischem Recht ist die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten generell auf das Bankgeschäft, die Verwaltung und Führung von Banken und, solange die Gesellschaft eine Finanzholdinggesellschaft nach US-amerikanischem Recht ist, Nicht-Bankgeschäften mit finanziellem Charakter (einschließlich bestimmter Nebentätigkeiten) beschränkt. Hierzu zählen unter anderem Wertpapier-, Handelsbank-, Versicherungs- und andere Finanzgeschäfte, wobei in bestimmten Fällen Beschränkungen und Genehmigungsvorbehalte für solche Aktivitäten gelten können. Als nicht-US-amerikanische Bank ist die Gesellschaft nach dem US-amerikanischen Recht grundsätzlich berechtigt, eine nicht-US-amerikanische Gesellschaft, die finanzfremde Tätigkeiten ausübt, zu erwerben, sofern bestimmte Schwellenwerte nicht überschritten und bestimmte andere Bedingungen erfüllt sind.

Der Status der Gesellschaft als eine Finanzholdinggesellschaft und die daraus resultierende Möglichkeit, eine große Bandbreite an Nicht-Bankgeschäften zu betreiben, hängen davon ab, dass die Gesellschaft und ihre beiden einlagengesicherten US-amerikanischen Einlagenkreditinstitute weiterhin über eine „gute Kapitalausstattung“ und eine „gute Geschäftsführung“ (im Sinne der Bestimmungen des *Federal Reserve Board*) verfügen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass die einlagengesicherten US-amerikanischen Einlagenkreditinstitute bestimmte Anforderungen des *Community Reinvestment Act* erfüllen. Um die Anforderung der „guten Kapitalausstattung“ zu erfüllen, müssen die Gesellschaft und ihre US-amerikanischen Einlagenkreditinstitute eine risikobasierte Kernkapitalquote von mindestens 6 % und eine gesamttrisikobasierte Eigenmittelquote von mindestens 10 % aufrechterhalten.

Nach der Aufsichtspraxis des *Federal Reserve Board* muss die Taunus Corporation als übergeordnete US-amerikanische Bankholdinggesellschaft und Tochter der Deutsche Bank AG nicht die Eigenmittelvorschriften erfüllen, die generell für US-Banken gelten, sofern die Deutsche Bank AG eine Finanzholdinggesellschaft bleibt, von welcher das *Federal Reserve Board* weiterhin der Ansicht ist, dass sie über eine gute Kapitalausstattung und eine gute Geschäftsführung verfügt. Da die Taunus Corporation ihre Tochtergesellschaften über ihre Muttergesellschaft finanzieren kann, hat sie auf unkonsolidierter Ebene keine bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel vorzuhalten. Würde die Deutsche Bank AG nicht mehr über eine gute Kapitalausstattung oder eine gute Geschäftsführung verfügen und sollte die Taunus Corporation dadurch (oder durch sonstige Änderungen in der Verwaltungspraxis des *Federal Reserve Boards*) fortan den US-amerikanischen Eigenmittelanforderungen unterliegen, müsste die Deutsche Bank ihr US-Geschäft umstrukturieren und/oder das Kapital der Taunus Corporation deutlich erhöhen. Der Umfang einer solchen Umstrukturierung bzw. Kapitalerhöhung und deren

nachteilige Auswirkungen auf die Finanzlage und Finanzgeschäfte der Deutschen Bank können zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

Einzelstaatlich zugelassene Banken (wie die DBTCA) und einzelstaatlich genehmigte Zweigniederlassungen und Vertretungen von Auslandsbanken (wie die Zweigniederlassung der Gesellschaft in New York) sind vorbehaltlich gewisser Ausnahmen, die eine vorherige aufsichtsrechtliche Genehmigung erfordern, nicht befugt, in eigenem Namen und auf eigene Rechnung Tätigkeiten auszuüben, die entsprechenden bundesstaatlich zugelassenen bzw. genehmigten Banken bzw. Niederlassungen nicht erlaubt sind. Die bundesstaatlichen Bankgesetze der Vereinigten Staaten unterwerfen einzelstaatliche Zweigniederlassungen und Vertretungen zudem denselben kreditnehmerbezogenen Kreditobergrenzen, die für Zweigniederlassungen und Vertretungen auf Bundesebene gelten. Diese Beschränkungen entsprechen wiederum im Wesentlichen denjenigen, die für landesweit tätige Banken gelten und bemessen sich nach den Eigenmitteln der gesamten Auslandsbank (d.h. der Deutsche Bank AG im Fall ihrer New Yorker Niederlassung).

Das *Federal Reserve Board* kann verfügen, dass jegliche Tätigkeiten einer Zweigniederlassung einer Auslandsbank in den Vereinigten Staaten eingestellt werden, falls festgestellt wird, dass die Auslandsbank in ihrem Heimatstaat keiner umfassenden konsolidierten Aufsicht unterliegt oder dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass diese Auslandsbank oder ein mit ihr verbundenes Unternehmen gegen das Gesetz verstoßen hat oder in den Vereinigten Staaten unsichere oder nicht ordnungsgemäße Bankgeschäfte betreibt.

Die Vergabe von Darlehen oder die Gewährung anderen Kredits von den US-Banktöchtern der Gesellschaft an die Gesellschaft oder ihre Tochtergesellschaften außerhalb des Bankensektors unterliegen (ebenso wie bestimmte sonstige Geschäfte zwischen diesen Parteien) verschiedenen qualitativen und quantitativen Beschränkungen. Im Allgemeinen müssen diese Geschäfte zu Bedingungen ausgeführt werden, die üblicherweise konzernfremden Gesellschaften angeboten würden, durch bestimmte Sicherheiten in vorgegebener Höhe besichert sein, und unterliegen bestimmten quantitativen Beschränkungen. Diese Beschränkungen gelten auch für bestimmte Transaktionen der Zweigniederlassung der Gesellschaft in New York mit dem US-amerikanischen Broker-Dealer der Bank und einigen ihrer verbundenen Unternehmen.

Die US-amerikanische Regulierung von Finanzinstituten zielt insbesondere auch auf die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie die Beachtung wirtschaftlicher Sanktionen ab. Sollte ein Institut keine geeigneten Richtlinien, Verfahren und Kontrollen implementiert haben, um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu verhindern, aufzudecken und zu melden, kann dies gegebenenfalls schwerwiegende rechtliche, finanzielle und rufschädigende Folgen für das betreffende Institut haben.

Zweigniederlassung in New York

Die Zweigniederlassung New York der Bank hat vom *Superintendent of Banks* als Aufsichtsbehörde in New York die Erlaubnis zum Betrieb des Einlagen- und Kreditgeschäfts erhalten und muss bei Banken im Bundesstaat New York hochwertige und dafür zugelassene Vermögenswerte (*eligible assets*) als Sicherheit vorhalten. Sollte die Zweigniederlassung New York vom *Superintendent of Banks* des Bundesstaates New York nicht mehr als „gut“ geratet angesehen werden, muss die Deutsche Bank ggf. erhebliche zusätzliche Sicherheiten bei Banken im Bundesstaat New York vorhalten (Vermögenswerte bis zu einem Maximalbetrag von US-\$ 100.000.000). Der *Superintendent of Banks* kann außerdem Zweigniederlassungen von Auslandsbanken aufgeben, Vermögenswerte als Sicherheit vorzuhalten. Für die Zweigniederlassung New York wurden solche Anforderungen gegenwärtig nicht aufgestellt.

Das Bankgesetz des Bundesstaates New York ermächtigt den *Superintendent of Banks*, unter bestimmten Umständen den Geschäftsbetrieb und das Vermögen einer New Yorker Zweigniederlassung einer Auslandsbank zu übernehmen. Zu diesen Umständen gehören Verstöße gegen das Gesetz, nicht ordnungsgemäße Geschäftspraktiken, Eigenkapitalverluste, Zahlungseinstellung oder Einleitung von Liquidationsverfahren gegen die Auslandsbank an deren Sitz oder an einem anderen Ort. Bei der Abwicklung der Geschäfte der Zweigniederlassung oder ihrer Zerschlagung nach ihrer Übernahme durch den *Superintendent of Banks* werden lediglich die Forderungen berücksichtigt, die aus Geschäften mit der Zweigniederlassung herrühren. Unberührt bleibt das Recht der betroffenen Gläubiger, aus anderen Vermögenswerten der Auslandsbank Befriedigung zu suchen. Nach Begleichung der Verbindlichkeiten der Zweigniederlassung überträgt der *Superintendent of Banks* eventuell verbleibende Vermögenswerte an die Auslandsbank bzw. deren rechtmäßig ernannten Abwickler oder Insolvenzverwalter.

Deutsche Bank Trust Company Americas

Der *Federal Deposit Insurance Corporation Improvement Act of 1991* (nachstehend „*FDICIA*“) schreibt eine umfangreiche Beaufsichtigung von Instituten vor, die Einlagen entgegennehmen (wie die DBTCA und ihre direkten und indirekten Muttergesellschaften), darunter die Verpflichtung der Bundesbehörden für die Bankaufsicht, unverzügliche Maßnahmen („*prompt corrective action*“) im Hinblick auf in die Einlagensicherung der FDIC einbezogene Banken zu ergreifen, sofern diese nicht die Mindestkapitalanforderungen erfüllen. Vermindert sich die Kapitalausstattung einer Bank, deren Einlagen gesichert sind, und fällt die Bank in eine der unteren

Kategorien (oder wird sie aufgrund der Ermessensentscheidung ihrer Aufsichtsbehörde in eine untere Kategorie eingestuft), gelten für ihre Geschäftstätigkeit weitere Beschränkungen und die Aufsichtsbehörden auf Bundesebene sind ermächtigt (und in vielen Fällen verpflichtet), einschneidendere Maßnahmen bis zur Bestellung eines Sequesters oder Verwalters zu ergreifen, und zwar selbst dann, wenn die Bank noch zahlungsfähig ist. Darüber hinaus verbietet der *FDICIA* Banken, die in die Einlagensicherung der *FDICIA* einbezogen sind, grundsätzlich Kapitalausschüttungen (einschließlich Dividendenzahlungen) sowie die Zahlung von Verwaltungsgebühren an ihre Holdinggesellschaft, wenn dies zu einer Unterkapitalisierung der Bank führen würde. Wird eine gesicherte Bank unterkapitalisiert, so ist sie verpflichtet, der Bundesaufsichtsbehörde einen von der Holdinggesellschaft der Bank garantierten Plan zur Wiederherstellung einer angemessenen Kapitalisierung vorzulegen. Seit Inkrafttreten des *FDICIA* wurden die beiden in den Vereinigten Staaten versicherten Banken der Gesellschaft im Rahmen der Bestimmungen des *Federal Reserve Board* als „well capitalized“ eingestuft. Dabei handelt es sich um die beste Kapitaleinstufung nach den anwendbaren Regelungen.

Ebenso wie andere durch die FDIC einlagengesicherte Banken ist die DBTCA verpflichtet, Beiträge an die FDIC zur Einlagensicherung durch ihren *Deposit Insurance Fund* zu leisten (diese Beiträge werden nach dem risikoorientierten Veranlagungssystem der FDIC bemessen). Da der *Deposit Insurance Fund* aufgrund der jüngsten Entwicklungen auf den Finanzmärkten Verluste erlitten hat, haben sich diese Beiträge zuletzt erhöht. Die FDIC hat Sonderbeiträge für jedes durch die FDIC einlagengesicherte Institut genehmigt, der sich auf 5 Basispunkte der Bilanzsumme abzüglich des Kernkapitals (beschränkt auf maximal 10 Basispunkte der inländischen Einlagen bei dem betreffenden Institut) beläuft. Der erste Sonderbeitrag wurde auf Grundlage der Bilanzsummen zum 30. Juni 2009 berechnet und am 30. September 2009 eingezogen. Statt weitere Sonderbeiträge einzufordern hat die FDIC eine Richtlinie erlassen, die die einlagengesicherten Institute verpflichtete, zum 30. Dezember 2009 sämtliche Beiträge für das vierte Quartal 2009 sowie die Jahre 2010, 2011 und 2012 einzuzahlen. Die Institute konnten diese Vorauszahlungen als aktivische Rechnungsabgrenzungsposten verbuchen.

Der Grundbetrag der Einlagensicherung durch die FDIC wurde für die Zeit bis zum 31. Dezember 2013 von US-\$ 100.000 auf US-\$ 250.000 pro Einleger angehoben.

DBTCA und ihre Schwesterbank, die Deutsche Bank Trust Company Delaware, nahmen am *Temporary Liquidity Guarantee Program* der FDIC und unter diesem Programm insbesondere am *Transaction Account Guarantee Program* teil, wonach die FDIC (gegen Gebühr) bestimmte unverzinsliche Kontokorrentkonten vollumfänglich garantierte. Das *Transaction Account Guarantee Program* sollte ursprünglich am 30. Juni 2009 auslaufen, wurde jedoch zweimal für jeweils sechs Monate verlängert und soll nun am 30. Juni 2010 auslaufen. Sowohl DBTCA als auch Deutsche Bank Trust Company Delaware nehmen an dem *Transaction Account Guarantee Program* teil.

Sonstiges

In den Vereinigten Staaten unterliegen die in den Vereinigten Staaten registrierten Broker-Dealer der Deutschen Bank der Regulierung durch die *Securities and Exchange Commission (SEC)*. Die für Broker-Dealer geltenden Bestimmungen erfassen alle Aspekte des Wertpapiergeschäfts, wie zum Beispiel die Verkaufsmethoden, die Handelspraktiken unter Broker-Dealern, die Nutzung und Verwahrung von Kundengeldern und –wertpapieren, die Kapitalstruktur, die Aufzeichnungspflichten, die Finanzierung von Erwerbsgeschäften der Kunden und das Geschäftsgebaren von Direktoren, Führungskräften und Mitarbeitern.

Darüber hinaus ist die Deutsche Bank Securities Inc., die wichtigste bei der SEC registrierte Broker-Dealer-Tochter der Gesellschaft in den Vereinigten Staaten, Mitglied der *New York Stock Exchange*. Sie untersteht der Aufsicht durch die *Financial Industry Regulatory Authority (FINRA)* und die einzelstaatlichen Wertpapieraufsichtsbehörden der Bundesstaaten, in denen sie tätig ist. Die US-amerikanischen Regierungsbehörden, Selbstregulierungsorganisationen und einzelstaatlichen Wertpapierbehörden sind, soweit sie für die Broker-Dealer-Gesellschaften der Deutschen Bank zuständig sind, befugt, behördliche Verfahren durchzuführen, die zu einem Verweis, Ordnungsgeldern, einer Unterlassungsanordnung oder dem zeitweiligen oder dauerhaften Ausschluss eines Broker-Dealers, seiner Direktoren, Führungskräfte oder Mitarbeiter führen können.

Im Juni 2009 hat die Regierung der Vereinigten Staaten einen Vorschlag zur Reform des Aufsichtsrechts vorgelegt. Dieser Vorschlag enthält Maßnahmen zur verbesserten Aufsicht über Finanzinstitutionen, zur umfassenden Beaufsichtigung der Finanzmärkte (einschließlich des Börsenhandels und zentralen Clearings bestimmter Derivate) sowie zum Schutz von Verbrauchern und Investoren gegen finanziellen Missbrauch. Er sieht außerdem bestimmte Mittel für die Regierung zur Bekämpfung von Finanzmarktkrisen vor (wozu auch erweiterte Handlungsbefugnisse gegenüber Banken gehören) und zielt auf eine Erhöhung der internationalen Aufsichtsstandards und eine Verbesserung der internationalen Kooperation ab. Auch wenn noch nicht geklärt ist, ob bestimmte Vorschläge nach ihrer Umsetzung auch auf internationale Banken anwendbar sein werden, könnten diese Vorschläge (sowie andere Reformvorschläge der jüngeren Vergangenheit) im Fall ihrer Umsetzung erhebliche finanzielle Auswirkungen auf Geschäftstätigkeit und die erforderlichen Ressourcen zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der aufsichtrechtlichen Compliance-Systeme der Deutschen Bank haben.

HAUPTAKTIONÄRE

Das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) verpflichtet Inhaber von Stimmrechten an börsennotierten Gesellschaften, sowohl der entsprechenden Gesellschaft als auch der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Handelstagen, Beteiligungen ab gewissen Schwellenwerten anzuzeigen (siehe „Angaben über das Kapital der Deutsche Bank Aktiengesellschaft — Anzeigepflichten für Anteilsbesitz — Offenlegung von Beteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften“). Der geringste eine Anzeigepflicht auslösende Schwellenwert beträgt 3 % des stimmberechtigten Grundkapitals.

Auf der Grundlage der bei der Bank eingegangenen Stimmrechtsmitteilungen (Stand: 30. April 2010) sind folgende Aktionäre wesentlich (mit mindestens 3 %) am stimmberechtigten Grundkapital der Deutsche Bank AG beteiligt: BlackRock, Inc., New York (5,05 %) und Credit Suisse Group, Zürich (über Finanzinstrumente) (3,55 %).

Aktionär	Anzahl der Aktien⁽¹⁾	Stimmrechtsanteil⁽²⁾
BlackRock, Inc., New York, USA	31.325.649	5,05 %
Credit Suisse Group, Zürich, Schweiz ⁽³⁾	22.031.896	3,55 %

1 Anzahl der Aktien gemäß der bei der Bank eingegangenen Stimmrechtsmitteilungen (Stand: 30. April 2010).

2 Berechnet auf Basis des zum Datum dieses Registrierungsformulars im Handelsregister eingetragenen Grundkapitals der Bank (620.859.015 Aktien).

3 Unmittelbar und mittelbar über Finanzinstrumente, die das Recht einräumen, Aktien an der Deutsche Bank AG zu erwerben.

Jede Aktie der Bank gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Nach deutschem Recht und gemäß der Satzung der Bank ist es nicht zulässig, soweit die Bank bedeutende Aktionäre hat, diesen im Vergleich zu den übrigen Aktionären abweichende Stimmrechte einzuräumen.

ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL DER DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Die nachfolgende Übersicht enthält Informationen über das Grundkapital der Gesellschaft sowie über bestimmte Vorschriften der Satzung der Bank und des deutschen Rechts.

Grundkapital und Aktien

Das im Handelsregister eingetragene Grundkapital der Bank beträgt zum Datum dieses Registrierungsformulars 1.589.399.078,40 € und ist in 620.859.015 auf den Namen lautende Stückaktien (Aktien ohne Nennbetrag) mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals der Bank je Stückaktie von 2,56 € und voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2009 eingeteilt.

Sämtliche Aktien sind vollständig eingezahlt. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Bank eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Sämtliche Aktien der Bank werden nach der Satzung als Namensaktien ausgegeben. Die Aktionäre haben der Bank zur Eintragung in das Aktienregister insbesondere, soweit es sich um natürliche Personen handelt, ihren Namen, ihre Anschrift und ihr Geburtsdatum, oder, soweit es sich um juristische Personen handelt, ihre Firma, ihre Geschäftsanschrift und ihren Sitz, sowie in jedem Fall die Zahl der von ihnen gehaltenen Aktien anzugeben. Die Eintragung im Aktienregister der Bank ist eine Voraussetzung für die Teilnahme an der Hauptversammlung der Bank und die Ausübung des Stimmrechts.

Börsenzulassung

Die Aktien der Bank sind zum Handel im Regulierten Markt und zum Teilbereich des Regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgenpflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Handel im Regulierten Markt an den sechs übrigen deutschen Wertpapierbörsen (Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart) zugelassen. Außerdem sind die Aktien der Bank an der *New York Stock Exchange* zugelassen.

Übertragbarkeit der Aktien

Die Übertragbarkeit der Aktien der Bank ist weder gesetzlich noch durch die Satzung der Bank eingeschränkt.

Entwicklung des Grundkapitals seit 2007

Zum 1. Januar 2007 betrug das im Handelsregister eingetragene Grundkapital der Bank 1.317.210.291,20 € und war in 514.535.270 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Seit dem 1. Januar 2007 hat sich das eingetragene Grundkapital der Bank wie folgt entwickelt:

- Am 27. April 2007 wurde das eingetragene Grundkapital im Hinblick auf die im Jahr 2006 erfolgte Ausgabe von 10.232.739 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem bedingten Kapital der Bank an Mitarbeiter oder Mitglieder der Geschäftsführung der Bank und ihrer verbundenen Unternehmen angepasst und betrug 1.343.406.103,04 €.
- Am 14. Februar 2008 wurde das eingetragene Grundkapital im Hinblick auf die im Jahr 2007 erfolgte Ausgabe von 5.632.091 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem bedingten Kapital der Bank an Mitarbeiter oder Mitglieder der Geschäftsführung der Bank und ihrer verbundenen Unternehmen angepasst und betrug 1.357.824.256,00 €.
- Mit Beschluss des Vorstands vom 22. September 2008 und der Zustimmung des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats vom 22. September 2008 wurde das Grundkapital der Bank um 102.400.000,00 € unter Verwendung des von der Hauptversammlung im Jahr 2004 geschaffenen genehmigten Kapitals und teilweiser Verwendung des von der Hauptversammlung im Jahr 2007 geschaffenen genehmigten Kapitals durch die Ausgabe von 40.000.000 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem genehmigten Kapital der Bank gegen Geldeinlage erhöht. Die Aktien wurden bei institutionellen Anlegern platziert. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 23. September 2008 in das Handelsregister eingetragen. Nach dieser Kapitalerhöhung betrug das eingetragene Grundkapital der Bank 1.460.224.256,00 €, eingeteilt in 570.400.100 auf den Namen lautende Stückaktien.
- Am 11. Februar 2009 wurde das eingetragene Grundkapital im Hinblick auf die im Jahr 2008 erfolgte Ausgabe von 458.915 auf den Namen lautender Stückaktien aus dem bedingten Kapital der Bank an Mitarbeiter oder Mitglieder der Geschäftsführung der Bank und ihrer verbundenen Unternehmen angepasst und betrug 1.461.399.078,40 €.
- Mit Beschluss des Vorstands vom 23. Februar 2009 und der Zustimmung des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats vom 23. Februar 2009, an den der Aufsichtsrat mit Beschluss vom 14. Januar 2009 die Beschlusszuständigkeit delegiert hatte, wurde das Grundkapital der Bank unter Verwendung des im Jahr 2006 geschaffenen genehmigten Kapitals durch Ausgabe von 50.000.000 auf den Namen lautender

Stückaktien aus dem genehmigten Kapital der Bank gegen Einlage von 50.000.000 Stammaktien der Deutsche Postbank AG um 128.000.000 € auf 1.589.399.078,40 € erhöht. Das Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Die neuen auf den Namen lautenden Stückaktien wurden zuzüglich bestimmter Wertsicherungsleistungen an die Deutsche Post AG als Gegenleistung für die Übertragung von Aktien der Deutsche Postbank AG ausgegeben. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 6. März 2009 in das Handelsregister eingetragen. Nach dieser Kapitalerhöhung beträgt das eingetragene Grundkapital der Bank 1.589.399.078,40 €, eingeteilt in 620.859.015 auf den Namen lautende Stückaktien.

Genehmigtes Kapital

Das Grundkapital der Bank kann durch Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlage und in bestimmten Fällen gegen Sacheinlagen erhöht werden. Zum Datum dieses Registrierungsformulars verfügt die Bank gemäß ihrer Satzung über ein genehmigtes aber nicht ausgegebenes Grundkapital von insgesamt 790.120.000,00 €, das sich wie folgt zusammensetzt:

- Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Mai 2007 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Bank bis zum 30. April 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlage einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 30.600.000,00 € zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Bank und ihren Tochtergesellschaften ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts zustehen würde. Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, das Bezugsrecht mit Zustimmung des Aufsichtsrats in vollem Umfang auszuschließen, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet.
- Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Bank bis zum 30. April 2013 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 140.000.000,00 € zu erhöhen. Den Aktionären ist ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Bank und ihren Tochtergesellschaften ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandelrechts zustehen würde. Der Vorstand ist zudem ermächtigt, das Bezugsrecht mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt. Die neuen Aktien können auch von durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).
- Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 30. April 2014 durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000,00 € zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Gesellschaft und ihren verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, das Bezugsrecht in vollem Umfang auszuschließen, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet. Beschlüsse des Vorstands zur Ausnutzung des genehmigten Kapitals und zum Ausschluss des Bezugsrechts bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Die neuen Aktien können auch von durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).
- Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 30. April 2014 durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 176.640.000,00 € zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Gesellschaft und ihren verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, das Bezugsrecht auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt. Beschlüsse

des Vorstands zur Ausnutzung des genehmigten Kapitals und zum Ausschluss des Bezugsrechts bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Die neuen Aktien können auch von durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

- Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 30. April 2014 durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 314.880.000,00 € zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Inhabern der von der Gesellschaft und ihren verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Beschlüsse des Vorstands zur Ausnutzung des genehmigten Kapitals und zum Ausschluss des Bezugsrechts bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Die neuen Aktien können auch von durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Entsprechend den Regelungen zum sog. gesetzlich genehmigten Kapital nach § 3 des Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetzes vom 17. Oktober 2008 (in der zuletzt geänderten Fassung) ist der Vorstand vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats darüber hinaus ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2010 das Grundkapital der Bank bis zu 50 % des am 18. Oktober 2008 bestehenden Grundkapitals der Bank durch Ausgabe neuer Aktien gegen Einlagen an den Finanzmarktstabilisierungsfonds zu erhöhen. Dabei ist das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds ist ein Sondervermögen des Bundes, welches bis zum 31. Dezember 2010 Unternehmen des Finanzsektors auf deren Antrag durch Stabilisierungsmaßnahmen unterstützen kann.

Bedingtes Kapital

Zum Datum dieses Registrierungsformulars verfügt die Bank über ein bedingtes aber nicht ausgegebenes Grundkapital von insgesamt 406.000.000,00 €, das sich wie folgt zusammensetzt:

- Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 ist das Grundkapital der Bank durch die Ausgabe von bis zu 58.593.750 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien um bis zu 150.000.000,00 € bedingt erhöht. Nach dem Beschluss wird die bedingte Kapitalerhöhung nur insoweit durchgeführt, wie (a) die Inhaber von Wandlungsrechten oder Optionsscheinen, die mit den von der Bank oder deren unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften bis zum 30. April 2013 auszugebenden Genussscheinen beziehungsweise Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind, von ihren Wandlungs- beziehungsweise Optionsrechten Gebrauch machen, oder (b) die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der von der Bank oder deren unmittelbaren oder mittelbaren Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften bis zum 30. April 2013 auszugebenden Wandelgenussscheine beziehungsweise Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptions-scheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben.

- Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 ist das Grundkapital durch die Ausgabe von bis zu 100.000.000 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien um bis zu 256.000.000 € bedingt erhöht. Nach dem Beschluss wird die bedingte Kapitalerhöhung nur insoweit durchgeführt, wie (a) die Inhaber von Wandlungsrechten oder Optionsrechten, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen bis zum 30. April 2014 auszugebenden Genussscheinen beziehungsweise Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind, von ihren Wandlungs- beziehungsweise Optionsrechten Gebrauch machen oder (b) die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen bis zum 30. April 2014 auszugebenden Wandelgenussscheinen beziehungsweise Wandelschuldverschreibungen ihrer Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 ermächtigt, bis zum 30. April 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptions-scheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben.

Ausweislich der am 7. April 2010 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung am 27. Mai 2010 soll das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 230.400.000 € durch Ausgabe von bis zu 90.000.000 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht werden. Die bedingte Kapitalerhöhung soll der Gewährung von Rechten an die Inhaber von Options- beziehungsweise Wandelgenussscheinen oder Options- und Wandelschuldverschreibungen dienen, die

gemäß der der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 zur Beschlussfassung vorgeschlagenen Ermächtigung bis zum 30. April 2015 von der Gesellschaft oder durch ein verbundenes Unternehmen der Gesellschaft begeben werden. Die Ausgabe der neuen Aktien soll zu den gemäß dieser Ermächtigung jeweils zu berechnenden Wandlungs- beziehungsweise Optionspreisen erfolgen. Die bedingte Kapitalerhöhung kann nur insoweit durchgeführt werden, wie von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- beziehungsweise Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand soll ermächtigt werden, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Der Vorstand soll von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 ermächtigt werden, bis zum 30. April 2015 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionscheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/ oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben.

Wandel- und Optionsanleihen

Zum Zeitpunkt dieses Registrierungsformulars haben die Bank und ihre Tochtergesellschaften keine Wandel- oder Optionsanleihen begeben.

Eigene Aktien

Zum 30. April 2010 hielt die Bank 1.387.044 eigene Aktien. Handelspositionen sind dabei nicht berücksichtigt.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Die Hauptversammlung der Bank hat am 26. Mai 2009 beschlossen, den Vorstand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG und § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zum Erwerb eigener Aktien zu ermächtigen.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke (§ 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG)

Der Vorstand ist gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien der Bank zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Bank übersteigen.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Der Vorstand ist gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 eigene Aktien der Bank bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Bank je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand ist außerdem ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien über die Börse, durch Angebot an alle Aktionäre beziehungsweise gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, vorzunehmen. Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft und ihren verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand ist weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumt wurden.

Ferner ist der Vorstand unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand ist weiter ermächtigt, aufgrund der Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass es eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Geplante Beschlüsse der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG

Ausweislich der am 7. April 2010 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft am 27. Mai 2010 soll die Gesellschaft ermächtigt werden, bis zum 30. November 2014 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im XETRA-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die derzeit bestehende, durch die Hauptversammlung am 26. Mai 2009 erteilte und bis zum 31. Oktober 2010 befristete Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke soll für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben werden.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG und zu deren Verwendung mit möglichem Ausschluss des Bezugsrechts

Ausweislich der Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung am 27. Mai 2010 soll die Gesellschaft ferner ermächtigt werden, bis zum 30. November 2014 eigene Aktien bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals oder — falls dieser Wert geringer ist — des zum Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im XETRA-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im XETRA-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringerer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand soll ermächtigt werden, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien über die Börse, durch Angebot an alle Aktionäre beziehungsweise gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, vorzunehmen. Darüber hinaus soll der Vorstand ermächtigt werden, bei einer Veräußerung solcher eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft und ihren verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für

diese Fälle und in diesem Umfang soll das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden. Der Vorstand soll weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt werden, solche eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumt wurden.

Ferner soll der Vorstand unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt werden, solche eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand soll weiter ermächtigt werden, aufgrund der Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Die derzeit bestehende, durch die Hauptversammlung am 26. Mai 2009 erteilte und bis zum 31. Oktober 2010 befristete Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien soll für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben werden.

Ermächtigung zum Einsatz von Derivaten im Rahmen des Erwerbs eigener Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Ausweislich der Tagesordnung für die ordentliche Hauptversammlung am 27. Mai 2010 soll die Gesellschaft in Ergänzung zu der ebenfalls von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 zu beschließenden vorstehenden Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt werden, eigene Aktien auch unter Einsatz von Derivaten zu erwerben.

Unter der von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 zu beschließenden Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien soll der Aktienerwerb außer auf den dort beschriebenen Wegen auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen oder Terminkaufverträgen durchgeführt werden dürfen. Die Gesellschaft kann auf physische Belieferung gerichtete Put-Optionen an Dritte verkaufen und Call-Optionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeit der Optionen muss so gewählt werden, dass der Aktienerwerb in Ausübung der Optionen spätestens am 30. November 2014 erfolgt.

Der bei Ausübung der Put-Optionen bzw. bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktien im XETRA-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie. Eine Ausübung der Call-Option darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktien im XETRA-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Erwerb der Aktien nicht um mehr als 10 % überschreitet und 10 % dieses Mittelwertes nicht unterschreitet. Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben werden, sollen die zu der ebenfalls am 27. Mai 2010 zur Beschlussfassung vorgeschlagenen Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG festgesetzten Regeln gelten.

Allgemeine Bestimmungen zu Kapitalmaßnahmen

Zur Erhöhung des Grundkapitals der Bank durch die Ausgabe neuer Stammaktien bedarf es eines Beschlusses der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der Stimmen und des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Darüber hinaus kann durch Beschluss der Hauptversammlung der Vorstand ermächtigt werden, innerhalb von höchstens fünf Jahren mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von Aktien bis zu einem bestimmten Gesamtbetrag das Grundkapital der Bank zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Außerdem können die Aktionäre nach dem Aktiengesetz die Schaffung von bedingtem Kapital beschließen, allerdings nur, um

damit Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen Umtausch- oder Bezugsrechte zu gewähren, um den Zusammenschluss mit einem anderen Unternehmen vorzubereiten oder um Arbeitnehmern und Mitgliedern der Geschäftsführung der Bank oder eines verbundenen Unternehmens Bezugsrechte zu gewähren (bedingte Kapitalerhöhung). Ferner kann die Hauptversammlung eine Erhöhung des Grundkapitals durch Umwandlung der Kapitalrücklage und von Gewinnrücklagen in Grundkapital beschließen (Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln). Die Hauptversammlungsbeschlüsse zur Schaffung von genehmigtem bzw. bedingtem Kapital müssen jeweils mit der einfachen Mehrheit der Stimmen und einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst, gefasst werden. Eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bedarf eines Hauptversammlungsbeschlusses der Bank mit einfacher Mehrheit der Stimmen und des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals.

Der Gesamtbetrag des von der Hauptversammlung geschaffenen genehmigten Kapitals darf die Hälfte des Grundkapitals, das zum Zeitpunkt der Eintragung des genehmigten Kapitals in das Handelsregister besteht, nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag des von der Hauptversammlung geschaffenen bedingten Kapitals darf die Hälfte des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung über die bedingte Kapitalerhöhung besteht, nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag des bedingten Kapitals zur Gewährung von Bezugsrechten an Arbeitnehmer und Mitglieder der Geschäftsführung der Bank oder eines verbundenen Unternehmens darf 10 % des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung über die bedingte Kapitalerhöhung vorhanden ist, nicht übersteigen.

Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten der Aktionäre

Nach dem deutschen Aktienrecht stehen jedem Aktionär grundsätzlich Bezugsrechte entsprechend seiner Beteiligung am bisherigen Grundkapital der Gesellschaft auf die im Rahmen einer Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien zu. Das gleiche gilt für Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Genussrechte und Gewinnschuldverschreibungen. Bezugsrechte sind grundsätzlich frei übertragbar. Die Hauptversammlung kann mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen und gleichzeitiger Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre der Bank ausschließen. Für einen solchen Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus ein Bericht des Vorstands erforderlich, der zur Begründung des Bezugsrechtsausschlusses darlegen muss, warum das Interesse der Bank am Ausschluss des Bezugsrechts das Interesse der Aktionäre an der Einräumung des Bezugsrechts überwiegt. Nach dem deutschen Aktienrecht ist ein Ausschluss des Bezugsrechts bei Ausgabe neuer Aktien insbesondere dann zulässig, wenn die Bank das Grundkapital gegen Bareinlagen erhöht, der Betrag der Kapitalerhöhung 10 % des bestehenden Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der existierenden Aktien der Bank nicht wesentlich unterschreitet.

Allgemeine Bestimmungen zu Gewinnverwendung und Dividendenzahlungen

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden auf Aktien der Bank für ein Geschäftsjahr obliegt der Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres, die auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat entscheidet.

Nach dem deutschen Aktienrecht kann eine Beschlussfassung über eine Dividende sowie deren Ausschüttung nur aufgrund eines in dem Einzelabschluss der Bank ausgewiesenen Bilanzgewinns erfolgen. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag um Gewinn- bzw. Verlustvorträge der Vorjahre sowie um Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und entsprechende Zuweisungen müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden.

Nach der Satzung der Bank wird der Bilanzgewinn an die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung keine andere Verwendung bestimmt. Die Hauptversammlung kann anstelle oder neben einer Bar- auch eine Sachausschüttung beschließen. Die Gewinnanteile der Aktionäre sind im Verhältnis der auf ihren Anteil am Grundkapital geleisteten Einzahlungen und im Verhältnis der Zeit, die seit dem für die Leistung bestimmten Zeitpunkt verstrichen ist, zu verteilen. Bei Ausgabe neuer Aktien kann für diese eine andere Gewinnanteilberechtigung festgesetzt werden.

Ausschluss von Minderheitsaktionären

Nach den Vorschriften der §§ 327a ff. AktG zum so genannten „Squeeze-out“ kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft auf Verlangen eines Aktionärs, dem 95 % des Grundkapitals gehören (Hauptaktionär), die Übertragung der Aktien der übrigen Minderheitsaktionäre auf den Hauptaktionär gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung beschließen. Die Höhe der den Minderheitsaktionären zu gewährenden Barabfindung muss dabei die Verhältnisse der Gesellschaft im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung berücksichtigen. Maßgeblich für die Berechnung der Abfindungshöhe ist der volle Wert des Unternehmens, der in der Regel im Wege der Ertragswertmethode festgestellt wird.

Darüber hinaus kann nach den in § 39a und § 39b des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) enthaltenen Bestimmungen zum so genannten übernahmerechtlichen Squeeze-out ein Bieter, dem nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot Aktien der Zielgesellschaft in Höhe von mindestens 95 % des stimmberechtigten Grundkapitals gehören, innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist beim Landgericht Frankfurt am Main einen Gerichtsbeschluss zur Übertragung der übrigen stimmberechtigten Aktien gegen Gewährung einer angemessenen Abfindung an den Bieter beantragen. Ein Hauptversammlungsbeschluss ist nicht erforderlich. Die im Rahmen des Übernahme- oder Pflichtangebots gewährte Gegenleistung ist als angemessene Abfindung anzusehen, wenn der Bieter aufgrund des Angebots Aktien in Höhe von mindestens 90 % des vom Angebot betroffenen Grundkapitals erworben hat. Ferner können nach einem Übernahme- oder Pflichtangebot die Aktionäre einer Zielgesellschaft, die das Angebot nicht angenommen haben, dieses innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Annahmefrist annehmen (so genannter „Sell-out“), sofern der Bieter berechtigt ist, einen Antrag auf Übertragung der ausstehenden stimmberechtigten Aktien nach § 39a WpÜG zu stellen (§ 39c WpÜG).

Nach den Vorschriften der §§ 319 ff. AktG über die Eingliederung kann die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft die Eingliederung in eine andere Gesellschaft beschließen, wenn die künftige Hauptgesellschaft mindestens 95 % der Aktien der einzugliedernden Gesellschaft hält. Die Aktionäre der eingegliederten Gesellschaft haben Anspruch auf eine angemessene Abfindung, die grundsätzlich in eigenen Aktien der Hauptgesellschaft zu gewähren ist. Die Höhe der Abfindung ist dabei durch die so genannte Verschmelzungswertrelation zwischen beiden Gesellschaften zu ermitteln, d.h. durch das Umtauschverhältnis, das im Falle der Verschmelzung beider Gesellschaften als angemessen anzusehen wäre.

Anzeigepflichten für Anteilsbesitz

Offenlegung von Beteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften

Offenlegungspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz

Das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) bestimmt, dass jeder Aktionär, dessen Stimmrechtsanteil an einer börsennotierten Gesellschaft durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % oder 75 % der Stimmrechte erreicht, über- oder unterschreitet, der entsprechenden Gesellschaft und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Handelstagen, diese Tatsache sowie die Höhe seines aktuellen Stimmrechtsanteils schriftlich mitzuteilen hat. In Verbindung mit diesem Erfordernis enthält das WpHG verschiedene Regeln, die die Zuordnung des Aktienbesitzes zu der Person sicherstellen sollen, die tatsächlich die mit den Aktien verbundenen Stimmrechte kontrolliert. Beispielsweise werden einem Unternehmen Aktien, die einem dritten Unternehmen gehören, zugerechnet, wenn das eine Unternehmen das andere kontrolliert, ebenso Aktien, die von einem dritten Unternehmen für Rechnung des ersten oder einem von diesem kontrollierten Unternehmen gehalten werden. Zudem sind die mit den Aktien eines Dritten verbundenen Stimmrechte möglicherweise einem anderen Aktionär zuzurechnen, wenn dieser Aktionär oder ein Tochterunternehmen dieses Aktionärs sein Verhalten in Bezug auf die Gesellschaft aufgrund einer Vereinbarung oder auf sonstige Weise mit dem Dritten abstimmt (so genanntes „*acting in concert*“). Ein abgestimmtes Verhalten wird angenommen, wenn Aktionäre ihre Stimmrechtsausübung auf den Hauptversammlungen der Gesellschaft koordinieren oder außerhalb der Hauptversammlungen ihr Verhalten mit dem Ziel einer dauerhaften und erheblichen Änderung der unternehmerischen Strategie der Gesellschaft abstimmen. *Acting in concert* führt zur gegenseitigen Zurechnung der von den abgestimmt handelnden Personen gehaltenen Stimmrechte. Vereinbarungen in Einzelfällen gelten jedoch nicht als „*acting in concert*“.

Entsprechende Mitteilungspflichten gegenüber der Gesellschaft und der BaFin gelten auch für Finanzinstrumente, die ihren Inhabern das Recht verleihen, einseitig durch eine rechtlich bindende Vereinbarung stimmberechtigte und bereits ausgegebene Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Im Hinblick auf diese Finanzinstrumente gelten die vorstehenden Schwellen (mit Ausnahme der Schwelle von 3 %) entsprechend. Für die Ermittlung der maßgeblichen Meldeschwellen werden Beteiligungen in Form der vorstehenden Finanzinstrumente mit Beteiligungen in Form von mit Aktien verbundenen Stimmrechten zusammengerechnet.

Aktionäre, die ihren Mitteilungspflichten nicht nachkommen, werden für die Dauer des Versäumnisses von der Ausübung der mit ihren Aktien verbundenen Rechte (einschließlich Stimmrecht und Recht zum Bezug von Dividenden) ausgeschlossen. Im Falle eines vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verstoßes gegen Mitteilungspflichten verlängert sich der Verlust der Stimmrechte um sechs Monate ab dem Tag der verspäteten Mitteilung. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Aktionär eine unrichtige Mitteilung abgegeben hat, bei welcher die Abweichung hinsichtlich der Höhe der darin angegebenen Stimmrechte weniger als 10 % des tatsächlichen Stimmrechtsanteils beträgt, und der Aktionär keine Mitteilung an die Gesellschaft über das Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der vorstehenden Meldeschwellen unterlassen hat. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht eine Geldbuße verhängt werden.

Die Gesellschaft muss die vorstehenden Mitteilungen unverzüglich, spätestens jedoch drei Handelstage nach deren Zugang, veröffentlichen und die Veröffentlichung der BaFin mitteilen. Die Gesellschaft muss außerdem die Gesamtzahl der Stimmrechte am Ende eines jeden Monats, in dem es zu einer Zu- oder Abnahme der

Gesamtzahl an Stimmrechten gekommen ist, veröffentlichen und der BaFin die Veröffentlichung mitteilen. Außerdem muss die Gesellschaft unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung, dem Unternehmensregister die erhaltenen Mitteilungen beziehungsweise die Informationen über die Zu- oder Abnahme von Stimmrechten zur Speicherung übermitteln.

Aktionäre, deren Stimmrechte 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % oder 75 % der Stimmrechte an einer börsennotierten Gesellschaft erreichen oder überschreiten, sind verpflichtet, der Gesellschaft innerhalb von 20 Handelstagen die mit dem Erwerb der Stimmrechte verfolgten Ziele und die Herkunft der für den Erwerb verwendeten Mittel mitzuteilen, es sei denn, die Satzung der Gesellschaft sieht etwas anderes vor. Durch eine Satzungsänderung der Gesellschaft kann vorgesehen werden, dass diese Vorschrift keine Anwendung findet.

Offenlegungspflichten nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz

Nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) ist jede Person, deren Stimmrechtsanteil 30 % der Stimmrechte der Gesellschaft erreicht oder übersteigt, verpflichtet, diese Tatsache, einschließlich des Prozentsatzes ihrer Stimmrechte, innerhalb von sieben Kalendertagen in mindestens einem überregionalen Börsenpflichtblatt oder mittels eines elektronisch betriebenen Informationsverbreitungssystems für Finanzinformationen zu veröffentlichen und anschließend innerhalb von vier Wochen, sofern keine Befreiung von dieser Verpflichtung erteilt wurde, ein an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichtetes öffentliches Pflichtangebot zu unterbreiten. Das WpÜG enthält eine Reihe von Bestimmungen, die die Zuordnung des Aktienbesitzes zu der Person sicherstellen sollen, die tatsächlich die mit den Aktien verbundenen Stimmrechte kontrolliert. Die Regelungen zum abgestimmten Verhalten im Rahmen des WpÜG (so genanntes „*acting in concert*“) sowie die Regelungen über die Zurechnung von Stimmrechten aus Aktien, die einer dritten Person gehören, entsprechen den im vorstehenden Abschnitt „*Offenlegungspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz*“ näher beschriebenen wertpapierhandelsrechtlichen Bestimmungen mit Ausnahme der Berücksichtigung von Stimmrechten aus Aktien, die Finanzinstrumenten zu Grunde liegen, die ihren Inhabern das Recht verleihen, einseitig durch eine rechtlich bindende Vereinbarung stimmberechtigte und bereits ausgegebene Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Unterbleibt die Mitteilung über das Erreichen oder Übersteigen der 30 %-Schwelle oder die Unterbreitung des öffentlichen Pflichtangebots, ist der Aktionär für die Dauer des Versäumnisses von der Ausübung der mit diesen Aktien verbundenen Rechte (einschließlich Stimmrecht und Recht zum Bezug von Dividenden) ausgeschlossen. Außerdem kann in diesen Fällen eine Geldbuße verhängt werden.

Offenlegung von Beteiligungen an Kreditinstituten

Das Kreditwesengesetz sieht vor, dass eine Person, die allein oder im Zusammenwirken mit einer anderen Person eine bedeutende Beteiligung an einem Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut zu erwerben beabsichtigt, unverzüglich die BaFin und die Deutsche Bundesbank („Bundesbank“) schriftlich über den beabsichtigten Erwerb in Kenntnis setzen muss. Eine bedeutende Beteiligung wird angenommen, wenn unmittelbar oder mittelbar über ein oder mehrere Tochterunternehmen oder ein gleichartiges Verhältnis oder im Zusammenwirken mit anderen Personen oder Unternehmen mindestens 10 % des Kapitals oder der Stimmrechte des Instituts gehalten werden oder wenn auf die Geschäftsführung des Instituts, an dem eine Beteiligung gehalten wird, ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Die erforderliche Mitteilung muss u. a. Angaben über die Zuverlässigkeit der Person oder, im Fall einer Personengesellschaft oder anderen juristischen Person, die Zuverlässigkeit ihrer gesetzlichen oder satzungsgemäßen Vertreter enthalten.

Eine Person, die eine bedeutende Beteiligung hält, muss zudem die BaFin und die Bundesbank unverzüglich schriftlich unterrichten, wenn sie beabsichtigt, die Höhe ihrer Beteiligung so zu erhöhen, dass die Schwellen von 20 %, 30 % oder 50 % der Stimmrechte oder des Kapitals erreicht oder überschritten werden oder dass das Institut unter ihre Kontrolle kommt.

Darüber hinaus muss eine Person, die eine bedeutende Beteiligung hält, die BaFin und die Bundesbank unverzüglich schriftlich unterrichten, wenn sie beabsichtigt, ihre Beteiligung auf unter 10 % oder unter einen der vorgenannten Schwellenwerte herabzusetzen.

Die BaFin kann innerhalb eines Zeitraums von 60 Arbeitstagen nach dem Datum der Bestätigung, dass sie die vollständige Anzeige erhalten hat, den beabsichtigten Erwerb untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Erwerber oder seine gesetzlichen oder satzungsgemäßen Vertreter nicht zuverlässig sind oder nicht über die notwendige finanzielle Solidität verfügen, oder wenn festgestellt wird, dass die Beteiligung die wirksame Überwachung des jeweiligen Kreditinstituts beeinträchtigen würde, der künftige Geschäftsleiter nicht zuverlässig oder nicht fachlich geeignet ist, im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Erwerb Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung stattfanden oder versucht wurden oder der beabsichtigte Erwerb das Risiko eines solchen rechtswidrigen Verhaltens erhöhen könnte. Während des Beurteilungszeitraumes kann die BaFin weitere für ihre Beurteilung notwendige Informationen anfordern. Eine solche Anforderung hemmt den Ablauf des Beurteilungszeitraumes um bis zu 20 Arbeitstage.

Sollte eine Person trotz eines derartigen Verbots oder ohne die erforderliche Mitteilung eine bedeutende Beteiligung erwerben, kann die BaFin der Person die Ausübung der mit den Aktien verbundenen Stimmrechte

untersagen. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht eine gesetzlich vorgesehene Geldbuße verhängt werden.

Prüfung des Erwerbs von 25 % oder mehr der Stimmrechte durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Gemäß den Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie den direkten oder indirekten Erwerb von 25 % oder mehr der Stimmrechte an einer in Deutschland ansässigen Gesellschaft durch einen außerhalb der Europäischen Union und außerhalb der Europäischen Freihandelsassoziation (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) ansässigen Investor prüfen. Kommt das Ministerium zum Ergebnis, dass der Erwerb die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, kann es Anordnungen erlassen oder den Erwerb untersagen sowie dessen Rückabwicklung verlangen. Die Entscheidung zur Prüfung eines Erwerbs muss innerhalb von drei Monaten seit dem Abschluss des schuldrechtlichen Vertrages über den Erwerb der Stimmrechte, ab der Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe eines öffentlichen Erwerbsangebotes oder der Veröffentlichung der Kontrollerlangung erfolgen. Die Prüfung muss binnen zwei Monaten nach Eingang der vollständigen Unterlagen über den Erwerb erfolgen. Eine Pflicht zur Anzeige einer Akquisition besteht nicht, jedoch kann der Erwerber bei dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vorab eine Unbedenklichkeitsbescheinigung in Bezug auf eine geplante Akquisition beantragen.

Offenlegung der Geschäfte von Führungspersonen

Das Wertpapierhandelsgesetz verpflichtet Personen, die bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft Führungsaufgaben wahrnehmen („Führungspersonen“), zur Mitteilung eigener Geschäfte mit Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, an die Gesellschaft und die BaFin innerhalb von fünf Werktagen. Diese Pflicht besteht auch für Personen, die mit einer Führungsperson in einer engen Beziehung stehen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, eine von einer Führungsperson eingegangene Mitteilung unverzüglich zu veröffentlichen und der BaFin die Veröffentlichung zu übersenden sowie dem Unternehmensregister die Veröffentlichung zur Speicherung zu übermitteln. Die Pflicht besteht nicht, solange die Gesamtsumme der Geschäfte einer Führungsperson und der mit dieser Führungsperson in einer engen Beziehung stehenden Personen insgesamt einen Betrag von 5.000,00 € bis zum Ende des Kalenderjahres nicht erreicht. Führungspersonen sind Mitglieder eines Leitungs-, Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans der Gesellschaft sowie sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Folgende Personen stehen mit einer Führungsperson in einer engen Beziehung: Ehepartner, eingetragene Lebenspartner, unterhaltsberechtignte Kinder und andere Verwandte, die zum Zeitpunkt des meldepflichtigen Geschäfts seit mindestens einem Jahr mit der Führungsperson im selben Haushalt leben. Juristische Personen, bei denen die vorgenannten Personen Leitungsaufgaben wahrnehmen, unterliegen ebenfalls der Meldepflicht. Die vorstehende Regelung gilt auch für solche juristischen Personen, Gesellschaften und Einrichtungen, die direkt oder indirekt von einer Führungsperson oder einer mit einer Führungsperson in enger Beziehung stehenden Person kontrolliert werden, die zugunsten einer solchen Person gegründet wurden oder deren wirtschaftliche Interessen weitgehend denen einer solchen Person entsprechen. Bei schuldhafter Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht kann eine Geldbuße verhängt werden.

FINANZTEIL

Verkürzter Konzernzwischenabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. März 2010 (prüferisch durchgesehen)	F-3
Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	F-5
Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	F-6
Konzernbilanz	F-7
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-8
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-10
Anhangangaben	F-11
Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht	F-34
Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr (geprüft)	F-35
Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	F-36
Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	F-37
Konzernbilanz	F-38
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-40
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-42
Konzern-Anhang	F-43
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-160
Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2008 endende Geschäftsjahr (geprüft)	F-161
Einbezogen in Form eines Verweises auf das Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 9. April 2009 (deutsche Fassung), Seiten F-3 bis F-172 (siehe „ <i>Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises</i> “)	
Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2007 endende Geschäftsjahr (geprüft)	F-163
Einbezogen in Form eines Verweises auf das Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 9. April 2009 (deutsche Fassung), Seiten F-173 bis F-322 (siehe „ <i>Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises</i> “)	
Jahresabschluss (HGB) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr (geprüft)	F-165
Bilanz	F-166
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	F-168
Anhang	F-170
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F-187

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

**Verkürzter Konzernzwischenabschluss (IFRS) der
Deutsche Bank Aktiengesellschaft für den
Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. März 2010
(prüferisch durchgesehen)**

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)**Gewinn-und-Verlust-Rechnung**

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Zinsen und ähnliche Erträge	6.541	8.799
Zinsaufwendungen	2.870	4.956
Zinsüberschuss	3.671	3.843
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	262	526
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.409	3.317
Provisionsüberschuss	2.461	2.179
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	2.579	2.264
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	27	-504
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	172	-187
Sonstige Erträge	89	-357
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	5.328	3.395
Personalaufwand	3.575	2.976
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	2.200	1.983
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	140	-62
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	-
Restrukturierungsaufwand	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.944	4.897
Ergebnis vor Steuern	2.793	1.815
Ertragsteueraufwand	1.016	633
Gewinn nach Steuern	1.777	1.182
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	15	-3
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.762	1.185

Ergebnis je Aktie

	1. Quartal	
	2010	2009
Ergebnis je Aktie:		
Basic	2,77 €	1,97 €
Verwässert	2,66 €	1,92 €
Anzahl der Aktien in Millionen:		
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	636,1	602,7
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert)	663,3	616,6

Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen (nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	1.777	1.182
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-68	116
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ¹ :		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	323	-539
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	2	504
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern ¹ :		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	-29	59
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	1	2
Anpassungen aus der Währungsumrechnung ¹ :		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	587	492
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	3	-
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	30	-6
Steuern auf nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-)	86	141
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	1.003²	653³
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen	2.712	1.951
Zurechenbar:		
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	41	27
Den Deutsche Bank-Aktionären	2.671	1.924

1 Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

2 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2009 (minus 3.780 Mio €) und dem 31. März 2010 (minus 2.803 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von nicht beherrschenden Anteilen in Höhe von 26 Mio €.

3 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) und dem 31. März 2009 (minus 4.228 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von nicht beherrschenden Anteilen in Höhe von 30 Mio €.

Konzernbilanz (nicht testiert)**Aktiva**

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Barreserve	10.010	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	59.985	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	9.757	6.820
Forderungen aus Wertpapierleihen	48.760	43.509
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	262.886	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	619.633	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	151.647	134.000
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.034.166	965.320
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	26.726	18.819
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	8.011	7.788
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	266.835	258.105
Sachanlagen	3.226	2.777
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	11.627	10.169
Sonstige Aktiva	181.585	121.538
Ertragsteuerforderungen	9.754	9.240
Summe der Aktiva	1.670.442	1.500.664
Passiva:		
Einlagen	366.040	344.220
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	47.714	45.495
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	8.350	5.564
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	78.742	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	607.736	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	105.808	73.522
Investmentverträge	7.660	7.278
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	799.946	722.274
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	43.993	42.897
Sonstige Passiva	203.418	154.281
Rückstellungen	1.724	1.307
Ertragsteuerverbindlichkeiten	4.595	4.298
Langfristige Verbindlichkeiten	143.687	131.782
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	10.737	10.577
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	54	–
Summe der Verbindlichkeiten	1.630.258	1.462.695
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.589	1.589
Kapitalrücklage	14.744	14.830
Gewinnrücklagen	25.749	24.056
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	–107	–48
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–54	–
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern	–2.803	–3.780
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	39.118	36.647
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.066	1.322
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	40.184	37.969
Summe der Passiva	1.670.442	1.500.664

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
in Mio €					
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.461	14.961	20.074	- 939	- 3
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	-	-	1.185	-	-
Begebene Stammaktien	128	830	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	-	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	116	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	-330	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	509	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-2	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	-	-1	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	-2.820	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	2.924	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	-123	-	-	-
Sonstige	-	-81	-	-	-
Bestand zum 31. März 2009	1.589	15.255	21.374	- 326	- 3
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.589	14.830	24.056	- 48	-
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	-	-	1.762	-	-
Begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	-	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	-68	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	-337	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	761	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	101	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-54
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	-108	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	-2.951	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	2.131	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	-3	-	-	-
Sonstige	-	261	-1	-	-
Bestand zum 31. März 2010	1.589	14.744	25.749	- 107	- 54

- 1 Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.
- 2 Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ²	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cash-flows absichern, nach Steuern ²	Anpassungen aus der Währungs-umrechnung, nach Steuern ²	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
-855	-346	-3.628	-22	-4.851	30.703	1.211	31.914
-12	184	459	-8	623	1.808	27	1.835
-	-	-	-	-	958	-	958
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	116	-	116
-	-	-	-	-	-330	-	-330
-	-	-	-	-	509	-	509
-	-	-	-	-	-2	-	-2
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-1	-	-1
-	-	-	-	-	-2.820	-	-2.820
-	-	-	-	-	2.924	-	2.924
-	-	-	-	-	-123	-	-123
-	-	-	-	-	-81	-1	-82
-867	-162	-3.169	-30	-4.228	33.661	1.237	34.898
-186	-134	-3.521	61	-3.780	36.647	1.322	37.969
288	-21	680	30	977	2.739	41	2.780
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-68	-	-68
-	-	-	-	-	-337	-	-337
-	-	-	-	-	761	-	761
-	-	-	-	-	101	-	101
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-54	-	-54
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-108	-	-108
-	-	-	-	-	-2.951	-	-2.951
-	-	-	-	-	2.131	-	2.131
-	-	-	-	-	-3	-	-3
-	-	-	-	-	260	-297	-37
102	-155	-2.841	91	-2.803	39.118	1.066	40.184

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Gewinn nach Steuern	1.777	1.182
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorrsorge im Kreditgeschäft	262	526
Restrukturierungsaufwand	-	-
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-32	-512
Latente Ertragsteuern, netto	395	-287
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	577	1.586
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-150	139
Gewinn nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	2.829	2.634
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	-1.115	-5.775
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	-5.616	2.480
Handelsaktiva und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-29.507	216.345
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-15.095	4.989
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-3.260	4.856
Sonstige Aktiva	-51.851	-12.442
Einlagen	2.480	-9.545
Handelsspassiva und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	26.710	-206.340
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ¹	30.967	6.848
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	1.869	-28.211
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	309	-3.978
Sonstige Passiva	44.497	14.518
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ²	9.718	-5.199
Sonstige, per saldo	-3.627	-4.715
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	9.308	-23.535
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.572	2.137
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	916	3.732
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	116	120
Verkauf von Sachanlagen	57	12
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-3.355	-3.607
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-54	-3.257
Sachanlagen	-191	-136
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen	2.124	-
Sonstige, per saldo	-204	-1.381
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	981	-2.380
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	41	236
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-138	-334
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities)	89	-
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-10	-
Kauf Eigener Aktien	-2.951	-2.820
Verkauf Eigener Aktien	2.127	2.569
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-3	-1
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-277	-3
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.122	-353
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	769	1.766
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	9.936	-24.502
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.549	65.264
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	61.485	40.762
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	155	208
Gezahlte Zinsen	2.949	6.136
Erhaltene Zinsen und Dividenden	6.318	9.673
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserve	10.010	11.256
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 8.510 Mio € per 31.3.2010 und von 15.326 Mio € per 31.3.2009)	51.475	29.506
Insgesamt	61.485	40.762

1 Einschließlich Emission von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 4.679 Mio € und Rückzahlung/Rücklauf in Höhe von 5.155 Mio € bis zum 31. März 2010 (bis 31. März 2009: 3.506 Mio € und 4.550 Mio €).

2 Einschließlich Emission in Höhe von 10.662 Mio € und Rückzahlung/Rücklauf in Höhe von 8.129 Mio € bis zum 31. März 2010 (bis 31. März 2009: 9.813 Mio € und 12.396 Mio €).

Der Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG im Geschäftsjahr 2009, einschließlich des nicht zahlungswirksamen Teils, ist im Finanzbericht 2009 in Note [16] beschrieben.

Anhangangaben

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung, zur Bilanz und zu sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 gelesen werden, der nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt wurde, mit Ausnahme der Erstanwendung der überarbeiteten Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“, der geänderten Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“, und der Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“), deren Auswirkung auf den Konzernabschluss im Abschnitt „Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften“ dargelegt wird.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2010 gewertet werden.

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugleichen. Entsprechende Anpassungen im Geschäftsjahr 2009 führten im ersten Quartal 2009 zu einer einmaligen Auflösung der Wertberichtigung in Höhe von 60 Mio € sowie im ersten Quartal 2010 zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 28 Mio €.

Im zweiten Quartal 2009 wurde die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung rückwirkend angepasst, um Prämien für Finanzgarantien als Aufwand darzustellen, anstatt sie gegen die Erträge zu verrechnen, da sie in keinem direkten Bezug zu ertragsgenerierenden Aktivitäten stehen. Diese Anpassungen hatten keine Auswirkung auf das Ergebnis nach Steuern, aber einen Anstieg der Sonstigen Erträge und des Sachaufwands und sonstigen Aufwands in Höhe von jeweils 36 Mio € zur Folge.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses im ersten Quartal 2010 zur Anwendung kamen.

IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum Fair Value zum Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, zu dem der Erwerber einen beherrschenden Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Beteiligungsanteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragenen Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, zum Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in den Geschäftsjahren in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewandt werden. IFRS 3 R wurde auf den Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe angewandt. Im Gegensatz zu früheren Akquisitionen wurden alle Transaktionskosten als Aufwand erfasst. Für eine detaillierte Darstellung verweisen wir auf „Sonstige Finanzinformationen“ in diesem Bericht. IFRS 3 R und IAS 27 R können im Vergleich zu den früheren Versionen der Standards wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, wenn Akquisitionen und Veräußerungen getätigt werden.

Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“)

Im April 2009 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 31. März 2010 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

IAS 24

Im November 2009 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ („IAS 24 R“). IAS 24 R gewährt eine teilweise Ausnahme von den Offenlegungspflichten für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sogenannte „Government-related Entities“), und enthält eine Klarstellung der Definition eines nahestehenden Dritten. Die überarbeitete Fassung von IAS 24 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 9

Im November 2009 veröffentlichte der IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert. Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn die folgenden zwei Kriterien erfüllt sind: (a) Die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens liegt darin, die finanziellen Vermögenswerte zu halten, um damit die vertraglich festgelegten Zahlungsströme zu erzielen; und (b) die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungen und Zinszahlungen darstellen. Ein finanzieller Vermögenswert, der die Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, kann nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, wenn hierdurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz erheblich verringert oder beseitigt werden. Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht beide Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, wird in der Folge zum Fair Value bewertet. Ferner ist unter IFRS 9 für finanzielle Basisverträge eine Trennung eingebetteter Derivate nicht mehr erforderlich. Ein hybrider Vertrag, der einen finanziellen Basisvertrag beinhaltet, ist in seiner Gesamtheit entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum Fair Value zu klassifizieren. Nach IFRS 9 ist eine Umklassifizierung zwingend vorzunehmen, wenn sich das Geschäftsmodell des Unternehmens ändert. Solche Änderungen sind selten zu erwarten. In diesem Fall hat eine Umgliederung der betreffenden finanziellen Vermögenswerte prospektiv zu erfolgen. Für vertraglich verknüpfte Instrumente, bei denen Konzentrationen des Kreditrisikos vorliegen, wie es häufig bei Tranchen von Investments in Verbriefungen der Fall ist, gibt es spezifische Regelungen. Zusätzlich zu der Beurteilung der Klassifizierungskriterien von IFRS 9 für das einzelne Finanzinstrument ist eine Durchschau auf die Zahlungsstromereigenschaften des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten erforderlich. Um zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet zu werden, muss das Kreditrisiko der Tranche gleich oder geringer sein als das durchschnittliche Kreditrisiko des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten und diese Finanzinstrumente müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Ist eine Durchschau praktisch nicht möglich, muss die Tranche als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden. Nach IFRS 9 sind alle Eigenkapitaltitel grundsätzlich zum Fair Value zu bewerten. Allerdings besteht für Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, unrealisierte und realisierte Fair-Value-Gewinne und -Verluste erfolgsneutral unter den Nicht in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten auszuweisen. Dieses Wahlrecht ist nur zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes fallweise ausübbar und nicht revidierbar. Fair-Value-Gewinne und -Verluste werden in den Folgeperioden nicht erfolgswirksam, Dividenden aus solchen Investments hingegen weiterhin erfolgswirksam in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung erfasst. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 9 ist retrospektiv anzuwenden, jedoch ist bei einer Anwendung vor dem 1. Januar 2012 keine Anpassung der Vergleichsperioden notwendig. Darüber hinaus können Unternehmen, die den Standard vor dem 1. Januar 2011 anwenden, als Erstanwendungszeitpunkt, an dem die Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte festgelegt wird, jedes Datum ab der Veröffentlichung von IFRS 9 bis zum 1. Januar 2011 wählen. IFRS 9 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 9 auf den Konzernabschluss.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Es gab in den ersten drei Monaten 2010 keine wesentlichen organisatorischen Änderungen mit Wirkung auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden auch für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, falls diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Die folgende Transaktion wirkte sich auf die Segmentberichterstattung des Konzerns aus: Zum 15. März 2010 erwarb der Konzern die Sal. Oppenheim Gruppe, die mit Ausnahme des Geschäfts der BHF-Bank dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zugeordnet ist. Das Geschäft der BHF-Bank ist dem Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Die Finanzkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäftstätigkeiten refinanzieren können. Die Bank veranlasste daraufhin eine Überprüfung ihrer internen Refinanzierungssysteme und beschloss im zweiten Quartal 2009 eine Verfeinerung ihrer internen Refinanzierungsätze, die eine angemessenere Vergütung für Liquidität aus unbesicherten Finanzierungsquellen vorsieht und die Risiken bestimmter Vermögenswerte stärker berücksichtigt.

Nachfolgend sind die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche im ersten Quartal 2010 beschrieben:

- GTB (29 Mio €) und AWM (5 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (25 Mio €) und CI (9 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das erste Quartal 2010 und 2009.

1. Quartal 2010 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	5.992	636	6.628	831	1.412	2.244	220	-93	8.999
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	93	-4	90	3	170	173	0	-0	262
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.295	520	3.816	832	1.053	1.885	156	87	5.944
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	140	-	140	0	-	0	-	-	140
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	29	-	-	-	-	-	29
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	14	-	14	1	0	1	-1	-15	-
Ergebnis vor Steuern	2.589	119	2.708	-5	189	184	65	-165	2.793
Aufwand-Ertrag-Relation	55%	82%	58%	100%	75%	84%	71%	N/A	66%
Aktiva ¹	1.442.197	57.377	1.483.087	57.028	129.831	186.830	43.802	10.624	1.670.442
Durchschnittliches Active Equity ²	14.914	1.277	16.191	5.754	3.400	9.154	5.264	6.992	37.601
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ³	69%	37%	67%	-0%	22%	8%	5%	N/A	30%

N/A – nicht aussagefähig

- Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 29 %.

1. Quartal 2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	4.255	666	4.922	514	1.381	1.896	153	267	7.238¹
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	356	1	357	5	165	169	-0	-0	526
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.581	438	3.019	687	1.010	1.697	89	91	4.897
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-64	-	-64	0	-	0	-	2	-62
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	-	1	-4	-0	-4	0	3	-
Ergebnis vor Steuern	1.318	227	1.545	-173	206	33	65	173	1.815
Aufwand-Ertrag-Relation	61%	66%	61%	134%	73%	90%	58%	N/A	68%
Aktiva (zum 31.12.2009) ²	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ³	20.328	1.163	21.491	4.715	3.681	8.395	2.913	347	33.146
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	26%	78%	29%	-15%	22%	2%	9%	N/A	22%

N/A – nicht aussagefähig

- Beinhaltet eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen, welche für die Berechnung der Zielgrößendefinitionen unberücksichtigt bleibt.
- Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 23 %.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Im ersten Quartal 2010 verzeichnete Consolidation & Adjustments einen Verlust vor Steuern von 165 Mio € gegenüber einem Gewinn vor Steuern von 173 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf unterschiedliche Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und IFRS zurückzuführen. Im Vergleichsquartal des Vorjahres waren Eurozinssätze deutlich zurückgegangen, was zu einem Gewinn bei ökonomisch abgesicherten kurzfristigen Positionen führte, der teilweise durch die Umkehrung von Gewinnen aus solchen Positionen aus Vorperioden ausgeglichen wurde. Im Berichtsquartal ergab sich ein geringer Verlust aus der Umkehrung solcher Gewinne aus Vorperioden.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für das erste Quartal 2010 und 2009.

in Mio €	Corporate and Investment Bank 1. Quartal	
	2010	2009
Sales & Trading (Equity)	944	215
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.802	3.812
Sales & Trading insgesamt	4.746	4.027
Emissionsgeschäft (Equity)	116	90
Emissionsgeschäft (Debt)	316	130
Emissionsgeschäft insgesamt	432	220
Beratung	131	129
Kreditgeschäft	513	645
Transaction Services	636	666
Sonstige Produkte	170	-765
Insgesamt¹	6.628	4.922

1 Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Die Darstellung der Sales & Trading Erträge wurde im ersten Quartal 2010 aufgrund einer Überprüfung der Zuordnung von bestimmten Ertragskomponenten zu den Produktkategorien angepasst. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst. Die Überprüfung resultierte in einem Transfer von ungefähr 60 Mio € negativen Erträgen von Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) zu Sales & Trading (Equity) im ersten Quartal 2009. Die Erträge von CIB blieben insgesamt unverändert.

in Mio €	Private Clients and Asset Management 1. Quartal	
	2010	2009
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	577	443
Beratungs-/Brokeragegeschäft	420	405
Kreditgeschäft	657	628
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	473	436
Sonstige Produkte	116	-17
Insgesamt¹	2.244	1.896

1 Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Die Darstellung der Erträge in PCAM wurde im ersten Quartal 2010 aufgrund einer Überprüfung und Verfeinerung der Produktklassifizierungen angepasst. Die Änderungen betrafen vor allem die Erträge des Einlagengeschäfts, die bisher zusammen mit Erträgen aus dem Kreditgeschäft berichtet wurden. Die Erträge des Einlagengeschäfts wurden jetzt mit Erträgen aus Zahlungsverkehr zusammengefasst. Erträge aus Kreditprodukten werden jetzt separat berichtet. Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen, zuvor unter Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen ausgewiesen, werden jetzt unter Beratungs-/Brokeragegeschäft berichtet. Diese Änderungen erhöhen die Transparenz und bilden das Management der Produkte besser ab. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst. Die Erträge von PCAM blieben insgesamt unverändert.

Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)**Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen**

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Zinsüberschuss	3.671	3.843
Handelsergebnis ¹	3.126	1.926
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	-547	338
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	2.579	2.264
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	6.250	6.107
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:		
Sales & Trading (Equity)	797	0
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.357	3.996
Sales & Trading insgesamt	4.154	3.996
Kreditgeschäft ³	297	368
Transaction Services	268	273
Übrige Produkte ⁴	156	11
Corporate and Investment Bank insgesamt	4.876	4.648
Private Clients and Asset Management	1.033	986
Corporate Investments	10	370
Consolidation & Adjustments	331	103
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	6.250	6.107

- 1 Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.
- 2 Beinhaltet Verluste in Höhe von 30 Mio € für das erste Quartal 2010 (erstes Quartal 2009: minus 106 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Fair-Value-Änderungen korrespondierender Instrumente in Höhe von 54 Mio € für das erste Quartal 2010 (erstes Quartal 2009: minus 400 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.
- 3 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.
- 4 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	811	727
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	912	830
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	738	622
Provisionsüberschuss insgesamt	2.461	2.179

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Aufwendungen für Pensionspläne:		
Laufender Dienstzeitaufwand	58	51
Zinsaufwand	128	116
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	-120	-102
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	7	9
Pensionspläne insgesamt	73	74
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:		
Laufender Dienstzeitaufwand	1	1
Zinsaufwand	2	2
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	3	3
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	76	77
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	71	64
Pensionsaufwendungen insgesamt	147	141
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	42	39

Die gesamten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2010 voraussichtlich 275 Mio € betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2010 erfolgen wird.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:		
EDV-Aufwendungen	503	425
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	359	352
Aufwendungen für Beratungsleistungen	300	253
Kommunikation und Datenadministration	177	176
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	120	93
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	98	104
Marketingaufwendungen	64	64
Übrige Aufwendungen	579	516
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	2.200	1.983

Angaben zur Bilanz (nicht testiert)**Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen**

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	232.733	206.710
Sonstige Handelsaktiva ¹	30.153	28.200
Handelsaktiva insgesamt	262.886	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	619.633	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	103.945	89.977
Forderungen aus Wertpapierleihen	22.967	19.987
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.528	12.964
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	12.207	11.072
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	151.647	134.000
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.034.166	965.320

1 Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 23.412 Mio € zum 31. März 2010 (31. Dezember 2009: 21.847 Mio €).

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Handelspassiva:		
Wertpapiere	75.528	62.402
Sonstige Handelspassiva	3.214	2.099
Handelspassiva insgesamt	78.742	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	607.736	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	83.443	52.795
Kreditzusagen	434	447
Langfristige Verbindlichkeiten	15.968	15.395
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	5.963	4.885
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	105.808	73.522
Investmentverträge ¹	7.660	7.278
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	799.946	722.274

1 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Festverzinsliche Wertpapiere	20.074	13.851
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.906	3.268
Sonstiger Anteilsbesitz	1.212	699
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.534	1.001
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	26.726	18.819

Der Anstieg der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte ist im Wesentlichen auf die Erstkonsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe zurückzuführen.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

Im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 wurden bestimmte Handelsaktiva und finanzielle Vermögenswerte aus der Bilanzkategorie „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgegliedert. Im ersten Quartal 2010 wurden keine weiteren Umgliederungen vorgenommen.

Voraussetzung für eine Umgliederung ist, dass das Management die Zweckbestimmung des Vermögenswerts von einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht in die Absicht des Haltens auf absehbare Zeit geändert hat und die Bank die Fähigkeit besitzt, diesen für absehbare Zeit im Bestand zu halten. Die Umgliederung erfolgt dann zum Fair Value des Vermögenswerts zum jeweiligen Umgliederungstichtag.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values aller in 2008 und 2009 umklassifizierten Vermögenswerte.

in Mio €	Kumulierte Reklassifizierungen bis 31.3.2010			Kumulierte Reklassifizierungen bis 31.3.2009		
	Buchwert am Umbuchungsstichtag	31.3.2010		Buchwert am Umbuchungsstichtag	31.3.2009	
		Buchwert	Fair Value		Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	26.594	23.817	21.483	26.594	26.735	22.655
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.354	9.192	8.264	11.354	11.390	8.774
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	37.948	33.009¹	29.747	37.948	38.125	31.429

1 Der Rückgang der Buchwerte seit Reklassifizierung ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen, Wertberichtigungen und Verkäufe zurückzuführen.

Die Bandbreiten für die Effektivzinssätze auf Basis gewichteter Durchschnitte einzelner Geschäftsbereiche und die erwarteten erzielbaren Cashflows waren am Umbuchungsstichtag wie folgt.

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Kumulierte Reklassifizierungen bis 31.3.2010		Kumulierte Reklassifizierungen bis 31.3.2009	
	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Effektivzinssätze am Umbuchungsstichtag				
obere Grenze	13,1%	9,9%	13,1%	9,9%
untere Grenze	2,8%	3,9%	2,8%	3,9%
Erwartete erzielbare Cashflows am Umbuchungsstichtag	39,6	17,6	39,6	17,6

Wären die finanziellen Vermögenswerte nicht reklassifiziert worden, hätten sich die folgenden Effekte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten des Konzerns ergeben.

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) aus umklassifizierten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	222	-1.044
Wertminderungsverluste (-) aus bereits wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-8	-106
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	125	-405

Nach der Umgliederung haben die umklassifizierten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zu dem Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	1. Quartal	
	2010	2009
Zinserträge	320	388
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-104	-155
Sonstige Erträge ¹	-7	-
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva	209	233
Zinserträge	37	67
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-63
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	37	4

1 Der Verlust aus abgewickelten Verkäufen von Krediten betrug 2 Mio €. Dieser setzt sich zusammen aus einem Verlust von 7 Mio € und der Auflösung von nicht genutzter Kreditrisikovorsorge von 5 Mio € für verkaufte Kredite.

Aus im ersten Quartal 2009 umklassifizierten Handelsaktiva waren unrealisierte Fair-Value-Verluste von 87 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das vierte Quartal 2008 und unrealisierte Fair-Value-Verluste von 48 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das erste Quartal 2009 enthalten.

Problemkredite und IFRS-wertgeminderte Kredite

Im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim hat der Konzern verschiedene Kredite erworben, für die zuvor eine einzeln ermittelte Wertberichtigung von Sal. Oppenheim gebildet worden war. Diese Kredite hat der Konzern zum Fair Value in die Bilanz übernommen, der die Kreditqualität dieser Kredite reflektierte. Da sich die Erwartungen des Konzerns an diese Kredite seit ihrer Akquisition nicht verändert haben, betrachtet er sie nicht als Problemkredite.

in Mio €	31.3.2010			31.12.2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	5.883	2.276	8.159	5.937	2.186	8.123
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	143	265	408	55	266	321
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	364	144	508	252	217	469
Problemkredite insgesamt	6.390	2.685	9.075	6.244	2.669	8.913
davon: IFRS-wertgeminderte Kredite	4.975	2.393	7.368	4.903	2.298	7.201

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	1. Quartal 2010			1. Quartal 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	89	178	267	359	179	539
Nettoabschreibungen	-71	-98	-169	-80	-112	-192
Abschreibungen	-79	-124	-203	-92	-142	-234
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	8	26	34	11	31	42
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/ Sonstige	5	9	14	7	-6	1
Bestand am Periodenende	2.052	1.403	3.455	1.263	1.022	2.285

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	1. Quartal 2010			1. Quartal 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	83	124	207	98	112	210
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-6	1	-5	-	-13	-13
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-	-	-
Veränderung des Konsolidierungskreises	9	-	9	-	-	-
Wechselkursveränderungen	1	5	5	3	4	7
Bestand am Periodenende	87	130	217	101	103	204

Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	45.646	43.890
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	6.951	6.837
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	5.488	9.229
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	86.573	33.496
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	144.658	93.452
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.648	3.426
Sonstige	33.279	24.660
Sonstige Aktiva insgesamt	181.585	121.538

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	40.002	40.448
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	28.845	31.427
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	2.707	5.708
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	82.182	33.214
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	153.736	110.797
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.571	3.713
Sonstige	46.111	39.771
Sonstige Passiva insgesamt	203.418	154.281

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen:		
mit fester Verzinsung	82.850	76.536
mit variabler Verzinsung	52.913	47.646
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen:		
mit fester Verzinsung	3.861	3.548
mit variabler Verzinsung	4.063	4.052
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	143.687	131.782

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	31.3.2010	31.12.2009
Ausgegebene Stammaktien	620,9	620,9
Eigene Aktien im Bestand	2,0	0,7
– davon Aktienrückkaufprogramm	1,0	0,6
– davon sonstige Bestände	1,0	0,1
Ausstehende Stammaktien	618,9	620,2

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die folgenden beiden Tabellen geben einen Überblick über das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoaktiva des Konzerns. Zahlenangaben basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss präsentierten Eigenkapitalstandard („Basel II“), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde.

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente:		
Stammaktien	1.589	1.589
Kapitalrücklage	14.744	14.830
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile ohne beherrschenden Einfluss	23.832	21.807
Vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	-11.815	-10.238
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten:		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	-2.246	-2.120
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	-3.175	-1.033
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	-982	-1.045
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten ¹	-6.403	-4.198
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	21.948	23.790
Zusätzliches Tier-1-Kapital:		
Nicht kumulative Vorzugsanteile	10.889	10.616
Zusätzliches Tier-1-Kapital	10.889	10.616
Tier-1-Kapital insgesamt	32.837	34.406
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	456	331
Kumulative Vorzugsanteile	298	294
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	7.349	7.096
Teilweise vom Tier-2-Kapital in Abzug gebrachte Posten ¹	-6.403	-4.198
Tier-2-Kapital insgesamt	1.700	3.523

1 Gemäß § 10 Absatz 6 und § 10 Absatz 6a in Verbindung mit § 10a KWG.

Aufsichtsrechtliche Risikoaktiva und Kapitaladäquanzquoten

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2010	31.12.2009
Kreditrisiko	231.160	217.003
Marktrisiko	28.214	24.880
Operationelles Risiko	33.092	31.593
Risikoaktiva	292.466	273.476
Tier-1-Kapitalquote	11,2%	12,6%
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	7,5%	8,7%
Eigenkapitalquote	11,8%	13,9%

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben gezeigten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den

Kapitaladäquanzquoten enthalten, wir nutzen jedoch diese Übergangsregelung für die Meldung unserer Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Zum 31. März 2010 betrug der Übergangsposten 451 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoaktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich zum Ende des Berichtsquartals unsere gemeldete Tier-1-Kapitalquote und unsere Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 11,4 % beziehungsweise 11,9 %.

Zusagen und Eventualverbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den Nominalwert der unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten des Konzerns. Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	31.3.2010	31.12.2009
Unwiderrufliche Kreditzusagen	104.595	104.125
Eventualverbindlichkeiten	58.426	52.183
Insgesamt	163.021	156.308

Die hier gezeigten Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten bilden nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme aus diesen Verträgen ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme fällig werden. Eventuell verlangt der Konzern die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern Einschätzungen in großem Umfang, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes der nachstehend dargestellten Verfahren, die jeweils mehrere Streitgegenstände umfassen, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

Steuerbezogene Finanzprodukte. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und/oder frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten in diesen Verfahren, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irregeführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um als Sammelklagen bezeichnete Verfahren. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 91 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa neun weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages), einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Deutschen Bank wird außergerichtlich eine Anzahl weiterer Ansprüche

geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden bereits beigelegt. Von diesen außergerichtlich geltend gemachten Ansprüchen sind noch fünf ungeregelt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und Anfang 2002 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen, einschließlich der Deutschen Bank, bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Bereitstellung und Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. In einem Strafverfahren gegen vier Personen, die das DOJ im Jahr 2005 angeklagt hatte, wurden im Dezember 2008 drei Personen verurteilt. Im Mai 2009 wurden vier weitere Personen strafrechtlich verurteilt, die das DOJ wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, angeklagt hatte. Im Juni 2009 hat das DOJ fünf weitere Personen wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, und zwei ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Deutschen Bank angeklagt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof (BGH) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch die Grundlage seiner Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung der Deutschen Bank AG ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € samt Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen sind weder die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens noch die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH ausreichend dargelegt worden.

Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften (zusammen die „Deutsche Bank“) haben Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und

Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und dem Handel mit Asset-backed Securities (verzinslichen strukturierten Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten, einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps, beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) sowohl nach Bundesrecht als auch dem Recht einzelner Bundesstaaten sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation („Countrywide“) oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere bezieht, sowie ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Central District of California, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter Mortgage Pass-through Certificates von der Countrywide bezieht; (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch der DBSI, als Platzeure verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden und von dem DBSI am 31. März 2010 noch nicht rechtskräftig ausgenommen wurde; und (6) eine von der Federal Home Loan Bank of San Francisco („FHLB SF“) beim San Francisco Superior Court eingereichte Klage bezüglich der Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, als Emittenten und Platzeure verschiedener von der FHLB SF erworbener Mortgage Pass-through Certificates. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank, einschließlich der DBSI, Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Am 5. April 2010 hat das Gericht dem Abweisungsantrag der Deutschen Bank teilweise stattgegeben und teilweise abgelehnt. Ansonsten befinden sich diese zivilrechtlichen Verfahren in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Am 24. März 2010 hat das Gericht die Sammelklage abgewiesen, jedoch den Klägern die Möglichkeit eingeräumt, eine erweiterte Klage einzureichen. Die Deutsche Bank AG, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 16 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Das als Sammelklage bezeichnete Verfahren und zwölf der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich vier der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wurde behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden jedoch am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen.

Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association ab, die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, in denen sich die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen

sowie Kunden, die wohl tätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben hatten, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS von der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften erworben hatten, zu erarbeiten, eine Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt und bestimmte zusätzliche Absprachen enthält, nach denen die SEC berechtigt ist, eine zusätzliche Geldbuße von der DBSI zu verlangen, wenn die DBSI nach Auffassung der SEC ihre Verpflichtungen aus dem Vergleich nicht einhält. Seitdem hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

ÖBB. Im September 2005 schloss die Deutsche Bank AG einen Portfolio Credit Default Swap („PCDS“) mit der ÖBB Infrastruktur Bau AG („ÖBB“), einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft. Unter dem PCDS übernahm die ÖBB das Ausfallrisiko einer mit AAA gerateten Tranche über 612 Mio € aus einem diversifizierten Portfolio von Unternehmen und Asset-backed Securities („ABS“). Aufgrund der Entwicklung des ABS-Markts seit Mitte 2007 entwickelte sich der Marktwert des PCDS negativ.

Im Juni 2008 erhob die ÖBB beim Handelsgericht in Wien Klage gegen die Deutsche Bank AG und beantragte, den PCDS für rechtsunwirksam erklären zu lassen. Die ÖBB war der Auffassung, dass das Geschäft gegen österreichische Rechtsvorschriften verstoße, und behauptete, über bestimmte Merkmale des PCDS nicht zutreffend informiert worden zu sein. Die Klage der ÖBB wurde im Januar 2009 vom Handelsgericht abgewiesen. Am 25. Juni 2009 hat das Oberlandesgericht Wien die durch die ÖBB eingelegte Berufung gegen die Entscheidung des Handelsgerichts zurückgewiesen. ÖBB hat am 21. September 2009 außerordentliche Revision zum Obersten Gerichtshof eingelegt. Am 15. Januar 2010 haben sich ÖBB und die Deutsche Bank AG geeinigt, den Streit zu vergleichen. Der Vergleich hatte keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Deutsche Bank AG.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Das Verfahren befindet sich in einem frühen Stadium.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für getätigte vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 31. März 2010 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 21 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 42 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2009 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 9 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 21 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Kredite

An nahestehende Unternehmen begebene Kredite und gewährte Garantien entwickelten sich im Berichtszeitraum beziehungsweise im Geschäftsjahr 2009 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2010	31.12.2009
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	965	834
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2	366
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	94	209
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	-182	-83
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-1	57
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand²	690	965
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	5	4
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	-	31
Garantien und sonstige Verpflichtungen ³	164	135

1 In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden.

2 Davon waren zum 31. März 2010 keine Forderungen und zum 31. Dezember 2009 15 Mio € überfällig. Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. März 2010 2 Mio € (31. Dezember 2009: 4 Mio €) auf Joint Ventures.

3 Beinhaltet Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe, Haftungsübernahmeerklärungen und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2010	31.12.2009
Einlagen, Anfangsbestand	367	246
Einlagenzuflüsse	43	287
Einlagenabflüsse	45	161
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	-115	-6
Wechselkursveränderungen/Sonstige	1	1
Einlagen, Endbestand²	251	367

1 In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Von diesen Unternehmen erhaltene Einlagen werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden.

2 Die oben genannten Einlagen wurden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs getätigt. Zum 31. März 2010 waren im Bestand Einlagen von Joint Ventures in Höhe von 0,5 Mio € (31. Dezember 2009: 0,4 Mio €) enthalten.

Zum 31. März 2010 bestanden positive und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen jeweils in Höhe von 4,3 Mrd € beziehungsweise 3,6 Mrd €. Positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit assoziierten Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2009 3,7 Mrd € beziehungsweise 3,0 Mrd €.

Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Postbank AG

Im Geschäftsjahr 2009 hat die Deutsche Bank AG zusätzlich zum Erwerb der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG einen Vertrag über eine Kooperation mit der Postbank abgeschlossen. Die Kooperation umfasst die Bereiche Investmentprodukte, Finanzierungsprodukte, Firmenkundengeschäft und gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Bereiche Einkauf und IT-Infrastruktur.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Zum 31. März 2010 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Wesentliche Transaktionen

Sal. Oppenheim. Am 15. März 2010 schloss die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an der Sal. Oppenheim Gruppe zu einem in bar entrichteten Kaufpreis von insgesamt rund 1,3 Mrd € ab. Von dieser Summe entfielen rund 0,3 Mrd € auf die BHF Asset Servicing GmbH („BAS“), die weiterverkauft und von der übrigen Sal. Oppenheim Gruppe getrennt bilanziert wird. Der Erwerb ist Teil der Rahmenvereinbarung, die im vierten Quartal 2009 mit den früheren Gesellschaftern der in Luxemburg ansässigen Holding Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. („Sal. Oppenheim S.C.A.“) getroffen wurde und diesen die Option gewährt, sich mit bis zu 20 % langfristig an der deutschen Privatbanktochter Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA zu beteiligen. Zum Bilanzstichtag hatte die Option einen Fair Value von null. Der Erwerb stärkt die Asset and Wealth Management-Aktivitäten der Deutschen Bank in Europa, insbesondere in Deutschland.

Mit dem Erwerb erlangte der Konzern einen beherrschenden Einfluss über die Sal. Oppenheim S.C.A., welche anschließend eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Bank wurde. Sämtliche Geschäftsaktivitäten der Sal. Oppenheim Gruppe, darunter das gesamte Asset Management, die Investmentbank, die BHF-Bank Gruppe („BHF-Bank“), die BAS und das in einer eigenständigen Holding geführte Private-Equity-Dachfondsgeschäft der Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A. gingen auf die Deutsche Bank über. Alle Geschäftseinheiten der Sal. Oppenheim Gruppe wurden in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management integriert, mit Ausnahme der BAS und BHF-Bank, welche in den Konzernbereich Corporate Investments aufgenommen wurden. Da bis zum 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen erteilt wurden, ist der Erwerbszeitpunkt auf diesen Tag festgesetzt worden. Entsprechend wurde Sal. Oppenheim in den Konzernabschluss des ersten Quartals 2010 einbezogen.

Im Jahresverlauf 2010 wird Sal. Oppenheim sein Investment-Banking-Geschäft einstellen. Die Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales wurden im zweiten Quartal 2010 von der australischen Macquarie Gruppe übernommen. Die BHF-Bank wird als separate Einheit weitergeführt, während die Deutsche Bank verschiedene strategische Optionen mit der BHF-Bank prüft. Der vereinbarte Verkauf der BAS an die Bank of New York Mellon wird voraussichtlich im dritten Quartal 2010 abgeschlossen werden. Zum 31. März 2010 werden die BAS und das verkaufte Investment-Banking-Geschäft als zum Verkauf bestimmt bilanziert. Ferner erwarb der Konzern im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die im ersten Quartal 2010 weiterverkauft wurden.

Der erwartete Fair Value des für die Sal. Oppenheim Gruppe und die BAS entrichteten Gesamtkaufpreises beträgt zum Erwerbszeitpunkt rund 1,3 Mrd €. Es wurden jedoch weitere Vereinbarungen mit den früheren Gesellschaftern von Sal. Oppenheim S.C.A. geschlossen, die dazu führen könnten, dass sich der Kaufpreis in Abhängigkeit von der Entwicklung bestimmter Risikopositionen (Rechts- und Kreditrisiken) bis zum Jahr 2015 um bis zu rund 0,5 Mrd € erhöht. Zum Bilanzstichtag hatte diese bedingte Kaufpreiskomponente einen geschätzten Fair Value von null. Auf Basis vorläufig bestimmter Fair Values für erworbene identifizierbare Vermögenswerte und übernommene Schulden werden durch die Akquisition ein Goodwill von rund 0,9 Mrd € beziehungsweise sonstige immaterielle Vermögenswerte von rund 0,2 Mrd € ausgewiesen. Die Allokation des Kaufpreises und die Bestimmung des Netto-Fair-Value der zum Zeitpunkt der Akquisition identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten der Sal. Oppenheim Gruppe sind noch nicht abgeschlossen.

Der aus der Akquisition hervorgehende Goodwill setzt sich hauptsächlich aus Synergien zusammen, die durch die Zusammenlegung der relevanten Geschäftsaktivitäten in den Bereichen der Vermögensverwaltung sowie aufgrund einer größeren Marktpräsenz in diesen Geschäftsbereichen in Deutschland, Luxemburg, der Schweiz und Österreich zu erwarten sind. Der Goodwill wird voraussichtlich nicht steuerlich abzugsfähig sein. Zu den ausgewiesenen sonstigen immateriellen Vermögenswerten zählen hauptsächlich Software, Kundenbeziehungen und Markennamen. Bei der Allokation des Kaufpreises setzte die Deutsche Bank eine Eventualverbindlichkeit von 0,4 Mrd € für Risiken im Zusammenhang mit bestimmten von Sal. Oppenheim erworbenen Geschäftseinheiten an. Derzeit ist davon auszugehen, dass die Verbindlichkeit in den kommenden fünf Jahren beglichen sein wird. Die Deutsche Bank analysiert weiterhin die Risiken und den möglichen Zeitrahmen der Mittelabflüsse.

Im Anschluss an die Akquisition aber noch am Abschlusstag des Erwerbs führte die Deutsche Bank bei ihrer neuen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim S.C.A. eine Kapitalerhöhung über 195 Mio € durch. Dieser Betrag ist nicht Bestandteil der Kaufpreiszahlung und dementsprechend nicht in der zuvor genannten Ermittlung des Goodwill enthalten.

Die im Berichtszeitraum ausgewiesenen akquisitionsbezogenen Kosten beliefen sich auf 8 Mio € und sind in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns unter Sach- und sonstigem Aufwand ausgewiesen. Seit der Übernahme hat Sal. Oppenheim zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns Erträge von 148 Mio € und einen Verlust vor Steuern von 38 Mio € beigetragen.

Die Vermögensverwaltungsaktivitäten von Sal. Oppenheim werden eigenständig unter der etablierten Marke der traditionsreichen Privatbank ausgebaut, wobei deren Privatbankcharakter erhalten bleiben soll. Das integrierte Vermögensverwaltungskonzept für private und institutionelle Kunden bleibt bestehen. Durch die Transaktion stärkt der Konzern seine Position im gehobenen Privatkundengeschäft insbesondere in Deutschland.

Da die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen ist, konnten nicht alle erforderlichen Angaben gemacht werden. Dies betrifft Informationen über erworbene Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie die Nennung der Erträge und des Gewinns oder Verlusts nach Steuern für die Berichtsperiode, als ob der Erwerbszeitpunkt am Anfang der Periode des laufenden Geschäftsjahres gewesen wäre.

Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Zum 31. März 2010 hatte der Konzern seine Tochtergesellschaft BHF Asset Servicing GmbH, die dem Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet war, zum Verkauf bestimmt. Der Kauf dieser Tochtergesellschaft wurde als separate Transaktion neben dem Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe im ersten Quartal 2010 behandelt. Der Kaufvertrag wurde bereits unterzeichnet. Der Abschluss der Transaktion wird für das dritte Quartal 2010 erwartet.

Der Konzern hat ebenfalls entschieden, die von Sal. Oppenheim eingebrachten Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales zu verkaufen. Diese wurden dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet. Die Transaktion wurde im April 2010 abgeschlossen.

Zum 31. März 2010 hatte der Konzern mehrere Veräußerungsgruppen, drei assoziierte Unternehmen, einen Kredit sowie Immobilienvermögen im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) als zum Verkauf bestimmt bilanziert. Diese Aktiva und Passiva waren bereits zum 31. Dezember 2009 zum Verkauf bestimmt. Der Verkauf wird für das Geschäftsjahr 2010 erwartet.

Der Konzern hat die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, ausgewiesen. Aus der Bewertung resultierte keine Wertminderung. In den Veräußerungsgruppen enthaltene Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des IAS 39 bewertet.

Zum 31. März 2010 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 4,3 Mrd €. Die zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten betragen 4,2 Mrd €.

Im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe erwarb der Konzern die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die AWM zugeordnet wurden. Diese Veräußerungsgruppen waren ebenfalls bei dem Erwerb zum Verkauf bestimmt. Die Transaktion wurde im März 2010 abgeschlossen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

ABN AMRO. Nachdem im Dezember 2009 mit der ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) eine abschließende Vereinbarung über den vollständigen Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO unterzeichnet worden war, gab die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) am 1. April 2010 den Abschluss der Übernahme zu einem Kaufpreis von 700 Mio € in bar bekannt. Der Abschluss erfolgte nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission und andere Aufsichtsbehörden. Mit Wirkung zum Abschlussdatum erlangte die Deutsche Bank Kontrolle über die erworbenen Geschäftseinheiten und wird diese demzufolge in ihren Konzernabschluss einbeziehen.

Die Übernahme umfasst die nachstehenden Geschäftseinheiten:

- zwei Firmenkundeneinheiten in Amsterdam und Eindhoven, die Großkunden betreuen,
- 13 Filialen, die kleine und mittelständische Unternehmen betreuen,
- die Hollandsche Bank Unie N.V. (HBU) mit Sitz in Rotterdam,
- die IFN Finance B.V., der niederländische Teil des zu ABN AMRO gehörenden Factoringdienstleisters IFN Group.

Die Firmenkundeneinheiten, die 13 Filialen und die HBU firmierten unmittelbar nach der Übernahme in Deutsche Bank Nederland N.V. um. Sowohl die Deutsche Bank Nederland N.V. als auch die IFN Finance B.V. sind jetzt direkte Tochtergesellschaften der Deutschen Bank. Die übernommenen Geschäftseinheiten, die mehr als 34.000 Kunden betreuen und 1.300 Mitarbeiter beschäftigen, werden den Markennamen Deutsche Bank verwenden und im Konzern in den Unternehmensbereich GTB integriert.

Im Rahmen der Akquisition wird ABN AMRO eine anfängliche Absicherung für Kreditrisiken aus dem übernommenen Portfolio (exklusive IFN Finance B.V.) bereitstellen. Diese Absicherung ist auch regulatorisch anrechenbar und wird voraussichtlich in geringeren regulatorischen Eigenkapitalanforderungen für den übernommenen Pool resultieren. Da die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen ist, konnten die zum Erwerbszeitpunkt zu bestimmenden Fair Values der identifizierbaren erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten noch nicht offengelegt werden.

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den beigefügten verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März 2010, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37x Abs. 3 WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden sind, sowie des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frankfurt am Main, den 26. April 2010

Becker
Wirtschaftsprüfer

Bose
Wirtschaftsprüfer

**Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank
Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2009 endende
Geschäftsjahr (geprüft)**

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	[Notes]	2009	2008	2007
Zinsen und ähnliche Erträge	[5]	26.953	54.549	64.675
Zinsaufwendungen	[5]	14.494	42.096	55.826
Zinsüberschuss	[5]	12.459	12.453	8.849
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[18]	2.630	1.076	612
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		9.829	11.377	8.237
Provisionsüberschuss	[6]	8.911	9.741	12.282
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	[5]	7.109	-9.992	7.175
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	[7]	-403	666	793
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	[16]	59	46	353
Sonstige Erträge	[8]	-183	699	1.377
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		15.493	1.160	21.980
Personalaufwand	[31], [32]	11.310	9.606	13.122
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	[9]	8.402	8.339	8.038
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	[39]	542	-252	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	[23]	-134	585	128
Restrukturierungsaufwand	[27]	-	-	-13
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		20.120	18.278	21.468
Ergebnis vor Steuern		5.202	-5.741	8.749
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	[33]	244	-1.845	2.239
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		4.958	-3.896	6.510
Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis		-15	-61	36
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		4.973	-3.835	6.474

Ergebnis je Aktie

in €	[Notes]	2009	2008	2007
Ergebnis je Aktie:	[10]			
Basic		7,92 €	-7,61€	13,65 €
Verwässert ¹		7,59 €	-7,61€	13,05 €
Anzahl der Aktien in Millionen:				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien -Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		628,1	504,1	474,2
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung -Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		655,4	504,2	496,1

1 Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Note [10] enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen

in Mio €	2009	2008	2007
In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4.958	-3.896	6.510
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern¹	-679	-1	486
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	523	-4.516	1.031
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	556	-666	-793
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	118	-263	-19
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	6	2	13
Anpassungen aus der Währungsumrechnung: ²			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	40	-1.144	-1.772
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	11	-3	-5
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ²	85	-15	-20
Steuern auf nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-)	-254	731	215
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	1.085³	-5.874⁴	-1.350⁵
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen	5.364	-9.771	5.646
Zurechenbar:			
den Minderheitsanteilen	-1	-37	4
den Deutsche Bank-Aktionären	5.365	-9.734	5.642

1 Bedingt durch die Änderung der Bilanzierungsmethode, wurden versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) aus leistungsdefinierten Plänen direkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Wie in Note [1] dargestellt, wurden die Angaben zu Vorperioden entsprechend angepasst. Diese Beträge enthalten latente Steuern von 113 Mio €, 1 Mio € und minus 192 Mio € für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007.

2 Unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen werden ab dem 31. Dezember 2009 separat ausgewiesen. In Vorperioden wurden die entsprechenden Beträge innerhalb der anderen Kategorien der Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste mit ausgewiesen.

3 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) und dem 31. Dezember 2009 (minus 3.780 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von 14 Mio €.

4 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2007 (1.047 Mio €) und dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von 24 Mio €.

5 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen, Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2006 (2.365 Mio €) und dem 31. Dezember 2007 (1.047 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Minderheitsanteilen in Höhe von minus 32 Mio €.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	[Notes]	31.12.2009	31.12.2008
Aktiva:			
Barreserve		9.346	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		47.233	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	[19], [20]	6.820	9.267
Forderungen aus Wertpapierleihen	[19], [20]	43.509	35.022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		234.910	247.462
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		596.410	1.224.493
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		134.000	151.856
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt			
davon zum 31.12.2009 79 Mrd € (2008: 69 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[11], [13], [20], [35]	965.320	1.623.811
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte davon zum 31.12.2009 492 Mio € (2008: 464 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	[15], [19], [20]	18.819	24.835
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	[16]	7.788	2.242
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	[17], [18]	258.105	269.281
Sachanlagen	[21]	2.777	3.712
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	[23]	10.169	9.877
Sonstige Aktiva	[24], [25]	121.538	137.829
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	[33]	2.090	3.512
Steuerforderungen aus latenten Steuern	[33]	7.150	8.470
Summe der Aktiva		1.500.664	2.202.423
Passiva:			
Einlagen	[26]	344.220	395.553
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	[19], [20]	45.495	87.117
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	[19], [20]	5.564	3.216
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	[11], [13], [35]		
Handelspassiva		64.501	68.168
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		576.973	1.181.617
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		73.522	78.003
Investmentverträge		7.278	5.977
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		722.274	1.333.765
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	[28]	42.897	39.115
Sonstige Passiva	[24], [25]	154.281	160.598
Rückstellungen	[18], [27]	1.307	1.418
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	[33]	2.141	2.354
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	[33]	2.157	3.784
Langfristige Verbindlichkeiten	[29]	131.782	133.856
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	[29]	10.577	9.729
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		-	4
Summe der Verbindlichkeiten		1.462.695	2.170.509
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	[30]	1.589	1.461
Kapitalrücklage		14.830	14.961
Gewinnrücklagen		24.056	20.074
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	[30]	-48	-939
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		-	-3
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern		-3.780	-4.851
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		36.647	30.703
Minderheitsanteile		1.322	1.211
Eigenkapital einschließlich Minderheitsanteile		37.969	31.914
Summe der Passiva		1.500.664	2.202.423

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen ¹	Eigene Aktien Im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
in Mio €					
Bestand zum 31. Dezember 2006	1.343	15.246	20.900	-2.378	-4.307
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ²	-	-	6.474	-	-
Begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	-2.005	-	-
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	277	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	486	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	122	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.010	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-44	-	-	-
Veränderung derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	-	-	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	15	377	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-1.292
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	2.047
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	76	3	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	-41.128	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	39.677	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	28	-	-	-
Sonstige	-	3	-84	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.358	15.808	26.051	-2.819	-3.552
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ²	-	-	-3.835	-	-
Begebene Stammaktien	102	2.098	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	-2.274	-	-
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	226	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	-1	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	225	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.072	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-136	-	-	-
Veränderung derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	-	-1.815	-	-	2.690
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	1	17	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-366
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	1.225
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	3	-4	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	-21.736	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	22.544	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	-1.191	-	-	-
Sonstige	-	-48	-89	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.461	14.961	20.074	-939	-3
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ²	-	-	4.973	-	-
Begebene Stammaktien	128	830	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	-309	-	-
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	-679	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	-688	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	1.313	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	35	-	-	-
Veränderung derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	-	-	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-5
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	8
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	-149	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	-19.238	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	18.816	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	-177	-	-	-
Sonstige	-	18	-3	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.589	14.830	24.056	-48	-

- 1 Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden und anderen Anpassungen wurden die Bestände zum 31. Dezember 2006 um 449 Mio € und zum 31. Dezember 2007 um 935 Mio € erhöht.
- 2 Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.
- 3 Unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen werden ab dem 31. Dezember 2009 separat ausgewiesen. In Vorperioden wurden die entsprechenden Beträge innerhalb der anderen Kategorien der Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste mit ausgewiesen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste(-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cash-flows absichern, nach Steuern ³	Anpassungen aus der Währungs umrechnung, nach Steuern ^{3,4}	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ³	Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern ⁴	Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Minderheits anteile	Eigenkapital einschließlich Minderheits anteile
3.194	-45	-800	16	2.365	33.169	717	33.886
435	-7	-1.724	-22	-1.318	5.156	4	5.160
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-2.005	-	-2.005
-	-	-	-	-	277	-	277
-	-	-	-	-	486	-	486
-	-	-	-	-	122	-	122
-	-	-	-	-	1.010	-	1.010
-	-	-	-	-	-44	-	-44
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	392	-	392
-	-	-	-	-	-1.292	-	-1.292
-	-	-	-	-	2.047	-	2.047
-	-	-	-	-	79	-	79
-	-	-	-	-	-41.128	-	-41.128
-	-	-	-	-	39.677	-	39.677
-	-	-	-	-	28	-	28
-	-	-	-	-	-81	701	620
3.629	-52	-2.524	-6	1.047	37.893	1.422	39.315
-4.484	-294	-1.104	-16	-5.898	-9.733	-37	-9.770
-	-	-	-	-	2.200	-	2.200
-	-	-	-	-	-2.274	-	-2.274
-	-	-	-	-	226	-	226
-	-	-	-	-	-1	-	-1
-	-	-	-	-	225	-	225
-	-	-	-	-	1.072	-	1.072
-	-	-	-	-	-136	-	-136
-	-	-	-	-	875	-	875
-	-	-	-	-	18	-	18
-	-	-	-	-	-366	-	-366
-	-	-	-	-	1.225	-	1.225
-	-	-	-	-	-1	-	-1
-	-	-	-	-	-21.736	-	-21.736
-	-	-	-	-	22.544	-	22.544
-	-	-	-	-	-1.191	-	-1.191
-	-	-	-	-	-137	-174	-311
-855	-346	-3.628	-22	-4.851	30.703	1.211	31.914
669	212	107	83	1.071	6.044	-1	6.043
-	-	-	-	-	958	-	958
-	-	-	-	-	-309	-	-309
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-679	-	-679
-	-	-	-	-	-688	-	-688
-	-	-	-	-	1.313	-	1.313
-	-	-	-	-	35	-	35
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-5	-	-5
-	-	-	-	-	8	-	8
-	-	-	-	-	-149	-	-149
-	-	-	-	-	-19.238	-	-19.238
-	-	-	-	-	18.816	-	18.816
-	-	-	-	-	-177	-	-177
-	-	-	-	-	15	112	127
-186	-134	-3.521	61	-3.780	36.647	1.322	37.969

4 Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden und anderen Anpassungen wurden die Bestände zum 31. Dezember 2006 um 38 Mio € und zum 31. Dezember 2007 um 86 Mio € vermindert.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2009	2008	2007
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	4.958	-3.896	6.510
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.630	1.076	612
Restrukturierungsaufwand	-	-	-13
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-656	-1.732	-1.907
Latente Ertragsteuern, netto	-296	-1.525	-918
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1.782	3.047	1.731
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-189	-53	-358
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-), bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	8.229	-3.083	5.657
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	4.583	-3.964	7.588
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	-4.203	24.363	5.146
Handelsaktiva und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	726.237	-472.203	-270.948
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	24.890	169.423	-75.775
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	17.213	-37.981	-22.185
Sonstige Aktiva	21.960	38.573	-42.674
Einlagen	-57.330	-56.918	47.464
Handelspassiva und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-686.214	655.218	173.830
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	-7.061	-159.613	70.232
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	-40.644	-97.009	69.072
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.592	-14.216	6.531
Sonstige Passiva	-15.645	-15.482	21.133
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	-7.150	12.769	22.935
Sonstige, per saldo	-1.243	-2.760	-1.216
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-13.786	37.117	16.790
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	9.023	19.433	12.470
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	8.938	18.713	8.179
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	574	680	1.331
Verkauf von Sachanlagen	39	107	987
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-12.082	-37.819	-25.230
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-3.730	-881	-1.265
Sachanlagen	-592	-939	-675
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	-20	-24	-648
Sonstige, per saldo	-1.749	-39	463
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	401	-769	-4.388
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	457	523	429
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-1.448	-659	-2.809
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities)	1.303	3.404	1.874
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-	-	-420
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	19	389
Kapitalerhöhung	-	2.200	-
Kauf Eigener Aktien	-19.238	-21.736	-41.128
Verkauf Eigener Aktien	18.111	21.426	39.729
Dividendenzahlung an Minderheitsanteile	-5	-14	-13
Nettoveränderung der Minderheitsanteile	109	331	585
Gezahlte Bardividende	-309	-2.274	-2.005
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.020	3.220	-3.369
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	690	-402	-289
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-13.715	39.166	8.744
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	65.264	26.098	17.354
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.549	65.264	26.098
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	-520	-2.495	2.806
Gezahlte Zinsen	15.878	43.724	55.066
Erhaltene Zinsen und Dividenden	28.211	54.549	64.675
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserve	9.346	9.826	8.632
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 5.030 Mio € per 31.12.2009 (31.12.2008: 9.301 Mio €, 31.12.2007: 4.149 Mio €))	42.203	55.438	17.466
Insgesamt	51.549	65.264	26.098

Der Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG in 2009, einschließlich des nicht zahlungswirksamen Teils, ist in Note [16] beschrieben.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

Konzernanhang

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze	F-44
[2] Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen	F-64
[3] Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften	F-70
[4] Segmentberichterstattung	F-72

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[5] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	F-82
[6] Provisionsüberschuss	F-84
[7] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	F-85
[8] Sonstige Erträge	F-85
[9] Sachaufwand und sonstiger Aufwand	F-86
[10] Ergebnis je Aktie	F-86

Anhangangaben zur Bilanz

[11] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	F-88
[12] Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“	F-90
[13] Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente	F-92
[14] Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden	F-102
[15] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	F-104
[16] Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	F-104
[17] Forderungen aus dem Kreditgeschäft	F-105
[18] Risikovorsorge im Kreditgeschäft	F-106
[19] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten	F-106
[20] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte	F-107
[21] Sachanlagen	F-109
[22] Leasingverhältnisse	F-110
[23] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	F-111
[24] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	F-116
[25] Sonstige Aktiva und Passiva	F-117
[26] Einlagen	F-118
[27] Rückstellungen	F-118
[28] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	F-122
[29] Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	F-122

Zusätzliche Anhangangaben

[30] Stammaktien	F-123
[31] Aktienbasierte Vergütungen	F-124
[32] Leistungen an Arbeitnehmer	F-128
[33] Ertragsteuern	F-135
[34] Akquisitionen und Veräußerungen	F-138
[35] Derivative Finanzinstrumente	F-144
[36] Aufsichtsrechtliches Kapital	F-146
[37] Geschäfte mit nahestehenden Dritten	F-150
[38] Informationen zu Tochtergesellschaften	F-153
[39] Versicherungs- und Investmentverträge	F-154
[40] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	F-156
[41] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB	F-158

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen der Konzernbereiche Corporate and Investment Bank sowie Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Note [4] dargestellt.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS. Im Einklang mit IFRS 4, „Insurance Contracts“, hat der Konzern seine bisherigen Rechnungslegungsgrundsätze gemäß US GAAP auf die Bewertung von Versicherungsverträgen angewandt.

Risikoangaben gemäß IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, für das Geschäftsjahr 2009 zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten sind durch Verweis auf durch seitliche Klammern entsprechend gekennzeichnete Teile des Risikoberichts weiterhin Bestandteil des Konzernanhangs.

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Wertberichtigung für Kreditausfälle, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Eine Beschreibung der bei der Erstellung des Jahresabschlusses verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen ist in Note [2] enthalten.

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugleichen, welche zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 145,8 Mio € im Berichtsjahr 2009 führten.

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 hat der Konzern einige geringfügige Anpassungen vorgenommen, die keine wesentliche Auswirkung auf die Anhangangaben der Vorjahre hatten. Der Konzern hat die Auswirkungen von Fehlern auf die Berichtsperiode und frühere Perioden untersucht und festgestellt, dass die nachfolgend beschriebenen Anpassungen der Vergleichszahlen für die früher dargestellten Perioden oder die Eröffnungsbilanzsalden erforderlich sind. Außerdem hat der Konzern eine freiwillige Änderung seines Rechnungslegungsgrundsatzes für die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für leistungsdefinierte Pläne vorgenommen.

in Mio €	Bestand (veröffentlicht)	Änderung der Bilanzierungs- methoden	Anpassungen				Bestand (angepasst)
			Bilanzierung leistungs- definierter Pläne	LCH- Aufrech- nung	Zinsen	Ertrag- steuer- verbindlich- keiten	
31.12.2007							
Gewinn-und-Verlust-Rechnung							
Zinsen und ähnliche Erträge	67.706						64.675
Zinsaufwendungen	58.857			-3.031			55.826
Provisionsüberschuss	12.289			-3.031		-7	12.282
Sonstige Erträge	1.286					91	1.377
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	7.954					91	8.037
Bilanz							
Aktiva:							
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.474.103		-96.092				1.378.011
Steuerforderungen aus latenten Steuern	4.772	5					4.777
Sonstige Aktiva	182.897	741					183.638
Passiva:							
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	966.177		-96.092				870.085
Sonstige Passiva	171.509	-65					171.444
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	4.515			-294			4.221
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	2.124	256					2.380
Eigenkapital:							
Gewinnrücklagen	25.116	570			365		26.051
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-): Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	-2.450	-15			-71		-2.536
2008							
Provisionsüberschuss	9.749					-8	9.741
Sonstige Erträge	568						699
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.216					131	8.339

Leistungen an Arbeitnehmer: Bilanzierung leistungsdefinierter Pläne

Im vierten Quartal 2008 hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze für die Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für leistungsdefinierte Pläne geändert. Der Konzern hat sich für eine freiwillige Änderung dieses Rechnungslegungsgrundsatzes in der Weise entschieden, dass nunmehr im Gegensatz zu der „Korridor“-Methode die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste unmittelbar in der Periode ihrer Entstehung erfolgsneutral im Eigenkapital berücksichtigt werden. In Übereinstimmung mit den IFRS wurde die Änderung rückwirkend vorgenommen. Die Änderung der Bilanzierungsmethode vermittelt relevantere Informationen über die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns, da sie Sachverhalte in der Periode ausweist, in der sie wirtschaftlich entstehen. Die rückwirkende Anpassung hatte Auswirkungen auf die Konzernbilanz und die Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen, nicht aber auf die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die Konzern-Kapitalflussrechnung.

Aufrechnung

Im zweiten Quartal 2008 hat der Konzern festgestellt, dass er die Kriterien zur Aufrechnung von positiven und negativen Marktwerten für OTC-Zinsswaps, die mit dem London Clearing House („LCH“) abgewickelt werden, erfüllt. Gemäß den IFRS werden Posten nach Währung und Fälligkeiten aufgerechnet. Die Anwendung dieser Aufrechnung hatte keinen Nettoeffekt auf die Konzernbilanz oder das Eigenkapital.

Die Darstellung der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen wurde angepasst, ohne sich auf den Zinsüberschuss oder das Eigenkapital auszuwirken.

Anpassung der Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern

Im vierten Quartal 2008 hat der Konzern festgestellt, dass er Steuerverbindlichkeiten für Geschäftsjahre vor 2006 ausgewiesen hatte, die nicht erforderlich waren. Die Steuerverbindlichkeiten wurden rückwirkend um diese Beträge korrigiert und die Eröffnungssalden der Gewinnrücklagen und der Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung entsprechend angepasst.

Finanzgarantien

Im zweiten Quartal 2009 wurde die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung rückwirkend angepasst, um Prämien für Finanzgarantien als Aufwand darzustellen, anstatt sie gegen die Erträge zu verrechnen, da sie in keinem direkten Bezug zu ertragsgenerierenden Aktivitäten stehen. Diese Anpassungen hatten keine Auswirkung auf das Ergebnis nach Steuern, aber einen Anstieg der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen in gleicher Höhe zur Folge.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2007, 2008 und 2009 mit Ausnahme der zuvor und an anderer Stelle beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften („SPEs“), dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm beherrschten Einheiten. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss auf Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann. Dies wird in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von SPEs und interagiert mit nicht von ihm gesponserten SPEs aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine SPE zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (1) ob die Aktivitäten der SPE zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, sodass dieser aus der Geschäftstätigkeit der SPE Nutzen zieht; (2) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt; (3) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der SPE zieht oder (4) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Eine SPE ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die SPE durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine beherrschende Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Der Konzern überprüft die Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich eine Änderung in den Vereinbarungen der SPE ergibt oder wenn eine substantielle Änderung der Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und einer SPE vorlag. Zu den Sachverhalten, die Anlass zur Notwendigkeit einer Überprüfung der Konsolidierungsentscheidung geben würden, gehören unter anderem:

- substantielle Veränderungen der Eigentumsverhältnisse der SPE, beispielsweise Kauf eines nicht unwesentlichen zusätzlichen Anteils oder Verkauf eines nicht unwesentlichen Anteils an der SPE;
- Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen oder Unternehmensführungsstrukturen der SPE;
- zusätzliche Aktivitäten in Bezug auf die Struktur der Gesellschaft, beispielsweise die Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität über die ursprünglich vereinbarten Bedingungen hinaus, oder der Abschluss ursprünglich nicht geplanter Geschäfte mit einer SPE und

– Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Einheit.

Ferner wird die Angemessenheit einer Konsolidierungsentscheidung erneut überprüft, wenn der Konzern feststellt, dass die SPE zusätzlicher, ursprünglich nicht vorgesehener Unterstützung zur Weiterführung ihres Geschäfts bedarf und der Konzern eine solche Unterstützung aus Reputations- oder sonstigen Gründen leisten würde.

Die Neueinschätzung des Vorliegens eines beherrschenden Einflusses über bestehende SPEs führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung oder Entkonsolidierung. Bei einer solchen Überprüfung muss der Konzern unter Umständen seine Wahrscheinlichkeitsannahmen für Verluste, die Möglichkeit einer zukünftigen Inanspruchnahme zusätzlicher Liquiditätsfazilitäten sowie für künftige, aus Reputations- oder anderen Gründen resultierende Maßnahmen anpassen. Eine Neueinschätzung der Konsolidierungspflicht wird auf der Grundlage aller gegenwärtig verfügbaren Informationen, einschließlich aktueller Marktparameter und Erwartungen (wie zum Beispiel Erwartungen zu Verlusten aus Vermögenswerten), sowie unter Berücksichtigung jeglicher Änderungen der Marktbedingungen seit Gründung der SPE vorgenommen.

Zur bilanziellen Erfassung der Akquisition von Tochtergesellschaften wird die Erwerbsmethode angewandt. Die Anschaffungskosten einer Akquisition bemessen sich nach den Fair Values der hingegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente sowie der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zuzüglich der direkt mit der Akquisition verbundenen Kosten. Der Betrag, um den die Anschaffungskosten einer Akquisition den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigen, wird als Goodwill bilanziert. Sofern die Anschaffungskosten einer Akquisition unter dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegen (negativer Goodwill), kann ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst werden.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlussstellung kommen konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze zur Anwendung. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Minderheitsanteile behandelt.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Minderheitsanteile werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung separat ausgewiesen.

Assoziierte Unternehmen und gemeinschaftlich geführte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equity-methode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equity-methode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter und gemeinschaftlich geführter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne aus Transaktionen werden in Höhe des Anteils des Konzerns am Beteiligungsunternehmen eliminiert.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Goodwill, der bei der Akquisition eines assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen)

enthalten. Daher erfolgt keine separate Überprüfung des Goodwill auf Wertminderung. Stattdessen wird die Beteiligung insgesamt auf eine etwaige Wertminderung hin überprüft.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Ein in Vorperioden erfasster Wertminderungsverlust wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Bilanzwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben. Diese Erhöhung stellt eine Wertaufholung des zuvor erfassten Wertminderungsverlusts dar.

Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (zum Beispiel Eigenkapitaltitel), werden nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern innerhalb des Eigenkapitals in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst. Bei einer Veräußerung des Vermögenswerts werden die Umrechnungsdifferenzen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst und anschließend im Fall einer Veräußerung oder Teilveräußerung des Geschäftsbetriebs ergebniswirksam berücksichtigt.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Kosten verlässlich bestimmbar ist, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzins herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Wertpapier erfasst wurde, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Dessen ungeachtet erfolgt die Erfassung von Zinserträgen auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren

festverzinslichen Wertpapier hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des Fair Value bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Im Fall einer Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten aus den Kategorien „Handelsaktiva“ oder „zur Veräußerung verfügbar“ zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird ein neuer Effektivzinssatz auf Grundlage des besten Schätzwerts der zukünftigen Cashflows festgelegt.

Provisionsüberschuss – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum Fair Value bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres Fair Value keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum Fair Value bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Vertragsverhältnisse, die Lieferungen mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen – Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das andauernde Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Vertragsverhältnisses nicht wesentlich für die bereits erbrachten Dienstleistungen oder Produkte ist. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente überprüft. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt. Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem Fair Value anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet wurde.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umgliederung festgelegt.

Finanzinstrumente, die als zum Fair Value bewertet eingestuft werden, beziehungsweise finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Ersterfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum Fair Value bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Fair Value angesetzt und als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Fair-Value-Basis gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum Fair Value bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der Fair Value verlässlich bestimmbar ist.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des Fair Value infolge von Änderungen der Zinssätze oder Kreditspannen nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum Fair Value bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Kredite werden bei der Ersterfassung zum Fair Value ausgewiesen. Wenn ein Kredit zu Marktkonditionen begeben wird, entspricht der Fair Value dem dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag zuzüglich des Saldos aus direkten inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zurechenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand eines Fair Value Hedge. In diesem Fall werden Änderungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben im Eigenkapital ausgewiesen

werden. Bei nicht monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (beispielsweise Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die im Konzerneigenkapital berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt „Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ beschrieben. Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum Fair Value bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien „zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva)“ und „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert am Umgliederungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Definition des Kriteriums „auf absehbare Zeit“ lässt sich nicht auf eine allgemeingültige Zeitspanne festlegen, sondern erfordert Beurteilungen seitens des Managements. Zur Beurteilung hat der Konzern die nachfolgenden Mindestanforderungen festgelegt:

- Es darf keine Absicht bestehen, den Vermögenswert innerhalb eines Jahres zu verkaufen oder zu verbriefen, und es darf keine internen oder externen Auflagen geben, die die Halteabsicht einschränken oder einen Verkauf erforderlich machen würden; und
- der Geschäftsplan darf zukünftig nicht darauf ausgerichtet sein, von kurzfristigen Preisveränderungen zu profitieren.

Sind die Voraussetzungen erfüllt, wurde auf Basis der individuellen Gegebenheiten die Umgliederung vorgenommen. Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, die Haltestrategie einzuhalten, sind vom Management zu bestätigen.

Zusätzlich zu den obigen Kriterien muss außerdem ein überzeugender Nachweis vorliegen, der bestätigt, dass die erwartete Rückzahlung des Vermögenswerts den geschätzten Fair Value übersteigt und dass die Renditen aus dem Vermögenswert optimiert werden, indem er auf absehbare Zeit gehalten wird.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem Fair Value am Umgliederungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der Fair Value des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ in dieser Note erläutert. Jede Änderung des zeitlichen Anfalls der Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte, die nicht als wertgemindert erachtet werden, wird durch Anpassung des Buchwerts erfasst.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der im Eigenkapital erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag im Eigenkapital

ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Wertberichtigung für Kreditausfälle erfasst.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust verbucht.

Ermittlung des Fair Value

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter wenn möglich auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen aufseiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Weitere Informationen zu den bei der Bestimmung des Fair Value verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen sind in Note [2], Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Bestimmung des Fair Value beziehungsweise Methoden zur Bestimmung des Fair Value, enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann. Weitere Informationen zu den bei der Prüfung der Beobachtbarkeit von Inputparametern und bei den Maßnahmen für die Minderung von Risiken angewandten Schätzungen und Beurteilungen sind in Note [2] enthalten.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Bilanz mit ihrem Fair Value angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen klassifiziert und die zugehörigen Gewinne und Verluste im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden als Derivate klassifiziert. Spezielle vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate klassifiziert und demzufolge zum Fair Value angesetzt, wobei Veränderungen des Fair Value im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den Sonstigen Aktiva oder Sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des Fair Value dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des Fair Value aller anderen Derivate, die die Anforderungen für

eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen, werden im Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum Fair Value erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Konzernbilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“)

Werden Derivate zum Zweck des Risikomanagements gehalten und erfüllen die entsprechenden Geschäfte spezifische Kriterien, wendet der Konzern Hedge Accounting an. Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Fair Value Hedges“); (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Cash Flow Hedges“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedges of Net Investments in Foreign Operations“).

Wird Hedge Accounting angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des Fair Value des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Hedgeeffektivität immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als sonstige Aktiva beziehungsweise sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließend Änderungen des Fair Value werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Beim Fair Value Hedge werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des Fair Value des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des Fair Value durch Anwendung von Hedge Accounting werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskurschwankungen resultierende Änderung des Fair Value des Wertpapiers ebenfalls in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Hedgeineffektivität wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des Fair Value aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des Fair Value vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des Fair Value über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Fair-Value-Anpassungen beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch einen Fair Value Hedge gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-

Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.

Die Hedgeineffektivität wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Fair-Value-Änderungen des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umgebucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionalen Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedges of Net Investments in Foreign Operations“) wird die auf Änderungen des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des Fair Value wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Gewinne oder Verluste aus dem Sicherungsinstrument, bezogen auf den effektiven Teil des Hedge, werden bei Verkauf der ausländischen Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Wertminderungen (Impairment) finanzieller Vermögenswerte

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder im Fall einer Umklassifizierung des am Umbuchungstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erhebliche Zweifel daran bestehen, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, wird der Kredit abgeschrieben. Zahlungseingänge aus abgeschriebenen Forderungen werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den Sonstigen Verbindlichkeiten und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und ist diese Verringerung auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückzuführen, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines einzelnen Vermögenswerts vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so sind sämtliche Beträge, die zuvor im Eigenkapital in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten erfasst wurden, in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus dem Eigenkapital umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen Fair Value abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Die Folgebewertung eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels erfolgt auf Basis des Fair Value, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam erfasst werden. Ein zur Veräußerung verfügbarer Schuldtitel wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein Fair Value sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des Fair Value werden im Eigenkapital erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des Fair Value nach einer Wertminderung werden im Eigenkapital erfasst.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen wird. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft („SPE“), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines anhaltenden Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum Fair Value ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der Fair Value der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind.

Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen Fair Value am Stichtag der Übertragung erfolgt.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum Fair Value in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Bilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Bilanz als entlehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entlehene Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. Die als Sicherheit für Wertpapierleihen aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder-verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Bilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Bilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher

Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis zehn Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Konzern wendet für die Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien grundsätzlich das Anschaffungskostenmodell an und der Buchwert ist in der Bilanz unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen. Emittiert der Konzern Verbindlichkeiten, welche durch als Finanzinvestition gehaltene Immobilien unterlegt sind und eine direkt an den Fair Value oder die Rendite dieser Immobilien gekoppelte Rendite vorsehen, erfolgt eine Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum Fair Value. Der Konzern beauftragt, sofern angebracht, externe Immobilienexperten zur Bestimmung des Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien mittels anerkannter Bewertungstechniken. Sollten Preise von kurz zuvor am Markt getätigten Transaktionen mit vergleichbaren Immobilien verfügbar sein, werden diese Transaktionen als Referenz für die Bestimmung des Fair Value herangezogen.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Anschaffungskosten, einschließlich der dem Unternehmenszusammenschluss direkt zurechenbaren Kosten, den Reinvermögenswert des erworbenen Unternehmens zum Erwerbszeitpunkt übersteigen. Der Reinvermögenswert entspricht dem vom Konzern erworbenen Anteil am Netto-Fair-Value der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie Eventualverbindlichkeiten.

Für die Ermittlung des Goodwill werden die Fair Values der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Goodwill aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („Cash Generating Units“) zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage stellen sich die primären Cash Generating Units des Konzerns wie folgt dar:

- Global Markets and Corporate Finance (innerhalb des Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities)
- Global Transaction Banking
- Asset Management and Private Wealth Management (innerhalb des Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management)
- Private & Business Clients und
- Corporate Investments

Darüber hinaus wird Goodwill, der aus nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde, einzeln auf der Ebene des nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Goodwill aus Akquisitionen von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen ist im Buchwert der Beteiligung enthalten und dieser wird jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Sofern ein Anhaltspunkt vorliegt, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte, erfolgt die Überprüfung häufiger.

Wenn ein Goodwill einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Goodwill bei der Feststellung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Goodwill getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr Fair Value zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbegrenzte Nutzungsdauer. Es handelt sich dabei primär um Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Publikumsfonds. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn der Konzern daraus mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über einen Zeitraum von ein bis drei Jahren abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst.

Bei einem Erwerb von Versicherungsgeschäft wird der Betrag des Kaufpreises, der den Anteil des Erwerbers am Nettowert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten übersteigt, als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert repräsentiert den die zum Erwerbszeitpunkt bilanzierte Verbindlichkeit übersteigenden Barwert der zukünftigen Cashflows. Dieser Betrag wird als Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts bezeichnet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Die Wahl der verwendeten Abschreibungsrate berücksichtigt die Besonderheiten des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie den erwarteten Wertverzehr. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderungen untersucht, die als Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst werden.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantiennehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet. Solche Garantiezusagen werden Banken, Finanzinstituten und sonstigen Vertragspartnern im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum Fair Value klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem Fair Value bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Leasinggeber

Vermögenswerte, die Kunden im Rahmen von Leasingverhältnissen überlassen werden, werden ungeachtet des Rechtsanspruchs als Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses übertragen, so wird der vermietete

Vermögenswert ausgebucht und eine Forderung bilanziert, deren Höhe dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, abgezinst mit dem dem Leasingvertrag zugrunde liegenden Zinssatz, entspricht. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Finanzierungsleasings anfallen, werden als Bestandteil der Forderung durch den Diskontierungszinssatz, der dem Leasingvertrag zugrunde gelegt wird, erfasst. Der Finanzierungsertrag wird über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise erfasst, dass er eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Finanzierungsleasingverhältnis widerspiegelt.

Leasingverhältnisse, bei denen Kunden Vermögenswerte überlassen werden, ohne dass alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, auf sie übertragen werden, werden als Operating Leases klassifiziert. Die vermieteten Vermögenswerte sind in dem Posten Sachanlagen in der Konzernbilanz enthalten und werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Mieterträge werden linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Operating Lease anfallen, werden dem Bilanzwert des vermieteten Vermögenswerts zugeschlagen und linear über die Laufzeit des Leasingvertrags als Aufwand erfasst.

Leasingnehmer

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem Fair Value des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen die entsprechende Verbindlichkeit eingegangen wird.

Sale-und-Leaseback-Transaktionen

Sofern eine Sale-und-Leaseback-Transaktion zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird jeglicher Überschuss des Verkaufserlöses über den Bilanzwert des Vermögensgegenstands durch den Verkäufer nicht sofort als Ertrag erfasst, sondern abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags erfasst.

Bei Sale-und-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt der Zeitpunkt der Realisierung des Verkaufsgewinns oder -verlusts vom Verhältnis des Verkaufspreises zum Fair Value ab. Entspricht der Verkaufspreis eindeutig dem Fair Value, wird der Gewinn oder Verlust (Unterschiedsbetrag aus Verkaufspreis und Bilanzwert) unmittelbar erfasst. Liegt der Verkaufspreis hingegen unter dem Fair Value, so wird ein Gewinn unmittelbar erfasst, während ein Verlust nur dann unmittelbar zu erfassen ist, wenn er nicht durch zukünftige unter dem Marktpreis liegende Mietzahlungen ausgeglichen wird. Anderenfalls ist der Verlust abzugrenzen und im Verhältnis zu den Mietzahlungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts ergebniswirksam zu verteilen. Übersteigt der Verkaufspreis den Fair Value, wird der den Fair Value übersteigende Betrag abgegrenzt und ergebniswirksam über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands verteilt.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und

Aufwendungen ausgewiesen. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns sind in der Regel unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen ausgewiesen.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr Fair Value unmittelbar nach der Modifizierung ihren Fair Value direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des Fair Value als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanziale Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum Fair Value bewertet und bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden dann nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Diese Geschäfte werden vielmehr als Transaktionen mit Eigenkapitalinstrumenten des Konzerns erfasst. Alle anderen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden im Eigenkapital erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Cash Flow Hedges und anderen Positionen, die direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt im Eigenkapital bilanziert und erst dann in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, wenn der zugrunde liegende Gewinn oder Verlust, auf den sich die latente Steuer bezieht, realisiert wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil in die Kapitalrücklage eingestellt. Unterschreitet der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der entsprechende Steuernachteil als Steueraufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Berichtszeitraums erfasst.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern

verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nichtfinanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset-backed Securities, die seitens CIB konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten („Trust Preferred Securities“) unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab.

Versicherungsverträge – Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen werden gemäß den US GAAP-Regelungen für Versicherungsgeschäfte bilanziert.

Nicht überschussberechtigende Investmentverträge („Investmentverträge“) – Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für Versicherungsverträge in Form von Einmalprämien werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Der Zeitpunkt der Ertragserfassung entspricht dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor

Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge aufgrund nicht erbrachter Beiträge storniert werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal Life Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit jenem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen, einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte, zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Die dem Kauf von zusätzlichem Versicherungs- und Investmentgeschäft direkt zuordenbaren Kosten werden abgegrenzt, wenn erwartet wird, dass sie aus zukünftigen Margen in den Erträgen aus diesen Verträgen erzielbar sind. Diese Kosten werden über einen Zeitraum systematisch abgegrenzt, der nicht länger ist als die Zeitdauer, innerhalb derer man erwartet, sie aus zukünftigen Margen erzielen zu können.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden. Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum Fair Value unter den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss gezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum Fair Value bilanziert und die damit verbundenen Fair-Value-Änderungen werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der entsprechenden Verpflichtungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Eingänge für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

[2] Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Anwendung einiger der in Note [1] beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätze setzt wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und

die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert.

Bestimmung des Fair Value

Bestimmte Finanzinstrumente werden zum Fair Value ausgewiesen, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam erfasst werden. Hierzu gehören Handelsaktiva und -passiva sowie zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen. Des Weiteren werden zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value bilanziert, wobei die Änderungen des Fair Value im Eigenkapital ausgewiesen werden. Nicht zu Handelszwecken gehaltene Derivate werden erfolgswirksam zum Fair Value bilanziert, es sei denn, sie sind Bestandteil von Cashflow-Hedge-Beziehungen, wobei Wertänderungen in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, direkt im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Rohwaren und Handelskredite. Handelspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitel und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen. Private-Equity-Beteiligungen, bei denen der Konzern nicht über beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss verfügt, werden ebenfalls zum Fair Value bilanziert und entweder als Handelsinstrumente, zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte.

Bei der Ermittlung des Fair Value sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistent Teams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Methoden zur Bestimmung des Fair Value

Ein wesentlicher Prozentsatz der zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen basiert auf beobachtbaren Preisen oder Parametern beziehungsweise wird aus ihnen abgeleitet. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Preisen oder Parametern variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. So sind beispielsweise beobachtbare Preise oder Parameter in der Regel für liquide Wertpapiere, börsengehandelte Derivate, OTC-Derivate, die an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf notierte Wertpapiere oder Indizes verfügbar. Sind beobachtbare Preise oder Parameter verfügbar, werden sie für die Bestimmung des Fair Value genutzt, ohne dass Einschätzungen in großem Umfang erforderlich wären. Hierzu gehören Instrumente, für die der Fair Value mittels branchenüblicher

Bewertungsmodelle ermittelt wird, deren Parameter direkt beobachtbar sind. Dies trifft auf viele generische Swap- und Optionskontrakte zu.

In anderen Märkten oder für bestimmte Finanzinstrumente stehen keine beobachtbaren Preise oder Parameter zur Verfügung, weswegen der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem Handelskredite und sonstige Kredite oder Kreditzusagen, die nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden; neue, komplexe und langfristige OTC-Derivate; Transaktionen in wenig entwickelten oder limitierten Märkten; notleidende Schultitel und Kredite; Private-Equity-Wertpapiere und zurückbehaltene Rechte an verbrieften finanziellen Vermögenswerten. Die Anwendung von Bewertungsmodellen zur Ermittlung des Fair Value erfordert Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements, deren Umfang von der Komplexität und Liquidität des Markts abhängt. Die Bewertungsmethoden umfassen zum Branchenstandard gehörende Modelle, die auf der Analyse abgezinster zukünftiger Cashflows beruhen, welche wiederum von geschätzten zukünftigen Cashflows sowie dem angewandten Diskontierungszinssatz abhängen. Bewertungsmodelle für komplexere Produkte beinhalten komplexere Modellierungstechniken, Parameter und Annahmen wie Volatilität, Korrelationen, vorzeitige Tilgung sowie Ausfallraten und die Höhe der Verluste. Die Auswahl und Anwendung der angemessenen Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken erfordern eine Beurteilung durch das Management. Das Ziel der Anwendung einer Bewertungsmethode ist es, den Preis festzulegen, zu dem ein Marktteilnehmer zum jetzigen Zeitpunkt ein Geschäft abschließen würde. Daher umfassen die Bewertungsmethoden sämtliche Faktoren, die nach Überzeugung des Konzerns bei der Festsetzung des Transaktionspreises von den Marktteilnehmern in Erwägung gezogen würden.

Wertanpassungen sind ein weiterer integraler Bestandteil des Prozesses zur Fair-Value-Bestimmung, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Für angemessene Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Bewertungsanpassungen der Spanne zwischen Ausgabe- und Rücknahmekurs, Liquidität und Kreditrisiko (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken von finanziellen Vermögenswerten als auch ihr Kreditrisiko im Zusammenhang mit zum Fair Value bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten) berücksichtigen.

Der Fair Value der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen des Konzerns (beispielsweise Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften und zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) bezieht die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung mit ein. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem er diese Bonität dem potenziellen künftigen Risiko aller Kontrahenten gegenüberstellt. Dabei werden gehaltene Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und sein eigenes Kreditrisiko auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem ähnliche Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden. Der ermittelte Fair Value ist eine Schätzung des Preises, zu dem die spezifische Verpflichtung zum Bewertungsstichtag mit anderen Marktteilnehmern ausgetauscht werden würde.

Soweit für die am Handelstag angewandten Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt gemäß IFRS die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns wird nach sorgfältiger Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände getroffen, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Der Konzern hat interne Kontrollverfahren für den Bewertungsprozess eingeführt, um die Angemessenheit der angewandten Fair Values sicherzustellen. Basiert der Fair Value auf Bewertungsmodellen, werden die Modellannahmen und -techniken von einem Spezialistenteam unabhängig geprüft. Die Preis- und Parameterangaben, Annahmen und Wertanpassungen unterliegen Verifizierungs- und Überprüfungsprozessen. Soweit die Preis- und Parameterangaben beobachtbar sind, werden sie anhand unabhängiger Quellen verifiziert.

Fehlen beobachtbare Preis- und Parameterangaben beziehungsweise Annahmen, wird die Angemessenheit des Fair Value anhand von zusätzlichen Verfahren überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängiger entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse mittels geeigneter vergleichbarer Instrumente, die Anwendung von Sensitivitätsanalysen und Extrapolationsverfahren sowie die Berücksichtigung sonstiger Richtgrößen. Durch eine Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle unter Zuhilfenahme von Markttransaktionen wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die den Marktmechanismen entspricht. Diese Verfahren unterliegen der Beurteilung durch das Management.

Andere Bewertungskontrollen beinhalten die Prüfung und Analyse der auf täglicher Basis erzielten Gewinne und Verluste, die Validierung von Bewertungen durch Close-out-Gewinne und -Verluste sowie Value-at-Risk Backtesting.

Anhangangaben zur Fair-Value-Bestimmung

Nach den IFRS müssen die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach der für die Bestimmung des Fair Value verwendeten Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Diese Angaben finden sich in Note [13]. Der Bilanzwert der zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte der Level-3-Kategorie betrug am 31. Dezember 2009 58,2 Mrd € (2008: 87,7 Mrd €). Der Bilanzwert der zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Verpflichtungen der Level-3-Kategorie betrug am 31. Dezember 2009 18,2 Mrd € (2008: 34,4 Mrd €). Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Zusätzlich zu den Angaben zur Fair-Value-Hierarchie in Note [13] stellt der Konzern eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, veröffentlicht der Konzern den Fair Value. Diese Angaben finden sich in Note [14]. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des Fair Value signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Die finanziellen Vermögenswerte des Konzerns werden in die nachstehenden Kategorien eingeteilt: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Die sachgerechte Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes festgelegt. Darüber hinaus ist es gemäß den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, die im Oktober 2008 seitens des IASB verabschiedet und von der EU in europäisches Recht übernommen wurden, erlaubt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva) und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umzugliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert muss am Umgliederungstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umgliederungstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten. Es ist nicht möglich, den finanziellen Vermögenswert zu einem späteren Zeitpunkt in die Handelsaktiva oder in die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zurückzuklassifizieren. Weitere Informationen zu den vom Konzern umgegliederten Vermögenswerten sind in Note [12] enthalten.

Um die Vermögenswerte, die unter die Änderungen fallen und bei denen die erwartete Rückzahlung deren geschätzten Fair Value übersteigt, zu identifizieren, sind wesentliche Einschätzungen seitens des Managements sowie das Treffen von Annahmen erforderlich. Das Gleiche gilt, um den Fair Value der identifizierten Vermögenswerte am Umgliederungstichtag zu bestimmen (wie im Abschnitt „Bestimmung des Fair Value“ beschrieben). Dieser Fair Value repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments als Forderung aus dem Kreditgeschäft. In beiden Bereichen können die Anforderungen an das Management in einem hoch volatilen und unsicheren wirtschaftlichen und finanziellen Marktumfeld besonders anspruchsvoll sein, wie es im dritten und vierten Quartal des Geschäftsjahres 2008 der Fall war. Festzustellen, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, erfordert ebenfalls wesentliche Beurteilungen durch das Management. Für die Änderung der Zweckbestimmung reicht es nicht aus, dass keine attraktiven Preise vorliegen. Ebenso ist der Terminus „auf absehbare Zeit“ nicht als der Zeitraum definiert, bis zu dem wieder attraktive Preise vorliegen. Die vom Konzern festgelegten Mindestanforderungen zur Beurteilung, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, sind in Note [1] zu den wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätzen enthalten.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die bei der Ermittlung der Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen werden für die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities und Private & Business Clients als wesentlich erachtet, da sich die zugrunde liegenden Annahmen sowohl der einzelnen als auch der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzern maßgeblich beeinflussen können.

Die Beurteilung, ob eine Wertminderung vorliegt, erfordert Einschätzungen durch das Management. Dies gilt insbesondere bei Vorliegen ökonomischer und finanzieller Unsicherheit wie zum Beispiel während der gegenwärtigen Finanzkrise. In solchen Fällen verändern und entwickeln sich die erwarteten Cashflows schneller und sind weniger vorhersagbar.

Zum 31. Dezember 2009 betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 2.630 Mio € (2008: 1.076 Mio €, 2007: 612 Mio €).

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert oftmals erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokale wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die finanzielle Performance des Kontrahenten sowie der Wert gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt. In bestimmten Fällen, etwa bei bestimmten Leveraged Loans, wird zur Beurteilung der Wertminderung der Unternehmenswert des Kreditnehmers ermittelt. Dies erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management in Hinblick auf den Verkaufszeitpunkt und den Marktwert des kreditnehmenden Unternehmens. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren zeitlicher Anfall können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Wertberichtigung für Portfolios kleinerer homogener Kredite wie beispielsweise Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft sowie für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, wird auf kollektiver Basis ermittelt. Die kollektiv ermittelte Wertberichtigung wird auf Portfolioebene mithilfe von statistischen Modellen ermittelt, in die zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen einfließen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in regelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung zur Erfüllung ihrer Rückzahlungsverpflichtungen. Eine weiter gehende Erläuterung der zur Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft angewandten Methoden ist in Note [1] enthalten. Wir verweisen außerdem auf Note [18].

Wertminderungen (Impairment) sonstiger finanzieller Vermögenswerte

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden quartalsweise auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert dieser Vermögenswerte vermindert haben könnte. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Hierzu können bestimmte Bedingungen in einer Branche oder einer geografischen Region beziehungsweise bestimmte Informationen zur Finanzlage des Unternehmens wie zum Beispiel eine Ratingherabstufung gehören. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt. Wenn Informationen erst nach Abschluss der Überprüfung des Konzerns verfügbar werden, können zukünftig Abschreibungen für Wertminderungen erforderlich sein. Da sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Die Werthaltigkeitsprüfungen für nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte führten im Geschäftsjahr 2009 zu Wertminderungen von 1.125 Mio € (2008: 970 Mio €, 2007: 286 Mio €). Weitere Informationen über zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind in Note [15] und über nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen in Note [16] enthalten.

Wertminderungen (Impairment) nicht finanzieller Vermögenswerte

Bestimmte nicht finanzielle Vermögenswerte wie Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte unterliegen einer Werthaltigkeitsprüfung. Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst, wenn der Konzern der Ansicht ist, dass die Buchwerte dieser Vermögenswerte möglicherweise nicht mehr einbringlich sind. Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen (außer auf Goodwill) werden umgehend erfolgswirksam erfasst.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen wie etwa eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas darauf hindeuten, dass bei den Vermögenswerten eine Wertminderung vorliegen könnte. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet. Zum 31. Dezember 2009 betrug der Goodwill 7,4 Mrd € (2008: 7,5 Mrd €) und die sonstigen immateriellen Vermögenswerte wurden zum Jahresende 2009 mit 2,7 Mrd € ausgewiesen (2008: 2,3 Mrd €). Die Beurteilung der Werthaltigkeit dieser Vermögenswerte erfordert wesentliche Einschätzungen in mehreren Unternehmensbereichen.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 157 Mio € erfasst. Diese enthielten Wertminderungen in Höhe von 151 Mio €, die im Zusammenhang mit Investments im Konzernbereich Corporate Investments standen. Weiterhin wurden Wertaufholungen in Höhe von 291 Mio € auf sonstige immaterielle Vermögenswerte im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management erfasst, die zuvor im vierten Quartal 2008 abgeschrieben worden waren. Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 586 Mio € erfasst, von denen 580 Mio € im Zusammenhang mit Investments im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management standen. Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 133 Mio € erfasst, von denen 77 Mio € im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management und 54 Mio € im Konzernbereich Corporate Investments zu verzeichnen waren. Weitere Informationen zum Goodwill und zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind in Note [23] enthalten.

Latente Steuerforderungen

Latente Steuerforderungen werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuervert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichend zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. Diese Bewertung erfordert in maßgeblichem Umfang Beurteilungen und Einschätzungen seitens des Managements. Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne, einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen der nicht angesetzten latenten Steuerforderungen, einschließlich der Annahmen des Konzerns über die zukünftige Ertragskraft, einer Neubewertung unterzogen. Zum 31. Dezember 2009 betrug der Wert nicht angesetzter latenter Steuerforderungen 1,3 Mrd € (2008: 1,7 Mrd €) und der Wert angesetzter Steuerforderungen 7,2 Mrd € (2008: 8,5 Mrd €).

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuerforderungen finden sich in Note [33].

Ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie Steuerrisiken

Der Konzern übt seine Geschäftsaktivitäten in zahlreichen unterschiedlichen rechtlichen, aufsichtsrechtlichen und steuerlichen Umgebungen aus. Dementsprechend können sich hieraus rechtliche Ansprüche, aufsichtsbehördliche Verfahren und Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen ergeben.

Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Steuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, sowie IAS 12, „Income Taxes“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwältinnen und anderer Faktoren. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren siehe Note [27].

[3] Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2009 zur Anwendung kamen.

IFRIC 9 und IAS 39

Im März 2009 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IFRIC 9, „Reassessment of Embedded Derivatives“, und IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, mit dem Titel „Embedded Derivatives“. Nach den geänderten Vorschriften hat ein Unternehmen zu prüfen, ob ein in einen Basisvertrag eingebettetes Derivat von diesem zu trennen ist, wenn das gesamte hybride Finanzinstrument aus der Kategorie zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte umklassifiziert wird. Eine Umgliederung des hybriden Finanzinstruments ist nicht möglich, wenn der Fair Value eines trennungspflichtigen eingebetteten Derivats nicht verlässlich bestimmbar ist. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 30. Juni 2009 enden. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 7

Im März 2009 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, mit dem Titel „Improving Disclosures about Financial Instruments“. Die geänderten Vorschriften sehen erweiterte Angaben zu den zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten gemäß einer dreistufigen Fair-Value-Hierarchie vor, die die Bedeutung der in diesen Bewertungsmethoden verwendeten Inputparameter abbildet. Die Änderungen sehen außerdem erweiterte qualitative und quantitative Angaben zu Liquiditätsrisiken vor. Sie treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte – abgesehen von der Erweiterung der Anhangangaben – keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen der IFRS 2008 („Improvements to IFRS 2008“)

Im Mai 2008 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IAS 1

Im September 2007 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1 R“). Der geänderte Standard regelt die Grundlagen für die Darstellung und Struktur des Abschlusses. Er enthält zudem Mindestanforderungen an den Inhalt eines Abschlusses. IAS 1 R tritt für die Geschäftsjahre in

Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte lediglich Auswirkungen auf die Darstellung des Konzernabschlusses.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 31. Dezember 2009 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Minderheitsanteile entweder zum Fair Value zum Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, zu dem der Erwerber einen beherrschenden Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Minderheitsanteilen im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Beteiligungsanteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragenen Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, zum Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in den Geschäftsjahren in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewandt werden.

Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“)

Im April 2009 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Die Anwendung dieser Änderungen wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IAS 24

Im November 2009 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ („IAS 24 R“). IAS 24 R gewährt eine teilweise Ausnahme von den Offenlegungspflichten für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sogenannte „Government-related Entities“) und enthält eine Klarstellung der Definition eines nahestehenden Dritten. Die überarbeitete Fassung von IAS 24 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 9

Im November 2009 veröffentlichte der IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert. Ein finanzieller

Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn die folgenden zwei Kriterien erfüllt sind: (a) Die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens liegt darin, die finanziellen Vermögenswerte zu halten, um damit die vertraglich festgelegten Zahlungsströme zu erzielen; und (b) die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungen und Zinszahlungen darstellen. Ein finanzieller Vermögenswert, der die Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, kann nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, wenn hierdurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz erheblich verringert oder beseitigt werden. Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht beide Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, wird in der Folge zum Fair Value bewertet. Ferner ist unter IFRS 9 für finanzielle Basisverträge eine Trennung eingebetteter Derivate nicht mehr erforderlich. Ein hybrider Vertrag, der einen finanziellen Basisvertrag beinhaltet, ist in seiner Gesamtheit entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum Fair Value zu klassifizieren. Nach IFRS 9 ist eine Umklassifizierung zwingend vorzunehmen, wenn sich das Geschäftsmodell des Unternehmens ändert. Solche Änderungen sind selten zu erwarten. In diesem Fall hat eine Umgliederung der betreffenden finanziellen Vermögenswerte prospektiv zu erfolgen. Für vertraglich verknüpfte Instrumente, bei denen Konzentrationen des Kreditrisikos vorliegen, wie es häufig bei Tranchen von Investments in Verbriefungen der Fall ist, gibt es spezifische Regelungen. Zusätzlich zu der Beurteilung der Klassifizierungskriterien von IFRS 9 für das einzelne Finanzinstrument ist eine Durchschau auf die Zahlungsstromereigenschaften des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten erforderlich. Um zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet zu werden, muss das Kreditrisiko der Tranche gleich oder geringer sein als das durchschnittliche Kreditrisiko des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten und diese Finanzinstrumente müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Ist eine Durchschau praktisch nicht möglich, muss die Tranche als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden. Nach IFRS 9 sind alle Eigenkapitaltitel grundsätzlich zum Fair Value zu bewerten. Allerdings besteht für Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, unrealisierte und realisierte Fair-Value-Gewinne und -Verluste erfolgsneutral im Eigenkapital auszuweisen. Dieses Wahlrecht ist nur zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes fallweise ausübbar und nicht revidierbar. Fair-Value-Gewinne und -Verluste werden in den Folgeperioden nicht erfolgswirksam, Dividenden aus solchen Investments hingegen weiterhin erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 9 ist retrospektiv anzuwenden, jedoch ist bei einer Anwendung vor dem 1. Januar 2012 keine Anpassung der Vergleichsperioden notwendig. Darüber hinaus können Unternehmen, die den Standard vor dem 1. Januar 2011 anwenden, als Erstanwendungszeitpunkt, an dem die Klassifizierung der finanziellen Vermögenswerte festgelegt wird, jedes Datum ab der Veröffentlichung von IFRS 9 bis zum 1. Januar 2011 wählen. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

[4] Segmentberichterstattung

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu einem Segment und zur Beurteilung seiner Performance herangezogen werden.

Segmente

Die folgenden Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie in der internen Managementberichterstattung abgebildet wird.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert, die sich weiter in Unternehmensbereiche untergliedern. Zum 31. Dezember 2009 bestanden folgende Konzern- und Unternehmensbereiche:

Der Konzernbereich **Corporate and Investment Bank (CIB)** beinhaltet die Corporate-Banking- und Wertpapieraktivitäten (einschließlich Handel mit und Vertrieb von Kapitalmarktprodukten und Corporate-Finance-Aktivitäten) sowie die Transaction-Banking-Aktivitäten des Konzerns. CIB betreut Firmen- und institutionelle Kunden: von mittelständischen Firmen bis hin zu multinationalen Unternehmen einschließlich Banken und staatlicher Organisationen. Diese Aktivitäten werden im Konzernbereich CIB in den globalen Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB) gesteuert.

- CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten weltweit Finanzprodukte an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Erarbeitung maßgeschneiderter strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.
- GTB bietet seinen Kunden weltweit in erster Linie die Beschaffung, den Transfer, die Verwahrung und die Kontrolle von Vermögenswerten an. In diesem Zusammenhang stellt der Bereich Unternehmen, Finanzinstituten sowie Staaten (einschließlich deren Institutionen) Bearbeitungs- und Treuhandlungsleistungen zur Verfügung.

Im Konzernbereich **Private Clients and Asset Management (PCAM)** sind die Aktivitäten des Konzerns im Asset Management, im Private Wealth Management sowie im Privat- und Geschäftskundenbereich zusammengefasst. Diese Aktivitäten werden innerhalb von PCAM in den beiden globalen Unternehmensbereichen Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gesteuert.

- AWM besteht aus den Geschäftsbereichen Asset Management (AM), der das Vermögen institutioneller Kunden verwaltet und Investmentfonds und andere Anlageprodukte für Privatkunden anbietet, und Private Wealth Management (PWM), der für die Betreuung anspruchsvoller vermögender Privatkunden und ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden zuständig ist.
- PBC stellt Privatkunden und vermögenden Kunden sowie kleineren Firmenkunden die gesamte Produktpalette des Privatkundengeschäfts bereit.

Der Konzernbereich **Corporate Investments (CI)** steuert bestimmte Alternative Assets des Konzerns sowie andere Fremd- und Eigenkapitalanlagen.

Änderungen in der Segmentstruktur können aus veränderten Managementverantwortungen sowie aus Akquisitionen oder Desinvestitionen resultieren.

Im Geschäftsjahr 2009 gab es folgende Veränderungen der Managementverantwortungen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung.

- Am 1. April 2009 wurde die Managementverantwortung für die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich CI übertragen.
- Im Verlauf des ersten Quartals 2009 wurde die Managementverantwortung bestimmter Vermögenswerte vom Unternehmensbereich Asset and Wealth Management auf den Unternehmensbereich CI übertragen. Diese Vermögenswerte beinhalteten Maher Terminals, ein konsolidiertes Infrastrukturinvestment, und RREEF Global Opportunity Fund III, einen konsolidierten Immobilienfonds.

Die folgenden Akquisitionen und Desinvestitionen hatten wesentlichen Einfluss auf die Segmentergebnisse:

- Im November 2009 hat der Konzern den Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank von der Commerzbank AG abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Am 25. Februar 2009 schloss der Konzern den Erwerb eines Minderheitsanteils an der Deutschen Postbank AG, einem führenden Anbieter von Finanzdienstleistungen in Deutschland, ab. Ebenfalls zu diesem Datum hat der Konzern eine Pflichtumtauschleihe sowie Optionen erworben, um den Anteil an der Deutschen Postbank AG in Zukunft zu erhöhen. Alle Teile der Transaktion sind dem Unternehmensbereich CI zugeordnet.
- Im Dezember 2008 wurde von RREEF Alternative Investments eine wesentliche Minderheitsbeteiligung an Rosen Real Estate Securities LLC (RRES), einem Berater für Immobilienanlagen, erworben. Die Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im November 2008 wurde ein Anteil von 40 % an UFG Invest erworben, verbunden mit der Option, den Anteil in der Zukunft auf 100% zu erhöhen. UFG Invest ist das russische Wertpapierverwaltungsunternehmen von UFG Asset Management. Das Geschäft firmiert unter Deutsche UFG Capital Management. Die Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Oktober 2008 wurde der Kauf der operativen Plattform der Pago eTransaction GmbH durch die Deutsche Card Services GmbH abgeschlossen. Die Transaktion fand in Deutschland statt und ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Im Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“). Maher Terminals ist ein privater Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. RREEF Infrastructure erwarb alle Anteile konzernexterner Investoren am North America Infrastructure Fund, dessen einzige Beteiligung Maher Terminals war. Diese Beteiligung ist dem Unternehmensbereich CI zugeordnet.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die DWS Investments Schweiz AG, die das schweizerische Fondsverwaltungsgeschäft des Unternehmensbereichs AWM umfasst, an die State Street Bank.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die italienische Lebensversicherungsgesellschaft DWS Vita S.p.A. an die Zurich Financial Services Group. Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.
- Mit Wirkung ab März 2008 schloss der Konzern den Erwerb einer Beteiligung von 60 % an dem taiwanesischen Vermögensverwalter Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited ab. Das erworbene Unternehmen ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.

- Im Februar 2008 verkaufte RREEF Alternative Investments seinen Anteil von 50% an der australischen DEXUS Property Group an andere Anteilseigner von DEXUS. Die Beteiligung wurde im Unternehmensbereich AWM gehalten.
- Im Januar 2008 erwarb der Konzern HedgeWorks LLC einen Hedgefondsadministrator mit Sitz in den Vereinigten Staaten. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert.
- Im Januar 2008 erhöhte AM seinen Anteil an Harvest Fund Management, einer Publikumsfondsgesellschaft in China, auf 30 %. Diese Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Oktober 2007 erwarb der Konzern die Abbey Life Assurance Company Limited, eine Gesellschaft in Großbritannien, die im Wesentlichen fondsgebundene Lebensversicherungen, Pensionsversicherungs- und Rentenpolicen hält. Das erworbene Geschäft wurde in den Unternehmensbereich CB&S integriert.
- Im Juli 2007 schloss AM den Verkauf seines lokalen Publikumsfondsgeschäfts in Italien ab und ging eine langfristige Vertriebspartnerschaft mit Anima S.G.R.p.A. ein. Das Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.
- Im Juli 2007 erwarb RREEF Private Equity einen wesentlichen Anteil an Aldus Equity, einer Alternative-Asset-Management- und -Beratungsgesellschaft, die auf die Strukturierung von Private Equity Investments für institutionelle und wohlhabende Kunden spezialisiert ist. Das Geschäft ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Juli 2007 gab der Konzern den Abschluss der Akquisition des grenzüberschreitenden Custodygeschäfts für institutionelle Kunden der Türkiye Garanti Bankasi, A.Ş. bekannt. Das Geschäft ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Im Juli 2007 schloss RREEF Infrastructure die Akquisition von Maher Terminals ab. Im Oktober 2007 wurde Maher Terminals entkonsolidiert, nachdem Teile in den dafür vorgesehenen Fonds eingebracht worden waren.
- Im Juni 2007 schloss der Konzern den Verkauf des australischen Asset-Management-Operation-Geschäfts an Aberdeen Asset Management ab. Das Geschäft war dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Januar 2007 verkaufte der Konzern die zweite Tranche (41 %) der italienischen Processingaktivitäten von BankAmericard an das Zentralinstitut der italienischen Volksbanken, das „Istituto Centrale delle Banche Popolari Italiane“ („ICBPI“). Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs PBC.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von MortgageIT Holdings, Inc., einem auf Wohnimmobilien spezialisierten Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, ab. Das Geschäft ist dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.
- Im Januar 2007 schloss der Konzern den Erwerb der Berliner Bank ab, die in den Unternehmensbereich PBC integriert wurde. Diese Akquisition erweitert den Marktanteil des Konzerns im Privatkundensektor der deutschen Hauptstadt.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Segmentberichterstattung zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss“ dieser Note berichtet. Die dargestellten Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung von Segmentgewinnen oder -verlusten, Aktiva und anderen Informationen, welche dem „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig berichtet werden.

Die Managementberichterstattung der Deutschen Bank beruht grundsätzlich auf IFRS. In einigen Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und im Konzernabschluss nach IFRS abgegrenzt werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der erfolgswirksamen Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Minderheitsanteile. Diese werden in den Segmenten im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt, während sie für den Konzernabschluss über Consolidation & Adjustments (C&A) in das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis umgliedert werden.

Ergebnisse aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zugeordnet. Interne Serviceanbieter, die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien beruhen in der

Regel auf Vereinbarungen zwischen den beteiligten Bereichen und werden auf der Basis „Menge \times Preis“, „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ ermittelt. Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit der Unternehmensbereiche mit denjenigen Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit zugehöriger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird daher der Nettozinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns (nach Verrechnung mit bestimmten zugehörigen Belastungen, zum Beispiel aus der Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften) im Verhältnis zu dem jeweils zugeordneten durchschnittlichen Active Equity den Geschäftsbereichen anteilig zugerechnet.

Die Finanzkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäftstätigkeiten refinanzieren können. Die Bank veranlasste daraufhin eine Überprüfung ihrer internen Refinanzierungssysteme und beschloss im Geschäftsjahr 2009 eine Verfeinerung ihrer internen Refinanzierungssätze, die eine angemessenere Vergütung für Liquidität aus unbesicherten Finanzierungsquellen vorsieht und die Risiken bestimmter Vermögenswerte stärker berücksichtigt.

Nachfolgend sind die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche im Geschäftsjahr 2009 beschrieben:

- GTB (160 Mio €), AWM (32 Mio €) und PBC (4 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (167 Mio €) und CI (30 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

Das Management nutzt bestimmte Messgrößen für das Kapital und darauf bezogene Kennziffern im Rahmen des internen Managementberichtssystems, weil es der Überzeugung ist, dass damit die Darstellung der finanziellen Performance der Segmente transparenter und aussagekräftiger ist. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

- **Durchschnittliches Active Equity:** Der Konzern berechnet das Active Equity, um besser mit seinen Wettbewerbern vergleichbar zu sein. Das durchschnittliche Active Equity fließt in die Berechnung verschiedener Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne oder Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal auf Basis eines Vorschlags eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird. Die Berechnung des durchschnittlichen Active Equity basiert auf den im Jahresabschluss für die jeweiligen Sachverhalte verwendeten Steuersätzen und nicht auf einem generellen Durchschnittssteuersatz. Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity des Konzerns auf die Segmente und C&A erfolgt im Verhältnis ihrer ökonomischen Risiken, die sich aus dem Ökonomischen Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerten zusammensetzen. Der zuzurechnende Gesamtbetrag entspricht dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns. In Geschäftsjahr 2008 wurde Letzterer aus einer Tier-1-Kernkapitalquote von 8,5 % abgeleitet. Für 2009 hat der Konzern den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital anhand einer Tier-1-Kernkapitalquote von 10 % abgeleitet. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den zuzurechnenden Gesamtbetrag, so wird der Mehrbetrag C&A zugeordnet.
- **Eigenkapitalrendite in %, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity** ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern, reduziert um Minderheitsanteile am durchschnittlichen Active Equity. Beim Vergleich dieser auf Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmentergebnissen, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS, für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007. Im Zusammenhang mit den in Note [1] dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden von Prämien für Finanzgarantien und bestimmten Abwicklungsgebühren wurde der Ausweis der Erträge und der zinsunabhängigen Aufwendungen für die Vorjahre angepasst.

2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	16.197	2.606	18.804	2.688	5.576	8.264	1.044	28.112
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.789	27	1.816	17	790	806	8	2.630
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.874	1.804	12.678	2.476	4.328	6.804	581	20.063
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	71	5	76	18	69	87	8	171
Abfindungszahlungen	138	7	145	106	192	297	0	442
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	–	541	0	–	0	–	541
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	–	5	–291	–	–291	151	–134
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–	–	–
Minderheitsanteile	–2	–	–2	–7	0	–7	–1	–10
Ergebnis vor Steuern	3.537	776	4.312	202	458	660	456	5.428
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	69 %	67 %	92 %	78 %	82 %	56 %	71 %
Aktiva ^{2,3}	1.308.220	47.416	1.343.824	43.761	131.013	174.738	28.456	1.491.108
Investitionen in langlebige Aktiva	73	17	89	56	42	98	395	583
Risikogewichtete Aktiva	188.116	15.846	203.962	12.201	36.872	49.073	16.935	269.969
Durchschnittliches Active Equity ⁴	17.881	1.160	19.041	4.791	3.617	8.408	4.323	31.772
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	20 %	67 %	23 %	4 %	13 %	8 %	11 %	17 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.480	1.037	8.516	381	3.493	3.874	–108	12.283
Erträge mit externen Kunden	17.000	2.127	19.127	2.528	5.372	7.900	1.053	28.079
Intersegmenterträge	–802	479	–323	160	204	364	–9	33
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	–77	1	–76	–14	1	–12	155	67
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.543	40	1.584	202	42	244	5.911	7.739

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.

5 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 236 Mio €, eine Wertaufholung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 291 Mio € (die zugehörige Abschreibung war im Jahr 2008 verbucht worden), eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2008	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	428	2.774	3.201	3.264	5.777	9.041	1.290	13.532
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	402	5	408	15	653	668	-1	1.075
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.550	1.663	10.213	3.794	4.178	7.972	95	18.279
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	53	6	57	17	77	93	8	158
Abfindungszahlungen	334	3	337	29	84	113	0	450
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-273	-	-273	18	-	18	-	-256
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	580	-	580	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	-48	-	-48	-20	0	-20	2	-66
Ergebnis vor Steuern	-8.476	1.106	-7.371	-525	945	420	1.194	-5.756
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	60 %	N/A	116 %	72 %	88 %	7 %	135 %
Aktiva ^{2,3}	2.011.983	49.487	2.047.181	50.473	138.350	188.785	18.297	2.189.313
Investitionen in langlebige Aktiva	1.167	38	1.205	13	56	70	0	1.275
Risikogewichtete Aktiva	234.344	15.400	249.744	16.051	37.482	53.533	2.677	305.953
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.181	1.081	20.262	4.870	3.445	8.315	403	28.979
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-44 %	102 %	-36 %	-11 %	27 %	5 %	N/A	-20 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.683	1.157	8.840	496	3.249	3.746	7	12.592
Erträge mit externen Kunden	546	2.814	3.359	3.418	5.463	8.881	1.259	13.499
Intersegmenterträge	-118	-40	-158	-154	314	160	31	33
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-110	2	-108	87	2	88	62	42
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.687	40	1.727	321	44	365	71	2.163

N/A – nicht aussagefähig

- 3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.
- 4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 5 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio €, einen Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio € sowie eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 572 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2007	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	16.591	2.585	19.176	4.374	5.755	10.129	1.517	30.822
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	102	7	109	1	501	501	3	613
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.253	1.633	13.886	3.453	4.108	7.560	220	21.667
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	52	8	57	20	82	102	17	176
Abfindungszahlungen	100	7	107	28	27	55	0	162
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	116	–	116	73	–	73	–	188
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	–	–	74	–	74	54	128
Restrukturierungsaufwand	–4	–1	–4	–8	–1	–9	–0	–13
Minderheitsanteile	34	–	34	7	0	8	–5	37
Ergebnis vor Steuern	4.202	945	5.147	913	1.146	2.059	1.299	8.505
Aufwand-Ertrag-Relation	74 %	63 %	72 %	79 %	71 %	75 %	15 %	70 %
Aktiva ^{2, 3}	1.785.876	32.117	1.800.027	39.180	117.809	156.767	13.005	1.916.304
Investitionen in langlebige Aktiva	351	87	438	2	62	65	0	503
Risikogewichtete Aktiva	218.663	18.363	237.026	15.864	69.722	85.586	4.891	327.503
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.619	1.095	20.714	5.109	3.430	8.539	473	29.725
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	21 %	86 %	25 %	18 %	33 %	24 %	N/A	29 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	4.362	1.106	5.467	165	3.083	3.248	–5	8.710
Erträge mit externen Kunden	16.775	2.498	19.273	4.615	5.408	10.023	1.492	30.788
Intersegmenterträge	–184	87	–97	–241	347	106	25	34
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	72	1	74	142	3	145	197	416
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	2.430	39	2.469	560	45	605	221	3.295

N/A – nicht aussagefähig

3 Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

4 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.

5 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Fiat S.p.A., Linde AG und Allianz SE) in Höhe von 514 Mio €, einen Gewinn aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen (Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG) in Höhe von 178 Mio € sowie Gewinne aus der Veräußerung von Gebäuden (Sale-und-Leaseback-Transaktion für unser Bürogebäude 60 Wall Street in New York) in Höhe von 317 Mio € sowie eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 74 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

In der nachstehenden Tabelle werden die auf Basis der Managementberichtssysteme ermittelten Segmentergebnisse und -aktiva auf den Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 übergeleitet.

in Mio €	2009			2008			2007		
	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt¹	28.112	–159	27.952	13.532	82	13.613	30.822	7	30.829
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.630	–0	2.630	1.075	1	1.076	613	–1	612
Zinsunabhängige Aufwendungen	20.063	57	20.120	18.279	–0	18.278	21.667	–199	21.468
Minderheitsanteile	–10	10	–	–66	66	–	37	–37	–
Ergebnis vor Steuern	5.428	–226	5.202	–5.756	15	–5.741	8.505	243	8.749
Aktiva	1.491.108	9.556	1.500.664	2.189.313	13.110	2.202.423	1.916.304	8.699	1.925.003
Risikogewichtete Aktiva	269.969	3.507	273.476	305.953	1.779	307.732	327.503	1.315	328.818
Durchschnittliches Active Equity	31.772	2.840	34.613	28.979	3.100	32.079	29.725	368	30.093

1 Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

Im Geschäftsjahr 2009 belief sich der Verlust vor Steuern in C&A auf 226 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie weitere Sachverhalte außerhalb der Managementverantwortung der Segmente. Diese wurden zum Teil durch Umsatzsteuererstattungen ausgeglichen. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2009 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 535 Mio € verminderten, betrafen ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen sowie ökonomisch abgesicherte Anleiheemissionen und resultieren aus der Veränderung kurzfristiger Euro- und US-Dollar-Zinssätze.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 225 Mio €.
- Derivate, mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden, führten zu einer Erhöhung um rund 460 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Im Geschäftsjahr 2008 belief sich das Ergebnis vor Steuern in C&A auf 15 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, die durch positive Effekte im Zusammenhang mit Umsatzsteuererstattungen kompensiert wurden. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2008 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 450 Mio € erhöhten, betrafen ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen und resultierten aus hohen Volatilitäten und allgemein gesunkenen kurzfristigen Zinssätzen.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um rund 160 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns sowie bestimmten Derivaten auf Eigene Aktien werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse gemäß IFRS führte zu einem Anstieg von etwa 80 Mio €.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich auf 37 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Im Geschäftsjahr 2007 belief sich das Ergebnis vor Steuern in C&A auf 243 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten positive Effekte hauptsächlich aus der Erstattung von Vorsteuer für Vorjahre aufgrund einer mit der Steuerverwaltung abgestimmten verfeinerten Methode sowie wegen Erstattungen im Zusammenhang mit verschiedenen Rechtsverfahren. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2007 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen zu Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden, verringerten die Erträge um circa 100 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse gemäß IFRS führte zu einem Anstieg von etwa 30 Mio €.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich auf 39 Mio €.
- Der Zinsüberschuss aufgrund von Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen erhöhte sich auf 69 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen, beispielsweise Refinanzierungsaufwendungen (per saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva und Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften für das Kapital bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften.

Aktiva und risikogewichtete Aktiva enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskonten.

Das durchschnittliche Active Equity in C&A reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in dieser Note unter dem Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten“ beschrieben wird.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007.

in Mio €	Corporate and Investment Bank		
	2009	2008	2007
Sales & Trading (Equity)	2.734	-631	4.612
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.795	116	8.401
Sales & Trading insgesamt	12.529	-514	13.013
Emissionsgeschäft (Equity)	663	334	860
Emissionsgeschäft (Debt)	1.132	-713	714
Emissionsgeschäft insgesamt	1.795	-379	1.573
Beratung	402	589	1.089
Kreditgeschäft	1.623	1.393	1.067
Transaction Services	2.606	2.774	2.585
Sonstige Produkte	-151	-661	-151
Insgesamt	18.804	3.201	19.176

in Mio €	Private Clients and Asset Management		
	2009	2008	2007
Portfolio/Fund Management	2.033	2.457	3.017
Brokeragegeschäft	1.456	1.891	2.172
Kredit-/Einlagengeschäft	3.531	3.251	3.154
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1.005	1.066	1.030
Sonstige Produkte	239	376	756
Insgesamt	8.264	9.041	10.129

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 aufgeführt. Für CIB und PCAM erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu CI und C&A werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diese Bereiche zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2009	2008	2007
Deutschland:			
CIB	2.353	2.997	3.012
PCAM	4.769	5.208	5.514
Deutschland insgesamt	7.122	8.205	8.525
Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CIB	8.483	-629	7.713
PCAM	2.482	2.391	2.816
Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt¹	10.964	1.762	10.530
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CIB	5.295	-838	4.628
PCAM	724	971	1.331
Amerika insgesamt	6.020	133	5.959
Asien/Pazifik:			
CIB	2.672	1.671	3.823
PCAM	289	471	468
Asien/Pazifik insgesamt	2.961	2.142	4.291
CI	1.044	1.290	1.517
Consolidation & Adjustments	-159	82	7
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt²	27.952	13.613	30.829

1 In den Geschäftsjahren 2009 und 2007 trug Großbritannien rund 60 % zu diesen Erträgen bei. Im Geschäftsjahr 2008 wies Großbritannien negative Erträge aus.

2 Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten unserer Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem unsere Mitarbeiter, unsere Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

[5] Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen.

in Mio €	2009	2008	2007
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	633	1.313	1.384
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	320	964	1.090
Forderungen aus Wertpapierleihen	67	1.011	3.784
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	13.634	34.938	42.920
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	496	1.260	1.596
Dividendenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	91	312	200
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.555	12.269	10.901
Sonstige	1.157	2.482	2.800
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	26.953	54.549	64.675
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	5.119	13.015	17.371
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	280	4.425	6.869
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	269	304	996
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	4.503	14.811	20.989
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	798	1.905	2.665
Langfristige Verbindlichkeiten	2.612	5.273	4.912
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	680	571	339
Sonstige	233	1.792	1.685
Zinsaufwendungen insgesamt	14.494	42.096	55.826
Zinsüberschuss	12.459	12.453	8.849

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2009 auf 133 Mio € (2008: 65 Mio €, 2007: 57 Mio €).

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio €	2009	2008	2007
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	2.148	-9.615	3.797
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	5.668	-25.369	-427
Sales & Trading insgesamt	7.816	-34.984	3.370
Sonstige	-2.182	1.155	548
Handelsergebnis insgesamt	5.634	-33.829	3.918
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	-73	-	-41
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	-2	-4	33
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	3.929	-4.016	-570
Einlagen	-162	139	10
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	-2.550	28.630	3.782
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	333	-912	43
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	1.475	23.837	3.257
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	7.109	-9.992	7.175

¹ Beinhaltet 176 Mio € in 2009 (2008: 17,9 Mrd €; 2007: 3,5 Mrd €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Fair-Value-Änderungen korrespondierender Instrumente in Höhe von minus 49 Mio € in 2009 (2008: minus 20,1 Mrd €; 2007: minus 4,4 Mrd €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Gesamtüberblick

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelsaktiva als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich gelagert sein. Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, untergliedern wir im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten.

Die folgende Tabelle zeigt den Zinsüberschuss zusammen mit dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen des Konzerns nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank nach Produkten in 2009, 2008 und 2007.

in Mio €	2009	2008	2007
Zinsüberschuss	12.459	12.453	8.849
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	7.109	-9.992	7.175
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.568	2.461	16.024
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen, aufgegliedert nach Konzernbereich/ CIB-Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	2.047	-1.895	3.117
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.735	317	7.483
Sales & Trading insgesamt	11.782	-1.578	10.600
Kreditgeschäft ¹	767	1.014	499
Transaction Services	1.177	1.358	1.297
Übrige Produkte ²	239	-1.821	-118
Corporate and Investment Bank insgesamt	13.966	-1.027	12.278
Private Clients and Asset Management	4.160	3.871	3.529
Corporate Investments	793	-172	157
Consolidation & Adjustments	649	-211	61
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	19.568	2.461	16.024

1 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

2 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

[6] Provisionsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Provisionsüberschusses.

in Mio €	2009	2008	2007
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	11.377	12.449	15.199
Provisionsaufwand	2.466	2.708	2.917
Provisionsüberschuss	8.911	9.741	12.282

in Mio €	2009	2008	2007
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	2.925	3.414	3.965
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	3.449	3.790	5.490
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	2.537	2.537	2.827
Provisionsüberschuss	8.911	9.741	12.282

[7] Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	2009	2008	2007
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	37	-534	-192
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	119	17	8
Wertminderungen	-82	-551	-200
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	-295	1.156	944
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	443	1.428	1.004
Wertminderungen	-738	-272	-60
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	-56	-63	-12
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	9	-12	-8
Wertminderungen	-81	-52	-4
Wertaufholungen	16	1	-
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	-89	107	53
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	-	108	60
Wertminderungen	-89	-1	-7
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-403	666	793

[8] Sonstige Erträge

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der sonstigen Erträge.

in Mio €	2009	2008	2007
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	-117	8	29
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	-2	-	8
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	61	85	321
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2	50	44
Beiträge im Versicherungsgeschäft ¹	129	308	134
Übrige sonstige Erträge ²	-256	248	841
Sonstige Erträge insgesamt	-183	699	1.377

1 Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Die Entwicklung war im Wesentlichen auf Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

2 Der Rückgang von 2008 auf 2009 in den Übrigen sonstigen Erträgen war im Wesentlichen auf eine Abschreibung in Höhe von 575 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort und Casino“ in 2009 zurückzuführen. Der Rückgang von 2007 auf 2008 war hauptsächlich auf das Ausbleiben eines Gewinns in Höhe von 317 Mio € im Zusammenhang mit der Sale-und-Leaseback-Transaktion für die Immobilie 60 Wall Street in New York und 148 Mio € sonstige Erträge aus konsolidierten Investments zurückzuführen, die in 2007 verzeichnet wurden.

[9] Sachaufwand und sonstiger Aufwand

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Sachaufwands und sonstigen Aufwands.

in Mio €	2009	2008	2007
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	1.759	1.818	1.863
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.457	1.434	1.347
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.088	1.164	1.257
Kommunikation und Datenadministration	672	698	678
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	408	504	554
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	406	415	436
Marketingaufwendungen	278	373	411
Sonstige Aufwendungen	2.334	1.933	1.492
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	8.402	8.339	8.038

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten unter anderem Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen, andere Steuern und Versicherungen, operative Verluste sowie sonstige mitarbeiterbezogene Aufwendungen. Der Anstieg der sonstigen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus Rückstellungen von 316 Mio € zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten mit der Huntsman Corp. und 200 Mio € bezüglich einer Rückkaufverpflichtung für bestimmte Wertpapiere.

[10] Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Im Dezember 2008 hat der Konzern beschlossen, bestehende Terminkaufkontrakte über insgesamt 33,6 Millionen Deutsche Bank-Aktien von der bisherigen Lieferung von Aktien auf Geldausgleich umzustellen. Diese Terminkaufkontrakte sind damit nicht weiter in der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic) und (verwässert) berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle beinhaltet die Berechnung des Ergebnisses je Aktie für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007.

in Mio €	2009	2008	2007
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	4.973	-3.835	6.474
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	–	–	–
wandelbaren Schuldtiteln	2	-1	–
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	4.975	-3.836	6.474
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	628,1	504,1	474,2
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,0	0,3
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,1	0,0	1,8
wandelbaren Schuldtiteln	0,7	0,1	0,7
gewährten Aktienrechten	26,4	0,0	18,6
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,1	0,0	0,5
Potenziell verwässernde Stammaktien	27,3	0,1	21,9
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	655,4	504,2	496,1

in €	2009	2008	2007
Ergebnis je Aktie (basic)	7,92	-7,61	13,65
Ergebnis je Aktie (verwässert)	7,59	-7,61	13,05

Aufgrund der Verlustsituation wurden potenziell verwässernde Finanzinstrumente bei der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) für das Geschäftsjahr 2008 grundsätzlich nicht berücksichtigt, da dies ansonsten eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätte. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für das Geschäftsjahr 2008 um 31,2 Millionen Aktien höher gewesen.

Zum 31. Dezember 2009, 2008 und 2007 waren die folgenden Instrumente ausstehend. Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anzahl der Aktien in Mio	2009	2008	2007
Terminkäufe	0,0	0,0	39,4
geschriebene Verkaufsoptionen	0,0	0,1	0,2
geschriebene Kaufoptionen	0,0	0,3	0,7
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,3	1,8	0,1
gewährte Aktienrechte	0,0	26,9	0,6

Anhangangaben zur Bilanz

[11] Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	206.710	204.994
Sonstige Handelsaktiva ¹	28.200	42.468
Handelsaktiva insgesamt	234.910	247.462
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	596.410	1.224.493
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	89.977	94.726
Forderungen aus Wertpapierleihen	19.987	29.079
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.964	18.739
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	11.072	9.312
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	134.000	151.856
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	965.320	1.623.811

1 Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 21.847 Mio € zum 31.12.2009 (2008: 31.421 Mio €).

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Handelspassiva:		
Wertpapiere	62.402	56.967
Sonstige Handelspassiva	2.099	11.201
Handelspassiva insgesamt	64.501	68.168
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	576.973	1.181.617
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	52.795	52.633
Kreditzusagen	447	2.352
Langfristige Verbindlichkeiten	15.395	18.439
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4.885	4.579
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	73.522	78.003
Investmentverträge ¹	7.278	5.977
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	722.274	1.333.765

1 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [39] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Zum Fair Value klassifizierte Kredite und Kreditzusagen

Der Konzern hat unterschiedliche Kreditbeziehungen zum Fair Value klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem Fair Value. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 123 Mrd € (2008: 143 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko führen.

Das Kreditrisiko aus den zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 110,0 Mrd € (2008: 123,8 Mrd €). Dieses Kreditrisiko wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert. Die Bewertung der Instrumente berücksichtigt die Kreditverbesserung durch die erhaltene Sicherheit. Dadurch ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ. Das in den zum Fair Value klassifizierten Kreditbeziehungen enthaltene Kreditrisiko belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 13,0 Mrd € (2008: 18,7 Mrd €) und wird auf vielerlei Weise verringert. Der größte Teil des Kreditrisikos

aus in Anspruch genommenen Krediten wird durch den Erwerb von Credit Default Swaps gemindert, während das verbleibende Kreditrisiko durch das Halten von Sicherheiten reduziert wird.

Die Bewertung der besicherten Kredite berücksichtigt die durch die Sicherheiten erhaltene Kreditverbesserung. Wenn die Sicherheiten den Kreditbetrag übersteigen, ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während eines Jahres noch kumulativ. Die Fair-Value-Änderungen dieser Instrumente ergeben sich vielmehr aus den Wertveränderungen der Sicherheiten, hervorgerufen durch Veränderungen des Marktrisikos und der Zinssätze.

Zur Reduzierung des Kreditrisikos aus in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, erwarb der Konzern Credit Default Swaps für Kreditbeziehungen mit einem Nominalwert von 48,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 (2008: 50,5 Mrd €). Der Nominalwert von Kreditderivaten, die zur Reduzierung des Kreditrisikos von in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen eingesetzt und die zum Fair Value klassifiziert wurden, betrug zum 31. Dezember 2009 32,7 Mrd € (2008: 36,5 Mrd €).

Die folgende Tabelle zeigt die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare Veränderung im Fair Value.

in Mio €	31.12.2009		31.12.2008	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
Veränderung im Fair Value von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen aufgrund von Kreditrisiken				
Kumulative Veränderung im Fair Value	28	-24	-870	-2.731
Fair-Value-Änderung in 2009/2008	938	1.565	-815	-2.558
Veränderung im Fair Value der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden				
Kumulative Veränderung im Fair Value	-47	-51	844	2.674
Fair-Value-Änderung in 2009/2008	-1.250	-1.355	784	2.482

Die Fair-Value-Änderung der Kredite und Kreditzusagen, die aus der Änderung des Kontrahentenrisikos resultiert, wird als der nicht auf Veränderungen von Marktrisikobedingungen zurückgehende Anteil der Fair-Value-Änderung bestimmt. Für besicherte Kredite, einschließlich Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen, dient die erhaltene Kreditsicherheit einer Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Reverse Repos enthaltenen Kontrahentenrisiko ergab, war aufgrund der erhaltenen Kreditsicherheit unwesentlich.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

Der Fair Value einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die folgende Tabelle zeigt die auf das Kreditrisiko zurückzuführenden Fair-Value-Änderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Die Fair-Value-Änderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen, die durch konsolidierte SPEs begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Fair-Value-Änderungen dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen SPE gehaltenen Sicherheit.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Kumulative Veränderung im Fair Value	30	364
Fair-Value-Änderung in 2009/2008	-264	349

Der Fair Value der begebenen Verpflichtungen berücksichtigt das Kreditrisiko des Konzerns. Wenn ein solches Instrument einen auf einem aktiven Markt notierten Preis hat, ist die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value jener Teil der Fair-Value-Änderung, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert. Hat ein solches Instrument keinen auf einem aktiven Markt notierten Preis, wird der Fair Value mithilfe einer Bewertungsmethode bestimmt. Eine solche Bewertungsmethode berücksichtigt das Kreditrisiko durch eine Diskontierung der vertraglich festgelegten Zahlungsströme der Verbindlichkeit auf Basis einer risikoadjustierten Zinskurve, die das Zinsniveau abbildet, zu dem der Konzern am Bilanzstichtag ähnliche Instrumente begeben könnte.

Das in den nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthaltene Kreditrisiko entspricht in erster Linie dem Kontrahentenrisiko. Die Fair-Value-Änderung, die dem Kontrahentenrisiko der nicht in

Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen zurechenbar ist, wurde mit dem Kontrahentenrisiko der in Anspruch genommenen Kredite offengelegt.

Für sämtliche zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen lag der bei Fälligkeit vom Konzern zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag um 36,8 Mrd € über dem Bilanzwert zum 31. Dezember 2009 (2008: 33,7 Mrd €). Der bei Fälligkeit zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag, den der Konzern zum frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeitstermin zurückzahlen muss. Ist der Rückzahlungsbetrag nicht festgelegt, wird der vom Konzern laut Vertrag zurückzuzahlende Betrag unter Verweis auf die am Bilanzstichtag bestehenden Bedingungen bestimmt.

Der größte Teil der Differenz zwischen dem Fair Value von zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen und den vertraglich vereinbarten Cashflows bei Fälligkeit entfällt auf nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen, für die dem vertraglich vereinbarten Cashflow bei Fälligkeit eine vollständige Inanspruchnahme der Kreditzusage unterstellt wird. Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit, ohne Berücksichtigung der zum Fair Value klassifizierten nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen, betrug zum 31. Dezember 2009 0,6 Mrd € (2008: 1,4 Mrd €).

[12] Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

In Übereinstimmung mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“ wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgegliedert. In diesen Fällen entsprach nach Einschätzung der Bank der Fair Value der umgegliederten Vermögenswerte zum Umgliederungsstichtag aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten nicht der erwarteten Rückzahlung des Vermögenswerts. Ferner war die Bank zum Umgliederungszeitpunkt der Auffassung, dass der innere Wert dieser Positionen bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann. Da zum Umgliederungsstichtag eine eindeutig geänderte Zweckbestimmung des Vermögenswerts vorlag sowie weder eine Beschränkung der Haltefähigkeit noch der Refinanzierung für diese Vermögenswerte bestanden, spiegelt die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck dieser Vermögenswerte besser wider. Im dritten Quartal 2008 erfolgte die Umgliederung der Vermögenswerte mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten Fair Value. Darüber hinaus wurden Umwidmungen mit Wirkung zum 1. Oktober vorgenommen, wenn die Entscheidung für die Umklassifizierung bis zum 1. November 2008 getroffen wurde und zu diesem Zeitpunkt die Anforderungen des IAS 39 sowie die konzerninternen Vorgaben für die Umgliederung erfüllt waren. Wurde die Entscheidung für eine Umklassifizierung nach dem 1. November 2008 getroffen, erfolgte die Umbuchung zum Fair Value des Zeitpunkts der Genehmigung. Die folgende Darstellung zeigt die Auswirkungen der Umklassifizierungen auf den Konzernabschluss im Detail.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values aller in 2008 und 2009 umklassifizierten Vermögenswerte.

in Mio €	Kumulierte Umklassifizierungen bis 31.12.2009			Kumulierte Umklassifizierungen bis 31.12.2008		
	Buchwert am Umbuchungs- stichtag	Buchwert	Fair Value	Buchwert am Umbuchungs- stichtag	Buchwert	Fair Value
In 2008 umklassifizierte Vermögenswerte:						
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	23.633	21.397	18.837	23.633	23.637	20.717
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.354	9.267	8.290	11.354	10.787	8.628
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	34.987	30.664¹	27.127	34.987	34.424	29.345
In 2009 umklassifizierte Vermögenswerte:						
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.961	2.890	2.715			
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	2.961	2.890	2.715			

1 Der Rückgang der Buchwerte seit Umklassifizierung ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen, Wertberichtigungen und Wechselkursänderungen zurückzuführen.

Die Bandbreiten für die Effektivzinssätze auf Basis gewichteter Durchschnitte einzelner Geschäftsbereiche und die erwarteten erzielbaren Cashflows waren am Umbuchungstichtag wie folgt.

	Kumulierte Umklassifizierungen bis 31.12.2009		Kumulierte Umklassifizierungen bis 31.12.2008	
	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)				
Effektivzinssätze am Umbuchungstichtag:				
obere Grenze	13,1 %	9,9 %	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Cashflows am Umbuchungstichtag	39,6	17,6	35,9	17,6

Wären die finanziellen Vermögenswerte nicht umgegliedert worden, hätten sich die folgenden zusätzlichen Effekte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und im Eigenkapital des Konzerns ergeben.

in Mio €	2009	2008 ¹
Unrealisierte Fair-Value-Verluste (-) aus umklassifizierten Handelsaktiva -vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-884	-3.230
Wertaufholungsverluste (-) aus bereits wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-9	-209
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) im Eigenkapital aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.147	-1.826

1 Umklassifizierungen wurden zum 1. Juli 2008 vorgenommen und somit repräsentieren die Zahlen für das Geschäftsjahr 2008 einen Sechsmonatszeitraum.

Nach der Umgliederung haben die umklassifizierten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zu dem Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	2009	2008 ¹
Zinserträge	1.368	659
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1.047	-166
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva	321	493
Zinserträge	227	258
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-205	-91
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	22	167

1 Umklassifizierungen wurden zum 1. Juli 2008 vorgenommen und somit repräsentieren die Zahlen für das Geschäftsjahr 2008 einen Sechsmonatszeitraum.

Aus im Geschäftsjahr 2009 umklassifizierten Vermögenswerten waren unrealisierte Fair-Value-Verluste von 252 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 2008 enthalten. In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 2009 sind vor der Umgliederung unrealisierte Fair-Value-Verluste von 48 Mio € berücksichtigt.

Handelsaktiva, die im Geschäftsjahr 2008 umklassifiziert wurden, trugen vor ihrer Umgliederung mit einem Fair-Value-Verlust in Höhe von 1,8 Mrd € zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2008 bei. Im Geschäftsjahr 2007 betrug dieser Fair-Value-Verlust 613 Mio €. Vor der Umgliederung entstandene Wertminderungsverluste aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten, die im Geschäftsjahr 2008 umklassifiziert wurden, beliefen sich auf 174 Mio € und wurden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2008 berücksichtigt. Aus diesen Vermögenswerten waren vor der Umgliederung im Geschäftsjahr 2008 zusätzliche unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 736 Mio € entstanden, die im Eigenkapital berücksichtigt wurden. Im Geschäftsjahr 2007 wurden unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 275 Mio € im Eigenkapital berücksichtigt.

Zu den jeweiligen Umbuchungstichtagen beliefen sich die direkt im Eigenkapital ausgewiesenen unrealisierten Fair-Value-Verluste, die auf im Geschäftsjahr 2008 umklassifizierte Vermögenswerte entfielen, auf 1,1 Mrd €. Dieser Betrag wird aus der Eigenkapitalposition unter Anwendung der Effektivzinzmethode aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Liegt eine Wertminderung eines umklassifizierten Vermögenswerts vor, wird der auf diesen Vermögenswert entfallende im Eigenkapital

ausgewiesene Betrag zum Zeitpunkt der Wertminderung aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigt.

[13] Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt über ein etabliertes Kontrollsystem im Rahmen des Bewertungsprozesses, welches interne Kontrollstandards, -methoden und -verfahren enthält.

In aktiven Märkten notierte Preise: Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren: Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Anwendung indikativer Preisangaben für ähnliche Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und regelmäßigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des Fair Value der Marktkurs oder Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie die Discounted-Cashflow-Analyse und gängige Optionspreismodelle wie das Black-Scholes-Modell verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Cashflows, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder einzigartige Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken, Annahmen und Parameter, einschließlich Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten und die Höhe der Verluste, benötigt.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen, die aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten sowie wirtschaftlichen Eckdaten, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen: Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität und Kontrahentenrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den Fair Value für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen Fair Value. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der Fair Value eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden generell auf Portfoliobasis gesteuert und Wertanpassungen werden vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich der einzelnen Eingangsparameter abzubilden. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wertanpassungen bezüglich der Liquidität substantieller Positionen sind angemessen, wenn die Position in Relation zur Marktgröße so groß ist, dass eine Liquidierung zum Geld-/Briefkurs innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens nicht möglich ist. Diese Anpassungen reflektieren die breitere Geld-/Briefspanne, die für die Ableitung des Fair Value großer Positionen angemessen ist. Sie entsprechen nicht den Werten, die zu einer Bewertung für einen Zwangsverkauf führen würden. Wertanpassungen bezüglich der Liquidität substantieller Positionen erfolgen nicht für Finanzinstrumente, die in aktiven Märkten gehandelt werden.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik nicht bereits enthalten ist. So wird beispielsweise eine Wertanpassung erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste für OTC-Derivate abzudecken, welche in der Regel nicht in Mittelkursen oder Geld-/Briefkursen reflektiert sind. Der Betrag der Wertanpassung wird an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber

allen Kontrahenten unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, des Effekts von Nettingrahmenverträgen, des erwarteten Ausfallrisikos („Loss Given Default“) und des Kreditrisikos für jeden Kontrahenten auf der Grundlage von Marktzeichen wie historischen Ausfällen, Fundamentalanalysen von Wirtschaftsinformationen und CDS Spreads bestimmt.

In ähnlicher Weise berücksichtigt der Konzern für die Ermittlung des Fair Value von derivativen Verpflichtungen die eigene Bonität, indem das potenzielle künftige Risiko aller Kontrahenten gegenüber dem Konzern bewertet wird. Dabei werden gehaltene Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Ausfallrisiken und das Kreditrisiko des Konzerns auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Infolge dieser Wertanpassung wurde im Geschäftsjahr 2009 ein unwesentlicher Gewinn ausgewiesen.

Bestehen Unsicherheiten bei den im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugleichen. Sofern ein Finanzinstrument Bestandteil einer Gruppe von Transaktionen ist, deren Risikosteuerung auf Portfoliobasis erfolgt, die Transaktion selbst jedoch so komplex ist, dass die Kosten der Schließung für diese Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um diesen Umstand zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle: Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen zu überwachen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für das Geschäft mit komplexen Derivaten durchzuführen sowie die Bewertungskontrollmethoden und das Rahmenwerk der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen, einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlicher Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität der Fair-Value-Informationen zu beurteilen. Die Ergebnisse werden, sofern möglich, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Eingangspreise und -parameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, werden Verfahren angewendet, um die Angemessenheit des Fair-Value-Schätzwerts zu überprüfen. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die Marktpreisen entspricht.

Einschätzung durch das Management: Bei der Ermittlung des Fair Value sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen seitens des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu

bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen vonseiten des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Fair-Value-Hierarchie

Die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Fair-Value-Kategorien gemäß der IFRS-Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Notierte Preise in aktiven Märkten (Level 1): Diese Kategorie enthält an wichtigen Börsen notierte Eigenkapitaltitel, Unternehmensschuldtitel, G-7-Staatsanleihen und börsengehandelte Derivate. Der Fair Value von in aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten wird auf der Grundlage notierter Preise ermittelt, sofern diese die im Rahmen von regelmäßig stattfindenden und aktuellen Transaktionen verwendeten Preise darstellen.

Bewertungsverfahren mittels beobachtbarer Parameter (Level 2): Diese Kategorie beinhaltet die Mehrzahl der OTC-Derivatekontrakte, gehaltenen Unternehmensanleihen, Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen, handelbaren Kredite sowie emittierten strukturierten zum Fair Value klassifizierten Schuldtitel des Konzerns.

Bewertungsverfahren mittels wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter (Level 3): Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen Eingangsparameter auf, die nicht beobachtbar sind und einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments haben. Diese Kategorie enthält komplexere OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments, illiquide Kredite sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen, einschließlich illiquider Asset-backed Securities und strukturierter Verbriefungen, die nicht beobachtbare Komponenten enthalten.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Fair-Value-Hierarchie. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands	84.833	106.268	15.609	72.240	115.486	17.268
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	19.684	551.514	25.211	36.062	1.139.639	48.792
Sonstige Handelsaktiva	456	16.963	10.782	348	28.560	13.560
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	5.698	124.892	3.410	8.630	137.421	5.805
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	10.789	4.863	3.167	11.911	11.474	1.450
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	–	7.014	41	–	9.691	788
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	121.460	811.514	58.220	129.191	1.442.271	87.663
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands	43.182	18.787	431	38.921	17.380	666
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	18.699	542.683	15.591	38.380	1.114.499	28.738
Sonstige Handelspassiva	1	1.817	283	–	11.027	174
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	177	70.724	2.621	708	71.265	6.030
Investmentverträge ²	–	7.278	–	–	5.977	–
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ¹	–	2.698	–757	–	5.513	–1.249
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	62.059	643.987	18.169	78.009	1.225.661	34.359

- 1 Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag nicht zum Fair Value bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird, werden unter sonstigen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber in obiger Tabelle in der Fair-Value-Kategorie des Basisvertrags ausgewiesen. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Fair-Value-Kategorien aufgeteilt.
- 2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [39] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Es gab keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Fair-Value-Hierarchie.

Bewertungsverfahren

Nachstehend folgt eine Erläuterung der Bewertungsmethoden, die zur Ermittlung des Fair Value der wesentlichen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel: Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der Fair Value auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der Fair Value durch Anpassung des Vergleichswerts an die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der Fair Value anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen Discounted-Cashflow-Modelle, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden. Bei einigen illiquiden Wertpapieren werden mehrere Bewertungsmethoden angewandt und es wird eine Entscheidung darüber getroffen, welcher Wert innerhalb der daraus resultierenden Bandbreite von Schätzwerten den Fair Value am besten abbildet.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („ABS“): Zu diesen Instrumenten gehören durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere und sonstige Asset-backed Securities einschließlich Collateralized Debt Obligations („CDOs“). Asset-backed Securities weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt weiter, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst Asset-backed Securities sind, wie dies beispielsweise bei vielen CDO-Instrumenten der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden Asset-backed Securities entweder anhand einer Relative-Value-Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Bei externen, zum Branchenstandard gehörenden Modellen werden Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen berechnet, die unabhängigen Preistests unterzogen wurden. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlustgröße) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite: Bei bestimmten Krediten lässt sich der Fair Value anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine erst vor Kurzem durchgeführten Transaktionen vorliegen, wird der Fair Value anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von Discounted-Cashflow-Modellen bestimmt. In den Discounted-Cashflow-Modellen werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite zeichnen sich durch transaktionsspezifische Merkmale aus. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird eine Discounted-Cashflow-Bewertungsmethode angewandt, bei der die Credit Spreads aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Over-The-Counter(OTC)-derivative Finanzinstrumente: Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen und notierten Eingangsparametern bewertet.

Die Eingangsparameter werden, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand der Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand des Marktpreises nicht möglich, wird der ermittelte Wert berichtigt, um ihn dem Marktwert anzupassen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extra- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den Fair Value mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option: Der Fair Value der zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren, einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der Fair Value dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Cashflows mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der unter dem Abschnitt „OTC-derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Bewertungsmethode bewertet.

Sind die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des Fair Value der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen: Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der Fair Value für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem Fair Value, der mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Die folgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie zugeordnet wurden. Im Anschluss folgen eine Analyse und Erläuterung der entsprechend klassifizierten Finanzinstrumente. Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem wird durch die diesbezügliche IFRS-Ausweisvorschrift gefordert, diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto darzustellen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands:		
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	335	602
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	7.068	5.870
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	7.444	10.669
Eigenkapitaltitel	762	127
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere insgesamt	15.609	17.268
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	25.211	48.792
Sonstige Handelsaktiva	10.782	13.560
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.905	5.531
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	505	274
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	3.410	5.805
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.167	1.450
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	41	788
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	58.220	87.663
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	431	666
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	15.591	28.738
Sonstige Handelspassiva	283	174
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Kreditzusagen	447	2.195
Langfristige Verbindlichkeiten	1.723	1.488
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	451	2.347
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	2.621	6.030
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-757	-1.249
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	18.169	34.359

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere: In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Schwellenländern und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere, Collateralized Debt Obligations („CDO“) und andere Asset-backed Securities.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten: Derivate, die dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind, werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufläge („Credit Spreads“) und andere transaktionsspezifische Faktoren.

In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind die folgenden Derivate enthalten: kundenspezifische CDO-Derivate, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoauflage nicht beobachtbar ist.

Im Jahresverlauf 2009 ging der Marktwert der derivativen Instrumente in der Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie signifikant zurück. Dies wurde hauptsächlich durch die Änderung der Parameter, insbesondere der geringeren Kreditrisikoaufläge („Credit Spreads“) verursacht. Die im Jahresverlauf beobachtbare zunehmende Liquidität der Märkte für einige Instrumente führte dazu, dass einige dieser Instrumente von der Level-3-Kategorie in die Level-2-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie umgegliedert wurden.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente: Zu den anderen in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Handelsinstrumenten gehören in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Die in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Bestand ist im Jahresverlauf durch den Rückgang des Fair Value der Kredite sowie durch die Endfälligkeit von Positionen deutlich zurückgegangen.

Zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen: Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum Fair Value klassifiziert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungstechniken bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist. Der Bestand verringerte sich in 2009 durch eine geringere Inanspruchnahme revolvierender Kreditfazilitäten und die Endfälligkeit von Kreditfazilitäten.

Darüberhinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte: Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente werden in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird.

Überleitung der Finanzinstrumente der Kategorie Level 3

Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt eine Überleitung der Finanzinstrumente der Fair-Value-Hierarchie Level 3, gefolgt von einer Analyse und Diskussion der Kategorien der Finanzinstrumente. Zu einigen der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem verlangen die diesbezüglichen Vorschriften für diese Anhangangabe, die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto aufzuführen. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des Fair Value eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

Wechsel in die und Wechsel aus der Fair-Value-Hierarchie Level 3 im Jahresverlauf werden zu ihrem Fair Value zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Cashflows der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Auf gleiche Weise wird mit den Gewinnen und Verlusten sowie den Cashflows der Instrumente bei einem Wechsel aus der Fair-Value-Hierarchie Level 3 im Jahresverlauf verfahren. Diese Konvention wird erforderlich, da die Tabelle in der Form dargestellt wird, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emis-sionen ⁵	Abwick-lungen ⁶	Umklassi-fizierun-gen in Level 3	Umklassi-fizierun-gen aus Level 3	Bestand am Jahresende
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:									
Wertpapiere des Handelsbestands	17.268	-2.304	2.883	-5.084	-	-1.570	8.410	-3.994	15.609
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	48.792	-15.563 ⁷	-	-	-	-6.397	7.510	-9.131	25.211
Sonstige Handelsaktiva	13.560	1.832	1.919	-3.057	246	-3.184	2.309	-2.843	10.782
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	5.805	1.507	222	-60	952	-5.267	695	-444	3.410
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.450	-221 ²	136	-143	-	-97	2.135	-93	3.167
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	788	70	9	-	-	-	-	-826	41
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	87.663	-14.679^{3,4}	5.169	-8.344	1.198	-16.515	21.059	-17.331	58.220
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:									
Wertpapiere des Handelsbestands	666	26	-	-	-	113	186	-560	431
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	28.738	-4.374 ⁷	-	-	-	-5.546	5.034	-8.261	15.591
Sonstige Handelspassiva	174	68	-	-	-	205	-	-164	283
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.030	-1.753	-	-	208	-269	1.443	-3.038	2.621
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-1.249	649	-	-	-	93	-253	3	-757
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	34.359	-5.384^{3,4}	-	-	208	-5.404	6.410	-12.020	18.169

- Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste, die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen sind, sowie Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten (-), nach Steuern, erfasst werden.
- Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 177 Mio €, der in der Position Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste(-), nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Verlust von 398 Mio €, der im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.
- Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung positive 6,6 Mrd € und für Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen negative 2,3 Mrd €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Eigenkapitalposition Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern, ausgewiesen.
- Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.
- Die Spalte Emissionen zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.
- Die Spalte Abwicklungen beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden alle Zahlungen berücksichtigt.
- Gewinne und Verluste aus Derivaten resultieren aus der Veränderung der Bewertungsparameter, insbesondere aus geringeren Kreditrisikoaufschlägen („Credit Spreads“).

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und

dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2009 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene Fair Value um bis zu 4,3 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 3,9 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2008 wäre der Fair Value um bis zu 4,9 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 4,7 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, bewertet der Konzern bestimmte Finanzinstrumente neu, indem bestmögliche alternative Parameter herangezogen werden oder nutzt einen Ansatz, der auf der zur Ermittlung von Geld/Briefspanne verwendeten Methode beruht. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der Fair Values von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des Fair Value zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben keine Vorhersage oder Indikation für künftige Fair-Value-Änderungen.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbliebenen Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten Fair Value relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der Fair Value auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des Fair Value eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen Fair Values bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Fair-Value-Berechnung im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse nach Arten von Finanzinstrumenten. Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2009		31.12.2008	
	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Derivate:				
Kreditderivate	2.585	2.689	3.606	3.731
Aktienderivate	213	106	226	105
Zinsderivate	103	117	40	31
Hybride Derivate	342	168	140	76
Sonstige	264	314	178	124
Wertpapiere:				
Schuldtitel	311	277	162	152
Eigenkapitaltitel	36	28	8	2
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	206	50	243	243
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Leveraged Loans	5	5	32	17
Gewerbliche Kredite	88	88	70	70
Handelbare Kredite	136	83	197	126
Insgesamt	4.289	3.925	4.902	4.677

Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Diese Ergebnisse lassen sich nicht ausschließlich auf nicht beobachtbare Parameter zurückführen. Viele der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse auf Veränderungen solcher beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 7 nur die Gewinne und Verluste, die aus den originären Level-3-Instrumenten kommen.

Nachstehend die Ergebnisse, die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berichtet werden.

Im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen berichtetes Ergebnis insgesamt

in Mio €	31.12.2009
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:	
Wertpapiere des Handelsbestands	-433
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-10.325
Sonstige Handelsaktiva	-404
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	554
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ¹	-200
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	-8
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	-10.816
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:	
Wertpapiere des Handelsbestands	-15
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	2.226
Sonstige Handelspassiva	-35
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	1.121
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-197
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	3.100
Insgesamt	-7.716

1 Der Betrag resultiert aus Wertberichtigungen von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten.

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit im Einklang mit dem in Note [1] beschriebenen Rechnungslegungsgrundsatz des Konzerns in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderung der Handelstaggewinne, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2009	2008
Bestand am Jahresanfang	697	521
Neue Geschäfte während der Periode	467	587
Abschreibung	-182	-152
Ausgelaufene Geschäfte	-138	-141
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	-41	-94
Wechselkursveränderungen	19	-24
Bestand am Jahresende	822	697

[14] Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden, entsprechen jenen, die in Note [13] aufgeführt sind.

Wie in Note [12] erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Der Konzern wendet weiterhin die in Note [13] erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgegliederten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum Fair Value bewertet werden, sind nicht in einem Handelsportfolio enthalten und werden nicht auf Fair-Value-Basis gesteuert. Dies beinhaltet zum Beispiel Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der Fair Value nur zu Ausweiszwecken kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und-Verlust-Rechnung. Zusätzlich sind zur Fair-Value-Ermittlung in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente nicht gehandelt werden.

Der Konzern wendet die folgenden Bewertungstechniken an:

Kurzfristige Finanzinstrumente: Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des Fair Value für kurzfristige Finanzinstrumente dar. Die folgenden Instrumente sind überwiegend kurzfristig und ihr Fair Value wird auf Basis ihres Buchwerts geschätzt.

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der Fair Value durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Der Fair Value wird unter Anwendung von Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge berücksichtigen. Die Parameter Kreditrisiko, Ausfallrisiko und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und geeignet, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl homogener Kredite (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der Fair Value auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Cashflows unter Verwendung risikoloser Zinssätze berechnet. Der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem die Kredite zu Zinssätzen abgezinst werden, zu denen ähnliche Kredite zum Bilanzstichtag begeben werden könnten. Für andere Kreditportfolios wird der Barwert ermittelt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung. Der Fair Value von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Lending-Obligation(CLO)-Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entlehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere: Der Fair Value wird mit Bewertungstechniken durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten. Diese Produkte sind typischerweise kurzfristig und hoch besichert, weshalb der Fair Value sich nicht signifikant vom Buchwert unterscheidet.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Sofern verfügbar, wird der Fair Value auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des Fair Value eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Cashflows mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem Instrumente mit ähnlichen Eigenschaften am Bilanzstichtag hätten emittiert werden können.

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten Fair Values der Finanzinstrumente des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden.

in Mio €	31.12.2009		31.12.2008 ¹	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Finanzaktiva:				
Barreserve	9.346	9.346	9.826	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	47.233	47.236	64.739	64.727
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.820	6.820	9.267	9.218
Forderungen aus Wertpapierleihen	43.509	43.509	35.022	34.764
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	258.105	249.661	269.281	254.536
Sonstige Aktiva ¹	105.004	104.995	115.871	115.698
Finanzpassiva:				
Einlagen	344.220	344.700	395.553	396.148
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	45.495	45.511	87.117	87.128
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.564	5.564	3.216	3.216
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.897	42.833	39.115	38.954
Sonstige Passiva ²	127.777	127.789	131.156	130.989
Langfristige Verbindlichkeiten	131.782	132.577	133.856	126.432
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	10.577	9.518	9.729	6.148

1 Beinhaltet lediglich finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise finanzielle Verpflichtungen.

2 Die Vorjahreswerte wurden um 84,7 Mrd € angepasst, um bestimmte kurzfristige Verpflichtungen einzubeziehen, die die Definition eines Finanzinstruments erfüllen.

Die Beträge in der vorstehenden Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Note [1] dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert zum 31. Dezember 2009 entspricht nicht dem wirtschaftlichen Nutzen und den Kosten, die der Konzern aus diesen Instrumenten erwartet. Die Differenz ergab sich in erster Linie aus einem Anstieg der vom Markt erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität seit der erstmaligen Bilanzierung. Diese Wertminderungen werden teilweise durch einen Anstieg des Fair Value aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen. Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert ist in 2009 zurückgegangen. Dies wurde hauptsächlich durch die Rückführung des Kreditvolumens und einen Rückgang der vom Markt erwarteten Ausfallraten für 2009 induziert.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert resultierte aus der Veränderung der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können. Die Verringerung der Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert ist in erster Linie auf die Ausweitung der Kreditrisikoaufschläge des Konzerns im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

[15] Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt den Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	2.585	2.672
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	901	302
US-Kommunalbehörden	1	1
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	3.832	3.700
Unternehmen	4.280	6.035
Sonstige Asset-backed Securities	999	372
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	815	87
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	438	4.797
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	13.851	17.966
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	3.192	4.539
Investmentanteile	76	208
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	3.268	4.747
Sonstiger Anteilsbesitz	699	893
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.001	1.229
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	18.819	24.835

[16] Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equitymethode bilanziert, sofern sie nicht als Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte klassifiziert sind. Drei assoziierte Unternehmen wurden zum 31. Dezember 2009 unter den Zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten ausgewiesen. Siehe auch Note [24].

Am 31. Dezember 2009 war die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG, Bonn, die wesentlichste nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung – sie repräsentierte ungefähr 75 % des Buchwerts aller nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Am 25. Februar 2009 erwarb der Konzern eine Beteiligung von 22,9 % an der Deutschen Postbank AG als Sachkapitalerhöhung gegen 50 Millionen Deutsche Bank-Aktien, die mit der Eintragung der Aktien im Handelsregister am 6. März 2009 wirksam wurde. Zusammen mit einem Anteil von etwa 2,1 %, den der Konzern zu diesem Zeitpunkt bereits hielt, sowie zusammen mit weiteren Aktien, die der Konzern nach dieser Transaktion erwarb, belief sich die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG am 31. Dezember 2009 auf 29,88 %. Zusätzlich zum Erwerb von Aktien umfasste die Transaktion zwei weitere Komponenten: eine Pflichtumtauschleihe über 3,0 Mrd € über einen weiteren Anteil von 27,4 % sowie Kauf- und Verkaufsoptionen über einen weiteren Anteil von 12,1 % an der Deutschen Postbank AG. Bedingt durch ihre spezifischen Konditionen, birgt die Pflichtumtauschleihe vorwiegend ein Eigenkapitalrisiko und wird als Teil der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung verbucht. Des Weiteren wurde der bei Abschluss der Transaktion resultierende Netto-Fair-Value des Derivats (Verpflichtung) den Anschaffungskosten der Beteiligung zugerechnet.

Die folgende Tabelle zeigt aggregierte Finanzinformationen der Deutschen Postbank AG für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007. Die Informationen für das Geschäftsjahr 2009 beruhen auf vorläufigen Daten, welche die Deutsche Postbank AG am 25. Februar 2010 veröffentlicht hat. Für das Geschäftsjahr 2009 ist noch kein vollständiger Jahresabschluss öffentlich verfügbar.

in Mio €	31.12.2009 vorläufig	31.12.2008 ¹	31.12.2007
Summe der Aktiva	226.609	231.219	202.913
Summe der Verbindlichkeiten	221.358	226.267	197.688
Erträge	3.088	2.288	4.244
Gewinn/Verlust (–)	76	–886	856

¹ Am 25. Februar 2010 hat die Deutsche Postbank AG vorläufige Informationen über das Geschäftsjahr 2009 veröffentlicht. Nach diesen Informationen wurde der Verlust für das Geschäftsjahr 2008 nachträglich auf 886 Mio € von zuvor 821 Mio € geändert. Der Einfluss dieser Änderung auf andere Finanzinformationen in der obigen Tabelle wurde ebenfalls angepasst.

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus allen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	2009	2008
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen:		
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungsunternehmen	189	53
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Beteiligungen	21	87
Wertminderungen	-151	-94
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen insgesamt	59	46

Es gab keine anteiligen unrealisierten Verluste aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, weder in 2009 noch kumuliert.

Die nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, für die veröffentlichte Preisnotierungen vorlagen, hatten zum 31. Dezember 2009 einen Buchwert von 6,1 Mrd € (2008: 154 Mio €) und einen Fair Value von 3,8 Mrd € auf (2008: 147 Mio €).

Der Unterschied zwischen dem Fair Value und dem Buchwert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ist im Wesentlichen auf die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG zurückzuführen. Für diese Beteiligung wurde ein Werthaltigkeitstest auf Basis des erzielbaren Betrags durchgeführt, welcher als der höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert definiert ist. Der Nutzungswert wird dabei abgeleitet aus den in der Zukunft von der Deutschen Postbank AG erwarteten und auf ihren Barwert diskontierten Cashflows. Diese Cashflows wurden auf Basis der geschätzten zukünftigen Kapitalanforderung und des erwarteten jährlichen Ertrags aus dieser Kapitalbasis ermittelt. Die Ermittlung der Kapitalentwicklung und der entsprechenden Profitabilität basiert auf von der Deutschen Postbank AG veröffentlichten Informationen, wie Jahres- und Quartalsberichten, Ankündigungen des Managements und der Investor-Relations-Abteilung sowie Analystenreports zur Deutschen Postbank AG. Diese Informationen werden zusätzlich durch interne Analysen validiert. Darüber hinaus wird der erwartete Ertrag aus den zwischen der Deutschen Bank AG und der Deutschen Postbank AG vereinbarten Kooperationen bei der Ermittlung des Nutzungswerts berücksichtigt. Der auf dem Discounted-Cashflow-Modell basierende Werthaltigkeitstest hat per 31. Dezember 2009 keine Wertminderung der Beteiligung angezeigt, da der abgeleitete Nutzungswert sowohl den Fair Value abzüglich Verkaufskosten als auch den Buchwert überstieg.

Der Konzern ist keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der Beteiligungsunternehmen ausgesetzt.

Sowohl im Geschäftsjahr 2009 als auch im Geschäftsjahr 2008 unterlag keines der Beteiligungsunternehmen Transferbeschränkungen hinsichtlich Zahlungen in Form von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten.

[17] Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen dar.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Banken und Versicherungen	22.002	26.998
Verarbeitendes Gewerbe	17.314	19.043
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	27.002	30.923
Private Haushalte – Hypothekenkredite	58.673	52.453
Öffentliche Haushalte	9.572	9.972
Handel	10.938	11.761
Gewerbliche Immobilien	28.959	27.083
Leasingfinanzierungen	2.078	2.700
Fund Management	26.462	31.158
Sonstige	59.698	60.276
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	262.698	272.367
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	1.250	1.148
Forderungen aus dem Kreditgeschäft abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/ unrealisierter Erträge	261.448	271.219
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	3.343	1.938
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	258.105	269.281

Staatliche Unterstützung

Im Rahmen seiner Geschäftsaktivitäten beantragt und erhält der Konzern regelmäßig staatliche Unterstützung in Form von Gewährleistungen von Exportversicherungen (Export Credit Agencies (ECAs)). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Emerging Markets sowie in geringerem Maße in entwickelten Märkten ab, die in unserem Bereich Structured Trade & Export Finance entstehen. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und wurden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staats, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen, die für kurz-, mittel- und langfristige Finanzierungen zur Verfügung gestellt werden, sind relativ vergleichbar. Das ist darauf zurückzuführen, dass die meisten der ECAs innerhalb des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten Regelwerks agieren. Dieser sogenannte OECD-Konsensus als zwischenstaatliche Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten legt Richtgrößen fest, anhand derer ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sichergestellt wird. Nahezu 50 % der vom Konzern erhaltenen ECA-Gewährleistungen wurden von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG vergeben, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist.

Bei bestimmten Finanzierungen erhält der Konzern auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen staatlichen Einrichtungen als Sicherheiten, um Finanzierungen zu unterstützen, die im Interesse der jeweiligen Regierungen liegen.

[18] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2009			2008			2007		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	977	961	1.938	930	775	1.705	985	684	1.670
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.789	808	2.597	382	702	1.084	146	505	651
Nettoabschreibungen:									
Abschreibungen	-637	-419	-1.056	-301	-477	-778	-149	-378	-527
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	-670	-552	-1.222	-364	-626	-990	-244	-508	-752
	33	133	166	63	149	212	95	130	225
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselkurs-veränderungen/Sonstige	-101	-36	-137	-34	-39	-74	-52	-36	-88
Bestand am Jahresende	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938	930	775	1.705

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogenen Zusagen zusammensetzen.

in Mio €	2009			2008			2007		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	98	112	210	101	118	219	127	129	256
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	21	12	33	-2	-6	-8	-32	-6	-38
Zweckbestimmter Verbrauch	-45	-	-45	-	-	-	-	-	-
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	7	3	10
Wechselkurs-veränderungen/Sonstige	10	-	10	-1	-	-1	-1	-8	-8
Bestand am Jahresende	83	124	207	98	112	210	101	118	219

[19] Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern tritt in Transaktionen ein, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte wie festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Forderungen des Handelsbestands überträgt, bei denen er aber alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Infolgedessen werden solche Vermögenswerte nicht ausgebucht, sondern als besicherte Kreditvergabe („Secured Financing“) bilanziert. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei derartigen Transaktionen

behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Arten der übertragenen Vermögenswerte und die zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, sowie die damit verbundenen Verbindlichkeiten.

Buchwert der übertragenen Vermögenswerte in Mio €	31.12.2009	31.12.2008¹
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	58.584	47.882
Wertpapierleihen	18.943	10.518
Total Return Swaps	10.028	10.971
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	87.555	69.371
Sonstige Handelsaktiva	2.915	2.560
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	492	472
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.049	2.250
Insgesamt	93.011	74.653
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	84.381	66.597

1 Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

Vermögenswerte werden in der Regel im Rahmen eines fortgeführten Engagements bilanziert, wenn der Konzern Ansprüche auf Cashflows aus einem Vermögenswert beibehält, weiterhin einem aus dem übertragenen Vermögenswert resultierenden Ausfallrisiko ausgesetzt bleibt, sonstige Residualansprüche hält oder Derivatekontrakte mit Verbriefungs- oder Zweckgesellschaften eingeht.

Die folgende Tabelle enthält weitere Angaben zum Buchwert der übertragenen Vermögenswerte, in denen der Konzern ein fortgeführtes Engagement eingegangen ist.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	4.688	7.250
Sonstige Handelsaktiva	4.594	4.190
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	2.899	4.490
Sonstige Handelsaktiva	1.429	1.262
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	4.253	6.383

[20] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte als Sicherheit für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften. Diese Geschäfte werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zusätzlich verpfändet der Konzern Vermögenswerte im Rahmen von sonstigen Leihegeschäften und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften. Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008¹
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	59	69
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	88.663	81.555
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	558	517
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	19.537	22.534
Sonstiges ²	56	24
Insgesamt	108.873	104.699

1 Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

2 Beinhaltet als Sicherheit verpfändete Sachanlagen.

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen sind verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzupfänden. Am 31. Dezember 2009 belief sich ihr Wert auf 80 Mrd € (2008: 69 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2009 hat der Konzern Sicherheiten mit einem Fair Value von 225 Mrd € (2008: 255 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten. Diese Geschäfte werden in der Regel zu Bedingungen, die für standardisierte durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte und für die sonstigen beschriebenen Transaktionen üblich sind, ausgeführt. Der Konzern hat als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung der erhaltenen Sicherheiten, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesen Sicherheiten waren zum 31. Dezember 2009 200 Mrd € (2008: 232 Mrd €) veräußert oder verpfändet, um insbesondere Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

[21] Sachanlagen

in Mio €	Eigen- genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2008	1.528	2.297	1.444	124	5.394
Veränderung des Konsolidierungskreises	-29	-	-3	-	-32
Zugänge	20	253	182	484	939
Umklassifizierung	11	217	36	717	981
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	-40	-	-40
Abgänge	48	153	44	-	245
Wechselkursveränderungen	-15	-114	-62	-8	-199
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.467	2.500	1.513	1.317	6.797
Veränderung des Konsolidierungskreises	5	-2	-2	-	1
Zugänge	4	242	70	277	592
Umklassifizierung	2	23	19	-1.121	-1.076
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-2	-	-	-	-2
Abgänge	11	75	34	-	120
Wechselkursveränderungen	4	53	25	-6	76
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.469	2.741	1.592	466	6.268
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2008	547	1.658	779	-	2.985
Veränderung des Konsolidierungskreises	-6	-	-1	-	-7
Abschreibungen	36	227	144	-	407
Wertminderungen	-	1	15	-	16
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umklassifizierung	-5	18	6	-	19
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	-40	-	-40
Abgänge	9	108	39	-	156
Wechselkursveränderungen	-7	-91	-40	-	-138
Bestand zum 31. Dezember 2008	556	1.705	824	-	3.085
Veränderung des Konsolidierungskreises	-1	-3	-2	-	-7
Abschreibungen	36	232	150	-	417
Wertminderungen	5	-	11	5	21
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umklassifizierung	-1	10	3	-	12
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	-	-	-
Abgänge	5	55	24	-	85
Wechselkursveränderungen	-	37	9	-	47
Bestand zum 31. Dezember 2009	589	1.926	970	5	3.491
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2008	911	795	689	1.317	3.712
Bestand zum 31. Dezember 2009	880	815	621	461	2.777

Im Geschäftsjahr 2008 übernahm die Deutsche Bank ein im Bau befindliches Gebäude als Rettungserwerb (mit einem derzeitigen Buchwert von 1,1 Mrd €). Der zugrunde liegende Kredit wurde zuvor in den Handelsaktiva gehalten. Der Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2008 zu Anlagen im Bau umgegliedert. Aufgrund geänderter Bilanzierungsregeln für die im Bau befindlichen Gebäude wurde das Objekt im Geschäftsjahr 2009 von Sachanlagen zu als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien umgewidmet, welche unter den Sonstigen Vermögenswerten ausgewiesen werden.

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen gezeigt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 72 Mio €.

Zum Jahresende 2009 beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 145 Mio €.

[22] Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungsleasingverhältnisse

Die folgende Tabelle zeigt den Nettobuchwert für die jeweilige Anlageklasse, die im Rahmen der Finanzierungsleasingverhältnisse gehalten wird.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Grundstücke und Gebäude	91	95
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Sonstige	-	-
Buchwert am Jahresende	93	97

Darüber hinaus hat der Konzern Untermietverträge mit einem Volumen von 67 Mio € zum 31. Dezember 2009 (2008: 60 Mio €) abgeschlossen, die als Finanzierungsleasing klassifiziert werden.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungsverhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	25	32
1 bis 5 Jahre	106	118
länger als 5 Jahre	144	202
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	275	352
abzüglich Zinsanteil	108	160
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	167	192

Zum 31. Dezember 2009 betrug die Summe der künftigen Mindestzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 111 Mio €. Zum Jahresende 2008 betrug die Summe der künftigen Mindestzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 193 Mio €. Zum 31. Dezember 2009 betragen die in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesenen bedingten Mietzahlungen minus 0,7 Mio € (2008: 1 Mio €). Die bedingten Mietzahlungen orientieren sich an Referenzzinssätzen; unterhalb eines bestimmten Zinssatzes erhält der Konzern eine Rückerstattung.

Operating-Leasing-Verhältnisse

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Operating-Leasing-Verhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	728	765
1 bis 5 Jahre	2.046	2.187
länger als 5 Jahre	2.352	2.797
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	5.126	5.749
abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	255	245
Nettomindestleasingzahlungen	4.871	5.504

Im Geschäftsjahr 2009 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 804 Mio € gezahlt, davon wurden 819 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 22 Mio € für bedingte Mietzahlungen abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 37 Mio € geleistet.

[23] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill

Veränderungen des Goodwill

Der Bilanzwert des Goodwill sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Goodwill haben sich in den Geschäftsjahren 2009 und 2008 pro Segment wie folgt entwickelt.

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2008	3.076	416	2.769	971	-	7.232
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	-	-	-	-	-	-
Zugänge	1	28	33	2	-	64
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-	-	564	-	-	564
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	-	-	-21	-	-	-21
Wertminderungen ¹	-5	-	-270	-	-	-275
Wechselkursveränderungen/Sonstige	56	12	-100 ²	1	-	-31
Bestand zum 31. Dezember 2008	3.128	456	2.975	974	-	7.533
Bruttobetrag des Goodwill	3.133	456	3.245	974	261	8.069
Kumulierte Wertminderungen	-5	-	-270	-	-261	-536
Bestand zum 1. Januar 2009	3.128	456	2.975	974	-	7.533
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	-	-	-	-	-	-
Zugänge	2	1	-	-	-	3
Umklassifizierung	-	-	-306	-	306	-
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-14	-	-	-	-	-14
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	-	-	-	-	-	-
Wertminderungen ¹	-	-	-	-	-151	-151
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-11	-4	46	-	18	49
Bestand zum 31. Dezember 2009	3.105	453	2.715	974	173	7.420
Bruttobetrag des Goodwill	3.109	453	2.715	974	849	8.100
Kumulierte Wertminderungen	-4	-	-	-	-676	-680

1 Wertminderungen auf Goodwill werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen.

2 Einschließlich einer Minderung des Goodwill um 10 Mio € im Zusammenhang mit einem Verkauf in einem früheren Geschäftsjahr.

Im Geschäftsjahr 2009 belief sich der Zugang beim Goodwill auf 3 Mio € und beinhaltete 2 Mio € in Corporate Banking & Securities (CB&S), welche aus dem Erwerb des noch ausstehenden Minderheitenanteils an einer algerischen Finanzberatungsfirma resultierte, und 1 Mio € in Global Transaction Banking (GTB) im Zusammenhang mit dem Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank. Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 und infolge eines Übertrags in der Managementverantwortung wurde Goodwill in Höhe von 306 Mio €, welcher im Zusammenhang mit Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“) steht, von Asset and Wealth Management (AWM) zu Corporate Investments (CI) transferiert. Im dritten Quartal 2009 wurde Goodwill in Höhe von 14 Mio € in CB&S in die Kategorie Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte umgegliedert. Dieser Goodwill bezog sich auf ein nicht integriertes Investment in ein Entwicklungsprojekt für erneuerbare Energien und wurde als Teil der Veräußerungsgruppe in die Kategorie Sonstige Aktiva transferiert (siehe auch Note [24]).

Im Geschäftsjahr 2008 war der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich AWM von 597 Mio € auf Maher Terminals zurückzuführen. Der Gesamtbetrag von 597 Mio € setzte sich aus einem Zugang von 33 Mio €, der aus dem Rückerwerb eines Minderheitsanteils an Maher Terminals resultierte, sowie aus einem Transfer von 564 Mio € aus der Kategorie Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte aufgrund der Beendigung der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt zusammen. Der wesentliche Zugang beim Goodwill im Bereich GTB von 28 Mio € resultierte aus dem Erwerb der HedgeWorks LLC.

Im zweiten Quartal 2009 verzeichnete CI eine Wertminderung des Goodwill in Höhe von 151 Mio €. Diese entfiel auf das nicht integrierte Investment in Maher Terminals und wurde infolge anhaltend negativer

Aussichten für den Containerumschlag beziehungsweise das Geschäftsvolumen ausgelöst. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten dieses Investments wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde insgesamt eine Wertminderung des Goodwill von 275 Mio € erfasst. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 270 Mio € auf ein Investment im Bereich AWM und weitere 5 Mio € auf ein börsennotiertes Investment im Bereich CB&S. Beide Wertminderungen entfielen auf Investments, die nicht in die jeweiligen primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten innerhalb von AWM und CB&S integriert sind. Die Werthaltigkeitsprüfung des Investments Maher Terminals in AWM wurde aufgrund eines signifikanten Rückgangs des Geschäftsvolumens infolge der damaligen Wirtschaftslage ausgelöst. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des Investments wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Die Werthaltigkeitsprüfung des Investments in CB&S wurde aufgrund von Wertminderungen bestimmter anderer Aktiva sowie der negativen Geschäftsaussichten des Investments vorgenommen. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des börsennotierten Investments wurde auf Grundlage von dessen Marktpreis bestimmt.

Im ersten Quartal 2007 wurde eine Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill im Bereich CI durchgeführt, nachdem der Bereich einen Gewinn von 178 Mio € im Zusammenhang mit seiner nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG realisiert hatte. Diese Prüfung ergab eine Wertminderung des Goodwill von insgesamt 54 Mio €.

Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill

Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, berücksichtigt wird. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten des Konzerns gelten demzufolge primär Global Markets und Corporate Finance im Segment Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset Management und Private Wealth Management im Segment Asset and Wealth Management sowie Private & Business Clients und Corporate Investments. Darüber hinaus weisen die Segmente CB&S und CI Goodwill aus, der aus nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Goodwill wird einzeln auf der Ebene des nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht und in der folgenden Tabelle als Sonstige zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment innerhalb von CI besteht aus Maher Terminals, welches mit Wirkung zum 1. Januar 2009 von AWM zu CI transferiert wurde.

Die Bilanzwerte des Goodwill für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 in den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

in Mio €	Global Markets	Corporate Finance	Global Transaction Banking	Asset Management	Private Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Sonstige	Goodwill insgesamt
Zum 31. Dezember 2008	2.113	1.000	456	1.765	904	974	-	321	7.533
Zum 31. Dezember 2009	2.106	998	453	1.788	927	974	-	174	7.420

Der Goodwill wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Goodwill ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Der Bilanzwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ergibt sich aus dem Betrag an Eigenkapital, der einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wird. Dabei wird auch die Höhe des Goodwill sowie der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit berücksichtigt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill der Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 für die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten führte zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für diese zahlungsmittelgenerierenden Einheiten höher war als deren entsprechender Bilanzwert.

Die folgenden Abschnitte erläutern, wie der Konzern den erzielbaren Betrag seiner primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die Goodwill ausweisen, ermittelt. Ferner werden Informationen über bestimmte wesentliche Annahmen gegeben, die das Management für die Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde legt.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf Discounted-Cashflow-Basis (DCF). Das vom Konzern angewandte DCF-Modell reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DCF-Modell basiert auf Ergebnisprognosen auf der Grundlage von Finanzplänen, die vom Management beschlossen wurden. Zum Zweck der Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill werden die beschlossenen Pläne auf einen Fünfjahreszeitraum extrapoliert und auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen

Ergebnisse erfordert eine Beurteilung der bisherigen und tatsächlichen Performance sowie der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte und des gesamtwirtschaftlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate, die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Der Nutzungswert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit reagiert sensibel auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model (Betafaktor) beinhalten. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Geschäftsspezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken. Die zur Ermittlung des Nutzungswerts der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten angewandten Diskontierungszinssätze vor Steuern für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheiten	Diskontierungszinssatz (vor Steuern)	
	2009	2008
Corporate and Investment Bank		
Global Markets	14,7 %	13,1 %
Corporate Finance	14,5 %	13,4 %
Global Transaction Banking	12,5 %	12,9 %
Private Clients and Asset Management		
Asset Management	13,5 %	14,1 %
Private Wealth Management	13,2 %	14,1 %
Private & Business Clients	13,1 %	13,2 %

Sensitivitäten: Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Nutzungswerte werden die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit jährlich überprüft. Zusätzlich werden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und die geschätzten zukünftigen Ergebnisse einer Sensitivitätsprüfung unterzogen, um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen. Das Management ist der Ansicht, dass lediglich für Corporate Finance, wo der erzielbare Betrag 126 % des entsprechenden Bilanzwerts betrug, eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung geführt hätte. Hier hätte eine Erhöhung des Diskontierungszinssatzes um ungefähr 20 % oder ein Rückgang der zukünftig geschätzten Ergebnisse in jedem Jahr des ursprünglichen Fünfjahreszeitraums um ungefähr 20 %, bei unveränderten Werten für die sonstigen Annahmen, dazu geführt, dass der erzielbare Betrag und der Bilanzwert einander entsprechen.

Der erzielbare Betrag von Corporate Finance basiert unter anderem auf einem Finanzplan, welcher Annahmen des Managements zum Beispiel bezüglich der erwarteten Entwicklung des globalen Provisionsaufkommens und der Marktanteile, beides wesentliche Treiber der Erträge, darstellen. Wenngleich diese Schätzungen die Einschätzung und Erwartungen des Managements hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Bedingungen abbilden, sind diese naturgemäß dahin gehend unsicher, ob die realisierten Werte mit den geplanten übereinstimmen. Sollte sich beispielsweise das geplante Provisionsaufkommen nicht wie angenommen entwickeln oder die erwarteten Marktanteile nicht erreicht werden, könnten die Erträge wesentlich von den Planannahmen abweichen, was sich negativ auf den erzielbaren Betrag von Corporate Finance auswirken würde.

Der Hintergrund einer fragilen Erholung der Weltwirtschaft und mögliche signifikante Änderungen der Regulierung der Bankenbranche als Folge der Finanzkrise sowie deren Auswirkungen auf das Geschäftsumfeld des Konzerns könnten die erwarteten künftigen Ergebnisse in einigen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten negativ beeinflussen. Dies könnte zu einer künftigen Wertminderung des Goodwill führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden in selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, die ausschließlich selbst erstellte Software umfassen, und erworbene immaterielle Vermögenswerte unterteilt.

Erworbene immaterielle Vermögenswerte werden weiter in abzuschreibende und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte aufgeteilt.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2009 und 2008.

	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte					Erworbene immaterielle Vermögenswerte				Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt
	Software	Kunden-bezogene immaterielle Vermögenswerte	Wert des erworbenen Versicherungs-geschäfts	Vertrags-basierte immaterielle Vermögenswerte	Sonstige	Abzuschreibende		Nicht abzuschreibende		
						Abzu-schreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Rechte aus Vermögens-verwaltungs-verträgen im Publikumsfonds-geschäft	Sonstige	Nicht abzu-schreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	
in Mio €										
Anschaffungs-/ Herstellungskosten:										
Bestand zum 1. Januar 2008	374	534	863	109	323	1.829	786	11	797	3.000
Zugänge	46	19	-	38	19	76	-	4	4	126
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	5	5	-	-	10	-	4	4	14
Abgänge	-	-	-	1	6	7	-	-	-	7
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-	42	-	562	166	770	-	-	-	770
Wechselkursveränderungen	-9	-37	-214	-	-7	-258	31	-2	29	-238
Bestand zum 31. Dezember 2008	411	563	654	708	495	2.420	817	17	834	3.665
Zugänge	128	37	12	15	35	99	-	-	-	227
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-1	-1	-	-	-	-1
Abgänge	14	-	-	28	3	31	-	-	-	45
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-11	-11	-11
Umklassifizierung	-22	-	14	-	21	35	-	-	-	13
Wechselkursveränderungen	4	9	63	-5	4	71	-9	3	-6	69
Bestand zum 31. Dezember 2009	507	609	743	690	551	2.593	808	9	817	3.917
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:										
Bestand zum 1. Januar 2008	328	149	8	52	238	447	74	-	74	849
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	13	68	42	47	22	179	-	-	-	192 ¹
Abgänge	-	-	-	-	4	4	-	-	-	4
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertminderungen	-	6	-	1	-	7	304	-	304	311 ²
Wechselkursveränderungen	-12	-2	-10	-	-5	-17	2	-	2	-27
Bestand zum 31. Dezember 2008	329	221	40	100	251	612	380	-	380	1.321
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	13	61	29	40	31	161	-	-	-	174 ³
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-1	-1	-	-	-	-1
Abgänge	14	-	-	27	2	29	-	-	-	43
Umklassifizierungen aus/in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-2	-2	-2
Wertminderungen	-	-	-	4	-	4	-	1	1	5 ⁴
Wertaufholungen	-	4	-	-	-	4	287	-	287	291 ⁵
Umklassifizierung	-	-	-	-	-1	-1	-	-	-	-1
Wechselkursveränderungen	3	1	4	-3	4	6	-4	-	-3	6
Bestand zum 31. Dezember 2009	331	279	73	114	282	748	89	-	89	1.168
Bilanzwert:										
Zum 31. Dezember 2008	82	342	614	608	244	1.808	437	17	454	2.344
Zum 31. Dezember 2009	176	330	670	576	269	1.845	719	9	728	2.749

- 1 Davon waren 181 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 11 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.
- 2 Davon wurden 310 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte und 1 Mio € in Sachaufwand und sonstigem Aufwand erfasst. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.
- 3 Davon waren 162 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 12 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzteres bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.
- 4 Davon wurden 5 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst.
- 5 291 Mio € wurden als Wertaufholung auf zuvor abgeschriebene immaterielle Vermögenswerte unter Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Geschäftsjahr 2009 beliefen sich die Effekte aus Zugängen von und Umklassifizierung zu abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten auf insgesamt 134 Mio €. Diese beinhalteten hauptsächlich erworbene Software in Höhe von 35 Mio €, aktivierte Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft im Zusammenhang mit inkrementellen Kosten des Erwerbs von Investmentverträgen, welche an Vertriebs- und Geschäftspartner des Versicherungsgeschäfts des Konzerns zu zahlende Provisionen darstellen (siehe auch Note [39]), in Höhe von 26 Mio € sowie die Erfassung von Kundenbeziehungen in Höhe von 21 Mio €, welche aus dem Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank resultierten (siehe auch Note [34]).

Im Geschäftsjahr 2008 war der wesentliche Zugang zu den abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerten auf Maher Terminals, einen privaten Betreiber von Containerterminals in Nordamerika, zurückzuführen. Als am 30. September 2008 die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt beendet wurde, sind 770 Mio

€ von Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte in die abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte umgebucht worden. Dieser Gesamtbetrag beinhaltete vertragsbasierte (Rechte aus Leasingverträgen zum Betreiben der Containerterminals), sonstige (Namensrechte) sowie kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte. Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich die Buchwerte auf 520 Mio € (2008: 551 Mio €) für die Rechte aus Leasingverträgen, 153 Mio € (2008: 161 Mio €) für die Namensrechte sowie 35 Mio € (2008: 35 Mio €) für die kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte. Die Abschreibung dieser immateriellen Vermögenswerte endet voraussichtlich im Jahr 2030 für die Rechte aus Leasingverträgen, im Jahr 2027 für die Namensrechte und zwischen den Jahren 2012 und 2022 für die kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerte.

Im Geschäftsjahr 2009 enthielten die Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung Wertminderungen in Höhe von 4 Mio € auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte sowie Wertaufholungen von 4 Mio € auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte, die zuvor im vierten Quartal 2008 abgeschrieben worden waren. Die Wertminderungen wurden im Bereich CB&S, die Wertaufholungen im Bereich AWM erfasst.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte sowie vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte (Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen) von 6 Mio € beziehungsweise 1 Mio € verzeichnet. Die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte im Bereich AWM erfasst. Die Wertminderung auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich CB&S im Provisionsüberschuss erfasst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Wertminderungen auf erworbene Software und kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von 3 Mio € beziehungsweise 2 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Die Wertminderung auf die erworbene Software wurde im Bereich AWM und die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde im Bereich GTB erfasst.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Note [1] und in Note [39] erläutert, und der Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen).

Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus der Verwaltung anfallen, abgeschrieben. Die folgende Tabelle zeigt die Nutzungsdauer der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte pro Anlageklasse.

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	bis zu 3
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 20
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 35
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 20

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Fast 99% beziehungsweise 719 Mio € der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beziehen sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und werden der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Asset Management zugewiesen. Diese Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft räumen DWS Investments das ausschließliche Recht ein, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, wird nicht von einer vorhersehbaren Begrenzung der Vertragsdauer ausgegangen. Somit dürften die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Cashflows generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc. durch den Konzern im Geschäftsjahr 2002 von unabhängiger Seite zum Fair Value bewertet.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde eine Wertaufholung in Höhe von 287 Mio € verzeichnet und in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Eine entsprechende Wertminderung war im vierten Quartal 2008 erfasst worden. Die Wertaufholung stand im Zusammenhang mit Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft für gewisse Offene Fonds und wurde in AWM erfasst. Diese resultierte aus einem höheren Fair Value infolge des Anstiegs sowohl der Marktwerte der Invested Assets als auch der laufenden und künftigen operativen Ergebnisse und Cashflows aus diesen Vermögensverwaltungsverträgen, die von Zurich Scudder Investments, Inc. erworben worden waren. Der

erzielbare Betrag des Vermögenswerts wurde auf Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten ermittelt. Da Marktpreise für solche Vermögenswerte nicht verfügbar sind, wurde der Fair Value anhand des Ertragswertverfahrens („Income Approach“) auf Grundlage einer Discounted-Cashflow-Methode nach Steuern (Residualwertmethode) ermittelt.

In den Geschäftsjahren 2008 und 2007 wurden Wertminderungen in Höhe von 304 Mio € beziehungsweise 74 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst. Diese Wertminderungen betrafen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft im Bereich AWM. Die Wertminderungen resultierten aus niedrigeren Fair Values infolge von Rückgängen sowohl der Marktwerte der Invested Assets als auch der laufenden und künftigen operativen Ergebnisse und Cashflows aus Vermögensverwaltungsverträgen, die von Zurich Scudder Investments, Inc. erworben worden waren. Die im Geschäftsjahr 2008 erfassten Wertminderungen bezogen sich auf bestimmte Offene und Geschlossene Fonds, während die im Geschäftsjahr 2007 erfassten Wertminderungen auf Geschlossene Fonds und Lebensversicherungsfonds entfielen. Die erzielbaren Beträge der Vermögenswerte wurden auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten ermittelt.

[24] Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Zum 31. Dezember 2009 hatte der Konzern mehrere Veräußerungsgruppen (bestehend aus 19 Tochtergesellschaften), drei assoziierte Unternehmen, einen Kredit sowie Immobilienvermögen im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Dies führte zu einem Aufwand von 10 Mio € aus der Bewertung der Veräußerungsgruppen, der unter Sonstigen Erträgen in CB&S ausgewiesen wurde. Die Veräußerungsgruppen, die Anteile an assoziierten Unternehmen sowie der Kredit waren Bestandteil einer Reihe von Projekten zur Entwicklung erneuerbarer Energien. Das Immobilienvermögen umfasste Gewerbe- und Wohnimmobilien aus Rettungserwerben in Nordamerika. Der Verkauf dieser Vermögenswerte wird für das Geschäftsjahr 2010 erwartet.

Zum 31. Dezember 2008 hatte der Konzern Immobilienvermögen zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hatte die betreffenden Aktiva unter Sonstige Aktiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Dies führte zu keinem Aufwand in 2008. Das Immobilienvermögen umfasste Gewerbe- und Wohnimmobilien aus Rettungserwerben in Deutschland und Nordamerika in CB&S. Die Immobilien in Deutschland sowie der größte Teil der Immobilien in Nordamerika wurden in 2009 verkauft.

Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern drei Veräußerungsgruppen (zwei Tochtergesellschaften und einen konsolidierten Fonds) sowie mehrere langfristige Vermögenswerte zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hatte die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Im Geschäftsjahr 2007 führte dies zu einem Aufwand von 2 Mio €, der im Vorsteuerergebnis des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) ausgewiesen wurde.

Zwei der drei Veräußerungsgruppen waren dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet. Dabei handelte es sich zum einen um eine in Italien ansässige Lebensversicherungsgesellschaft, für die im Dezember 2007 ein Verkaufsvertrag unterzeichnet und die im ersten Halbjahr 2008 verkauft wurde. Die zweite Veräußerungsgruppe bezog sich auf einen Immobilienfonds in Nordamerika, der zum 31. Dezember 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert war. Die Aufwendungen, die während der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Umklassifizierung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen. Dies führte zu einem Anstieg des Sonstigen Aufwands von 13 Mio € in AWM in 2008. Der Betrag beinhaltete einen Aufwand von 3 Mio €, der auf das Geschäftsjahr 2007 entfiel. Durch die Marktgegebenheiten war der Zeitpunkt des Verkaufs nicht vorhersehbar. Die dritte Veräußerungsgruppe – eine Tochtergesellschaft in CI – war bereits zum 31. Dezember 2006 zum Verkauf bestimmt. Da in 2007 Umstände eintraten, die vorher für unwahrscheinlich erachtet worden waren, wurde die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 nicht verkauft. In 2008 hatte der Konzern seinen Veräußerungsplan geändert, da der beabsichtigte Verkauf aufgrund einer veränderten Interessenlage des potenziellen Käufers ausblieb. Aufgrund des schwachen Marktumfelds bestanden keine Verkaufsaktivitäten bezüglich dieser Tochtergesellschaft. Die Umklassifizierung hatte keinen Einfluss auf die Erträge und Aufwendungen des Konzerns.

Die zum 31. Dezember 2007 zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte umfassten zwei in Nordamerika gehaltene Alternative Investments in AWM, mehrere Bürogebäude in CI und im Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) sowie Grundbesitz aus Rettungserwerben in Nordamerika in CB&S. Während die Bürogebäude in CI und PBC sowie der größte Teil des Grundbesitzes in CB&S in 2008 verkauft wurden, wurde die Anteilseignerstruktur der beiden Alternativen Investments Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. geändert. Dies führte zur Erstkonsolidierung der Investments durch den Konzern zum 30. Juni 2008. Durch die aktuellen Marktgegebenheiten war der Zeitpunkt des Verkaufs nicht

vorhersehbar. Aus diesem Grund wurden die Aktiva und Passiva zum Ende des dritten Quartals 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die Erträge und Aufwendungen, die während der Klassifizierung als Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Umklassifizierung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesen. Dies resultierte in einem Rückgang der Erträge um 62 Mio € und einem Anstieg der Aufwendungen um 38 Mio € in AWM in 2008. Die Beträge beinhalten eine Belastung der Erträge von 20 Mio € sowie Aufwendungen von 21 Mio €, die das Geschäftsjahr 2007 betrafen.

Nachfolgend sind die wesentlichen Komponenten der vom Konzern Zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte zum 31. Dezember 2009 sowie zum 31. Dezember 2008 dargestellt.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Anteile an assoziierten Unternehmen	18	–
Sachanlagen	21	1
Sonstige Aktiva	53	131
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	92	132
Langfristige Verbindlichkeiten	21	–
Sonstige Passiva	2	–
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	23	–

[25] Sonstige Aktiva und Passiva

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung der sonstigen Aktiva und Passiva.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	43.890	56.492
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	6.837	17.844
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	9.229	8.383
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	33.496	21.339
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	93.452	104.058
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.426	4.657
Sonstige	24.660	29.114
Sonstige Aktiva insgesamt	121.538	137.829

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	40.448	40.955
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	31.427	46.602
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	5.708	4.530
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	33.214	19.380
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	110.797	111.467
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.713	5.112
Sonstige	39.771	44.019
Sonstige Passiva insgesamt	154.281	160.598

[26] Einlagen

Die Einlagen setzen sich wie folgt zusammen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Unverzinsliche Sichteinlagen	51.731	34.211
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	117.955	143.702
Termineinlagen	108.730	152.481
Spareinlagen	65.804	65.159
Verzinsliche Einlagen insgesamt	292.489	361.342
Summe der Einlagen	344.220	395.553

[27] Rückstellungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Rückstellungsarten.

in Mio €	Operationelle Risiken/ Rechtsstreitigkeiten	Sonstige	Insgesamt ¹
Bestand zum 1. Januar 2008	617	459	1.076
Veränderung des Konsolidierungskreises	1	21	22
Zuführungen zu Rückstellungen	275	217	492
Verwendungen von Rückstellungen	-75	-135	-210
Auflösungen von Rückstellungen	-61	-111	-172
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	5	-5	-
Bestand zum 31. Dezember 2008	762	446	1.208
Veränderung des Konsolidierungskreises	2	4	6
Zuführungen zu Rückstellungen	338	152	490
Verwendungen von Rückstellungen	-164	-155	-319
Auflösungen von Rückstellungen	-183	-115	-298
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	3	9	12
Bestand zum 31. Dezember 2009	758	341	1.099

1 Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Note [18] des Konzernabschlusses verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungen für operationelle Risiken und Rechtsrisiken

Der Konzern definiert das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Technologie, Projekten, Vermögenswerten sowie den Beziehungen zu Kunden, anderen Dritten oder Aufsichtsbehörden, die unter anderem durch unvorhersehbare Ereignisse, Geschäftsunterbrechungen, unangemessen definierte oder fehlgeschlagene Prozesse beziehungsweise einen Ausfall von Kontrollmechanismen und Systemen ausgelöst werden.

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten, einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren, Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche

Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes der nachstehend dargestellten Verfahren, von denen die Mehrzahl mehrere Streitgegenstände umfasst, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich jeweils möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns gemäß den Anforderungen des IAS 37 beschrieben.

Steuerbezogene Finanzprodukte. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und/oder frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten in diesen Verfahren, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irreführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um als Sammelklagen bezeichnete Verfahren. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 90 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa zehn weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages), einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Deutschen Bank werden außergerichtlich eine Anzahl weiterer Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden bereits beigelegt. Von diesen außergerichtlich geltend gemachten Ansprüchen sind noch sieben ungerügt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und Anfang 2002 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen, einschließlich der Deutschen Bank, bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Bereitstellung und Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. In einem Strafverfahren gegen vier Personen, die das DOJ im Jahr 2005 angeklagt hatte, wurden im Dezember 2008 drei Personen verurteilt. Im Mai 2009 wurden vier weitere Personen strafrechtlich verurteilt, die das DOJ wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, angeklagt hatte. Im Juni 2009 hat das DOJ fünf weitere Personen wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, und zwei ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Deutschen Bank angeklagt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemalig zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft Taurus Holding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof (BGH) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige

Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der Taurus Holding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch die Grundlage seiner Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung der Deutschen Bank AG ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € samt Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen sind weder die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens noch die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH ausreichend dargelegt worden.

Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften (zusammen die „Deutsche Bank“) haben Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und dem Handel mit Asset-backed Securities (verzinslichen strukturierten Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten, einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps, beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) sowohl nach Bundesrecht als auch dem Recht einzelner Bundesstaaten sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation („Countrywide“) oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere bezieht, sowie ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Central District of California, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter Mortgage Pass-through Certificates von der Countrywide bezieht; (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem New York Supreme Court in New York County, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch der DBSI als Platzeur verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank, einschließlich der DBSI, Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Alle diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Die Deutsche Bank AG,

DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 16 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Das als Sammelklage bezeichnete Verfahren und zwölf der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich vier der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten, Beklagte. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wurde behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden jedoch am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen.

Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association ab, die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, in denen sich die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die wohltätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben hatten, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS von der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften erworben hatten, zu erarbeiten, eine Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt und bestimmte zusätzliche Absprachen enthält, nach denen die SEC berechtigt ist, eine zusätzliche Geldbuße von der DBSI zu verlangen, wenn die DBSI nach Auffassung der SEC ihre Verpflichtungen aus dem Vergleich nicht einhält. Seitdem hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

ÖBB. Im September 2005 schloss die Deutsche Bank AG einen Portfolio Credit Default Swap („PCDS“) mit der ÖBB Infrastruktur Bau AG („ÖBB“), einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft. Unter dem PCDS übernahm die ÖBB das Ausfallrisiko einer mit AAA gerateten Tranche über 612 Mio € aus einem diversifizierten Portfolio von Unternehmen und Asset-backed Securities („ABS“). Aufgrund der Entwicklung des ABS-Markts seit Mitte 2007 entwickelte sich der Marktwert des PCDS negativ.

Im Juni 2008 erhob die ÖBB beim Handelsgericht in Wien Klage gegen die Deutsche Bank AG und beantragte, den PCDS für rechtsunwirksam erklären zu lassen. Die ÖBB war der Auffassung, dass das Geschäft gegen österreichische Rechtsvorschriften verstoße, und behauptete, über bestimmte Merkmale des PCDS nicht zutreffend informiert worden zu sein. Die Klage der ÖBB wurde im Januar 2009 vom Handelsgericht abgewiesen. Am 25. Juni 2009 hat das Oberlandesgericht Wien die durch die ÖBB eingelegte Berufung gegen die Entscheidung des Handelsgerichts zurückgewiesen. ÖBB hat am 21. September 2009 außerordentliche Revision zum Obersten Gerichtshof eingelegt. Am 15. Januar 2010 haben sich ÖBB und die Deutsche Bank AG geeinigt, den Streit zu vergleichen. Der Vergleich hat keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Deutsche Bank AG.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Das Verfahren befindet sich in einem frühen Stadium.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene personalunabhängige Rückstellungen, die nicht in den sonstigen speziellen Rückstellungen erfasst werden, einschließlich Restrukturierungsrückstellungen. Restrukturierungsrückstellungen werden im Zusammenhang mit Akquisitionen sowie der Umstrukturierung von Geschäftsaktivitäten gebildet. Die sonstigen Kosten beinhalten, unter anderem, insbesondere Aufwendungen für Kündigungen von Mietverträgen und damit verbundene Kosten.

[28] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

Die nachstehende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	20.906	26.095
Sonstige	21.991	13.020
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	42.897	39.115

[29] Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Langfristige Verbindlichkeiten

Die folgende Tabelle fasst die langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach vertraglichen Laufzeiten, zusammen.

Restlaufzeiten in Mio €	Fällig in 2010	Fällig in 2011	Fällig in 2012	Fällig in 2013	Fällig in 2014	Fällig nach 2014	Insgesamt 31.12.2009	Insgesamt 31.12.2008
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	6.738	11.544	11.703	8.615	9.462	28.474	76.536	76.527
mit variabler Verzinsung	9.607	7.437	5.378	4.289	4.705	16.230	47.646	49.127
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	27	314	197	1.166	729	1.115	3.548	3.780
mit variabler Verzinsung	2.523	513	513	45	288	170	4.052	4.422
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	18.895	19.808	17.791	14.115	15.184	45.989	131.782	133.856

In den Geschäftsjahren 2009 und 2008 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Die folgende Tabelle fasst die fest und variabel verzinslichen hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) des Konzerns zusammen. Diese stellen Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum dar und können im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
mit fester Verzinsung	9.971	9.147
mit variabler Verzinsung	606	582
Summe der hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	10.577	9.729

Zusätzliche Anhangangaben

[30] Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehend
Stammaktien, 1. Januar 2008	530.400.100	-29.334.819	501.065.281
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	458.915	-	458.915
Kapitalerhöhung	40.000.000	-	40.000.000
Erwerb Eigener Aktien	-	- 369.614.111	-369.614.111
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	390.756.870	390.756.870
Stammaktien, 31. Dezember 2008	570.859.015	-8.192.060	562.666.955
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-	-
Kapitalerhöhung	50.000.000	-	50.000.000
Erwerb Eigener Aktien	-	-476.284.991	-476.284.991
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	483.793.356	483.793.356
Stammaktien, 31. Dezember 2009	620.859.015	-683.695	620.175.320

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten werden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus wurden Aktienrückkaufprogramme aufgelegt. Im Rahmen dieser Programme erworbene Aktien werden unter anderem für aktienbasierte Vergütungsprogramme verwendet und erlauben es dem Konzern, Kapitalbedarf und -ausstattung auszugleichen. Das sechste Rückkaufprogramm wurde im Mai 2008 abgeschlossen. Im vierten Quartal 2008 wurde der Großteil der verbleibenden Aktien am Markt verkauft. Das siebte Aktienrückkaufprogramm wurde im Juli 2009 begonnen. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam.

Am 6. März 2009 hat die Deutsche Bank AG 50 Millionen neue Stammaktien im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung zum Erwerb von 50 Millionen Stammaktien der Deutschen Postbank AG emittiert. Dies führte zu einer Erhöhung des Gezeichneten Kapitals um 128 Mio €. Die neuen Aktien wurden aus genehmigtem Kapital mit vollem Dividendenrecht für das Geschäftsjahr 2008 und ohne Bezugsrecht emittiert.

Genehmigtes und bedingtes Kapital

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank kann durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, erhöht werden. Zum 31. Dezember 2009 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 485.480.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Fristen bis zum 30. April 2014 begeben werden kann.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
30.600.000 €	30. April 2012
140.000.000 € ¹	30. April 2013
314.880.000 €	30. April 2014

1 Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 26. Mai 2009 hat den Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen um bis zu 128.000.000 € zu erhöhen. Es kann bis zum 30. April 2014 ausgenutzt werden. Dieses zusätzliche genehmigte Kapital war Gegenstand eines Freigabeverfahrens nach § 246a AktG, das am 23. Februar 2010 mit der Freigabe durch das OLG endete. Die Eintragung im Handelsregister wird kurzfristig erfolgen. Dieses genehmigte Kapital wird erst mit der Eintragung wirksam.

Die Hauptversammlung am 26. Mai 2009 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlagen um bis zu 176.640.000 € zu erhöhen. Es kann bis zum 30. April 2014 ausgenutzt werden. Dieses zusätzliche genehmigte Kapital war Gegenstand eines Freigabeverfahrens nach § 246a AktG, das am 23. Februar 2010 mit der Freigabe durch das OLG endete. Die Eintragung im Handelsregister wird kurzfristig erfolgen. Dieses genehmigte Kapital wird erst mit der Eintragung wirksam.

Das bedingte Kapital der Deutschen Bank belief sich auf 406.000.000 €. Es wird für verschiedene Instrumente vorgehalten, die potenziell in Stammaktien umgewandelt werden können.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsscheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 ermächtigt, bis zum 30. April 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsscheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 256.000.000 € bedingt erhöht.

Dividendenzahlungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007.

	2009 (vorgeschlagen)	2008	2007
Bardividende ¹ (in Mio €)	466	309	2.274
Bardividende je Aktie (in €)	0,75	0,50	4,50

¹ Die Bardividende für 2009 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2009.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

[31] Aktienbasierte Vergütungen

Für Neubegabungen in 2009 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Im Jahr 2009 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen unter dem DB Equity Plan gewährt. Alle Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale des DB Equity Plans zusammen.

Plan	Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung
DB Equity Plan	50 % : 24 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter
	Jährliche Vergütungskomponente 25 % : 36 Monate		
	25 % : 48 Monate		
Bleibepremie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung ¹	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten

¹ Gewichteter Durchschnitt der maßgeblichen Dienstzeit: 20 Monate.

Die Aktienrechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Ein Nachfolgeplan des früher gewährten Global Share Plans wurde in 2009 entwickelt und wird Anfang 2010 in Gesellschaften bestimmter Länder eingeführt.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Für Begebungen vor 2009 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Aktienprogramme und Stock Appreciation Rights Plan

Vor dem Jahr 2009 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen im Rahmen einer Reihe anderer Pläne gewährt. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser Altprogramme zusammen.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung	Letztmalig gewährt in
Restricted Equity Units (REU) Plan	Jährliche Vergütungskomponente	80% : 48 Monate ¹	Ja	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
		20% : 54 Monate			
DB Share Scheme	Jährliche Vergütungskomponente	1/3 : 6 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
		1/3 : 18 Monate			
		1/3 : 30 Monate			
DB Share Scheme	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten	2006
DB Key Employee Equity (KEEP) Plan	–	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Führungskräfte	2005
Stock Appreciation Rights (SAR) Plan	–	Ausübbar nach 36 Monaten Verfall nach 72 Monaten	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter	2002
Global Share Plan	–	100% : 12 Monate	Nein	Alle Mitarbeiter, Gewährung von bis zu 10 Rechten je Mitarbeiter	2007
Global Partnership Plan Equity Units	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 24 Monate ²	Nein	Vorstand	2008
		20 % : 42 Monate			
Global Share Plan — Deutschland	–	100 % : 12 Monate	Nein	Mitarbeiter in Deutschland, Gewährung von bis zu 10 Aktienrechten je Mitarbeiter ³	2008
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	50 % : 24 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter	2008
		25 % : 36 Monate			
		25 % : 48 Monate			

1 Auslieferung erfolgt nach weiteren 6 Monaten.

2 Auslieferung erfolgt nach weiteren 18 Monaten.

3 Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Sämtliche Pläne bis auf den SAR Plan gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden.

Die Rechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die Planregeln des REU Plans oder des DB Equity Plans für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter beziehungsweise Dienstzeit erfüllt sind.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan und dem Global Share Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

Unter dem SAR Plan erhielten berechtigte Mitarbeiter des Konzerns das Recht auf Auszahlung der Differenz zwischen dem Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie und einem festgelegten Basispreis. Die letzten unter dem SAR Plan gewährten Ansprüche erloschen in 2007.

Performanceoptionen

Die Deutsche Bank hat Performanceoptionen unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) zu Vergütungszwecken eingesetzt. Nach Februar 2004 wurden unter diesen Plänen keine neuen Optionen ausgegeben.

Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale der unter dem Global Share Plan (vor 2004) und dem Global Partnership Plan gewährten Performanceoptionen zusammen.

Plan	Gewährt im Jahr	Ausübungspreis	Zusätzliche Partnership Appreciation Rights	Ausübbar bis	Anspruchsberechtigung
Global Share Plan (vor 2004) Performanceoptionen	2001	87,66 €	Nein	Nov 2007	Alle Mitarbeiter ¹
	2002	55,39 €	Nein	Nov 2008	Alle Mitarbeiter ¹
	2003	75,24 €	Nein	Dez 2009	Alle Mitarbeiter ¹
Global Partnership Plan Performanceoptionen	2002	89,96 €	Ja	Feb 2008	Ausgewählte Führungskräfte
	2003	47,53 €	Ja	Feb 2009	Ausgewählte Führungskräfte
	2004	76,61 €	Ja	Feb 2010	Vorstand

1 Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Jede der im Rahmen der beiden Pläne gewährten Optionen berechtigt zum Erwerb einer Deutsche Bank-Stammaktie. Der Ausübungspreis beträgt 120% des Referenzpreises. Als Referenzpreis wurde der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Stammaktie am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Stammaktie an der Frankfurter Wertpapierbörse in einem Zeitraum von zehn Handelstagen bis einschließlich des Tages der Gewährung bestimmt.

Im Rahmen des Global Partnership Plan wurden von 2002 bis 2004 Performanceoptionen an ausgewählte Führungskräfte gewährt. Für jede Option wurde den Teilnehmern ein Partnership Appreciation Right (PAR) gewährt. PARs verkörpern das Recht auf eine Barzahlung in Höhe von 20% des Referenzpreises. Die Feststellung des Referenzpreises erfolgte dabei auf gleiche Weise wie zuvor für die Performanceoptionen dargestellt. PARs wurden zum gleichen Zeitpunkt und im selben Umfang wie die Performanceoptionen ausübbar. Sie werden automatisch zur gleichen Zeit und in gleichem Umfang wie die Performanceoptionen ausgeübt.

Unter dem Global Share Plan (vor 2004), einem breit angelegten Mitarbeiterplan, wurden in den Jahren 2001 bis 2003 Performanceoptionen begeben. Der Plan gewährte im Jahr 2001 die Möglichkeit, bis zu 60 Aktien zu erwerben. In 2002 und 2003 konnten bis zu 20 Aktien erworben werden. Für jede erworbene Aktie erhielten die Teilnehmer im Jahr 2001 eine Performanceoption und in den Jahren 2002 und 2003 fünf Performanceoptionen. Performanceoptionen unter dem Global Share Plan (vor 2004) verfallen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Teilnehmer, die in den Ruhestand gehen oder dauerhaft erwerbsunfähig werden, behalten ihren Anspruch auf Ausübung der Performanceoptionen.

Personalaufwand

Personalaufwand für Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen werden, wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, die in bar abgegolten werden, wird zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value neu bewertet und die entsprechende Verpflichtung wird bis zur Zahlung als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Für Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden und die einen Barausgleich vorsehen, basiert die Neubewertung auf dem aktuellen Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Rechnungslegungsprinzipien sind in Note [1] enthalten.

Der Konzern berücksichtigte den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne wie folgt.

in Mio €	2009	2008	2007
DB Global Partnership Plan	4	10	7
DB Global Share Plan	6	39	49
DB Share Scheme/Restricted Equity Units Plan/DB KEEP/DB Equity Plan	637	1.249	1.088
Stock Appreciation Rights Plan ¹	–	–	1
Insgesamt	647	1.298	1.145

1 Hierin enthalten ist für das Geschäftsjahr 2007 ein Nettogewinn von 1 Mio € aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivaten, die genutzt wurden, um Veränderungen der Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen auszugleichen.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung im Geschäftsjahr 2009 enthält ungefähr 22 Mio € (2008: 4 Mio €) aus den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 26 Mio € (2008: 10 Mio €). Der gesamte Betrag entfällt auf aktienbasierte Vergütungen, die noch nicht unverfallbar sind.

Zum 31. Dezember 2009 belief sich der noch nicht abgegrenzte Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen auf ungefähr 0,4 Mrd € (2008: 0,6 Mrd €).

Entwicklung ausstehender Rechte

Aktienprogramme

Die nachfolgende Übersicht fasst die Entwicklung der ausstehenden Aktienrechte für die Pläne zusammen, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Equity Units	DB Share Scheme/ DB KEEP/REU/ DB Equity Plan	Global Share Plan (ab 2004)	Insgesamt	Gewichteter Durchschnitt des Fair Value je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2007	324	49.309	599	50.232	71,05 €
Gewährt	150	18.007	258	18.415	61,17 €
Ausgegeben	-139	-16.541	-561	-17.241	62,52 €
Verfallen	-	-2.508	-38	-2.546	73,44 €
Bestand zum 31. Dezember 2008	335	48.267	258	48.860	70,22 €
Gewährt	-	23.809	-	23.809	22,02 €
Ausgegeben	-93	-18.903	-253	-19.249	68,76 €
Verfallen	-	-3.059	-5	-3.064	43,51 €
Bestand zum 31. Dezember 2009	242	50.114	-	50.356	49,61 €

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2010 im Rahmen des DB Equity Plan für 2010 unter modifizierten Planbedingungen ungefähr 35,2 Millionen Aktienrechte mit einem durchschnittlichen Fair Value von 44,01 € je Aktienrecht. Ungefähr 0,8 Millionen der im Rahmen dieses DB Equity Plan begebenen Rechte wurden unter der Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Im Februar 2010 wurden ungefähr 10,6 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan und des DB Share Scheme ausgegeben.

Performanceoptionen

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der ausstehenden Performanceoptionen, die unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) gewährt wurden.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Performance- optionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	DB Global Share Plan (vor 2004) Performance- optionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.637	53,32 €	812	68,14 €
Ausgeübt	-434	47,53 €	-26	57,67 €
Verfallen	-	-	-16	65,75 €
Abgelaufen	-223	89,96 €	-260	55,39 €
Bestand zum 31. Dezember 2008	980	47,53 €	510	75,24 €
Ausgeübt	-	-	-	-
Verfallen	-	-	-9	75,24 €
Abgelaufen	-980	47,53 €	-501	75,24 €
Bestand zum 31. Dezember 2009	-	-	-	-

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Die folgenden zwei Übersichten gliedern die ausstehenden Performanceoptionen zum 31. Dezember 2008 und 2007 nach Ausübungspreisbandbreiten.

Zum 31. Dezember 2009 stehen keine Performanceoptionen mehr aus, da solche, welche im Jahr 2004 begeben wurden, bereits ausgeübt wurden, und alle übrigen, welche nicht bereits ausgeübt wurden, im Jahr 2009 verfallen sind.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2008		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	980	47,53 €	1 Monat
60,00 – 79,99 €	510	75,24 €	12 Monate
80,00 – 99,99 €	-	-	-

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Ausübungspreisbandbreiten	Ausstehende Performanceoptionen per 31. Dezember 2007		
	Ausstehende Optionen (in Tsd)	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit
40,00 – 59,99 €	1.704	48,87 €	13 Monate
60,00 – 79,99 €	522	75,24 €	24 Monate
80,00 – 99,99 €	223	89,96 €	1 Monat

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Der gewichtete durchschnittliche Aktienkurs am Ausübungstag betrug 64,31 € im Geschäftsjahr 2008 (2007: 99,70 €).

[32] Leistungen an Arbeitnehmer

Aufgeschobene Vergütung

Im Februar 2009 wurden Zusagen in Höhe von ungefähr 1,0 Mrd € nach den Regelungen des DB Restricted Cash Plan begeben. Die Zusagen kommen im Regelfall nur dann zur Auszahlung an den Mitarbeiter, wenn

dieser sich zum entsprechenden Unverfallbarkeitstermin in einem ungekündigten Anstellungsverhältnis mit der Deutschen Bank befindet. Der Plan besteht aus drei Tranchen, deren Höhe jeweils ein Drittel des Ausgabevolumens beträgt. Die erste Tranche wurde zu Beginn des Jahres 2010 unverfallbar und abzüglich der nach den Planregeln im Verlauf des Jahres 2009 verfallenen Zusagen ausgezahlt. Die beiden verbleibenden Tranchen werden jeweils zu Beginn der Jahre 2011 und 2012 unverfallbar. Der Aufwand für jede Tranche wird über die jeweilige Anwartschaftsfrist verteilt.

Im Februar 2010 wurden neue Zusagen in Höhe von ungefähr 0,5 Mrd € nach den Regelungen des DB Restricted Incentive Plan begeben. Der Plan besteht aus drei Tranchen, deren Höhe jeweils ein Drittel des Ausgabevolumens beträgt. Die Tranchen werden jeweils zu Beginn der Jahre 2011, 2012 und 2013 unverfallbar. Der Aufwand für jede Tranche wird über die jeweilige Anwartschaftsfrist verteilt. Den regulatorischen Anforderungen entsprechend enthält dieser Plan performanceindizierte Malusregelungen für den oberen Führungszirkel. Hierdurch besteht künftig die Möglichkeit, dass Teile der Zusagen bei Nichterreichen definierter Kennziffern, beim Verstoß gegen Regularien oder bei Verschlechterung der Finanzlage verfallen können.

Wie in Note [31] ersichtlich, gewährte der Konzern Aktienrechte in Höhe von circa 1,5 Mrd €. Damit wurden im Februar 2010 rund 2,0 Mrd € an aufgeschobener Vergütung gewährt.

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Der Konzern bietet eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten. Diese leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns werden in Pensionspläne und Gesundheitsfürsorgepläne unterteilt.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Die Finanzierungsstrategie des Konzerns zielt darauf ab, eine vollständige Deckung der leistungsdefinierten Verpflichtung im Sinne der „Defined Benefit Obligation“ durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 110% der Verpflichtung unter Berücksichtigung von spezifischen gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen beizubehalten. Für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen des Konzerns werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Darüber hinaus gibt es im Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Pläne wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert die Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Pensionsverpflichtung und des Fair Value des Planvermögens des Konzerns für die beiden Geschäftsjahre 2009 und 2008, den Finanzierungsstatus sowie dessen Überleitung zu den in der Bilanz erfassten Beträgen zum Ende der jeweiligen Jahre dar.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2009	2008	2009	2008
Entwicklung der Verpflichtung:				
Verpflichtung am Jahresanfang	8.189	8.518	119	116
Laufender Dienstzeitaufwand	186	264	3	2
Zinsaufwand	457	453	7	7
Zuführungen der Planteilnehmer	6	8	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	846	–160	14	1
Wechselkursveränderungen	181	–572	–	1
Gezahlte Leistungen	–467	–393	–7	–8
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	18	14	–	–
Akquisitionen	–	–	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen/Plankürzungen	–	–1	–	–
Sonstiges ¹	–	58	–	–
Verpflichtung am Jahresende	9.416	8.189	136	119
davon: intern finanziert	201	245	136	119
davon: extern finanziert	9.215	7.944	–	–
Entwicklung des Planvermögens:				
Fair Value des Planvermögens am Jahresanfang	8.755	9.331	–	–
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	403	446	–	–
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (–)	92	–221	–	–
Wechselkursveränderungen	231	–689	–	–
Zuführungen des Arbeitgebers	264	239	–	–
Zuführungen der Planteilnehmer	6	8	–	–
Gezahlte Leistungen ²	–398	–358	–	–
Akquisitionen	–	–	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen	–1	–1	–	–
Sonstige	–	–	–	–
Fair Value des Planvermögens am Jahresende	9.352	8.755	–	–
Finanzierungsstatus am Jahresende	–64	566	–136	–119
Noch nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	–	–	–	–
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	–7	–9	–	–
Nettobilanzwert Vermögen/Schuld (–)	–71	557	–136	–119
davon: bilanziert als sonstige Aktiva	276	885	–	–
davon: bilanziert als sonstige Passiva	–347	–328	–136	–119

1 Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

2 Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

Den Berechnungen liegen folgende wesentliche versicherungsmathematische Annahmen zugrunde. Diese werden als gewichtete Durchschnitte dargestellt.

Zugrunde gelegte Annahmen bei Pensionsplänen	2009	2008	2007
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	5,4 %	5,6 %	5,5 %
Inflationsrate	2,7 %	2,1 %	2,1 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,4 %	3,0 %	3,3 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	2,4 %	1,8 %	1,8 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	5,6 %	5,5 %	4,8 %
Inflationsrate	2,1 %	2,1 %	2,0 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,0 %	3,3 %	3,2 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	1,8 %	1,8 %	1,7 %
Erwartete Rendite des Planvermögens ¹	4,5 %	5,0 %	4,6 %
Zugrunde gelegte Annahmen bei Gesundheitsfürsorgeplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	5,9 %	6,1 %	6,1 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	6,1 %	6,1 %	5,8 %
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren			
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	19,4	19,1	19,1
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	21,5	21,1	21,0
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	22,8	22,6	22,5
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	24,8	24,5	24,3

1 Die erwartete Rendite des Planvermögens zur Bestimmung des Ertrags beträgt 5,0 % für das Jahr 2010.

Zur Ermittlung des Aufwands für Gesundheitsfürsorgepläne wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 8,9% für die im Rahmen dieser Pläne pro Person zu erbringenden Leistungen für das Jahr 2010 angenommen. Für diese Steigerungsrate werden ein allmählicher Rückgang auf 4,9% bis zum Ende des Jahres 2017 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Die Lebenserwartung ist eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der Verpflichtung aus leistungsdefinierten Plänen und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate in Großbritannien und der Eurozone werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationsswapsätze in den betreffenden Märkten zum 31. Dezember 2009. Die Umstellung auf eine aus dem Kapitalmarkt abgeleitete Inflationsannahme dient der besseren Abschätzung der Auswirkung der Inflation auf die Pensionsverpflichtungen der Bank. In früheren Jahren erfolgte die Festsetzung dieser Annahme in erster Linie unter Bezugnahme auf die langfristigen Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc. Diese Änderung hat einen Anstieg der Pensionsverpflichtung um ungefähr 540 Mio € zum 31. Dezember 2009 zur Folge.

Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan mithilfe eines modularen Ansatzes entwickelt, der die jeweilige Portfoliostruktur sowie die erwartete Rendite jeder Anlageklasse berücksichtigt. Hierbei wird anstelle der tatsächlichen Allokation die Zielallokation des Plans am Bewertungsstichtag verwendet.

Die folgende nach Anlagekategorien gegliederte Tabelle zeigt die gewichtete durchschnittliche Portfoliostruktur der Pensionspläne des Konzerns zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 sowie die Zielallokation.

	Zielallokation	Prozentualer Anteil am Planvermögen	
		31.12.2009	31.12.2008
Anlagekategorien:			
Aktien	5 %	8 %	7 %
Verzinsliche Wertpapiere (inklusive Barmittel und Derivate)	90 %	90 %	90 %
Alternative Anlageinstrumente (inklusive Immobilien)	5 %	2 %	3 %
Anlagekategorien insgesamt	100 %	100 %	100%

Prinzipiell wird eine risikofreie Rendite mit Anpassungen bezüglich Duration und bestimmter relevanter Faktoren für jede größere Anlageklasse als Maßstab benutzt. Zum Beispiel wird die erwartete Rendite für Aktien und Immobilien dadurch abgeleitet, dass eine jeweilige Risikoprämie zur Rendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren hinzugefügt wird.

Erwartete Erträge werden um steuerliche Einflüsse korrigiert, allerdings erfolgt keine Berücksichtigung einer erwarteten Überrendite durch aktives Management. Abschließend wird die Angemessenheit der Risikoprämien und der insgesamt erwarteten Renditen durch Vergleich der Werte mit anderen angesehenen veröffentlichten Prognosen und marktüblichen Verfahren bestätigt.

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es im Wesentlichen, die Bank vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus der Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden. Das Ziel besteht darin, die Erträge innerhalb eines bestimmten, vom Konzern festgelegten Risikotoleranzbereichs zu maximieren.

Der tatsächliche Ertrag aus Planvermögen betrug 495 Mio € im Jahr 2009 (2008: 225 Mio €).

Im Planvermögen zum 31. Dezember 2009 sind Derivate mit einem positiven Marktwert von 249 Mio € enthalten. Derivategeschäfte werden sowohl konzernintern als auch mit externen Kontrahenten abgeschlossen. Des Weiteren sind im Planvermögen vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 26 Mio € enthalten.

Voraussichtlich werden während des Geschäftsjahres 2010 keine Anteile aus dem Planvermögen an den Konzern zurückgegeben werden.

Die erwarteten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2010 voraussichtlich 275 Mio € betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2010 erfolgen wird.

Die folgende Übersicht zeigt die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen für jedes der nächsten fünf Jahre sowie die Leistungen für die darauf folgenden fünf Jahre insgesamt. Bei der Berechnung der Höhe der Leistungen werden angenommene zukünftige Dienstzeiten berücksichtigt.

in Mio €	Pensionspläne	Gesundheitsfürsorgepläne	
		Bruttobetrag	Erstattungen ¹
2010	415	9	-1
2011	409	11	-1
2012	424	11	-1
2013	441	12	-2
2014	449	12	-2
2015 – 2019	2.619	65	-11

¹ Voraussichtliche Rückerstattungen aus Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente im Rahmen des Versicherungsprogramms Medicare.

Gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns für leistungsdefinierte Pläne werden versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in der Periode ihrer Entstehung direkt im Eigenkapital erfasst und in der Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen und in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt. Die folgende Tabelle zeigt den zum 31. Dezember 2009 seit dem Übergangstichtag zu IFRS kumulierten erfassten Betrag sowie die in den Jahren 2009 und 2008 erfassten Beträge ohne Beachtung latenter Steuern. Latente Steuern werden in Note [33] in einer separaten Tabelle für Ertragsteuern, die im Eigenkapital erfasst werden, ausgewiesen. Anpassungen, die für vergangene Perioden erfasst wurden, werden in Note [1] dargestellt.

in Mio €	Erfassung im Eigenkapital (Gewinn/Verlust (-))		
	31.12.2009 ¹	2009	2008
Pensionspläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	-89	-754	-61
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	-7	1	-
Pensionspläne insgesamt	-96	-753	-61
Gesundheitsfürsorgepläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	38	-14	-1
Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	38	-14	-1
Insgesamt erfasster Betrag	-58	-767	-62

1 Kumuliert seit dem Übergangsstichtag zu IFRS und einschließlich Wechselkursveränderungen.

Die folgende Tabelle zeigt für die laufende Berichtsperiode und die vorangegangenen Berichtsperioden die Beträge der Verpflichtung, des Fair Values des Planvermögens und des Finanzierungsstatus sowie die erfahrungsbedingten Anpassungen, die in Bezug auf Verpflichtung und Planvermögen entstanden.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Pensionspläne:	9.416	8.189	8.518	9.129
Verpflichtung				
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	-72	24	-68	18
Fair Value des Planvermögens	9.352	8.755	9.331	9.447
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Gewinn/Verlust (-))	92	-221	-266	-368
Finanzierungsstatus	-64	566	813	318
Gesundheitsfürsorgepläne:	136	119	116	147
Verpflichtung				
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	-	-5	-17	-27
Finanzierungsstatus	-136	-119	-116	-147

Der in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasste Aufwand für leistungsdefinierte Pläne und andere ausgewählte Leistungen der Geschäftsjahre 2007 bis 2009 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen. Alle Komponenten sind Bestandteil des Personalaufwands.

in Mio €	2009	2008	2007
Aufwendungen für Pensionspläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	186	264	265
Zinsaufwand	457	453	436
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	-403	-446	-435
Sofort erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	18	14	11
Planabgeltungen/Plankürzungen	1	-	-5
Sofort erfasster versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (-) aufgrund von			
Planabgeltungen/Plankürzungen ¹	-	9	-6
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	-	1	-1
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten ¹	-	-2	2
Pensionspläne insgesamt	259	293	267
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	3	2	3
Zinsaufwand	7	7	8
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	-	2	-3
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	10	11	8
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	269	304	275
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	203	206	203
Pensionsaufwendungen insgesamt	472	510	478
Ausweis anderer ausgewählter Leistungen			
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	162	159	156
Aufwendungen für Cash-Retention-Pläne	688	13	18
Aufwendungen für Abfindungszahlungen	629	555	225

1 Komponenten, die nach dem Korridorverfahren in den Jahren 2006 und 2007 gebucht und im Jahr 2008 aufgrund der Änderung der Rechnungslegung storniert wurden.

Der für 2010 erwartete Aufwand beträgt 225 Mio € für die Pensionspläne und 11 Mio € für die Gesundheitsfürsorgepläne. Die durchschnittliche Restdienstzeit der aktiven Planteilnehmer beträgt elf Jahre bei den Pensions- und sieben Jahre bei den Gesundheitsfürsorgeplänen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt planspezifische Sensitivitäten der Verpflichtung zum 31. Dezember 2009, der Summe aus Dienstzeit- und Zinsaufwand sowie der erwarteten Erträge für leistungsdefinierte Pläne hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen.

Anstieg/Reduzierung (-) in Mio €	Verpflichtung zum		Aufwendungen für das Jahr	
	31.12.2009	31.12.2008	2009	2008
Sensitivität bei Pensionsplänen:				
Diskontierungszinssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	695	560	5	15
Inflationsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	420	370	30	40
Reale Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	80	75	10	10
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %) ¹	175	130	10	10
Erwartete Rendite (Reduzierung um 50 Basispunkte)	–	–	45	45
Sensitivität bei Gesundheitsfürsorgeplänen:				
Gesundheitskostensteigerungsrate (Anstieg um 100 Basispunkte)	16	13	2	1
Gesundheitskostensteigerungsrate (Reduzierung um 100 Basispunkte)	–14	–12	–1	–1

¹ Eine Verbesserung der Lebenserwartung um 10 % bedeutet eine Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeit für jedes Alter um 10 %. Diese Sensitivität führt zu einer im Durchschnitt um ein Jahr erhöhten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren.

[33] Ertragsteuern

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag für die Jahre 2009, 2008 und 2007 setzt sich wie folgt zusammen.

in Mio €	2009	2008	2007
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-):			
Steueraufwand/-ertrag für das laufende Jahr	970	–32	3.504
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (-)	–430	–288	–347
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	540	–320	3.157
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	570	–1.346	–651
Effekt aus Steuersatzänderungen	3	26	–181
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (-)	–869	–205	–86
Latenter Steueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	–296	–1.525	–918
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-) insgesamt	244	–1.845	2.239

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2009 beinhaltet einen Steuerertrag aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life („Policyholder Tax“) in Höhe von 1 Mio € (2008: 79 Mio €, 2007: 1 Mio €), die durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2009 um einen Steuerertrag in Höhe von 0,2 Mio € vermindert (2008: Erhöhung des laufenden Steuerertrags um 45 Mio €; 2007: Verminderung des laufenden Steueraufwands um 3 Mio €).

Der latente Steuerertrag ist aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern und der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen sowie aufgrund der Wertaufholung aktiver latenter Steuern aus Vorjahren im Geschäftsjahr 2009 per saldo um einen latenten Steuerertrag in Höhe von 537 Mio € erhöht (Minderung des latenten Steuerertrags in 2008 um 971 Mio € und um 71 Mio € in 2007).

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand/-ertrag, der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes auf das Ergebnis vor Steuern ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand/-ertrag des Konzerns.

in Mio €	2009	2008	2007
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (-) bei einem Ertragsteuersatz von 30,7 % in Deutschland (30,7 % für 2008 und 39,2 % für 2007)	1.595	- 1.760	3.429
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	-63	-665	-620
Steuerbefreite Einnahmen	-763	-746	-657
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	-29	-36	-22
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	624	403	393
Nicht temporäre Wertminderungen des Goodwill	0	1	21
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern	-537	926	68
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung	3	26	-181
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	-95	227	-
Effekt aus der „Policyholder Tax“	-1	-79	-1
Sonstige	-490	-142	-191
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (-)	244	- 1.845	2.239

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position Sonstige im Wesentlichen Einmaleffekte aufgrund abgeschlossener Steuerprüfungen in 2009 enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2009, 2008 und 2007 30,7 % betragen.

Im August 2007 beschloss der deutsche Gesetzgeber eine Reform der Unternehmensbesteuerung („Unternehmensteuerreformgesetz 2008“). Diese sah ab dem Jahr 2008 eine Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 15 % sowie eine Änderung der Gewerbesteuerberechnung vor. Durch diese Steuergesetzänderung ermäßigte sich der latente Steueraufwand für 2007 um 232 Mio €. Weitere Steuersatzänderungen, im Wesentlichen in Großbritannien, Spanien, Italien und den Vereinigten Staaten von Amerika, erhöhten den latenten Steueraufwand 2007 um 51 Mio€.

Ertragsteuern sind dem Eigenkapital wie folgt belastet oder gutgeschrieben worden.

in Mio €	2009	2008	2007
Steuerbelastung (-)/-gutschrift infolge versicherungsmathematischer Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	113	1	- 192
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	-195	892	154
Umklassifizierung aufgrund von Gewinn-/Verlustrealisierungen	-214	-194	43
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	90	-34	4
Umklassifizierung aufgrund von Gewinn-/Verlustrealisierungen	-2	-	-5
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	54	67	19
Umklassifizierung aufgrund von Gewinn-/Verlustrealisierungen	13	-	-
Ertragsteuern, die den im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen belastet (-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	-254	731	215
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet (-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	-35	-75	-35

Nachfolgend sind die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten für jede Art temporärer Differenzen, bisher nicht genutzte steuerliche Verluste und Steuergutschriften dargestellt.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	2.986	3.477
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	218	134
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	7.244	8.769
Sachanlagen	654	380
Sonstige Aktiva	1.544	1.167
Bewertung von Wertpapieren	563	654
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	353	144
Sonstige Rückstellungen	1.088	1.016
Sonstige Passiva	439	568
Latente Steuerforderungen insgesamt	15.089	16.309
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	6.666	7.819
Sachanlagen	55	53
Sonstige Aktiva	652	1.042
Bewertung von Wertpapieren	652	605
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	122	167
Sonstige Rückstellungen	932	1.221
Sonstige Passiva	1.017	716
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	10.096	11.623
Latente Steuerforderungen, per saldo	4.993	4.686

Nach Saldierung wurden diese Beträge wie folgt in der Bilanz ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Latente Steuerforderungen	7.150	8.470
Latente Steuerverbindlichkeiten	2.157	3.784
Latente Steuerforderungen, per saldo	4.993	4.686

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umgliederungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.

Für die folgenden Posten wurden keine latenten Steuerforderungen per 31. Dezember 2009 (31. Dezember 2008) ausgewiesen.¹

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Abzugsfähige temporäre Differenzen	-69	-26
Unverfallbar	-1.598	-617
Verfall in der folgenden Periode	0	-1
Verfall nach der folgenden Periode	-659	-2.851
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	-2.257	-3.469
Verfall in der folgenden Periode	-	-
Verfall nach der folgenden Periode	-87	-90
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	-87	-90

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste,

noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise zum 31. Dezember 2008 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 6 Mrd € beziehungsweise 5,6 Mrd € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß welcher es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 105 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2008: 157 Mio €).

[34] Akquisitionen und Veräußerungen

Im Jahr 2009 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2009 schloss der Konzern mehrere Akquisitionen ab, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen war einzeln betrachtet keine wesentlich. Sie werden deshalb zusammengefasst dargestellt. Die Akquisitionen umfassten den Erwerb von Beteiligungen von jeweils 100 % bei einem Gesamtkaufpreis von 22 Mio € mit einem bar zu entrichtenden Kaufpreis von insgesamt 20 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 2 Mio €. Auf Basis vorläufiger Werte wurden von den aggregierten Kaufpreisen 21 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten für Kundenverbindungen und 1 Mio € dem Goodwill zugewiesen. Zu diesen Transaktionen gehört die Akquisition des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank, die am 30. November 2009 vollzogen wurde. Das Geschäft wird von London, New York und Frankfurt aus getätigt und wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert. Mit dem Abschluss dieser Transaktion erweiterte der Konzern seine Custodyplattform um einen der größten depotunabhängigen Anbieter von Agency-Securities-Lending-Dienstleistungen und schloss eine strategische Produktlücke im Wertpapierdienstleistungsgeschäft.

Die nachfolgende Übersicht zeigt zusammengefasst die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	–	–	–
Goodwill	–	1	1
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	21	21
Übrige Vermögenswerte	–	–	–
Bilanzsumme	–	22	22
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	–	–
Übrige Verbindlichkeiten	–	3	3
Summe der Verbindlichkeiten	–	3	3
Nettovermögen	–	19	19
Summe der Passiva	–	22	22

Im Zusammenhang mit diesen Akquisitionen wies der Konzern für 2009 Erträge von 1 Mio € und ein negatives Ergebnis nach Steuern von 1 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der im Jahr 2009 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn- und Verlustrechnung

Wären die zuvor aufgeführten im Berichtsjahr getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2009 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür in 2009 Erträge von 22 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern von weniger als 1 Mio € ausgewiesen.

Im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2008 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von DB HedgeWorks, LLC und der Rückwerb von Maher Terminals LLC sowie Maher Terminals of Canada Corp. einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

DB HedgeWorks, LLC

Zum 31. Januar 2008 erwarb der Konzern eine Beteiligung von 100 % an dem Hedgefondsadministrator HedgeWorks, LLC, der seinen Sitz in den Vereinigten Staaten hat und nach der Übernahme in DB HedgeWorks, LLC („DB HedgeWorks“) umfirmiert wurde. Durch die Akquisition baute der Konzern sein Serviceangebot im Hedgefondsgeschäft weiter aus. Der Kaufpreis für diesen Unternehmenszusammenschluss setzte sich aus einer Barvergütung in Höhe von 19 Mio € und weiteren 15 Mio € zusammen, die unter der Voraussetzung gezahlt werden, dass das erworbene Unternehmen in den folgenden drei Jahren bestimmte Ergebnisziele übertrifft. Von dem Gesamtkaufpreis wurden 28 Mio € dem Goodwill, 5 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 1 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. DB HedgeWorks wurde dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet. Die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz waren wie folgt.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	1	–	1
Goodwill	–	28	28
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	5	5
Übrige Vermögenswerte	1	–	1
Summe der Aktiva	2	33	35
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	15	15
Übrige Verbindlichkeiten	1	–	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	15	16
Nettovermögen	1	18	19
Summe der Passiva	2	33	35

Im Anschluss an die Akquisition wurden für DB HedgeWorks im Jahr 2008 Erträge von 6 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 2 Mio € ausgewiesen.

Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp.

Zum 30. Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“), einen privaten Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. Maher Terminals wurde als Gründungsvermögen für den North American Infrastructure Fund erworben. Nachdem im Jahr 2007 ein Verkauf eines Minderheitsanteils von 11,4 % der ursprünglich 100-prozentigen Beteiligung des Konzerns an den RREEF North America Infrastructure Fund erfolgt war, behielt der Konzern eine nicht konsolidierte Beteiligung an Maher Terminals. Diese wurde zum 31. Dezember 2007 nach der Equitymethode als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert bilanziert (siehe Note [24]). Im Geschäftsjahr 2008 wurde der Fonds restrukturiert und RREEF Infrastructure erwarb alle ausstehenden Anteile am North America Infrastructure Fund, dessen einziges Investment Maher Terminals war, zurück. Der zu entrichtende Kaufpreis für diese Transaktion betrug 109 Mio € in bar.

Am Ende des dritten Quartals 2008 wurde die Beteiligung nicht länger als zum Verkauf bestimmt bilanziert, sodass die Aktiva und Passiva von Maher Terminals nicht länger als zum Verkauf bestimmt klassifiziert wurden und der Rückkauf als Erwerbstransaktion verbucht wurde. Die Anschaffungskosten wurden in Höhe von 33 Mio € dem Goodwill und in Höhe von 76 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. Zum Zeitpunkt des Erwerbs wurde Maher Terminals dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet. Im Zuge einer geänderten Managementverantwortung wurde Maher Terminals zum 1. Januar 2009 in den Unternehmensbereich CI übertragen.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition (als zum Verkauf bestimmt)	Umklassifizierung von zum Verkauf bestimmt sowie Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	–	30	30
Sachanlagen	–	169	169
Goodwill	–	597	597
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	770	770
Übrige Vermögenswerte	1.840	–1.656	184
Summe der Aktiva	1.840	–90	1.750
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	839	839
Übrige Verbindlichkeiten	983	–845	138
Summe der Verbindlichkeiten	983	–6	977
Nettovermögen	857	–84	773
Summe der Passiva	1.840	–90	1.750

Nach der Akquisition entfielen auf Maher Terminals für 2008 negative Erträge in Höhe von 7 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 256 Mio €. Letzterer enthielt eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill im vierten Quartal 2008 (siehe Note [23]).

Sonstige im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2008 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Dies betrifft unter anderem die Akquisition des taiwanesischen Vermögensverwalters Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited sowie die Übernahme der Geschäftsplattform der Pago eTransaction GmbH, eines deutschen Anbieters von Dienstleistungen im Bereich Cash Management und für die Akzeptanz und Abwicklung von Debit- und Kreditkartentransaktionen (sogenanntes Merchant Acquiring). Die Transaktionen umfassten den Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen von mehr als 50 % und bis zu 100 % für einen Gesamtkaufpreis von 7 Mio €, einschließlich Anschaffungsnebenkosten von weniger als 1 Mio €.

Die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz waren wie folgt.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	4	6	10
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	6	3	9
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	2	3	5
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	1	1
Übrige Vermögenswerte	20	2	22
Summe der Aktiva	32	15	47
Passiva:			
Sonstige Passiva	1	7	8
Übrige Verbindlichkeiten	–	1	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	8	9
Nettovermögen	31	7	38
Summe der Passiva	32	15	47

Für diese Akquisitionen wies der Konzern in 2008 Erträge von 2 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 4 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der im Jahr 2008 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung

Wären alle oben aufgeführten im Jahr 2008 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2008 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür in 2008 Erträge von 44 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 223 Mio € ausgewiesen. Letzterer enthielt eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill von Maher Terminals im vierten Quartal 2008.

Im Jahr 2007 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2007 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren die Übernahmen von Berliner Bank AG & Co. KG, MortgageIT Holdings, Inc. und Abbey Life Assurance Company Limited einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

Berliner Bank AG & Co. KG

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition der Berliner Bank AG & Co. KG („Berliner Bank“) ab und erweitert damit seinen Anteil am Privatkundenmarkt der deutschen Hauptstadt. Die Kosten für die Akquisition setzten sich aus einem in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 645 Mio € und Anschaffungsnebenkosten in Höhe von 1 Mio € zusammen.

Vom Kaufpreis wurden 508 Mio € dem Goodwill, 45 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 93 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. Die Berliner Bank wurde dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet. Die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz waren wie folgt.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	190	–	190
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	808	–	808
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	1.945	–	1.945
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.443	–28	2.415
Goodwill	–	508	508
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	45	45
Übrige Vermögenswerte	18	2	20
Summe der Aktiva	5.404	527	5.931
Passiva:			
Einlagen	5.107	–	5.107
Übrige Verbindlichkeiten	133	45	178
Summe der Verbindlichkeiten	5.240	45	5.285
Nettovermögen	164	482	646
Summe der Passiva	5.404	527	5.931

Nach der Akquisition entfielen auf die Berliner Bank für 2007 Erträge von 251 Mio € und ein Gewinn nach Steuern von 35 Mio €.

MortgageIT Holdings, Inc.

Am 2. Januar 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100% an der MortgageIT Holdings, Inc. („MortgageIT“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von insgesamt 326 Mio € ab. Vom Kaufpreis wurden 149 Mio € dem Goodwill und 177 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. MortgageIT, ein auf Wohnimmobilien spezialisierter Real Estate Investment Trust („REIT“) in den Vereinigten Staaten, wurde dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	29	–	29
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	5.854	–5	5.849
Goodwill	9	140	149
Übrige Vermögenswerte	160	–7	153
Summe der Aktiva	6.052	128	6.180
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	3.390	–	3.390
Sonstige Passiva	2.349	10	2.359
Übrige Verbindlichkeiten	95	10	105
Summe der Verbindlichkeiten	5.834	20	5.854
Nettovermögen	218	108	326
Summe der Passiva	6.052	128	6.180

Im Anschluss an die Akquisition wurden für MortgageIT für 2007 negative Erträge von 38 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 212 Mio € ausgewiesen.

Abbey Life Assurance Company Limited

Am 1. Oktober 2007 schloss der Konzern die Akquisition von 100% an Abbey Life Assurance Company Limited („Abbey Life“) für einen in bar zu entrichtenden Kaufpreis von 1.412 Mio € und Anschaffungsnebenkosten in Höhe von 12 Mio € ab. Vom Kaufpreis wurden 512 Mio € dem Nettovermögen und 912 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten zugewiesen. Diese identifizierten immateriellen Vermögenswerte entsprechen dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme aus den bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbenen langfristigen Versicherungs- und Investmentverträgen (Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts, „VOBA“). Abbey Life ist eine britische Lebensversicherungsgesellschaft, die zwar seit dem Jahr 2000 kein Neugeschäft mehr abschließt, jedoch weiterhin über eine gültige Konzession verfügt, um im Bedarfsfall Neuverträge abschließen zu können. Das Portfolio umfasst vorwiegend fondsgebundene Lebens- und Rentenpolicen sowie Rentenversicherungen. Abbey Life ist Bestandteil des Unternehmensbereichs CB&S. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die seinerzeitige Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	232	–	232
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	14.145	–	14.145
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.261	–	2.261
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	912	912
Übrige Vermögenswerte	1.317	–1	1.316
Summe der Aktiva	17.955	911	18.866
Passiva:			
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	10.387	–	10.387
Rückstellungen für das Versicherungsgeschäft	6.339	–	6.339
Übrige Verbindlichkeiten	246	318	564
Summe der Verbindlichkeiten	16.972	318	17.290
Nettovermögen ¹	983	593	1.576
Summe der Passiva	17.955	911	18.866

1 Enthält Minderheitsanteile in Höhe von 152 Mio €.

Im Anschluss an die Akquisition und als Ergebnis der im Geschäftsjahr 2008 abgeschlossenen Kaufpreisallokation wurde das erworbene Nettovermögen zugunsten des VOBA um 5 Mio € reduziert, was zu einem Nettovermögen von 507 Mio € und einem VOBA von 917 Mio € führte. Nach der Akquisition entfielen im Jahr 2007 auf Abbey Life Erträge in Höhe von 53 Mio € und ein Gewinn nach Steuern von 26 Mio €.

Sonstige im Jahr 2007 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2007 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Diese Transaktionen waren mit dem Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen zwischen 51 % und 100 % verbunden und umfassten einen Gesamtkaufpreis von 107 Mio €, einschließlich Anschaffungsnebenkosten von 1 Mio €.

Die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz waren wie folgt.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	3	77	80
Goodwill	3	25	28
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	8	–	8
Übrige Vermögenswerte	91	44	135
Summe der Aktiva	105	146	251
Summe der Verbindlichkeiten	87	13	100
Nettovermögen	18	133	151
Summe der Passiva	105	146	251

Im Zusammenhang mit diesen Akquisitionen wies der Konzern für 2007 Erträge von 2 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern von 1 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der im Jahr 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn- und Verlustrechnung

Wären alle oben aufgeführten im Jahr 2007 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2007 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür in 2007 daraus Erträge von 426 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 74 Mio € ausgewiesen.

Im Jahr 2010 zu tätige Unternehmenszusammenschlüsse

Der Abschluss der nachfolgenden Akquisitionen erfolgte beziehungsweise wird im Jahr 2010 erfolgen. Diese Transaktionen werden daher gemäß der überarbeiteten Fassung des IFRS 3, „Unternehmenszusammenschlüsse“ („IFRS 3 R“), bilanziert, den der Konzern mit Wirkung zum 1. Januar 2010 anwendet. Die Offenlegungspflichten zum Jahresende 2009 richten sich hingegen noch nach der gegenwärtigen Fassung des IFRS 3.

Sal. Oppenheim. Am 28. Oktober 2009 schlossen die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) und die Eigentümer der in Luxemburg ansässigen Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. („Sal. Opp. S.C.A.“) einen Rahmenvertrag ab, auf dessen Grundlage die Deutsche Bank 100 % an der Sal. Oppenheim Gruppe („Sal. Opp. Gruppe“) zu einem Kaufpreis von ungefähr 1 Mrd € erworben hat. Gleichzeitig haben die bisherigen Gesellschafter von Sal. Opp. S.C.A. die Option, sich langfristig an der deutschen Privatbanktochter Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA („Sal. Opp. KGaA“) mit bis zu 20 % zu beteiligen.

Mit dem Erwerb der Sal. Opp. S.C.A. sind sämtliche Aktivitäten der Sal. Opp. KGaA, der BHF-BANK AG („BHF“) und das in einer eigenständigen Holding geführte Private-Equity-Dachfondsgeschäft der Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A. („SOPEP“) auf die Deutsche Bank übergegangen. Zusätzlich erwarb die Deutsche Bank 94,9 % (49 % der Stimmrechte) an der BHF Asset Servicing GmbH („BAS“), die von den Gesellschaftern der Sal. Opp. S.C.A. gehalten wurde. Neben dem vorgesehenen Verkauf der BAS beabsichtigt die Deutsche Bank auch einen Weiterverkauf von Teilen der Investment-Banking-Aktivitäten der Sal. Opp. KGaA an Dritte.

Zunächst wird erwartet, dass auf Basis vorläufiger Werte ein Gesamtkaufpreis von ungefähr 1,3 Mrd € für die verschiedenen zu erwerbenden Einheiten gezahlt wird. Daneben wurde mit den Eigentümern von Sal. Opp. S.C.A. vereinbart, dass sich der Kaufpreis in Abhängigkeit von der zukünftigen Entwicklung bestimmter Risikopositionen erhöhen kann. Die Allokation des Gesamtkaufpreises und die Bestimmung des Netto-Fair-Value der zum Zeitpunkt der Akquisition identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten der Sal. Opp. Gruppe sind noch nicht abgeschlossen.

Die Vermögensverwaltungsaktivitäten von Sal. Oppenheim werden zukünftig unter der etablierten Marke der traditionsreichen Privatbank – „Oppenheim“ und „Sal. Oppenheim“ – weitergeführt und ausgebaut, sodass

Identität, Werte, Kultur und Servicequalität von Sal. Oppenheim gewahrt bleiben. Durch die Transaktion stärkt der Konzern seine Position im gehobenen Privatkundengeschäft, insbesondere in Deutschland.

Der Erwerb von Sal. Oppenheim erfolgt im ersten Quartal 2010 und wird auf Basis verschiedener Ausführungsvereinbarungen umgesetzt, auf deren Grundlage der Konzern zum Jahresende 2009 gemäß der in IAS 28 gegebenen Definition über maßgeblichen Einfluss auf die Sal. Opp. Gruppe verfügte. Da bis zum 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen erteilt wurden, ist der Erwerbszeitpunkt auf dieses Datum festgelegt worden. Die Sal. Opp. Gruppe wird daher im ersten Quartal 2010 in den Konzernabschluss der Deutschen Bank einbezogen.

ABN AMRO. Im Dezember 2009 hat der Konzern mit ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) eine abschließende Vereinbarung zur Übernahme von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO unterzeichnet. Die Geschäftseinheiten, die den Gegenstand der Übernahme bilden, sind gegenüber der im Juli 2008 ursprünglich bekannt gegebenen Vereinbarung unverändert. Dazu gehört ein Filialnetz aus 15 ABN AMRO-Niederlassungen, darunter zwei Geschäftseinheiten für die Betreuung großer Firmenkunden sowie 13 Filialen für Mittelstandskunden in den Niederlanden. Darüber hinaus wird der Konzern im Rahmen der Transaktion die Hollandsche Bank Unie N.V. mit Sitz in Rotterdam sowie die Dutch IFN Finance B.V., die Factoringleistungen anbietet, übernehmen. Die Transaktion wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2010 abgeschlossen sein.

Sonstige im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, enthalten den sukzessiven Erwerb von weiteren 47,5 % der Anteile an einem bestehenden assoziierten Unternehmen auf den Philippinen. Dieser Erwerb führte zu einer Kontrollmehrheit von 95 % und der Konsolidierung des Unternehmens im ersten Quartal 2010. Der in bar entrichtete Gesamtkaufpreis von 6 Mio € wurde dem erworbenen Nettovermögen (einschließlich Verbindlichkeiten) in Höhe von 10 Mio € zugeordnet, sodass sich ein negativer Goodwill von 4 Mio € ergab. Dieser wird erfolgswirksam unter den Sonstigen Erträgen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des ersten Quartals 2010 ausgewiesen werden.

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2009, 2008 und 2007 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/ Geschäftseinheiten. Eine Liste der Veräußerungen mit den dazugehörigen Einzelheiten findet sich in Note [4]. Der gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenwert belief sich in den Jahren 2009, 2008 und 2007 auf 51 Mio €, 182 Mio € beziehungsweise 375 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2009	2008	2007
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	49	66	52
Ubrige Vermögenswerte	15	4.079	885
Summe der veräußerten Aktiva	64	4.145	937
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	73	3.490	463

[35] Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen, Risiken des Konzernobligos zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Note [1] beschrieben sind, werden alle Derivate zum Marktwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten

sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Kredit- und Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) erfüllen

Für Derivate, für die die in Note [1] beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern Hedge Accounting an.

Fair Value Hedges

Der Konzern wendet Fair Value Hedge Accounting mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des Fair Value festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Fair Value Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2009	Passiva 2009	Aktiva 2008	Passiva 2008
Derivate als Sicherungsinstrumente in Fair Value Hedges	6.726	3.240	8.441	3.142

Im Geschäftsjahr 2009 wies der Konzern einen Verlust von 1,6 Mrd € (2008: Gewinn in Höhe von 4,1 Mrd €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Gewinn aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 1,5 Mrd € (2008: Verlust von 3,8 Mrd €).

Cash Flow Hedges

Der Konzern sichert die Zahlungsströme über Terminkontrakte auf Aktien, Zinsswaps und Devisentermingeschäfte ab, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Aktienindizes, Zinssätzen und Wechselkursen zu schützen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Cash Flow Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2009	Passiva 2009	Aktiva 2008	Passiva 2008
Derivate als Sicherungsinstrumente in Cash Flow Hedges	2	197	12	355

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Berichtszeiträumen mit dem Auftreten der abgesicherten Cashflows gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden.

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2009				
Cashflow aus Aktiva	42	79	65	106
Cashflow aus Passiva	-40	-58	-27	-140
Nettocashflow	2	21	38	-34
Zum 31. Dezember 2008¹				
Cashflow aus Aktiva	102	65	58	111
Cashflow aus Passiva	-71	-38	-49	-304
Nettocashflow	31	27	9	-194

1 Vergleichswerte wurden angepasst.

Diese erwarteten zukünftigen Zahlungsströme stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit den zwei größten Hedgeprogrammen des Konzerns.

Zum einen nutzt Maher Terminals LLC, ein konsolidiertes Tochterunternehmen, ein befristetes Anleiheprogramm, um sein Infrastrukturportfolio zu finanzieren. Im Rahmen dieses Programms hängen zukünftige Zinszahlungen von Änderungen variabler Geldmarktzinssätze ab. Um die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen zukünftigen Cashflows abzusichern und die Finanzierungskosten mit den erwarteten Erträgen in Einklang zu bringen, hat Maher Terminals LLC eine Reihe von befristeten Swaps abgeschlossen, bei denen Maher Terminals LLC fest vereinbarte Zinsen zahlt.

Zum anderen wird unter den Bestimmungen der fondsgebundenen Verträge, die von Abbey Life Assurance Company Limited abgeschlossen wurden, den Versicherungsnehmern eine jährliche Managementgebühr belastet, welche als Prozentanteil des verwalteten Vermögens ausgedrückt wird. Der Konzern ist, um sich gegen die Volatilität dieser hochgradig wahrscheinlichen Zahlungsströme der Managementgebühren abzusichern, 3-Monats-rollierende FTSE-Future-Kontrakte eingegangen. Andere Cashflow-Hedge-Programme nutzen Zinsswaps und FX Forwards als Sicherungsinstrumente.

Im Geschäftsjahr 2009 wies der Konzern einen Saldo von minus 217 Mio € (2008: minus 342 Mio €) im Zusammenhang mit Cash Flow Hedges im Eigenkapital aus. Von diesen Beträgen gehen im Jahr 2009 minus 48 Mio € (2008: minus 56 Mio €) auf bereits beendete Programme zurück. Diese Beträge werden zu gegebener Zeit erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Gewinn von 119 Mio € (2008: Verlust von 265 Mio €) wegen effektiver Cash Flow Hedges im Eigenkapital berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Verlust von 6 Mio € (2008: Verlust von 2 Mio €) vom Eigenkapital in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung überführt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde ein Verlust von 7 Mio € (2008: Gewinn von 27 Mio €) wegen Hedgeineffektivität erfolgswirksam erfasst.

Mit Stand vom 31. Dezember 2009 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2027 fällig.

Net Investment Hedges

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft ab.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die zur Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2009	Passiva 2009	Aktiva 2008	Passiva 2008
Derivate als Sicherungsinstrumente in Net Investment Hedges	94	364	1.081	1.220

Im Geschäftsjahr 2009 wies der Konzern Verluste von 238 Mio € (2008: Verluste von 151 Mio €) aus Hedgeineffektivität aus.

[36] Aufsichtsrechtliches Kapital

Kapitalmanagement

Der Konzern führt das Kapitalmanagement konzernweit sowie regional durch. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und den Shareholder Value des Konzerns aufweisen. Aus diesem Grund ordnet die Treasury-Funktion des Konzerns den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie des Konzerns, die vom Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist Ziel des Konzerns, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf an Kapital unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Die Zielgröße für die Tier-1-Kapitalquote liegt weiterhin bei oder mehr als 10 %.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans des Konzerns und ähnliche Ressourcenfragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften des Konzerns abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten

Tochtergesellschaften des Konzerns unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Die ordentliche Hauptversammlung 2008 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 53,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2009 zurückzukaufen. Bis zur ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009, in der eine neue Ermächtigung erteilt wurde, wurden keine Aktien im Rahmen dieser Ermächtigung zurückgekauft.

Die ordentliche Hauptversammlung 2009 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2010 zurückzukaufen. In der Zeit zwischen der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2009 und dem Jahresende 2009 wurden 11,7 Millionen Aktien (oder 1,9 % der begebenen Aktien) für Zwecke der Equity Compensation zurückgekauft. Die Rückkäufe fanden im Juli und August 2009 statt.

Im März 2009 hat der Konzern 50 Millionen neue Stückaktien an die Deutsche Post AG ausgegeben. Im Gegenzug hat die Deutsche Post AG einen Minderheitsanteil an der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Bank AG abgetreten.

Im Geschäftsjahr 2009 hat der Konzern 1,3 Mrd € hybrides Tier-1-Kapital begeben. Das ausstehende hybride Tier-1-Kapital (ausschließlich nicht kumulative Vorzugsanteile („Non-cumulative Trust Preferred Securities“)) belief sich am 31. Dezember 2009 auf insgesamt 10,6 Mrd €, verglichen mit 9,6 Mrd € am 31. Dezember 2008.

Kapitaladäquanz

Seit 2008 berechnet und veröffentlicht der Deutsche Bank-Konzern Kapitalquoten für die Deutsche Bank-Institutengruppe gemäß dem überarbeiteten Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 („Basel II“), das im Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Zu den für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Gesellschaften („Institutengruppe“) zählen gemäß Kreditwesengesetz alle Tochtergesellschaften, die als Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen, Anbieter von Nebendienstleistungen sowie Zahlungsinstitute einzustufen sind. Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Bei Finanzkonglomeraten werden Versicherungsgesellschaften jedoch in die zusätzliche Berechnung der Kapitaladäquanz (auch „Solvabilitätsspanne“) einbezogen. Der Konzern ist nach der Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingestuft worden. Die Solvabilitätsspanne des Konzerns als Finanzkonglomerat wird weiterhin von den Bankaktivitäten des Konzerns dominiert.

Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank, auch Eigenmittel genannt, wird in drei Komponenten unterteilt: Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital und Tier-3-Kapital – und die Summe aus Tier-1-Kapital und Tier-2-Kapital wird auch Haftendes Eigenkapital genannt.

- Das Tier-1-Kapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital, den Kapital- und Gewinnrücklagen sowie hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht kumulativen Vorzugsanteilen („Non-cumulative Trust Preferred Securities“). Eigene Aktien im Bestand, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Tier-1-Kapital abgezogen. Weitere aufsichtsrechtliche Anpassungen gemäß Kreditwesengesetz umfassen den Ausschluss des Kapitals von Gesellschaften außerhalb der Institutengruppe und die Umkehrung der Eigenkapitaleffekte aus einer Veränderung des eigenen Kreditrisikos unter der Fair Value Option auf finanzielle Verbindlichkeiten.
- Das Tier-2-Kapital umfasst in erster Linie kumulative Vorzugsanteile („Cumulative Trust Preferred Securities“), langfristige nachrangige Verbindlichkeiten sowie 45% der unrealisierten Gewinne aus bestimmten börsennotierten Wertpapieren.

Bestimmte Posten müssen vom Tier-1- und Tier-2-Kapital in Abzug gebracht werden. Diese umfassen in erster Linie abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzinstitute oder Versicherungsgesellschaften, an denen der Konzern einen Kapitalanteil von mehr als 10% hält (im Fall der Versicherungsgesellschaften einen Kapital- oder Stimmrechtsanteil von mehr als 20%, es sei denn diese werden in die Berechnung der Solvabilitätsspanne des Finanzkonglomerats einbezogen). Weitere Abzugsposten sind darüber hinaus der Betrag, um den der erwartete Verlust für Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen sowie Mengengeschäft, die auf Basis des Internal Ratings Based Approach („IRBA“) des Konzerns berechnet wurden, die Wertanpassungen und Rückstellungen für diese Positionen übersteigen; die erwarteten Verluste für bestimmte Beteiligungspositionen („Equity Exposures“); Verbriefungspositionen, die in der Berechnung der risikogewichteten Aktiva nicht enthalten sind; und der Wert der an eine

Gegenpartei gelieferten Wertpapiere zuzüglich eventueller Wiederbeschaffungskosten, sofern die geforderte Zahlung nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Lieferung von der Gegenpartei geleistet und die Transaktion dem Handelsbuch der Bank zugewiesen wurde.

— Das Tier-3-Kapital besteht überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Nachrangige Verbindlichkeiten können nur in Höhe von maximal 50% des Tier-1-Kapitals als Tier-2-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier-2-Kapital ist auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt.

Die Tier-1-Kapitalquote ist die zentrale Kennzahl für die Kapitaladäquanz international tätiger Banken. Mit dieser Kennzahl wird das Tier-1-Kapital einer Bank ins Verhältnis zu ihren Kredit-, Markt- und operationellen Risiken gemäß Basel II (im Konzern insgesamt als „risikogewichtete Aktiva“ oder „RWA“ bezeichnet) gesetzt. Bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva verwendet der Konzern für alle drei Risikoarten interne, von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Modelle. Mehr als 90 % der Engagements des Konzerns, die sich auf bilanzwirksame und bilanzunwirksame Kreditrisiken beziehen, werden mithilfe eines internen Ratingmodells im Rahmen des sogenannten fortgeschrittenen IRBA („Advanced IRBA“) bewertet. Die Markttrisikokomponente des Konzerns ist ein Vielfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage von konzerninternen Modellen berechnet wird. Für die Ermittlung des operationellen Risikos wendet der Konzern den fortgeschrittenen Messansatz gemäß KWG an.

Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die RWA des Konzerns.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2009	31.12.2008
Kreditrisiko	217.003	247.611
Markttrisiko ¹	24.880	23.496
Operationelles Risiko	31.593	36.625
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	273.476	307.732
Tier-1-Kapital	34.406	31.094
davon: Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	23.790	21.472
Tier-2-Kapital	3.523	6.302
Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	37.929	37.396
Tier-1-Kapitalquote	12,6 %	10,1 %
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	8,7 %	7,0 %
Gesamtkapitalquote	13,9 %	12,2 %
Durchschnittliches Active Book Equity	34.613	32.079

¹ Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen.

Am 31. Dezember 2009 lag die Gesamtkapitalquote des Konzerns mit 13,9% deutlich über der geforderten Mindestquote von 8 %.

Das Tier-1-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2009 bei 34,4 Mrd€ und am 31. Dezember 2008 bei 31,1 Mrd €. Die Tier-1-Kapitalquote betrug 12,6% am 31. Dezember 2009 und 10,1% am 31. Dezember 2008, mit beiden Werten über dem Ziel des Konzerns von 10%. Das Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente belief sich auf 23,8 Mrd € am 31. Dezember 2009 und 21,5 Mrd € am 31. Dezember 2008. Daraus resultieren Tier-1-Kapitalquoten ohne Hybridinstrumente von 8,7 % beziehungsweise 7,0 %.

Das Tier-2-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2009 bei 3,5 Mrd € und am 31. Dezember 2008 bei 6,3 Mrd €. Dies entspricht 10 % beziehungsweise 20 % des Tier-1-Kapitals.

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung verlangen, dass der Konzern sein Marktpreisrisiko zum 31. Dezember 2009 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) in Höhe von 1.990 Mio € unterlegt (31. Dezember 2008: 1.880 Mio €). Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt, das für die Mindestabdeckung des Kredit- und operationellen Risikos nicht erforderlich war.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals der für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften zum 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008 aufgeführt.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente:		
Stammaktien	1.589	1.461
Kapitalrücklage	14.830	14.961
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Minderheitsanteile	21.807	16.724
Vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	-10.238	-10.125
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten:		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	-2.120	-771
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	-1.033	-279
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	-1.045	-499
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten ¹	-4.198	-1.549
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	23.790	21.472
Zusätzliches Tier-1-Kapital:		
Nicht kumulative Vorzugsanteile	10.616	9.622
Zusätzliches Tier-1-Kapital	10.616	9.622
Tier-1-Kapital insgesamt	34.406	31.094
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren ² (45 % angerechnet)	331	-
Kumulative Vorzugsanteile	294	300
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	7.096	7.551
Teilweise vom Tier-2-Kapital in Abzug gebrachte Posten	-4.198	-1.549
Tier-2-Kapital insgesamt	3.523	6.302

1 Gemäß § 10 Absatz 6 und Absatz 6a KWG in Verbindung mit § 10a KWG.

2 Netto unrealisierte Gewinne und Verluste von gelisteten Schuldverschreibungen wie für aufsichtsrechtliche Zwecke zu bestimmen waren negativ zum Jahresende 2008 (minus 108 Mio €) und wurden vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebracht.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung des Eigenkapitals nach IFRS auf das Tier-1-Kapital gemäß Basel II dargestellt.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	36.647	30.703
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	121	882
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Cashflow Hedges	136	349
Abgegrenzte künftige Dividende	–466	–310
Active Book Equity	36.438	31.624
Goodwill und immaterielle Vermögenswerte	–10.169	–9.877
Minderheitsanteile	1.322	1.211
Sonstiges (Konsolidierungs- und aufsichtsrechtliche Anpassungen)	397	63
Nicht kumulative Vorzugsanteile	10.616	9.622
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten	–4.198	–1.549
Tier-1-Kapital	34.406	31.094

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben erwähnten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, der Konzern nutzt diese Übergangsregelung jedoch für die Meldung seiner Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Am 31. Dezember 2009 betrug der Übergangsposten 462 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke in Deutschland wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die gesamten risikogewichteten Aktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich am 31. Dezember 2009 die an die deutschen Aufsichtsbehörden gemeldete Tier-1-Kapitalquote und unsere Gesamtkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 12,7 % beziehungsweise 14,0 %.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin nach sich ziehen, wie beispielsweise Dividendenzahlungen oder andere Gewinnausschüttungen auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital zu reduzieren oder auszusetzen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2009 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

[37] Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Die folgende Tabelle zeigt den Personalaufwand für die Personen in Schlüsselpositionen.

in Mio €	2009	2008	2007
Kurzfristig fällige Leistungen	22	9	30
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3	4
Andere langfristig fällige Leistungen	–	–	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–	–
Aktienbasierte Vergütungen	7	8	8
Insgesamt	32	20	42

Am 31. Dezember 2009 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 9 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 21 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäft mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten und werden nachfolgend offengelegt.

Kredite

in Mio €	2009	2008
Bestand am Jahresanfang	834	2.081
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	366	1.623
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	209	514
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	–83	–2.200
Wechselkursveränderungen/Sonstige	57	–156
Bestand am Jahresende²	965	834
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	4	4
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	31	4
Garantien und sonstige Verpflichtungen ³	135	95

1 Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden. Im Jahr 2008 sind vier Unternehmen, die nach der Equitymethode bilanziert wurden, erstmalig voll konsolidiert worden. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, werden nun bei der Konsolidierung eliminiert.

2 In dieser Summe waren in 2009 15 Mio € und in 2008 7 Mio € überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2009 Sicherheiten in Höhe von 375 Mio € (2008: 361 Mio €). Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. Dezember 2009 4 Mio € auf Joint Ventures (2008: 143 Mio €). Für diese Forderungen aus dem Kreditgeschäft bestand kein Wertberichtigungsbedarf.

3 Die Garantien beinhalten Finanz- und Performancegarantien, Haftungsübernahmeerklärungen, Kreditbriefe und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

in Mio €	2009	2008
Bestand am Jahresanfang	246	962
Einlagenzuflüsse	287	955
Einlagenabflüsse	161	685
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	–6	–693
Wechselkursveränderungen/Sonstige	1	–293
Bestand am Jahresende²	367	246

- 1 Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden. Im Jahr 2008 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, erstmalig voll konsolidiert worden. Aus diesem Grund wurden Einlagenzuflüsse von diesem Unternehmen im Zuge der Konsolidierung eliminiert.
- 2 Die Einlagen sind unbesichert. Zum 31. Dezember 2009 waren im Bestand 0,4 Mio € und zum 31. Dezember 2008 18 Mio € Einlagen von Joint Ventures enthalten.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. Dezember 2009 bestanden positive und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen jeweils in Höhe von 3,7 Mrd € beziehungsweise 3,0 Mrd €. Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit assoziierten Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2008 390 Mio €. Der Anstieg resultierte aus der veränderten Zusammensetzung der assoziierten Unternehmen des Konzerns. Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Postbank AG: Die Deutsche Bank AG hat zusätzlich zum Erwerb der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG einen Vertrag über eine Kooperation mit der Postbank abgeschlossen. Die Kooperation umfasst die Bereiche Investmentprodukte, Finanzierungsprodukte, Firmenkundengeschäft und gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Bereiche Einkauf und IT-Infrastruktur.

Xchanging etb GmbH: An der Xchanging etb GmbH hält der Konzern einen Anteil in Höhe von 44 % und bilanziert diesen nach der Equitymethode. Die Xchanging etb GmbH ist die Muttergesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Zwei der vier Geschäftsführer der Xchanging etb GmbH und ein Mitglied des Aufsichtsrats der XTB sind Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Die 2004 zwischen dem Konzern und Xchanging getroffenen Vereinbarungen beinhalten einen Auslagerungsvertrag über zwölf Jahre mit der XTB über Wertpapierabwicklungsdienstleistungen, der auf die Reduzierung der Kosten des Konzerns bei gleichzeitiger Sicherstellung der Servicequalität abzielt. 2009 belief sich das Volumen der vom Konzern von der XTB erhaltenen Serviceleistungen auf 104 Mio € (2008: 94 Mio €). In 2009 stellte der Konzern der XTB Unterstützungsleistungen (zum Beispiel in Form von EDV- und verschiedenen Immobilienbetreuungsdienstleistungen) im Volumen von 29 Mio € (2008: 26 Mio €) zur Verfügung.

Investmentfonds: Der Konzern bietet Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Die Renditen der Fonds werden auf Basis der aktuellen vom Konzern festgelegten Geldmarktsätze prognostiziert. Es wird jedoch keine Garantie oder Zusicherung darüber abgegeben, dass diese Renditen tatsächlich erzielt werden. Obgleich der Konzern zur Unterstützung dieser Fonds nicht vertraglich verpflichtet ist, hat er sich in einigen Fällen entschlossen, die Erreichung der für diese Fonds angestrebten Zielrenditen durch eine Zuführung von Barmitteln in Höhe von 16 Mio € in 2009 und 207 Mio € in 2008 zu unterstützen.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen.

in Mio€	2009	2008
Wertpapiere der Deutschen Bank im Planvermögen:		
Aktien	–	–
Schuldverschreibungen	–	–
Sonstige Wertpapiere	26	4
Insgesamt	26	4
Von der Deutschen Bank selbst genutzte Immobilien/sonstige Vermögenswerte	–	–
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	177	335
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	11.604	9.172
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren	21	23

[38] Informationen zu Tochtergesellschaften

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Wesentliche Tochtergesellschaften

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Tochtergesellschaften, an denen die Deutsche Bank AG direkt oder indirekt beteiligt ist.

Tochtergesellschaft	Sitz der Gesellschaft
Taunus Corporation ¹ Deutsche Bank Trust Company Americas ² Deutsche Bank Securities Inc. ³	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika New York, Vereinigte Staaten von Amerika Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Luxembourg S. A. ⁴	Luxemburg
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft ⁵	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Capital Markets (Deutschland) GmbH ⁶ DWS Investment GmbH ⁷	Frankfurt am Main, Deutschland Frankfurt am Main, Deutschland
DB Valoren S.á.r.l. ⁸ DB Equity S.á.r.l. ⁹	Luxembg Luxembg

1 Holdinggesellschaft für die meisten Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika.

2 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Trust Company Americas ist eine in New York State zugelassene Bank, die im Kredit- und Einlagengeschäft tätig ist und zahlreiche Bank- und Finanzdienstleistungen erbringt.

3 Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Securities Inc. ist eine bei der amerikanischen Börsenaufsicht (SEC) als Broker registrierte Gesellschaft, Mitglied der New Yorker Börse (New York Stock Exchange) und wird von der Financial Industry Regulatory Authority reguliert. Daneben unterliegt sie den Bestimmungen einzelner staatlicher Wertpapieraufsichtsbehörden in den Staaten, in denen sie ihr Geschäft betreibt.

4 Die Gesellschaft ist vor allem in den Bereichen Treasury und Global Markets aktiv und stellt im Deutsche Bank-Konzern insbesondere Euroliquidität zur Verfügung. Daneben ist sie im internationalen Kreditgeschäft mit Schwerpunkt in Kontinentaleuropa und im Private Banking tätig.

5 Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden.

6 Die Gesellschaft ist eine in Deutschland eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung und dient als Holding für verschiedene europäische Tochtergesellschaften, im Wesentlichen für Kapitalanlagegesellschaften in Deutschland, Luxemburg, Österreich, Italien, Polen, Zypern und in der Schweiz.

7 Die Gesellschaft, an der die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH indirekt 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile hält, ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Investmentfonds auflegt und verwaltet.

8 Holdinggesellschaft für die Deutsche Bank-Teilkonzerne in Australien, Neuseeland und Singapur und Holdinggesellschaft der DB Equity S.á.r.l.

9 Diese Gesellschaft hält die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG.

Der Konzern hält 100% der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den vorgenannten wesentlichen Tochtergesellschaften, die mit den von ihnen zum 31. Dezember erstellten Jahresabschlüssen in den Konzernjahresabschluss einbezogen sind. Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt in den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben.

Tochtergesellschaften können in ihrer Fähigkeit zum Mitteltransfer, etwa bei Dividendenzahlungen und Darlehenstilgungen, an die Deutsche Bank AG beschränkt sein. Gründe für derartige Beschränkungen sind zum Beispiel:

— Beschränkungen der Zentralbanken aufgrund von lokalen Gesetzen zur Devisenbewirtschaftung,

— Anforderungen der Zentralbanken hinsichtlich einer angemessenen Kapitalausstattung,

— lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen. Zum Beispiel bestehen Beschränkungen bezüglich des Mitteltransfers zum Mutterunternehmen, wenn die betreffende Einheit einen Verlustvortrag hat, der nicht durch Gewinnrücklagen oder andere Kapitalbestandteile gedeckt ist.

Tochtergesellschaften, an denen der Konzern 50 % oder weniger der Stimmrechte hält

Der Konzern konsolidiert einige Tochtergesellschaften, an denen er 50 % oder weniger der Stimmrechte hält. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zweckgesellschaften („SPEs“), deren Gründung der Konzern für eine Vielzahl von Zielsetzungen unterstützt.

Geschäftsbeziehungen zu SPEs ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus Verbriefungen von Vermögenswerten, Commercial-Paper-Programmen, Repackaging und Investmentprodukten, dem Management von Investmentfonds, strukturierten Transaktionen, gewerblichem Immobilienleasing sowie dem Management von geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit den SPEs, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten an die SPEs, das Erbringen von Anlagemanagement- und Verwaltungsleistungen für die SPEs sowie das Halten von Beteiligungen an den SPEs.

Gesellschaften, an denen der Konzern mehr als 50 % der Stimmrechte hält

Der Konzern hält direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte von Gesellschaften, beherrscht diese aber nicht, wenn

- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, kraft einer mit dem Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über mehr als die Hälfte der Stimmrechte zu verfügen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, gemäß einer Satzung oder sonstigen Vereinbarung die Finanz- und Geschäftspolitik der Gesellschaft zu bestimmen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abzuberufen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmen bei Sitzungen des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder eines gleichwertigen Leitungsgremiums zu bestimmen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt.

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2009“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

[39] Versicherungs- und Investmentverträge

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert	Bruttowert	Rückversicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	4.613	-1.534	3.079	3.963	-1.407	2.556
Investmentverträge	7.278	-	7.278	5.977	-	5.977
Insgesamt	11.891	-1.534	10.357	9.940	-1.407	8.533

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen. In der obigen Tabelle wurden Beträge aus Rückversicherungen brutto berücksichtigt.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2009		2008	
	Versicherungsverträge	Investmentverträge	Versicherungsverträge	Investmentverträge
Buchwert am Jahresanfang	3.963	5.977	6.450	9.796
Zugänge	121	171	236	158
Inanspruchnahmen	-285	-549	-405	-618
Sonstige Veränderungen	427	1.145	-850	-935
Wechselkursveränderungen	387	534	-1.468	-2.424
Buchwert am Jahresende	4.613	7.278	3.963	5.977

Die Sonstigen Veränderungen enthielten im Geschäftsjahr 2009 Marktwertveränderungen auf Vermögenswerte in Investmentverträgen von 1.145 Mio € (2008: minus 935 Mio €).

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorher-sagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Cashflows wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Cashflows verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert:

Zinssätze

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Derzeit wird bei Rentenversicherungsverträgen für die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung eine mittelfristige Kohortenprognose genutzt, wobei von einer Mindesterrhöhung von 1,25 % pro anno ausgegangen wird.

Aufwendungen

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

Sonstige Annahmen

Zum Jahresende 2009 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 60 % (2008: 60 %) in Anspruch genommen werden.

Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird über die erwartete Nutzungsdauer des Abbey Life-Geschäfts beschrieben, und zwar entweder proportional zu den erwarteten Gewinnen oder dem erwarteten Wert der zu erbringenden Versicherungszahlungen. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen. Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf Basis von UK GAAP berechneten Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf Basis von US GAAP neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2009	2008	2009	2008
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit ¹ (Verschlechterung um 10 %)	-11	-12	-11	-12
Aufwand (Anstieg um 10 %)	-2	-1	-2	-1
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	-1	-6	-158	-142

1 Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge („Provision for Adverse Deviations“). Für diese Verträge würde gemäß US GAAP eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Fall einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

[40] Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die folgenden Tabellen zeigen die Gliederung der zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte nach ihren Realisierungs- oder Erfüllungszeitpunkten.

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2009
	in 2010	nach 2010	
Barreserve	9.346	-	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	46.383	850	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.587	233	6.820
Forderungen aus Wertpapierleihen	43.509	-	43.509
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	943.143	22.177	965.320
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.605	15.214	18.819
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	-	7.788	7.788
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	93.781	164.324	258.105
Sachanlagen	-	2.777	2.777
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-	10.169	10.169
Sonstige Aktiva	113.255	8.283	121.538
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.247	843	2.090
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.260.856	232.658	1.493.514
Steuerforderungen aus latenten Steuern			7.150
Summe der Aktiva			1.500.664

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2009
	in 2010	nach 2010	
Einlagen	310.805	33.415	344.220
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	45.453	42	45.495
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.098	466	5.564
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	702.804	19.470	722.274
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.897	–	42.897
Sonstige Passiva	147.506	6.775	154.281
Rückstellungen	1.307	–	1.307
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	729	1.412	2.141
Langfristige Verbindlichkeiten	18.895	112.887	131.782
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	746	9.831	10.577
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.276.240	184.298	1.460.538
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			2.157
Summe der Verbindlichkeiten			1.462.695

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2008 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2008
	in 2009	nach 2009	
Barreserve	9.826	–	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.900	839	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	8.671	596	9.267
Forderungen aus Wertpapierleihen	35.016	6	35.022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.598.362	25.449	1.623.811
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.586	17.249	24.835
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	–	2.242	2.242
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	103.436	165.845	269.281
Sachanlagen	–	3.712	3.712
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	9.877	9.877
Sonstige Aktiva	135.408	2.421	137.829
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	3.217	295	3.512
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.965.422	228.531	2.193.953
Steuerforderungen aus latenten Steuern			8.470
Summe der Aktiva			2.202.423

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2008 gliedern sich wie folgt.

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2008
	in 2009	nach 2009	
Einlagen	360.298	35.255	395.553
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	84.481	2.636	87.117
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.206	10	3.216
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.308.128	25.637	1.333.765
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	39.115	–	39.115
Sonstige Passiva	157.750	2.848	160.598
Rückstellungen	1.418	–	1.418
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.086	1.268	2.354
Langfristige Verbindlichkeiten	22.225	111.631	133.856
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	983	8.746	9.729
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	4	–	4
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.978.694	188.031	2.166.725
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			3.784
Summe der Verbindlichkeiten			2.170.509

[41] Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB

Gemäß § 315a Handelsgesetzbuch („HGB“) sind in einem Konzernabschluss nach IFRS die nachfolgenden Zusatzangaben bereitzustellen.

Personalaufwand

in Mio €	2009	2008
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	9.336	8.060
Soziale Abgaben	1.974	1.546
davon: für Altersversorgung	472	510
Insgesamt	11.310	9.606

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 79.098 (2008: 79.931), darunter befanden sich 33.400 (2008: 33.837) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 51.183 (2008: 51.993) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und Aufsichtsrats

Im Jahr 2009 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 38.978.972 € (2008: 4.476.684 €), davon entfielen im Geschäftsjahr 2009 32.179.626 € (2008: 0 €) auf variable Vergütungsbestandteile. Alle im Jahr 2008 tätigen Vorstandsmitglieder haben unwiderruflich auf ihnen für das Geschäftsjahr 2008 zustehende Ansprüche bezüglich der Zahlung einer variablen Vergütung verzichtet.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 19.849.430 € (2008: 19.741.906 €) gezahlt.

Der Aufsichtsrat erhielt für 2009 exklusive Umsatzsteuer neben einer festen Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.436.000 € (2008: 2.478.500 €) eine variable Vergütung in Höhe von 125.316 € (2008: 0 €). Auf eine variable Vergütung für das Jahr 2008 hatte der Aufsichtsrat verzichtet.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betrugen am 31. Dezember 2009 insgesamt 171.135.197 € (2008: 167.420.222 €).

Am 31. Dezember 2009 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 8.128.645 € (2008: 2.641.142 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.166.445 € (2008: 1.396.955 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2009 Kredite in Höhe von 23.883 € zurück.

Sonstige Publikationen

Das „Anteilsbesitzverzeichnis 2009“ wird als separates Dokument veröffentlicht und beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht. Es ist auf der Webseite von Deutsche Bank Investor Relations verfügbar (<http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte.htm>).

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter <http://www.deutsche-bank.com/corporate-governance> publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 in den folgenden Kategorien.

Kategorie in Mio €	2009	2008
Prüfungshonorare	45	47
davon an KPMG Europe LLP	29	30
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	6	8
davon an KPMG Europe LLP	4	6
Honorare für Steuerberatung	5	7
davon an KPMG Europe LLP	2	2
Sonstige Honorare	–	–
davon an KPMG Europe LLP	–	–
Summe der Honorare	56	62

Weitere Informationen zu den Prüfungshonoraren sind in der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben. Ergänzend wurden wir beauftragt zu beurteilen, ob der Konzernabschluss auch den IFRS insgesamt entspricht.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 5. März 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

**Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank
Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2008 endende
Geschäftsjahr (geprüft)**

Einbezogen in Form eines Verweises auf das Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 9. April 2009 (deutsche Fassung), Seiten F-3 bis F-172 (siehe „*Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises*“)

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

**Konzernabschluss (IFRS) der Deutsche Bank
Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2007 endende
Geschäftsjahr (geprüft)**

Einbezogen in Form eines Verweises auf das Registrierungsformular der Deutsche Bank AG vom 9. April 2009 (deutsche Fassung), Seiten F-173 bis F-322 (siehe „*Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises*“)

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

**Jahresabschluss (HGB) der Deutsche Bank
Aktiengesellschaft für das zum 31. Dezember 2009 endende
Geschäftsjahr (geprüft)**

Bilanz

Aktivseite in Mio €			31.12.2009	31.12.2008
Barreserve				
a) Kassenbestand			24	18
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			24.988	29.851
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	20.485			(24.594)
			25.012	29.869
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			1.660	1.006
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	644			(238)
b) Wechsel			0	1
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-			(-)
			1.660	1.007
Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			131.589	120.673
b) andere Forderungen			100.129	121.195
			231.718	241.868
darunter: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	56.363			(37.916)
Forderungen an Kunden			357.558	405.850
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	9.501			(3.878)
Kommunalkredite	7.995			(8.105)
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	59.569			(70.176)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		4.256		2.248
ab) von anderen Emittenten		11.218		7.120
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9.223			(9)
			15.474	9.368
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		36.968		34.541
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	18.113			(10.385)
bb) von anderen Emittenten		86.427		93.984
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	35.629			(31.638)
			123.395	128.525
c) Eigene Schuldverschreibungen			5.946	3.358
Nennbetrag	5.296			3.785
			144.815	141.251
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			82.175	68.468
Beteiligungen			3.128	2.964
darunter: an Kreditinstituten	637			(502)
an Finanzdienstleistungsinstituten	29			(112)
Anteile an verbundenen Unternehmen			42.212	37.071
darunter: an Kreditinstituten	8.682			(6.106)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.263			(1.495)
Treuhandvermögen			882	757
darunter: Treuhandkredite	78			(291)
Immaterielle Anlagewerte			417	406
Sachanlagen			909	892
Eigene Aktien (rechnerischer Wert 2 Mio €)			28	227
Sonstige Vermögensgegenstände			644.287	1.317.648
Steuerabgrenzungsposten			2.380	1.477
Rechnungsabgrenzungsposten			1.442	910
Summe der Aktiva			1.538.623	2.250.665

Passivseite in Mio €				31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			229.242		199.235
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>117.614</u>		<u>168.458</u>
				346.856	367.693
darunter:					
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	26.729				(20.234)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		5.281			3.402
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>4.171</u>			<u>4.936</u>
			9.452		8.338
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		200.566			225.899
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>121.221</u>			<u>142.643</u>
			<u>321.787</u>		<u>368.542</u>
				331.239	376.880
darunter:					
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	38.119				(33.433)
Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			41.892		54.974
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>144.521</u>		<u>125.709</u>
				186.413	180.683
darunter:					
Geldmarktpapiere	13.532				(9.514)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>305</u>				<u>(169)</u>
Treuhandverbindlichkeiten				882	757
darunter: Treuhandkredite	78				(291)
Sonstige Verbindlichkeiten				622.125	1.276.950
Rechnungsabgrenzungsposten				889	968
Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			3.311		3.190
b) Steuerrückstellungen			1.141		1.162
c) andere Rückstellungen			<u>5.321</u>		<u>4.402</u>
				9.773	8.754
Nachrangige Verbindlichkeiten				17.682	17.038
Fonds für allgemeine Bankrisiken				-	-
Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			1.589		1.461
bedingtes Kapital 406 Mio € (31.12.2008: 154 Mio €)					
b) Kapitalrücklage			15.921		15.091
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		13			13
cb) Rücklage für eigene Anteile		28			227
cc) andere Gewinnrücklagen		<u>4.420</u>			<u>3.840</u>
			4.461		4.080
d) Bilanzgewinn			<u>793</u>		<u>310</u>
				22.764	20.942
Summe der Passiva				1.538.623	2.250.665
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Seite 60)			56.871		52.836
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>42</u>		<u>55</u>
				56.913	52.891
Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>104.725</u>		<u>113.321</u>
				104.725	113.321

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Aufwendungen in Mio €			2009	2008
Zinsaufwendungen			14.030	34.153
Provisionsaufwendungen			1.610	1.530
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			–	6.201
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	4.732			3.743
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.292			958
		6.024		4.701
darunter: für Altersversorgung	372			(419)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.124		4.459
			11.148	9.160
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			252	257
Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.853	1.941
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.912	2.938
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			297	1.551
Aufwendungen aus Verlustübernahme			–	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			–823	–1.387
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen			61	75
Jahresüberschuss			1.173	–
Summe der Aufwendungen			32.513	56.419
			2009	2008
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)			1.173	–2.185
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			1	113
			1.174	–2.072
Entnahme aus Gewinnrücklagen				
– aus der Rücklage für eigene Anteile		199		2.382
– aus anderen Gewinnrücklagen		–		–
			199	2.382
Einstellungen in Gewinnrücklagen				
– in die Rücklage für eigene Anteile		–		–
– in andere Gewinnrücklagen		580		–
			580	–
Bilanzgewinn			793	310

Erträge in Mio €		2009	2008
Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	13.592		29.517
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>4.407</u>		<u>5.638</u>
		<u>17.999</u>	<u>35.155</u>
Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.539		2.616
b) Beteiligungen	66		121
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	<u>1.171</u>		<u>2.165</u>
		<u>2.776</u>	<u>4.902</u>
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinn- abführungsverträgen		<u>680</u>	<u>2.218</u>
Provisionserträge		<u>6.656</u>	<u>6.361</u>
Nettoertrag aus Finanzgeschäften		<u>3.598</u>	<u>–</u>
Sonstige betriebliche Erträge		<u>804</u>	<u>2.123</u>
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		<u>–</u>	<u>3.475</u>
Jahresfehlbetrag		<u>–</u>	<u>2.185</u>
Summe der Erträge		<u>32.513</u>	<u>56.419</u>

Anhang

Der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG für das Geschäftsjahr 2009 ist nach den Vorschriften des Bankbilanzrichtlinie-Gesetzes (§§340 ff. HGB, RechKredV) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen.

Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag oder den Anschaffungskosten ausgewiesen und werden um erforderliche Wertberichtigungen gekürzt. Zur Veräußerung bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden zum niedrigeren Wert aus Buch- oder Marktwert ausgewiesen. In Handelsportfolios enthaltene Forderungen werden, wie im separaten Abschnitt Handelsaktivitäten beschrieben, bewertet.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, wie im separaten Abschnitt Handelsaktivitäten beschrieben, bewertet.

Bestimmte Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, sind als Finanzanlagen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip entsprechend §253 Absatz 1 und 2 HGB bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Falls Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere weder dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, sind sie als Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip gemäß §253 Absatz 1 und 3 HGB mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Dasselbe gilt für Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die, wenn sie nicht Teil des Handelsbestands sind, grundsätzlich wie Umlaufvermögen zu bewerten sind.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt. Wertänderungen, soweit sie zu vereinnahmen sind, werden im Nettoertrag beziehungsweise Nettoaufwand aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Handelsaktivitäten

Die Handelsportfolios werden seit dem Geschäftsjahr 2005 nach dem risikoadjustierten Marktwertansatz bewertet, dessen Ausgangspunkt die Marktwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente des Handelsbestands sind. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Fair Value werden Wertanpassungen für Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken berücksichtigt. Die positiven und negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbereichs sind unter den sonstigen Vermögensgegenständen und sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Um etwaig verbliebenen Realisierungsrisiken Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Value-at-Risk-Abschlag reduziert, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird. Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde.

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Sofern verfügbar, basiert der Fair Value auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

Wenn der Fair Value mithilfe von Modellen ermittelt oder aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet wird, sind in erheblichem Umfang Einschätzungen erforderlich. Diese sind mit Unsicherheiten verbunden und

können Änderungen unterliegen, sodass die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Einschätzungen abweichen können.

Umwidmungen

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zu den Handelsaktivitäten, zur Liquiditätsreserve oder zu den wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen ist jeweils die Zweckbestimmung zum Erwerbszeitpunkt maßgebend (§247 Absatz 1 und 2 HGB). Eine Umwidmung zwischen den genannten Kategorien wird vorgenommen, wenn sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat und dies dokumentiert ist. Die Umwidmung der Forderungen beziehungsweise Wertpapiere erfolgt zum Zeitpunkt der Änderung der Zweckbestimmung.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden seit 2006 mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß §253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt. Sowohl bei den Wertpapieren als auch bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot (§280 HGB) vorgenommen. Von der gemäß §340c Absatz 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen sowie entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Barwert ausgewiesen.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt; im Inland werden Pensionsrückstellungen nach dem Teilwertverfahren gemäß §6a Einkommensteuergesetz unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 6 % ermittelt.

Für fondsbezogene Kapitalkontenpläne, die aus den Beiträgen für die Mitarbeiter aufgebaut werden, werden die Pensionsrückstellungen mit der Summe aus dem Zeitwert des Fondsvermögens aus den Beiträgen für die Mitarbeiter und dem Barwert der Risikozusatzleistung angesetzt. Falls dieser Wert niedriger ist als der Teilwert nach §6a Einkommensteuergesetz, wird die Rückstellung auf den Teilwert angehoben.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften handelt, werden in Übereinstimmung mit §253 Absatz 1 HGB gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken. Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Ratingsystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß §340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß §340f Absatz 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in §340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte

Kassageschäfte sind zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden entsprechend §340h Absatz 2 HGB in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten innerhalb der Bank werden – mit Ausnahme von Währungskursverlusten aus der Umrechnung des unseren Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen) – erfolgsneutral den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Umwidmungen

Im ersten Quartal des Geschäftsjahrs wurden zum Umwidmungszeitpunkt Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 2,4 Mrd € und Forderungen an Kunden mit einem Buchwert von 300 Mio € aus dem Handelsbestand in das Anlagevermögen umgegliedert und damit wie Anlagevermögen bewertet. Der Substanzwert der Vermögensgegenstände überstieg zum Umwidmungszeitpunkt den geschätzten Fair Value.

Die Umwidmung erfolgte, da für diese Vermögensgegenstände bei stark verringerter Liquidität auf den entsprechenden Märkten keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand. Umgliederungen wurden mit dem niedrigeren Zeitwert am Umwidmungsstichtag vorgenommen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögensgegenstände.

in Mio €	Buchwert zum Umwidmungs- zeitpunkt	31.12.2009	
		Buchwert ¹	Fair Value
Forderungen an Kunden	10.699	10.001	9.659
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere – Handel	8.919	8.227	6.878
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere – Liquiditätsreserve	781	683	566
Summe der umgewidmeten Vermögensgegenstände²	20.399	18.911	17.103

1 Der Rückgang der Buchwerte seit Umwidmung ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen, Wertberichtigungen und Wechselkursänderungen zurückzuführen.

2 Die Zuordnung sowie der Buchwert verschiedener in 2008 umgewidmeter Vermögensgegenstände wurden angepasst.

Wertpapiere

Die nachfolgende Tabelle gliedert die in den Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere auf.

in Mio €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	96.201	103.894	48.614	37.357
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	70.163	55.655	11.036	7.055
Beteiligungen	742	452	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	–	–	–	203

Die Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (82.175 Mio €) enthält an einen unabhängigen Vermögenstreuhänder übertragene Fondsanteile in Höhe von 232 Mio € (31.12.2008: 3.441 Mio €), die ausschließlich für die Erfüllung von Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber derzeitigen und ehemaligen Mitarbeitern in Deutschland verwendet werden dürfen. Der größte Teil der im Vorjahr hierfür gehaltenen Fondsanteile wurde im Berichtsjahr in eine von einem unabhängigen Vermögenstreuhänder gehaltene Gesellschaft eingebracht. Die Aktivierung erfolgt unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen.

In der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 93.199 Mio € (31.12.2008: 105.705 Mio €) enthalten. In der Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken

gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 80.614 Mio € (31.12.2008: 64.268 Mio €) ausgewiesen.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Der beizulegende Zeitwert betrug zum Bilanzstichtag 11.144 Mio €. Die Vermögensgegenstände werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, da der beizulegende Zeitwert den inneren Wert der Position aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten momentan nicht wiedergibt und dieser innere Wert bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann.

Sofern verfügbar, wird der beizulegende Wert aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. In drei Fällen wurden die seit Auflegung des Geschäfts erfolgten Veränderungen im Liquiditätsspread angesichts der langfristigen Halteabsicht und des Credit Spread aufgrund der bereits erfolgten Berücksichtigung des Kreditrisikos in der Risikovorsorge nicht herangezogen.

Anlagevermögen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens.

in Mio €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwert	
	Stand 1.1.2009	Zugänge	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2008
Immaterielle Anlagewerte	813	61	27	430	75	27	417	406
Sachanlagen	2.192	177	51	1.409	177	55	909	892
Grundstücke und Gebäude	270	–	2	41	12	1	227	238
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.922	177	49	1.368	165	54	682	654
			Veränderung					
Beteiligungen			+ 164				3.128	2.964
Anteile an verbundenen Unternehmen			+ 5.141				42.212	37.071
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			+ 7.795				12.736	4.941
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			+ 46				120	74

Von der nach §34 Absatz 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursänderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1.1.2009) sowie bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 226 Mio € wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt. In der Position Anteile an verbundenen Unternehmen ist die Beteiligung an einer von einem unabhängigen Vermögensstreuhänder gehaltenen Gesellschaft enthalten (3,7 Mrd €), an die im Berichtsjahr Wertpapiere, die ausschließlich für die Erfüllung von Pensionsverpflichtungen in Deutschland verwendet werden dürfen, übertragen worden sind. Die Veränderung der Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet eine Änderung der Zuordnung für das Geschäftsjahr 2008.

Nachrangige Vermögensgegenstände

Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über die in den aufgeführten Positionen enthaltenen nachrangigen Vermögensgegenstände.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	1.072	1.210
Forderungen an Kunden	200	997
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.701	1.360
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	0

Immaterielle Anlagewerte

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 15 Jahren abgeschrieben. Diese wird insbesondere durch ökonomische und organisationsspezifische Faktoren wie die zukünftigen Wachstums- und Gewinnerwartungen, die Art und Dauer von Synergieeffekten, die Nutzbarkeit von Kundenbeziehungen und den Mitarbeiterstamm des erworbenen Geschäfts bestimmt. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 630.995 Mio € (31.12.2008: 1.298.807 Mio €). Darüber hinaus werden nachschüssige Zahlungen aus Swapgeschäften, Edelmetallbestände, Schecks und fällige Schuldverschreibungen sowie Steuererstattungsansprüche an Finanzämter unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Steuerabgrenzungsposten

Der aktive Steuerabgrenzungsposten gemäß §274 Absatz 2 HGB beträgt 2.380 Mio €. Er entspricht der zukünftigen Steuerentlastung aus der Umkehrung der Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und den steuerrechtlichen Ergebnissen unter Anwendung der landesspezifischen Ertragsteuersätze.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 614.866 Mio € (31.12.2008: 1.257.785 Mio €). Darüber hinaus werden der Value-at-Risk-Abschlag, abgegrenzte und noch nicht fällige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten und der passivische Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Für die nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Deutsche Bank AG. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die Aufwendungen für die gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 511 Mio €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 318 Mio € sind unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die wesentlichen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Währung	Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
€	1.100.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2003	5,13%	31.1.2013
€	978.800.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	1,62%	16.1.2014
€	738.325.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	0,91%	22.9.2015
€	468.034.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	1,01%	20.9.2016
€	488.548.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	3,63%	9.3.2017
€	1.000.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,33%	19.9.2023
€	300.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,15%	2.12.2033
€	900.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC VI, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	4,94%	28.1.2035
€	300.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	4,71%	27.6.2035
€	1.300.001.000	Deutsche Bank Capital Funding Trust XI, Delaware/USA	9,50%	31.3.2039
€	1.000.001.000	von der DB Contingent Capital LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	8,00%	unbefristet
GBP	225.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	5,25%	15.12.2015
US-\$	335.400.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	0,57%	17.2.2015
US-\$	778.040.000	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,38%	2.3.2015
US-\$	800.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,63%	19.1.2016
US-\$	225.000.000	von der DB Capital LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	2,05%	unbefristet
US-\$	318.000.000	von der DB Capital LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,03%	unbefristet
US-\$	600.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VIII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,38%	unbefristet
US-\$	650.000.000	von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	3,25%	unbefristet
US-\$	800.000.000	von der DB Contingent Capital LLC II, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,55%	unbefristet
US-\$	805.000.000	von der DB Capital Funding LLC X, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,35%	unbefristet
US-\$	1.150.000.000	von der DB Capital Funding LLC IX, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,63%	unbefristet
US-\$	1.265.000.000	von der DB Contingent Capital LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	8,05%	unbefristet
US-\$	1.975.000.000	von der DB Contingent Capital LLC III, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,60%	unbefristet

Eigene Aktien

Verteilt über das Jahr 2009 hat die Bank beziehungsweise haben mit ihr verbundene Unternehmen für Handelszwecke 463.502.282 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 463.545.289 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen veräußert. Der Erwerb Eigener Aktien

stützte sich auf die von den Hauptversammlungen am 29. Mai 2008 sowie am 26. Mai 2009 erteilten Ermächtigungen gemäß §71 Absatz 1 Nr. 7 AktG, deren Schranken bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten wurden. Die Ermächtigung vom 29. Mai 2008 wurde mit Wirksamwerden der Ermächtigung vom 26. Mai 2009 aufgehoben. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 40,22 €, der durchschnittliche Verkaufspreis 40,28 € je Stückaktie. Das Ergebnis ging in das Betriebsergebnis ein.

Die im Verlauf von 2009 insgesamt für Handelszwecke umgesetzten Eigenen Aktien entsprechen rund 75 % des Grundkapitals. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 0,84 %, der tägliche Durchschnittsbestand auf 0,06 % des Grundkapitals.

Die Bank wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 Eigene Aktien bis zu 10% des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals gemäß §71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen; die Einhaltung dieser Grenzen wurde zeitnah überwacht. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10% über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Bank je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien über die Börse, durch Angebot an alle Aktionäre beziehungsweise gegen Sacheinlage unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, vorzunehmen. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Bank in ihren verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Bank zu verwenden, die Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Bank und verbundener Unternehmen eingeräumt wurden.

Darüber hinaus wurde der Vorstand unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10% des vorhandenen Grundkapitals der Bank nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des §186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des §186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund der Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die durch die Hauptversammlung am 29. Mai 2008 erteilte und bis zum 31. Oktober 2009 befristete Ermächtigung zum Erwerb Eigener Aktien wurde ab Wirksamwerden der Ermächtigung vom 26. Mai 2009 aufgehoben.

Am Jahresende 2009 hatte die Deutsche Bank AG keine Eigenen Aktien gemäß §71 Absatz 1 Nr. 7 AktG im Bestand. Der Bestand gemäß §71 Absatz 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 587.665 Stück; das sind 0,09% des Grundkapitals. Der Gesamtbestand an Eigenen Aktien am Bilanzstichtag erforderte eine Rücklage für eigene Anteile in Höhe des Bilanzwerts der Eigenen Aktien von 27.573.804,96 €. Der Bank und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am 31. Dezember 2009 3.804.043 Stück Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (Ende 2008: 3.544.833 Stück), das sind 0,61 % (Ende 2008: 0,62 %) des Grundkapitals.

Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 620.859.015 Stückaktien, die Aktien lauten auf den Namen. Im Berichtsjahr wurden 50.000.000 Aktien durch eine Sachkapitalerhöhung unter Ausschluss von Bezugsrechten zum Erwerb von 50 Millionen Aktien der Deutschen Postbank AG ausgegeben.

Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2009 auf 620.271.350 Stück (Ende 2008: 562.706.868 Stück). Die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 608.591.083 Stück.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals.

in €	Gezeichnetes Kapital	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2008	1.461.399.078,40	308.600.000,00	153.815.098,88
Inanspruchnahme für Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 1. Juni 2006	128.000.000,00	-128.000.000,00	
Auslaufen des Hauptversammlungsbeschlusses vom 2. Juni 2004		-150.000.000,00	-150.000.000,00
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 29. Mai 2008		140.000.000,00	150.000.000,00
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 26. Mai 2009		314.880.000,00	256.000.000,00
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Partnership-Plänen			-2.509.166,08
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Share-Plänen			-1.305.932,80
Stand 31.12.2009	1.589.399.078,40	485.480.000,00	406.000.000,00

Ermächtigungen der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung hat dem Vorstand die folgenden Ermächtigungen erteilt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, und zwar

Genehmigtes Kapital

- bis zum 30. April 2012 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 30.600.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 24. Mai 2007). Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 14. Februar 2008 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam;
- bis zum 30. April 2013 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 140.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 29. Mai 2008). Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 25. Juni 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam;
- bis zum 30. April 2014 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 314.880.000 €; dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen (HV-Beschluss vom 26. Mai 2009);
- bis zum 30. April 2014 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet und die gemäß § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegebenen Aktien zum Zeitpunkt der Ausnutzung der Ermächtigung insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht übersteigen (HV-Beschluss vom 26. Mai 2009). Dieses genehmigte Kapital war Gegenstand eines

Freigabeverfahrens nach §246a AktG, das am 23. Februar 2010 mit der Freigabe durch das Oberlandesgericht Frankfurt endete. Die Eintragung im Handelsregister wird kurzfristig erfolgen. Dieses genehmigte Kapital wird erst mit der Eintragung wirksam;

- bis zum 30. April 2014 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 176.640.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 26. Mai 2009). Dieses genehmigte Kapital war Gegenstand eines Freigabeverfahrens nach §246a AktG, das am 23. Februar 2010 mit der Freigabe durch das Oberlandesgericht Frankfurt endete. Die Eintragung im Handelsregister wird kurzfristig erfolgen. Dieses genehmigte Kapital wird erst mit der Eintragung wirksam.

In allen Fällen kann das Bezugsrecht für Spitzenbeträge sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber ausgegebener Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ausgeschlossen werden.

Bedingtes Kapital

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder anstelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer festen Laufzeit von längstens 20 Jahren oder mit unbegrenzter Laufzeit zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptionsrechte beigefügt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 9.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 150.000.000 €). Dieses bedingte Kapital wurde erst am 25. Juni 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 ermächtigt, bis zum 30. April 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder anstelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer festen Laufzeit von längstens 20 Jahren oder mit unbegrenzter Laufzeit zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptionsrechte beigefügt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 9.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 256.000.000 €).

Die bedingte Kapitalerhöhung kann nur insoweit durchgeführt werden, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Veränderung des Eigenkapitals

in Mio €		
Stand 31.12.2008		20.942
Ausschüttung in 2009		–309
Gewinnvortrag		–1
Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen		
– Erhöhung des gezeichneten Kapitals	128	
– Einstellung in die Kapitalrücklage	<u>830</u>	958
Gewinnrücklagen		
– Entnahme aus der Rücklage für eigene Anteile	–199	
– Einstellung in andere Gewinnrücklagen	<u>580</u>	381
Bilanzgewinn 2009		<u>793</u>
Stand 31.12.2009		22.764

Außerbilanzielle Transaktionen

Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt die Deutsche Bank AG regelmäßig Bürgschaften, Akkreditive und Kredithaftungen. Im Rahmen dieser Verträge ist es für die Deutsche Bank AG erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen gemäß Vertrag nicht erfüllt. In der nachfolgenden Tabelle werden die gesamten potenziellen Zahlungen aus Bürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen nach Berücksichtigung von gegebenenfalls vorhandenen Barsicherheiten aufgeführt.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Bürgschaften, Garantien	40.348	34.517
Akkreditive	4.447	5.328
Kredithaftungen	12.076	12.991

Die hier gezeigten Beträge bilden nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme auslaufen. Unter Umständen verlangt die Bank die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern. Für Eventualverbindlichkeiten erhaltene Barsicherheiten werden als Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen am 31. Dezember 2009 in Höhe von 104.725 Mio € betreffen 93.175 Mio € Zusagen von Buch- und Wechselkrediten an Nichtbanken.

Die Deutsche Bank AG gewährt unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen ihrer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Deutsche Bank widerrufen werden können. Diese Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Berücksichtigung von Barsicherheiten gezeigt. Die oben genannten Beträge stellen nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme dar, da viele dieser Verträge ohne Inanspruchnahme auslaufen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, aber bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Die Deutsche Bank AG unterhält verschiedene Geschäftsbeziehungen zu sogenannten Zweckgesellschaften („SPEs“), die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. SPEs dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögensgegenständen und Risiken zu ermöglichen sowie den Kunden durch die Verbriefung von finanziellen Vermögensgegenständen Zugang zu liquiden Märkten zu verschaffen. In der Regel profitiert die Deutsche Bank AG von Dienstleistungsgebühren oder Provisionserträgen, die sie für die Gründung von SPEs erhält oder weil sie als Investment Manager, Depotbank oder in einer anderen Funktion agiert. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Generell können verschiedenste Arten von Geschäftsbeziehungen zu SPEs bestehen, die Deutsche Bank AG hat primär Liquiditätsfazilitäten ausgereicht, die als unwiderrufliche Kreditzusagen in den Anderen Verpflichtungen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden. Die Deutsche Bank AG stellt den SPEs finanzielle Unterstützung bereit in Verbindung mit Commercial-Paper-Conduits-Programmen, der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitizations), Investmentanteilen und Immobilienleasing. Solche Zweckgesellschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Funktionieren etlicher wichtiger Teile der Kapitalmärkte, einschließlich der Märkte für durch Grundpfandrechte und andere Vermögensgegenstände unterlegte Wertpapiere (Asset-backed Securities), da sie Investoren im Rahmen der Verbriefungsprogramme den Zugang zu spezifischen Cashflows und Risiken ermöglichen. Zum 31. Dezember 2009 hatten diese Vereinbarungen keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalquoten, Ratings sowie Dividenden.

Sonstige Verpflichtungen

Kaufverpflichtungen sind rechtlich durchsetzbare und bindende Vereinbarungen, Waren oder Dienstleistungen zu festgesetzten Konditionen wie Mindestabnahmemengen oder Festpreisen zu erwerben. Aus solchen Verträgen besteht für die Deutsche Bank AG das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten höher sind als der ökonomische Nutzen. In solchen Fällen wäre eine Rückstellung durch die Deutsche Bank AG für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden.

Die Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,8 Mrd € und beinhalten zukünftige Zahlungen unter anderem für Abwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung.

Leasingverträge liegen vor, wenn der Eigentümer (Leasinggeber) eines Vermögensgegenstands für einen bestimmten Zeitraum das Recht zur Nutzung des Vermögensgegenstands an eine andere Partei (Leasingnehmer) gegen regelmäßige Zahlungen überträgt. Leasingverträge werden als Operating Lease klassifiziert, wenn die Verträge ein begrenztes oder unbegrenztes Recht zur Kündigung durch den Leasingnehmer

vorsehen. Die Mehrheit der Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Vermögensgegenstand einhergehen, verbleibt beim Leasinggeber; der Leasingnehmer bleibt wirtschaftlicher Eigentümer. Verträge über Operating Lease bieten eine Alternative zum Eigentum, da sie dem Leasingnehmer ermöglichen, einen Vermögensgegenstand zu nutzen, ohne direkt in den Vermögensgegenstand zu investieren. Die bestehenden Verpflichtungen der Deutschen Bank aus Operating Lease schließen Miet- und Pachtverträge für Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung ein. Die Mehrheit der Leasingverträge sind Gebäudeleasings, bei denen die Deutsche Bank Leasingnehmer ist. Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen 978 Mio € bei Restlaufzeiten von bis zu 14 Jahren.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2009 auf 24 Mio €. Mithaftungen gemäß §24 GmbH-Gesetz bestanden in Höhe von 5 Mio €. Soweit weitere Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Aus unserer Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 70 Mio € und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31. Dezember 2009 auf insgesamt 3 Mio €.

Gemäß §5 Absatz 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von durch sie beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Des Weiteren hat sich die Deutsche Bank AG gemäß §3 Absatz 1a des Statuts des Einlagensicherungsfonds für Bank-Bausparkassen verpflichtet, den Fachverband für Bank-Bausparkassen e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Deutschen Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main, anfallen.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 14 Mrd €.

Im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 41 Mio €.

Im Dezember 2009 schloss die Deutsche Bank AG eine Vereinbarung ab, Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO zu einem Kaufpreis von 0,7 Mrd € zu übernehmen. Die Transaktion ist abhängig von der Zustimmung durch ABN AMRO und den Genehmigungen durch De Nederlandsche Bank, der Europäischen Kommission und anderer Aufsichtsbehörden und soll im zweiten Quartal 2010 vollzogen werden.

Patronatserklärung¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin	Deutsche Bank S.A., Buenos Aires
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH, vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur
Deutsche Bank A.Ş., Istanbul	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	DWS Investment S.A., Luxemburg
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon	VAT Deutsche Bank DBU, Kiew
Deutsche Bank ZRt., Budapest	OOO Deutsche Bank, Moskau

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

Laufzeitengliederung der Forderungen

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Andere Forderungen an Kreditinstitute	100.129	121.195
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	55.099	64.359
mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.486	27.236
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13.628	10.386
mehr als fünf Jahre	13.916	19.214
Forderungen an Kunden	357.558	405.850
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	274.718	297.731
mehr als drei Monate bis ein Jahr	24.137	35.526
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	35.585	39.366
mehr als fünf Jahre	20.789	27.599
mit unbestimmter Laufzeit	2.329	5.628

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 144.815 Mio € werden 33.182 Mio € in 2010 fällig.

Laufzeitengliederung der Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	117.614	168.458
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	49.917	105.114
mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.745	31.206
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	21.516	20.782
mehr als fünf Jahre	28.436	11.356
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	4.171	4.936
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	1.873	1.179
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.072	3.490
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.222	263
mehr als fünf Jahre	4	4
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	121.221	142.643
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	78.630	88.139
mehr als drei Monate bis ein Jahr	16.981	26.690
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	14.222	12.284
mehr als fünf Jahre	11.388	15.530
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	144.521	125.709
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	22.849	17.625
mehr als drei Monate bis ein Jahr	23.353	17.126
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	58.703	56.420
mehr als fünf Jahre	39.616	34.538

Von den begebenen Schuldverschreibungen von 41.892 Mio € werden 9.872 Mio € in 2010 fällig.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 1.442 Mio € sind 840 Mio € wegen des Unterschiedsbetrags gemäß §250 Absatz 3 HGB enthalten. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 889 Mio € betreffen mit 42 Mio € Unterschiedsbeträge gemäß §340e Absatz 2 HGB.

Treuhandgeschäfte

in Mio €	Treuhandvermögen		in Mio €	Treuhandverbindlichkeiten	
	31.12.2009	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	Verbindlichkeiten gegenüber - Kreditinstituten	23	0
Forderungen an Kunden	78	291	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	859	757
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	587	317			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	76	29			
Beteiligungen	40	41			
Sonstige Vermögensgegenstände	101	79			
Insgesamt	882	757	Insgesamt	882	757

Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	85.573	86.227	9.237	10
Forderungen an Kunden	138.534	152.786	817	982
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	979	54	22	9
Positive Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Vermögensgegenstände)	40.141	80.189	5.901	2.796 ¹
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	119.284	104.684	15.178	21
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	87.249	92.171	325	508
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.530	9.778	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	11.793	11.076	-	-
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Verbindlichkeiten)	41.829	83.704	4.035	3.011 ¹

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

Anteilsbesitz

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie kann bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.091	26.789
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	598	422

Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 5.236 Mio € betraf ausschließlich im Rahmen von Repogeschäften verpensionierte Wertpapiere.

Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 743.203 Mio €, jener der Schulden auf umgerechnet 670.957 Mio €.

Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

– Zinssatzbezogene Geschäfte

Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes

– Wechselkursbezogene Geschäfte

Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte

– Sonstige Geschäfte

Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

Marktwerte von Derivaten

in Mio €	31.12.2009		
	Nominal- betrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
OTC-Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte	41.188.508	360.977	344.897
Wechselkursbezogene Geschäfte	4.696.035	88.429	93.994
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	612.952	36.364	42.622
Kreditderivate	3.496.687	126.387	115.357
Sonstige Geschäfte	327.921	18.718	18.226
Börsengehandelte Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte ¹	108.575	1	1
Wechselkursbezogene Geschäfte ¹	433	0	0
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	269.698	2.274	1.766
Sonstige Geschäfte	24.916	72	68
Insgesamt	50.725.725	633.222	616.931

¹ Aufgrund von täglichen Ausgleichszahlungen sind die Marktwerte der zins- und wechselkursbezogenen Geschäfte null beziehungsweise annähernd null.

Die positiven Marktwerte von 633.222 Mio € und die negativen Marktwerte von 616.931 Mio € beinhalten Handelsderivate sowie zu Absicherungszwecken gehaltene Derivate. Die positiven und negativen Marktwerte von Handelsderivaten sind in den sonstigen Vermögensgegenständen und den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags aus Finanzgeschäften und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß §34 Absatz 2 RechKredV zu folgender Übersicht.

in Mio €	2009	2008
Bundesrepublik Deutschland	13.196	19.260
Europa ohne Deutschland	11.138	17.474
Amerika	4.942	6.337
Afrika/Asien/Australien	2.557	5.470
Insgesamt	31.833	48.541

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge von 804 Mio € schließen 357 Mio € Wertaufholungen für zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft ein.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen von 2.853 Mio € enthält im Wesentlichen 1.550 Mio € Bewertungsanpassungen für zur Veräußerung bestimmte Forderungen. Zu den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen gehören außerdem Aufwendungen aus dem Abschluss eines Vergleichs mit Huntsman Corp. von 316 Mio €, Aufwendungen für Garantieleistungen von 140 Mio € sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 106 Mio €.

Sonstige Angaben

Angaben nach §28 Pfandbriefgesetz

Die Deutsche Bank AG hatte im Juni 2009 ihren ersten Pfandbrief begeben. Nachfolgend werden die Angaben nach §28 Pfandbriefgesetz („PfandBG“) offengelegt. Die Tabellen enthalten keine Vergleichszahlen, da in 2008 kein Pfandbrief begeben war.

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte (§28 Absatz 1 Nr. 1 PfandBG)

in Mio €	31.12.2009		
	Nominalwert	Barwert	Risiko-adjustierter Barwert
Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und Deckungswerte			
Hypothekendarlehen im Umlauf	1.000,0	1.044,0	1.029,4
Deckungsmasse	1.610,3	1.769,8	1.742,0
Deckungswerte	1.575,3	1.731,3	1.703,8
Weitere Deckungswerte nach §4 Absatz 1 PfandBG	35,0	38,5	38,2
Überdeckung	610,3	725,8	712,6

Die Deckungswerte sind Forderungen an Kunden, welche durch Grundpfandrechte besichert sind. Die weiteren Deckungswerte sind gemäß PfandBG Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Laufzeitstruktur (§28 Absatz 1 Nr. 2 PfandBG)

in Mio €	31.12.2009				Insgesamt
	Laufzeit > 2 und ≤ 3 Jahre	Laufzeit > 3 und ≤ 4 Jahre	Laufzeit > 4 und ≤ 5 Jahre	Laufzeit > 5 und ≤ 10 Jahre	
Laufzeitstruktur des Umlaufs	-	-	-	1.000,0	1.000,0
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	514,6	72,5	961,7	61,5	1.610,3

Anteil der Derivategeschäfte im Deckungsstockvolumen (§28 Absatz 1 Nr. 3 PfandBG) Zum 31. Dezember 2009 befanden sich keine Derivate in der Deckungsmasse.

Deckungswerte nach Größenklassen (§28 Absatz 2 Nr. 1a PfandBG)

Die im Gesamtbetrag von 1.575,3 Mio € enthaltenen einzelnen Deckungswerte waren jeweils größer als 5 Mio €.

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart (§28 Absatz 2 Nr. 1 b und 1 c PfandBG)

31.12.2009	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich				Insgesamt	Insgesamt
		Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	sonstige gewerblich genutzte Gebäude		
in Mio €	Mehrfamilienhäuser						
Bundesrepublik Deutschland	504,0	480,7	419,1	–	48,3	948,1	1.452,1
Großbritannien	–	22,9	10,7	44,9	2,1	80,6	80,6
Schweiz	–	–	–	27,3	–	27,3	27,3
Frankreich	–	15,3	–	–	–	15,3	15,3
Insgesamt	504,0	518,9	429,8	72,2	50,4	1.071,3	1.575,3

Rückstände aus Hypothekendarlehen, die zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendet wurden (§28 Absatz 2 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2009 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen aus Hypothekendarlehen, die zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendet wurden.

Weitere Angaben zu Hypothekendarlehen (§28 Absatz 2 Nr. 3 PfandBG)

Zum Jahresende 2009 gab es keine anhängigen Zwangsversteigerungen. Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Ferner wurden keine Rückstände auf zu leistende Zinsen verzeichnet.

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Gesamtbezüge des Vorstands sind im Vergütungsbericht auf den Seiten 12 bis 20 dargestellt. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2009 19.849.430 € gezahlt (2008: 19.741.906 €). Der Aufsichtsrat erhielt für 2009 exklusive Umsatzsteuer eine feste Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.436.000 € (2008: 2.478.500 €) und eine variable Vergütung von 125.316 €. Auf eine variable Vergütung hatte der Aufsichtsrat für das Jahr 2008 verzichtet.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betrugen am 31. Dezember 2009 insgesamt 171.135.197€ (2008: 167.420.222 €).

Am 31. Dezember 2009 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 8.128.645 € (2008: 2.641.142 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.166.445 € (2008: 1.396.955 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2009 Kredite in Höhe von 23.883 € zurück.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 73 und 74 aufgeführt.

Das Verzeichnis der Mandate enthält eine Aufstellung aller Mandate im In- und Ausland und ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Es kann, ebenso wie der Corporate-Governance-Bericht, bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

Angaben nach §160 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Zum 31. Dezember 2009 sind uns folgende Aktionäre, die gemäß §21 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3% halten, gemeldet worden: seit 16. April 2009 – AXA S.A., Paris, hält 4,64% Deutsche Bank-Aktien. Seit 17. Oktober 2008 – Credit Suisse Group, Zürich, hält 3,86% Deutsche Bank-Aktien (über Finanzinstrumente). Und seit 1. Dezember 2009 – BlackRock, Inc., New York, hält 4,72 % Deutsche Bank-Aktien.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 28.497 (2008: 29.434), davon 10.473 Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 17.066(2008: 17.973) Mitarbeiter tätig.

Corporate Governance

Die Bank hat die nach §161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben. Die aktuelle Entsprechenserklärung vom 5. Januar 2010 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Website der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance veröffentlicht.

Frankfurt am Main, den 3. März 2010

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Michael Cohrs



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Hermann-Josef Lamberti



Rainer Neske

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 5. März 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

GLOSSAR

Alternative A (Alt-A)	Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit einer Bonität besser als → Subprime, aber schlechter als → Prime verstanden werden.
Alternative Assets/Investments	Direkte Investitionen in Private Equity, Wagniskapital, Mezzanine Kapital, Immobilienkapitalanlagen und Anlagen in Leveraged Buy-out Funds, Wagniskapitalfonds sowie Hedgefonds.
Agency Securities	Schuldverschreibungen mit einer niedrigen Risikoeinstufung, die von U.S. amerikanischen staatsnahen Gesellschaften (z.B. Fannie Mae, Freddie Mac) oder regional in den USA tätigen, genossenschaftlichen Hypothekenbanken (Federal Home Loan Banks) begeben werden.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset Allocation	Asset Allocation ist die Aufteilung eines angelegten Vermögens auf verschiedene Anlageklassen wie z.B. Anleihen, Aktien, Immobilien und Währungen.
Asset-backed Securities	Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Restrukturierung bestimmter Finanzaktiva entstanden (Securitization).
Auction Rate Securities	Lang laufende Anleihen (meist 20 bis 30 Jahre) mit variablem Zinssatz. Die Höhe dieses Zinssatzes wird in regelmäßigen Auktionen festgesetzt.
Aufsichtsrechtliches Kapital	Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapitalvereinbarung von 2004 für Kreditinstitute. Das Eigenkapital gemäß → Basel II setzt sich zusammen aus: <ul style="list-style-type: none">• Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte hybride Kapitalinstrumente,• Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative Vorzugsaktien, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren,• Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital. Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50 % des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.
Aufwand-Ertrag-Relation	Grundsätzlich: Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.
Ausfallwahrscheinlichkeit	Gibt die erwartete durchschnittliche Wahrscheinlichkeit an, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, basierend auf statistischen Analysen der historischen Ausfälle in dem Portfolio der Deutschen Bank.
Back-testing	Verfahren zur Überprüfung der Vorhersagekraft des Value-at-Risk-Konzepts. Hierbei werden auf täglicher Basis hypothetisch erzielte Gewinne und Verluste mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.
Basel II	Die neuen Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, die insbesondere die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Risikoposition nach Basel I ersetzt haben.
basic	unverwässert.
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in Basel.
BIZ-Eigenkapitalquote	Kennziffer international tätiger Kreditinstitute, die das in Prozent ausgedrückte Verhältnis von Eigenkapital zu aufsichtsrechtlicher Risikoposition angibt. Die einzuhaltende Mindestkennziffer für die Eigenkapitalquote beträgt 8 % und für die Kernkapitalquote 4 %.

Bookbuilding	Emissionsverfahren, das die Nachfrage einzelner Investoren mit den speziellen Finanzierungsinteressen eines Emittenten bezüglich des Emissionspreises abstimmt.
Broker/Brokerage	Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.
Buy-out	Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.
Cash Management	Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.
Clearing	Die Übermittlung, Abwicklung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen, teilweise auch deren Verrechnung untereinander.
Collateralized Debt Obligation	(CDOs) Anlagevehikel, basierend auf einem Portfolio, das Anleihen, Kredite oder Derivate enthalten kann.
Commercial Mortgage-backed Securities	→ Mortgage-backed Securities (MBS), die Kredite für gewerbliche Immobilien verbiefen.
Compliance	Gesamtheit an Maßnahmen, um die Einhaltung einschlägiger Gesetze, Vorschriften und interner Regelungen sicherzustellen wie auch gerichtliche beziehungsweise aufsichtsrechtliche Sanktionen sowie finanzielle oder Reputationschäden zu verhindern.
Conduits	Eine spezielle Form von Zweckgesellschaft (SPV □ Securitization), die ABS oder CDOs kauft und deren Erwerb ganz oder teilweise durch die Ausgabe Asset Backed Commercial Papers, sog. ABCP, finanziert.
Corporate Finance	Sammelbezeichnung für kapitalmarktnahe innovative Finanzierungsdienstleistungen mit speziellem Beratungsbedarf im Firmenkundengeschäft.
Credit Default Swap	Eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien, gemäß der eine Partei einen festen Coupon über eine spezifizierte Periode zahlt. Die andere Partei nimmt so lange keine Zahlung vor, bis ein spezifiziertes Ereignis wie zum Beispiel ein Ausfall eintritt. Zu diesem Zeitpunkt wird dann eine Zahlung getätigt und der Credit Default Swap ist beendet.
Credit Linked Note	Wertpapiere, die ein → Kreditderivat, meist einen → Credit Default Swap, enthalten.
Custody	Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.
Deposit Bucketing	Das Ökonomische Kapital wird einem Stresstest bezüglich Modellannahmen für die effektive Laufzeit von Tagesgeldeinlagen unterzogen.
Derivate	Produkte, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preiserwartungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere Swaps, Optionen und Futures.
Durchschnittliches Active Equity	Die Bank berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit ihren Konkurrenten zu vereinfachen. Dieses fließt in die Berechnung verschiedenster Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen der Bank, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die die Deutsche Bank ihr durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital bereinigt, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine

	Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.
Eigenkapital gemäß Basel II	<p>Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der neuen Baseler Eigenkapitalübereinkunft von 2004 für Kreditinstitute. Das Eigenkapital gemäß Basel II setzt sich zusammen aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte hybride Kapitalinstrumente; • Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren; • Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital. <p>Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50% des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.</p>
Eigenkapitalrendite vor Steuern	(basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steueraufwand (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Minderheitsanteilen, am durchschnittlichen Active Equity.
Emerging Markets	Aufstrebende Märkte von Schwellenländern, primär Finanzmärkte.
Equity Flow Derivatives	Verbrieftes Produkt, das versucht maximalen Leverage zu erzielen. Wegen der Verfügbarkeit von Echtzeit-Preisen und der Möglichkeit, Geschäfte automatisch zu platzieren, werden Flow Derivate an Börsen oder elektronischen Plattformen gehandelt. Flow Derivate erlauben Anlegern typischerweise, sich bei Wechselkursschwankungen entsprechend auszurichten.
Equitymethode	Bewertungsmethode für Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Anteilige Jahresüberschüsse (-fehlbeträge) des Beteiligungsunternehmens erhöhen (vermindern) den Beteiligungsbuchwert und gehen in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Ausschüttungen/Dividenden vermindern den Beteiligungsbuchwert, ohne die Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu berühren.
Ergebnis je Aktie	Nach IFRS ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, zugeteilter Aktienrechte und Wandelschuldverschreibungen die Zahl der Aktien erhöhen kann.
Erwarteter Verlust	Maßeinheit für den Ausfallverlust des Kreditportfolios, der innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten ist.
Event-Risk-Szenarien	Szenarien, die erhebliche Ereignisse wie beispielsweise große Bewegungen in Zinsen oder Wechselkursen darstellen.
Exposure	Geldbetrag, welcher der Bank bei Eintritt eines Verlusts aus einem eingegangenen Risiko, beispielsweise beim Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners, verloren gehen kann.
Fair Value	Betrag, zu dem Aktiva beziehungsweise Passiva zwischen sachkundigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht würden. Das Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis.
Family Office	Für Familien mit sehr großen und komplexen Vermögen konzipierte Finanzdienstleistung, die auf der Grundlage absoluter Unabhängigkeit durch eine optimale Steuerung und umfassende Koordination der einzelnen Vermögensbestandteile die Kundeninteressen wahrnimmt.

Forderungen/ Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	Von der Deutschen Bank zu Clearingzwecken bei Brokern/Händlern und Clearingunternehmen unterhaltene Salden.
Forderungen/ Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage- Geschäften	Forderungen/Verbindlichkeiten der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Aktivitäten wie der Erbringung von Serviceleistungen als Abwicklungs- und Depotstelle und der Aufstellung von Abschlüssen für bestimmte Kunden (zum Beispiel für Money Manager, Hedgefonds, Marketmaker und sonstige professionelle Anleger).
Futures	Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum börsenmäßig festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.
Gap-Risiko	Gap-Risiko ist eine Form von Liquiditätsrisiko, nämlich dass der Preis oder Wert eines Finanzinstruments sich zwischen zwei Handelszeitpunkten substantiell ändert. Solch ein Gap-Ereignis erlaubt den Marktteilnehmern keine risikomindernden Maßnahmen, die gegebenenfalls angewendet würden, wenn sich die Preise bzw. Werte gradueller ändern.
Goodwill	Der Betrag, den ein Käufer bei Übernahme eines Unternehmens unter Berücksichtigung zukünftiger Ertragsexpectationen über den Fair Value der einzelnen identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden hinaus zahlt.
Group Executive Committee	Das Group Executive Committee (GEC) besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie den fünf Leitern der Kerngeschäftsfelder und dem Leiter Regional Management. Die Funktion des GEC ist es, den Vorstand bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen. In regelmäßigen Sitzungen analysiert es die Entwicklung der Geschäftsbereiche, erörtert konzernstrategische Fragen und erarbeitet Empfehlungen für den Vorstand.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene Geschäfte (zum Beispiel zur Absicherung). Nicht zum Handelsbuch zugehörige risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Hedge Accounting	Bilanzielle Abbildung von mehreren Verträgen, die in einem Sicherungszusammenhang stehen. Der Zusammenhang beider oder mehrerer Verträge besteht in der gegenläufigen Ausgestaltung hinsichtlich solcher Vertragsmerkmale, welche bestimmte Risiken – zumeist finanzielle Risiken – begründen. Aufgrund dieser Gestaltung sind die Verträge dazu geeignet, die Risiken gegenseitig teilweise oder vollständig zu kompensieren. Meist wird einer der beiden Verträge als Grundgeschäft – also als derjenige Vertrag, der das Risiko bzw. die Risiken begründet –, der andere Vertrag als Sicherungsgeschäft oder Hedgegeschäft – also als derjenige Vertrag, der das Risiko bzw. die Risiken (eines Grundgeschäfts) absichert – bezeichnet. Das Hedge Accounting ist eine Methode, welche für solche spezifischen Sicherungszusammenhänge eine abweichende, alternative Bilanzierung zulässt, die von den grundsätzlichen Regeln zur Bilanzierung abweicht.
Hedgefonds	Hedgefonds zählen zu den sog. Alternativen Investments. Sie werden nicht nach der Art der Anlage unterschieden wie etwa Aktien- oder Rentenfonds. Hedge Fonds sind vielmehr Asset Manager, die keinen oder zumindest keinen strengen regulatorischen Pflichten unterliegen und die Möglichkeit haben, sich einer Vielzahl von Anlageinstrumenten und -strategien bedienen zu können, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdverschuldung und Derivate. Hedgefonds bieten die Chance auf eine sehr hohe Rendite, bergen aber auch ein entsprechend hohes Risiko des

	Kapitalverlusts in sich; ihre Renditen sind daher nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte vergleichbar.
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	<p>Hybride Schuldverschreibungen sind Wertpapiere, die Eigen- und Fremdkapitalelemente verbinden. Sie sind darauf ausgerichtet, von Ratingagenturen und Aufsichtsbehörden als Eigenkapital anerkannt zu werden, aber ansonsten (wie z. B. für Zwecke der Besteuerung) als Fremdkapital zu gelten.</p> <p>Hybride Kapitalinstrumente zeichnen sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen aus. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative Trust Preferred Securities) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Tier-1-Kapital. Anderenfalls sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative Trust Preferred Securities).</p>
IFRS (International Financial Reporting Standards)/ vormals IAS (International Accounting Standards)	Rechnungslegungsstandards des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.
Investment Banking	Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und Private Equity.
Investor Relations	Bezeichnet die systematische und kontinuierliche zweiseitige Kommunikation zwischen Unternehmen und aktuellen wie potenziellen Eigenkapital- beziehungsweise Fremdkapitalgebern. Informationen betreffen vor allem wichtige Unternehmensereignisse, finanzielle Ergebnisse und die Geschäftsstrategie sowie die Erwartungen des Kapitalmarkts an das Management. Ein wesentliches Ziel der Investor- Relations-Aktivitäten ist die angemessene Bewertung der Aktie.
Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.
Konfidenzniveau	Im Rahmen des Value-at-Risk Konzepts beschreibt das Konfidenzniveau die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust innerhalb eines bestimmten Intervalls liegt.
Korrelation	Wechselbeziehung zwischen mindestens zwei Variablen (zum Beispiel Vermögenswerten), die positiv (gleichläufig) oder negativ (gegenläufig) sein kann, aber keine Aussage zum Kausalzusammenhang (Ursache – Wirkung) macht. Wichtige Größe bei der Vermögensstrukturierung, um Risiken zu streuen beziehungsweise abzusichern.
Kreditderivate	Finanzinstrumente, mittels derer das mit Darlehen, Anleihen oder anderen Risikoaktiva beziehungsweise Marktrisikopositionen verbundene Kreditrisiko auf als so genannte Sicherungsgeber auftretende Parteien übertragen wird. Dabei werden die ursprünglichen Kreditbeziehungen der Sicherungsnehmer (die Parteien, welche die Kreditrisiken abgeben) weder verändert noch neu begründet.
Kreditrisiko	Risiko, dass Kunden ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall-, Länder- (Länderrisiko) und Abwicklungsrisiken.
Länderrisiko	Das Risiko, dass in einem beliebigen Land ein Verlust aufgrund politischer und sozialer Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, durch Devisenkontrollen oder eine Abwertung der Landeswährung entsteht.

Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erstattende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen zwischen Steuer- und Handelsbilanz resultieren, oder der Wert nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge oder anderer steuerlicher Anrechnungsguthaben. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber den Finanzämtern dar.
Leveraged Buy-out	Fremdfinanzierter Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten. Zins- und Tilgungszahlungen werden aus dem zukünftigen Ertrag des übernommenen Unternehmens finanziert.
Leveraged Debt Capital Markets	Der Bereich Leveraged Debt Capital Markets der Deutschen Bank verbindet das Geschäft mit High-Yield Anleihen mit verschiedenen Fremdfinanzierungsaktivitäten.
Leveraged-Finance-Aktivitäten	Finanzierung eines Unternehmenskaufs mittels hoher Fremdkapitalaufnahme.
Liquiditätsrisiko	Bezeichnet die Gefährdung der Gewinne und des Kapitals der Deutschen Bank bei einer potenziellen Unfähigkeit der Bank, ihre Verpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen, ohne dabei unannehmbar hohe Verluste einzugehen.
Marktrisiko	Resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.
Mezzanine	Flexible Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital. Hier: langfristiges, nachrangiges Finanzierungsinstrument zur Wachstumsfinanzierung, das gleichzeitig die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis stärkt.
Monolineversicherer	Versicherer, die ausschließlich Kreditversicherungen für Emittenten von Schuldverschreibungen und andere Marktteilnehmer anbieten.
Monte Carlo-Simulation	Modell, das den Gewinn oder Verlust aus einer Transaktion für eine große Zahl (beispielsweise 10.000) von unterschiedlichen Marktszenarien berechnet.
Mortgage-backed Securities (MBS)	Wertpapiere, die durch Hypothekendarlehen besichert sind.
Namensaktien	Aktien, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese Person wird entsprechend den aktienrechtlichen Vorgaben mit einigen persönlichen Angaben sowie ihrer Aktienanzahl in das Aktienregister der Gesellschaft eingetragen. Nur wer im Aktienregister eingetragen ist, gilt gegenüber der Gesellschaft als Aktionär und kann beispielsweise Rechte in der Hauptversammlung ausüben.
Nettingvereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Nettingvereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.
Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (Net gains (losses) not recognized in the income statement)	Enthält im Wesentlichen unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Währungsumrechnung und aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Diese unrealisierten Gewinne und Verluste werden nicht im laufenden Ergebnis berücksichtigt, sondern unter den nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.
Ökonomisches Kapital	Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen. Es ist streng vom bilanziellen Eigenkapital zu unterscheiden.

Onshore-Geschäft	Das Onshore-Geschäft sind Bankdienstleistungen außerhalb Deutschlands (meistens im Heimatland des Kunden) durch eine ausländische Niederlassung der Deutschen Bank.
Operationelles Risiko	Verlustpotenzial, das sich aus dem Verhalten von Mitarbeitern, aus vertraglichen Vereinbarungen und Dokumentationen, der Technologie, dem Versagen der Infrastruktur und aus Katastrophen, externen Einflüssen und aus Kundenbeziehungen ergeben kann. Operationelles Risiko umfasst nicht Geschäfts-, Strategie- und Reputationsrisiken.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over the Counter) gehandelt werden.
Portfolio (Portefeuille)	Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung. Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Portfoliomanagement	Wertpapierportfolios für Kunden. Kann die ständige Überwachung des Portfolios und nach Absprache mit dem Kunden auch Käufe und Verkäufe einschließen.
Prime	Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit hoher Bonität verstanden werden.
Prime Services/Brokerage	Ein spezielles Dienstleistungsangebot vor allem für Hedgefonds, das in erster Linie aus Clearing, Abwicklung von Handelsgeschäften, Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung besteht.
Private Banking	Geschäft mit anlageorientierten vermögenden Kunden.
Private Equity	Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.
Projected Unit Credit Method	Anwartschaftsbarwertverfahren für die Bewertung von Pensionszusagen; es handelt sich um ein Kapitalansammlungsverfahren nach IAS 19, nach dem die Verpflichtung mit dem versicherungsmathematischen Barwert des am Abschlußstichtag erworbenen Versorgungsanspruchs anzusetzen ist. Charakteristisch ist, dass bei dynamischen Pensionszusagen Trendannahmen (zum Beispiel hinsichtlich zu erwartender Gehaltssteigerungen) zu berücksichtigen sind. Der Zinsfuß zur Diskontierung orientiert sich an Zinssätzen für Schuldverschreibungen, die von Unternehmen mit hoher Bonität begeben werden.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität eines Schuldners und/oder seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: Risikoeinschätzung eines Kreditrisikos in Bezug auf einen bestimmten Schuldner.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
RREEF-Geschäft	RREEF Alternative Investments ist das weltweite Management von alternativen Investitionen innerhalb des Asset Management der Deutschen Bank. RREEF Alternative Investments besteht aus drei Geschäftsbereichen: Immobilien, Infrastruktur und Private Equity.
Sarbanes-Oxley Act (SOX)	US-Kapitalmarktgesetz aus dem Jahr 2002, das als Reaktion auf eine Anzahl von Bilanzskandalen die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die neuen und

	erweiterten Regelungen gelten für alle an einer US-Börse notierten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Sanktionen.
Securitization (Verbriefung)	Schaffung von handelbaren Wertpapieren (englisch: securities) aus Forderungen (d. h. zukünftigen Zahlungsströmen) oder Eigentumsrechten im weitesten Sinne. Beispiele sind u. a. Asset-backed-Securities und Mortgage-backed-Securities. Diese Wertpapiere werden häufig von Zweckgesellschaften (englisch special purpose vehicles, sog. SPVs) ausgegeben, deren einziger Zweck in der Ausgabe dieser Wertpapiere besteht und deren Vermögen aus den zu diesem Zweck eingebrachten Vermögenswerten besteht.
Segmentberichterstattung	Bestandteil von Konzernabschlüssen. Vermittelt Informationen über die wesentlichen Geschäftsfelder eines Unternehmens und seines Umfelds. Über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinaus wird auch über die jeweiligen Chancen und Risiken berichtet. Die Segmentierung erfolgt primär anhand der operativen Segmente der Gesellschaft und orientiert sich an der internen Organisations- und Berichtsstruktur.
Shareholder Value	Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.
Subprime	Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit geringer Bonität verstanden werden.
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen (Total recognized income and expense)	Veränderung des Eigenkapitals ohne Transaktionen mit Aktionären (zum Beispiel Dividendenausschüttungen, Kapitalerhöhungen). Er besteht primär aus dem Jahresüberschuss und den nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten.
Swaps	Grundsätzlich: Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.
Tail Risk	Die Einschätzung des Portfoliorisikos basiert auf dem Prinzip der Normalverteilung. Danach gilt es als äußerst unwahrscheinlich, dass der Wert eines Portfolios um mehr als drei Standardabweichungen vom Mittelwert abweicht (wobei mit einer Abweichung in der Regel ein Rückgang gemeint ist). Sofern diese Wahrscheinlichkeit größer ist, als es der Normalverteilung entsprechen würde, spricht man von einem „Tail Risks“.
Trade Finance	Umfasst alle Dienstleistungen in den Bereichen Trade Finance Services sowie Trade and Risk Services. Der Geschäftsbereich betreut das Exportfinanzierungs- und Risikoabsicherungsgeschäft mit Finanzinstituten und Firmenkunden. Dazu gehören multinationale Unternehmen, etablierte und aufstrebende Unternehmen sowie Unternehmen des öffentlichen Sektors.
Trust & Securities Services	Breite Palette von administrativen Dienstleistungen für Wertpapiere. Dazu gehören zum Beispiel Wertpapierverwaltung und -verwahrung, Treuhandverwaltung von Wertpapieren, Emissions- und Zahlstellendienste, Depotbankfunktion für American Depositary Receipts (ADRs).
US-GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles)	Rechnungslegungsstandards der USA, die in engerem Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den IFRS liegt die maßgebliche Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.

Value-at-Risk-Konzept	Misst für ein gegebenes Portfolio den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen in einer bestimmten Periode und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird.
Wirehouse	Mehrere Filialen sind über ein unabhängiges Kommunikationssystem miteinander verbunden, um zu ermöglichen, von jeder Filiale auf Kundeninformationen zugreifen zu können.
Zielgrößendefinition	Bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Immobilien) oder signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Goodwillabschreibungen oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) werden in der Zielgrößendefinition unberücksichtigt gelassen, wenn diese keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder der Deutschen Bank haben.
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert sind und nicht als Kredite und Forderungen oder zum Fair Value klassifiziert sind. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Wertminderungen und realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung vereinnahmt.

AUSZUG AUS DEM KONZERNLAGEBERICHT 2009

In Note 1 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 werden Risikoangaben gemäß IFRS 7 durch Verweis auf die durch seitliche Klammern gekennzeichneten Abschnitte des Risikoberichts der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 einbezogen. Der Risikobericht ist Teil des Konzernlageberichts der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009. Nachfolgend werden als Auszug aus dem Konzernlagebericht der Deutschen Bank für 2009 bestimmte Abschnitte des Risikoberichts für 2009 abgedruckt, insbesondere diejenigen Abschnitte, die durch seitliche Klammern markiert und Bestandteil des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 sind. Auslassungen vom Risikobericht sind wie folgt gekennzeichnet: (. . .).

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

Risikobericht

Der folgende Abschnitt über quantitative und qualitative Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken enthält Informationen, die Bestandteil des Konzernabschlusses der Deutschen Bank und daher in diesem Bericht durch eine seitliche Klammer markiert sind.

(...)

Grundsätze für das Risiko- und Kapitalmanagement

Unser Risiko- und Kapitalmanagementansatz baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig unser Risiko- und Kapitalprofil.
- Wir managen Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie unser Kapital in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die wir üblicherweise innerhalb unseres Rahmenwerks für Handelsengagements steuern.
- Die Struktur unserer integrierten Legal, Risk & Capital-Funktion ist eng auf die Struktur der Konzernbereiche ausgerichtet.
- Die Legal, Risk & Capital-Funktion ist unabhängig von den Konzernbereichen.

Organisation des Risiko- und Kapitalmanagements

Der Chief Risk Officer, ein Mitglied unseres Vorstands, trägt die Verantwortung für das konzernweite Risikomanagement in Bezug auf unsere Kredit-, Markt-, operationellen, Liquiditäts-, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten. Ferner leitet er unsere integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion.

Zwei funktionale Komitees, deren Vorsitz bei unserem Chief Risk Officer liegt, sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital-Funktion.

- Unser Risk Executive Committee ist für die Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken im Konzern zuständig. Bei der Umsetzung dieser Aufgabe wird das Risk Executive Committee von Unterkomitees unterstützt, die für bestimmte Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind. Dazu gehören unter anderem Komitees für Grundsätze und das Group Reputational Risk Committee.
- Die Verantwortlichkeiten des Capital and Risk Committee beinhalten die Risikoprofil- und Kapitalplanung, die Überwachung der Kapitaltragfähigkeit und die Optimierung der Refinanzierung.

Es sind spezifische Legal, Risk & Capital-Einheiten mit den folgenden Aufgaben etabliert:

- Steuerung der Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche im Einklang mit der vom Capital and Risk Committee festgelegten Risikoneigung, die sich im Rahmen der Vorstandsvorgaben befindet;
- Formulierung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche;
- Genehmigung von Kreditrisiko-, Marktrisiko- und Liquiditätsrisikolimiten;
- regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen, sowie
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementsysteme für die jeweiligen Konzernbereiche.

Die Leiter der Legal, Risk & Capital-Einheiten, die auch dem Risk Executive Committee angehören, sind für die Performance dieser Einheiten verantwortlich und berichten unmittelbar an den Chief Risk Officer.

Unterstützung erhält die Legal, Risk & Capital-Funktion von Finance und der Revision. Diese Einheiten sind unabhängig von den Konzernbereichen und der Legal, Risk & Capital-Funktion. Finance hilft bei der Quantifizierung und Verifizierung der von uns eingegangenen Risiken und ist für die Sicherstellung der Qualität und Korrektheit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision überprüft risikoorientiert den Aufbau und die operative Effektivität unserer internen Kontrollen.

(...)

Arten von Risiken

Die bedeutendsten Risiken, denen unser Geschäft ausgesetzt ist, sind bankbetriebliche Risiken, Reputationsrisiken sowie Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

Bankbetriebliche Risiken

Unsere Risikomanagementprozesse unterscheiden vier Arten von bankbetrieblichen Risiken: Kredit-, Markt-, operationelles und Liquiditätsrisiko. Eine ausführliche Erläuterung dieser Risiken folgt im Verlauf des Risikoberichts.

- Das **Kreditrisiko** entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:
 - **Ausfallrisiko** ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
 - **Länderrisiko** ist das Risiko, dass uns in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
 - **Abwicklungsrisiko** ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- Das **Marktrisiko** resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten.
- Das **operationelle Risiko** bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäfts- und das Reputationsrisiko.
- Das **Liquiditätsrisiko** ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

(...)

Versicherungsrisiko

Unser Versicherungsrisiko erhöhte sich in 2007 durch die Akquisition von Abbey Life Assurance Company Limited und unsere in 2006 eingegangene Beteiligung an Paternoster Limited, einem regulierten Versicherungsunternehmen. Wir sind insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken** – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche aus Todesfällen höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden. Ferner auch das Risiko, dass die Anzahl der Ansprüche wegen Berufsunfähigkeit die Erwartungen übersteigt oder unterschreitet. Wir sind bestrebt, diese Risiken durch Rückversicherungsverträge sowie ermessensabhängige Gebühren zu reduzieren. Wir überprüfen die Sterblichkeits- und Invaliditätsraten jährlich.
- **Langlebigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt. Wir beobachten dieses Risiko unter Berücksichtigung der neuesten externen Branchenkenzahlen und aufkommender Trends.
- **Kostenrisiko** – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten als erwartet verursacht. Diese Kosten überwachen wir durch einen Vergleich der tatsächlich entstandenen Kosten mit dem Budget. Wir untersuchen die Gründe für wesentliche Abweichungen von den Erwartungen und ergreifen Abhilfemaßnahmen. Wir reduzieren das Kostenrisiko auch durch eine bis 2010 getroffene und

mit einer Option für zwei weitere Jahre versehene Outsourcingvereinbarung, die sich auf die Verwaltung der Verträge bezieht.

- **Bestandsrisiko** – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist. Wir bewerten unsere Bestandsraten jährlich unter Berücksichtigung entsprechender Risikofaktoren.

Für die zukünftige Bemessung der Verbindlichkeiten vergleichen wir die tatsächlichen Ansprüche sowie den Versicherungsbestand mit den zugrunde gelegten Annahmen und modifizieren unsere Annahmen. Tatsächliche Erfahrungswerte können von Schätzungen abweichen. Dies gilt umso mehr, je weiter in die Zukunft prognostiziert wird. Der Wert der Verbindlichkeiten wird mindestens jährlich überprüft.

Sofern die tatsächlichen Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zu Änderungen in der Höhe des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Die Rentabilität des nicht fondsgebundenen langfristigen Versicherungsgeschäfts hängt in hohem Maße vom Wert der künftig zu erfüllenden Ansprüche im Verhältnis zu den bis zum Anspruchsdatum akkumulierten Vermögenswerten ab. In den ersten Laufzeitjahren eines Vertrags übersteigen die Versicherungsbeiträge und Anlageerträge in der Regel die Anspruchskosten und müssen zurückgestellt werden, um künftige Verpflichtungen erfüllen zu können. Die Höhe dieser künftigen Verpflichtungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen in Bezug auf die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken ermittelt.

Bei fondsgebundenen Investmentverträgen beruht die Rentabilität darauf, dass die eingenommenen Gebühren ausreichend sind, um die Aufwendungen und Gewinne abzudecken. Die Höhe der Prämien und Gebühren bemisst sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, denen Annahmen über die Entwicklung von Finanz- und Versicherungsrisiken zugrunde liegen.

Wie oben erwähnt, werden Rückversicherungsverträge als Maßnahme zur Reduzierung des Risikos verwendet. Unsere Strategie besteht darin, Rückversicherungen auch weiterhin in angemessener Weise einzusetzen.

(...)

Kreditrisiko

Wir messen und steuern unser Kreditrisiko anhand der nachstehenden Grundsätze:

- In allen Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungen angewandt.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung unserer einzelnen Kreditengagements müssen unseren Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien entsprechen.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Wir messen unsere gesamten Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe und fassen sie auf konzernweit konsolidierter Basis zusammen. Als „Kreditnehmergruppe“ betrachten wir Kreditnehmer, die durch mindestens ein von uns festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrecht, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile unserer gewährten Kredite haften.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Grundelement des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir sowohl die Bonität des Geschäftspartners als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung oder wesentlichen Veränderung des Kredits notwendig ist, und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Ratingskala zur Beurteilung der Bonität unserer Geschäftspartner. Unsere 26-stufige Ratingskala ist mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, das auf statistischen Analysen historischer Ausfälle unseres Portfolios basiert. Diese Skala ermöglicht uns eine Vergleichbarkeit sowohl unserer internen Ratings mit der Marktpraxis als auch eine verbesserte

Vergleichbarkeit unserer verschiedenen Teilportfolios untereinander. Mehrere Ausfallratingstufen ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen Engagements auszudrücken. Wir bewerten unsere Kreditengagements generell einzeln. Eine Ausnahme stellen bestimmte Portfolios verbriefter Forderungen dar, die auf Pool-Ebene bewertet werden. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen vergleichen wir unsere Einschätzungen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für unsere Geschäftspartner vergebenen externen Risikoratings.

Kreditlimite

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren. Kreditlimite werden von der Kreditrisikomanagement-Funktion in Ausübung von erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen eingerichtet. Eine Kreditgenehmigungskompetenz stellt die Vollmacht dar, neue Kreditlimite zu genehmigen sowie existierende Kreditlimite auszuweiten oder zu prolongieren. Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist, um ein notwendiges Kreditlimit einzurichten, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz weitergeleitet oder, falls notwendig, an ein angemessenes Kreditkomitee wie das CRM Underwriting Komitee. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreicht, um angemessene Limite einzurichten, wird der Fall dem Vorstand zur Genehmigung vorgelegt.

Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung auf Angemessenheit. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden dem Group Credit Policy Committee präsentiert und dem Risk Executive Committee berichtet.

(. . .)

Überwachung des Ausfallrisikos

Eine anhaltende aktive Überwachung und Verwaltung der Kreditrisikopositionen sind integrale Bestandteile des Kreditrisikomanagements. Die Überwachung erfolgt vorwiegend durch die divisionalen Risikomanagementeinheiten in enger Kooperation mit der Portfolio-Management-Funktion. Unsere Kreditengagements werden mithilfe der oben beschriebenen Risikosteuerungsinstrumente ständig überwacht.

Die Geschäftspartner im Kreditgeschäft werden den Mitarbeitern des Kreditrisikomanagements innerhalb bestimmter divisionaler Risikoeinheiten zugewiesen, die den entsprechenden Geschäftsbereichen wie beispielsweise Global Banking, Global Markets oder Global Transaction Banking zugeordnet sind. Die einzelnen Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements in den divisionalen Risikoeinheiten verfügen über die höchste Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung von Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Geschäftspartnern und ihren kreditbezogenen Transaktionen. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. Gemäß branchenüblicher Best Practice erfolgt die Überwachung der Kreditrisiken aus unseren Handelsaktivitäten mit Kunden unter Zugrundelegung von verschiedenen spezifischen Messgrößen, die erwartete aktuelle und zukünftige Engagementhöhen quantifizieren, was Engagementhöhen unter nachteiligen Marktentwicklungen beinhaltet. Im Kreditprozess für Handelsinstrumente sind Limite für Engagements in Handelsinstrumenten festzulegen, deren Einhaltung von den jeweiligen Mitarbeitern des Kreditrisikomanagements im Rahmen der ständigen Kontrahentenüberwachung kontrolliert wird.

Darüber hinaus stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind. Wenn wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements generell auf eine Watchlist gesetzt. Wir sind bestrebt, Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung unserer Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, frühzeitig zu identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

(. . .)

Kreditrisikoengagement

Das Kreditrisikoengagement umfasst nach unserer Definition alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen.

Maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle zeigt unser maximales Kreditrisiko ohne Berücksichtigung etwaiger gehaltener Sicherheiten oder sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements), die nicht für eine Verrechnung in der Bilanz des Konzerns infrage kommen.

in Mio € ¹	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	9.346	9.826
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	47.233	64.739
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.820	9.267
Forderungen aus Wertpapierleihen	43.509	35.022
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	900.800	1.569.203
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	14.852	19.194
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	261.448	271.219
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	52.457	78.957
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	52.183	48.815
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	104.125	104.077
Maximales Kreditrisiko	1.492.773	2.210.319

1 Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

2 Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe. Vorjahreszahlen wurden für die Herausrechnung der Rohstoffe angepasst.

3 Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

4 Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum Fair Value bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

(. . .)

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.
- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.

Firmenkreditengagement

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach den Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner.

Diese Übersicht zeigt einen leichten Rückgang unseres Firmenkreditbuchs in Verbindung mit einem größeren Rückgang unseres Engagements im OTC-Derivategeschäft. Der Anteil der Kredite mit Investment Grade Rating an unserem Firmenkreditbuch ging von 66 % am 31. Dezember 2008 auf 61 % am 31. Dezember 2009 zurück. Dies spiegelt die anhaltende Verschlechterung der Kreditqualität im Jahresverlauf 2009 angesichts der Kreditkrise wider. Das in der Tabelle dargestellte Kreditvolumen berücksichtigt jedoch wederreditsicherheiten, Kreditverbesserungen noch andere Maßnahmen zur Reduzierung des Kreditrisikos. Wir sind der Meinung, dass wir nach Berücksichtigung solcher risikoreduzierender Maßnahmen keine unangemessene Risikokonzentration haben und unser Kreditportfolio gut diversifiziert ist. Der Rückgang des Engagements in OTC-Derivaten, insbesondere in der Kategorie AAA – AA, war weitgehend auf steigende Zinskurven und Aktivitäten zur Risikoreduzierung sowie auf sinkende Credit Spreads im Jahr 2009 zurückzuführen. Das in der Tabelle dargestellte Volumen aus OTC-Derivaten berücksichtigt weder Risikoreduzierungsmaßnahmen (außer Master-Netting-Vereinbarungen) nochreditsicherheiten (außer erhaltenen Barsicherheiten). Nach Berücksichtigung solcher Risikoreduzierungen verringert sich das verbleibende Kreditrisiko signifikant und ist nach

unserer Beurteilung gut diversifiziert und besteht überwiegend gegenüber Geschäftspartnern im Investment-Grade-Rating-Bereich.

**Firmenkreditengagement
Kreditrisikoprofil nach
Bonitätsklasse**

in Mio €	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
AAA –AA	28.134	40.749	22.211	20.373	6.573	5.926	23.966	65.598	80.884	132.646
A	29.634	29.752	22.758	30.338	13.231	11.976	13.793	22.231	79.416	94.297
BBB	46.889	53.360	28.814	26.510	15.753	15.375	7.600	15.762	99.056	111.007
BB	43.401	44.132	23.031	19.657	9.860	10.239	12.785	13.009	89.077	87.037
B	9.090	10.458	5.935	5.276	4.290	4.412	1.952	3.898	21.267	24.044
CCC und schlechter	14.633	8.268	1.376	1.923	2.476	887	4.444	3.092	22.929	14.170
Insgesamt	171.781	186.719	104.125	104.077	52.183	48.815	64.540	123.590	392.629	463.201

- 1 Beinhaltet vor allem in der Kategorie „CCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 4,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2008.
- 2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 2,8 Mrd € zum 31. Dezember 2008 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
- 3 Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Konsumentenkreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt unser Konsumentenkreditengagement insgesamt, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befindlichen Konsumentenkredite sowie die Nettokreditkosten des Konzerns. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt.

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtenga- gements		Nettokreditkosten in % des Gesamtenga- gements	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Konsumentenkreditenga- gement Deutschland	59.804	57.139	1,73%	1,54%	0,55%	0,65%
Konsumenten- und Kleinbetriebs- finanzierungen	13.556	15.047	2,72%	1,98%	1,69%	1,98%
Immobilienfinanzierungen	46.248	42.092	1,44%	1,39%	0,22%	0,18%
Konsumentenkreditenga- gement außerhalb Deutschlands	29.864	27.361	3,37%	1,92%	1,27%	0,94%
Konsumentenkredita- gement insgesamt¹	89.668	84.500	2,28%	1,67%	0,79%	0,74%

1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2009 und 1,4 Mrd € zum 31. Dezember 2008.

(...)

Gehaltene Sicherheiten

Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig das Stellen von Sicherheiten. In Verträgen mit Kreditnehmern wird regelmäßig das Stellen von Sicherheiten vereinbart. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöhen. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Standards im Kreditgeschäft.

Wir unterteilen erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

- Finanzielle und andere Sicherheiten, die es uns ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in

der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.

- Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers abdecken, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. In diese Kategorie fallen in der Regel Akkreditive, Versicherungsverträge, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Darüber hinaus steuern wir aktiv unsere Risiken aus Krediten und ausleihebezogenen Zusagen durch unsere spezialisierte Einheit LEMG. Um eine bessere Steuerung unserer derivativebezogenen Kreditrisiken zu erreichen, gehen wir die weiter unten beschriebenen Sicherheitenvereinbarungen ein.

Konzentration des Kreditrisikos

Erhebliche Konzentrationen des Kreditrisikos liegen vor, wenn wir wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten, wobei diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern. Eine Konzentration des Kreditrisikos kann auch gegenüber einem einzelnen Geschäftspartner bestehen.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditrisikos verwenden wir ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Mit auf Geschäftspartner, Länder, Produkte sowie auf sonstige Faktoren bezogenen Kreditlimiten legen wir die Obergrenzen für Kreditengagements fest.

Die größten Konzentrationen des Kreditrisikos im Zusammenhang mit Krediten bestehen gegenüber Westeuropa und Nordamerika, wobei ein bedeutender Anteil auf private Haushalte entfällt. Die Konzentration in Westeuropa liegt in erster Linie im Heimatmarkt Deutschland, der auch den Großteil des Immobilienfinanzierungsgeschäfts umfasst. Bei OTC-Derivaten bestehen die größten Konzentrationen ebenfalls in Westeuropa und Nordamerika mit einem signifikanten Anteil bei Banken und Versicherungen, überwiegend im Investment-Grade-Rating-Bereich.

In unseren Krediten mit höherem Risiko haben wir eine Konzentration in den gewerblichen Immobilienkrediten und Leveraged Finance, wobei in den Letzteren die Konzentration einer Kreditnehmergruppe mit ungefähr 40 % zum Kreditrisiko in dieser Kategorie beiträgt.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten (beispielsweise Futures und Optionen) werden regelmäßig über einen zentralen Kontrahenten (zum Beispiel LCH Clearnet Ltd. oder Eurex Clearing AG) abgewickelt, dessen Richtlinien und Vorschriften einen täglichen Sicherheitennachschuss für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Wir nehmen bei Transaktionen mit OTC-Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen eines zentralen Kontrahenten („OTC Clearing“) in Anspruch. Dabei profitieren wir von der durch das Abwicklungssystem des zentralen Kontrahenten erzielten Kreditrisikominderung.

Um das Kreditrisiko aus Transaktionen mit OTC-Derivaten zu reduzieren, wenn kein OTC Clearing erfolgen kann, sind wir grundsätzlich bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatetransaktionen zu netten, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt („Close-out Netting“). Für bestimmte Teile unseres Derivategeschäfts (wie etwa Devisengeschäfte) schließen wir auch Rahmenverträge ab, im Rahmen derer wir am gleichen Tag in derselben Währung fällige Beträge für Transaktionen verrechnen, die unter solchen Verträgen geschlossen wurden („Payment Netting“), was zur Verringerung unseres Abwicklungsrisikos führt.

(. . .)

Problemkredite

Unsere Problemkredite bestehen in erster Linie aus wertgeminderten Krediten. Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);

- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Der Wertminderungsverlust wird in der Regel auf Basis der erwarteten künftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Bei notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung (zur Definition siehe nächste Seite) wird der ursprüngliche Effektivzinssatz vor einer Anpassung der Konditionen angewendet.

Während wir die Wertminderungen für unsere Firmenkreditengagements individuell bewerten, nehmen wir in unserem Konsumentenkreditengagement eine kollektive Beurteilung der Wertminderung der Kredite vor.

Die zweite Komponente unserer Problemkredite umfasst nicht wertgeminderte Problemkredite, für die kein Wertminderungsverlust festgestellt wurde, bei denen jedoch entweder das Management aufgrund bekannter Informationen über mögliche Kreditprobleme der Kreditnehmer erheblich daran zweifelt, dass diese ihre vertraglichen Rückzahlungsvereinbarungen erfüllen können, oder Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen aber noch Zinsen abgegrenzt werden.

Im Einklang mit der Industry Guidance der Securities and Exchange Commission setzen wir darüber hinaus die Überwachung und die Berichterstattung der nachstehenden Kategorien in unseren Problemkrediten fort.

- **Kredite ohne Zinsabgrenzung.** Die Zinsabgrenzung für Kredite wird eingestellt, wenn die vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind und der Kredit weder hinreichend abgesichert ist, noch sich im Inkassoprozess befindet oder es nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der vertraglichen Cashflows ratsam ist, die Zinsabgrenzung einzustellen. Im Fall von Krediten ohne Zinsabgrenzung wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dabei wird jedoch der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst. Auf Kredite ohne Zinsabgrenzung eingehende Zinsen buchen wir als Ermäßigung der Kapitalforderung.
- **Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung.** Hier handelt es sich um Kredite, bei denen die vertraglich vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen wir aber noch Zinsen abgrenzen, da sie nicht wertgemindert sind.
- **Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung.** Hierbei handelt es sich um Kredite, die wir aufgrund einer Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers restrukturiert haben. Dabei wurden Konditionen vereinbart, die wir sonst nicht in Betracht gezogen hätten. Wenn ein Kreditnehmer einen restrukturierten Kredit ein Jahr lang zufriedenstellend bedient, behandeln wir den Kredit nicht länger als notleidenden Kredit im Prozess der Restrukturierung – es sei denn, der zum Zeitpunkt der Restrukturierung vereinbarte neue Zinssatz war niedriger als der Marktzins für ähnliche Kreditrisiken.

Die nachfolgenden beiden Tabellen zeigen unsere Problemkredite zum angegebenen Stichtag.

31.12.2009 in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Nicht wertgeminderte Kredite			Problemkredite
	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Insgesamt
Einzel ermittelt	758	4.145	4.903	304	1.037	1.341	6.244
Kredite ohne Zinsabgrenzung	707	4.027	4.734	200	1.003	1.203	5.937
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	50	5	55	55
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung ¹	51	118	169	54	29	83	252
Kollektiv ermittelt	907	1.391	2.298	274	97	371	2.669
Kredite ohne Zinsabgrenzung	905	1.281	2.186	–	–	–	2.186
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	260	6	266	266
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung ¹	2	110	112	14	91	105	217
Problemkredite insgesamt	1.665	5.536	7.201	578	1.134	1.712	8.913
davon: gemäß IAS 39 reklassifizierte Problemkredite	28	2.750	2.778	–	159	159	2.937

1 In der obigen Tabelle sind notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung aus Konsumentenkreditengagements in der Position „Kollektiv ermittelte Problemkredite“ ausgewiesen, da im letzten Quartal des Berichtsjahrs Richtlinien und Verfahren im Kreditgeschäft modifiziert wurden, die eine adäquate kollektive Beurteilung dieser Kredite sicherstellen.

31.12.2008	Wertgeminderte Kredite			Nicht wertgeminderte Kredite			Problemkredite
	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Insgesamt
in Mio €							
Einzel ermittelt	750	1.532	2.282	294	391	685	2.967
Kredite ohne Zinsabgrenzung	699	1.519	2.218	215	377	592	2.810
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	8	5	13	13
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	51	13	64	71	9	80	144
Kollektiv ermittelt	824	576	1.400	175	13	188	1.588
Kredite ohne Zinsabgrenzung	824	576	1.400	–	–	–	1.400
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	175	13	188	188
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	–	–	–	–	–	–	–
Problemkredite insgesamt	1.574	2.108	3.682	469	404	873	4.555
davon: gemäß IAS 39 reklassifizierte Problemkredite	9	745	754	–	86	86	840

(. . .)

Die folgende Tabelle liefert einen Überblick über unsere nicht wertgeminderten notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung, deren Bedingungen neu verhandelt wurden und die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	188	80

Die folgende Tabelle unterteilt die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten nicht wertgeminderten Kredite nach Anzahl der überfälligen Tage.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Kredite weniger als 30 Tage überfällig	6.192	8.345
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	941	1.308
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	558	939
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	925	407
Überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	8.616	10.999

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze beim besicherten Kreditvolumen –, die wir zur Absicherung unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite halten.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.965	3.222
Erhaltene Garantien	330	987
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	4.295	4.209

Wertgeminderte Kredite

(...)

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere wertgeminderten Kredite zum jeweiligen Berichtszeitpunkt, aufgeteilt nach den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Osteuropa	30	121	151	16	38	54
Westeuropa	3.215	2.152	5.367	1.439	1.338	2.777
Afrika	27	–	27	–	–	–
Asien/Pazifik	136	21	157	50	22	72
Nordamerika	1.392	3	1.395	543	1	544
Mittel- und Südamerika	84	1	85	233	1	234
Sonstige	19	–	19	1	–	1
Insgesamt	4.903	2.298	7.201	2.282	1.400	3.682

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere wertgeminderten Kredite nach Branchen zum jeweiligen Berichtszeitpunkt.

in Mio €	31.12.2009			31.12.2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Banken und Versicherungen	101	–	101	146	10	156
Verarbeitendes Gewerbe	582	116	698	347	80	427
Private Haushalte	103	1.556	1.659	228	981	1.209
Öffentliche Haushalte	45	–	45	118	–	118
Handel	255	91	346	145	55	200
Gewerbliche Immobilien	710	250	960	137	35	172
Fund Management	848	–	848	644	1	645
Sonstige ¹	2.259	285	2.544	517	238	755
Insgesamt	4.903	2.298	7.201	2.282	1.400	3.682

¹ Zum 31. Dezember 2009 beinhaltet die Kategorie „Sonstige“ in erster Linie eine wertgeminderte nachrangige Forderung im Leveraged-Finance-Geschäft, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden war.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der von uns zur Absicherung unserer wertgeminderten Kredite gehaltenen Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze beim besicherten Kreditvolumen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Finanzielle und andere Sicherheiten	1.757	1.175
Erhaltene Garantien	57	18
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für wertgeminderte Kredite insgesamt	1.814	1.193

Übernommene Sicherheiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten, die wir während der Berichtsperioden in die Bilanz aufgenommen haben, indem wir zur Risikominderung dienende Sicherheiten übernommen oder andere Kreditverbesserungen in Anspruch genommen haben.

in Mio €	2009	2008
Gewerbliche Immobilien	78	799
Private Immobilien	10	170
Sonstige	–	1.837
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	88	2.806

Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzen wir übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

In 2009 haben wir in Bezug auf zwei Kreditengagements in unserem Portfolio in den USA Gewerbeimmobilien übernommen, während die Übernahme von privaten Immobilien sich auf Engagements in Spanien erstreckte, wo wir die Sicherheit in Ausübung der Zwangsvollstreckung übernommen haben.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen privaten Immobilien beinhalten keine der infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß SIC-12 sowie IAS 27 übernommenen Sicherheiten. Die Jahresendwerte, bezogen auf diese Trusts, beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 33 Mio € nach 127 Mio € zum 31. Dezember 2008.

(...)

Abwicklungsrisiko

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung dieser Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko (Settlement Risk) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearingstelle abschließen, die als Vermittler im Sinne beider Parteien handelt und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, stellt die simultane Initialisierung der Zahlung und Lieferung im Rahmen der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar (Free Settlement). In solchen Fällen versuchen wir das Abwicklungsrisiko dadurch zu senken, dass wir bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für Geschäfte im „Free-Settlement“-Verfahren bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, und zwar entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimiten oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Für Kreditgenehmigungszwecke aggregieren wir Abwicklungsrisikolimiten nicht mit anderen Kreditengagements, berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Marktrisiko

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, das heißt dem Risiko, dass sich der Marktwert unserer Handels- und Anlagepositionen verändert. Risiken können aus nachteiligen Änderungen bei Zinssätzen, Credit Spreads, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Parametern wie der Marktvolatilität entstehen.

Oberstes Ziel von Market Risk Management ist es, sicherzustellen, dass die Geschäftseinheiten der Bank das Chance-Risiko-Verhältnis optimieren und die Bank nicht unannehmbaren Verlusten ausgesetzt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet Market Risk Management eng mit den Risikonehmern (den Geschäftseinheiten) sowie den Kontroll- und Supportfunktionen zusammen.

Wir unterscheiden zwei grundsätzlich verschiedene Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelspositionen entsteht in erster Linie durch Marketmaking im Konzernbereich Corporate and Investment Bank. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in entsprechenden Derivaten.

- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten in Form des Aktienkursänderungsrisikos entsteht vorwiegend durch nicht konsolidierte strategische Beteiligungen im Portfolio des Konzernbereichs Corporate Investments, Alternative Asset Investments und Aktienvergütungen. Das Zinsrisiko der Nichthandelsaktivitäten entsteht aus unseren Aktiva und Passiva. Andere Elemente des nicht handelsbezogenen Marktrisikos entstehen in Verbindung mit unseren Asset Management- und Fondsaktivitäten sowie durch Modellrisiken in PBC, GTB und PWM, die sich aus Szenarioannahmen zum Kundenverhalten in Verbindung mit Zinsschwankungen ableiten.

Grundkonzept der Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos

Unser wichtigstes Instrument zur Steuerung unseres Marktrisikos aus Handelspositionen besteht in der Festlegung von Limiten. Der Vorstand legt, unterstützt von Market Risk Management (MRM) als Teil unserer unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, ein konzernweites Value-at-Risk-Limit sowie ein Risikolimit für das Ökonomische Kapital für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche (zum Beispiel Global Markets und Corporate Finance) und einzelne Geschäftssparten (zum Beispiel Global Rates, Global Markets Equity, etc.) auf. Grundlage hierfür sind voraussichtliche Geschäftspläne und Risikoneigung. Innerhalb der einzelnen Geschäftssparten können die Geschäftsleiter oder Chief Operating Officers geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festlegen, indem sie das von MRM festgelegte Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen.

Value-at-Risk-Limite und das Risikolimit für das Ökonomische Kapital reichen nicht aus, um alle Arten von Marktrisiken zu steuern. Deshalb wendet Market Risk Management zusätzlich Sensitivitäts- und Konzentrations-/Liquiditätslimite an. Unterschieden wird zwischen den von Market Risk Management festgelegten Limiten und den Business Limits für Sensitivitäten und Konzentration/Liquidität. In der Praxis handelt es sich dabei um eine relativ kleine Zahl wesentlicher Limite, die für die Erfassung bestimmter Risikofaktoren erforderlich sind und eher global als nur für eine bestimmte geografische Region gelten.

Zur Steuerung ihrer Risikopositionen innerhalb der vorgegebenen Limite wenden die Risikonehmer unterschiedliche Maßnahmen zur Risikominderung an. Dazu zählen insbesondere:

- **Diversifikationseffekte.** Diversifikation ist eine Portfoliostrategie, die durch das Kombinieren verschiedener Positionen auf die Reduzierung des Risikos abzielt. Da einige Positionen an Wert zunehmen, während andere an Wert abnehmen, kann Diversifikation dazu beitragen, das Gesamtrisiko für ein bestimmtes Portfolio zu reduzieren.
- **Absicherungsgeschäfte („Hedging“).** Hedging bedeutet das Eingehen von Positionen in verwandten Wertpapieren, einschließlich derivativer Produkte, wie Terminkontrakten, Swaps und Optionen. Hedgingaktivitäten sind nicht immer ein effektiver Schutz vor Verlusten, da es zwischen dem Sicherungsinstrument und der abzusichernden Position Unterschiede bei den Konditionen, spezifischen Merkmalen oder anderen Basisrisiken geben kann.

Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos: Überarbeitetes Rahmenwerk und De-Risking-Disziplin in 2009

In 2009 hat Market Risk Management neue Prozesse zur verbesserten Überwachung und Berichterstattung wesentlicher Risiken eingeführt. Diese Prozesse umfassten die Erstellung einer Liste mit Risikopositionen, bei denen eine konsequente Risikominderung angestrebt wird. Die Identifizierung solcher Positionen erfolgt nach einem vierstufigen Plan zum Abbau von Risiken (De-Risking).

Reduzierung von Risikokonzentrationen:

- Anpassung der Positionsgröße an das Liquiditätsumfeld
- Investitionen, um die illiquidesten Risikopositionen aufzulösen

Fortsetzung des aktiven Hedging:

- Umsetzung eines aktiven Makro-Hedging-Programms
- Verbesserung der Hedgingeffizienz einzelner Strategien

Reduzierung des bilanziellen Verschuldungsgrades:

- Reduzierung von Brutto- und Nettorisikopositionen
- Anpassung der Marktrisikoneigung an die neuen Bilanz- und Leverageziele

Reduzierung der Unsicherheitsfaktoren:

- Vermeidung von Engagements in Produkten, die schwierig zu bewerten sind
- Verringerung der Abhängigkeit von komplexen, stark strukturierten Produkten

Dank der anhaltenden Fokussierung konnte die Mehrheit dieser wesentlichen Risikopositionen auf ein angemessenes Niveau reduziert werden. Für eine Minderheit an Risikopositionen war der Risikoabbau durch das Marktumfeld erschwert, weshalb ein restliches Verlustpotenzial verbleibt. Ergänzende Maßnahmen zur Verminderung dieses Verlustpotenzials wurden eingeleitet. So haben wir diese Positionen vom normalen Handelsbestand abgetrennt und steuern sie in separaten Altbestandsbüchern (Legacy Books). Mithilfe von Sicherungsinstrumenten wird das Risiko nach unten begrenzt. Wir suchen und nutzen weiterhin Marktchancen, um diese Risiken zu reduzieren.

Dieses Vorgehen war Teil einer breiteren Neuausrichtung unseres Geschäftsmodells. Ziel ist es, den Anteil der Erträge aus den Märkten mit höchster Liquidität zu steigern und die Abhängigkeit von exotischen und strukturierten Produkten, die weniger Liquidität aufweisen, zu verringern.

Quantitative Risikosteuerungsinstrumente

Value-at-Risk

Value-at-Risk ist ein quantitatives Maß für den potenziellen Wertverlust einer Handelsposition aufgrund von Marktschwankungen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis unseres eigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig überarbeitet und die Genehmigung aufrechterhalten.

Wir berechnen den Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Das bedeutet, wir gehen von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Mark-to-Market-Verlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete Value-at-Risk-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Wir verwenden historische Marktdaten, um den Value-at-Risk zu bestimmen. Als Basis dient eine historische Beobachtung über 261 gleich gewichtete Handelstage. Bei der Berechnung wird ein Monte Carlo-Simulationsverfahren angewandt, wobei wir davon ausgehen, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung. Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzen wir über denselben 261-Tages-Zeitraum beobachtete Korrelationen zwischen den Risikofaktoren.

Unser Value-at-Risk-Modell ist auf die Erfassung der folgenden Risikofaktoren ausgerichtet: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten und das allgemeine Basisrisiko. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios.

Mithilfe des Value-at-Risk-Ansatzes können wir ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anwenden. Der Value-at-Risk ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und die Verrechnung (Netting) von Positionen in einem Portfolio, um Korrelationen und Ausgleichswirkungen zwischen verschiedenen Vermögensklassen zu berücksichtigen. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch gegenüber unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei der Verwendung von Value-at-Risk-Schätzungen ist eine Reihe von Faktoren in Betracht zu ziehen. Das Modell weist allgemein bekannte Einschränkungen auf, wovon sich viele im Jahr 2008 zeigten und zu einer großen Zahl von Ausreißern geführt haben. Zu diesen Einschränkungen zählen unter anderem:

- Die Verwendung historischer Daten ist unter Umständen kein guter Indikator für zukünftige Ereignisse, vor allem wenn diese extrem sind. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im Value-at-Risk zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie 2008). Sie kann aber auch zu einer Überbewertung führen. In 2009 haben wir weniger Ausreißer beobachtet, als vom Modell erwartet wurden. Rein statistisch gesehen, war der Value-at-Risk 2009 zu konservativ und hatte das Risiko in unseren Handelsbüchern zu hoch eingeschätzt. Wie bereits erläutert, basieren in unserem Value-at-Risk-Modell die Schätzungen der künftigen Volatilität auf Marktdatenbeobachtungen des vorangegangenen Jahres. Die Schätzungen für 2009 beinhalteten also weitgehend die extreme Marktvolatilität, die im vierten Quartal 2008 nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers zu beobachten war. Da sich die Märkte 2009 wieder normalisierten, lag die geschätzte Volatilität über der tatsächlichen Volatilität, und es gab weniger Ausreißer als erwartet.
- Annahmen in Bezug auf die Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren können sich als falsch erweisen, insbesondere bei extremen

Marktereignissen. Wir sind der Meinung, dass unsere Annahmen angemessen sind, allerdings gibt es für den Value-at-Risk keine Standardmethode. Die Zugrundelegung anderer Annahmen würde zu anderen Ergebnissen führen.

- Die Haltedauer von einem Tag führt in Zeiten erhöhter Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der Value-at-Risk gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Intradayrisiko wird nicht erfasst.
- Obwohl wir der Meinung sind, dass die wesentlichen Risiken in unserem Value-at-Risk-Modell berücksichtigt sind, und wir das Modell fortlaufend weiterentwickeln, kann es dennoch Risiken in unseren Handelsbüchern geben, die unser Value-at-Risk-Modell noch nicht einbezieht.

(. . .)

Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Das Ökonomische Kapital für Marktrisiko misst, wie für andere Risikokategorien, die Höhe des benötigten Kapitals, um extreme unerwartete Verluste aus unseren Risikopositionen aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt.

Einige Unternehmen berechnen das Ökonomische Kapital für Marktrisiken auf Basis ihres Value-at-Risk-Modells unter Anwendung eines höheren Konfidenzniveaus und einer längeren Haltedauer. Dieser Ansatz enthält eine wesentliche Einschränkung, die darin besteht, dass das Value-at-Risk-Modell auf relativ jungen historischen Daten basiert und deshalb in der Regel nur Verluste widerspiegelt, die unter normalen Marktbedingungen entstanden sind. Daher berechnen wir das Ökonomische Kapital mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen. Die Stresstests werden aus in der Vergangenheit beobachteten gravierenden Marktereignissen abgeleitet. Die aus diesen Stressszenarien resultierenden Verluste werden unter Berücksichtigung von Korrelationen aggregiert, die in Krisenzeiten beobachtet wurden, um den Anstieg der Korrelationen widerzuspiegeln, die bei einem gravierenden Abschwung auftreten.

Diese Stresstests werden mit subjektiven Einschätzungen angereichert, wenn nur begrenzte historische Daten zur Verfügung stehen oder wenn die Beurteilung der Marktentwicklungen zu der Erkenntnis führt, dass historische Daten ein mangelhafter Indikator für potenzielle künftige Marktszenarien sind.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken aus den Handelsbereichen wird wöchentlich durchgeführt. Das Modell berücksichtigt die folgenden Risikofaktoren: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohstoffpreise. Volatilität, Kreditkorrelation und allgemeine Basisrisiken sind ebenfalls einbezogen.

Im Jahresverlauf 2009 wurden die Stresstests für das Ökonomische Kapital angepasst, um die extremen Marktbewegungen gegen Ende des Jahres 2008 zu erfassen. Diese Maßnahmen umfassten die Ausweitung der angenommenen Haltedauer bei Kreditpositionen und die deutlich stärkeren Schocks, die auf Aktienindizes und Credit Spreads, insbesondere auf verbriefte Produkte, angewendet wurden.

Zusätzlich zur Neukalibrierung wurden auch Verbesserungen am Modell zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals vorgenommen. Dazu zählte die Aufnahme von Stresstests für Leveraged Exchange Traded Funds und für Gaprisiken bei der Non-Recourse-Finanzierung in den Emerging Markets.

Die Ergebnisse unserer Stresstests und Berechnungen des Ökonomischen Kapitals sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Zahl der durchgeführten Stresstests und die Tatsache begrenzt, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, ist es dennoch möglich, dass der Wertverlust aus den Marktrisikopositionen selbst die Schätzungen für unser Ökonomisches Kapital übersteigt. Darüber hinaus arbeiten wir fortlaufend an der Überprüfung und Verfeinerung unserer Stresstests, um sicherzustellen, dass wesentliche Risiken erfasst und eventuelle extreme Marktveränderungen abgebildet werden.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate and Investment Bank. Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ist unwesentlich. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem beliebigen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten

Value-at-Risk einfach die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen addieren, so müsste davon ausgegangen werden, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-Risk der Handelsbereiche

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Zinsrisiko	111,0	129,9
Aktienkursrisiko	37,0	34,5
Währungsrisiko	23,9	38,0
Rohwarenpreisrisiko	14,8	13,5
Diversifikationseffekt	-65,7	-84,5
Insgesamt	121,0	131,4

(...)

Steuerung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Unsere Nontrading Market Risk Management-Teams sind verantwortlich für eine Anzahl von Marktrisiken, die aus verschiedenen Geschäftsaktivitäten und Initiativen hervorgehen.

Das wesentlichste Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten ist das Aktienkursrisiko, welches aus unseren nicht konsolidierten strategischen Beteiligungen im Portfolio des Konzernbereichs Corporate Investments hervorgeht, insbesondere aus unserem Anteil an der Deutschen Postbank AG. Unser Alternative-Asset-Portfolio trägt ebenfalls zu unserem nicht handelsbezogenen Aktienkursrisiko bei, da es hauptsächlich aus geschäftsbezogenen Principal Investments sowie Private Equity und Alternative Asset Investments besteht.

Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf Global Markets im Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und wird in unseren handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen wiedergegeben. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur moderate Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Verbindlichkeiten und Investments ergeben.

Ein signifikanter Anteil der Währungsrisiken in unserem Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten ergibt sich aus nicht abgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften, vorwiegend in den USA und Großbritannien. Dies wird als strukturelles Währungsrisiko bezeichnet.

Abgesehen von diesen gängigen Risikoarten hat unsere Nontrading Market Risk Management-Funktion auch die Aufgabe, andere Risikopositionen zu überwachen und zu steuern, die sich aus der Aktienvergütung und den Asset Management- und Fondsaktivitäten ergeben, vor allem aus Garantiefonds. Zudem unterliegen unsere Geschäfte in PBC, GTB und PWM hinsichtlich der Kundeneinlagen einem Modellrisiko. Dieses Risiko tritt zutage, wenn Annahmen über das Kundenverhalten in Verbindung mit Zinsschwankungen einem Schocktest unterzogen werden.

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikopositionen. Das Group Investment Committee beurteilt strategische Beteiligungsvorschläge. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Akquisitionen muss dieses vom Group Investment Committee, vom Vorstand oder sogar vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Kooperation zwischen beiden Gremien gewährleistet wird.

Aufgrund der Komplexität und Vielfalt der Risiken, die im Bereich Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten abzudecken sind, teilen sich drei Teams die Verantwortung für das Management dieser Risiken:

- Das Nontrading Market Risk Management-Team innerhalb unserer Market Risk Management-Funktion deckt Marktrisiken in PBC, GTB, PWM, Corporate Investments sowie Risiken aus strukturellen Währungsgeschäften, Aktienvergütungen und Pensionsverpflichtungen ab.
- Das Principal Investments-Team innerhalb der Kreditrisikomanagement-Funktion ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten im Bereich Alternative Assets spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der diesbezüglichen Portfolios.

- Die Asset Management Risk-Einheit innerhalb unserer Kreditrisikomanagement-Funktion konzentriert sich auf die Risikoaspekte unseres Asset Management- und Fondsgeschäfts. Beachtenswerte Risiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus Erfolgs- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Bewertung des Marktrisikos in unseren Nichthandelsportfolios

Aufgrund der besonderen Eigenschaften dieser Positionen und des teilweise statischen Preisniveaus benutzen wir den Value-at-Risk nicht als Risikomaß für unsere Nichthandelsportfolios. Stattdessen verwenden wir zur Bewertung des Risikos Stresstestverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen. Ferner wenden wir unser makroökonomisches Kreditportfoliomodell an, um den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere strategischen Beteiligungen zu bewerten. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen wir das Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios aktiv überwachen und steuern. Zum Jahresende 2009 wurden mehrere Verbesserungen bezüglich der Abdeckung unseres nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios durch das Ökonomische Kapitalmodell eingeführt. Die bedeutendsten Erweiterungen unseres Ökonomischen Kapitalmodells erfolgten bezüglich der Aktienvergütung, des strukturellen Währungsrisikos und der Modellrisiken in Bezug auf die Kundeneinlagen in unseren Geschäftsbereichen PBC, GTB und PWM. Obwohl diese Positionen für sich betrachtet eine große Auswirkung auf das Ökonomische Kapital haben, ist ihre Auswirkung, auf einer diversifizierten Basis gesehen, gering.

(...)

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere Nichthandelsportfolios.

Nicht handelsbezogene Marktrisikoportfolios in Mrd €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Strategische Beteiligungen	7,6	1,2	4,9	0,8
Wichtigste Unternehmensbeteiligungen ¹	0,2	1,1	–	0,4
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	0,9	0,9	0,2	0,2
Alternative Assets	3,8	3,2	1,3	1,3
Principal Investments	2,0	1,6	0,7	0,7
Immobilien	1,7	1,3	0,6	0,6
Hedgefonds ²	0,1	0,2	–	–
Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken ³	N/A	N/A	1,5	0,6
Insgesamt	12,5	6,3	7,9	3,3

1 Es bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 28 Mio € am 31. Dezember 2009.

2 Es bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 17 Mio € am 31. Dezember 2009 und von 42 Mio € am 31. Dezember 2008.

3 N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für diese nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios belief sich zum Jahresende 2009 auf insgesamt 7,9 Mrd € und fiel somit um 4,6 Mrd € (142 %) höher aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2008.

- **Strategische Beteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 4,9 Mrd € resultierte hauptsächlich aus unseren Beteiligungen an der Deutschen Postbank AG und der Hua Xia Bank Company Ltd.
- **Wichtigste Industriebeteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 betrug 28 Mio €. Die meisten dieser wichtigsten Industriebeteiligungen wurden in 2009 veräußert, insbesondere ein Großteil unserer Beteiligung an der Daimler AG. Die verbleibenden Positionen sind für uns nicht länger materiell.
- **Sonstige Unternehmensbeteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere sonstigen Unternehmensbeteiligungen zum Jahresende 2009 belief sich auf 203 Mio €.

- **Alternative Assets.** Unsere Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (darunter Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out-Fonds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out-Fonds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Das Alternative-Asset-Portfolio weist zwar eine gewisse Konzentration bei Infrastruktur- und Immobilienanlagen auf, die jüngsten Marktentwicklungen haben jedoch die Möglichkeiten zur Reduzierung dieses Portfolios limitiert. Dies bleibt dennoch unsere Absicht – vorausgesetzt, günstige Marktkonditionen ermöglichen es.
- **Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:**
 - **Deposit Bucketing.** Das Ökonomische Kapital wird einem Stresstest bezüglich Modellannahmen für die effektive Laufzeit von Tagesgeldeinlagen unterzogen. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 betrug 247 Mio € und resultierte hauptsächlich aus einem Beitrag von 228 Mio € des Unternehmensbereichs PBC.
 - **Aktienvergütungsrisiken.** Risiko aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 betrug minus 597 Mio € auf diversifizierter Basis. Der negative Beitrag zu unserem diversifizierten Ökonomischen Kapital leitet sich daraus ab, dass eine Reduzierung unseres Aktienkurses in einem Downsideszenario, wie es durch das Ökonomische Kapital dargestellt wird, zu einem verringerten negativen Einfluss der Verpflichtungen zur Aktienvergütung auf unser Kapital führen würde.
 - **Strukturelle Währungsrisiken.** Unser Währungsrisiko aus nicht währungskursgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 307 Mio € zum 31. Dezember 2009.
 - **Asset Management.** Garantierte Fonds: Unser Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,3 Mrd € und lag somit um 139 % höher als der Vergleichswert zum Jahresende 2008. Dieser Anstieg resultierte aus einer Neukalibrierung von Parametern zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals (Schocks, Korrelationen) im Juli 2009 und spiegelt veränderte Marktbedingungen wider.

In den Gesamtzahlen für das Ökonomische Kapital ist gegenwärtig kein Diversifikationseffekt zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt, mit Ausnahme von Aktienvergütungsprogrammen und strukturellen Währungsrisiken.

(...)

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass wir stets in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Im Jahr 2009 hat unser Liquiditätsrisikomanagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität und zum Management einer soliden Finanzierungsstruktur geleistet.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Unsere Treasury-Funktion ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, unsere Liquiditätsrisikoposition zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Die zugrunde liegende Richtlinie, einschließlich der Risikotoleranz der Bank, wird vom Vorstand regelmäßig geprüft und genehmigt. In der Richtlinie werden die auf den Konzern anzuwendenden Liquiditätsrisikolimits festgelegt.

Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt regelmäßig mit der Steuerung der täglichen Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und der Sicherstellung unseres Zugangs zu Zentralbanken (operative Liquidität). Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu besicherten und unbesicherten Marktfinanzierungsquellen beschäftigt. Schließlich findet im Rahmen der strategischen Komponente das Aufstellen eines Fälligkeitsprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquidität-sablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie statt.

Unser cashflowbezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen für das globale und regionale Management.

Stresstests und Szenarioanalysen spielen in unserem Konzept des Liquiditätsrisikomanagements eine zentrale Rolle. Hierzu gehört auch eine Bewertung der Liquidität der Aktiva, das heißt der Liquiditätseigenschaften unseres Bestands an Vermögenswerten, unter verschiedenen Stressszenarien.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesalemarkt

Unser Reportingsystem verfolgt Cashflows auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 18 Monaten. Damit können wir unsere kurzfristige Liquiditätsposition in jeder Lokation, Region sowie weltweit, getrennt nach Währung, Produkt und Geschäftsbereich, bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows unserer bilanzwirksamen Transaktionen sowie Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Transaktionen. Wir modellieren das Cashflowprofil von Produkten ohne festgelegte vertragliche Laufzeit mithilfe statistischer Methoden, um ihr tatsächliches Verhalten widerzuspiegeln. Liquiditätsabflusslimite (Maximum Cash Outflow Limits) zur Begrenzung globaler und lokaler Nettomittelabflüsse werden täglich überwacht und stellen unseren Zugang zur Liquiditätsversorgung sicher.

Per Jahresende 2009 haben wir ein neues Reportingsystem implementiert, welches über eine Zeitspanne von zwölf Monaten täglich vertragliche Cashflows aus der Refinanzierung über den Wholesalemarkt ermittelt. Das System erfasst sämtliche Cashflows sowohl aus unseren unbesicherten als auch aus unseren besicherten Finanzierungstransaktionen. Die Limite für eine Refinanzierung über den Wholesalemarkt, die von den Ergebnissen unserer Stresstests abgeleitet und vom Vorstand genehmigt werden, stellen unsere Maximaltoleranz für Liquiditätsrisiken dar. Diese Limite werden auf die globalen Nettoabflüsse angewandt und täglich überwacht.

Unbesicherte Finanzierungsmittel

Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig von Instrument, Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis nach Währung erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Der Vorstand genehmigt Limite für die einzelnen Geschäftsbereiche, um unseren Zugang zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern.

Diversifikation der Finanzierungsmittel

Die Diversifikation unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Liquiditätsrisikomanagements. Unsere Kernfinanzierungsmittel stammen von Privatkunden, langfristigen Kapitalmarktinvestoren und den Kunden von Transaction Banking. Andere Kundeneinlagen sowie Geldaufnahmen von anderen Banken sind weitere Finanzierungsquellen. Letztere werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt.

Im Geschäftsjahr 2009 haben wir unseren Schwerpunkt weiterhin auf den Ausbau unserer Kernfinanzierungsquellen und eine Reduzierung der kurzfristigen diskretionären Wholesale refinanzierung gesetzt.

(. . .)

Liquiditätsablaufbilanz

In die Liquiditätsablaufbilanz (Funding Matrix) stellen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind, als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, haben wir individuelle Liquiditätsprofile erstellt, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking, die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden (Immobilienfinanzierungen und Retail einlagen), ordnen wir entsprechend der erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesaleprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet eine wichtige Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan, der nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee unsere Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt. Per Jahresende 2009 haben wir in allen jährlichen Laufzeitbändern der Liquiditätsablaufbilanz (Jahr 2 – 10) Überschüsse ausgewiesen.

Insgesamt hat Treasury im Jahr 2009 Kapitalmarktinstrumente in Höhe von etwa 19,9 Mrd € begeben, 3,9 Mrd € mehr, als im ursprünglichen Emissionsplan vorgesehen.

(. . .)

Stresstests und Szenarioanalysen

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen

Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätskrisen oder auf hypothetischen Modellen. Diese Szenarien berücksichtigen auch neue Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich aus der letzten Finanzmarktkrise ergeben haben: länger anhaltende Disfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, eingeschränkte Fungibilität von Währungen, nicht absetzbare Syndizierungen, systemische Nebenwirkungseffekte und sonstige Treiber des Liquiditätsrisikos, zum Beispiel das Intraday-Liquiditätsrisiko. Darüber hinaus haben wir per Jahresende 2009 ein Szenario eingeführt, das ein systemisches Marktchockszenario mit einer mehrstufigen Bonitätsherabsetzung kombiniert.

Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, wobei die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Bei Gegenmaßnahmen würde auf den Bestand an langfristigen liquiden Mitteln sowie unbesicherte Vermögenswerte und die strategische Liquiditätsreserve zurückgegriffen.

(...)

Fälligkeitsanalyse finanzieller Verpflichtungen

Die folgenden Tabellen zeigen eine Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen, undiskontierten, vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise 31. Dezember 2008.

31.12.2009			Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate			
Unverzinsliche Einlagen	51.731	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	117.960	126.598	14.649	21.362	11.987
Handelspassiva ¹	64.501	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	576.973	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	64.920	33.785	4.806	5.797	4.826
Investmentverträge ²	–	514	806	1.247	4.710
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ³	946	–	10	392	2.455
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	3.824	1.884	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	1.349	38.292	104	37	5
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.028	54	16	–	466
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.830	17.370	632	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	1.856	2.044	20.373	67.837	41.011
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	746	3.991	5.840
Sonstige Finanzpassiva	120.731	6.705	375	233	60
Unwiderrufliche Kreditzusagen	63.662	–	–	–	–
Finanzgarantien	21.719	–	–	–	–
Insgesamt⁴	1.120.030	227.246	42.517	100.896	71.360

1 Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit

der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

- 2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [39] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.
- 3 Für das Hedge Accounting designierte Derivate sind mit ihrem Fair Value verzeichnet und werden in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung in unserer Erwartung auslaufen wird.
- 4 Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

31.12.2008			Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate			
Unverzinsliche Einlagen	34.211	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	143.417	143.309	39.367	20.917	14.332
Handelsspassiva ¹	68.168	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.181.617	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	52.323	33.751	8.494	7.909	9.180
Investmentverträge ²	–	438	668	985	3.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ¹	4.362	–	–	–	–
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	9.669	17.440	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	871	36.899	19.602	–	2.636
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.155	1.047	3	7	3
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.732	13.372	815	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	9.799	4.455	15.096	68.337	35.685
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	983	4.088	4.658
Sonstige Finanzpassiva	124.534	6.751	234	108	49
Unwiderrufliche Kreditzusagen	69.516	–	–	–	–
Finanzgarantien	22.505	–	–	–	–
Insgesamt^{3, 4}	1.747.879	257.462	85.262	102.351	70.429

1 Handelspassiva und Derivatebestände werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

2 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note [39] für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

3 Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

4 Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Die Änderungen zu IFRS 7 im Jahr 2009 wurden nicht auf die Vergleichsinformation angewendet. Der Fair Value für eingebettete Derivate und Derivate, die für das Hedge Accounting designiert sind, werden unter täglich fällig gezeigt.

(...)

UNTERSCHRIFTEN

Frankfurt am Main, im Mai 2010

Deutsche Bank AG

gez. Matthias von Tiesenhausen

gez. Dr. Alexander Brunckhorst